

3. Auflage 160 S.
1.5 - 29.6. 1987

DOKUMENTATION



Schaden von zehn bis fünf-
zehn Millionen Mark erlitten

und dennoch haben
WIR UNS bei
BOLLE
jauchz köstlich
amüsiert
ES LEBE
Anti Berlin
750 mal

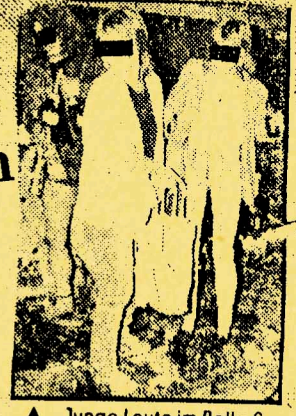
Feuriger Festauftakt der „Anti-Berliner“

Heißes Mai-Erwachen in Berlin-Kreuzberg / Brände, Barrikaden, Plünderungen

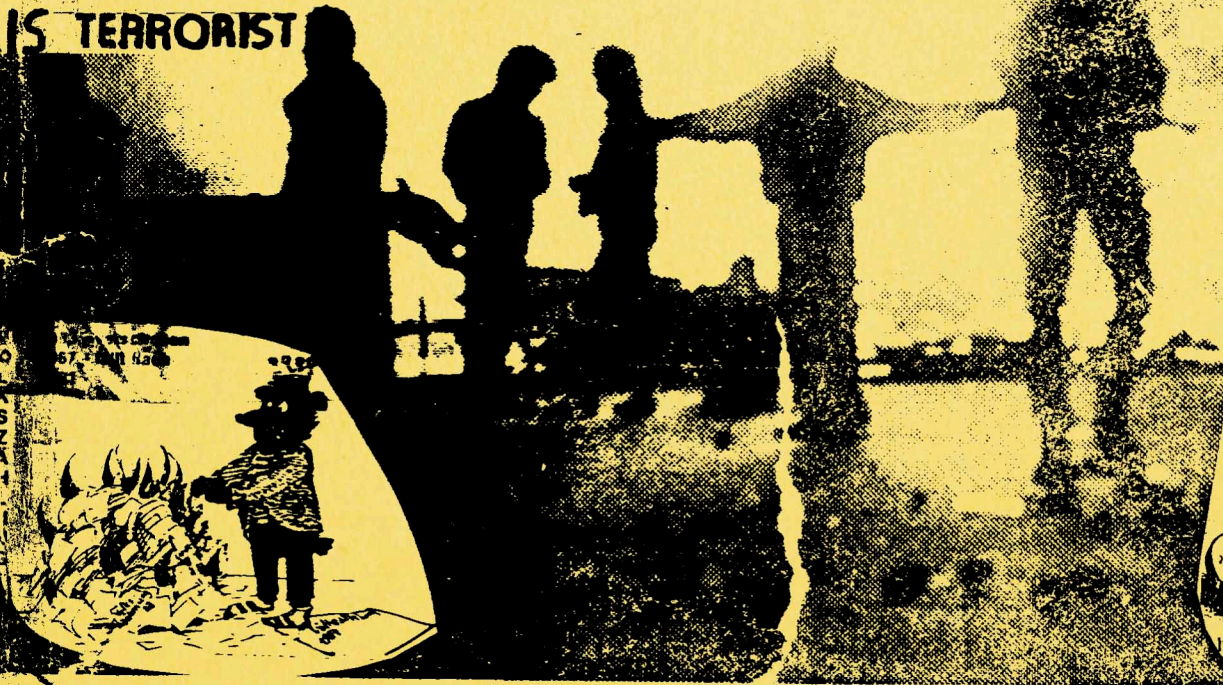


IS TERRORIST

Heraus zum 1. Mai ...
Reagan-Besuch

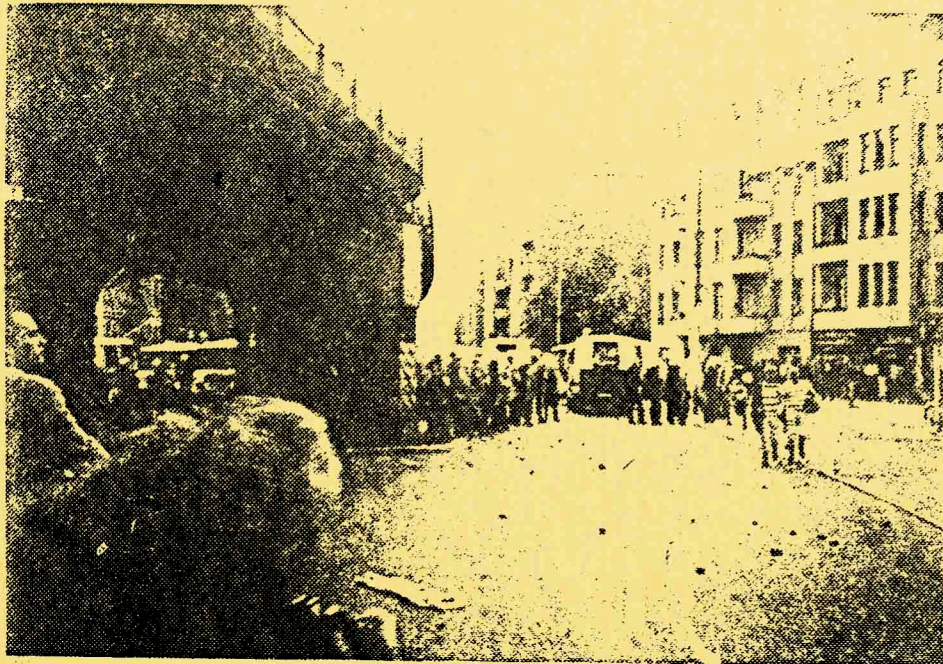
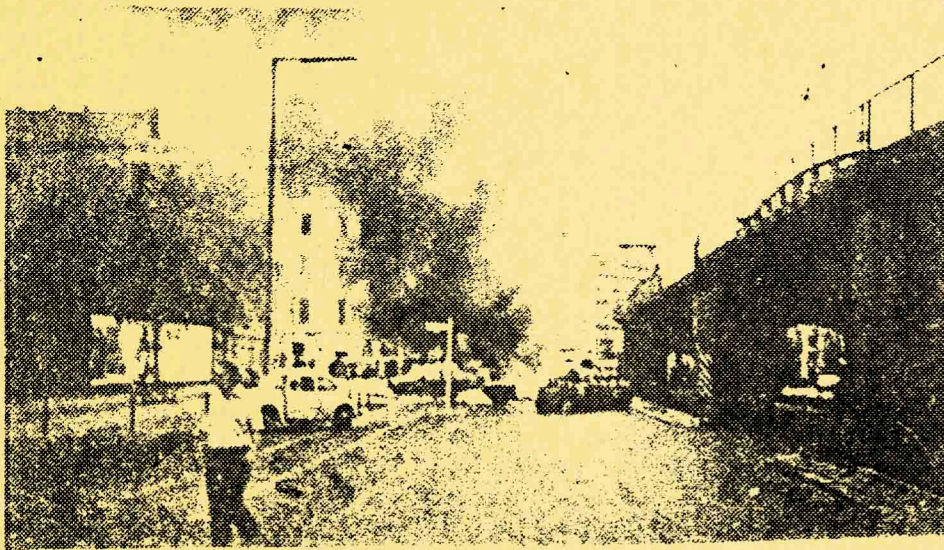


▲ Junge Leute im Bolle Supermarkt. Ein Mädchen hält eine Tasche in der Hand. Das Foto entstand früh um drei. Nach der Plünderung ging das Geschäft in Flammen auf.



Gespensische Szenen in Kreuzberg: Chaos im Widerschein brennender Barrikaden.

● Stundenlange Krawalle nach Straßenfest ● Polizist
schwer verletzt ● Autos gingen in Flammen auf



Seite 2 - 49 Pressespiegel 1. Mai

Seite 50- 53 Aktionen danach
bis 18.5.

Seite 54- 67 Flugis zum 1. Mai
+
Reaganbesuch 12.6.

Mittelblätter/3. Auflage
Maikrawalle + Reaganbesuch

30 Seiten

Abkürzungen: SP = Tagesspiegel,
BM = Berliner Morgenpost, VB = Volksblatt,
Wams = Welt am Sonntag,
W = welt, AK = Arbeiterkampf,

Vertrieb: Aurora 1/19 Knobelsdorff 8
Exemplare für privat an obige Adresse
Tel. 030/3227117
+ 1 DM für Porto
Impressum: 1000 Berlin 36
Petra Kreuzberg
Wienerstr 1

750 Jahres sind genug Berlin: Jubelfeiern, High-Technik-Center und andere Schweine(Reagan)reien

"Berlin ist nach wie vor die einzig denkbare Hauptstadt aller Deutschen. Es ist das geistig-kulturelle Zentrum der Nation. Dies - nicht sein Alter - macht die 750. Jahrestag im Jahre 1987 zu einem wichtigen Ereignis." (aus der Infomappe des Senats)

Solche ähnlichen Statements werden auch die "Erfinder" der Feierlichkeiten verbraten haben - dies nur 50 Jahre früher. Bis 1937 interessierte sich niemand, außer ein paar verlockten Historikern, für die Jahresringe der Stadt. Doch dann wurde ein Nachfolgespektakel für die Olympischen Spiele als Selbstdarstellung und Ablenkung vom alltäglichen Terror gesucht und gefunden: die 700-Jahrfeier.

Auch diesmal reißt sich eine Show an die nächste: vom Sommernachtsabstrahl über den 750. Jahr-Diletantismus hin zur Kulturhauptstadt Europas 1988. Diese aus der ungeborenen Kontinuität zum NS entstehenden nationalistisch-schauvinistischen Töne sind nur ein etwas schräger Klang im Chor derjenigen, denen die Feier ein Anliegen ist. Sie verstärken nur noch das "Wir-sind-wieder-wer-Gefühl". Lummer und Konsorten werden sich kaum noch mal "mit der Schippe auf der Schulter gegen den Osten aufmachen". Ihnen muß das Gefühl der "Überlegenheit" in der Konkurrenz zur Feier in Ost-Berlin ausreichen.

Die Fortsetzung der Großraumpolitik wird mit eher moderaten Tönen a la Dieppen, der auf Wirtschaftsbeziehungen mit den RGW-Staaten setzt und sich abmüht West-Berlin als die "Drehscheibe des Ost-West-Handels" darzustellen, durchzusetzen.

Die 750-Jahrfeier ist ein Glied in der Selbstdarstellung des "Standorts Berlin". Die Stadt hat mehr zu bieten als großzügige Subventionstöpfe und Spendensumple: sie hat Kultur. Der Hauptbestandteil der Feier ist das Kulturprogramm. Dies hat auch die Funktion die Stadt für sogenannte "Spitzenkräfte" im mittleren und oberen Angestelltenbereich aufzuwerten. So gilt ihnen, den Technikern und High-Tech-Spezialisten, auch der Museumswettlauf, der zwischen Frankfurt, Stuttgart, München, Köln und West-Berlin ausgebrochen ist: Wer ist die schönste Ausbeutungspelle im Land? Berlin spezifisch geht es um mehr: es wird ständig um das "Überleben" der Stadt gefürchtet und daher auch die dauernden Beweise der eigenen Lebendigkeit.

Direkt verdienen an den Feierlichkeiten werden die Tourismus- und Dienstleistungsbranche. Der Tourismus verzeichnet nach den kargen Jahren der Hausbesetzerzeit ein Rekordjahr nach dem anderen. Die Jahre 80 und 81 brachten für die einzige Nettbranche West-Berlins einen Rückgang der Übernachtungen, aber seit 82 geht es wieder bergauf. Dieser zweitwichtigste Wirtschaftszweig West-Berlins wird kaum direkt subventioniert, sondern er hat ein fundamentales Interesse an staatlich subventionierten Animiereinlagen; möglichst jedes Jahr unter einer neuen werbewirksamen Überschrift. Ein "Sommernachtsstraum" macht eben noch keinen Reibach.

Auch die BerlinerInnen kommen nicht zu kurz. Das Programm ist so breit gefächert, daß vom Spieß über den gesäuberten Potse (das ist ne Straße in Schönberg) Strich bis

hin zu "unseren ausländischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen" alle mifeiern können; und sie tuns auch. Die Integrationspolitik des Senats läßt auch Räume für "kritische Linke offen, die im Rahmen ihrer "Komplementärverantwortungen" abhalten. Auch die Bezirkswochen, die von Mai bis September abgehalten werden, sind auf die jeweilige Durchmischung des Stadtteils abgestimmt. In Kreuzberg und Schöneberg kommen, wie gesagt, auch die Alternativen zu ihrem Stück vom Kuchen.

Den Abschluß des Jubels bildet eine Serie von Konferenzen, die zwar nicht oder kaum über das alljährliche Angebot von Schweineanbahnungen in der Stadt hinaus geht, doch deren "zukunftsweisende" strategische Bedeutung sollte uns schon näher hinsehen lassen. Denn wer von uns hat schon Lust auf die "Weltinformationsgesellschaft"?

Der Stand der Dinge

In West-Berlin wird im produktiven Sektor noch nach alter Massenarbeiter-Manier produziert. So kommen in diesem Bereich auf einen Angestellten (bspw. FacharbeiterInnen) zwei ArbeiterInnen, während es in Westland 1:1 steht. Das heißt, daß es in West-Berlin in relativen Zahlen mehr ungelernete MalocherInnen gibt, deren Ausbeutungsrate ist eng an den Fluß der Subventionen gebunden. Die Kürzungen der letzten Jahre haben die Arbeitshetze nach oben schnellen lassen: zwischen 1982 und 1985 gab es für 10% mehr Kohle 30% mehr Arbeit - gemessen am verarbeiteten Materialvolumen.

Die Stadt ist deswegen noch keine klassische ArbeiterInnenmetropole - die Zeiten sind vorbei - denn momentan arbeiten 69% der MalocherInnen im Dienstleistungsbereich, dem neuen Steckenpferd des Wirtschaftssensors. So eindeutig wie diese Zahl - 69% - aussieht, ist die Situation nicht, da sich hinter den "tertiären Sektor" auch die Sklavenhändler verbergen. Deren JobberInnen arbeiten auch häufig im produktiven Bereich, fallen aber statistisch in den tertiären Sektor. Zerschlagung der ArbeiterInnenklasse mit Begriffen und Versteckspielen? Die Umstrukturierung macht's möglich.

Diese Entwicklung will der Senat gegen die Industrie und Handelskammer, die eine Umverteilung und Umstrukturierung der Subventionstöpfe für ihr Klientel befürchtet, noch weiter ausbauen; West-Berlin als Dienstleistungszentrum.

Dies ist neben dem Versuch Westberlins als Stadt der Forschung heraus zu putzen ein weiterer Versuch das "Überleben" der Stadt zu organisieren.

Die Forschung auszubauen, scheitert in bezug auf die Großunternehmen (bspw. Siemens und Nixdorf) an der Möglichkeit der Allierten unkontrolliert das Telefon und Postnetz anzuzapfen. Da dies offensichtlich schon gemacht wurde - Briefe brauchen halt etwas länger - wird von vornherein dieser Form von Werkspionage aus dem Weg gegangen. Die Manager bleiben in Paderborn und die Abteilung Forschung und Entwicklung in München.

Wer feiert da wen?

Vor allem diejenigen sich, die wissen warum ihnen "Berlin gut tut".

In West-Berlin lassen sich für das Kapital weitaus mehr Subventionen und Steuererleichterungen abziehen als in Westdeutschland. Dies hat insbesondere die Nahrungs- und Genussmittelindustrie begriffen. In West-Berlin wird der meiste Kakao vermahlen und die meisten Zigaretten gedreht. Seit Anfang der 80iger wird "Lord Extra" in Berlin hergestellt. Früher in Bremen mit 1000 MalocherInnen, heute sind dazu nur noch hundert notwendig und die dazu benötigten Maschinen ließen sich auch fast vollständig abschreiben. Dank Investitionszulagen und Sonderabschreibungen für neue Produktionsanlagen. Die Subventionen und Steuererleichterungen sind momentan noch an die Höhe der Investition für neue Produktionsanlagen gebunden - je kapitalintensiver eine Produktion ist, umso mehr Subventionen werden eingesteckt, dies ist ein weiterer Anreiz für Rationalisierungen.

Neben den finanziellen Spritzen hat auch das "Modell Berlin" - seine Anziehungskraft. Hier war der direkte Zugriff des Kapitals auf die Gehirnmassen von AkademikerInnen zuerst möglich. Allein die Technische Universität schloß bisher mehr als 700 Kooperationsverträge mit der Industrie ab. "Für die Technische Universität ist die Industrie der nächstliegende, der "natürliche" Kooperationspartner. Sie ist das Feld, auf dem sich die tatsächliche Fähigkeit der Universität, verlässliche Kooperationsbeziehungen aufzubauen, zu erweisen hat." So TU-Präsident Fricke vor einem Jahr über die "Neutralität" der Wissenschaft. Diese "Neujahrsbotschaft" ist immer noch sehr aktuell:

-die TU hinterläßt überall SPUREN. Professor Spur, Spezialist für Automation, ist einer der entscheidenden Befürworter der Zusammenarbeit von Kapital und Uni. Auf seinem Mist ist das Doppelinstitut - Fraunhofer Institut und TU - gewachsen. Es gilt als das modernste, was es momentan an direkter Verwertung von Kopfarbeit gibt. Spur ist auch der "Kopf", der hinter den Rationalisierungen in der Automobilbranche steckt.

-Fraunhofer Gesellschaft, Institut für genbiologische Forschung, das Hahn-Meitner-Institut (das Wörtchen "Atom" ist aus aktuellem Anlaß dezent gestrichen worden) und und können relativ ungestört forschen. Sei es für die WAA, den "neuen" Menschen oder Teilchenbeschleunigung; verwertbar ist es allemal.

Das neue Zauberwort in Kreisen des Senats und Wirtschaft heißt "Innovation", obwohl nur 3% der Neuerungen wirklich neu sind. Der Rest sind nur Weiterentwicklungen von Vorhandenem, doch damit ließe sich West-Berlin nicht ins Gespräch bringen.

Dies bedeutet Firmengründungen en masse, insbesondere Kleinstfirmen einiger weniger Spezialisten auf dem "High-Tech Sektor". Dabei behilflich war lange Zeit das BIG (Berliner Innovations- und Gründerzentrum). Die "Unternehmergeburtstanklinik" (Kewenig) eine Totgeburt von TU und Senat. Neben den kleinen, hauptsächlich soft ware herstellenden Firmen sahen die Multis Siemens, Nixdorf und Schering in großem Stille bei der Einrichtung der "Weltinformationsgesellschaft" ab. Siemens will

den Markt für Glasfaserkabel sichern, Schering verdient an seiner Galvanotechnik für Mikrochips selbst in Japan und Nixdorf hat ständig Zuwachsraten beim Computerkauf. Dieser Hinweis auf die Multis soll nicht den Blick auf die Struktur der Stadt verstellen: Sie ist geprägt von einer Mehrzahl von kleinen und mittleren Betrieben.

Und nicht erst, wenn Weltbank und IWF 1988 in Berlin tagen, wird von hier aus die Peripherie "zugerichtet". Die DSE (Deutsche Stiftung für Entwicklung) ist eine von mehreren Institutionen, die Führungskader für die Peripherie ausbildet. Seit 1983 arbeitet sie in Afrika mit der Weltbank zusammen. Im Zusammenhang mit der Peripherie sei auch noch daran erinnert, daß sich Schering mit der Gentechnologie nicht nur den "neuen Menschen" bastelt, sondern sich auch noch die Pflanzen zubereitet, die den Absatz von Pflanzenschutzmitteln garantieren. Neben Medikamenten zur Bewältigung des kapitalistischen Alltags, und Galvanotechnik bilden die Pflanzenschutzmittel das dritte Standbein des Konzerns

IBA und andere Freundlichkeiten

Eine DER Attraktionen wird die Internationale Bauausstellung sein. Geplant für 1984, damals war ausser einem Bericht kaum etwas fertig, wurde sie flugs ins Programm integriert. Auf neu zusammengestellten Stadtrundfahrten kann man sich dann die Auswürfe des Klassenkampf von oben als Wunderwerke der Architektur bestaunen. Auch durch Kreuzberg werden die Horden streifen, dank "behutsamer Stadterstörung" und Schweinen in Latzhosen. "Behutsame Stadterneuerung" nennt sich das Konzept, das nette jungdynamische Latzhosenarchitekten/Innen unter Berücksichtigung der "Mitbestimmung" der MieterInnen durchgesetzt haben. Darüber wurde nicht nur die Häuserbewegung in die Arbeit (Selbsthilfe) integriert, sondern die MieterInnen schaufelten sich in dem Bewußtsein doch nur das Beste für sich und ihre Wohnungen gewollt zu haben das eigene Grab. Die Sanierungen waren Voraussetzung für enorme Mietsteigerungen und damit für die Umstrukturierung des Kiez. Nach wie vor leben die meisten Menschen in Kreuzberg von weniger als tausend Mark, aber für immer mehr Mittelstandsteile wird es schick im "Kiez" zu wohnen. Sie sind es auch, die sich die horrenden Mieten leisten können.

Das Jubelprogramm

Dies als Ganzes wiederzugeben lohnt sich nicht: Kultur, oder was sie dafür halten, für möglichst viele Touristen/Innen.

Eingeleitet wird das Spektakel mit dem Eröffnungszyklus vom 25.4. bis 2.5. und beendet vom Schlußzyklus vom 24.-28.10..

In diesem Zeitrahmen werden auch die Konferenzen abgehalten: Sie stehen unter dem Motto "Perspektiven für das 21. Jahrhundert", aber ihre Relevanz ist deutlich gegenwartsbezogen:

17./18.9. "Strategien für die Weltinformationsgesellschaft der 90er Jahre". Sie behandelt zwei Fragestellungen: Der Ausbau ist beschlossene Sache, doch wie ist er am effektivsten zu handhaben und welche Rolle spielen dabei (noch)

die Nationalstaaten. Und zweitens, welche Auswirkungen hat die "Dezentralisierung von Produktionsstandorten"? Wie kann Kämpfen schon im Vorfeld durch bspw. Stadtplanung begegnet werden?

8.-10.10. Die "Wissenschaftskonferenz" mit der Frage nach der "Einheit der Wissenschaft". Das Spezialintemum scheint an seine Grenzen gestossen zu sein und sucht nach neuen ganzheitlichen Verwertungsmethoden.

25.-27.10. Die vom Aspen-Institut veranstaltete "Berlin-Konferenz 1987, Perspektiven für das 21. Jahrhundert" mit dem Ziel der Absteckung "der Zukunft Europas".

Kleinere Konferenzen:

1.-13.6. Das "Habitat-Forum" als Beitrag zum UNO-Jahr "Shelter for the homeless-Hilfe für Menschen in Wohnungsnot". Der aktuelle Beitrag der DSE zur Aufhebung der Mietpreisbindung, die im nächsten Jahr für Berlin anstehen soll.

5.-7.10. "Contact Berlin" in Zusammenarbeit mit der Nord-Süd-Kommission wärmt die DSE ihre Kontakte zu "ehemaligen Ausbildungsgästen" aus der Peripherie auf.

Reagan-Besuch: Und was feuern wir?

Die 750. Jahrestag ist sicherlich nicht wichtiger als eine Reihe anderer Schweinereien, die in diesem Jahr laufen: Volkszählung, neuer Personalausweis, usw., doch gilt es bei ihr durch den Wust von "Kultur" hindurch ihren verschleienden Charakter aufzudecken und möglichst effektiv zu stören. Dies bedeutet vor allem, die strategisch wichtigen Veran-

staltungen aus dem "Berlin tut gut"-Propagandaspektakel herauszuheben und ihre Funktion zu bestimmen.

Und am 12.6. kommt ER - das Oberschwein. In allen Köpfen blinken sofort die roten Lämpchen auf: "geil, da gehts ab, wie damals vor 5 Jahren am 11.6.". Doch genau an diesem Punkt kommen wir in Berlin ins Stottern. Klar, abgehen solls, doch diesmal leider ohne den Hintergrund einer starken sozialen

Bewegung (Häuser).

Die Vorbereitungen sind seit einiger Zeit am Laufen, aber auf kleinerer Flamme und nicht ausschließlich fixiert auf DEN Tag. Es sind Überlegungen und konkrete Planungen im Gange, die Woche vor dem Reagan-Besuch zu einer Art Selbstdarstellung der Szen zu nutzen, die nicht nur um unsere Bauchnabel kreisen soll, sondern unsere Vielfalt greifbarer machen.

Brandserie in Berlin

M-Bahn explodiert,

Bild 21.4.87

Baustelle verwüstet



Hoher Sachschaden entstand am Sonnabend beim Brandanschlag auf die Magnetbahn. Der Fahrverkehr sollte offiziell im Herbst aufgenommen werden

Foto: dp

mb. Berlin, 21. April

Berlin erlebte über Ostern eine Serie von Brandanschlägen: Nach der Explosion der Magnet-Bahn auf dem U-Bahnhof Gleisdreieck (Kreuzberg) fünf Millionen Mark Schaden) verwüsteten Chaoten der „Autonomen Zellen“ auf der Baustelle des neuen Reinickendorfer Einkaufszentrums am Kurt-Schumacher-Platz drei Baumaschinen der Firma Hafemeister – rund 100 000 Mark Schaden!

Brandanschlag auf Magnetbahn Kein Hinweis auf die Täter

W 21.4.87 - R. KARUTZ, Berlin

Hoch, leise, teuer, futuristisch und technologisch „besonders wertvoll“ – mit diesen Attributen sollte am 1. September Berlins Zug ins 21. Jahrhundert abfahren: Am Ostersonntag vernichteten jedoch Brandbomben zwei der schwarz-gelben Magnetbahnwaggons, mit denen die Berliner und ihre Gäste zu Herbert von Karajans Philharmonie gondeln wollten. „Wir rechnen mit einem Schaden von fünf bis sechs Millionen Mark. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Premierentermin jetzt noch eingehalten werden kann“, stellte Günter Hecht, Sprecher der Verkehrsbehörde, gestern fest. Berlins rollender Zukunftstraum – für 85 Millionen Mark von der AEG gebaut – läßt weiter auf sich warten.

Aufnahme des M-Bahn-Betriebes unklar

Unbekannte Gruppe bekennt sich zu Brandanschlag / Staatsschutz ermittelt VB 22.4

Die 1600 Meter lange Strecke mit drei in Bonbonfarben gestrichenen Bahnhofs-Glaskästen erstreckt sich aus dem alten Berliner Kreuzberg-Kiez entlang der Mauer bis zum Kulturforum am Rande des Tiergartens. Die Fahrgäste an Bord dieser für Deutschland einmaligen Anlage schauen während der kurzen Passage über die Mauer am Potsdamer Platz hinüber auf die „Skyline“ Ost-Berlins.

„Noch keine verwertbaren Erkenntnisse“, lautete gestern der Kommentar des Staatsschutzes, der über Ostern erste Ermittlungen wegen des Anschlags aufgenommen hatte: Die Täter hatten sich nachts auf den Bahnhof „Gleisdreieck“ in Kreuzberg geschlichen und offenbar mit Benzin gefüllte Plastikbehälter als Brand-

bomben hergerichtet. Am Tatort fand sich als einzige brauchbare Spur eine Tragetasche mit dem Aufdruck „Airline“. „Bisher ging auch keinerlei Schreiben ein, in dem sich die Täter etwa selbst beichtigt hätten“, erklärte ein Polizeisprecher. Für Hinweise auf die Brandstifter lobte die Polizei 25 000 Mark aus.

Für preiswerte 2,30 Mark pro Schwebefahrt über dem sandigen Niemandsland des ehemaligen Potsdamer Platzes sollte eigentlich schon am 1. Mai das Zeitalter der Magnetbahn in einer Großstadt beginnen. Aber der sibirische Winter verzögerte die Arbeiten. Nicht nur zum Kummer von Forschungsminister Heinz Riesenhuber – er spendierte Berlin den größten Batzen für dieses Versuchsobjekt – war schließlich der 1. September als Premierentermin festgelegt worden.

„Rache für Wackersdorf“

In der Nacht zu gestern kletterten Chaoten über den Metallzaun auf die Baustelle des neuen Reinickendorfer Einkaufszentrums, setzten den Motor eines Radladers, einer Planierraupe und eines Schaufelbaggers mit Benzin in Brand.

„Autonome Zellen“ bekannnten sich zu dem Anschlag: „Rache für Wackersdorf“. Die Firma Hafemeister ist am Bau der Atomanlage beteiligt (BILD-Berlin berichtete).



Das ist CDU/FDP-Politik in der Kreuzberger Praxis: Polizisten werden mißbraucht, um den Kinderbauernhof zu räumen – geschehen im März 1987

2.2.

die magnetbahn soll den tourismus ankurbeln.
mehr und mehr entwickelt sich west-berlin zu einer stadt, in der der fremdenverkehr einen überproportional großen stellenwert einnimmt.
dies hängt nicht nur damit zusammen, das den schweinen für diese stadt nix besseres einfällt, sondern das sich über west-berlin anti-kommunismus und revanchismus schüren lassen, wie in der breite sonst nirgends. so ist es kein zufall, das die magnetbahn an der mauer am potsdamer platz langfährt, quasi als schwebende aussichtsplattform gegen den "trostlosen osten".

die fassade, die stimmt künstlich, hochgetrimmt damit die touristen auch zahlen die da oben, die spinnen sind ganz von sinnen machen was sie wollen egal was wir sagen sie tun nicht nach fragen da haben wir ihr spielzeug kaputtgeschlagen

die magnetbahn ist bestandteil der 750 jahre sind genug feier. sie soll nach dem motto - brot und spiele - die widersprüche in dieser stadt zuschütten und verkitten. überall muß die fassade stimmen, ob am kudamm oder in kreuzberg. die häuser, an die die iba/internationale bauausstellung das größte wandgemälde west-berlins malen will, rotten und stinken innen immer mehr. die kultur, die von oben, wird künstlich hochgetrimmt, alles was als touri-magnet dienen könnte, wie der start der tour de france von west-berlin aus, wird rangesogen. west-berlin tut gut, west-berlin ist wieder wer, west-berlin ist wieder sicherer geworden, das investionsklima ist besser geworden, soziale konflikte glattgebügelt, die sicherheitslage hätte sich gebessert, und, und, und. doch wie siehts dahinter aus. 90000 offizielle arbeitslose, 100000de von soziempfänger, in verschiedenen stadtteilen eine hohe jugendarbeitslosigkeit, 100000de von süchtigen (alkohol, tabletten, drogen), immer mehr wohnungslose, im januar/februar 87 eg-hungerhilfe für menschen in dieser stadt, brennstoffhilfe des senats, schlangen vor ausgabestellen, wo es kostenlos warmes essen gab.

eine gruppe klein und ganz schön gemein tief in der nacht stiegen sie aufs dach kichzten und stöhnten sehr trugen auch schwer doch im dunkeln sah man es glitzern und funkeln in ihren augen in dem alten gemäuer machten sie ein feuer um den armen zu zeigen das man gegen die reichen schon was tun kann denn die bauten eine bahn für die bonzen während das volk um fahrkarten beim arbeitsamt betteln mußte

wir haben in der karfreitagnacht - ostern 87 - die magnetbahn auf dem bahnhof gleichdreieck abgefackelt. die magnetbahn wird betrieben von der arbeitsgemeinschaft (arge) magnetbahn in ibln 61, dessauerstr. 48/49, an der die aeg, die magnetbahn gmbh, die bvg und die studien-gesellschaft für nahverkehr beteiligt sind. sie ist eine versuchs- und verkaufsanlage. die arge magnetbahn hat vom bundesministerium für forschung und technik und dem west-berliner senat insgesamt 88,5 mill. dm zuschuß eingesackt. sie selber wollten lediglich 4,5 mill. dm aufbringen, wievielsie über die diversen berlin-subventionen davon noch einsparen ist unklar. wir können lediglich einige uns bekannte fakten aufzählen.

die arge magnetbahn ist eine west-berliner arbeitsgemeinschaft. den konkreten bau der magnetbahn macht die magnetbahn gmbh in starnberg/bayern, emsländerstr. im starnberger werk wird nur ein teil der magnetbahn produziert, die waggons s.b. baut die waggon-union, eine tochter der aeg in west-berlin borsigwalde.

es ist gängige praxis der kapitalisten, das ein und derselbe verein rechnungen und waren von west-berlin in die brd und zurück schiebt. so werden berlin-subventionen in form von umsatzsteuererleichterungen eingesackt. das sind oft summen in millionenhöhe.

genauso oft passiert es, das die verschiedenen ineinander verschachtelten firmen sich papierene verluste zuschieben, um sich so vor steuerzahlungen zu drücken. konzerne mit ihrem büro in west-berlin lassen sich zudem ihre neuen maschinen bis zu 40% von der steuerzahlenden bevölkerung über den weg - investitionszulage - west-berliner senat - bezahlen.

der senat ist ein selbstbedienungsfaden, nicht nur für wirtschafts-"verbrecher", sondern auch für "legale" konzern. die magnetbahn steht in west-berlin, weil hier für die beteiligten kapitalisten am meisten zukassieren ist.

die magnetbahn sollte der öffentlichkeit ursprünglich im mai 87 übergeben werden. letzte schätzungen gehen von anfang september 87 aus. wir hoffen, das es sich durch unseren beitrag noch länger verzögert. vor allem hoffen wir zu unterbinden, das weitere käufer und "experten" (85 waren es ca. 3000) die magnetbahn in diesem sommer in voller aktion erleben können.

und das ganze war . 1. ungeheuer 2. teuer bezahlt von den armen die eh nichts haben und auch nicht viel kriegen von steuergeldern gestohlen das sollten und werden wir uns wiederholen

die magnetbahn soll als "nahverkehrsobjekt" das kulturviertel an das u-bahnnetz anbinden. so soll es uns verkauft werden, bloß was wird den da angebunden? kulturviertel mit vielharmonie, museen, dem deutsch-japanischen handelssentrum in der ehemals faschistischen botschaft, - der gesamte zentrale bereich - in dessen planung nichts anderes als die aufrechterhaltung des reichshauptstadtanspruches zum ausdruck kommt. was hat das mit uns zu tun? das ist das gegenteil einer kultur von unten, aus den lebenszusammenhängen der menschen heraus. die magnetbahn ist nichts als der rote teppich für bonzen und ihre anhängels.

die magnetbahn soll west-berlins stellung als mächtigern high-tech-sentrum unterstreichen und ausbauen. in der nutzbarmachung der unis für die industrie hat west-berlin eine vorreiterrolle. nirgends gibt es so viele gemeinsame projekte, gmbh's an den unis, personelle verflechtungen, etc. an der arge magnetbahn ist u.a. die studien-gesellschaft für den nahverkehr beteiligt.

west-berlin wird dieses jahr über die 750 jahr feier verkauft als - high-techzentrum, in dem die wirtschaftsentscheidungen der zukunft fallen - touristenattraktion, in der selbst der verfallendste kreuzberger hinterhof noch begafft wird es wird benutzt als - propagandaschowplatz, wo konzerten wie reagan, queen elisabeth und mitterand ihre reaktionären phantastereien von west-berlin als "hört der demokratie inmitten der kommunistischen tyrannie" vortragen werden. Mit solidarischen Grüßen an die gefangenen Genossen u. Genossen autonome abriessgemeinschaft - arge -

für potemkische dörfer in rußland ließ fürst potemkin einst falsche dörfer bauen, um anzugeben in west-berlin, da lebt der gleiche geist "magnetbahn" heißt's hier eben der goebbels hatte die idee 700 jahre berlin! heute feiern sie wie eh und je es tut wieder gut, dieses west-berlin ob rußland, faschismus oder heute es sind noch immer dieselben leute neue gesichter auf den alten posten herrschen weiter auf unsere kosten doch haben sie heute auch noch so viel macht die rechnung ist ohne das volk gemacht dies ist nur ein anfang. wir werden bald mehr wir machen den bonzen das leben schwer

2.3.

Genossinnen und Genossen,
 Wir wollen zusätzlich zur Erklärung noch was sagen, zu unserer Vorstellung von den nächsten Schritten für uns als Autonome, im revolutionären Prozeß. Erwartet jetzt nicht den Stein der Weisen, wir äußern uns als Bestandteil der allgemeinen Diskussion.

In der DD gibt es keine massenhafte Aufkündigung der Staatslojalität. Wir müssen an den existierenden Widersprüchen ansetzen und diese vertiefen:

- durch direkte Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit den Menschen in Kleinen, Basisgruppen. Der erste Schritt in der Entwicklung von Klassenbewußtsein ist, nach dem Erkennen der eigenen Lage, ihre / seine Interessen in die Hand zu nehmen und sich zu wehren.
- durch militante Aktionen, um die Anreizbarkeit und Verletzlichkeit dieses Systems aufzuzeigen, um Mut zu machen und Wege aufzuzeigen.

DIE AUTONOMEN lassen sich z. Zt. in 3 Richtungen unterteilen:

1. Diejenigen, die keine kontinuierliche Praxis in irgendeiner Richtung haben und sich nach wie vor ziellos von Punkt zu Punkt verhalten
2. Diejenigen, die sich individuell in Kleingruppen von der Autonomie-szene verabschiedet haben und auf Arbeit in Teilbereichen setzen. Sie haben die Tendenz, sich in ihre Arbeit zu verstricken, so daß sie nur mit Mühe noch über ihren Tellerrand hinaus sehen können.
3. Diejenigen, die bei dem Versuch ne militante Praxis zu entwickeln, von der Eigenynamik des Kampfes überrollt werden und fast schon zwangsläufig in militanten Aktionismus verfallen. Sie verlieren dabei die Notwendigkeit einer gemeinsamen, politischen Entwicklung aus den Augen.

Allen drei Richtungen gemeinsam ist das gegensätzliche Abgrenzen!

Um zu einer Stärke zu kommen, die revolutionäre Veränderung herbeiführt, ermöglicht, ist es als allererstes notwendig, die gegensätzliche Analyse einzustellen. Es zeugt von Borniertheit, wenn diejenigen, die ne konkrete Zusammenarbeit mit Menschen außerhalb der Szene suchen, als Reformisten abgestempelt werden. Es zeugt von vernageltem Verstand, die autonome Szene ausschließlich als Chaoshaufen ohne kontinuierliche, ernsthafte und erfolgreiche Ansätze zu bezeichnen. Basisarbeit ist notwendig zur Verbreiterung und Verankerung. Sie ist nur dann erfolgversprechend, wenn sie Rückhalt in der linksradikalen/autonomen Szene hat.

Praktionsübergreifend haben die ernsthaften teile der Autonomen eine politische Weiterentwicklung gemacht und weitergehende Ansätze erarbeitet.

Diese Ansätze gilt es zusammenzufassen, die verschiedenen Erfahrungen auszuwerten und zu versuchen eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln.

Es kann nicht angehen, daß wir nach fast 20 Jahren militantem u. bewaffneten Kampf, linksradikaler, revolutionärer Praxis immer noch nicht unsere gemeinsamen Ziele genauer benennen können, immer noch kein zumindest provisorisches Kampfprogramm haben.

Wir müssen, wenn wir überzeugen wollen, unsere Ziele benennen können und den Weg dahin aufzeigen.

Im Badenland existiert z.B. ein solches Minimalprogramm, das sich KAS nennt: 5 Punkte Programm, politische Vorstellungen einer neuen Gesellschaft, getragen von den Linken, von Herri batasuna bis etc. so was in der Art fehlt uns. Wir sehen es als unsere gemeinsame Aufgabe an, so etwas Stück für Stück zu schaffen. Wir stehen dabei nicht im luftleeren Raum, sondern sind Glied einer langen Kette autonomer Kämpfe, auch wenn sie oft anders liegen.

In der Geschichte seit 68 haben wir uns ein Stück Lebensqualität und Identität erkämpft, mit den Ideen von freier Sexualität, Gemeinschaftseligentum, kollektiven Lebensformen, mit dem radikalen Infragestellen von gesellschaftlichen Werten und Normen.

Diese Lebenskultur war, ist und wird anziehend sein für Menschen die nach Alternativen suchen. Sie ist ein Versuch, ein Stück unserer Utopien schon heute zu leben. Sie ist unvollkommen und voller Widersprüche, aber immer noch tausendmal lebendiger, als die herrschende Norm. Diese Art des Lebens ist nur im Kampf möglich und muß immer wieder neu erkämpft werden.

Zusammengefaßt:

- Es steht an, auf der Grundlage einer gemeinsamen Zielbestimmung und Strategie, ein Wurzelwerk in der Bevölkerung zu legen, durch Zusammenarbeit und gemeinsamen Kampf mit den Menschen, und darauf fußende, ergänzende und vortrantreibende militante Praxis.

Ein Wurzelwerk, das die Grundlage ist für einen breiten, revolutionären Prozeß.

Ein Wurzelwerk, aus dem sich auch wenn wir abgeräumt werden, was neues entwickeln kann.

In diesem Sinne
 autonome Abfahrgemeinschaft für Patemkische Dörfer

Feuriger Festauftakt der „Anti-Berliner“

Heißes Mal-Erwachen in Berlin-Kreuzberg / Brände, Barrikaden, Plünderungen

Der Berliner Senat wußte sofort Bescheid: Es war eine „Clique von Anti-Berlinern“, die ihm Freitag-nacht in Kreuzberg die fröhlichen 750-Feierlichkeiten, die bisher weitgehend unter Ausschluss des „Volkes“ stattfanden, gehörig vermest hat. Der Contra-Punkt aus dem Kiez kam so sicher wie das Amen in der Kirche. Er lief so deutlich aus, wie seit Jahren nicht mehr.

17. 4. 5. 77

Es ist 1 Uhr in Kreuzberg und am Görlitzer Bahnhof wird getrommelt. Dampf hämmend schlagen Pflastersteine im Takt gegen Glascontainer, gegen die Eisenstelzen des U-Bahnhofs, gegen den Schrott und Müll, den die Demonstranten auf dieser Straßenkreuzung aufgetürmt haben. Ein Trommelkonzert mit unzähligen Akteuren. Ein ausgebranntes Auto, Bauzäune und ein alter Küchenherd, zur Barrikade arrangiert, kokeln vor sich hin. Der zweite Glascontainer wird umgeworfen. Tausende Scherben und Flaschen prasseln gegen den Containerstahl. Dann rollt das grüne Ungetüm, seinen Inhalt lawinenartig umwälzend, über Kopfsteinpflaster auf die Barrikade zu. Der Höllenlärm der berstenden Flaschen tört an. Die Fäuste fliegen nach oben als die Scherbenkugel mit finalem Getöse ankommt. Je lauter, krachender, durchdringender, schriller der Lärm, desto mehr Freude kommt auf. Ein Sound der Zerstörung, rhythmisch unterlegt von der Monotonie der hämmernenden Steine. Bierkästen und Schnapspullen aus irgendeinem der geplünderten Läden werden mit glänzenden Augen zum brennenden Altar getragen. Drei, vier nur schemenhaft erkennbare Personen tanzen zu den Schlägen der Pflastersteine. Einzelne Stichflammen schießen aus der Brandstelle hoch und werden jubelnd begrüßt. Die Steine halten den Rhythmus, stundenlang. Ein Szenario der Extase. Berauscht von dereigenen Kraft und von dem kreisenden Flaschen feiern die Kämpfer ein Freudenfest, ungestört von der Polizei, angesoffen und happy.

Nur wenige Schritte weiter wird der Görlitzer Bahnhof zerlegt, das Fahrkartenhäuschen brennt, auch aus dem Zeitungskiosk schlagen die Flammen. Ohne Halstuch, ohne Tarnung, ganz selbstverständlich und lustvoll zertrümmert ein Hüne mit einer Eisenstange den Fahrkartenfiebst vergeblich. Die Alarmanlage den sie noch alamieren könnte. Längst sind alle Telefonhäuschen kaputtgeschlagen. Eine nicht mehr zielgerichtete, sinnlose Zerstörung des eigenen Viertels? Und doch ist bei jedem Schlag, mit dem die Eisenstange auf den Automaten knallt, die ganze Wut der De-

monstranten zu spüren. Die wachsende Deformation dieser Gesellschaft wird hier mit Eisenstangen transparent, keine Parole und doch ist ALLES da: der grenzenlose Haß auf diese „ganze abgefuckte Scheiße“ mitten im Berlin. Die eskalierte Jubiläumser-Perspektive und Zukunftslosen. Überall lodern die Feuer, lie-

gen ausgebrannte Autos wiesurreale Ausstellungsstücke mitten auf der Fahrbahn. Die Straßen sind übersät mit Scherben, Pflasterkehrstörungen liegen uns nicht vor“, meldet der RIAS. Direkt gegenüber vom Görlitzer Bahnhof brennt der Superflammt, sondern qualmend und stinkend vor sich hinschwelend, findet der Markt sein Ende. Einige Anwohner haben eine Leiter herangeschleppt und versuchen mit dem Gartenschlauch die Wand des angrenzenden Gebäudes zu näpplätschern das Rinnsal gegen die Hausmauer. „Macht doch was, macht doch endlich was, dabrennt gleich ein ganzer Häuserblock ab“, bedrängt eine Anwohnerin die Männer der Feuerwache in der Wiener Straße. „Wir können nichts machen, die Polizei hat Kreuzberg aufgegeben“, resigniert der Brandmeister.

Immer mehr wütende Anwohner belagern die Wache und suchen Hilfe bei den Uniformierten. Hilfe gegen „das Ungeziefer“, dem in dieser Nacht Kreuzberg gehört. Die starken Männer aus den Kneipen, die rechtschaffenen Familienväter und die belustigten, die kopschüttelnden und die Trotzdem-Fernseh-Gucker, die verschränkten Ellenbogen aus tausend Fenstern, die Notruf-Dauerwähler, die Neugierigen und die Blutrünstigen, sie alle warten jetzt auf den Gegenschlag der Polizei. Denn „so extrem, so was, sowas habe ich noch nie erlebt, die können doch keinen ganzen Stadtteil dem Chaos überlassen.“ Doch die Polizei kommt nicht.

Die Route für Randal-Touristen ist in dieser Nacht beliebig. Mariannenstraße, Oranienstraße, Mauteuffelstraße, Lausitzerstraße, Wienerstraße, Skalitzerstraße, an jeder Ecke brennen Bar-

rikaden, umfahren Polizeij und Feuerwehr desorientiert aber hektisch und in respektvoller Distanz die Feuerstellen.

Einige Anwohner haben in der Wiener Straße ein Megaphon aufgetrieben und appellieren an die Vernunft: „Hört endlich auf und laßt die Feuerwehr durch.“ Hilfwohnern. Noch immer ist fast der ganze Kiez auf den Beinen. In stöcherer Entfernung wird die Zerstörung staunend beäugt. Keiner weiß so richtig, wie es angefangen hat an diesem warmen

1. Mai-Nachmittag. Der Lausitzer Platz, der jetzt wie ausgestorben im Dunkeln liegt, war der Ausgangspunkt. Hier hatten am Nachmittag keine Barrikaden, sondern friedliche Holzkohlegrills gebrannt mit argentinischen Würstchen, Kotelets und Buletten beim traditionellen Straßenfest. Frühling, drei freie Tage, feucht-fröhliche Stimmung.

Irgendwann war ein Polizeifahrzeug umgestürzt. Es war dem Mai-Fest zu nahe gekommen. Bereitschaftsstaffeln rückten zur Verstärkung an. Sie wollten das „Fest auflösen“. Pflastersteine gegen die „Wannen“, dann die ersten Tränengasgranaten in die Menge. Kurze Panik, der Tanzderschwersten Straßenschlachten der Nachkriegszeit“ (dpa). Am Samstag morgen ist die Staatsmacht, diesmal in Form von orange-uniformierten Stadtreinigungern, schon früh unterwegs, Scherben, Steine, noch kokelnde Barrikaden und bis zur Unkenntlichkeit um Straßenlaternen gewickelte Fahrräder wegzuräumen. Der Asphalt ist an vielen Stellen von den Bränden völlig aufgelöst, ein Autobesitzer erkennt fassungslos von seinem Fahrzeug nur noch das Nummern-

schild wieder, ein anderer fegt die Scherben von den Polstern und hofft auf die richtige Kasko-Versicherung.

Die abgebrannte und inzwischen in sich zusammengestürzte Bolle-Filiale ist den ganzen Sonntag über Ausflugsziel für Amateur- und Berufsfotografen, Reisesebusse und Besucher aus anderen Stadtteilen. Überall stehen kleine Grüppchen und diskutieren, stapfen über den „Kämpfer“ der letzten Nacht hinweg, der mitten im Getümmel auf dem Bürgersteig seinen Rausch ausschläßt.

Manfred Kriene



die tageszeitung

EXTRA

TAZ BERLIN

POSTFACH 65 109
1000 BERLIN 65

Berlin feiert — Feuerwerk in Kreuzberg

Polizei löste 1. Mai-Fest am Lausitzer Platz auf / 47 Leute festgenommen / 36 Geschäfte in SO36 wurden ausgeplündert / Weit über 100 Menschen verletzt



20.30 Uhr. Die Muskauer Straße ist von der Ecke Manteuffel zum Lausitzer Platz hin von etwa 15 Polizeibeamten abgesperrt. Steine fliegen vom Lausitzer Platz her auf die Plastikschilder. Die Beamten gehen in Deckung, die Kreuzung ist nicht zu halten, sie ziehen ab. Türkische Kinder sind auf den Straßen. Sie verwechseln die Rada mit einem Spiel, rennen und lachen. Auch der sogenannte Volksmund wird laut mit Sprüchen, die besser ungeschrieben bleiben.

Der Lausitzer Platz ist weiträumig abgesperrt. Auch von der Skalitzer Straße aus kommt man nicht durch. Auf dem Platz brennt es. Schwarze dicke Wolken steigen hoch. Gegenüber am Wasserortplatz sind die Leute auf die Erdwälle vor dem neuen Schwimmbad geklettert, beobachten das brennende Schauspiel. Über dem Flammenrot steigen die bunten Boller des Ost-Feuerwerks zum 1. Mai in den Himmel.

21.30 Uhr. Die Wannen fahren ohne Sinn und Ziel die Görliitzer Straße auf und ab. Ein Autofahrer versucht noch schnell seinen Wagen in Sicherheit zu bringen, versperrt den Wannen die Straße. „Willst Du aus deinem Auto 'ne Laube machen“ herrscht einer der Beamten durch den Außenlautsprecher einer Wanne. Auf der Mauer zum Görliitzer Bahnhof sitzt eine Gruppe ausländischer

Jugendlicher. »Bullen verreckeskandieren sie das Blaulicht. Auf dem Lausitzer Platz brennt es immer noch. Die Straßen sind voll mit Menschen. Die Polizei hat sich in die Wannen zurückgezogen.

22.00 Uhr. Mittlerweile brennen in allen Straßen im SO36 Feuerbarrikaden. Auf dem Heinrichplatz ist sämtliches Baumaterial der Umgebung aufgeschüttet. Alle Zufahrten nach Kreuzberg, die Skalitzer Straße, die Oranienstraße, die Waldemarstraße sind mit umgestürzten Bauwagen blockiert. Überall kokelt, brennt und qualmt es. Die Strommasten sind längst lahmgelegt. Die Straßen werden nur noch von den Feuer erleuchtet. Autos mit westdeutschen Kennzeichen verlassen den Stadtteil. Die Bewohner und Anlieger des Kiezes suchen sich entfernter gelegene Parkplätze.

22.30 Uhr. In der Mariannenstraße, zwischen Heinrichplatz und Naunynstraße brennt ein Feuer unter einem Bagger. Die Polizei rückt an samt Feuerwehr um zu löschen. Etwa 20 Polizisten stürmen vor, versuchend die Straße zum Heinrichplatz hin abzuschirmen. Es ist kaum was zu sehen. Dicker Qualm zieht durch die Straßenschluchten. Hinter der Polizei biegt die Feuerwehr in die Mariannenstraße ein. Gruppen von 20, 30, 100 Menschen an der Straßenecke, Kreuzberger. Sie betrachten das Schauspiel mit tei-

ner Mischung aus Neugier und Angst. Hinter der Feuerwehr ringelt die Polizei die Straße ab. Vom Heinrichplatz her fliegen dicke Steinhaegel auf die Polizisten. Sie stehen auf völlig aussichtslosem Posten. Nach Minuten bereits Befehl zum Aufsitzen, eine panische Flucht, sie lassen das Feuerwehrauto stehen. Siegesgeheul vom Heinrichplatz. Das Feuerwehrauto wird in Besitz genommen, mit Bolzenschneidern und Vorschlaghämmern behandelt, schließlich in Brand gesteckt. Kurze Zeit später ein dumpfer lauter Knall. Der Benzintank ist explodiert.

Das war für lange Stunden der letzte Einsatz. Die Polizei überläßt das SO36 sich selbst. Längst fährt keine U-Bahn mehr.

23.00 Uhr. Für eine Stunde ist es ruhig. Friedlich brennen die Feuer, geschürt von Bauzäunen und Mollies. Ausgelassene Stimmung. Der ganze Kiez ist auf den Beinen. Seit die Polizei sich auf den Lausitzer Platz und hinter das Kottbusser Tor zurückgezogen hat ist auch die Stimmung unter den Zuschauern milde. Erstaunen hat sich breit gemacht. Am Görliitzer Bahnhof, vor Bolle brennt ein meterhohes Feuer. Hunderte von Menschen klopfen unter der Hochbahn mit Steinen auf alles, was aus Metall ist. Ein Trommelkonzert mit unzähligen Akteuren. Für kurze Zeit wird der Görliitzer

Bahnhof zum Open-Air-Gelände für ein ausgelassenes Fest. Kreuzberg antwortet auf die 750-Jahr-Feier.

24.00 Uhr. Die Stimmung kippt. Im ganzen Kiez ist keine Telefonzelle mehr intakt. Alle Scheiben eingeworfen. Am Heinrichplatz versucht eine Gruppe von etwa 20 jungen Männern, ganz normale junge Männer, mit gebügelten Hosens und Lederblousons, den Geldspeicher eines Telefonapparates zu knacken. Die Bürgerseele ist außer Rand und Band. Angst hat offensichtlich niemand mehr, seit die Polizei abgezogen ist. Die schwarz Vermummten preschen vor. Die Kreuzberger sahnen ab. Als der Getränkegroßhandel Ecke Muskauer und Manteuffelstraße geplündert wird, steht keiner zurück. »Immer rin Mädchen, solange es noch was gibt.« Die Straßen sind übersät mit Pflastersteinen, Glasscherben und verbranntem Bauschutt. Auch bei Bolle sind längst die Scheiben eingeschmissen. Weit und breit kein Blaulicht, kein Bulle, keine Wanne. Immer noch sind Menschen über Menschen unterwegs, als Akteure oder Zuschauer. Man trifft Bekannte, tauscht aus, was man gesehen hat. In der Oranienstraße, zwischen Mariannenstraße und Adalbertstraße werden zwei übereinanderstehende Baucontainer in Brand gesteckt.

1.00 Uhr. Bolle brennt. Zuerst sah

es so aus, als wären die Flammen des Schuttberges auf der Straßenkreuzung höher gestiegen. Aber dann war klar. Es ist Bolle. Erschrecken breitet sich aus. Angst. Das Trommelkonzert unter den eisernen Streben der Hochbahn wird leiser. »Jetzt wird's Zeit abzuhauen.« Viele gehen, finden auch nicht mehr gut, was abläuft. Die Scheiben von kleinen Läden gehen zu Bruch. Der Alkohol von Bolle und Hoffmann hat die Akteure in Rausch versetzt. Rauch steigt jetzt auch aus dem U-Bahnhof auf. Mitten auf der Straße liegt ein Betrunkener. Zwei Leute schleifen ihn weg. In der Oranienstraße hat einer ein Sofa nebeneine nur noch glimmende Feuerbarrikade geschleppt und schläft.

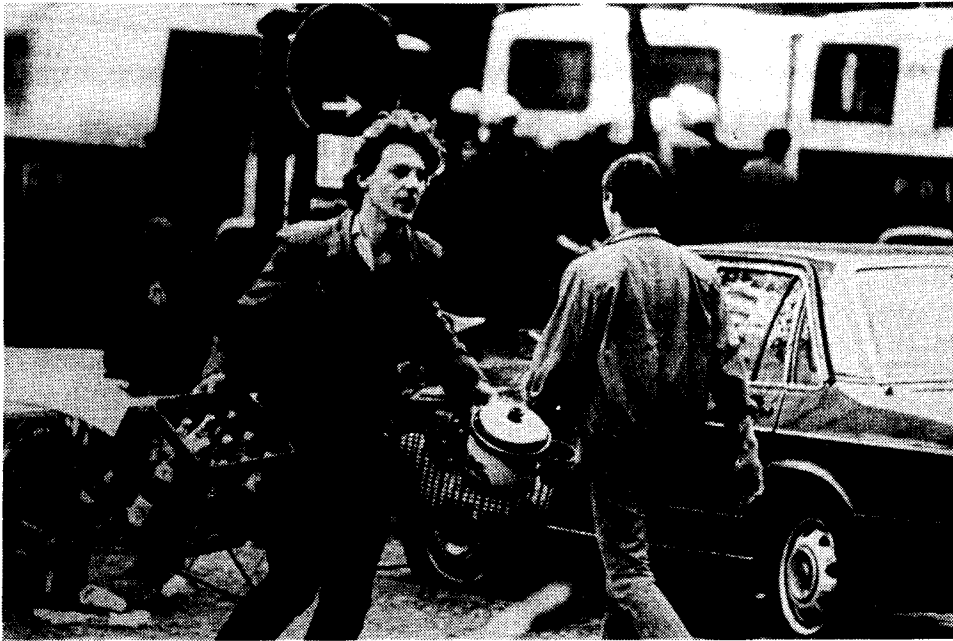
2.00 Uhr. Die Feuerwehr macht ein erneutes Versuch auszurücken, um den Brand bei Bolle und im U-Bahnhof zu löschen. Die Tore in der Wache der Wiener Straße öffnen sich, ein Löschzug rückt aus, fährt vor bis zur Ecke Skalitzer Straße, wird mit Steinen beworfen und kehrt wieder um. In der Adalbert-, Mariannen- und Manteuffelstraße sind alle Scheiben im Parterre zu Bruch. Die Szene hat Bolle ausgeräumt, tiefer im Kiez plündert jeder. Zigarettensautomaten liegen eingeschlagen auf der Straße, eine junge Frau in Stöckelschuhen holt sich im Vorbeigehen noch 'ne Packung Kekse aus dem Schaufenster eines

Lebensmittelgeschäftes. Der Lausitzer Platz, wo alles anfing, liegt wie ausgestorben im Dunkel. Pappbecher, Zigarettenskippen, Papier liegt rum, Festmüll.

3.00 Uhr. Die Polizei macht einen Versuch, vom Kottbusser Tor her die Skalitzer Straße zu räumen. Ausgebrannte Autowracks, eine 'Ente' und ein Mercedes blockieren die Fahrbahn. Mit Wasserwerfern löschen sie zwei übereinanderstehende Baucontainer in der Oranienstraße, die dicht an einem Baugerüst stehen und drohen, das Haus in Brand zu setzen. Mit dem Wasserwerfer setzen sie auch CS-Gas ein. Später aufgesammelte Hülsen beweisen es. »Scheiße, die Bullen kommen.« Es kommt wieder Unruhe auf. Leute rennen weg. Die Polizei fährt schweres Gerät auf. Panzerwagen, Barrikadenräumfahrzeuge und Wasserwerfer rollen die Skalitzer Straße lang, über den Görliitzer Bahnhof in Richtung Schlesi-sches Tor. Ein Aufmarsch der Eroberer. Aber auch hier noch Situationskomik. »Feuerwehrhüptling, können wir Dir helfen«, fragt eine junge Berliner Schnauze aus dem dicken Panzerwagen über den Außenlautsprecher. Ein betrunkenen Türke steht am Straßeneck und nimmt die Parade mit einem symbolischen Wicks ab. Feuerwehrragen löschen die letzten glimmenden Mauern von Bolle. Es ist vier Uhr morgens. **Li**

Abruptes Ende eines Straßenfestes

Wie alles anfang: Räumung des Straßenfestes am Lausitzer Platz als Auftakt für eine lange Nacht



Es blieb kaum Zeit, die Stände abzuräumen, als schon das Tränengas über den Platz zog.

In der Waldemarstraße fahren einige Wannen vor, behelmt. Beamte springen mit Schildern ab und riegeln die Fahrbahn zur Mantuffelstraße hin ab. Zu diesem Zeitpunkt, kurz nach sechs, war das Straßenfest am Lausitzer Platz noch in vollem Gange. Sinner-polizeilichen Maßnahme war vermutlich, eine Spontandemo zum Kinderbauernhof zu verhindern. Vom Festplatz strömen immer mehr Leute in die Waldemarstraße, vereinzelt fliegen Steine. Die Beamten wirken fast verloren in der bunten Menge, der Einsatzleiter möchte die Straße für den Verkehr freigeben und verlangt die Räumung der Fahrbahn. Eine Frau versucht mit den Polizisten zu diskutieren, während sich andere Demonstranten vor der Polizeikette hinset-

zen. Als wieder einige Steine fliegen, weichen die Beamten zurück. Noch macht alles einen fast beschaulichen Eindruck. Festbesucher stehen neben Beamten und Demonstranten auf dem Bürgersteig und beobachten die beginnenden Auseinandersetzungen wie einen Schaukampf, gehen ungehindert zwischen beiden Fronten hin und her. Zur gleichen Zeit geht es an der Ecke Skalitzer Straße/Lausitzer Platz schon härter zu. Zwei Bauwagen sind umgestürzt worden, die Fahrbahn ist blockiert, etliche Wannen sind vorgefahren. Die Beamten versuchen die Umstürzler zu vertreiben, gehen vereinzelt mit dem Schlagstock vor. Inzwischen ist das Straßenfest offiziell aufgelöst, die Massen sind geblieben — auf welcher Seite sie stehen ist klar.

»Wie in Wackersdorf«, freut sich ein Vermummter über die massive Präsenz des »normalen« Kreuzberger Volks. Auch die Ordnungshüter in Grün sehen die Parallele und machen die CN-Granaten scharf.

In der Waldemarstraße haben Demonstranten die Polizeikette zur Mantuffelstraße zurückgedrängt. Nach anfänglich »geordnetem Rückzug« laufen die Beamten in wilder Hast davon und springen auf die fluchtbereiten Wannen auf. Als die Menschenmenge in der Waldemarstraße zum Lausitzer Platz strömt, schießt die Polizei die ersten Tränengasgranaten ab. Bei vielen Festbesuchern hat eben noch vor allem Spaß am »Bullen-ärgern« und Freude über den lächerlichen Rückzug der Polizeikräfte herrscht, nun schlagen die Gefühle um. Massiv fliegen Steine auf die Beamten, CN-Granaten werden »dem Absender« wieder zugeworfen. Viele Steine treffen allerdings nicht nur den »Gegner«, sondern verletzen auch Fest-Besucher. Die Beamten schießen neue Granaten, offenbar völlig wahl- und ziellos. Zwei der qualmenden und zischenden Wurfkörper landen im ersten und dritten Stock des Wohnhauses

Lausitzer Platz Ecke Eisenbahnstraße. Die alte Frauermerster Stock

reißt die Wohnungstür auf, das Reizgas zieht nun auch ins Treppenhäuser. Aus dem dritten Stock flüchtete eine Frau mit Kind ins zweite und bleibt dort für die nächste Zeit gefangen, im Treppenhäuser kann man es nur wenige Sekunden aushalten.

An der Einmündung der Görlitzer Straße zur Skalitzer steht eine Wannenbesetzung und wirft mit Steinen auf die Demonstranten. An der Ecke Mantuffelstraße/Waldemarstraße gehen derweil die Scheiben von Getränke-Hoffmann zu Bruch. Um den kurzen Protest einiger, »das sind doch bestimmt nur Subunternehmer«, kümmert sich schon niemand mehr, die Fahrbahn ist inzwischen von Pflastersteinen übersät. Kreuzberg rüstet sich für eine lange Nacht...

36 Geschäfte geplündert

Der Sachschaden beläuft sich nach ersten Schätzungen in Höhe mehrerer Millionen Mark. Bei den Straßenkämpfen wurden 36 Geschäfte geplündert und 35 Brände gelegt, darunter auch in Häusern und Wohnungen. Die U-Bahn-Linie zwischen dem Schlesischen und dem Kottbusser Tor war am Samstag wegen der Beschädigungen gesperrt. Wann der normale Betrieb wieder aufgenommen wird, ist noch unklar. ap/taz

Ermittlungsausschuss: Hartes Vorgehen gegen Festgenommene

Gegen 16.30 Uhr konnte der Ermittlungsausschuss (EA) im Mehringhof erst von 17 der 47 Festgenommenen die Namen. Unter ihnen befand sich ein junger Türke. Die Festgenommenen waren über mehrere Haftanstalten verteilt. Es werde sowohl Freunden wie den Rechtsanwältinnen schwer gemacht. Kontakt mit den Festgenommenen aufzunehmen. Daß alle 47 dem Haftrichter vorgeführt werden sollen, deutet nach Ansicht des EA auf ein hartes Vorgehen hin. An Vorwürfen seien dem EA bis zum Nachmittag Gefangenbefreiung und Landfriedensbruch bekanntgeworden. »Wir haben alle Hände voll zu tun, den Festgenommenen Anwälte zuzuteilen«, so ein Mitarbeiter. 35 sollten noch gestern dem Haftrichter vorgeführt werden, die restlichen zwölf sollen heute folgen. Um 16.30 Uhr lagen noch 15 Vermittlungsmeldungen vor, zwischenzeitlich seien es fast doppelt so viele gewesen. In den Massen sei nach den Festnahmen viel geprügelt worden, dieser Eindruck ergebe sich aus Anrufen, teilte bereits am Vormittag eine EA-Sprecherin mit.

Die Helden vom Lausitzer Platz

Es ist Freitagabend. Der ganze Lausitzer Platz ist Aufmarsch- und Operationsgebiet der kriegsführenden Mächte. Der ganze Platz? Nein, ein von unbeugsamen Trinkern bevölkerter Freiluftresen steht als Überbleibsel des Festes wie ein Fels inmitten der hin- und herschwappenden Wogen von Keulenschwingern und Steinschleudern. Auch Zauberspiel ist im Spiel.

Vielleicht verstehen jetzt einige Beirer oder die letzten Tage Saigons besser: Auch wenn ringsum alles einstürzt, rennet, rettet, flüchtet — in den Kernbereichen funktioniert die Wirtschaft auch in solchen Situationen, und ein solcher Kernbereich ist das Zapfen noch allemal. Der Platz war von »Zivilisten« leergefegt — über den Tresen wechselten Bier und Geld, als wäre nichts gewesen. Unter unerfindlichen Umständen hatte die Zapfmannschaft mit der Polizei ein Stillhalteabkommen erreicht. Während diese die Bänke und Stühle der Punk-Wirtschaft Pink Panther mehrfach im Namen des Gesetzes überrollten, respektierten sie keine drei Meter daneben die Neutralität des trinkenden Völkchens, wiewohl Aussehen unmißverständlich klar machte, auf welcher Seite des Tresens

dieses stand. Selbst die todesmutig über die Feuerbarrikaden rasenden Wannen mußten Fässern und Gasflaschen ausweichen, so daß dieser Insel erheblich mehr Gefahr von steinernen Querschlägern drohte als von der Staatsgewalt. Auch aus der Ferne einschlagende Tränengaspatronen konnten nichts anrichten, hatte man doch immer noch eine Hand frei, um mit Bier zu löschen.

Eine beherrschende Situation trat bloß ein, als aus einer vorbeifahrenden Wanne dann doch einmal Tränengas von Hand neben die Fässer gerollt wurde (man stelle sich einmal vor, solch unbeherrschte Menschen sitzen im entscheidenden Moment an »dem Knopf«). Indes, die Tauben unter den Trinkern konnten sich gegen die Falken durchsetzen. Der Kellner nahm einfach sein weißes Tuch vom Unterarm, spannte es auf einen Besenstiel und die Neutralität ward wieder respektiert.

Gäbe es den Friedensnobelpreis noch nicht, man müßte ihn erfinden, und zwar für diese Menschen, eben irgendwie auch Einzel von Willy Brandt: Die Helden vom Lausitzer Platz waren, um mit Pfarrer Sommerauer zu sprechen, »Vorbilder in jeder Beziehung«.



Das Fest am Lausitzer Platz am Freitag nachmittag.

Vollrausch zu Nulltarif

Kreuzberg bedient sich selbst / Große Koalition über politische Gräben und Völkergrenzen hinweg

Um 22 Uhr, Real in der Pücklerstraße/Ecke Wrangelstraße: Die schwarz Maskierten, die die Frontscheibe des Supermarkts eingeschlagen haben, sind längst abgezogen. Backupverl und Kassenzettelrollen sind wie Konfetti und Luftschlangen über die Straßenkreuzung verstreut. Volksfeststimmung. Jenseits der Mauer donnert das Ost-Feuerwerk, zur Feier des Tags der Arbeit. Die Familien aus den Sozialwohnungsblocks, die Alkis aus den Hinterhöfen, die türkischen Familienväter, alles sind auf die Straße gestürzt, plaudern, lachen und bedienen sich selbst. Als erstes steigen ein paar Jugendliche durch die Glassplitter ins Innere des Ladens, dann steigen auch Muttis im Faltenrock und türkische Familienväter hinterher. Von Empörung über die Verwüstung keine Spur. Kreuzbergs Bewohner greifen zu. Überglücklich klettert die 50-jährige Nachbarin mit zwei Beck's-Bier Sixpacks durch das offene Fenster. Tüten mit Gummibärchen gehen

von Hand zu Hand. Schnaps, Zigaretten, Kaffee und Bier sind als erste weg. Angst vor der Polizei braucht niemand zu haben — »die sind mit was anderem beschäftigt«, weiß der Prolli aus dem Nachbarhaus, und außerdem passen die, die draußen stehen auf, und warnen die Plünderer im Laden, wenn sich Wannen nähern.

Es stimmt nicht, daß ein paar hundert »Chaoten« die vier Supermärkte und die vielen Einzelhandelsgeschäfte rund um den Heinrichplatz plünderten, wie es gestern in den Nachrichten vermeldet wurde. Die »ganz normalen Kreuzberger« nutzten die polizeifreie Zeit, um zu plündern und zu raffen. Bei Getränke-Hoffmann in der Mantuffelstraße schleppten ältere Männer die Limokästen weg, als die Schnapsregale schon leer waren. Andere nutzten die Chance, um sich einfach vor Ort zu besaufen. Sektorketten knallten, Likörflaschen wurden halb ausgetrunken in die Menge geschmissen, Vollrausch zum Nulltarif. Bei Bolle, der

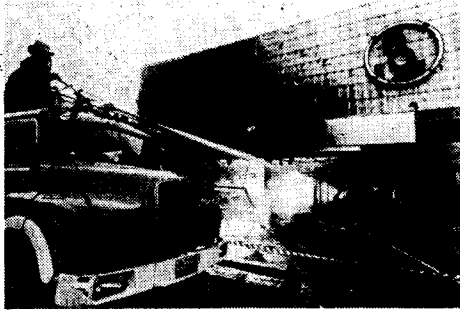
gegen 22.30 aufgebrochen wurde, schobende Kreuzberger Einkaufswagen voller Fleischkeulen, Lebensmittel und Alkohol ins Freie und, vorbeidann brennenden Barrikaden nach Hause. Gegen Mitternacht zersplittern auch die Scheiben von Condi am Kottbusser Tor.

Später, als das Geschehen eskalierte, kamen auch Einzelhandelsgeschäfte dran. Nach Mitternacht schlug eine Gruppe junger Ausländer die Scheibe des Miederwarenladens an der Oranienstraße ein: innerhalb von 10 Minuten waren die Spitzhacken die Scheiben von plus in der Oranienstraße einschlagen, sind viele der Beteiligten schon sturzbetrunken — die Schnapsflaschen werden gar nicht mehr geöffnet, sondern gleich als Wurfgeschosse benutzt. Am Rande des Lausitzerplatzes liegt weit nach Mitternacht ein junger Mann;

sturzbetrunken, die noch halb gefüllte Flasche neben sich.

Mit mehr praktischem Sinn gehen vor allem die türkischen Bewohner an die unverhoffte Gelegenheit heran. Als bei einem Sanitärgeschäft die Scheiben klirren, beladen sie sich mit Armaturen und Waschbecken. Gleiches gilt für einen Eisenwarenladen an der Mantuffelstraße, der für die Vollständigkeit des Werkzeugkastens beitragen darf.

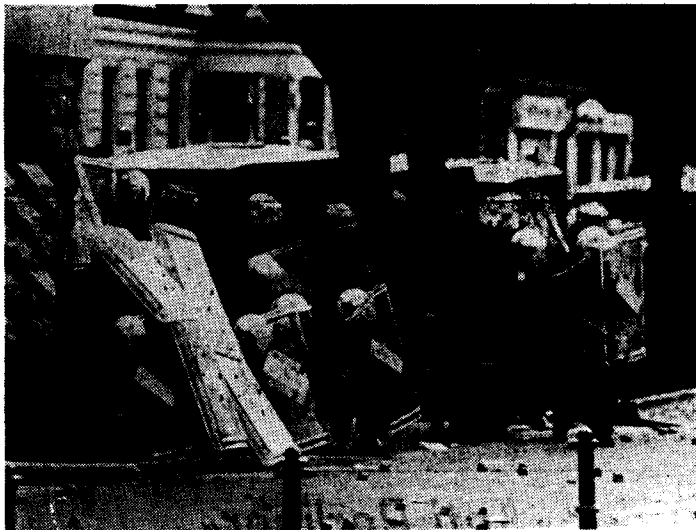
Text und Redaktion der Sonderseiten: Brigitte Fehle, Myriam Moderow, Gerd Nowakowski, Christof Albrecht, Martin Wollenberg.
Fotos: Annette Lesniewski, Ann-Christine Jansson, Peter Homann, Christian Schulz, Hans-Peter Stiebing, Andreas Schoelzel



Die Ruine des Bolle-Supermarktes am Görlitzer U-Bahnhof rauchte still vor sich hin, als gestern Vormittag übernachtige Teilnehmer und Zuschauer der extra-langen Kreuzberger Nacht und jede Menge Touristen bei Tageslicht sehen wollten, was sich im Feuerschein verändert hatte. An der durch den Deckeneinbruch (um 11 Uhr noch) freistehenden Frontwand des Supermarktes wurde die klassische Vorgeschichte vieler Supermarkthallen wieder erkennbar: »Kolosseum« war als uralter Schriftzug des längst vergessenen Kinos wieder zu erkennen, nachdem die Plastikkacheln weggeschmolzen waren. Laut dpa war das Gebäude »teilweise niedergebrannt«. Die Feuerwehrleute und Beschäftigten des Technische Hilfswerks hatten vermutlich einen anderen Eindruck, als sie erst einmal versuchten, die einsturzgefährdete Wand unter Kontrolle zu bringen. Nachdem bereits in den frühen Morgenstunden Polizei-Bulldozer die Straßensperren beiseite geräumt hatten, war am Vormittag die Stadtreinigung vor allem am Lausitzer Platz mit einem Großeinsatz dabei, die Spuren der Brände und ganze Tagesproduktionen von Pappbechern und Getränkedosen zu beseitigen. Bis auf einige dunkle Stellen im Asphalt sah es bereits um zehn Uhr wieder so aus, daß mancher Neugierige sich fragen konnte »War was?« Doch in der Oranienstraße und den Seitenstraßen lagen nicht nur mindestens zehn ausgebrannte Auto-Wracks, sondern auch große viereckige Gestänge mit zwei Runderisen an einer Achse: ein Tag zuvor noch ganz normale Bauwagen. Jeder rostige Nagel hatte Chancen, von einer der dutzenden Kameras dokumentiert zu werden. Auf den Straßen herrschte ein Verkehr wie auf dem Stadtring Freitag mittags, und doch lief er trotz ausgefallener bzw. zerstörter Ampeln erstaunlich flüssig. Unter den zahlreichen Kreuzberger-Besuchern war auch der berühmte Berlin-Tourist Pasulke aus Wanne-Eickel Ost zu sehen. An sich nur als Zaungast zur 750-Jahr-Feier gekommen, hatte er Frau und Kinder zu einem Vormittagsbummel ins KaDeWe geschickt, um selbst erst mal zu sehen, »ob ich Euch morgen dahin mitnehmen kann«. Sichtlich beeindruckt von den Spuren der acht Stunden Ausnahmezustand äußerte er trotz der äußerlichen Ruhe gestern Vormittag noch Bedenken, mit Familie nach SO36 zu kommen, weil »... Sie wissen ja, Pasulke mag kein Chaos«.

»Kein Grund, unfriedlich zu sein«

Polizei von der Randalie völlig überrascht / 500 Beamte im Einsatz



»Die Polizei ist in diesen Einsatz gegangen wie in jeden anderen«, so beschrieb gestern Mittag Polizeisprecher Müller die Ausgangssituation, wie sie den Einsatzbefehlen am frühen Abend zugrunde gelegt wurde. Daß die morgendliche Durchsuchung der Räume der Volkszählungsboykott-Initiative im Mehringhof und die Be-

schlagung tausender von Flugblättern Anlaß für eine aufgeladene Stimmung hätte sein können, sei aus Polizeisicht nicht einsichtig.

»Es gab keinen Anlaß, unfriedlich zu sein.« Den Zeitpunkt der Mehringhof-Durchsuchung hätten im übrigen nicht die Polizei, sondern der Ermittlungsrich-

ter und der Staatsanwalt festgelegt.

Anfänglich seien hundert Beamte im Einsatz gewesen, im Laufe der Nacht seien sie »sukzessive bis auf 500 Mann verstärkt worden«. Erst in einer Lagebesprechung um 22 Uhr habe sich der Eindruck durchgesetzt, daß dies »kein normaler Einsatz ist, da die Ausschreitungen örtlich nicht beschränkt waren«, sondern sich auf sechs Stellen im Bereich Lausitzer Platz — Heinrichplatz — Oranienstraße aufgeteilt habe.

Nach Aussagen sehr vieler Augenzeugen beobachteten Polizeieinheiten, wie Barrikaden gebaut und angesteckt wurden, ohne einzugreifen. Auch als gegen 1 Uhr der Real-Supermarkt in der Oranienstraße/Ecke Oranienplatz und ein nahegelegenes Tabak- und Waffengeschäft aufgebrochen und geplündert wurden, habe sich von Seiten der Polizei nichts getan. Ein Augenzeuge, der die Szene von seiner Wohnung aus beobachtete, schilderte dertaz: »Aus dem Waffenladen kamen Leute mit Luftgewehren raus und schwenkten sie triumphierend zu den Polizisten hin, die an der Oranien-Ecke Adalbertstraße standen.« Zu entsprechenden Beobachtungen teilte Innensenator Kewenig mit, daß noch der Frage nachgegangen werde, ob die Polizei Plünderungen und Brandstif-

tungen im Vorfeld hätte vereiteln können.

Als später Polizeieinheiten Richtung Oranienstraße vorrückten, sei aus einer Wohnung ein Molotow-Cocktail in eine Gruppe von 20 Polizisten geschmissen worden. »Die Beamten hatten keinerlei Überblick. Nachdem der Molotow-Cocktail explodiert war, stürmten sie das falsche Haus.« Der Beobachtung des taz-Informanten nach sei in diesem Fall Polizeikleidung nicht in Brand geraten. In einer Mitteilung der Polizei-Pressstelle war davon die Rede, daß in einem Fall die Kleidung eines Beamten durch einen Molotow-Cocktail in Brand geraten sei und durch Kollegen gelöscht werden mußte.

Polizeisprecher Müller zufolge habe sich die Situation »im Laufe des Abends immer mehr hochgeschaukelt.« Er sprach von »300 militanten Störern, die durch 600 Mitläufer« unterstützt worden seien. »Die Polizeikräfte waren zu schwach, um einzugreifen, weil die Störer mit Steinen, Stahlkugeln und Kränenfüßen so massiv gegen die Polizeikräfte vorgegangen sind.« 77 Einsatzwagen der Polizei sind laut Müller beschädigt worden, es sei jedoch kein Fahrzeug angesteckt worden. Sieben Polizeibeamte seien in Krankenhäusern behandelt worden.

Als die Polizei gegen 3 Uhr bis zum U-Bahnhof Görlitzer Bahnhof vorgedrungen war, dessen ebenerdiger Ticket-Schalter brannte und dessen Verglasung (der U-Bahnhof liegt an einer Hochbahntrasse) erheblich zerstört worden war, hatten sich die Demonstranten in die Seitenstraßen abgesetzt. Nach Aussage einer Augenzeugin kam es in der Folgezeit zu schweren Prügeleien von Polizeibeamten, sobald sie auf Einzelpersonen trafen oder in der Überzahl waren. Dabei seien auch viele Personen verprügelt worden, die von ihrer Kleidung her nicht der Auffmachung des autonomen Spektrums entsprachen. Die Augenzeugin zur taz: »Nachdem jetzt nicht mehr Masse gegen Masse stand, gab es für viele Polizisten kein Halten mehr.«

Mittlerweile sind zusätzliche Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt worden, »weil wir uns auf Nachfolge-Aktionen einstellen«, so der Polizeisprecher gestern nachmittag.

KOMMENTAR

750 Motive

Als sich die Kreuzberger Szene am Morgen zum Rundgang durch ihren Stadtteil aufmachte, und die qualmende Ruine von Bolle, die durchlöchernten Scheiben am Görlitzer Bahnhof, die ausgekollerten Autowracks besichtigte, da stand vielen, die sonst auf jeder Demo mitmischen, das Entsetzen ins Gesicht geschrieben. Auch für Politaktivisten, die die Randalie am Bauzaun in Wackerdorf und bei den Häusererrückungen unterstützten, wurde diesmal die Grenze des Erträglichen weit überschritten.

Jetzt suchen alle nach Erklärungen, doch mit einfachen Schuldzuweisungen, oder simplen politischen Analysen ist nicht zu begründen, warum in der nächtlichen Eskalation alles kurz- und kleingeschlagen wurde, was irgendwie entfernt die Konsumgesellschaft repräsentiert: Stromkabel, U-Bahn, Telefonzellen, Autos und Supermärkte.

Der Unmut über die glattgeschminkte Fassade, die der Senat zur 750-Jahr-Feier aufgebaut hat und als sauberes Berlin präsentiert, war nicht alleiniges Motiv für den Kreuzberger Aufstand. Auch der Ausbruch des Frühlings nicht, der traditionell die ganz normale Sommerandale im Viertel aufleben läßt. VoBo-Broschüren-Beschlagnahmung und der Polizeieinsatz am Lausitzer Platz waren nur ein Auslöser, nicht aber Motiv der nächtlichen Ausschreitungen.

Diesmal haben Gruppen zusammen losgeschlagen, von denen auch Vertreter der linken Szene annahmen, daß sie sich längt in der Kreuzberger Schmutzdecke häuslich eingerichtet und mit Bier und Schnaps selbst ruhiggestellt hätten: Jugendliche, Türken, Punks, die Alkoholiker aus dem Hinterhof, sie haben zusammen diesen alternativen Eröffnungsakt zur 750-Jahr-Feier gestaltet. Die Szene stand dabei und staunte.

Wer jetzt vom Wiederaufleben der 81-Zeiten träumt oder von der Radikalierung des Widerstands gegen die Volkszählung spricht, liegt voll daneben. Eine politische Demonstration war die Randalie nicht. Das wird auch die andere Seite zur Kenntnis nehmen müssen, die die Kreuzberger Ereignisse zur Kriminalisierung der Vobo-Bewegung nutzt.

Das Ausmaß des Unmuts und des Aggressionspotentials gegen das schöne, wohlgeordnete Fassaden-Berlin war die eigentliche Überraschung der letzten Nacht. Mit Polizeipräsenz alleine wird man die nicht ruhigstellenden können, die angesichts von Schönanierung und Mieterhöhung fürchten, aus ihrem Stadtteil verdrängt zu werden. Ob dem Senat etwas anderes einfällt, als Polizei nach Kreuzberg zu schicken, um im Jubiläum wieder Ruhe und Ordnung herzustellen, ist zu bezweifeln. Weitere Eskalationen sind dann vorprogrammiert, die 750-Jahr-Feier nur noch mit Knüppel- und Wasserwerferchutz zu begehen. Steinwürfe und brennende Barrikaden — das zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre — haben in der westdeutschen und internationalen Öffentlichkeit jedoch stets mehr Aufmerksamkeit gefunden, als der Korruptions- und Baukandal. Etwas schlimmeres als diese Kreuzberger Nacht hätte dem Senat zum Fest-Auftakt jedenfalls nicht passieren können.

Bilanz der langen Nacht

Weit über 100 Verletzte

Keine vollständige Übersicht gab es bis zum Samstag nachmittag über die Zahl der Verletzten. Aussagen sprechen von weit über 100 Menschen, die durch die Auseinandersetzungen der Nacht verletzt wurden.

Nach Angaben des Arbeiter-Samariter-Bundes und der Feuerwehr wurden 42 Personen in Krankenhäuser gebracht. Weitere 30 Menschen konnten nicht in Krankenhäuser gebracht werden, weil die Helfer nicht durchkamen. Der Arbeiter-Samariter-Bund spricht in seiner Bilanz von »einigen Schwerverletzten«, darunter sei eine Person »mit schweren Schädelverletzungen, die in ein Neuköllner Krankenhaus gebracht wurde. Die Polizei sprach von sieben verletzten Beamten.

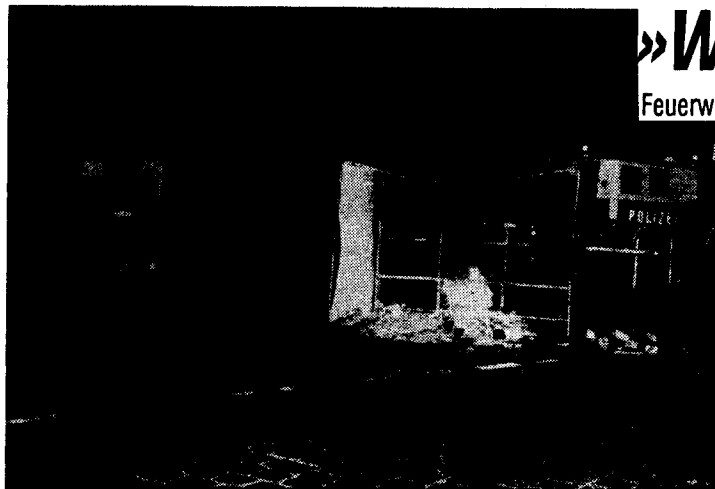
»Höllisch viel zu tun«, hatte auch am Samstagnachmittag noch die Aufnahme des Urban-Kran-

kenhauses. Noch immer kämen verletzte Menschen, überwiegend mit Platzwunden und Schnittverletzungen. Wie der diensttuende Arzt erklärte, seien während der Nacht über 100 Personen selbstständig in das Urban-Krankenhaus gekommen. Auch das St.-Marien-Krankenhaus in der Lausitzerstraße in Kreuzberg 36, direkt in Bereich der Auseinandersetzungen gelegen, sprach von vielen Verletzten. Konkrete Angaben wurden nicht gemacht. Wieviel Menschen wegen Alkoholübergebrauch in den Krankenhäusern um Hilfe nachsuchten, war nicht zu erfahren. taz



»Was sollen wir denn tun?«

Feuerwehrwache Wienerstraße: zur Untätigkeit gezwungen inmitten des Chaos



Skalitzer Straße um 3 Uhr nachts. Der RIAS um 3.30 Uhr: »Verkehrsmeldungen liegen uns nicht vor.«

»Die haben mit Stahlkugeln auf mich geschossen, da ist Schluß für mich«, antwortet der Zugführer der Feuerwehr in der Wienerstraße einem erregten Passanten, der ihn zum Einsatz bewegen will. Zwei Uhr nachts ist es und in der Tür der Feuerwehrwache, fast direkt im Zentrum der Auseinandersetzung, stehen die Beamten und schauen auf das Chaos. Wenige Minuten vorher war wieder einmal der Versuch gescheitert, mit einem Löschzug bis zum brennenden Bolle-Supermarkt vorzustoßen. Nur hundert Meter sind es bis zu diesem Brandherd; dennoch ist die Fahrt nach einem Steinhaagel schon nach wenigen Metern zuende, die Wagendrehen um, kurven über Hindernisse und Bordsteine zurück, verschanzten sich wieder in der Feuerwehrwache.

Brandrot leuchtet der Himmel, krachende Kuzschlüsse schießen knapp 50 Meter weiter aus einem brennenden Spannungsverteiler; brennende Barrikaden ringsum und ein loderner U-Bahnhof, die Feuerwehrleute aber stehen untätig im Eingang, umgeben von aufgeregten Menschen und zucken mit den Schultern.

»Der Höhepunkt des Brands ist sowieso vorbei«, beruhigt der Zugführer einen Bolle-Anwohner, der sich um sein Wohnhaus sorgt. Klitschnass ist der junge Mann, vom Löschwasser und vom Feuer

angefachten Schweiß. Mit einem dünnen Gartenschlauch versucht die Hausgemeinschaft die heiße Brandwand zu kühlen und ein befürchtetes Übergreifen des Feuers zu verhindern. »Brandwand heißt Brandwand, weil da nichts durchbrennt«, beruhigt der Feuerwehrmann. Und solange nur Sachwerte in Gefahr seien, egal ob Supermarkt oder PKW, könne man damit leben. Aber vielleicht sind Leute drin?, wirft einer aus der Menschengruppe ein. Wieder zuckt der Feuerwehrmann mit den Schultern, zeigt auf die lodern Brandherde. »Redet doch mit euren Leuten«, fügt ein Feuerwehrker hinzu, als seien die Umstehenden verantwortlich.

Einige wollen selbst einen Schlauch und Gerätschaften haben. Am Heinrichplatz steht doch alles, sagt ein Feuerwehrman erbittert und meint das ausgebrannte Fahrzeug. Ein junger Mann mit Megaphon zieht mit einem Feuerwehrmann los. Einige Menschen schließen sich an. »Gegen die Bullen, ja, gegen die Feuerwehr, nein«, ruft er in die Menge: »Leute, laßt die Feuerwehr durch«. Einige zerran Gitter und andere Hindernisse beiseite, bis sie von anderen daran gehindert werden. »Erst kommen die und dann die Bullen hinterher, das läuft nicht«, heißt es kategorisch. Ein alkoholisierte Barrikaden-Freak geht auf einen Mann los. Zehn Minuten später ist der Versuch ge-

scheitert, eine Schneise der Vernunft zu schlagen. Der Feuerwehrmann zieht sich zurück, Bolle lodert

weiter, weit hinten in der Oranienstraße lodert es neu empor.

»Wir wollten ja, dass sich die Polizei zeitweilig zurückzieht, damit wir löschen können«, sagt der Zugführer. Aber Absprachen seien nicht zustande gekommen, selbst Rufkontakt gäbe es nicht. Dann ziehen sich die Feuerwehrleute in die Festung zurück, die Flammen lecken weiter am Bahnhof; nur der Trafo hat sich ausgezuckt.

Erst zwei Stunden später, als die Polizei die Skalitzerstraße geräumt hat, rücken sie aus. Während sie den Bahnhof löschen, ruft sie ein Panzerwagen über Megaphon an: »Feuerwehrrümpfung, können wir euch helfen?«. Der Löschtrupps winkt ab.

Nur jeder zweite Notruf wurde bedient

Bis Samstagmorgens sieben Uhr hatte die Feuerwehr den Ausnahmezustand ausgerufen.

Noch nie in ihrer Geschichte sei die Feuerwehr so massiven Angriffen ausgesetzt gewesen, erklärte der Sprecher der Feuerwehr, Bartz, zu den Ereignissen der Nacht. Selbst bei den heftigen Auseinandersetzungen der Vergangenheit um den Winterfeldplatz sei die Feuerwehr respektiert worden.

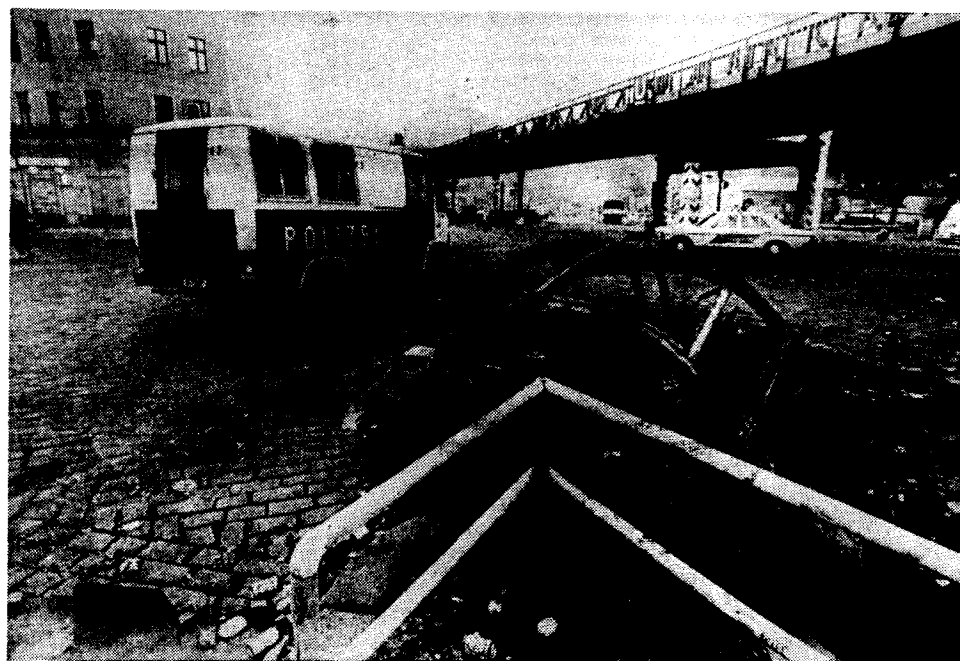
Insgesamt habe es während der Nacht 43 Einsätze gegeben. Dabei handelte es sich in 21 Fällen um Brände und 20 Fälle von Verletzungen. Hinzu kam zweimal die Beseitigung von Hindernissen.

In 55 Fällen konnte die Feuerwehr wegen der Behinderungen

einem Alarm nicht nachkommen. Achtunddreißig Brandalarme ohne Feuerwehr verzeichnet die Statistik der Nacht, und 20 Fälle von verletzten Personen, die sich ohne Feuerwehr behelfen mußten. Wohnhäuser seien allerdings nicht in Gefahr gewesen.

Insgesamt seien 100 Beamte im Einsatz gewesen; davon wurden drei verletzt, konnten aber nach ambulanter Behandlung entlassen werden. Ein Fahrzeug brannte total aus, weitere 15 wurden durch Steinwürfe beschädigt.

Bezüglich einer besseren Koordination mit der Polizeiführung sagte Bartz, man werde darüber und wie man sich auf derartig überraschende Situationen einstellt, sicherlich mit den zuständigen Stellen sprechen.



Samstag morgen, 6 Uhr: Berlin-Kreuzberg, Skalitzer-/Ecke Oranienstraße.

»Feuriger Festauftakt« der »Anti-Berliner«

Senat: »Übelster Mob« ohne politischen Hintergrund / Autonome: Auftakt zum Berlin-Jubiläum

Der Senat:

»Hier hat sich der Straßenmob ausgetobt. Eine Clique von Anti-Berlinern hat sich in brutaler Gewalt zusammengeworrtet, um zu stören und zu zerstören. Das lassen die Berliner sich nicht gefallen.« Die offizielle Erklärung des Senats erfolgte, nachdem sich Innensenator Kewenig (CDU), der Regierende Bürgermeister Diepgen und weitere Senatoren am Vormittag zur »Krisenrunde« mit der Polizeiführung getroffen hatte. Offene Kritik des Senats an der Polizei, der es nicht gelungen war, die nächtliche Randalie einzudämmen, sei nicht geäußert worden, versicherte Senatssprecher Fest. »Kein Mensch hat die Polizei gerügt«, es sei »schließlich nicht so einfach, so etwas unter Kontrolle zu halten«. Der Senat habe zusammen mit der Polizei alles veranlaßt, um »Wiederholungen zu vermeiden und insbesondere die Bürger von Kreuzberg vor Ausschreitungen zu schützen«. Die Durchsuchung des Mehringhofes am Freitagmorgen und die Beschlagnahmung der Vobo-Broschüren seien nur Vorwand für die nächtlichen Ausschreitungen gewesen, weiß Fest. Eine Gruppe von Leuten, »Straßenmob in übelster Form«, die »sicherlich wenig politische Motive haben«, könne neben von ihrer »Lebensphilosophie« nicht ertragen, daß sich die Dinge in Berlin gewandelt hätten. Daß sie »eine Gegenveranstaltung zur 750-Jahr-Feier geplant« hätten, sei dem Senat bekannt gewesen. Allerdings habe »die Stunde nicht festgelegt«. Zur Imagepflege Berlins habe der Kreuzberger Krawall »sicher nicht beigetragen«. Jetzt werde der Senat sich an die »Schadensbegrenzung« machen. Mehr Polizeipräsenz in Kreuzberg wird, so ließ der Senatssprecher durchblicken, eine

der Konsequenzen sein, um einen reibungslosen Verlauf der 750-Jahr-Feier sicherzustellen.

Die AL

Für die AL-Fraktion erklärte der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Wieland, er sehe »die provokative Durchsuchung des Vobo Büros im Mehringhof und den Tränengaseinsatz gegen das Kreuzberger Stadtteilstück als Auslöser der Ausschreitungen in Kreuzberg, die jedoch keine Erklärung für das bisher beispiellose Ausmaß der Zerstörungen bieten. Die Vorfälle, die an Aufstände in den Gettos von Detroit oder Brixton erinnern, lassen nur den Schluß zu, daß sich hinter den zur 750-Jahr-Feier blankgeputzten Fassaden ein hohes Maß an Unzufriedenheit und sozialen Spannungen abgesammelt hat. Statt die Ursachen in unzureichenden Polizeistrategien zu suchen sollten die politisch Verantwortlichen erkennen, daß eine Politik der Gettoisierung und Verdrängung sozialer Konflikte früher oder später zu derartigen Gewaltausbrüchen führt.« Die Vorfälle müßten »für alle eine Warnung sein«. Die AL-Fraktion warne davor, die Konflikte mit weiteren repressiven Maßnahmen lösen zu wollen.

Walter Momper:

Ich verurteile die heute Nacht vorgekommenen ungläublichen Exzesse von Gewalt und Zerstörung in Kreuzberg. Es gibt auch nicht den Anschein einer politischen Rechtfertigung für die Anwendung von Gewalt. Neu an den Ereignissen von gestern Nacht und was mich betroffen macht, ist, daß es eine relativ große Fläche war, daß es erstmals die U-Bahn betroffen hat, das es die Feuerwehr betroffen hat, das es sehr viele Brandlegungen gegeben hat und daß das Ausmaß der Plünderungen so groß war. Es scheint

eine Häufung von Bevölkerung in Kreuzberg zu geben, die zu solchen Gewaltexzessen tendiert, weil sie persönlich für sich keine Zukunft sieht.

Vertreter des Arbeitslosenladens:

Es war Scheiße, das sich die Polizeiräumung gegen das Fest auf dem Lausitzer Platz gerichtet hat. Die Polizei hätte nicht versuchen dürfen, den spontanen Demozug, der sich gegen die Durchsuchung des Infobüros zur Volkszählung im Mehringhof richtete, zu verhindern. Wir finden die Demo gut und die Ausschreitungen richtig.

Ein Anarchist:

Es zeigt sich, daß die Berliner autonome Szene noch nicht tot ist und es läßt hoffen für den Reagan-Besuch.

Ein Autonome:

Wir haben die 750-Jahr-Feier zwar einen Tag später eröffnet als Diepgen, dafür aber viel feuriger. Und das war erst der Auftakt.

Eine Frau:

Ich find's natürlich geil. Aber ich habe immer Schwierigkeiten mit dem Heroismus bei diesen Aktionsformen. Mancher Mann ist echt der Auffassung, daß Frauen da nichts zu suchen haben.

Eine zweite Frau:

Einerseits finde ich das gut, bei dem Rechtsruck, der durch alle Gremien geht, andererseits rechtfertigt das nicht, daß da kleine Läden demoliert worden sind, Döners und so. Da müssen die Leute differenzierter vorgehen, sonst geben sie nur den Rechten Material in die Hand.

Ein AL-Mann:

Mich hat das sehr erschreckt, das hatte eine völlig neue Qualität gestern. Das war keine bestimmte Szene, die sich da gestern ausagiert hat, das war die Stunde all derjenigen, die sonst immer ein überbrücken und sich so Gehör verschafft haben.

Noch ein Mann:

Ich fand's teilweise problematisch mit der Feuerwehr. Wenn ich mir vorstelle, da im Nebenhaus von Bolle zu wohnen und die Flammen könnten jederzeit übergreifen, ebenso sind da auch Privatwagen angezündet worden von Leuten, denen man nicht unbedingt ein ausgebranntes Auto wünscht.

Egon Franke, Vorsitzender der Polizeigewerkschaft:

»Verbrecherische Anschläge einer halbterroristischen Szene.« »Der Ausnahmezustand« sei »nicht zuletzt das Ergebnis einer halbherzigen Politik, die es zugelassen habe, daß ehemals besetzte Häuser mit Steuermitteln legalisiert und zu Treffpunkten von Gegnern unserer Gesellschaft und zu Verabredung von Schwerestrafkriminalität mißbraucht werden.« Franke zeigte sich überzeugt, daß es sich um einen Raub der autonomen Gruppierungen gegen die Durchsuchung des Mehringhofes, der von ihnen als »ideologischer Tempel angesehen werde«, handelt. Wer nach solchen Vorfällen weiterhin der Meinung sei, daß man diese Zerstörer des bürgerlichen Lebens durch »ein anbiederndes Verhalten wieder in die Gesellschaft eingliedern könne, müßte durch die Ereignisse der letzten Nacht eines anderen belehrt worden sein.«

Berlin feiert – Kreuzberg brennt

Schwerste Randale seit Jahren

Heftige Straßenkämpfe tobten in der Nacht zum 2. Mai / Polizei zog sich aus Kreuzberg zurück / 36 Läden geplündert, Supermarkt abgefackelt / Kritik von autonomen Gruppen an Trunkenheit und angestaumtem Haß

Von Brigitte Fehrie

Berlin (taz) — Einen Tag nach Eröffnung der 750-Jahr-Feier steht Berlin kopf. In der Nacht vom ersten zum zweiten Mai erlebte der Bezirk Kreuzberg die schwersten Straßenschlachten der letzten

FORTSETZUNG VOR SEITE 1

Kreuzberg brennt...

„Anti-Berliner“ nannte er die Akteure der Nacht, die sich in „brutaler Gewalt zusammengewirrt haben um zu stören und zu zerstören“. Kewenig mußte einräumen, daß die Polizei die Lage nicht im Griff gehabt habe. Man sei auf ein solches Maß an Gewalt nicht vorbereitet gewesen. Die Alternative Liste erklärte, sie sehe die provokative Durchsuchung des VoBo-Büros im Mehringhof und den Tränengaseinsatz gegen das Stadtteilfest als Auslöser für die Ausschreitungen. Dies erkläre jedoch nicht das „beispiellose Ausmaß an Zerstörung“. Es habe sich hinter den blankgeputzten Fassaden der 750-Jahr-Feier ein hohes

Jahre. Bis zum frühen Morgen brannten meterhohe Straßenbarrikaden, PKWs und Feuerwehrautos. Alle Zufahrten nach Kreuzberg waren blockiert. Baugerüste wurden angezündet und schließlich Bolle, ein Riesen-Supermarkt, in Brand gesteckt. Die Bilanz der Nacht: 47 Festnahmen, weit über hundert Verletzte, 36 geplünderte Läden, Strommasten und sämtliche Telefonhäuschen der Umgegend zertrümmert und ausgeräumt, alle Ampeln außer Betrieb, Schäden in Millionenhöhe. Die Berliner Polizei war offensichtlich nicht mehr Herr der Lage. Um elf Uhr nachts zogen sich die vierhundert Beamten zurück und überließen Kreuzberg

Maß an Unzufriedenheit und sozialer Spannung angesammelt. „Nicht den Anschein einer politischen Rechtfertigung“ sieht der Partei- und Fraktionsvorsitzender der Berliner SPD, Walter Momper, in den Vorfällen der Mai-Nacht.

Eine Vollversammlung der Autonomen am Samstagabend versuchte aus den Ereignissen der

sich selbst. Erst am frühen Morgen, gegen drei Uhr, rückten sie mit Panzerspähwagen, Wasserwerfern und Barrikadenräumfahrzeugen an und brachten Scheinwerferlicht ins Dunkel des Stadtteils. Aber da war Bolle schon ausgebrannt und auch die U-Bahn-Station Görlitzer Bahnhof qualmte seit Stunden. Verkohlte Autowracks, ein rauchender Bagger und ein demoliertes Feuerwehrauto säumten die Straßenränder.

Den Aktionen vorangegangen war eine nächtliche Durchsuchung des Volkszählungsbüros im Kreuzberger Kultur- und Kommunikationszentrum Mehringhof. Einige tausend Broschüren

waren beschlagnahmt worden. Die Polizei hatte um fünf Uhr früh ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl die Tore des Zentrums aufgeknackt und die Eisentür des VoBo-Büros mit Brecheisen aufgebrochen. Die Durchsuchung war heftiges Diskussions-thema auf dem traditionellen Kreuzberger Erste-Mai-Fest auf dem Lausitzer Platz, wo dann die ersten Steine flogen.

Eine neue Klasse Mitbürger hat Berlins Innensenator Wilhelm Kewenig (CDU) in einer ersten Stellungnahme für die Ausschreitungen verantwortlich gemacht.

Fortsetzung auf Seite 2

Tagesthema Seite 3

Kommentar auf Seite 4

Nacht Bilanz zu ziehen. Einhellig verurteilt wurde die Zerstörung kleiner Geschäfte im Kreuzberger Kiez. Teilweise seien auch Steine gegen die eigenen Leute geflogen, man habe die Situation später nicht mehr im Griff gehabt. „Der lang angestaute Haß und der Alkohol haben dazu geführt, daß ab Mitternacht einige blind um sich geschlagen haben. Wir finden das beschissen“, heißt es auf einem Flugblatt, das gestern in Kreuzberg geklebt wurde.

Gewalttäter tobten sich in Kreuzberg aus

SZ 4.5.87
Aren Ausschreitungen Geschäfte geplündert und Brände gelegt



Skalitzer Straße Ecke Lausitzer Platz: Chaoten haben ein Auto auf die Straße geschoben und angezündet

Regelrechte Straßenschlacht rund um den Lausitzer Platz

SVB 3.5.87

Vorbei an brennenden Barrikaden brachten sich Bürger in Sicherheit



Freitag nachmittag auf dem Lausitzer Platz: Noch ist das Fest gegen den „Weißen Kreis“ voll im Gange, doch schon gehen kampfmäßig ausgerüstete Polizisten in Stellung
Foto: Homann



Das Allheilmittel der CDU: Polizisten gegen Jugendliche ohne sinnvolle Perspektive
Foto: Homann



Vor dem Ausbruch der Gewalt

Augenzeugenberichte vom Lausitzer Platz ^{Wider} ^{W.S.}

Westberlin (DW). Die Ereignisse in der Nacht zum Sonnabend im Bezirk Kreuzberg sind nur vor dem Hintergrund des Polizeieinsatzes gegen Teilnehmer eines bis in die Abendstunden friedlich verlaufenden Maifestes auf dem Lausitzer Platz verständlich. Wir befragten Augenzeugen, was in den Stunden, bis die Gewalt eskalierte, geschah.

Nach übereinstimmenden Schilderungen mehrerer Beobachter fühlten sich viele Besucher des Maifestes durch die in hoher Zahl in Nebenstraßen des Lausitzer Platzes parkenden Einsatzfahrzeuge der Polizei provoziert. Ein Zusammenhang dieser Polizeipräsenz mit der Durchsuchung von Räumen des zentralen Volkszählungsboykottbüros sowie des Netzwerkes im Mehringhof am Morgen des gleichen Tages schien offensichtlich.

Gegen 16 Uhr drehten Jugendliche in der Nähe des Platzes einen haltenden Einsatzwagen der Polizei um und entkamen unerkannt. Schon zu diesem Zeitpunkt kam es durch Polizeikräfte zum ersten Tränengaseinsatz. Etwa drei Stunden später - bis dahin verlief das Fest friedlich - rückten mehrere Einsatzwagen heran und begannen, einen Ring um den Platz zu schließen. Polizeibeamte teilten mit, man suche nach den Straftätern, die den Einsatzwagen sowie einen in der Nähe befindlichen Bauwagen umgekippt hätten. Nun flogen vereinzelt Steine gegen „Wannen“.

Gegen 19.30 erklärten die Veranstalter das Fest für beendet. Ohne Vorwarnung

führen kurz darauf mehrere Einsatzwagen in die Menschenmenge. Zu diesem Zeitpunkt waren die Stände noch nicht abgebaut, viele Kinder spielten auf den Straßen. Sprecher der Veranstalter hatten einen leitenden Polizeibeamten mehrfach gebeten, auf die provokativen Polizeieinsätze, bei denen auch Tränengas zum Einsatz kam, zu verzichten - vergeblich. Die Antwort: Er erhalte seine Befehle von der Einsatzleitung, und treffe sie nicht „vor Ort“.

Das immer raschere Vordringen der Polizei heizte das erregte Klima an. Nun flogen vermehrt Steine auf Einsatzwagen und Mannschaften. Von verschiedener Seite wurde beobachtet, wie in Zivil gekleidete Personen auf Seiten der Polizei Steine zurückwarfen.

Tränengasschwaden hingen über dem Platz, der zwischenzeitlich von allen Seiten abgeriegelt war. In Eilschritten nahende Beamte prügelten wahllos auf Besucher, darunter Kinder, und Anwohner ein, die in die schützenden Hauseingänge flohen. Gezielt wurden dabei Gasgranaten in Menschenansammlungen geschossen. „Ich hörte Schreie von Kindern, Polizisten schlugen wie wild um sich. Plötzlich brannte einer der Stände. Die Situation war außer Kontrolle geraten“, so einer der Augenzeugen.

Die vorwiegend jugendlichen Demonstranten wurden in die Seitenstraßen gedrängt, verfolgt von rasenden Polizisten, die auch vor Pressefotografen nicht Halt machten. Die Gewalt eskalierte.



Foto: Günther Mroczkowski

Vermummt, verhetzt, brutal
Steinwurf gegen die Polizei: einer der 600 Chaoten von Kreuzberg
Quick 13.5.87

Harlem in Kreuzberg



Polizei, umgekippter Polizeiwagen in Kreuzberg

piegel 11.5.87

Maskierte Gewalttäter schleuderten Stahlkugeln und Molotow-Cocktails, doch auch Unvermumnte marodierten durch den Problembezirk und bescherten Berlin die rüdeste Krawallnacht: Straßen brannten, Läden gingen zu Bruch, sogar Senioren beteiligten sich an Plünderungen - Kreuzberg war Harlem.

Seite 57:



Es begann bei einem Maifest. Vermumnte Chaoten greifen ein Polizeiauto an und versuchen es umzustürzen



So begann das Fest am „Lauseplatz“ - und so gemütlich und ruhig blieb es ..., bis die Polizei provokativ eingesetzt wurde

Die Einsatzleitung war für den Veranstalter nicht zu sprechen

Verhört
8.5.87

Harte Kritik an den Polizeiaktionen gegen das „Lausefest“

(DW-am). Das politische Anliegen des traditionellen „Lausefestes“ habe in diesem Jahr vor allem darin bestanden, gegen die geplante Einführung des „Weißen Kreises“ zu mobilisieren, da die zu erwartenden Mietsteigerungen in Kreuzberg besonders drastische soziale Auswirkungen hätten. Dieses Konzept, so die Veranstalter, SEW und AL sowie Friedensinitiative Kreuzberg, am Donnerstag vor Journalisten, sei auch aufgegangen.

Auf dem Fest selber habe es keine Tumulte oder ähnliches gegeben. Es stimme zwar, daß ein Polizeiwagen am Rande des Festes umgeworfen wurde, aber als die beiden Polizeibeamten zurückkamen, sei der Wagen von Ordnern bereits wieder aufgerichtet gewesen, außer einer kleinen Öllache sei nichts passiert. Allerdings sei schon zu diesem Zeitpunkt eine übermäßige Polizeipräsenz zu verzeichnen gewesen, ohne daß die Veranstalter hätten erfahren können, was das sollte. Um 19.10 Uhr sei über 50 Ordner die Parole ausgegeben worden, daß das Fest um 20 Uhr beendet werde, „und das wäre auch ganz normal gelaufen, wenn die Polizei die Konflikte nicht eskaliert hätte“. Am Rande des Festes seien vereinzelt Steine geflogen, aber die Lage sei zu diesem Zeitpunkt voll unter Kontrolle gewesen. Hochgekocht sei die Situation erst, als die Polizei darauf bestand, auf den Festplatz selbst vorzudringen, um „zwei bis drei Randalierer festzunehmen“, so die Wiedergabe einer Polizeiäußerung. Versuche der Veranstalter, mit der Einsatzleitung in Kontakt zu kommen, seien gescheitert, der Einsatzleiter sei für sie nicht zu sprechen gewesen.

Als dann kurz vor 20 Uhr Einsatzwagen mit hoher Geschwindigkeit immer wieder in gefährlicher Weise auf der Platz gefahren seien, habe dies entsprechende Empörung ausgelöst, die dann in der Tat nicht mehr kontrollierbar gewesen sei. Hätte die Polizei sich etwas mehr zurückgehalten – der Polizeibericht gibt 19.41 bis 19.59 Uhr als Räumungszeitraum an, unmittelbar vor dem Ende des Festes –, alles wäre friedlich geblieben. Barrikaden habe es erst nach 20 Uhr gegeben, als die Polizei bereits Unmengen von Tränengas eingesetzt hätte.



Polizisten bei ihrem Einsatz in Kreuzberg

Foto: Homann

Millionenschäden nach Krawallen in Berlin

Strassenschlachten in Kreuzberg / 36 Geschäfte geplündert / 35 Brände / Streit über Ursache



Foto: Hans-Peter Stieb



Professioneller Polizeifotograf bei der Suche nach „Beweismaterial“ und der Vollständigkeit von Personaldateien für den „internen Gebrauch“

Foto: Homann



Freitag abend, Berlin-Kreuzberg: Die Polizei geht in Stellung.

Foto: Christian Schulz

Protokoll des Polizeifunk vom 1.Mai

19Uhr 24- Selbständig handeln im Rahmen des Großauftrags (Zobel 24 =Einsatzleiter)
19 Uhr 41 Wer räumt wo? (Z24)

Bambi 2 räumt Lausitzerpl.(Bambi 2) ist die Veranstaltung beendet?
vorher nicht selbständig räumen!
Teilnehmerzahl- Wieviel sind da? (Z24)
Bambi 2 - starke Steinwürfe
Z24 wer räumt denn jetzt alles?
Bambi 2 - brauchen dringend Verstärkung!
Z24 - ich kann ihnen helfen!

nach der Räumung unbedingt am Störer bleiben und in Bewegung halten
19Uhr 50 Aniskräfte - Veranstalter sagt : das die Veranstaltung jetzt aufhört, mehr kann er nicht sagen.

19Uhr 55 verletzte Person, Manteuffel 94
Meldung von der Feuerwehr, wir können nicht übernehmen wer machts?(Z24)
Togo- schlecht...

Anis 2 - keine Kräfte mehr zur Verfügung
Wir werden ganz schwer zugestampft
brauchen dringend Unterstützung, dringend Kräfte her dringend, alles mit Eile selbstverständlich

20.05 Z24- Sind die Kräfte alle gebunden?
durch Störer -

Bambi 2 - ja ,alle gebunden
Zulu 2- Steinwerfer konzentrieren sich auf den Lausitzer Pl., auf den Bereich Skalitzerstr bis Waldemar - Pücklerstr.
Z24- Kräfte ran an die Störer
Zulu2 - unsere Kräfte sind zu schwach, haben uns an die Fahrzeuge zurückgezogen. Hier hat sich der Himmel verdunkelt, soviel Steine waren in der Luft
Z24 - Wo sind Kräfte frei?

Bambi 2 ruft Feuerwehr zum Lausitzer Pl.

Eisenbahnstr., brennende Barrikade
Z24 - Feuerwehr angefordert, Schutz der Feuerwehr durch ihre Kräfte Bambi 2!

Z24 - wer hat die Feuerwehr angefordert?

Bambi 2 kommen, Bambi 2 kommen
Z24 Skalitzer 99 Barrikadenbau, wer räumt?

(keine Antwort)
Z24 -Feuerwehr in Bedrängnis, Unterstützung für Feuerwehr!

20.20 Bambi2 - Wir haben jetzt t- schaden, wechseln das Funkgerät, können jetzt nicht kommen.

Z24 - Jetzt umgehend Lausitzer/eisenbahn Unterstützung der Feuerwehr an Bambi 2

Bambi 2 Wir sitzen ab, Unterstützung der Feuerwehr

Bambi 2- LausitzerPl., nördliche Seite brauchen Unterstützung, vollgestampft mit Steinen, es besteht teilweise Lebensgefahr, es besteht Lebensgefahr!

Steinhagel, Feuer- Barrikaden: Beim Straßenfest tobten die Chaoten los

„Nie zuvor beobachtete Brutalität“

Reaktionen auf die Krawalle in Kreuzberg / „Versäumer...“
FAZ 5.5.87

„Nichts wie raus hier aus Kreuzberg“



Brennende Barrikaden, Feuerwehr in Berlin-Kreuzberg*: Steinwürfe, Molotow-Cocktails, Plünderungen

Krawalle, Brände und Plünderungen in Kreuzberg

Steine gegen Feuerwehr / „Autonome Anti-Berliner“ / Viele Verletzte / Mopser: Exzesse von Gewalt und Zerstörung



FOTOS: ECKHART-MICHAEL POHL, ANDREAS SCHULZE

Stein 7.5.87

Fortsetzung
von Seite 1

Die Terror-Nacht



Mariannenstraße: Chaoten haben ein Löschfahrzeug der Feuerwehr gestoppt, angezündet – es wurde völlig zerstört.



Ein umgestürzter Audi explodiert in einem Feuerball – der Besitzer mußte den Chaos-Terror hilflos mit ansehen.

Innensenator macht „Autonome“ verantwortlich

Straßenkämpfe in Kreuzberg richten schwere Schäden an

VBB 3.5.87

Berlin (Ibn)

Bei schweren Krawallen und Zerstörungen im Berliner Bezirk Kreuzberg ist durch Brandstiftungen und Sachbeschädigungen Schaden in Millionenhöhe entstanden. Die Ausschreitungen und Straßenkämpfe von ungewöhnlicher Schärfe und Brutalität, bei denen über 50 Personen festgenommen wurden, begannen Freitag nachmittag und dauerten bis gestern früh um 4.30 Uhr...

Fassungslos betrachte ein völlig ausgebranntes Wagen.



Vermummte Chaoten vor einer brennenden Barrikade. Keiner der Brandstifter wurde festgenommen.



Brennendes Auto an der Oranienstraße, Samstagabend.

Foto: Peter Homann

144

22.58 (Real-discount, Wrangel/Pückler und Wäschesalon Muskauer werden geplündert)
 z24 - wer übernimmt Plünderung, dringend loslassen von anderem Auftrag
 Zulu 2 - haben nicht die Stärke um beide Aufträge zu erfüllen
 z24 - dann Pückler/Wrangel

1.42z24 - echokräfte sind Naunyn/Mariannen eingeschlossen an Delta 2
 Delta 2 - Unser Standort Naunyn/Mariannen ich frag mich, wo soll'n die Echokräfte sein?
 z24 - Echokräfte nochmal genaue örtliche Einweisung!
 Echokräfte - aufgefressen und im Stau, eingekellt sind wir höchstens von Polkräften
 z24 - sind also von Polkräften eingeschlossen - an Delta 2, bleiben sie jetzt dort
 Delta 2 - räumen hoch und runter, beseitigen aber kein Störerpotential!
 z24 - ...

Rund um die Skaltzer Straße: Autowracks
 - vom Lieferwagen bis zum Mercedes

- umgeworfene Fahrzeuge, die den Chaoten als Straßensperren dienen sollten

"Kreuzberger Nächte"

Angst vor neuen Krawallen

Wenn US-Präsident Reagan am 12. Juni Berlin besucht, wollen die Chaoten wieder zuschlagen. Heimlich rüsten sie bereits auf

Am Morgen nach den schwersten Krawallen in Berlins Polizeichronik der letzten zehn Jahre kaufte sich ein Blumenhändler aus Kreuzberg eine Axt. Zur Verteidigung, zum Schutz seines Eigentums vor Chaoten.

Verhüte Gott und die 15000 Berliner Polizisten, daß sich der Mann mit der Axt zur Selbstjustiz verleiten läßt. Aber seine Angst um Leben und Existenz sind verständlich. Der Aufruhr am Abend des 1. Mai, beim Straßenfest der Alternativen Liste (AL) und der Sozialistischen Einheitspartei West-Berlins (SEW), hat tiefe Spuren hinterlassen. Brandspuren, Spuren der Zerstörung.

Als Chaoten einen Polizeiwagen umkippten, als 30. 40 Polizisten den Platz umstellten und mit Tränengas schossen, als auch Kinder mit Weinkrämpfen auf dem Rasen des Lausitzer Platzes

lagen, als die Chaoten johlend Verstärkung suchten und mit 600 Mann vorrückten - da glitt der Polizei diese schlimme Kreuzberger Nacht aus den Händen. Straßenbarrikaden, 32 in Brand gesetzte Autos, Steinhaufen gegen die Beamten. Brandstifter in geplünderten Geschäften.

Spisalon-Besitzer Herbert Berndt, 58, aus der Oranienstraße 186: „Auf der Straße tobte der Mob. Vermurmt mit Steinen machten Jagd auf Polizisten. Um 0.30 Uhr ging meine sechs Meter lange Fensterfront zu Bruch. 130 Pflastersteine lagen in meinem Geschäft.“ Weinend saß Carina Schyma, 27, in ihrem ausgeplünderten Juwelierladen am Heinrichplatz. Chaoten hatten die Stahlgitter einfach aus der Verankerung gerissen und Schmuck, Ringe, Uhren gestohlen. Kein Versicherungsschutz...

Die Bilanz der Schreckensnacht: 193 blutende Polizisten und rund 200 verletzte Chaoten, 16 ramponierte Feuerwehrautos, Millionenschaden. 13 Chaoten sind noch in Haft.

Seitdem sorgen sich die Berliner Ordnungshüter: Was wird erst passieren, wenn US-Präsident Ronald Reagan am 12. Juni nach Berlin kommt?

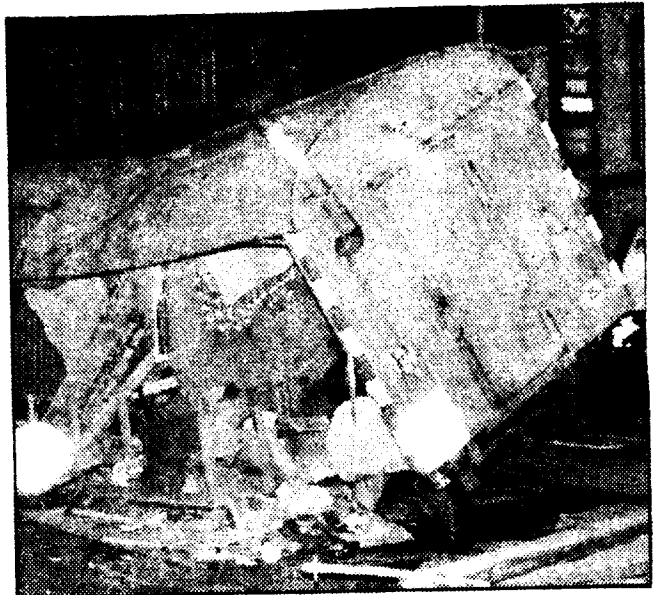
QUICK-Reporter sprachen mit Peter M., 27, aus Kreuzberg, der in der Krawallnacht „mitge-

mischt“ hat. Er zählt sich zu den „Autonomen“ - militante Gruppen, meist vermurmt, untereinander nur loser Kontakt. Den Mann, der alle Grüppchen unter einen Hut bringt, den gibt es (zum Glück) noch nicht.

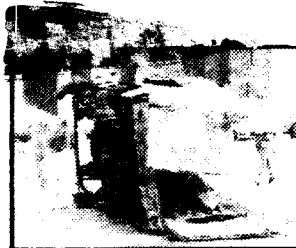
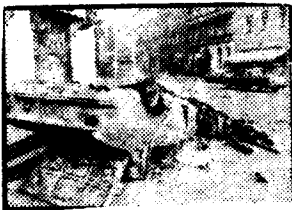
Aber Peter M., der mit 350 Mark Arbeitslosenunterstützung in einem Winzizimmer mit Außentoilette haust: „Beim nächstenmal (meint er den Reagan-Besuch?) werden wir uns besser organisieren. Wir legen das Telefonnetz und den gesamten Punkverkehr der Bullen lahm, dann sind die mit ihrer schönen Koordination am Arsch.“ Den Punkverkehr mit kleinen Störern auszuschalten - „kein Problem“. Und unterirdische Telefonkabel kann man ausgraben und zerschneiden.



Ein Bild des Schreckens, das die Berliner nie mehr sehen wollen: Polizisten müssen eine von Chaoten errichtete Steinbarrikade in der Oranienstraße / Nähe Adalbertstraße abbauen.



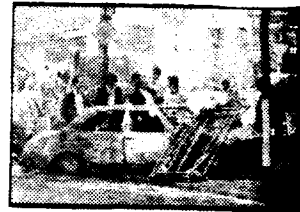
Chaoten brachen Wände von Bauwagen auf, kippten sie dann um.



Lausitzer Platz in Kreuzberg: Straßen und Gehwege sind von Steinbrocken und Pflastersteinen übersät



Polizeibeamte gingen hinter ihrem Einsatzfahrzeug vor dem Steinhaufen der Chaoten in Deckung. Trotzdem gab es Verletzte



Die Flammen-Nacht von Keuzberg

Während der Senat Berlins 750. Geburtstag zelebrierte, lieferte sich die Polizei mit denen, die nichts zu feiern haben, blutige Straßenkämpfe

Unter Polizeischutz waren die acht Männer der Feuerwache Kreuzberg mit einem Schlauch dicht an den brennenden Bagger vorgerückt. Dann prasselte ein Hagel von Pflastersteinen auf sie nieder. Mit Mühe retteten sie sich in einen Mannschaftswagen der Polizei, der rasch davonfuhr. Ein Augenzeuge schilderte, was mit dem Löschwagen geschah: »Die Steinwerfer stiegen ein, fanden drinnen eine Motorsäge und zerstörten damit das Innere des Wagens. Dann zündeten sie ihn an.«

Für Brandoberrat Albrecht Broemme, den Feuerwehr-Einsatzleiter am Abend des 1. Mai, hatten die Ausschreitungen in Berlin damit eine neue Dimension erreicht: »Bislang haben die immer die Feuerwehr in Ruhe gelassen. Es war das erste Mal, daß wir bei Bränden hilflos zusehen mußten, weil uns die Steinwerfer nicht an den Brandort ließen.«

Und gebrannt hatte es reichlich in dieser Nacht in Kreuzberg: Bretterstapel, Baucontainer, Mittelklassewagen und sogar eine »Ente« wurden zu feurigen Barrikaden umfunktioniert, die Fahrkartenhäuschen des U-Bahn-Station Görlitzer Bahnhof abgepackelt. Schließlich ging ein »Bolle«-Supermarkt in Flammen auf, nachdem er zuvor geplündert worden war.

Es waren in Berlin die schwersten Krawalle der letzten Jahre. Mit im Stadtteil Kreuzberg durchaus üblicher Randalie hatte das tatsächlich nichts mehr zu tun. Vermummte schlugen Schaukasten ein. Zuerst wurden die Auslagen, später auch die Läden ausgeraubt. Aus einem Lederwaren-Geschäft verschwanden in Minutenschnelle ganze Kartons mit Dessous. Aus einem Waffengeschäft schleppten Plünderer dutzendweise Luftgewehre und Schrek-

hußrevolver. Dabei waren es keineswegs nur Chaoten, die sich bedienten: »Von der Oma bis zum Enkel«, so ein Zeuge, schleppten Kreuzberger Schnaps, Zigaretten und Lebensmittel gleichstonweise aus dem Bollemarkt, bevor er unter allgemeinem Gejohle bis auf die Grundauern ausbrannte.

Junge Männer plünderten zweifellos einen Münzfernsprecher, andere Jugendliche raubten Zigarettenautomaten aus. Selbst die Kreuzberger Türken, der Bevölkerungsanteil 20 Prozent, schickten sich sonst bei Demonstrationen eher zurückhalten, schienen diesmal kräftig mit. Mit Blaulicht und Martinstrachten tauchten die Mannschaftswagen der Polizei mal an die-

friedenheit und sozialen Spannungen angesammelt hat«, meinte anderntags der AL-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Wieland.

Mit einer Strategie von Zuckerbrot und Peitsche war Anfang der achtziger Jahre die damalige Hausbesetzer-Szene befriedet worden. »Staatsknete«

und Mietverträge für besetzte Häuser, großzügige Finanzierung der Selbsthilfe sozialer Randgruppen einerseits, andererseits harte Polizeieinsätze und Räumungen gegen diejenigen, die sich nicht arrangieren wollten. Die Hausbesetzer-Szene spaltete sich.

Mittlerweise ist das Zuckerbrot weniger süß geworden. Planstellen von Sozialarbeitern wurden gestrichen, Gruppen die Räume entzogen und Etats gekürzt. Die »Instandbesetzer« drücken zum Teil erhebliche Schulden. Wieland: »Durch »soziales Wegsanieren« wurden alle Randgruppen in den Winkel Kreuzberg geschoben. Hier stehen sie jetzt mit dem Rücken an der Mauer, und das paßt ihnen nicht. Dazu kommt, daß mit den schicken Neubauten der Internationalen Bauausstellung das herausgeputzte Berlin nun auch hier bedrohlich näher rückt.«

—Auch SPD-Chef Walter Momper sinnierte: »Es scheint eine Häufung von Leuten in Kreuzberg zu geben, die zu solchen Gewaltexzessen tendieren, weil sie persönlich für sich keine Zukunft sehen.«

Es sind zum Teil die Ärmsten der Armen, Dauerarbeitslose, Kleinrentner, Sozialhilfeemp-

fänger, häufig alkoholabhängig, spiel- oder drogensüchtig, die hier leben. Im vergangenen Winter konnten sie am Wittenbergplatz im Zentrum André Hellers 450 000 Mark teures »Schneeflocken«-Kunstspektakel beobachten, während ihnen der Sozialsenator mitteilen ließ, daß es eine zusätzliche Kohlenbeihilfe erst bei einem Anhalten der Frostperiode geben werde. Derzeit fürchten sie die angekündigte Umwandlung Berlins zum »weißen Kreis« und damit das Ansteigen ihrer Altbaukosten.

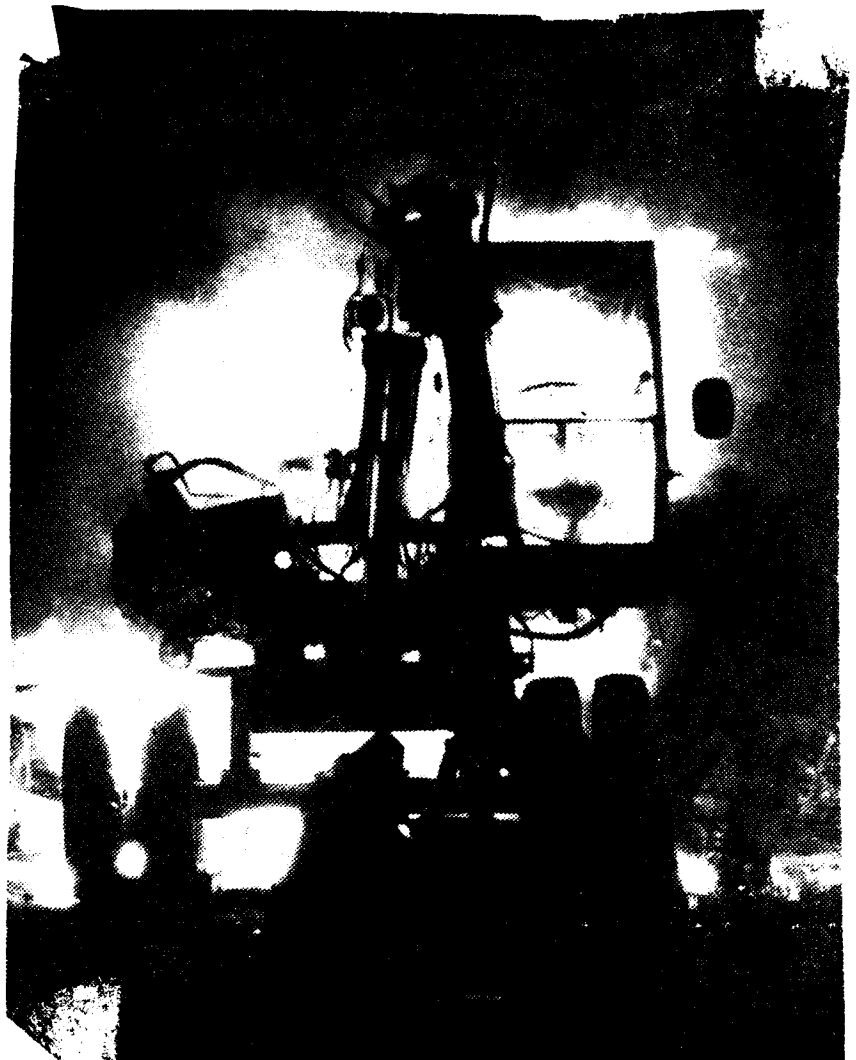
Der üppige Eröffnungsspektakel zur 750-Jahr-Feier der Stadt am 30. April war sicher ein weiterer Grund für die Verbitterung vieler Kreuzberger. Nach Nationalhymne und Kanzleransprache durften sie live am Bildschirm erleben, wie sich 4500 geladene Gäste an zwölf von Künstlerhand durchgestylten Büfets delectierten.

Den weiteren Gang der 750-Jahr-Feier — das ist erklärter Wille des Senats — soll das Kreuzberger Fanal jedenfalls nicht stören. Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen und Innensenator Wilhelm Kewenig präsentierten am Tag danach eigens eine

neue Wortschöpfung. Die Krawalle, ließen sie wissen, seien von »Anti-Berlinern« inszeniert worden, »von denen wir uns unsere 750-Jahr-Feier nicht kaputt machen lassen.«

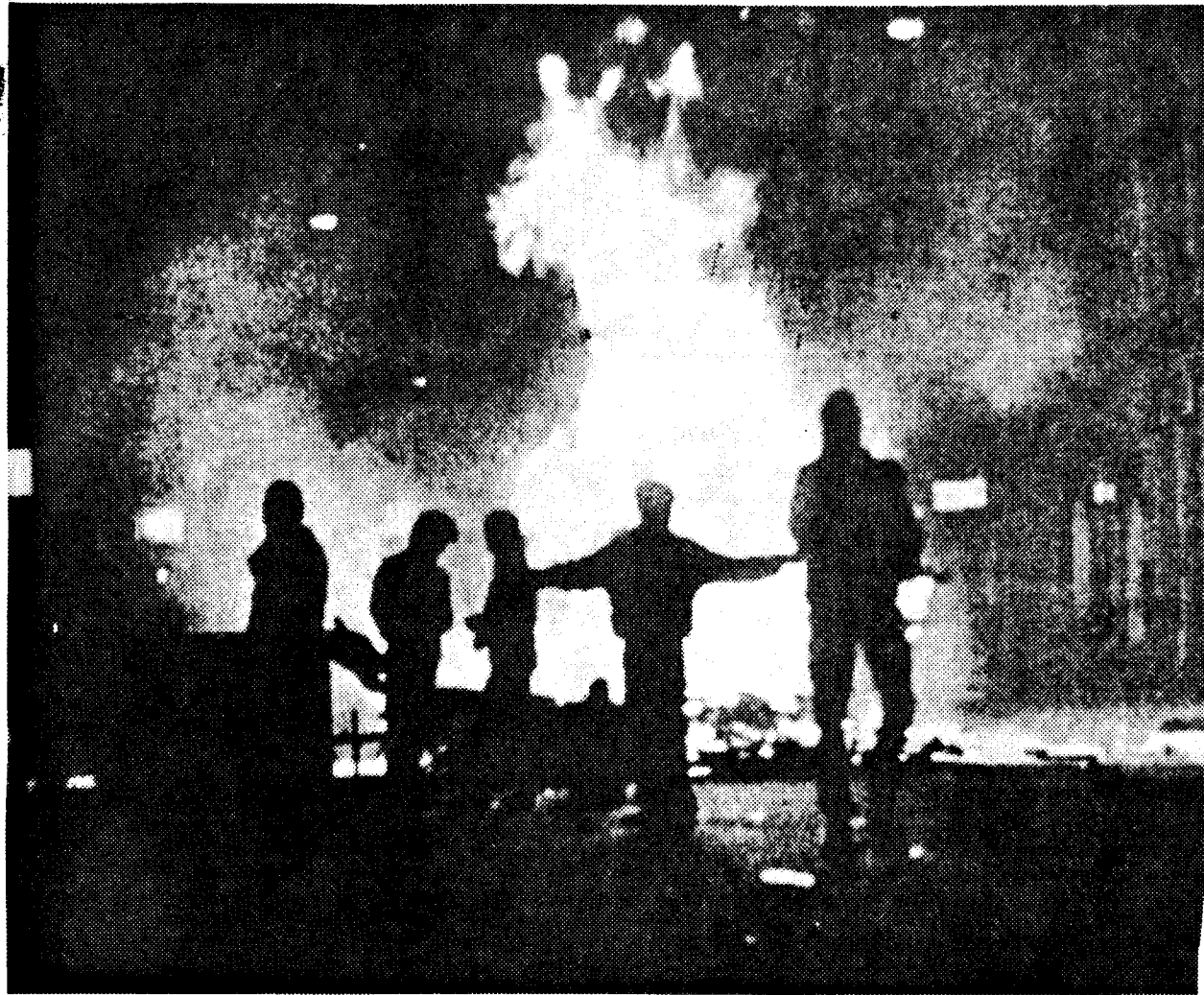
Während Kreuzberger Pfarrer in einem Telegramm an den Innensenator davor warnten, auf die »ungelösten sozialen Ungerechtigkeiten« im Stadtteil mit größerer Polizeipräsenz zu reagieren, ließ der 1000 Polizisten in Alarmbereitschaft versetzen. Über längere Zeit und in größerer Zahl werde die Polizei im Sinne von »Prävention und Repression« offen auftreten.

Berlins DGB-Vorsitzender Michael Pagels hatte schon Stunden vor den Krawallen auf der Maikundgebung vor dem Reichstagsgebäude seine Meinung zum Thema Stadtjubiläum und Sozialgefälle gesagt. Das Fest hätten »die Regierenden und die Unternehmer, die Banken und die Reichen« vor allem für die Touristen ausgerichtet. »Haben auch die Arbeitnehmer, die Rentner, die Arbeitslosen, die Behinderten, die Jugendlichen ohne Ausbildung — haben auch wir Grund zum Feiern? Und ich antworte: Nein, wir haben keinen Grund!« WILFRIED KRAUSE



Zweit Stunden Aufruhr. In der Oranienstraße haben die Randalla aus einem Bauwagen und Brettern eine brennende Barrikade errichtet.





Au 4. 5. Kreuzberg: Freiheit, Glück und Sachschaden

„Sehen Sie, das ist Berlin“, schrieb „Bild am Sonntag“ am 3.5. und: „Berlin ist jung und frech“. Auch der Bundespräsident ist dieser Meinung: „So sind sie, meine Berliner“ (ebd.). Wie wahr. Die einen jubilierten zum siebenhundertundfünfzigsten. Die anderen gedenken des fünfundsiebzigsten (am 2.5. hätte der „große Patriot“ — „Sohn dieser Stadt, Führer dieser Stadt“ — Axel Caesar Springer das dreiviertel Hundert erreicht). Und die Bullen betrauern den Verlust von 75 Wannen. So feiert jede(r) auf seine Art. In der Nacht vom 1. auf den 2. Mai erlebte Kreuzberg einen Fackelzug wie schon lange nicht mehr. Der Sachschaden soll in die Millionen gehen: Gewalt!!! Das ist eine Szene...

Es begann mit einem unangemeldeten Besuch zu nachtschlafender Zeit. Um fünf Uhr früh brachen am „Tag der Arbeit“ pflichtbewusste Ordnungshüter in das alternative Zentrum Mehringhof ein, um dort Flugblätter Westberliner Volkszählungsboykott-Initiativen zu beschlagnahmen: Durchsuchungsbefehl überflüssig, denn Gefahr für Recht und Ordnung im Verzug. Das war nicht nett, denn dort residieren der Ermittlungsausschuss und andere sensible Organe unserer Infrastruktur. Es steht ja nicht jeder so früh auf, nicht mal am 1. Mai. Die Linke er-

fuhr von der staatlichen Aktion gegen Mittag aus dem Radio und nahm es hin mit sprichwörtlicher revolutionärer Geduld. Polizei war es auch, die dann das gemütliche Beisammensein auf einer Maifeier der Alternativen Liste und SEW auf dem Lausitzer Platz empfindlich störte — übliches Demonstrationsgeschehen in diesem unseren Land.

Daß Gegenwehr aufkam, als das staatliche Gewaltmonopol den Platz mit Tränengas eindeckte und vom Knüttel ausgiebig Gebrauch machte, während noch Eltern mit ihren Kindern besorgt das Weite suchten, ist nicht nur normal, sondern irgendwo auch notwendig. Eskalation. Straßenschlachten. Feuer, Hitze, Durst, Getränkehops. U-Bahnhof kaputt, furchtbar, Terror gegen den öffentlichen Nahverkehr am verlängerten Wochenende. Chaoten sengen und plündern. Oder singen und plündern. 50 Festnahmen, Hausdurchsuchungen, Haftbefehle, 40 Verletzte und 40% Arbeitslosigkeit in Kreuzberg.

Die CDU beschwört den Untergang des Abendlandes. Die SPD findet, wenn dem Westberliner CDU-Senat sowas passiert, dann soll man in Hamburg nicht über die Hafensstraße meckern, sondern lieber zur Solidarität der Demokraten finden. Die AL stellt

fest, daß die Polizei den Konflikt provozierte, daß irgendwie nicht klar ist, wieso er solche Ausmaße annahm (die Polizei verfolgte das feurige Geschehen offenbar recht zurückhaltend), und daß polizeiliche Repression ungeeignet zur Lösung sozialer Konflikte ist.

Szene-Stimmen: Irgendwie war es ja logo, daß was abgehen würde, aber irgendwie ist es komisch, welche Ausmaße es annahm! Und die Afo-Redaktion — da schwankt das Herz aufs Zerrissenste zwischen „riesiges Militanz-Comeback-weiter so“ und „heimtückische Bullen-Provokation im Vorfeld des Reagan-Besuchs und Kriminalisierung der VoBo-Inis“.

Dabei geht es doch lediglich um ein zeitgemäßes urbanes Lebensgefühl. Das ist ja das Faszinierende an der Metropole Westberlin, daß die politische Strategie im Dunkeln bleibt und keine(r) so ganz genau weiß, warum und wozu, aber jedenfalls: Daß Kreuzberg subversiv. Grüßt euch, Genoss(innen), weil du auch ein/e Arbeiter/in bist. Weit nach Redaktionsschluß kann das hier in Hamburg auch keine(r) mehr begründen — Kannst du das mal inhaltlich ausweisen, nein danke —, aber jedenfalls wären wir gern dabeigewesen.

772 Einstürzende Wiederaufbauten

4.5

Der taz-Analytiker nennt sechs Gründe für die überraschende Kreuzberger Mai-Randale / Das Wetter, die Polizei und siebenhundertfünfzig andere Motive

„Unerklärlich“ nannte die Tagesschau die Krawalle zum Ersten Mai in Kreuzberg und unterschlug völlig die Tatsache, daß mindestens ein halbes Dutzend Erklärungen auf der Hand liegen.

1. Meteorologische: Ende April 1987 erlebten die Bewohner von SO 36 die ersten warmen Tage. Bei Input von Sonne, Grün, Lebenssaft, -kraft usw. schaltet der Bio-Computer auf „Frühjahrs euphorie“ um, die nach einem von Frostrekorden Heizspitzenlasten gequälten Smog-Winter nicht unterschätzt werden sollte. Der 1. Mai war der erste schwüle Tag, leicht verhangen, trübe, aber warm schon um 8 Uhr früh, Mittags dann ein gewitter. Um 14 Uhr kracht der erste kleine Wolkenbruch der Saison runter. Dunst. Es liegt was in der Luft.

2. Mythologische: Es ist 750-Jahr-Feier und der Mythos Berlin wird Voldampf gefahren. Die einsame Insel Berlin-West feiert sich mit betonierten Cadillacs, umgedrehten Loks und allgemeiner Bahnhofs-Mystifizierung als Verkehrsknotenpunkt. Großvaters Zeiten werden exponiert. Im Rahmen dieser allgemeinen Nostalgie hat sich auch die Kreuzberger Szene erinnert — an die allerjüngste Vergangenheit und was daraus geworden ist — und ihren kritischen Beitrag zur Stadtinszenierung pünktlich geliefert. Die Einstürzenden Wiederaufbauten: „Bolle brannte jüngst vor Pfingsten, ansonsten war nicht viel...“ Schließlich hat SO 36 einen anarcho-avantgardistischen Ruf zu verteidigen, auch wenn die Kudamm-Deppenden Mythos „Häuser-Kampf Berlin“ in der Barrikaden-Plastik par-tout nicht entdecken. Von „Erlebnis-Räumen“, „Partizipations-Happening“ u.ä. ist in den Inszenierungen zur 750-Jahr-Feier permanent die Rede, in Kreuzberg wird der Begriff (ohne ihn zu kennen) beim Wort genommen.

3. Logische: Wer in der Nacht zum Demonstrationstag der hart arbeitenden Bevölkerung ein Zentrum derselben überfällt und in einer „erfolgreichen Aktion“ (Innensensor Kewenig) 1.000 Volkszählungs-Flugblätter beschlagnahmt, sollte auch die Hochsicherheit der „Ausschreitungen“ vorausberechnen können. Wer um einen rappelvollen, von Hochbahn, Kirchturm und schwüler Luft bedrängten Platz Polizei-Wannen auffahren und Tränengas strömen läßt, kennt das Kessel-Syndrom. Wer dann noch halbwegs sieht, wie den be-

wegten Bewohnern Kreuzbergs neben der täglichen Scheiße vor Augen Zahl-Terror und Mietpreishorror im Nacken sitzen, der könnte im besten Falle vom Kultursenator beauftragt sein, an diesem Tag, wo gerade mal wieder „auf diese Stadt“ geschaut wird, die Scene in Szene zu setzen.

4. Kriminologische: Der spazierenden Melderin einer autonomen Radarstation zufolge herrschte auf dem Polizei-Funk das blanke Chaos. Der Mai-Ausflug der Staatsmacht entwickelte sich zum Debakel. Nicht wegen mangelnder Schlagfertigkeit der Truppe — auch hier tut die Frühjahrswärme ihren Teil — sondern wegen einer Doppelnutzung auf den Gebieten der Strategie und Taktik. Konzeptlos, aber mit Tütata bis 4 Uhr früh rollte die Blechbüchsenarmee comichaft um die Kiezecken. Dabei weiß in SO 36 jeder Köter, daß er auf einer Baustelle lebt — Pflastersteine an jeder zweiten Ecke zuhauf, Absperrgitter, Bauwagen, Schutt und Sperrmüll, ein Abenteuerspielplatz.

5. Politische: Erschrocken zeigen sich die Kommentatoren der Ereignisse über das „Ausmaß der Gewalt“. Wer die Ruhe, die drei Jahre lang in Kreuzberg herrschte, als Normalzustand ansieht, muß wohl auch erschrecken. Nur: Ist diese Ruhe normal? Sind die „Probleme“, hinter die die Hausbesetzer vor Jahren ein Ausrufungszeichen setzten, wirklich erledigt? Haben Wohnungsnotstand, Alkoholismus und allgemeine Depression in SO 36 dank Lummer, IBA und Orlowsky plötzlich ihr Ende gefunden?

6. Dialektische: Der Regierende, der sich zum Festtag zumindest bis zur Halskrause aus dem Berliner Sumpf freigestrampelt hat, hält den Piefkes beim Spandauer Altstadtfest die „Anti-Berliner, die in Kreuzberg Krawall machen“, entgegen. Hatten vielleicht Polizei und Feuerwehr Order, es ruhig ein bißchen kokeln zu lassen? Damit die offiziellen Feiern um so heller strahlen, damit die Stahlhelm-Fraktion ihre Aufrüstungs-Wünsche (kaserierte Polizei) mit Nachdruck vertreten, damit der zivile Zählboykott endlich kriminalisiert werden kann? Bescheren so die Erniedrigten und Benachteiligten in SO 36 den Restberlinern ihre Identität? Gute Laune und historisches Bewußtsein — beides zusammen scheint in Deutschland nach wie vor nicht zu gehen.

Mathus Bröckers



Belfast in Berlin

von unserem Redaktionsmitglied M. Heuwagen

52 5. 83

Berlin, 4. Mai
 „Kreuzberger Nächte sind lang...“ heißt es in einem populären Schlag. Wie lang sie werden können, das hat die Nacht vom 1. auf den 2. Mai in erschreckender Weise gezeigt. Als ein „Kiez“ (so heißt auf berlinisch ein Wohnviertel) aus den Füßen geriet, die Polizei vor den Gewalttätigkeiten resignierte und für einige Stunden in SO 36 die Anarchie wütete. Wer dies miterlebte, sprach von Belfaster Zuständen. Zwar vermutet der Kreuzberger Sozialstadtrat Waldemar Schulze (CDU), daß es sich bei der Handvoll Gewalttäter vor allem um Leute handelte, die „ins Gebiet hineingebracht worden sind“. Der Bezirksbürgermeister Wolfgang Krüger (CDU) aber gibt unumwunden zu, daß es auch Anwohner waren, die sich an den Plünderungen beteiligten, daß „die Plünderung ja auch etwas war, was zur Selbstversorgung beitragen sollte“.

Daß im Berliner Stadtteil Kreuzberg der soziale Zündstoff in den letzten Jahren nicht geringer, sondern größer geworden ist, darauf weist der SPD-Bezirksvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Gerd Wartenberg und Bundestagsabgeordnete Berlin mit einer Problematik, die vom Senat verdrängt wird. Die in Berlin herausgegebene alternative Tageszeitung taz beeilte sich, von „750 Gründen“ für die Ausschreitungen in dem Bezirk zu sprechen, an dem die Jubel-Trubel-Heiterkeit-Stimmung der 750-Jahr-Feier vorbeigehe, in dem aber mehr sozialer Konfliktstoff enthalten sei als in jedem anderen Bezirk Berlins.

In Kreuzberg ist die Arbeitslosigkeit besonders hoch, vor allem unter Jugendlichen und Ausländern. Jeder zweite Schulabgänger und Ausländer-Schule in der Skalitzer Straße, dem Zentrum der jüngsten Unruhen, wird weder einen Ausbildungs- noch einen Arbeitsplatz erhalten. Die Dauerarbeitslosigkeit vor allem bei jungen Ausländern wird zum wachsenden Problem. Inzwischen gibt es in Kreuzberg 40 000 Ausländer, bei insgesamt 145 000 Einwohnern. Da hier zudem viele billige Altbauwohnungen zu finden sind, zieht der Bezirk auch Sozialhilfeempfänger an, die hier günstiger leben können als anderswo. In einzelnen Wohngebieten Kreuzbergs beträgt der Anteil von Sozialhilfeempfängern bereits 30 Prozent.

Seit 1978 ist die Nachfolgeorganisation der internationalen Bauausstellung S.T.E.R.N. (die Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung Berlin), als treuhänderischer Sanierungsträger in Kreuzberg tätig. Die Mitarbeiter von S.T.E.R.N. haben schon lange davor gewarnt, daß sich viele während der 750-Jahr-Feier ausgeschlossen fühlen. „Nun werden wir wahrscheinlich dafür verantwortlich gemacht“, befürchtet Michael Kraus, „daß wir die Leute nicht rechtzeitig vertrieben haben.“ Vertrieben wird aus Kreuzberg immer mehr der Mittelstand: die Arbeiterschaft, die ein stabiles Einkommen hat, und Ehepaare, die ihre schulpflichtigen Kinder nicht in die mit hohem Ausländeranteil besetzten Kreuzberger Schulen schicken wollen. Volker Härtig von der Kreuzberger Alternativen Liste (AL): „Der Prozeß der Gettoisierung schreitet immer weiter fort.“

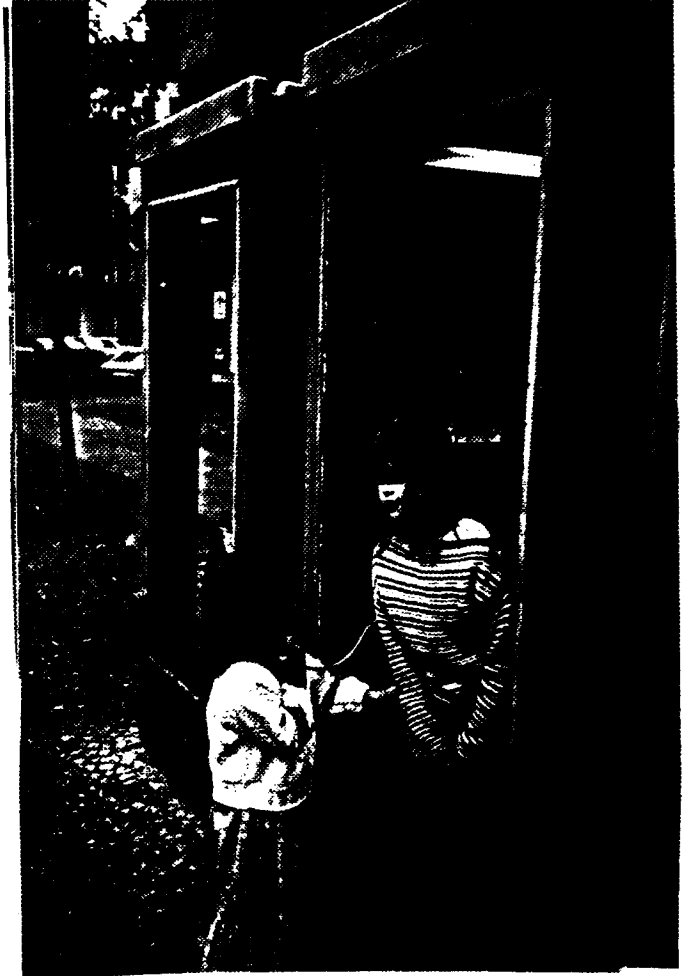
Zu diesem ohnehin vorhandenen Konflikt kamen in letzter Zeit zusätzliche Probleme, die in Kreuzberg Unruhe stiften. Während der Senat Millionen für die 750-Jahr-Feier ausgibt, wurden in dem zurückliegenden, besonders kalten Winter keine zusätzlichen Mittel für Brennstoffhilfen bewilligt, obwohl dafür beim Sozialsenator ein eigener Fonds vorhanden ist. Die Sozialhilfeempfänger mußten sich an die Arbeiterwohlfahrt wenden, die zwar helfen konnte - aber zurück blieb das Gefühl, ausgeschlossen zu sein.

Zunehmende soziale Kälte machte sich auch unter den in Kreuzberg ansässigen Geschäftsleuten breit, als die Suppenküche der Mutter Therese in der Wrangelstraße eine Klientel an zog, die den anliegenden Geschäftsleuten als nicht ganz geheuer erschien. Ärger gab es auch um den Kinderbauernhof, einem Selbsthilfeprojekt an der Mauer, auf dessen Anbauland der Bezirk ausge-rechnet eine Kindertagesstätte errichten will, obwohl an dieser Stelle dank der Initiative der Selbsthilfegruppen keine nötig ist. Zusätzlich verärgert wurden die Kreuzberger, als der Mo-dellversuch einer Gesamtschule (der 1979 gestar-tet wurde und 1985 ausgelaufen war) von der Schulsenatorin trotz der Proteste der Schullei-ter nicht verlängert wurde.

Erste Anzeichen dafür, daß dies ein heißer Sommer werden könnte, hatte der Senat durch den Anschlag auf die Magnetbahn erhalten, den eine „Autonome Arbeitsgemeinschaft“ begangen haben will, die damit gegen die „verfehlte Sub-ventionspolitik“ protestierte. In Kreuzberg ist wieder einmal deutlich geworden, daß es in Ber-lin neben der Mauer, die an der innerdeutschen Grenze steht, noch eine zweite Mauer gibt, die un-terstützt mit dem Verlauf der Potsdamer Straße identisch ist und „die da oben“ von „denen da un-ten“ trennt.

Kreuzberger Nacht

Kein Zweifelsdies sind die schwersten und rücksichtslosesten Ausschreitungen gewesen an der Spree seit einem Vierteljahrhundert. So zügellos hat sich Aggression in Kreuzberg selten entladen. Was vor zwei Jahrzehnten noch „symbolische Gewalt“ gewesen sein mag von Bürgersöhnen, die ihre Träume einbrachten von einer besseren demokratischen Welt, ist gemündet in schieren Zerstörungswillen.



■ 1000 Gewalttäter ■ 100 Verletzte ■ 36 Plünderungen
 ■ 35 Brände ■ 24 verhaftet ■ U-Bahngestoppt ■ Feuerwehr
 behindert ■ Bolle ausgebrannt ■ 77 Polizeiwagen beschädigt

Die deutsche Öffentlichkeit steht fasungslos vor der schlimmsten Terrornacht der Nachkriegszeit. 1000 Gewalttäter haben in einer blutigen Straßenschlacht (100 Verletzte) eine Spur der Verwüstung durch Kreuzberg gezogen. 36 Stunden später hing gestern noch immer Brandgeruch über den Straßen. Dutzende Autos sind ausgebrannt, Geschäfte wurden gekünder, der Bolle-

Supermarkt in der Wiener Straße lag in rauchenden Trümmern. Die Chaoten hatten die Feuerwehr gehindert, Verletzte zu versorgen. Der Regierende Bürgermeister Diepgen: „Berlin-Feinde haben versucht, uns die Geburtstagsstimmung zur 750-Jahr-Feier zu vermiesen.“ Seit Sonntag sind 1000 Polizisten rund um die Uhr im Einsatz, patrouillieren in Neuner-Sträßen.
 ● Großer Bericht letzte Seite



Ein bißchen Nervenkitzel für Berlin-Besucher: Nach den Krawallen Freitag nacht steuern die Touristenbusse vermehrt Kreuzberg an. (Foto: Mrotzkowski)

v3 15.5.



Kreuzberger Nächte als touristisches Bildmotiv

Foto: Christian Schulz

und dennoch haben
WIR UNS bei
BOLLE

Janz köstlich
amüsiert

ES LEBE
Anti Berlin
750 mal



Filiale wird nicht wieder aufgebaut

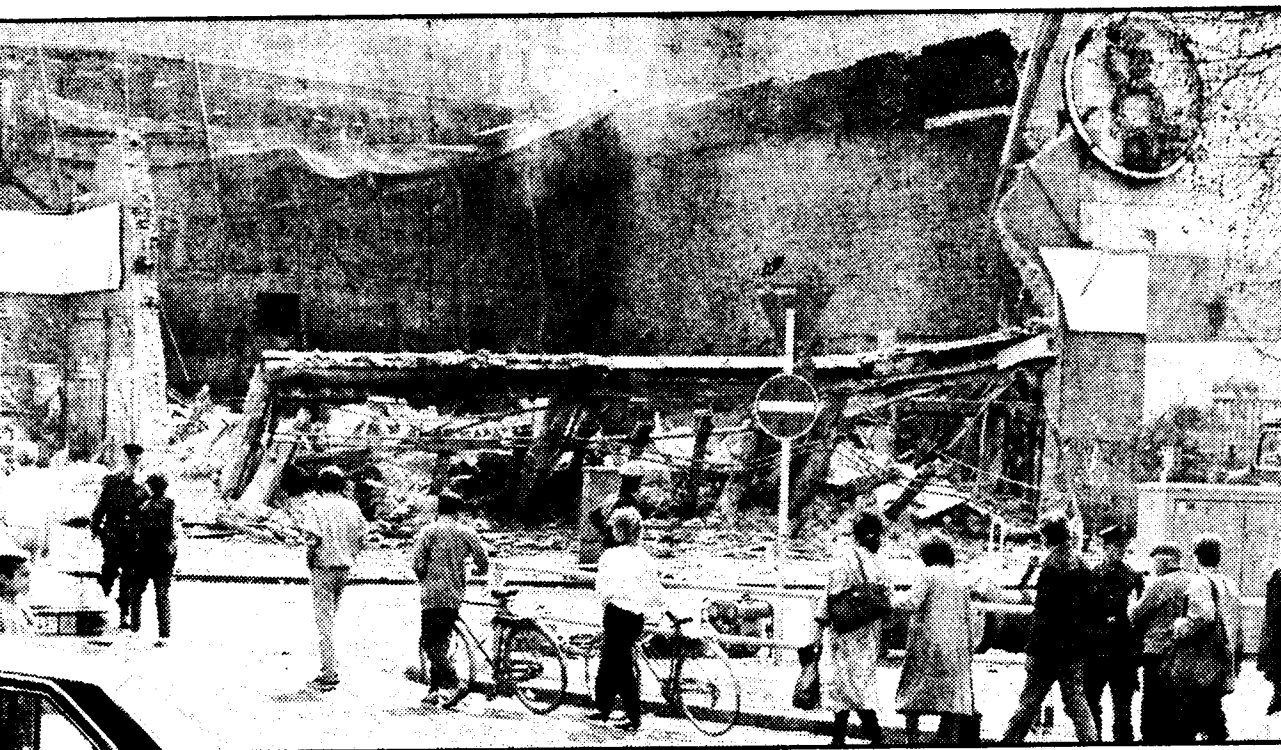
„Ich kam heute morgen um 7.30 Uhr hier an, wollte arbeiten“, berichtete Frank Müller (23) Sonnabend. „da war hier nur noch Schutt und Asche!“ Er war zweiter Assistent in der „Bolle“-Filiale Wiener Straße, die nachts ausgeplündert und in Brand gesetzt wurde. Michael Imm (28), Filialleiter: „Ich glaube kaum, daß diese Filiale wieder aufgebaut wird, die Angestellten werden auf andere Filialen verteilt.“ Und: „Es ist nie so gewesen, daß wir unsere Kunden hier mit Handschlag begrüßt haben wie in Zehlendorf...“ Waren für über 400 000 Mark fanden die Randalierer vor. Davon allein für 30 000 Schnaps...
uh



Frank Müller (23) war 2. Assistent bei „Bolle“ – die Filiale wurde von Randalierern abgebrannt (Foto), mußte gesprengt werden.



Vor dem Bolle-Markt begannen am Morgen nach der Krawalleucht die Aufräumarbeiten.



◀ Bild der Verwüstung am Tag danach: Der Supermarkt von Bolle an der Skalitzer-/Ecke Wiener Straße liegt in Schutt und Asche.

Schwarze Nacht

In Berlins rüdester Krawallnacht zeigte sich eine neue Tätergruppe: neben vermummten Autonomen Brandstifter ohne Maske und Plünderer in Stöckelschuhen.

In besseren Zeiten stand am Görlitzer Bahnhof ein Kino namens Kolozeum. Aber lange schon ist die Gegend im südöstlichen Kreuzberg heruntergekommen, und Bolles Lebensmittelmärkte, der in den sechziger Jahren auf dem Kino-Grundstück aufmachte, wälgt auch nicht gerade das Prunkstück der Berliner Ladenkette. Die Kundschaft konnte Filialeiter Michael Imm zuletzt „an drei Fingern abzählen: erstens Studenten, zweitens Arbeitslose, Punker und sozial Schwache, drittens Alte“.

Ladendiebstahl? Imm: „Wenn wir den Spirituosenstand unbewacht gelassen hätten, in einer halben Stunde wäre er leer gewesen.“ Wurde mal einer „mit 'ner Flasche Remy“ erwischt, habe der prompt zurückgeblafft: „Komm, schieß dir nicht in die Hose, das trifft doch nur die Company.“

Die traf es in den Jahren, da Hausbesetzer und Polizisten sich um die Ecke wüste Schlachten lieferten, so regelmäßig, daß die Versicherung wegen der ständigen Entlassungen kein Schaufenster mehr ersetzte. Die Firma hatte des-

halb vor den Scheiben sicherheitshalber Spanplatten festnieten lassen. Aber das nützte in der Nacht zum 2. Mai dieses Jahres auch nichts mehr.

„Plünderung des Geschäftes Firma Bolle“, vermeldete der polizeiliche Verkaufsbericht erstmals um 22.37 Uhr. Die Meldung „Feuer in dem Geschäft Bolle“ folgte vier Minuten später. Um 23.30 Uhr registrierte die Funkbetriebszentrale erneut „Plünderung bei der Firma Bolle“. Dann, um 1.20 Uhr, die Alarmmeldung: „Brand bei Bolle“.

In dieser schwülen Nacht stand „Bolle“ für viele. Aggression entlud sich gegen Döner Kebab wie Müsli-Klitschen, Tante-Emma-Läden, Getränke-Hoffmann wie Supermärkte. Einen Tag, nachdem der West-Berliner Senat im Internationalen Congress Centrum den Auftakt der 750-Jahr-Feier zelebriert hatte, erlebte der Bezirk Kreuzberg Randalen, wie sie sich nicht einmal in den wildesten Jahren der Apo und des „Häuserkampfes“ zugetragen hatte.

Quer durch den Kiez beleuchteten über Kilometer flackerndes Blaulicht und brennende Straßen eine „Szene der Ekstase“ („taz“): Gewalttäter mit und ohne Schlitzmützen schleuderten Stahlkugeln, warfen Molotow-Cocktails auf Beamte. Plünderer schafften Schweinehälften, Alkoholika, Dessous und Fahrräder beiseite. Telefonzellen, Autos, U-Bahnanlagen gingen zu Bruch. Kreuzberg war Harlem.

193 Verletzte zählte die Polizei in den eigenen Reihen, der finanzielle Schaden der Geschäftswelt summierte sich nach Schätzungen der Industrie- und Handelskammer auf zehn bis 15 Millionen Mark. Auf der Strecke blieb die Fiktion des konservativen Senats, in sechsjähriger Regentschaft die einstige Krawall-Hauptstadt auch an den sozialen Rändern befriedet zu haben.

Verdrängt war, daß Kreuzbergs Subkultur ihre Abkoppelung von der Bürgerstadt seit je wütend nach außen kehrt. Auch Jahre nach dem „Häuserkampf“ fliegen immer mal wieder Steine oder Brandsätze auf Polizeitransporter. Nun nach der schwarzen Nacht, sieht West-Berlin – amtlich mit Bangen, auf der Szene mit Geheil – dem 12. Juni entgegen: Es ist der Tag, an dem US-Präsident Ronald Reagan die Stadt besucht. Und vorher ist da noch die Volkszählung.

Auch „Feste der Zukunftsgemeinden“, wie ein Kreuzberger Sanierungsbeauftragter die Gewaltorgien sarkastisch nennt, haben ihren Anlaß. Und wenn das mitunter ein Staatsbesuch ist, so kann es manchmal auch der Umstand sein, daß zur Unzeit die Polizei im Kiez auftaucht. Am Morgen des 1. Mai war sie mit zehn Einsatzwagen vor dem Kreuzberger Alternativzentrum „Mehringhof“ angerückt und hatte, ohne Durchsuchungsbefehl, Büros von Volkszählungsgegnern nach Boykott-Flugblättern durchwühlt.

Der Einsatz im Berliner Herzstück der bunten Bewegungen stimmte für die nächste Runde ein. Beim Sommerfest

auf dem Lausitzer Platz, das Alternative Liste und SEW für Tausende Kreuzberger am gleichen Nachmittag gaben, planten autonome Gewalttäter Revanche und die Polizeiführung vorsichtshalber 250 Mann Extra-Bereitschaft ein. Das Fest endete im Tohuwaboju: Steine flogen, Tränengasgranaten landeten noch auf umliegenden Balkons.

Dem polizeilichen Übereinsatz bei Kaffee und Kuchen folgte später, als es vielerorts in Kreuzberg brannte, polizeiliche Unterzahl: Mangels Mannschaft blieben ganze Straßenzüge stundenlang in Chaotenhand. Im Steinhagel auf der Oranienstraße flüchteten Beamte der dort eingesetzten zwei Hundertschaften,

junge Polizisten erlitten Schreikrämpfe; in 55 Fällen wurden Feuerwehrrupps am Löschen gehindert oder erreichten ihre Einsatzorte nicht. „Organisatorische Mängel“ bekannte denn auch der Polizeisenator Wilhelm A. Kewenig, der für Kreuzberg eine verstärkte Stationierung von Polizei und „vorbeugende Gewalt“ ankündigte. Bürgermeister Eberhard Diepgen ließ verlauten, daß dank polizeilicher Vorkehrungen sich dergleichen nicht wiederholen werde.

Eine „törichte Bemerkung“ nannte das die „Frankfurter Rundschau“. Denn was im Kiez von Kreuzberg aufbricht, wo sich ein enormes Potential sozialer Mißstände aufgestaut hat, ist schlechter-

dings nicht prognostizierbar. Polizeipräsenz hat Eruptionen der Gewalt dort noch nie verhindert.

In „SO 36“, der nach einem alten Zustellbereich benannten Mietshäuserwüste, liegt das Elendsquartier Kreuzbergs. Zwischen Kottbusser Tor und Mauer leben an die 50 000 Menschen, auf engem Raum und billig; Berlins schäbigster Altbaubestand kostet pro Quadratmeter teils unter drei Mark Miete. Die Bewohner von SO 36 leben mehrheitlich (56 Prozent) unter dem amtlich definierten Existenzminimum.

In den verfallenden Häusern vom amtlichen „Typ B“ – was auch Bruchbudenbestand heißen könnte – wohnen vorwiegend Türken, Schüler und Studenten. Doch immer mehr Sozialhilfeempfänger, Schattenwirtschaftler und Drop-outs ziehen zu.

Der bürgerliche Bewohner-Rest zeigt zwar Standorttreue; zwei Drittel der Deutschen bejahten 1985 die Repräsentativfrage, ob sie „gern“ in der Gegend lebten. Doch die Milieu-Verschiebung hält an: „Auch in Zukunft werden sich Gruppen mit geringem Einkommen im Gebiete konzentrieren“, heißt es in einer offiziellen Stadtplaner-Studie aus dem vergangenen Jahr.

Kreuzbergs Punks und Stadtindianer haben zwar schon für die Weltstadtwerbung des Senats hergehalten. Mit buntem Schopf, schwarzer Kluft und piependen Ratten stehen sie für die bizarre Spannweite der Stadt. Aber die Kehrseite der Folklore taugt nicht zum Renommieren: In SO 36 sind etwa 40 Prozent aller Jugendlichen arbeitslos; genau ist das nicht zu ermitteln. Das Reservoir Randständiger schwillt von Jahr zu Jahr an.

Da hat sich eine Stütze-Gesellschaft etabliert, aus der immer mehr Alkoholiker, Junkies und Schnüffler herausfallen. An die 2000 sind Obdachlose, Angehörige jener „Bevölkerungsgruppe, die nur noch nebenher lebt“ (so der Kreuzberger AL-Politiker Reimund Helms). „Lumpenproletariat“, urteilte unlängst die „taz“.

Klaus Kliesch, Pfarrer der katholischen St.-Marien-Gemeinde, unterhält in der Wrangelstraße nach Harlem Muster eine öffentliche Suppenküche; die kommt mit der Essensausgabe „oft nicht nach“. Kliesch ist „ratlos und wütend“, weil der Senat seiner Ansicht nach zu wenig gegen „die Verelendung“ tut. Amtskollegen beklagten letzte Woche per Telegramm an die Regierung „ungelöste Ungerechtigkeiten“ im Quartier.

Gegen den Senatsbeschluß, auf einer Kreuzberger Gesamtschule das Modellprojekt zur besseren Integration der ausländischen Mitschüler (40 Prozent) zurückzuschrauben, streikten gerade Eltern und Lehrer gemeinsam. Der Weiße Kreis, der vom übernächsten Jahr an höhere Mieten bringt und in Kreuzberg das Gros der Bewohner trifft, schürt Unmut. Das Mißtrauen ist wieder von den Wänden abzulesen: Aufschriften gegen bevorstehende „Schnüffelei im Mai“ und „Vobxquälung“ beseitigt die Verwaltung erst gar nicht mehr.

„Ausgesonderte Berliner“ nennt der „Verein SO 36“, eine örtliche Bürgergruppe, die Kreuzberger. Außer einigen postmodernen Bauten der Internationalen Bauausstellung hat Kreuzberg denn auch wenig von dem im übrigen Stadt-

bild allenthalben sichtbaren Festputz für Hunderte von Millionen vorzuweisen.

Per Altbauanierung durch die Modernisierungsgesellschaft S.T.E.R.N. wurden zwar schon an die 4000 Wohnungen aufbereitet. Doch, so fragt sich der S.T.E.R.N.-Sprecher Günter Fuderholz, „was nützt es dem Bewohner, wenn er jetzt warm baden kann, und er ist immer noch arbeitslos?“ Die Regierungsplaner hätten es versäumt, so St.-Marien-Pfarrer Kliesch, „sich den Kreuzberger Problemen so kreativ zu stellen wie den Vorbereitungen der 750-Jahr-Feier“.

Der Jubiläumstrubel hatte zwei Tage vor dem Aufruh am westlichen Ende der Oranienstraße mit einer Champagner-Sause im Festzelt des Springer-Verlages begonnen. Doch die Feierlaune der dort gastierenden Ku'damm-Gesellschaft übertrug sich kaum auf Kreuzberg. Eine Jung-Bürgerin nach der Brandnacht: „Die haben ihre Bälle jegeben, und wir müssen immer zuzucken.“

Als in der Nacht zum Samstag am anderen Ende der Oranienstraße der geplünderte Bolle-Markt verbrannte und das Dach einstürzte, klatschte die Menge. Auf merkwürdige Weise ordneten sich in dieser Nacht die alten Konfrontationslinien neu.

Einerseits gab es um diese in diesem Ausmaß nie beobachtete Allianz zwischen schwarzem Block und bürgerlicher Unzufriedenheit. Deutsche und Türken fraternisierten beim Einsacken von Diabesgut, Innensenator Kewenig gewährte inmitten von Gewalttättern „Herren, die bürgerlich aussahen, und Damen mit Stöckelschuhen“. CDU-Bezirksbürgermeister Wolfgang Krüger berichtete, wie Anwohner „Selbstversorgung“ durch Plünderer trieben; die evangelische Pastorin Irmela Mukurarinda beobachtete sogar Mitglieder ihres Seniorenkreises beim Beutemachen.

Andererseits ist den erfahrenen Arranguren von Gewaltaktionen, den Autonomen, erstmals das Heft entglitten. Sie, die am Lausitzer Platz noch die ersten Steine schmissen, erlebten frustriert, daß sich andere ihre eigenen Ziele suchten. Verkehrte Welt: Unvermummte marodierten durch den Stadtteil, Vermummte stellten sich schützend („Macht doch keinen Scheiß“) vor Schaufenstern auf. Dem Fleischermeister am Heinrichplatz wurde keine Scheibe geritzt, weil autonome Schadensbegrenzer der Menge klarmachten, das Geschäft gehöre „zum Kiez“. Das Schmuckgeschäft daneben ging in Trümmer.

„In dieser Nacht wurden viele kleine Läden plattgemacht“, klagten anderntags die Autonomen per Flugblatt, „wir finden das beschissen.“ Die ungewohnt machtlosen Regisseure hatten erfahren müssen, daß hier Leute zuschlagen, „die gegen alles sind“. So formulierte es Bürgermeister Diepgen, der „Anti-Berliner“ am Werke sah.

Kreuzberger Nächte sind lang nicht mehr, was sie einmal waren.

Tränengas im Elefanten

Schlagstockeinsatz am Heinrichplatz / Massive Polizeipräsenz Samstag nacht in Kreuzberg

„Ich saß ganz normal in der Kneipe, als plötzlich die Bullen mit Schlagstöcken die Scheiben zertrümmerten und Tränengas reinwarfen.“ Eine Kreuzbergerin, die am Samstagabend im »Elefanten« am Heinrichplatz zu Gast war, hatte die dreimalige Aufforderung der Polizei, man solle den Platz räumen, nicht auf sich bezogen, schließlich saß sie ja in der Kneipe und mit ihr viele andere. Der »Elefant« war voll.

Kurze Zeit davor, um halb elf, hatte die Polizei alle Zufahrtstraßen zum Heinrichplatz abgeriegelt. »Die haben die Kneipe regelrecht gestürmt«, berichtet die Besucherin. Einzelne Leute hätten versucht, rauszukommen, aber die Tür sei zu gewesen. Erst nach etwa 10 Minuten sei die Polizei abgezogen. Sie habe dann zusammen mit Bekannten nach Hause gehen können.

Nach draußen hin waren die Polizeisperren wohl durchlässig, auf den Heinrichplatz rauf kam niemand mehr.

SO 36 glich in der vorletzten Nacht einer belagerten Stadt. An allen Kreuzungen und Plätzen standen Wannen. Man habe 1.000 Beamte im Einsatz gehabt, erklärte gestern die Polizei. Die Wannen waren ständig in Bewegung, umkreisten zum Teil in hoher Geschwindigkeit das Viertel.

Dabei war eigentlich gar nichts los gewesen. Etwa 100 Leute saßen und standen auf dem Heinrichplatz rum. Biertrinkend und räuchend. Ein ganz gewöhnlicher Sommerabend. Nach Angaben der Polizei hätten Einzelne versucht, Barrika-

den zu bauen, man sei dann mit Schlagstöcken und Tränengas vorgegangen. Zwei Personen seien wegen Beleidigung festgenommen worden.

Später am Abend, als der Heinrichplatz wieder offen und die Tränengasschwaden aus dem »Elefanten« abgezogen waren, bekam noch die Feuerwehr zu tun. In der Oranienstraße, kurz vor der Ecke zur Skalitzer, brannte ein Auto aus.

Die abgebrannte Fassade von Bolle am Görliizer Bahnhof war den ganzen Samstag über Pilgerziel

sensationslustiger Berlin-Touristen. Auf der Skalitzer Straße tobte der Verkehr wie zur rush hour auf dem Ku-damm. Auf den weißen Gehweggeländern rund um den Görliizer Bahnhof saßen junge Leute wie die Hühner auf der Stange, Fotoapparate um den Hals. »Jetzt hat Kreuzberg wenigstens wieder eine Freifläche«, sagt einer der offensichtlich wenigen Berliner, die an diesem Tag Kreuzberg bevölkern, »da können sie doch statt auf den Kinderbauernhof hier die Kita hinbauen.«

Noch eingängige üble Polizeitaktik

Bis Mitternacht waren für unübersichtlichen Verhältnisse entsprechend wenige kleine Läden »geöffnet« bzw. geleert. Vor allem Subunternehmungen, Konsumtempel Spielsalons etc. und Polizeifahrzeuge und -beamte waren den Angriffen zum Opfer gefallen. Das war nach polizeitaktischen Erwägungen zu positive sich klar vermittelnde Werbung, ja Propaganda der Tat. Es mußte unbedingt noch

ein negativer Öffentlichkeitswirksamer Effekt her. Also ging plötzlich die angreifende Polizeikette kaum noch quer die Branienstr., bzw. Manteuffelstr nach Mitternacht vor, sondern irrte sich selbst steinwerfend hinter Autos versteckend an Häuserwänden in den Türen Laden- und Fenesternischen Deckung suchend »störende« Menge heran. Folge davon waren Wellen von Steinregen, welche die Kneipen und kleinen Läden in der Oranienstr. trafen, in der Manteuffelstr. waren die ehemals besetzten Häuser unter Werkzeugen, Modeläden an der Ecke die Opfer der Scheinangriffe, dann über Funk kam ständig die Parole ihr könnt zurückziehen, das steht euch frei.

Die »politisch-motivierten« öffneten die Konsumtempel und errichteten die »strategisch wichtigen« Barrikaden am Heinrichplatz und in der Skalitzerstr. Sie vermischten sich bei der Befriedigung ihrer existenziellen Bedürfnisse bei Bolle Real, Plus Condi etc. mit Normalos und Kaputtnix aus der Drogen- und Alkzene. Die organisierten Kriminellen nutzten die Möglichkeiten ihre Geld- und warenstände anzureichern, lange anvisierte Ziele endlich ungestört anzugehen. Vermutlich etliche davon die in letzten Monaten sich Ehemals besetzten Häuser »Alternativbetriebe«, wegen ihrer relativ mangelhaften Sicherung vorgenommen haben. Armut, egoistischer Konsumentenehrgeiz, beklaut wird jeder, wenn dem eigenen Vorteil nutzt. Otto Bönicke Sportwaffen, Fahrradladen, Spielcasino, Schuhladen, Zigarettenautomaten. Das eine vertretbar, hoch- oder fachowere verkaufende Irldier- und völlig ätzend der kleine Tabakladen etc. Jubel und Angst sind beieinander. 750 Jahre Fest hat ein neues Vorzeichen, eine Autorität ist gebrochen aber zu Hause stehen vor der Tür hältst Wache das nich' irgendeine Verrückte(r) noch 'nen Brand in den Laden legt. Bei Hoffmann's Getränke Laden werden um 3 Uhr die Leute wegen Feuer evakuiert, wo noch! Kein Schlaf bis zum Tagesanbruch. Trotz alledem viele strahlende Gesichter, locker viel Ballastentladene Beutefeste feiernde Stimmung. Mal kucken wie lange noch. Polizei macht's wieder möglich. -sicher-!

Kreuzberg
Bild 4.5.87
Blut, Trümmer
Die Terror-Nacht

Kreuzberg: Blutige Straßenschlacht
Bild 2.5.87
Chaoten plündern Geschäfte
Berliner Chaoten plündern und sengen



RIAS-Verkehrsfunk gegen 3.30 Uhr morgens: „Zur Zeit liegen uns keine besonderen Meldungen vor.“

Foto: Annette Lesniewski

„Ich mach' mal 'n kleines Restaurant auf“

Bernie, Caro und John (★) aus der Kreuzberger Punk-Szene über „die schwerste Straßenschlacht der Nachkriegszeit in Berlin“ / „Wenn Du Bolle anzündest, mußt Du irgendwann mal die Feuerwehr durchlassen.“

taz: *Was habt Ihr bei der Randalie in Kreuzberg gemacht?*

Caro: Wir waren auf dem Lausitzer Platz und haben das Straßenfest gefeiert. Dann kamen die Bullen, haben mit Gasgranaten rumgeballert und kein Aas wußte, was los ist. Und was wollte machen, wenn um dich rum überall Gasgranaten rumfliegen? Da drückste dich erstmal in die Ecke. Dann kam auf, daß die Bullen im Volkszählungsbüro im Mehringhof eingebrochen sind, ja und dann ging's irgendwann los mit der Steinewerferei. Wir waren alleine wenig angetrunken. Straßenfest und so, iss ja logisch. Und dann fing das an um uns rum.

Was fing an?

Caro: Die Aktschn, was sonst. Wir haben uns erstmal verflüzt und da fing das schon an zu brennen und zu explodieren überall, die Steine flogen.

In der Nacht lief die schwerste Randalie, die es jemals in Kreuzberg gab. Warum kam es ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt zu so einem Knall?

Caro: Das ist ganz normal. Ich habe es gewußt, daß es irgendwann fürchterlich knallt. Hier war sone Spannung in der ganzen Szene. Die ganze Bande, alles was hier so rumhängt, Türken, die Omis, die Opis, die Normalos, alle haben einen Haß auf die Bullen, aber wirklich alle, auch Pro-

lis, die mögen alle die Bullen nicht, weil die nur Scheiße bauen, die Leute abgreifen, sogar kleine Gören hauen die aufs Maul...

Die Wut auf die Bullen, die gab es immer. Das ist doch keine Erklärung, daß es jetzt so eskaliert ist.

Caro: Irgendwann mußte das einfach explodieren. Das war ganz klar. Du hast es ja gesehen, ganz Kreuzberg war auf den Beinen, alle. Und was meinst du wieviel hier geplündert haben. Uns haben die Bullen in ne Baugrube reingetrieben und dann immer gib ihm, von oben feste druff mit dem Knüppel.

John: Es ist doch kein Wunder, daß hier alle die Bullen hassen, die Bullen schlagen auf alles. Ganz normale Leute, die nichts getan haben, hauen die aufs Maul.

Caro: Ja und irgendwann explodiert das, Mann. Im 2. Weltkrieg haben die auch die Atombombe geworfen. Paff, da war das Ding weg. Da muß mal was passieren, genau wie hier. Irgendwann sind die Leute sodraufgegendie Bullen und gegen alles, dann kriegen die den Rappel und dann gehts voll ab, gib ihm. Und das find ich geil.

Die Bullen sind irgendwann abgehauen und haben den Stadtteil sich selbst überlassen. Was habt ihr dann gemacht?

Caro: Meinst du erzähl ich Dir. Ich wills nicht im einzelnen wissen, aber wie war denn euer Feeling?

Caro: Das ist unseres, hab ich gedacht. Das gehört alles uns. Das gehört keinem Scheiß Schmidt und keiner Scheiß Birne und keinem andern Arsch, das gehört uns, und das ist unser Gebiet.

Was Ihr kaputtgeschlagen habt, ist auch ein Teil von Euch gewesen, von eurem eigenen Kiez?

Caro: Da sind natürlich ziemliche Scheißdinge abgegangen, mit der Feuerwehr, das fand ich auch übel. Das war volle Kacke, daß die nicht die Feuerwehr durchgelassen haben. Ich hab ja keinen Bock, daß die Leute hier in ihren Häusern verbrennen, das dann ne Omi abnippelt, das kotzt mich selber an. Wir haben ja auch versucht, Leute zurückzuhalten, die auf die Feuerwehr los sind.

Ziemlich viel Leute waren angesoffen und haben gar nicht mehr gewußt, was sie machten.

Caro: Na ja sicher. Da war fast keiner mehr nüchtern. Ich war auch nicht mehr nüchtern, aber ich hab noch geblickt was ich mache. Also die Feuerwehr kann durch von mir aus. Die Barrikaden hätten die sowieso nicht gelöst.

John: Unsere Aktschn ging nur gegen die Bullen und gegen den Staat, weil die sone Scheiße machen. Die kommen hier zum „Elefanten“ (Kreuzberger Scene-Kneipe), hauen die Scheiße ein und werfen ne Gasgranate rein. Sehr schön. Lauter sone Dinger.

Caro: Und dann sagt dieser Scheiß Kewenig, der Innensenator, das kommt alles davon, daß die besetzten Häuser legalisiert worden sind.

Nochmal zum Rückzug der Polizei. Die haben den Stadtteil aufgegeben. War das nur Angst oder war das Strategie?

Caro: Den Bullen paßt das hier alles nicht. Die müssen ja einen Grund haben, hier einzuzureiten und gegen uns vorzugehen. Jetzt haben sie den Grund, halbterroristische Szene und so. Jetzt können sie verstärkt hier einreiten.

Die denken, daß es hier im Kiez jede Menge Kriminalität gibt. Und jetzt können die dagegen vorgehen, weil jetzt jede Menge Leute rumgeplündert haben, rumrandalieren und Barrikaden gebaut. Jetzt können die hier endlich rumheizen mit Panzerwagen und son Scheiß.

Es bleibt der Vorwurf, daß im Suff der eigene Kiez zertrümmert wurde.

Caro: Mann, Du kannst das wohl nicht kapieren. Du hast wohl noch nie sone richtige Wut gehabt, wo Du austrastest und einfach nicht mehr nachdenkst. Gib ihm und scheißegal, du hast einfach sone wahnsinnige Wut...

Wut worauf?
Caro: Auf alles. Scheißegal was. Was ist „alles“?
Caro: Alles was öffentlich ist, ir-

gendwie. Frag doch mal ein paar Türken, frag die alten Omis. Die hab ich gesehen wie sie aus dem Laden rauskamen, vollbehängt mit Waschwittel, volles Programm. Türken, die haben alles abgeräumt, da war alles unterwegs und hat zugegriffen, vonden Gören bis zu den ganz alten Opis und Omis. Da war keiner mehr zuhause und die waren alle voll drauf.

Die Leute haben die Stunde wahrgenommen und haben alles genommen, was es gab. Scheiße fand ich, daß da auch kleine Läden dran waren. Das war nicht korrekt. Bolle anstecken ist korrekt, Bolle plündern ist auch korrekt. Aber wenn Du Bolle anzündest, mußt Du irgendwann mal die Feuerwehr durchlassen.

Versucht trotzdem nochmal zu erklären, worauf sich die Wut und der Haß richtet und laßt mal die Bullen dabei aus dem Spiel?

Caro: Wenns rings um mich rum kracht, bürgerkriegstechnisch, wenn ich sodraufbin, Mann da hab ich ne Riesenwut.

Auf wen?
Caro: Auf die ganze Scheiße, Mann! Wir müssen zeigen, daß wir noch am Leben sind. Guck Dir doch mal den ganzen Kasper hier an. Da läuft zum Beispiel ne Oma rum, die kann kaum laufen, die kramt in jedem Müllimer und holt sich die Flaschen raus. Was issn

das? Ist doch Scheiße. Was issn das fürn Staat? Scheißstaat. Ist doch Kacke. Und es gibt Tausende von Beispielen. Wenn Du Soziallempfänger bist, gehste dahin und dann wirste denn noch angeschissen. Wie siehst denn Du aus und so? Da kriegste noch Ärger. Soll ich deswegen mein Aussehen verändern?

Wie siehst denn Deine Zukunft aus?

Caro: Das sieht so aus, daß ich vielleicht irgendwann mal ein kleines Restaurant eröffnen möchte. Wenn ich mal zu Geld komm und meine ganzen Bewahrungen im Eimer sind. Das werde ich vielleicht in 15-20 Jahren machen. Jetzt will ich erstmal leben. Und hier kannst du leben. Wenn ich da an Zehlendorf (Berliner Stadtteil) oder sonst son Kacketeil denke, da kannst du nicht leben. Da kannst du nur dahinvegetieren.

Was heißt für Dich leben?

Caro: Hier kennste jeden, hier kannst du jeden anhaun, haste mal ne Mark, kannst du mirn Kebab pumpen, kannst du mir mal ein Six-pack ausleihen oder sonst irgendwas.

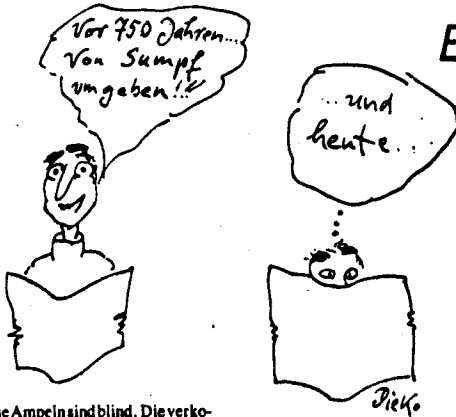
John: Hier hilft man sich. Wir leben hier zusammen und das läuft, das ist alles.

Interview: Manfred Kriener/Peter Huth

★ Namen wurden von der Redaktion geändert

Hunderttausend wunde Stellen

Eine Woche nach der Mainacht in SO 36



Die Ampeln sind blind. Die verkorkelten Schuttreste vom Supermarkt Bolle sind mit meterhohen Eisengütern umzäunt. Davor ein gleichfalls vergitterter Polizeiwagen. Überreste der feurigen Kreuzberger Mainacht. Sechs Tage danach wird der Verkehr am Görlitzer Bahnhof noch immer von Polizisten dirigiert.

Ansonsten geht das Leben rund um den Görlitzer Bahnhof, mitten im Zentrum von Kreuzberg, oder kurz SO 36, seinen gewohnten Gang: Vor dem „Wiener Eck“ vis a vis des U-Bahnhofes türkische Jugendliche in bunten Blousons und Bundfaltenhosen, auf der Treppe zur U-Bahn vier Punker in abgewetztem Leder mit buntem Haar und Schäferhund. Deutsche und türkische Hausfrauen mit Einkaufsfüßen, junge Leute aus der gesetzteren Alternativszene. Am Imbißstand zwei etwa 30-jährige Männer mit dem unvermeidlichen Schultheiß in der Hand. Der Verkehrspolizist in seiner rot-weiß bemalten Tonne inmitten der Kreuzung hat die Lacher auf seiner Seite, als er unter Ausnutzung seines gesamten Stimmvolumens, begleitet von eindrucklicher Gestik, einem zögerlichen Autofahrer zubrüllt: „Mensch, nun fahr doch, Du Idiot.“

Gegenüber bei Kohlmeier „Werkzeug und Eisenwaren“ gehen die Kunden aus und ein, die Schaufenster, die in der Mainacht zu Bruch gingen, sind noch mit Preßspan nordräftig vernagelt. Im Laden sind die Erlebnisse der Mainacht nach wie vor Gesprächsthema. „Viele, vor allem die jüngeren Leute sagen: Daß Bolle zu Bruch ging, ist ja okay, aber die kleinen Läden“, erzählt

Geschäftsführer Wolfgang Hebold, dem die Ereignisse noch sehr plastisch vor Augen stehen. Lachen muß er heute noch, wenn er daran denkt, mit welchen Worten ihn die Polizei in jener Nacht aus dem Bette zitierte: „Kommen sie doch bitte mal zu ihrem Objekt, da ist was passiert.“

In Erwartung eines gemeinen nächtlichen Ladendiebstahls steuerte er den Görlitzer Bahnhof an und sah, „daß die Luft brannte.“ Bei Kerzenlicht — ab zwei fiel der Strom aus — hat er im Laden geräumt, um zu retten, was zu retten war. Einen Autoritätsverlust mußte er dabei nicht einstecken. „Mensch, hör doch uff“, hörte er einen der Nachtschwärmer zu seinem Kumpel sagen, als dieser gerade in die Auslage des Werkzeuggeschäftes griff. „Wieso, ist doch offen“, meinte dieser und hielt mit seinem Tui erst inne, als Wolfgang Hebold aus dem Dunkel des Ladeninneren rief: „Aber ich bin doch auch da!“

Seine Erklärung für die Mainacht-Ereignisse: „Hier sammelt sich alles, was kein Geld hat. So viele Leute, die irgendwie an der Existenzgrenze leben.“ Damals, vor 25 Jahren, als er noch in Kreuzberg in die Lehre ging, war der Stadtteil noch ein „reiner Arbeiterbezirk. Menschlich überschaubar. Jetzt geht ja alles vielmehr durcheinander, aber so abfischen so'n Bonzendenken, ihr da oben, wir da unten, hat sich wohl gehalten.“ Überhaupt, man brauche sich ja bloß auf den Straßen umzusehen, „da brodelts' immer ein bißchen.“

Da brodelts was. Seit den jüngsten Ereignissen wieder verstärkt ein geflügeltes Wort unter den Politikern, die das soziale Anliegen schon immer im Programm oder gar im Herzen trugen. „Soziale Programme, wenn ich das schon höre“, meint der 23-jährige Marcel, der an einer Hauswand in der Oranienstraße lehnt. „Hier wohnen ebenfalls die, die woanders die Mieten nicht zahlen können und keine Arbeit finden.“ Er arbeitet bei

Arbeit, viele seiner ehemaligen Kumpel aus der Schule nicht. „Hier ist es immer nen bißchen aggressiver als in anderen Bezirken. Deswegen ist Kreuzberg ja auch so verrufen. In der Nacht, so det war natürlich was besonderes. Mit Barrikaden und so hatte ja keiner gerechnet.“

Der Punker, der gerade ein Stück weiter aus der Torsinfahrt biegt, findet vor allem die Erklä-

rungen für die Mainacht fatal, die Innenminister Krawinkel schon gleich am nächsten Tag der Öffentlichkeit präsentierte: Haupttäter aus der Autonomen-Szene, Störer vor allem seien Schuld. Eine Schuldzuweisung, die er auch im Zigarettenladen um die Ecke zu spüren glaubt. „Wir werden verantwortlich gemacht. Das ist einfach.“

Für die 30-jährige Frau am Gemüseladen etwas weiter laufen alle Interpretationsversuche der Kreuzberger Nacht, die sie in der Zeitung gelesen oder im Fernsehen aus den Mündern der Parteienvertreter gehört hat, auf eines hinaus: „Wir Kreuzberger werden wieder abgestempelt.“ Mit dem wir meint sie alle.

Aus Richtung Bolle-Schutt ahern sich junge Leute mit Fotoapparaten, denen die fast verblichenen Graffiti an einem der ersten alten fünfstöckigen Berliner Häuser in der Oranienstraße ins Auge gefallen sind. „Krieg dem US-Imperialismus“ und „Solidarität mit PLO“ steht da. Zusammen mit den Punkern, die gerade die Straße passieren, ein prima Foto für die Rubrik „Kreuzberger Nacht“. Mit etwas Geduld und Sensibilität läßt sich hier sicher auch das eine oder andere Foto für die Sparte „Soziales Elend“ oder auch „Jugend ohne Perspektive“ schießen — gleichwohl die Punker gesehn keineswegs resigniert in diese Welt blicken.

„Soziales Elend“? „Kreuzberger Brennpunkt“? Klar, hier haben viele Leute wenig Knete oder auch gar keine“, sagt eine junge Punkerin, „aber richtig schade war das doch erst, wenn die Leute hier nicht zusammenhalten würden.“ Gleichzeitig passieren vier voll besetzte Polizeiwagen die Kreuzung und demonstrieren so ihre Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In der Wrangelstraße, vorbei am Lausitzer Platz, an dem das diesjährige Maifest sein explosives Ende nahm, noch weiter hinein ins SO 36 auf die Mauer zu, erinnern schon keine Brandflecken mehr an die Mainacht. Obwohl auf das schwül-sommerliche Hoch der ersten Maiwoche ein anhaltend kühles Tief folgte, palatieren die

ben auf der Straße. Die Inhaber der zahlreichen kleinen türkischen Läden haben ihre Stände auf der Straße aufgeschlagen. Die Verkäuferin des Schuhgeschäfts steht mit einer Kundin vor dem Schaufenster. Deutsche und türkische Kinder spielen Fußball. Türkische Frauen unterhalten sich von den Fenstern über die Straße hinweg. Punker sind mit ihren Hindernissen unterwegs, an der Ecke Falckensteinstraße stehen vier etwa 40- bis 60-jährige Männer, augenscheinlich Triaker. Als die rund 30-jährige Frau mit Dauerwelle und adrettem Popolnemaßel ihre schwere Einkaufstasche vorbeibringt, kommentiert einer:

„Mensch, det wird ja nen prima Abendessen.“ „So soll et auch sein“, entgegnet die Frau. „Recht haste, auf et anderer und protest ihr zu.“

Eine Touristengruppe, wahrscheinlich unter Führung von Fachleuten der Internationalen Bauausstellung, biegt um die Ecke in die Currystraße. Bis auf wenige Ausnahmen präsentieren sich deren alte Stockfassaden dem Besucher fröhlich frisch gestrichelt in harmonisierenden Pastellönen zur 750-Jahrfeier. Immerhin, ein paar Sprühparolen zielen den frischen Putz bereits wieder, auch die eine oder andere Müllkiste, die durch die Straße weht, sorgt für den Kontrast. Die Gruppe wird in die Nummer 20 geleitet, restauriertes Vorderhaus, unter den Bewohnern Sozialhilfempfänger; idyllischer ein ehemals besetztes Fabrikgebäude, das „Kerngehäuse“, eines der ältesten Alternativprojekte aus der Besetzterzeit und jetzt beliebtes Vorzeigobjekt. Nach diesem aufbauenden Gang durchs alternative Idyll mit nahezu dörflichem Charakter sammeln sich die Kreuzberg-Touristen auf der Straße zur Weiterfahrt. Die zuvor gezeichneten Trümmer von Bolle sind schon vergessen.

Auf der anderen Straßenseite, etwas zu klein, um von den Touristen entziffert werden zu können, steht am Haus der gut gemeinte Tip: „Über 100.000 offene Stellen. Nimm Hansaplast.“

Maria Kriesburgers

1.5.87

erst kippt ein Bull, dann brennen Container jetzt sagen die Ränder der Stadt: 1. Mal heute sind wir ganz wir selbst, keine Trainer Kampftag, wie war das: Arbeit macht frei!

am Görlitzer Bahnhof Barrikaden ein Caterpillar, der langsam verbrennt wegl sagt ein Mädchen und wirft einen Brandsetz erinnere dich an die Namen der Opfer die heute keiner mehr kennt

hier, sagt sie, sterben wir täglich nachts, sagt sie, Feuer und Fest sterben, sagt sie, ist eklig 6 an der Mauer oben Bernauer ist das, fragt sie, der Ausweg den man aus zwischen Fassaden Laden bei Laden, den man une offenkäst

keiner, sagt sie, zählt heute die Leute die plündern bei BOLLE flambierte Wolle Pudding! lacht sie, ruft: eßt!

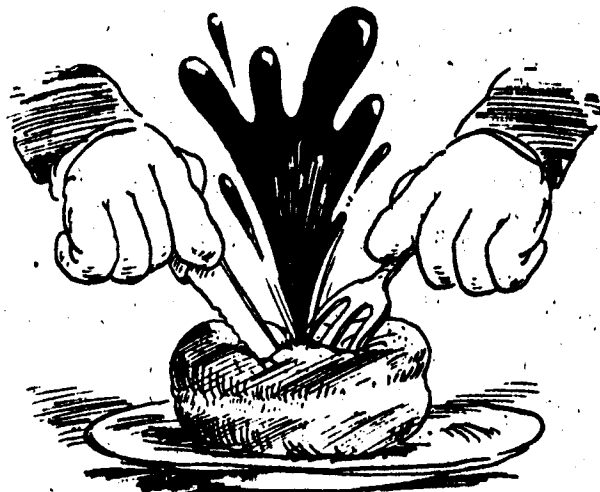
wir sind die Flammen, das Ticken der Steine am Blech der Wannen, klirrendes Glas wir sind das Brüllen, Rinnen und eine Nacht am Lausitzer Platz

wir sind die kurzgeschlossene Beleuchtung wir die Patrone mit Tränngas wir sind der jubelnde Mann auf der Kreuzung trunken — wir sind das

wir sind das Trommeln auf Eisboxen, Tänze wir sind die Bullen, die Nöchten, die Grenze Mauer im Rücken mit Draht wir sind die klauenden Bürger, die Brände wir sind die Mythen

Türken mit Tüten wir sind das Kokeln der leeren Regale wir sind das Fahrrad, das kippt, die Pedale die sich noch dreht, noch gedreht hat — wir sind die Schwebbahn, Stahlpfeiler Stadt.

Paul der Panther



Das Märchen vom Hasen und dem Igel – Kreuzberger Demonstrationsalltag

Selbstkritische Erkenntnisse der Berliner Polizei nach den Gewalttaten / Von Hans Haibach

BERLIN, 10. Mai. Die beiden Polizeibeamten freuen sich auf den Feierabend. Ihre Dienststelle ist der Abschnitt (Revier) 53 in der Friedrichstraße, ein Steinwurf weit vom Checkpoint Charlie. „Das machen wir noch“, sagen sie: An einer Kreuzberger Straßenecke hat ein Mann, der gefaßt werden kann, einer Türkin auf den Kopf gehauen und ihr die Handtasche mit dreieinhalbtausend Mark entrisen. Auf dem Weg zum Revier kommt die Mitteilung, daß Alarm ausgelöst worden sei. Der Feierabend ist gestrichen, die beiden Beamten zucken mit den Schultern. Der Revierleiter kennt die Begründung für den Alarm nicht; „höchste Geheimhaltung“ ist angeordnet. Die Polizisten ziehen die Uniformen aus und steigen in ihre Kampfanzüge.

Die Truppe vom Revier 53 verteilt sich mit Helmen, Schilden, Beinschonern und langen Schlagstöcken auf die Wagen. Der Auftrag lautet: Raumschutz am Kottbusser Tor. Das ist eine Ecke in Kreuzberg, an der es schon oft hoch hergegangen ist bei „Demonstrationen“, zuletzt auch in der Nacht des 1. Mai. An einer Wand steht: „Bulle, deine Angst ist begründet.“ Dann sickert durch, warum es an diesem Abend Alarm gegeben hat: Die Staatsanwaltschaft hat die Durchsuchung einiger Wohnungen in Kreuzberg angeordnet, weil dort „Plünderungsgut“ vermutet werde. Kaum haben die Durchsuchungen am frühen Abend begonnen, strömt „die Szene“ in den Mehringhof, ein Versammlungsort derer, die für sich und ihr Tun „Autonomie“ beanspruchen. Eine Telefonkette, das weiß die Polizei, sorgt für rasche Verständigung untereinander. Die Polizei ist dazu da, das staatsanwaltschaftliche Vorgehen zu unterstützen, darüber hinaus will sie an diesem Abend mit ihrem massiven Auftreten verhindern, daß der Stadtteil abermals bebzt.

Die Polizisten im Mannschaftswagen am Kottbusser Tor maulen ein wenig, und einige fragen, ob es denn Sinn habe, noch nach Plünderungsgut zu suchen. In einem Nebenraum des Reviers liegen zuhauf volle Bierflaschen und andere Getränke, die Plünderer am 1. Mai auf einem Lastwagen verstaubt hatten; unter den gestohlenen Sachen sind auch drei Luftgewehre. Der Einsatzleiter ist ungehalten über den stockenden Informationsfluß. Die Beamten seien nicht „motiviert“, weil sie „nichts genaues“ wüßten. Kurz nach 22 Uhr wird die Truppe in den Feierabend geschickt. Der nächste Schichtdienst beginnt am anderen Tag um 19 Uhr und dauert bis sieben Uhr morgens. Die Polizeibeamten wissen schon, daß sie sich am frühen Nachmittag wieder einzufinden haben, auf dem Kurfürstendamm wird eine „Demonstration“ von Gegnern der Volkszählung sein.

In einem Fernschreiben an alle Berliner Polizeidienststellen hat der Landeskriminaldirektor mitgeteilt, man habe in den letzten Tagen sehen können, wie sich „die polizeiliche Lage verändert“ habe. Über „die bekannten Veranstaltungen der 750-Jahr-Feier hinaus“ hätten Anschläge auf Banken und Baustellen, „Aktivitäten“ von Atomkraftgegnern, „Aktionen zum Volkszählungsboykott“ sowie die Kreuzberger Krawalle „die polizeiliche Lageeinschätzung erschwert und zu kurzfristigen Änderungen“ der Einsatzpläne geführt. Das „polizeiliche Gegenüber“ sei nicht immer „bis zum letzten auszureichen“. Ankündigungen gewalttätiger Aktionen an vielen Stellen der Stadt – Kreuzberg voran – forderten alle Kräfte der Polizei „bis zur Leistungsgrenze heraus“, vor allem die Gefahrenabwehr, aber auch die Strafverfolgung „mit der nötigen Intensität zu garantieren“.

In der Wachstube des Abschnitts 53 am Checkpoint Charlie steht ein Leitordner mit der Aufschrift „Chaos“. Darin sind den 1. Mai betreffend, etwa 270 Anzeigen abgeheftet; sie reichen vom Landfriedensbruch, über Sachbeschädigung, schweren Diebstahl und Brandstiftung bis zur Plünderung. Viele der Geschädigten führen die Berufsbezeichnung Arbeiter; ihnen wurden, wenn es nicht schlimmer kam, das Auto vorm Haus demoliert. Es wurde in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai nahezu alles „abtransportiert“, was nicht niet- und nagelgest war. Jetzt stehen Leute vor dem Absperrgitter und starren dorthin, wo es nichts mehr zu sehen gibt.

Ein Polizeidirektor, für Kreuzberg zuständig, äußert seine „persönliche Ansicht“: Die Eröffnungsfest im Internationalen Congress Centrum habe eine ausgewählte Schar von ein paar tausend Menschen „angesprochen“, von „Begünstigten“, die sich am reichen Bufett labten. In der Tat hatte „die Szene“ kundgetan, daß man das Stadtjubiläum auf eigene Weise „zu feiern“ gedenke. Aber bei der Polizei hatte man offenbar „nicht daran gedacht, daß sich in der Szene eine gewisse Stimmung verbreiten“ könne. Der Polizeidirektor – „Ich bin seit 37 Jahren Schutzmann in Berlin“ – ist seit dreieinhalb Wochen in diesem Amt und hat „ein Intensivstudium der Kreuzberger Verhältnisse“ hinter sich gebracht. Innenminister Kewenig, das erfährt man von ihm selbst, hält große Stücke von diesem Mann. In jener Nacht, sagt der Polizeidirektor, sei der Aufruhr „der Autonomen auf echte Arme in Kreuzberg übergeschlagen“: Zunächst seien die Gewalttäter zum Plündern ausgezogen, „in der dritten Welle“ hätten sich Leute beteiligt, die sonst nie auffielen.

Die Leitlerin des Jugendzentrums ist energisch

Wo war die Polizei? Der hohe Beamte hatte, wie andere in der Kreuzberger Einsatzzentrale, schon früh am Tage ein mulmiges Gefühl, das sich aber verflüchtigte. „Wir hatten uns geistig ausgeklinkt“, sagt der Polizeibeamte. Dann sei es mit einem Mal losgebrochen, an mehreren Stellen zugleich und mit selten starker „Intensität“. In seinen langen Dienstjahren habe er noch nicht erlebt, daß sich Krawalle bis in die Morgenstunden des anderen Tages hinzogen, ohne Unterbrechung, ohne Nachlassen der Gewalt. „Die Polizei war von allem überrascht“. Der Polizeidirektor gebraucht das Bild vom Hasen und dem Igel: In jener Nacht sei die Staatsmacht der Hase gewesen: „Der Igel war überall, wo wir hinkamen“. Für die kommenden Monate will die Polizei den Spieß umdrehen. Wohl selten hat sich eine Polizeiführung derart vernehmlich an die Brust geschlagen. Dem Einsatzleiter sind die Ereignisse in der schlimmen Kreuzberger Nacht entglitten – es wird von vielen Seiten bestätigt. Der Polizeidirektor war zwar wieder in das Lagezentrum geeilt, hat aber im Laufe der Nacht nur behutsam eingegriffen, indem er frische Kräfte dem Befehlzugriff des Einsatzleiters entzog und sie über andere Frequenzen dahin und dorthin dirigierte. „Wenn man einen Einsatzleiter in einer solchen Situation ablöst, macht man ihn tot“, sagt der Polizeidirektor; zudem könnten die Einsatzbefehle, wovon im hektischen Hin und Her vieles abhängt, nicht abrupt umgestoßen werden: „Dann müßte ein Polizist, der einen Gewalttäter am Krage hat, stehenbleiben und auf neue Anweisungen war-

ten“. Der Innensenator wirft dem unlängst zurückgetretenen Polizeipräsidenten Hübner Versäumnisse vor; dieser habe die Einsatzbereitschaften zu sehr in den normalen Schichtdienst auf den Revieren eingegliedert. Von diesem „Regeldienst“ müßten sie künftig „in Krisenzeiten“ befreit werden: „Wir müssen eine Reserve haben, die auf Knopfdruck losfährt“. Die Berliner Polizei handele noch nach „alten Strukturen“, sie richte sich zu sehr nach Befehlen „von oben“, die Eigenverantwortlichkeit der Unterführer ist derzeit nicht hinreichend erkennbar. Kewenig war in der Mainacht am Kottbusser Tor, und hatte selbst erlebt, wie der Einsatzleiter zunehmend hilfloser geworden war, wie die Polizeiwagen hin- und herjagten – wie die Hasen. Aber selbst Landespolizeidirektor Kittlaus wollte „die laufende Einsatzoperation nicht verändern“.

Vieles soll nach den Kreuzberger Krawallen bei der Berliner Polizei anders werden, der Igel will sich ein paar Stacheln zulegen. Kewenig wird noch in diesem Monat dem Abgeordnetenhaus einen neuen Polizeipräsidenten vorschlagen. Ein hoher Polizeibeamter sagt: „Das beste wäre, der Mann kommt nicht aus der Berliner Verwaltung, denn dann ist er keinem etwas schuldig“.

Die Polizisten auf dem Abschnitt 53 haben eine ruhige Nacht. Über den Polizeipräsidenten haben sie nicht zu befinden. Polizeihauptkommissar Mohns, der Wachvorsteher, lobt „seine Leute“. Sie seien mit Leib und Seele Kreuzberger. Am Checkpoint Charlie gibt es gelegentlich Ärger mit Demonstranten; da sprengt mal

einer ein Loch in die Mauer oder versucht es zumindest. Da rufen auch mal die „Grenztruppen von drüben“ an und bitten, die Polizei auf der westlichen Seite möge doch bitte für „einen ordentlichen Verkehr“ sorgen.

Die Deutschen und die Ausländer im Kreuzberger Kiez hätten in aller Regel ein gutes Auskommen miteinander, sagt Mohns. Die Funkstreife fährt durch ruhige Straßen. Ein Polizeirat, fragt auf dem Revier in der Friedrichstraße an, ob „alles ruhig“ sei. Man möge doch bei Einsätzen möglichst auf Martinshorn und Blaulicht verzichten, „um nicht für Aufregung in der Szene zu sorgen“. Ein junger Beamter tippt sich an die Stirn: „Die da oben sind nervös“.

Die Funkstreife kreiselt durch die menschenleeren Straßen. Der Ruf kommt, in der Wilhelmstraße liege ein Verletzter. Der Krankenwagen ist schon da. Im Hinterhaus ist ein Jugendzentrum der evangelischen Kirche. Der Verletzte, ein vierzehn Jahre alter Spanier, in Berlin geboren, saß auf dem Fensterbrett und war mit dem Kopf gegen die Scheibe geknallt. Die beiden Polizisten von der Funkstreife werden ausgepiffen, die Leitlerin des Jugendzentrums ist energisch. Die Verletzung des Halbwüchsigen ist nicht schlimm. Er wird an der Augenbraue genäht und wieder entlassen. Die Funkstreife fährt ihn nach Hause. Der Junge will Lackierer werden, er hat noch keine Arbeitsstelle. Einer der Polizisten begleitet ihn nach oben und tröstet die aufgeregte Mutter. Die Straße an der Mauer in Kreuzberg steht in voller Blütenpracht.

Kreuzberg – danach

Deutsche Szene: Brandstiftung, Barrikaden und der Mythos der „Volkswut“

FAZ 9.5.87

Die Nacht des ersten Mai hat in Berlin-Kreuzberg Spuren hinterlassen: leergebrannte Autowracks in der Skalitzer und Mariannenstraße, rußgeschwärzte Container, in der Oranienstraße, die niedergebrannte Füllale von Bolle, ein zerstörter Hochbahnhof, geplünderte Supermärkte und zerstörte Geschäfte. Doch die in Mark und Pfennig zu berechnenden Schäden sind nicht einmal die schlimmsten. Schon am nächsten Morgen zeigte sich, was eine reiche Stadt mit einem gut funktionierenden Apparat vermag: Im Großbesatz von Stadtreinigung, Polizei, Feuerwehr und Glasereien wird aufgeräumt und ausgebessert. Das Feld konnte rasch wieder freigegeben werden für die Touristen, die im vollklimatisierten Bus durch Kreuzberg vorklimatisiert werden, für die Szene-Touristen, die mit umgehängten Photoapparaten den Kampfschauplatz besichtigen.

Der Verkehr geht langsam, die Ampeln an den Kreuzungen sind tot, der Asphalt ist verklebt von Ruß und Alkohol, durch die Trottoirs, aus denen die Pflastersteine gebrochen wurden, schimmert der Sand, in die Straßendecken haben die brennenden Barrikaden breite Bänder geschmolzen. Weit verheerender sind die Spuren, die unsichtbar bleiben. Angst sieht man nicht. Das Schlimme an diesem Morgen danach ist die Sprachlosigkeit. Man scheint froh zu sein, daß es wieder Tag geworden ist. Man teilt sich im Zeitungsladen mit, was wo gewesen ist, wer noch geplündert wurde und was noch zerstört worden ist. Es sind die wortkargen Äußerungen von Leuten, die ungefragt zu Zuschauern gemacht wurden in einer Nacht, über die die „Tageszeitung“ in ihrem Extrablatt berichtete unter der Schlagzeile: „Berlin feiert – Feuerwerk in Kreuzberg“.

Bilder sind etwas anderes als die Wirklichkeit, und die Beschreibung des Schreckens etwas anderes als der Schreck selbst. Die Stadtbewohner, die ihre Autos in den Straßen geparkt haben, können sich den idyllischen taz-Blick, der „freundliche Feuer auf den Straßen brennen“ sieht, nicht leisten. Die Leute, die ihre Kinder vor den Tränengasschwaden in Sicherheit bringen oder ihren Weg durch den Hagel von Pflastersteinen suchen, rennen und ducken sich: es geht um ihre Gesundheit, nicht um den Blick auf ein gespenstisches Panorama. Und Menschen, die im Haus neben dem in Brand gesteckten Supermarkt wohnen, sind damit beschäftigt, sich gegen die übergreifenden Flammen zu wehren: die Brandstiftung ist ein lebensbedrohliches Ereignis und kein ästhetisches Sujet. Sie haben vor sich, was andere nur „als ob“ wahrnehmen. Die Kinogängerperspektive läßt sich auf den Brandgeruch nicht ein. Sie kommentiert nur „wie in Detroit“, „wie in Brixton“ und sieht in der Wirklichkeit endlich die Bilder, die sie sonst nur aus zweiter Hand bekommen hat.

Ein ganzes Viertel mit seinen Straßenzügen wird zur Kulisse für hin und herwogende Menschenmassen, die Straßen zur Bühne und die Feuer zur Beleuchtung der Szenerie. Es gibt kämpfende Parteien, leicht zu erkennende Kostüme und Symbole, aus der Dunkelheit auftauchende Helden und auf die Bühne hingestreckte Opfer. Auf den Kreuzungen um den Görlitzer Bahnhof sammelt sich die Statisterei, sie trommelt auf alles, was Blech ist – ein grandioses Mitternachtskonzert, und aus den Fenstern dröhnt Musik aus den Boxen: street fighting man. Es ist ein großartiges Schauspiel – aber alles ist echt: die Kostüme und die Autos der Polizei, die umgestürzten Autos, die brennenden Straßen, die Trommler, der Rauch, die Steine und das Blut. Die vom Kino verdorbene Phantasie kommt mehr als auf ihre Kosten. „Endlich“ sieht sie wirkliche Feuerwehrautos explodieren und wirkliche Fassaden brennen.

Wer es fertig bringt, aus einer Angstnacht einen Film-Festtag zu machen, muß über mehr verfügen als über „klammeilmliche Freude“. Der Blick aus der Kinologe ist ungenau, und nicht immer ist klar, ob der Betrachter von wirklichen oder von Phantasiegestalten spricht. „Kreuzberg be-

dient sich selbst“ oder „Im Kiez plündert jeder“, schreiben die „taz“-Voyeurs über ein Viertel, das die Einwohnerzahl einer westdeutschen Großstadt hat. In Festtagsstimmung erlaubt man sich großzügige Verallgemeinerungen, macht aus den wenigen die Masse und aus den vielen das Volk. Das Viertel, in das die U-Bahn nicht mehr fährt, wird für „befreit“ deklariert. Der Raum, in den sich die Polizei nicht mehr hineinwagt, heißt nun „herrschaftsfrei“; Ladenbesitzer rüsten sich hier wie in grauer Vorzeit mit Keulen aus, um sich und ihr Hab und Gut vor der nächstbesten Gruppe, die Lust auf ein Fahrrad hat, zu schützen.

Kreuzberg ist für einen Augenblick so frei, daß Brände nicht mehr gelöscht und Anrufe unbeantwortet bleiben müssen. Es ist so frei, daß jene, die die Courage hatten, sich gegen die Orgie der Selbstbedienung zu wenden, bedroht werden. Man ist sogar so frei, sich aus einem aufgebrochenen Geschäft Waffen zu besorgen. Frei bewegen sich vor allem jene Experten, die mit ingenieurhafter Präzision Trafostationen knacken und Stromkabel blockieren können: die im Dunkel wirkenden Hauptakteure dieser Nacht. Und wo das Volk von Kreuzberg schon nicht anwesend ist, müssen die vielen, die die Gunst der Stunde nutzen, erhalten für die Illustration der These von „Spontaneität“, „Gerechtigkeitsinstinkt“ und der Aufhebung des Respekts vor dem Privatigentum: die Plünderung wird zum antikapitalistischen Akt oder doch zumindest Kavaliersdelikt; die Anwesenheit auch von Türken zum Beleg dafür, daß es keine Türken und Deutschen, sondern nur die Internationale der Unterprivilegierten gebe; und das

„Mädchen mit den Stöckchen“, das auch zureift, soll beweisen, daß der „Protest“ weit in Kreise der „normalen Bevölkerung“ hineinreicht.

So bläst man die Chance der risikolosen Bereicherung zum historischen Augenblick und die Mitternachtsdunkelheit, in der selbst der Feigste einen Stein werfen kann, zur Kraftdemonstration auf. „Leben und Vitalität“ sieht eine Stadträtin der Alternativen Liste in dem, was Klaus Hartung zu Recht als „Implosion politischer Leere“ bezeichnet hat. Das ist auf dem Hintergrund populistischer Mythen ziemlich folgerichtig. In anderen Sprachen gibt es für solche Vorgänge das Wort „Pogrom“; in Deutschland macht man es sich nach allem, was geschehen ist, leichter. Man bildet einfach ein neues, fast niedliches Wort, „Randale“, und ist damit alle Sorgen um das „Volk“ und seinen „gesunden Instinkt“ los. Wer zum Volk gehört, bestimmen die Populisten, sie verteilen den Bonus, sie finden ex post die Anlässe, die beliebig sein können und sich auch beliebig wiederholen können: Bald ist es die 750-Jahr-Feier, bald die Polizeiaktion gegen die Volkszählungs-Boykotteure, bald die zu schwüle Maiennacht. Der populistische Bonus macht immun, und die selbstverständlich folgende Manöverkritik mündet in die Ermahnung, „differenzierter“ vorzugehen. Volkswagen stehen zu lassen, während Mercedes-Wagen umgestürzt werden dürfen. Es ist die „Klassenanalyse“ der Ahnungslosen – wo doch der Mercedes inzwischen das Hauptgefährd der türkischen Großfamilien von Kreuzberg ist.

Über die Anlässe kann man streiten, über den Grund nicht. Er ist so unbestreitbar, daß Senat und linke Szene sich darin einig sind: es sind die „sozialen Probleme“, ist der „soziale Sprengstoff“, der sich in Kreuzberg angesammelt hat. Selbst der aufgeklärteste Radikale wird dem Innenspanner nicht unterstellen, seine Polizei sei in der Lage, eine angegriffene Sozialstruktur regenerieren zu können.

Der rechtsfreie Raum entsteht nicht erst auf der Straße, die Formen der Rücksichtnahme, die das Leben auf engstem Raum erst erträglich machen, verbrennen nicht erst auf den Barrikaden. Er öffnete sich in den Verunsicherungen von Mietparteien und gewerblichen Existenzen. Der ruchlose Umgang mit den Lebensbedingungen von Memmen ebnete das Gelände für die Verwilderung der Sitten. Über den Verfall

jedes Gefühls der Verantwortlichkeit „ganz unten“ sollte man sich nicht so sehr wundern, wenn er jahrelang „ganz oben“ vorgeführt wurde. Der vandalistische Akt ist – unter den Augen hilfloser Behörden – vor sich gegangen, nicht bloß an Telefonhäuschen, sondern an Behausungen, die für Menschen bestimmt waren und unbrauchbar gemacht wurden. Im „Entmietungsvorgang“ so vieler Kreuzberger Häuser ist der Zerstörungsprozeß in miniature zu studieren. Man lebt dort ein Leben auf

Widerruf, man führt einen nervenaufreibenden Krieg mit den Launen des Spekulant, dem sein Haus noch nicht kaputt genug ist, damit es profitträchtig abgerissen werden kann. Wie viele Häuser waren nicht belagert, bis der letzte Alteingesessene kapituliert hat. Wem hat man nicht alles Strom und Wasser abgestellt, um ihn zur Aufgabe zu zwingen. Man hat ganze Straßenzüge in Schutt und Staub gelegt und mit ihnen die Nachbarschaften gesprengt, die Generationen zusammengehalten und einen Krieg überdauert haben. Man hat Menschen an dem Ort und der Stelle fertiggemacht, wo sie groß geworden sind. Und man hat Leerflächen und Hohlräume zurückgelassen, nicht ohne auch noch aus diesen Profit zu schlagen. Noch das kaputteste Haus war an den Mann zu bringen, an türkische Familienväter, Studenten und andere unbemittelte Leute.

Es ist eigentlich eher ein Wunder, daß die Stadt die große Vertreibung vieler Bewohner halbwegs überstanden hat. Sie verdankt es der Zähigkeit der Alteingesessenen und Dableibenden, den türkischen Familien und Geschäftsleuten, die die Häuser bewohnt haben, bis die Abblöcke sich überschlagen hatte. Sie verdankt es den Widerständlern und Instandbesetzern und den Investitionen von Engagement, Intelligenz, Witz und Senatgeldern, aus denen die eindrucksvollste Initiative Berlins im letzten Jahrzehnt hervorgegangen ist: die behutsame Erneuerung der Stadt im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA): Der Senat hatte geleistet, und was er heute als sein Verdienst preist, ist auch das Verdienst der Hausbesetzer.

Indes: die Sanierung von Fassaden und Häusern läßt sich planmäßig durchführen, die Wiederherstellung eines städtischen Gemeinwesens, das so achtlos und kurz-sichtig zerstört wurde, braucht Jahrzehnte; sie rechnet nicht mit Bauabschnitten, sondern mit Generationen, nicht in Zahlen erneuerter Häuser und Hinterhöfe, sondern in Wachstumsperioden neuer Nachbarschaftsverhältnisse. Ihre Gradmesser sind der Lautpegel im Haus und die Freundlichkeit auf öffentlichen Plätzen. Solches Wachstum kann von Strategien gefördert, aber nicht bewirkt werden. Stadterneuerung ist ja kein Bauvorhaben, sondern ein Projekt zur Zivilisierung der Zivilisationswildnis. Noch nie war es aus der Gefahrenzone heraus; die Kraft zu vieler Jugendlicher wird in den bodybuilding-Studios und nicht an der Werkbank trainiert; kaputte Familien werden durch Sozialarbeiter betreut, aber nicht wirklich in Ordnung gebracht.

Die Frage ist, ob das Projekt genügend Kräfte, genügend Leute findet und ob die Koalitionen, die sich gebildet haben, standhalten. Solche Arbeit fragt nicht nach dem Parteibuch oder der Tendenz, sondern nach dem, was einer will und kann. Sie sucht Leute, die Hand anlegen, bevor sie nach den Möglichkeiten der

öffentlichen Hand fragt; sie zieht Leute an, denen die Denkverbote der diversen Szenen nicht imponieren; sie braucht Leute, die zu unterscheiden vermögen zwischen unverschuldetem Elend und dem Elend, mit dem man kokettiert oder sogar Kapital schlägt. Sie braucht Arbeitsplätze, auf denen sich Arbeitswillige austoben können und an denen andere, denen noch nicht „alles egal“ ist, etwas lernen können. Solche Arbeit bräuchte schließlich Zivilcourage nicht nur gegenüber dem Lumpenspekulanten, sondern auch gegenüber den Anmaßungen des Lumpenproleten. Sie bräuchte herrschaftsfreie Zonen, in denen kein Mensch Furcht haben muß, von Maulhelden eingeschüchert und von der „Volkswut“ getroffen zu werden.

Was hier als die Verlängerung einer vorhandenen Tendenz weiter gedacht wird, ist mit der Nacht vom ersten Mai nicht unterbrochen, aber doch getroffen. Kreuzberg ist noch nicht wieder autonom genug, um sich von den „Autonomen“ nicht zu beliebigem Zeitpunkt aus dem Gleichgewicht bringen zu lassen. Um so schlimmer das Rechten danach. Es hat keine Demonstration für Kreuzberg gegeben, sondern Abrechnungen nach der Art: die andern sind's gewesen. Man arbeitet mit Vokabeln, die auf Ausgrenzung zielen, nicht auf Zusammenführung – und dies, wo selbst die vereinten Kräfte kaum ausreichen für die mühsame Arbeit der Zivilisierung. Die vom Senat flugs gefundene Redewendung von den „Anti-Berlinern“ anerkennt insgeheim, daß in Kreuzberg mehr auf dem Spiel steht als Ruhe und Ordnung in einem einzelnen Stadtteil, daß es in dessen Lebensfähigkeit auch um die Lebensfähigkeit der Stadt geht. Aber sie verschweigt, daß Berlin am Ende des 20. Jahrhunderts um eine Lebensform ringt, in der das Ghetto keinen Platz mehr haben sollte.

Es kann durchaus sein, daß die Barrieren, die Kreuzberg teilen, die Stadt eines Tages sogar mehr in Atem halten werden als die Mauer, über die der Schein des Ost-Berliner Maifeuerwerks auf die brennenden Straßen von Kreuzberg fiel.

KARL SCHLÖGEL

Die Täter von Kreuzberg

Zwölf sind in Untersuchungshaft, aber der harte Kern ist noch frei

Die schlimmste Straßenschlacht der Nachkriegszeit hat auf allen Seiten Ratlosigkeit zurückgelassen. Selbst linke Radikale, die sonst mit „Gewalt gegen Sachen“ kokettieren, zeigten sich vom beispiellosen Ausmaß der Zerstörung in Berlin erschreckt. Kernfrage: Wer sind

die Täter? Was hat sie in dieser Terrornacht angetrieben? Rund 1000 Gewalttäter haben durch Kreuzberg eine Schneise der Verwüstung geschlagen, 44 wurden festgenommen, zwölf sind in Untersuchungshaft.

Da ist der 30jährige Sozialhilfe-Empfänger, ein vorbestrafter Ladendieb. Er warf Steine auf Polizisten, nannte sie „Penner“ und „A...löcher“.

Da ist der 29jährige Arbeitslose, ein „Beruhs“-Demonstrant. Er hat schon bei einer Gewalt-Demo angezündet, dafür sechs Monate mit Bewäh-

Steinschleudern, Molotow-Cocktails

Unter den zwölf Verhafteten ist ein Frau, 19. Sie zertrüm-

erte ein Schaufenster, plünderte. Als sie festgenommen wurde, trat sie mit Schaffstifeln nach den Polizisten.

Die Haupttäter aber wurden nicht gefaßt, mußte Justizsprecher Volker Kühne einräumen. Der „harte Kern“ - alle in schwarzer Kleidung, mit Steinschleudern und Molotow-Cock-

tails, Lederhandschuhe an der Wurfhand - entkam. Sie legten die Brände. Warum die Krawalle? Die Verhafteten lieferten konfuse Begründungen: Die „allgemeine Stimmung hat nach Protest verlangt.“ Oder: „Die bevorstehende Volkszählung, drohende Mieterhöhungen, die Unterdrückung der Menschen.“

Aggressionen aufgestaut

„Es lag seit Tagen was in der Luft“, sagte ein Kreuzberger Pfarrer, der eine „Suppenküche“ für Arme im Kiez betreibt. In der skurrilen Kreuzberger Gesellschaft mit Autonomen, Punkern, Stadtindianern, habe sich Aggression aufgestaut.

ermittlungsausschuß

Der EA ist in dieser Woche jeden Tag von 20.00-22.00 Uhr besetzt: Bringt Eure Gedächtnis-Protokolle vorbei!

7.5.87 WALPURGIS-NACHT:

Nach der Demo kam es im U-Bhf. Kleistpark (1. Ebene) gegen 22 Uhr zu einem Handgemenge zwischen 3-4 Typen und mehreren Frauen. Als eine Frau versuchte wegzukommen, wurde sie von Zweis festgenommen. Die Frauen, die diese Auseinandersetzung mitbekommen haben, sollen sich dringend beim EA melden: ☎ 692 22 22, diese Woche täglich 20-22 Uhr, sonst: Di 20-22 Uhr.

Wer hat am 1. Mai 87 gegen 19.20 Uhr in der Skaltitzer Str. (Ecke Lausitzer Str.) die folgende Situation beobachtet:

Ein Mann (1,90 m, kurze mittelblonde Haare, schwarze Stoffjacke, grauschwarze Hose, schwarze Sportschuhe) hat eine Auseinandersetzung mit einem aktiven Bürger, der mit einer Holzlatte bewaffnet ist (mittelgroß, dunkle Haare, Schnurrbart, grünlicher Overall). Der Mann wird festgehalten und Polizeibeamten übergeben. **Alle Leute, die irgendetwas in diesem Zusammenhang beobachtet haben, werden dringend gebeten**, ihre Beobachtungen mitzuteilen und möglichst gleich ein Gedächtnisprotokoll zu schreiben! Gedächtnisprotokolle bitte an den Ermittlungsausschuß (Gneisenaustr. 2a, 1-61, ☎ 692 22 22 täglich, ab nächste Woche dienstags 20-22 Uhr) oder an Rechtsanwalt Christoph Kießing (Rheinstr. 62, 1-41, ☎ 851 30 48).

Wer hat am 1. Mai 1987, kurz nach 21.30 h oder gegen 23.15 h, in der Wrangelstraße neben dem „plus“-Markt folgende Situation beobachtet:

Ein Mann (1,82 m, kurze, hellblond gefärbte Haare, kurze blaue Marinejacke mit goldenen Knöpfen, schwarze Turnschuhe) und eine Frau (1,62 m, kürzere abstehende braune Haare, blaue Samtkappe, kurze braune Lederjacke, weiße dunkelblaue Jeans, schwarze Leder-schuhe) werden von Zeits festgenommen und einige Zeit später abtransportiert. **Alle Leute, die irgendetwas in diesem Zusammenhang beobachtet haben, werden dringend gebeten**, ihre Beobachtungen mitzuteilen und möglichst gleich ein Gedächtnisprotokoll zu schreiben! Gedächtnisprotokolle bitte an den Ermittlungsausschuß (Gneisenaustr. 2a, 1-61, ☎ 692 22 22 täglich, ab nächste Woche dienstags 20-22 Uhr) oder an Rechtsanwalt Christoph Kießing (Rheinstr. 62, 1-41, ☎ 851 30 48).

Wer hat in der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1987 gegen 3.00 Uhr morgens vor dem Haus Wiener Str. 82 (zwischen Lausitzer Str. und Spreewaldplatz) die folgende Situation beobachtet:

Ein Mann (1,86 m, kurze blonde Haare, schwarze Motorradjacke, schwarzer Pullover, Jeans) wird in einem türkischen Imbiß festgenommen und über den Gehweg zu einer Wanne gebracht. **Alle Leute, die irgendetwas in diesem Zusammenhang beobachtet haben, werden dringend gebeten**, ihre Beobachtungen mitzuteilen und möglichst gleich ein Gedächtnisprotokoll zu schreiben! Gedächtnisprotokolle bitte an den Ermittlungsausschuß (Gneisenaustr. 2a, 1-61, ☎ 692 22 22 täglich, ab nächste Woche dienstags 20-22 Uhr) oder an Rechtsanwalt Christoph Kießing (Rheinstr. 62, 1-41, ☎ 851 30 48).

Neuer Haftbefehl für Randalierer

Im Zusammenhang mit den schweren Kreuzberger Krawallen wurde gestern ein weiterer Haftbefehl erlassen. Nach Angaben von Justizsprecher Kühne wird ein 23jähriger Täter beschuldigt, er habe mit Steinen auf Polizisten geworfen. Der Mann muß sich wegen schwerer Landfriedensbruchs und Widerstandes gegen Polizeibeamte verantworten. Damit erhöht die Zahl der Personen, gegen die Haftbefehle erlassen wurde, auf 25.

Wer hat am 1. Mai 1987 gegen 22.00-22.30 Uhr im Bereich Skaltitzer Str. zwischen Zeugheistr. und Wrangelstr. an der Post die folgende Situation beobachtet:

Ein Mann, ca. 176 cm, rote lange lockige Haare, Teppichjacke, lila Hose, Nickelbrille, blutende rechte Hand, wird von einem Zivi festgenommen und in Richtung Schlessisches Tor gebracht. **Alle Leute, die irgendetwas in diesem Zusammenhang beobachtet haben, werden dringend gebeten**, ihre Beobachtungen mitzuteilen und möglichst gleich ein Gedächtnisprotokoll zu schreiben! Gedächtnisprotokolle bitte an den Ermittlungsausschuß (Gneisenaustr. 2a, 1-61, ☎ 692 22 22 täglich, ab nächste Woche dienstags 20-22 Uhr) oder an Rechtsanwalt Christoph Kießing (Rheinstr. 62, 1-41, ☎ 851 30 48).

Festnahme: Typ, 31J, langes, braunes Haar, brauner Vollbart, 185cm, schwarz-weißgestreifte Hose, roter Pullover, 22.00h, Lausitzer Platz/Ecke Waldemarstr.

Typ, 170cm, schlank, rote Jogginghose, dunkles ärmell. T-Shirt, hohe Turnschuhe (zieml. dreckig), 2.05h, Skaltitzer/Ecke Marianenstr. **Frage:** Wer hat dessen Anwesenheit d. Nähe des Görkitzer Bfhs bemerkt?

Mehringhof-Betriebe

Protest gegen Verleumdungskampagne

Gegen die wirtschaftliche Gefährdung der Betriebe und Arbeitsplätze durch fortgesetzte Diffamierungen sowie gegen die rechtswidrige Durchsuchung am 1. Mai hat gestern der Mehringhof protestiert.

Strafantrag wegen Durchsuchung des Netzwerk-Büros

Erste Anklage gegen einen Kreuzberger Plünderer

Die Staatsanwaltschaft hat gestern die erste Anklage gegen einen Plünderer in Zusammenhang mit den Ausschreitungen in Kreuzberg erhoben.

Der Beschuldigte sei am Abend des 1. Mai festgenommen worden. Er soll in ein Geschäft eingedrungen sein und Waren entwendet haben, teilte Justizsprecher Neuhaus mit. Gegen 26 von insgesamt 56 Festgenommenen seien Haftbefehle erlassen worden. 13 Personen säßen in Untersuchungshaft, 13 hätten Haftverschonung erhalten.

Kreuzberger Feuernacht: Noch 2 Chaoten angeklagt

Zwei weitere Krawallmacher der Kreuzberger Feuernacht sind jetzt von der Moabitler Staatsanwaltschaft wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagt worden. Ein berufs- und arbeitsloser Kreuzberger (22) und ein Neuköllner Sozialhilfeempfänger (25) wurden festgenommen, als sie Steine auf die eingesetzten Polizeibeamten warfen. Insgesamt sitzen 13 von 48 festgenommenen Chaoten in Untersuchungshaft.



Der „harte Kern“ ist entkommen - die meisten Festgenommenen standen unter Alkoholeinfluß

Berlin, 5. Mai Die Haupttäter bei den Krawallen in Kreuzberg vom Wochenende sind nicht gefaßt worden. Justizsprecher Volker Kühne sagte: Die Sicherheitskräfte haben einen „harten Kern“ in schwarzer Kleidung, ausgerüstet mit Steinschleudern und Molotowcocktails, beobachtet. Sie sind entkommen. 44 Personen sind festgenommen

worden, die „überwiegend und in unterschiedlichem Maße alkoholisier“ gewesen waren, sagte Kühne. Von den Festgenommenen haben 32 ihren Wohnsitz in Berlin, elf im Bundesgebiet, einer ist ohne festen Wohnsitz. 18 gaben an, daß sie keine Bestrafung ausüben, 14 sind berufstätig, zwölf sind Schüler, Studenten und Lehrlinge.

Die Richter erließen 25 Haftbefehle, 13 Personen erhielten Haftverschonung. 12 Frauen und Männer blieben in Haft - elf Männer im Alter von 22 bis 30 Jahren, eine 19jährige Frau.

Die Vorwürfe lauteten auf schweren Landfriedensbruch, Diebstahl und schweren Diebstahl, Widerstand gegen die Staatsgewalt und gefährliche Körperverletzung.

Anhörung im Parlament zu Kreuzberger Ausschreitungen

Urheber der Krawalle nicht ausfindig gemacht

BM 7.5.87

Berlin, 4. Mai - Plötzlich sah ich in den Lauf einer Pistole. Die Gedanken in meinem Kopf überschlugen sich: Soll ich meine Waffe ziehen? Dann ein Schuß! In dieser Sekunde erkannte ich, daß die Waffe in der Hand des etwa 20-jährigen Mannes eine Schreckschuß-Pistole gewesen ist. So schildert der Leiter des Sondereinsatzkommandos (SEK) die Sekunden höchster Gefahr. Wenige Augenblicke später wird der Beamte schwer verletzt, als er im Steinhagel von mehreren Wurfgeschossen an den Beinen getroffen wird. Die Steine schlugen tiefe Fleischwunden, zertrümmern sein rechtes Schienbein. Von den 36 Polizisten des SEK wurden in dieser Nacht 38 verletzt.

Krawall, Feuer, Plünderungen: Die schlimme Nacht von Kreuzberg

Ein Stein zerschmetterte mein rechtes Schienbein

BZ



Der Leiter des Sondereinsatzkommandos (SEK) zeigt die Wunde: Ein Plünderstein zerschmetterte mir mein rechtes Schienbein

Neuer Polizeipräsident aus Niedersachsen?

Als sich die Befehle jagten

WpMS 10.5.87

Das hohe Tempo bei der Neubesetzung der verwaisten Polizeispitze hängt ursächlich mit der größten Nachkriegs-Blámage der Berliner Polizei zusammen - der Kreuzberger Krawallnacht. Als das Ausmaß der Katastrophe sichtbar wurde, sei von höchsten Polizeibeamten „vor Wut geschrien“ worden. In Senatskreisen wiederum heißt es, Augen- und Ohrenzeugen der Nacht im Führungsstab seien nur immer wieder über die „Kopf- und Sinnlosigkeit“ der sich jagenden Befehle von einer Verwunderung in die andere gefallen.

400 Polizisten im Einsatz Warum nicht mehr?

GdP übt scharfe Kritik an Senator Kewenig

BM 5.5.87

Als weitere Konsequenz ist vorgesehen, die Kommandostruktur „beweglicher“ zu gestalten. Kewenig und die Polizeiführung sind sich einig, daß es an Eigeninitiative bei den Einsatzleitern gefehlt habe. Man habe oft zu lange und tatenlos auf Befehle von oben gewartet.

Weiter ist vorgesehen, die Kreuzberger „Szene“ intensiver zu überwachen. Birkenbeul: „Wir wußten, daß sich in Kreuzberg etwas zusammenbraut. Daß es so schnell passieren würde, hat aber alle überrascht“. Birkenbeul kündigte an,

daß die Polizei in der nächsten Zeit massiv in Kreuzberg vertreten sein werde, um eine Wiederholung der blutigen Ereignisse zu verhindern. Besonders sollen zukünftig Beamte in Zivil „Aufklärung“ betreiben.

Etwa jeder dritte der in der Nacht zum vergangenen Sonnabend festgenommenen Krawallmacher ist bereits „strafrechtlich in Erscheinung getreten“. Ein 29-jähriger Sozialhilfeempfänger aus Kreuzberg ist mit sechs Monaten Haft auf Bewährung vorbestraft, weil er einen Bauwagen angesteckt hatte. Bei den Kreuzberger Krawallen soll er Steine auf Polizisten und Feuerwehrleute geworfen haben. Andere Täter haben bereits Eigentums- und Rauschgiftdelikte begangen.

Ein „bestimmter Täter-Typ“ ist unter den festgenommenen Frauen und Männern nicht erkennbar. Beispielsweise habe, so Birkenbeul, eine Schülergruppe aus Detmold „aus Spaß“ spontan mitrandaliert. Viele Plünderer hätten „einfach die Gunst der Stunde genutzt“ und ganze „Einkaufswagen voll“ aus den Geschäften geschoben. BM



Polizisten einer Technischen Einsatzbereitschaft vernageln das Schaufenster eines Schuhgeschäfts mit Brettern.



GdP-Chief von Walsleben

„Sie warten nur auf einen Anlaß, sich auf der Straße auszutoben“

Berlin, 4. Mai
Der Landesbezirksvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Burghard von Walsleben, erklärte: Es gibt offensichtlich nach wie vor eine erhebliche Anzahl von organisierten Gewalttätern, die nur auf einen Anlaß warten.

sich auf der Straße auszutoben.

Walsleben: Bedenklich aber ist, daß die Polizei nicht in der Lage war, weitere Straftaten zu verfolgen beziehungsweise zu verhindern. Eine Verstärkung des polizeilichen Außendienstes ist unumgänglich.

Vier Stunden lang ein „rechtsfreier Raum“

(Fortsetzung von Seite 1)

Diese Darstellung des Innensensors sei „absolut schwachsinzig“ und stelle ein Herunterspielen der wirklichen Situation dar, meinte Wartenberg. Denn als Augenzeuge habe er die erschreckende Tatsache festgestellt, daß es sich an den Übergriffen, Plünderungen und Brandstiftungen nicht nur um Chantagen, sondern zum Teil auch ganz normale Berliner beteiligt hätten.

Zwar seien die Krawalle von einer Gruppe von etwa 100 Randalierern „angeschoben“ worden, berichtete Wartenberg. Später hätten jedoch diese Chaoten tatkräftige Unterstützung durch Leute gefunden, die etwas erleben wollten und die Täter bejubelten. Unter denen,

Konzept zur Verbrechensbekämpfung, TAZ 4.5.87

Der Schupo für den Eierdieb

Eher zufällig traf der Senatsbeschluss über die Gesamtkonzeption der Verbrechensbekämpfung mit der Manöverkritik der Kreuzberger Nacht gestorn zusammen. Jetzt meint auch Innensensor Kewenig, daß die Polizei mehr Stellen braucht. TAZ

Kriminalpolizei
wahrheit
sorgen sich für
Distanzwaffen ein

Das katastrophale Versagen des Staates in der Krawallnacht zeitigte weitreichende Folgen, sagte War-

tenberg. So seien noch am Sonntagabend Kinder beobachtet worden, wie sie Münzbehälter von Telefonzellen aufbrachen und Zigarettenautomaten plünderten. Passanten, die die Kinder aufforderten, diese sein zu lassen, seien mit Steinen und Büchsen beworfen worden.

Wartenberg, der seit über zwanzig Jahren selbst unweit des Luisenparkes wohnt, versicherte, daß er so etwas noch nicht erlebt habe. Die Bevölkerung in Teilen von Kreuzberg habe das Gefühl gehabt, den Treiben der Randalierer hilflos ausgeliefert zu sein. Wiederholt sei auch zu hören gewesen: „Die fressen sich im ICC bei der Jubelfeier durch und wir hier in Kreuzberg sind verraten und verkauft.“

Momper und Wartenberg sagten übereinstimmend, daß an den Ausschreitungen zwar auch Ausländer beteiligt gewesen seien, jedoch nicht überwiegend. Vor allem die in dem betreffenden Gebiet lebenden Türken mit gut funktionierenden Familienverbänden stellten ein stabilisierendes Element dar. Bei ihnen sei die Hemmschwelle gegen Gewalt höher als bei vielen Deutschen, die aus Westdeutschland migriert seien und ständig ihren Wohnort änderten.

BDK fordert Ausrüstung der Polizei mit Gummigeschossen

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) warnte gestern in einer Presseerklärung davor, in Kreuzberg ohne konkreten Anlaß durch massive uniformierte Polizeipräsenz Stärke zu demonstrieren. Der BDK-Landesvorsitzende Ulrich Gähner sagte, diese Maßnahme könne sich als falsch erweisen, denn der potentielle Täterkreis sei „überaus mobil“. Mit dem Motto „Masse statt Klasse“ werde die Polizei bald an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen. Statt dessen seien „flexiblere Konzepte“ notwendig, meinte Gähner. TSP 7.5.87

Mit einer „Anti-Aufrühr-Einheit“ und speziellen Trainingskursen sollten Polizeibeamte physisch und psychisch auf die Einsätze vorbereitet und mit den Taktiken und Strategien von Gewalttätern konfrontiert werden, forderte Gähner. Außerdem fehle eine „zwischen Schlagstock und Pistole liegende“ polizeitypische Distanzwaffe, zum Beispiel Gummigeschosse, mit denen im vergangenen Jahr die bayerische Polizei ausgerüstet worden sei.

Auch sollten technische Geräte bereitgestellt werden, um Gewalttäter mit einer Bilddokumentation „beweissicher überführen zu können“, sowie der bundesweite Meldedienst „Landfriedensbruch“ stärker genutzt werden. Denn es sei damit zu rechnen, daß wieder mehr Gewalttäter aus dem Bundesgebiet nach Berlin kämen, „um sich hier an Krawallen zu beteiligen“. (Tsp)



Führungsschwäche

„Organisatorische Mängel“ bei der Polizei eingeräumt

Innensensor kündigt nach Kreuzberger Krawallen Konsequenzen an

SPD erhebt Vorwürfe nach Krawallen in Berlin-Kreuzberg

Kreuzberg-Krawall

BZ 7.5.87

„Wir brauchen Polizeitrupps in Zivil, die Chaoten während der Tat fassen“

VB 5.5.87

Krawallnacht in Kreuzberg soll Konsequenzen haben

Polizeiführung räumt Fehler ein

Berlin (Vbl) Die Berliner Polizeiführung und Innensensor Wilhelm Kewenig (CDU) haben gestern selbstkritisch Versäumnisse beim Einsatz der Polizei während der Kreuzberger Krawallnacht eingeräumt und Konsequenzen angekündigt.



BZ 8.5.87

Innensensor Kewenig

Die Polizei wird Beweglichkeit und Härte zeigen, um die Gewalttäter abzuschrecken und dingfest zu machen

Der Kreuzberg-Krawall

„Am Anfang war zu wenig Polizei im Einsatz, da hat das Alarmsystem versagt“

BZ 5.5.87

Mehr Grün für Berlin

Innensensor will Polizei verstärken

Zur besseren Bekämpfung der Wirtschafts-, Umwelt- und Schwerkriminalität soll das Personal der Berliner Polizei in den nächsten Jahren aufgestockt werden. Der von Innensensor Wilhelm Kewenig (CDU) erarbeiteten Gesamtkonzeption für die Verbrechensbekämpfung ist gestern vom Senat zugestimmt worden. In den kommenden zwei Jahren ist danach vorgesehen, die Kriminalpolizei um insgesamt 250 Stellen aufzustocken. VB 6.5.87

Die von Zuständigkeiten und Straftaten von Arbeitsblößen. Vorgesehen ist auch, in den Schwerpunktbereichen Wirtschaft, Umwelt und organisierte Kriminalität neue Kommissariate einzurichten. Um die Personalnot bei der Kriminalpolizei in den Griff zu bekommen, will der Senat dem Abgeordnetenhaus vorschlagen, in den folgenden drei Jahren jeweils 140 neue Stellen zu bewilligen.

Auch für den Punktreifen dienst sieht der Plan Kewenigs neue Regelungen vor. Während eines einjährigen Versuchs soll bei bestimmten Einsätzen der Funkwagen nur noch mit einem anstatt wie bisher mit zwei Beamten besetzt werden. Auch „gemischte Tatorttrupps“ aus einem Beamten der Schutzpolizei und einem Kripobeamteten plant der Innensensor einzusetzen, weso

Kewenig: Die Bevölkerung erwartet nun „Rigorosität und Härte“

SPD-Chef Vogel sprach von Verachtung über Heuchelei des Senats nach Krawallen

Polizei fordert „Anti-Aufrühr-Einheit“

Kriminalpolizei... Konsequenzen des Berliner Senats aus Krawallen unzureichend

SZ 6.5.87

Trotz Polizeiaktionen: Mehringhof unterstützt Volkszählungsboykott weiter

„Einmann-Funkwagen“ soll Stellen bei der Kriminalpolizei sparen helfen

Senat verabschiedet Konzeption zur Verbrechensbekämpfung

Auch Tage später ist die Stimmung noch gereizt

Gebrodet hat es im Berliner Problemviertel Kreuzberg schon vor dem Gewaltausbruch vom 1. Mai

6.5.87 FR

Von den 44 Festgenommenen der Nacht des 1. Mai sind 18 ohne Beruf, zwölf Schüler oder Studenten. Die Tatvorwürfe: schwerer Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Diebstahl, gefährliche Körperverletzung. Aber im Grunde weiß man noch nicht einmal, wer diese Ausschreitungen wirklich angezettelt hat. Bloß den „Eindruck“ hat SPD-Chef Momper gewinnen können, daß am späten Freitagnachmittag eine kleine Gruppe „bambule-erfahrener Leute“ den Krach inszeniert habe. Auch wenn dies so gewesen sein sollte: Unter den Festgenommenen ist nach Auffassung des zuständigen Staatsanwalts davon kein einziger. Man habe nur Mitläufer erwischt, teilte er mit.

Die Polizei spricht von 193 Verletzten in den eigenen Reihen. Und auch dies hat es bisher noch nicht gegeben, daß öffentliches Eigentum (wie U-Bahnen) rücksichtslos demoliert, daß selbst alternative kleine Läden und Zeitungskioske geplündert wurden, daß in Dutzenden von Fäl-

Von Otto-Jöra Weis (Berlin)

len Brandstiftung verübt und gleichzeitig rücksichtslos die Feuerwehr am Einsatz gehindert wurde. 55 an sich nötige Einsätze, so ein Feuerwehrsprecher, hätten überhaupt nicht durchgeführt werden können. Man habe sich schließlich nur auf jene Fälle konzentrieren müssen, bei denen Gefahr für Menschenleben bestanden habe. Bei den Plünderungen haben erstmals auch „Bürger von nebenan“ (Staatschutz) mitgemacht und „tierisch abgezockt“ (ein junger Kreuzberger) — Leute, denen man „das nie zutrauen würde“ (Momper). Das „Wertsystem“ sei zeitweilig regelrecht zusammengebrochen.

„750 Motive“ vermutet die alternative „Tageszeitung“ (taz) in einem Kommentar. Selbst die in der Gewaltfrage nicht pingeligen Autonomen fanden es in einer Erklärung „beschissen“, wenn kleine Läden plattgemacht werden: „Wir fordern alle auf, darauf zu achten, daß so etwas in Zukunft unterbleibt.“ Einen dieser Autonomen zitiert die „taz“ freilich auch mit den Worten: „Wir haben die 750-Jahr-Feier einen Tag später eröffnet als Dieppen, nur viel feuriger.“

Kreuzberg selbst erweckt vier Tage danach den Eindruck von Irritation und anhaltender Gereiztheit. Dies sei einfach eine „Explosion“ gewesen, ist einer der am häufigsten zu hörenden hilflosen Erklärungsversuche. Manche sprechen von einer nach wie vor noch „unheimlich aggressiven Stimmung“ im Kiez und erwarten, daß sie auch so schnell nicht wieder vorbei ist. Die Leute seien noch immer innerlich angespannt“, meint einer im Rundfunk. „Du wartest, daß irgendwas passiert. Du versuchst, mit Mühe irgendwie die Ruhe zu bewahren.“ Wenn er nur eine Sirene höre, befindet ein anderer, „zucke ich noch immer zusammen.“

„Gewiß muß, wenn das Ausmaß der Gewalt vom 1. Mai erklärt werden soll, die Sozialstruktur dieses Bezirks genannt werden. Der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Walter Momper, selbst Bewohner von Kreuzberg, hat darauf verwiesen, daß es dort mehr Problemgruppen als sonstwo in Berlin gebe. Zusammen würden sie eine „kritische Masse“ ausmachen, die jederzeit erneut explodieren könne.

Berliner Senat sieht Ursachenbündel

Polizei in Kreuzberg wird verstärkt / Hans-Jochen Vogel empört sich

Fortsetzung von Seite 1: Momper fordert Rücktritt von Innensenator Kewenig

BR 8.5.87

Kontroverse um Kreuzberg-Krawalle

Abgeordnetenhaus diskutierte über die Krawalle

AL: Ausdruck einer gescheiterten Politik

Nach der Terror-Nacht Krisensitzung beim Senat

Bild 5.5.87

Was bei der Polizei alles geändert wird

Stärkerer Polizeischutz für Kreuzberg

Sondersitzung des Berliner Abgeordnetenhauses

Oxford warnt vor neuen Krawallen in Berlin

PD will Rücktritt Kewenigs / Dieppen: Härte gegen Gewalt

Mehringhof wehrt sich

CDU: SEW-Fest war auf Krawalle angelegt

Als Ursache

für die blutigen Straßenschlachten und die anschließenden Plünderungen, an denen sich auch eine Reihe von bislang unbescholtene Kreuzberger Bürgern beteiligten, macht die CDU Kreuzberg „linke Elemente“ verantwortlich, „die das soziale Umfeld ausnutzten, um brutal Gewalt anzuwenden.“ Pöppelmeier: „Das Fest war so angelegt, daß es Krawall geben mußte.“ Noch nie habe er so viele Betrunkene auf der Straße gesehen.

Mehr Freiraum für Chaoten? Liebe Morgenpost.

Gewalt löst keine Probleme

Leider kann man die Kreuzberger Krawalle nicht als kommunale Marginalie abtun. Die Stadt feiert ihr 750-Jahr-Jubiläum. Es soll ein Stadtfest der Heiterkeit und des Friedens sein. Dazu bedarf es der Sicherheit. Das freie Berlin braucht positive Schlagzeilen, auch und gerade wenn prominente Gäste wie die britische Königin oder die Präsidenten Reagan und Mitterrand unter uns weilen.

Es ist an der Zeit, daß sich einige Herren des Senats weniger um die Vermummung des Reichstags kümmern als um die Vermummten, die Gewalt in unseren Stadtteilen

Das Neueste von Kreuzberg: Die Polizei wird verstärkt

31.3.87

Böses Erwachen am 1. Mai

fung als Konservativer zurückweist, weil „wir vom Grippe-Theater bis zum Luxemburg-Dankmal doch gerade andersrum sind“ (sprich: links), oder ob sich der mit den Alternativen verbrüdernde Kultursenator Hassemer von „Jupp“ aus der Ufabrik gönnerhaft auf die Schuiter klopfen läßt und dessen haßerfüllte Pöbeleien gegen die Polizei lächelnd anhört. Auch die Legalisierung besetzter Häuser war nur eine Vertuschung, nicht aber eine Lösung des Problems. Wer die politischen Richtlinien seiner Partei verweigert, ist auf längere Sicht zum Scheitern verurteilt.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Schumann, Berlin 77

„Sehr geehrte Damen und Herren! Der Traum der CDU, sie habe die Aggressionsgelüste der militanten linken Seite durch Zugeständnisse besänftigt, mußte mit einem bösen Erwachen enden! Anbiederei ist ein Zeichen der Schwäche und wird auch als solche gewertet, ob nun der Senat die Augen vor der

Tatsache verschließt, daß der Mehringhof von jeher Zuflucht für Gesetzesbrecher und Ausgangspunkt für gegen den Staat gerichtete Aktionen gewesen ist, ob Frau Dr. Laurian das „Engagement“ der Rosa Luxemburg bewundert, wobei die Schulsenatorin stattdessen die Begriffe „Fanatismus“ und „Engagement“ verwechselt, ob der Generalsekretär Landowsky die Einstu-

Kreuzberger schützen ihr Eigentum allein ohne Polizei

10.5.87

Krawall-Debatte: Momper fordert Kewenigs Rücktritt

18.5.87

Kewenig räumt „politische Fehler“ ein

Militante Hausbesetzer sollen stärker kontrolliert werden / Schwere Krawalle in Berlin

HANS-R. KARUTZ, Berlin
Mit verstärkten Beobachtungen und Kontrollen der „Fluchtbürger“ militanter, ehemaliger Hausbesetzer, einem strafferen Polizei-Management und neuen Konzepten gegen das nach wie vor in der Stadt vorhandene Gewaltpotential will Innenminister Wilhelm Kewenig (CDU) politische Konsequenzen aus den schwersten Krawallen in Berlin seit den Unruhen von 1961/62 ziehen. Er räumte auf Fragen der WELT „politische Fehler“ ein, die in der Vergangenheit bei der Behandlung von Häuserblocks mit offenkundig gewalttätigen Bewohnern gemacht worden seien: „Hier müssen wir herangehen, kein Zweifeln!“

Zusammenstöße brachen am Rande eines Mai-Festes von SEW und Alternativer Liste aus. „Der Verfassungsschutz wußte lediglich, daß autonome Gewalttäter in diesem Festjahr einen Tag X planen, mehr nicht“, resümierte Kewenig gestern auf kritische Stimmen in Richtung Polizeiführung.

Regelrechte Straßenschlachten zwischen etwa 600 meist verummten Gewalttätern und rund 400 Polizisten, Brandstiftungen und Plünderungen richteten in der Nacht zum 2. Mai Schäden von mehreren Millionen Mark an.

Die für Berlins Ansehen im Jubiläumjahr 1987 besonders abträglichen

Senat hat nur Wahrheit 8.5.87
Gewalt anzubieten
Abgeordnetenhausdebatte über Kreuzberg

Charta einer Nacht

TAZ 4.5.87

Sondersitzung des Innenausschusses / Mehr Polizei für Kreuzberg / Landespolizeidirektor unzufrieden

Ursache der Gewalttaten in den Parteien umstritten

Sondersitzung des Parlamentes zu Vorgängen in Kreuzberg

Zwei Tage nach dem sehr feierlichen Auftakt zum Stadtjubiläum war nicht nur dem Senat die Festtagslaune ordentlich verdorben. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen, Plünderungen und Brandstiftungen haben in der „Kreuzberger Nacht“ vom 1. zum 2. Mai eine Dimension erreicht, die neu ist in der Berliner Nachkriegsgeschichte. Parteien und Regierung fühlten sich gestern zu politischem Handeln herausgefordert.

Einigkeit bestand jedoch nur darin, die Krawalle zu verurteilen und deren Folgen zu bedauern. Die Ursachen der Gewaltausbrüche blieben hingegen strittig. Heute mittag wird auf Antrag der SPD der Innenausschuß des Abgeordnetenhauses „Ablauf und Hintergründe der Krawalle in Kreuzberg“ untersuchen. Das Parlament trifft sich am Donnerstag zu einer Sondersitzung. Auch der Senat hat das neue Thema heute vormittag auf seiner Tagesordnung.

Die Polizeiführung habe versagt, kritisierte die SPD. Die Beamten seien verheizt worden. „Die Polizisten fuhrn völlig irre im Kreis herum“, beschrieb der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Gerd Wartenberg, der in Kreuzberg wohnt.

Wartenberg sieht die soziale Lage und die Bevölkerungsstruktur in Kreuzberg als wesentliche Ursachen der Ausschreitungen. „Dort leben Menschen, die wenig Geld verdienen.“ Die Fluktuation in der Bevölkerung sei groß, es gebe viele „Übergangsbewohner“. Die stabilste Gruppe seien die ausländischen Familien.

Die CDU machte „einige hundert kriminelle Anti-Berliner“ für die Krawalle verantwortlich, welche die Absicht hätten, „den Berlinern und ihren Gästen die Festesfreude zu verderben“. Besonders verwerflich sei jetzt der Versuch, die „Exzesse der Chaoten“ auf die sozialen Verhältnisse abzuwälzen.

Auch die FDP sieht keinen Anlaß, soziale Versäumnisse als eine Ursache der Auseinandersetzungen heranzuziehen. Der FDP-Landesvorsitzende Walter Rasch kritisierte die „kriminellen Aktionen“, warnte aber gleichzeitig vor einer Überreaktion des Senats.

Rasch forderte eine „Berliner Linie der vernunftorientierten Konfliktentschärfung“.

Als einen Aufstand des „letzten, schwächsten Drittels“ der Berliner Bevölkerung beschrieb gestern der Kreuzberger AL-Bezirksverordnete Volker Härtling die Unruhen. Härtling, der selber Augenzeuge der Verwüstungen war, betonte, daß zum großen Teil „ganz normale Kiezbewohner“ und

Kiezbewohner mit dabei

keinesfalls nur „Militante“ an den Plünderungen beteiligt waren. Günter Fuderholz von der Sanierungsgesellschaft S.T.E.R.N. betonte, daß die Einkommen im Gebiet um das Kottbusser Tor im Durchschnitt halb so hoch seien wie in anderen Bezirken, die Arbeitslosigkeit dagegen doppelt so hoch.

Ob die bei den Krawallen entstandenen Schäden von Versicherungen abgedeckt werden, ist noch unklar. Eine juristische Klärung wird ergeben müssen, ob es sich bei den Ausschreitungen um Aufruhr, Landfriedensbruch oder gar Bürgerkrieg gehandelt hat. Sollte die Bewertung so ausfallen, müssen Gebäude- und Haftpflichtversicherungen nicht einspringen. Geschädigte erhalten unter der Telefonnummer 25 88 32 90 Auskunft. LR

Das Thema

Als Augenzeuge des Geschehens formulierte der Berliner SPD-Vorsitzende Walter Momper seine Kritik. Für einige Stunden sei es zu einem „völligen Zusammenbruch des Wertgefüges“ gekommen. Gegen die Gewalttäter habe es bei der Wohnbevölkerung keine aggressive Stimmung gegeben, sondern höchstens Bedauern und Distanz, sagte Momper. Es herrsche bei vielen Menschen in Kreuzberg das Gefühl, „wir werden allein gelassen, und die im ICC fresen sich voll“.

„Soziale Probleme ungelöst“

Kreuzberger Pfarrer: Es bedurfte nur eines Funkens

Pfarrer Dr. Klaus Kliesch, Seelsorger der katholischen Liebfrauenengemeinde in Kreuzberg, warnt vor einer weiteren Eskalation der Gewalt in seinem Bezirk. Mit ihm sprach VOLKSBLATT-Redakteur Hartwig Maack.

VOLKSBLATT: Worin sehen Sie als Kenner der Kreuzberger Situation die Hauptursache für die Eskalation der Gewalt am vergangenen Wochenende?

Kliesch: Wir sind alle noch etwas ratlos. Das Ausufern der Gewalt kann weder der Polizei zugeschoben werden, noch einigen Chaoten am Rande. Die Hauptursache liegt in den nicht gelösten sozialen Problemen gerade in diesem Bezirk.

VOLKSBLATT: Was heißt das konkret?

Kliesch: Rund um den Luisenpark leben überdurchschnittlich viele Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und geschlechtete Leute. Davon zeugt auch der große Andrang zu unserer Suppenküche in der Gemeinde. Wir haben hier eine ganze Reihe von problematischen Ecken und sozialen Auffälligkeiten. Es bauen sich immer neue Aggressionen und Spannungen auf.

VOLKSBLATT: Konnte deshalb mit einer derartigen Eskalation gerechnet werden?

Kliesch: Nein. Bekannt ist aber, daß das Klima hochexplosiv ist und das Potential an Gewalt wegen Hoffnungs- und Aussichtslosigkeit sehr groß ist. Es bedurfte nur eines Funkens.

VOLKSBLATT: Wie kann aus Ihrer Sicht so etwas künftig verhindert werden?

Kliesch: Wir müssen sozialpolitisch handeln. Wir müssen zwischen dem Normalbürger und den Randgruppen Brücken schlagen und Verständnis für beide Seiten wecken.

VOLKSBLATT: Wie schätzen Sie die Aussagen und Ankündigungen der verantwortlichen Politiker ein?

Kliesch: Sie haben zu wenig Betroffenheit gezeigt. Sie sind offenbar auch nicht bereit, zuzugeben, daß es hier viele ungelöste Probleme gibt. Wir haben das Gefühl, daß die Sozialarbeit vor Ort mehr verwaltet und nicht gestaltet wird. Sie muß weiter ausgebaut werden.

CDU erhebt schwere Vorwürfe gegen Radio 100

Dem neuen Stadtsender „Radio 100“ müsse sofort die Lizenz entzogen werden, forderte gestern der CDU-Landesgeschäftsführer Klaus Wienhöld in einem Brief an den Berliner Kabelrat. Er sieht Anhaltspunkte dafür, daß sich „die Randallerer und Chaoten bei ihren Ausschreitungen am Wochenende dieses Senders bedient haben“.

Der Vorwurf fußt auf telefonischen Hinweisen, die in der CDU-Landeszentrale eingegangen sind. Danach soll „Radio 100“ Informationen darüber ausgestrahlt haben, wo im Kreuzberger Krisengebiet die Polizei sich gerade aufhielt und wo nicht. „Sollten sich die Vorwürfe verdichten, wonach dieser Sender zur Steuerung extremistischer Umtriebe benutzt wird, ist es die Pflicht des Kabelrats, die Sendeerlaubnis zu entziehen“, schrieb Wienhöld.

Die Sendungen von „Radio 100“ würden von der Polizei ausgewertet, teilte Senatsprecher Winfried Fest gestern mit. Strafrechtliche Ermittlungen gibt es bisher nicht. Weder Staatsanwaltschaft noch Polizei hätten sich gemeldet, hieß es bei dem links-alternativen Stadtsender, der sich rechtliche Schritte gegenüber der CDU vorbehält. Za

GEWERBETREIBENDE



Walter Wolff und Anita Haase vom „Elefanten“ Oranienstraße 12

„Wir sind jetzt im 11. Jahr hier und zählen uns selbst zu den 'Kleinen'. Wir kaufen auch hier im Kiez. Kaiser's und Manns - die Preise kannst du doch vergessen. Eine Hand wäscht die andere. Die Kleinen müssen bleiben, 100 %ig, dort ist es auch viel angenehmer, persönlicher. Wenn wir die nicht mehr hätten - armes Kreuzberg!

Was Bürgermeister Krüger sagte, die alternativen Läden unterstützte er nicht - alle sind hier empört. Die Kleinen sind doch die Alternativen! Und wenn seinerzeit z. B. die Türkenläden nicht aufgemacht hätten, wäre die Oranienstraße doch tot. Wir haben von nichts aufgebaut, und bedient wird jeder bei uns.“

Wolfgang Hebold vom Eisen- und Haushaltswarenladen Manteuffel-/Ecke Skalitzer Straße

„Es geht nicht um die 10 000 Mark Schaden, die ich gehabt habe oder die Schäden bei den anderen. Für die Zukunft sehen wir schwarz, wenn sich nicht einschneidend was ändert.“



Walter und Anita vom Elefanten: „Man soll den Heinrichplatz in Frieden lassen!“



Wolfgang Hebold vom Eisenwarenladen: „Wenn sich nichts ändert, überleben wir noch die nächsten drei Monate.“

Fleischermeister Florian: „Wir leben vom Kunden. Wir müssen zusammenhalten.“

rund um die Oranienstraße

Wir gehören zu Euch - Ihr gehört zu uns

Wir wenden uns mit diesem Appell an alle, insbesondere aber an die Bewohner hier im Stadtteil, die auch unsere Kunden sind.

Die Lebendigkeit unseres Stadtteils wird aber auch durch die Existenz unserer Geschäfte erhalten und verstärkt. Hier gibt es zum Glück noch keine bloße Wohn-Ode, noch keine Trennung von Wohnen, Arbeiten und Leben. Die Nahversorgung unserer Bevölkerung funktioniert. Wir sind dafür da. So soll es bleiben. Wir stehen zu unserem Kiez und wollen uns nicht vertreiben lassen.

Wir appellieren an alle: Es darf nicht dazu kommen, daß sich der Kiez selbst zerstört. Die Demolierungen und Plünderungen bei vielen unserer Kollegen dürfen sich nicht wiederholen, das Kleingewerbe nicht vernichtet werden. Um das zu verhindern, müssen wir uns gemeinsam jeder Zerstörung gewachsener Lebenszusammenhänge, in die auch wir Gewerbetreibenden eng verflochten sind, entgegenstellen.

Nur wenn alle zusammenhalten, die hier wohnen, arbeiten und die hier weiter zusammen leben wollen, kann es in SO 36 besser werden.

Trotz aller schlimmen Ereignisse, unter denen viele von uns seelisch und materiell schwer gelitten haben: Wir sind dazu bereit. Helft uns dabei!

Nach dem 1. Mai haben wir einen deutlichen Umsatzverlust gemerkt - bis zu 50 %. Es ist ja auch eine Standortfrage, wir hängen von der Laufkundschaft ab. Wir 'partizipieren' auch von den 'Großen': Nach ihrem Einkauf bei „Bolle“ kamen viele dann zu uns, um hier das zu besorgen, was es dort nicht gab.“

Fleischermeister Florian, seit 27 Jahren am Heinrichplatz

„Die kleinen Geschäftsleute sind in keiner günstigen Lage. Wir müssen zusammenhalten, und aufgrund der letzten Ereignisse ist es noch notwendiger geworden. Wir leben vom Kunden. Der Kunde muß entscheiden, ob die vielen kleinen Gewerbetreibenden im Kiez existieren bleiben oder nicht. Wir versuchen jeden zufriedenzustellen, stehen mit niemandem auf Kriegsfuß. Bei uns wird auch keiner nach dem Aussehen beurteilt.“

Wir wollen hier im Kiez bleiben. Dazu gehört viel Idealismus, wir sind ja nicht auf 'Money-machen' aus. Wir möchten die Jugend bitten, daß sie die kleinen Geschäftsleute verschont. Das kostet viel Geld, vor allem aber viel Sorge und nervliche Anspannung.“



Knapp 1.500 Menschen nahmen in Berlin an einem Trauermarsch für Norbert Kubat teil, der in der Untersuchungshaft in Berlin-Moabit Selbstmord begangen hatte. Die Polizei nahm nach Rangeleien, die die Beamten durch ein enges Spalier provoziert hatten,

drei Demonstranten vorläufig fest. Derweil gingen in Hamburg etliche Fensterscheiben von Geschäften und Banken zu Bruch, als sich ca. 200 Leute im Stadtteil Altona versammelten. Polizeifahrzeuge wurden dabei durch Steinwürfe beschädigt. taz

Erstes Opfer der 1. Mai-Nacht

AL - Festgenommener erhängte sich im Moabiter Gefängnis
Schwere Vorwürfe gegen Justiz und Senat

Norbert Kubat, ein 29-jähriger Mann aus Kreuzberg 36, hat sich der Moabiter Untersuchungshaft das Leben genommen. Am frühen Morgen des 26. Maises wurde er erhängt am Fenster gefunden. Die Leichenstarre hatte schon eingesetzt: Obwohl der Gefängnisleitung

bekannt war, daß er labil und selbstmordgefährdet war — er hatte starke Beruhigungsmittel erhalten — wurde er weder überwacht, noch aus der Isolationshaft befreit.



BRANDANSCHLAG BEI BILKA: Vermutlich als Rache für den Justiz(selbst)mord Norbert Kubats wurde in der Nacht zum 28. Mai in das Kaufhaus an der Kottbusser Brücke ein Brandsatz geworfen. Der Sachschaden soll vier Millionen Mark betragen; die Firma kündigte an, daß das Kaufhaus wiederhergerichtet wird. Norbert Kubat war in der Krawallnacht vom 1. Mai in betrunkenem Zustand festgenommen worden und wurde am 26. Mai erhängt in seiner Zelle gefunden. Zu den Hintergründen seines Todes: Bericht auf Seite 2.

Berlins Polizei steht noch ein anstrengendes Turnfest-Wochenende bevor

Sicherheits-Chef Peter Hanisch: Keine Probleme in Kreuzberg

BM 6.6.87

Seinen Schreibtisch-Sessel in der Direktion II hat in diesen Tagen Polizei-Direktor Peter Hanisch (51), zugleich Vizepräsident des Landessportbundes Berlin und Vorsitzender der Deutschen Sportjugend, mit einem einfachen Stuhl im Marshallhaus unter dem Funkturm vertauscht. Von hier aus hält er in seiner Funktion als Sicherheits- und Ordnungs-Chef des Deutschen Turnfestes alle Fäden straff in der Hand, egal ob es sich um Großveranstaltungen oder die Betreuung von Prominenten handelt.

„Wir können bisher vollends zufrieden sein, denn es gab weder Zwischenfälle noch sonst außergewöhnliche Vorkommnisse“, meinte, sichtlich aufatmend, Hanisch. In erster Linie dachte er dabei natürlich an die Gegenden in Berlin 36 und 81, die in den letzten Wochen als Krawallschauplatz durch Fren-

sehen und Presse geisterten. „Natürlich hatten wir vorher viele besorgte Anrufe erhalten, ob man sich denn überhaupt nach Berlin trauen könne. Ich habe damals versprochen, daß wir alles in unserer Macht stehende tun werden, um die Sicherheit der Teilnehmer zu garantieren.“

So konnten die Schwaben und vor allem die Niedersachsen, die während des Turnfestes in Kreuzberger Schulen wohnten, genauso beruhigt sein wie die anderen Turnfest-Teilnehmer in Berlin. Der ehemalige Leichtathlet: „Ich möchte sogar behaupten, daß Kreuzberg der ruhigste Bezirk war.“

Der Schutz für die Unterkünfte war – wie überall – verstärkt worden. Außerdem erhielten die Kontaktbereichs-Beamten noch Unterstützung durch zusätzliche Kräfte, und es patrouillierten mehr Zivil-

streifen als üblich durch die Straßen. Darüber hinaus hatte auch die Verkehrspolizei höchste Alarmstufe, um den Schwerpunkt um den Funkturm in den Griff zu bekommen.

Erfreulicherweise hielten sich auch die Diebstähle in Grenzen. Bis gestern nachmittag wurden lediglich 17 Fälle bei der Polizei bekannt. „Das ist eine verschwindend geringe Zahl“, meinte Hanisch. „Wir haben jedoch gleich am Anfang über Lautsprecher und in persönlichen Gesprächen mit den Vertretern der einzelnen Landesverbände darauf hingewiesen, daß die Turner selbst Obacht gegen müssen. An den ersten Tagen des Turnfestes waren doch manche sehr, sehr leichtsinnig, ließen ihre Sachen unbeaufsichtigt irgendwo liegen, weil sie zum Wettkampf wollten oder bei einer Veranstaltung

ihren Kameraden zujubelten. Dann brauchte sie sich nicht zu wundern, wenn plötzlich der eine oder andere Gegenstand verschwunden war. Deshalb haben wir zusätzlich 80 Polizisten und zehn Zivilstreifen im Messegelände eingesetzt.“

Am Wochenende wird Berlins Polizei aber noch einmal kräftig gefordert, denn es gilt, mit 380 Kräften den morgigen Festzug zu betreuen. Weitere 320 sind für den Verkehr und die Sicherheit am Nachmittag beim Abschlußfest im Olympiastadion in Aktion.

Queen-Besuch, Turnfest, Concert für Berlin, Vorbereitung für die Reagen-Ankunft, das Pokalfinale und die Tour de France – Berlins Polizei kann sich wahrlich nicht über Mangel an Arbeit beklagen. Doch, die 750-Jahr-Fest verlangt nun einmal von vielen außergewöhnliche Anstrengungen. H.W.

TURNFEST

„Turner beleben das Stadtbild“ Viele Schaulustige bei Vorführungen auf der Straße

Ein Handzettel zur Wahrnehmungsgeschichte der Klassengesellschaft

Um Himmels willen

Entfesselte Sportler, verstörte Gastgeber: 120 000 reisten zum Turnfest nach West-Berlin.

Parade der Turnfestteilnehmer im ausverkauften Olympiastadion Weizsäcker eröffnete „Fest der Freude“

Einladung

zur Eröffnung des Berliner Mythos am Anhalter Bahnhof
am Samstag, den 13. Juni um 18.00 Uhr.

Die Mythos Berlin Ausstellung GmbH, gegründet von stadtbekanntem Hirnwischern und Kulturkarristen, ist der größte private Abnehmer des öffentlichen 750-Jahr-Geldsegers.

Die Zehlendorfer Villenbewohner und ihre Kapitalgesellschaft haben sich den geschichtsträchtigen Anhalter Bahnhof ausgesucht, um ihren Popanz mit „Torl-Forum“, „Rauminstallationen“, „Hörräume“, „Anamorphosen“, dem „Zitat des Südportals“, eine auf dem Kopf gestellte Lokomotive etc. aufzuführen. Aus dem Berliner Sumpf geboren und in den Kreuzberger Sand gesetzt.

Den 6-Millionen-Aufwand soll die Bevölkerung als renommierte Kultur „abarbeiten“. Satt wird davon in Kreuzberg niemand!

Damit die Kultur- und Politschickeria beim Eröffnungszeremoniell nicht wieder unter sich frißt und säuft, können wir eine gigantische Kiezküche darausmachen.

Falls der Eingang wegen zu großem Andrang verstopft ist, empfehlen wir den mickrigen Bretterzaun an der Schöneberger Straße, der uns direkt vom Biergarten trennt.



Erfolg für die »Aktion Fluchtburg«: Rund 200 Demonstranten protestierten gestern morgen auf dem Flughafen Tegel gegen die Abschiebung eines Palästinensers und eines Libanesen nach Beirut. In Frankfurt wurde die Abschiebung gestoppt. Noch am Vortag hatte der Leiter der Nahostabteilung des Auswärtigen Amts, Much, vor Reisen in den Libanon gewarnt. Die Zufahrtswege des Flughafens seien nach wie vor umkämpft. 76-577 (Bericht S.4)/Foto: Jansson

Kudamm-Randale: Turner flüchteten aus Café Möhring

Von Seite 1

Von der Oper zogen die 700 durch die Wiedlandstraße Richtung Kudamm. Mehrere Hundertschaften Polizei warteten schon, wollten den Randalierern den Weg zum Breitscheidplatz versperren.

Bauwagen um. ⁶¹¹ ₃₆₈

Dann rannten die Randalierer weiter in Richtung Adenauerplatz. Hier traf es die Sparkasse, Geschäfte und die Ledermoden

Stahl. Wieder klirrten Scheiben, Scherben flogen über Berlins Bummel-Boulevard.

Die Randalierer schoben noch einen Bauwagen auf den

Kudamm, ramnten ihn gegen eine Ampel. Dann zog der Trupp weiter zum Café Möhring. Hier saßen noch Besucher des Turnfestes, genossen den lauen Sommerabend. In Panik stürzten die Turner davon, als die Randalierer auf sie zu kamen. Tische wurden umgeworfen, Stühle zertrümmert, Geschirr zerbrochen.

Am Lehniner Platz wollten 30 Polizisten einen Randalierer festnehmen. Sofort wurden sie von rund 400 Krawallmachern umlagert.

„Eins, zwei, drei – laßt die Leute frei!“, riefen sie. Wieder flogen Steine, einige versuchten, den Festgenommenen zu befreien. Mehr Polizisten kamen als Verstärkung, trieben die Randalierer mit Knüppeln auseinander.

19er Bus umgeleitet

Gegen 21.30 Uhr war der Spuk vorbei. Sechs Randalierer festgenommen, meldete die Polizei. Der 19er Bus würde während der Auseinandersetzungen ab Wittenbergplatz über die Lietzenburger Straße umgeleitet.

Am Halstuch in Zelle erhängt

Drei Wochen nach Kreuzberger Krawallen Selbstmord in Untersuchungshaft



An Händen und Füßen schleppen Polizisten einen Kudamm-Randalierer in ein Polizei-Fahrzeug.

Im Hintergrund schützen sich Polizisten mit Plastikschildern gegen Steinwürfe.

„Opfer der Konfrontationsstrategie“

Trauermarsch für toten Häftling / Sondersitzung des Parlaments

Kreuzberger Krawalle: Randalierer erhängte sich in der Zelle

An seinem bunten Halstuch hat sich gestern der Steinwerfer Norbert K. (29) am Fenster seiner Einzelzelle in der Untersuchungshaftanstalt Moabit aufgehängt. Beamte fanden ihn um 6.30 Uhr. Sie wollten dem Sozialhilfeemp-

fänger sein Frühstück bringen. Norbert K. war bei der Kreuzberger Krawallnacht vom 1. Mai gefaßt worden. Ein Richter hatte zwei Wochen später seinen Antrag auf Haftverschonung abgelehnt. ● Bericht Seite 4.

Es begann mit einer Gedenkveranstaltung für den vor genau 20 Jahren beim Schah-Besuch erschossenen Studenten Benno Ohnesorg (26): Von der Deutschen Oper (hier rief der Theologe Helmut Gollwitzer die jungen Leute auf, sich „zu empören“) zogen 700 in die City. Dann passierte es: Steinhagel – Randale auf dem Kudamm. Scheiben gingen zu bruch. Bauwagen wurden umgeworfen, sechs Randalierer festgenommen. ● Weiter Seite 4.

Auf dem Kudamm: Ein Randalierer wird abgeführt. Er wehrt sich, schreit: „Ich hab nichts getan.“ Andere Randalierer versuchen ihn zu befreien, es kommt zu Schlägerei mit der Polizei...



Programmänderung

Zur Taktik von Polizei und Demonstranten

Selt zwei Wochen stimmt die Berliner Demonstrationenwelt nicht mehr. Auf einmal werden auf dem geheiligten und für demofrei erklärten Kudamm ungemeldet Aufzüge zugelassen, gebärden sich Einsatzleiter wie verständnisvolle Sozialarbeiter, schließlich hilft die Polizei sogar beim Spritnachschub für einen auf dem Boulevard liegende gebliebenen Lautsprecherwagen. Gleichzeitig führt ein brennender Bauwagen in der Oranienstraße — der früher als »ganz normale Sommerdiale« abgetan worden wäre — zur völligen Abriegelung des Kiezes und Massenfestnahmen nach bayerischem Vorbild.

Innen Senator Wilhelm Kewenig hat mit dieser neuen Polizeitaktik die Flucht nach vorn angetreten. Nachdem die Illusion vom Friede-Freude-Eierkuchen-Berlin nicht mehr aufrecht zu erhalten ist, werden Kreuzberger Demonstrationen, Blaulicht und Polizei ins touristische Kudamm-Programm integriert. Im Schaufenster präsentiert sich Berlin als weltoffene Metropole, die auch den Feinden des Systems Platz läßt. Im Kreuzberger Hinterzimmer rächt sich Kewenig für die Programmänderung zur 750-Jahrfeier getreu seiner Ankündigung von Flexibilität und Härte.

Die schwerfälligen Polizeiketten und scheinbaren Ungeschicklichkeiten der Einsatzleiter täuschen allzu leicht über die erstaunliche Beweglichkeit der Wende-Politiker hinweg. Wer sich heute noch über jeden qualmenden Container in Kreuzberg und jede kurzzeitig geglückte Inbesitznahme des Kudamms freut und politischen Aufbruch wittert, verkennt daß er längst zum Spielball der Politiker geworden ist. Eine trotz massiven Polizeiaufgebots ungeschützte Bankfiliale ist nun mal keine Dummheit des Einsatzleiters, sondern gewollter Bestandteil einer auf viele Festnahmen gerichteten Eskalationsstrategie. Mit dem ausgerechnet gegen diese Fälle geworfenen Stein macht sich der Werler ungewollt zum Erfüllungsgeliebten der Ordnungshüter und gefährdet seine Mitdemonstranten.

Wenn die Reagan-Demo am 11. Juni nicht zum Desaster im polizeilich hochgerüsteten Berlin werden soll, ist genaue Vorbereitung statt bloßem Aktionismus und Revolutionsromantik gefragt.

Martin Wollenberg

KOMMENTAR

Programmierte Eskalation

Norbert Kubat ist tot, und die Staatsanwaltschaft erklärt dazu, jetzt seien neue Unruhen zu befürchten. Die Prognose dürfte richtig sein. Es ist offensichtlich, daß Norbert Kubat Opfer jener harten Linie ist, die Justiz und Senat nach den Kreuzberger Krawallen eingeschlagen haben. Kubat war einer der wenigen, die die Polizei nach ihrem erzwungenen Rückzug in der Kreuzberger Nacht volltrunken auf den Straßen auflösen konnten. Weil Leute, die in vorderster Linie standen, nicht zu greifen waren, soll an denen ein abschreckendes Exempel statuiert werden, die es nicht mehr rechtzeitig schafften, sich davonzumachen. Sie sollen die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen, und stellvertretend für die vielen hundert Beteiligten bestraft werden. Norbert Kubat wußte, daß an ihm ein Exempel zur Abschreckung anderer statuiert werden sollte. Wie an dem 22jährigen Drogenabhängigen, der letzte Woche zu einer drakonischen Haftstrafe verurteilt wurde. Auch er war betrunken. Auch er, wie der Richter betonte, ein »Mittäufer«.

Der Versuch, wenige stellvertretend zu bestrafen, wird keine abschreckende Wirkung haben. Die Härte, mit der die Justiz agiert, bringt auch diejenigen auf, die keine Lust haben, jedes Wochenende den Heinrichplatz in Flammen zu sehen. Die unmenschliche Rigorosität gegenüber den zufällig Festgenommenen wird eher eine Solidarisierung vieler gegen Kewenigs »Rigorosität und Härte« bewirken. Eine Solidarisierung unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen — Gruppen gegen die diffus als ungerecht empfundene Senatspolitik — hat die Macht und Stärke der Randalen am 1. Mai ausgemacht. (Fast) niemand wünscht eine Wiederholung.

Auf Kewenig ist nicht zu hoffen, wenn es um De-Eskalation geht. Hoffentlich fand er gestern nacht in Kreuzberg nicht Leute, die ebenso hysterisch und blindwütig sind wie er. Wut und Trauer kann man auch ausdrücken, ohne die ersten Eskalations-Angebote anzunehmen.

Myriam Moderow

Viel, aber herzlich

Polizeiparade auf dem Kudamm: weit über 1.000 Beamte, Dokumentationstrupps, unzählige Wannen, Mannschaftstransporter, ein Wasserwerfer und schließlich ein funktionsgelbes Panzerfahrzeug mit Barrikadenräumen. Das alles zu Ehren von einigen hundert Autonomen, die die vor der KWU in Moabit geplante und verbotene Demonstration am Donnerstag spontan vors Kranzler-Eck verlegt hatten. Doch statt nun Kewenigs Bummelboulevard demofrei zu halten und den vom Staatsschutz in inflationärer Anzahl ausgesprochenen Aufzugsverboten Folge zu leisten, setzten sich die Beamten zusammen mit dem nicht angemeldeten Demozug Richtung Olivaer Platz in Bewegung. Auf den ersten paar hundert Metern vergaßen sie sogar, die teuren Kudamm-Schaufenster auf der Kranzler-Seite zu schützen. An der Kreuzung Umlandstraße stoppen die beiden vorausfahrenden Wannen, weil die Kollegen den innerstädtischen Feierabendverkehr nicht rechtzeitig weggejagt hatten. »Weiter, weiter«, skandieren die Demonstranten und gehorsam setzten die Wannenlenker ihre Fahrzeuge wieder in Bewegung.

Kurz vor dem Ziel wollen dann die Autonomen nicht mehr: »Kundgebung«, verlangen einige, »umdrehen«, fordern andere. Beherzt tritt der Einsatzleiter vor den Demozug: »Wer bestimmt denn hier die Richtung, machen wir nun weiter oder nicht?« Daß die Demonstranten dann urplötzlich seitlich ausbrechen, können die Beamten zunächst überhaupt nicht fassen, wo doch alles so nett gemacht war. »Noch keine Entscheidung«, teilt ein Zugführer seinen kampfbereiten Befehlsempfängern mit. Schließlich dann doch »Kommando Einkesseln«. Aber die langen schwerfälligen Polizeiketten, die immer aneinander vorbeilaufen müssen und sich niemals kreuzen können, bringen keinen Kessel zustande. Die Demonstranten haben sich längst zerstreut, bloß einige Touristen bringen sich mit »Huch«-Ausrufen in Sicherheit und können zu Hause wieder etwas erzählen.

Martin Wollenberg

KOMMENTAR

Beschäftigungstherapie

In der Pädagogik nennt man das Beschäftigungstherapie. Man gibt Leuten was zu tun, macht ihnen Arbeit, läßt sie sich engagieren, damit sie nicht über das nachdenken oder das tun, was sie eigentlich wollen. In dieser Weise verfährt die Staatsanwaltschaft derzeit mit der Szene. Flugblätter zum Volkszählungsboykott werden beschlagnahmt, der Mehringhof durchsucht, Randalen in Kreuzberg provoziert, Post von Sammelstellen beschlagnahmt und jetzt eben Radio 100 durchsucht. Beschäftigungstherapie für die Szene. Schön verteilt von Woche zu Woche setzt die Staatsanwaltschaft ihre Aktionen fort. Betroffene und politisch Aktive hasten in atemloser Eile von Empörung zu Empörung, völlig verzettelt in der Abwehr immer größerer Ungeheuerlichkeiten. Die Aktionen haben alle eine Gemeinsamkeit. Sie sind völlig unverhältnismäßig und damit eindeutig eine Provokation. Die Rollen sind verteilt, die Szene wird in Atem gehalten und vorhandene Kräfte kompensiert.

Wer zwischenezeitig seinen Kopf mal aus dem Sumpf hebt, der weiß, am 12. Juni kommt Reagan nach Berlin. Eine Demonstration will vorbereitet sein; und Aktionen, populär und wirksam, brauchen Zeit und Kreativität, und die hat bald keiner mehr. Die Strategie von Staatsanwaltschaft und Innenrat dient nur insofern der Eskalation, als es gilt, die Szene neu auszumachen, neue Namen und Akteure festzustellen und die Breite der Bewegung auszuloten. Im wesentlichen ist es eine Strategie der Ablenkung, der Deeskalation. Beschäftigungstherapie eben. Sich darauf mehr als irgend nötig einzulassen, wäre fatal.

Brigitte Fehrl

Verzögertes Erwachen

Der gestrige Trauermarsch für Norbert Kubat begann ganz bowaüt an dem Punkt, wo vor fünf Jahren Klaus Jürgen Rattay — von der Polizei auf die Kreuzung getrieben — unter einem BVG-Bus ums Leben kam. Doch die Situation ist heute anders. Rattay starb auf dem Höhepunkt einer militanten Bewegung, der die Polizei mit von Einsatz zu Einsatz zunehmender Brutalität entgegentrat. Bereits Stunden nach seinem Tod war man sich in der Szene einig: Das mußte ja so kommen.

Diesmal hat es erheblich länger gedauert, bis vielen klar wurde, was in Moabit eigentlich passiert war. In den letzten Wochen ist durch die Ablehnung der Volkszählung eine breite Widerstandsbewegung entstanden, die fast durchweg mit gewaltlosen und spielerischen Mitteln agierte. Durch den Tod von Norbert Kubat ist jedoch deutlich geworden: Der Staat ist kein Spiegeler, kein dummer Augustin, der sich täglich ungezählte Pannen leistet und jetzt auch noch häppchenweise zugeben muß, daß möglicherweise die Hälfte aller Berliner Volkszähler falsch bestellt sind. Untersuchungshaft und die Androhung drakonischer Gefängnisstrafen sind kein »zeitweiliges Aus-dem-Verkehr-ziehen« und keine »Überreaktionen, die vor dem Reaganbesuch verständlich sind«, sondern härtester psychischer und physischer Terror.

Der Tod von Norbert Kubat sollte ein Einschnitt sein für alle, die sich gegen die herrschenden Zustände engagieren. Ein Einzelfall ist Kubats »Selbst-Mord« allerdings nicht. Die Ausweisung eines schwerverletzten Ägypters, zwei Tage nach seinem Selbsttötungsversuch und die heimlichen Abschiebungen in den Libanon zeugen von der durchgängigen Menschenverachtung Innenminister Kewenigs und aller, die ihn unterstützen.

Deswegen auf phantasievolle Aktionen, Happenings, Maskeraden, Imitationen behördlichen Schwachsinn zu verzichten, wäre wenig sinnvoll. Aber man/frau muß sich in den nächsten Tagen und Wochen überlegen, was darüber hinaus geschehen soll, ohne dabei mit aus Wut geborener Militanz auf die polizeiliche Eskalationsstrategie hereinzufallen. Einige scheinen die Frage bereits für sich entschieden zu haben. Der Bilka-Brand spricht eine deutliche Sprache. Man kann davon ausgehen, daß Berlin einige »heiße« Wochen bevoistehen.

Martin Wollenberg

1. mai

Der süße Duft der Revolte über Kreuzberg und der würgende Brechreiz danach! Die Reaktion von Senat und Bullen nach den Riots am 1. Mai sind trotz der neuen Qualität des Ausbruchs schon bekannt. Wie immer nach Stunden der Revolte und bullenfreien Gebieten, kennen wir seit Jahren die Reaktion darauf. Verstärkte Bullenpräsenz in Kreuzberg, offensichtliche Racheknüppelerei und willkürliche Festnahmen in den Tagen danach dienen nicht nur dazu, das schwer angeknackste Selbstbewußtsein der Bullen wieder aufzurichten! Senat und Staatsgewalt wollen verdeutlichen, daß sie nicht bereit sind, sich gerade in diesen »Jubeltagen« Berlins das Heft aus der Hand nehmen zu lassen. So waren auch die Ereignisse am letzten Samstag, dem 16.5., alles andere als selbstbestimmt, nicht nur der überraschende Moment fehlte, die Bullen haben geradezu darauf gewartet, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ihre Macht zu demonstrieren. Die Bilanz: 69 Festnahmen, 20 Haftbefehle plus 3 mit Haftverschonung, diverse Hausdurchsuchungen und eine erste Anklage wegen schwerem Landfriedensbruch. Hinzu kommen 51 Festnahmen und 24 Haftbefehle vom 1. Mai, wovon es mittlerweile das 1. Urteil gibt: 1 Jahr und 9 Monate auf Bewahrung und Therapie in Wessland. Diese Reaktion ist im Hinblick auf den anstehenden Reagan-Besuch und auf die möglichst reibungs- und störungslose Durchführung nicht überraschend. Es liegt jetzt an uns, die Gefangenen mit allen uns möglichen Mitteln zu unterstützen und die anstehende Arbeit nicht nur den RA's und dem EA zu überlassen. Dazu gehören nicht nur Briefe, Besuche, Zeitungsabos, sondern klar auch die für die Unterstützungsarbeit notwendige Kohle!

Bankrotterklärung

Den schieren Bankrott der Volkszählung in Kreuzberg gab jetzt das dortige Amt für Volkszählung zu. Alle Zähler, die Widerspruch eingelegt hatten, wurden jetzt mit dem sofortigen Vollzug zwangsverpflichtet.

Kaum war die neue Scheibe drin, schlugen Plünderer sie wieder ein

Berlin, 19. Mai
 Wieder gegen raubende Volkszählungs-Gegner nachts durch Kreuzberg, zerstörten Scheufenster, plünderten, brandschätzten.
 ● In der Wranglestraße wurden in einem Supermarkt Scheiben eingeschlagen und Lebensmittel geraubt. Kaum war das Glas wieder drin, zertrümmerten die Chaoten erneut eine Scheibe, plünderten, nahmen Zigaretten mit.
 ● In der Mantuffelstraße ging ein Bauwagen in Flammen auf.
 ● Am Tempelhofer Ufer wurde eine Telefonzelle zerstört, in der Lobeckstraße ein Stapel von Autoreifen angezündet.
 ● Im U-Bahnhof Südstern gingen vier Scheiben zu Bruch.
 ● Am Südstern wurde ein Kiosk aufgebrochen.
 Ulrich Gähner, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter in Berlin: Wenn es die Absicht der AL war, Verwirrung und Unruhe zur Durchsetzung ihres Volkszählungs-Bojkotts zu verbreiten, so ist ihr das gelungen. Sie kann heute mit klammheimlicher Freude zusehen, wie Randalierer die Bürger in Angst und Schrecken versetzen.

KOMMENTAR

Ausgangssperre für Kreuzberg

Ein Innensenator, der der Polizei freie Hand läßt, kann zweierlei erreichen. Daß vernünftige Beamte vor Ort kluge Entscheidungen treffen. Oder, daß ängstliche Scharfmacher im Schutze der Nacht willkürlich knüppeln. Die erste Variante ist eine durchaus wünschenswerte, auch für manchen Bürger Kreuzbergs. Letztere ist eingetroffen, gerade in Kreuzberg.

Als Polizeibeamte in der Nacht zum letzten Sonntag ihre Anwesenheit in der Oranienstraße selbst als Provokation einschätzten und sich zurückhalten wollten, wurde ihnen die absurde Anordnung gegeben, alles »einzusammeln«, was auf der Straße ist. Wohl gemerkt, es handelt sich um eine belebte Straße. Discogänger und Kneipenbesucher halten sich dort auf, Wohnhaus steht an Wohnhaus, die Buslinie verkehrt dort, und so manchem Nachtschwärmer ist sie beliebter Nachhauseweg.

Als Stunden später Polizeibeamte in eben dieser Straße wahllos Leute zusammenknüppelten und Tränengas in Kneipen sprühten, war niemand da, der dem Einhalt gebot. Ohne etwas zu ahnen, wurden all die Nachtschwärmer und Kneipengänger zu Tätern gemacht. Sie sahen sich eigenverantwortlich knüppelnden Polizisten gegenüber, die mit der bedingungslosen Absolution des Innensensors rechnen konnten und in diesen Morgenstunden Kreuzberg zum rechtsfreien Raum ihrer Interpretation machten. All diese fragen sich heute, ob sie künftig noch am Abend auf der Oranienstraße flanieren können, ob ihnen eine derartig entscherte Polizei ihre Sicherheit noch garantieren kann. Der Innensenator müßte konsequenterweise eine Ausgangssperre für die Kreuzberger Bürgerinnen und Bürger in Betracht ziehen.

Mehr Eigenverantwortung für die Einsatzleiter vor Ort hieß das neue Konzept von Innensenator Kewenig für die Polizei nach der Krawallnacht zum 2. Mai. Er hat vergessen hinzuzufügen, »...beim Draufschlagen«. Denn defensives Handeln von Polizisten, die sich selbst nicht zu Provokateuren machen wollen, paßt nicht ins Kalkül.

Brigitte Fehrlé

Kreuzberg: Säuglingssterben, Tbc und Hepatitis

„Armut macht krank stimmt noch immer“

24. 5. 1977 ARNS Berlin

Erneut Polizeiverbot für Demonstration in der City

Erwartete Ausschreitungen als Begründung — Gegen Aktionskunst

Erneut hat die Polizei eine Demonstration in der City unter Hinweis auf erwartete Gewalttätigkeiten verboten. Von einer Einzelperson war für morgen nachmittag ein Protestmarsch gegen Kraftwerkunton (KWU) und Deutsche Bank geplant, der von Moabit bis zum Ollivær Platz führen sollte. Als Begründung für das Verbot nennt die Innenverwaltung unter anderem die schweren Ausschreitungen in Kreuzberg in der Nacht zum 2. Mai. Weiter wurde, diesmal begründet mit voraussichtlichen Verkehrsbehinderungen, eine Aktion des Berliner Künstlers Kurt Jotter untersagt, die vom 5. bis 17. Mai auf dem Kurfürstendamm stattfinden sollte.

Halbes Jahr Haft auf Bewährung für Iren, der Steine gegen Polizeiwagen warf

Richter: „Die Justiz darf sich nicht an den Nebentätern rächen“

Vereine und Gruppen aus SO 36 sagten Teilnahme an Jubelfeier ab

Kein Fest in belagertem Stadtteil

(DW/epd). Die überwiegende Mehrheit der Vertreter von Gruppen und Vereinen aus SO 36 betrachtet eine Teilnahme an der kreuzberger „Jubelfeier“ am 27. Juni aus Anlaß des 750jährigen Bestehens „als nicht angebracht“. Das geht aus einer Presseerklärung des Vereins SO 36 (Strategien für Kreuzberg) vom Freitag hervor.

Anklage im Hauruck-Verfahren

„Nürnberger Verhältnisse“

Nach Ausstrahlung des Polizeifunks

Radio 100 unter Beschuß

Mit der Ausstrahlung des Polizeifunk-Mitschnitts vom Wochenende, der die bewußte Provokation der Polizei am Heinrichplatz belegt, hat sich Radio 100 viel Ärger eingehandelt.

Programmreform bei Alternativradio

Redaktion legte neues Konzept vor

Bei „Radio 100“ ist vorübergehend Ruhe eingekehrt. Die Unstimmigkeiten zwischen dem „Anderen Radio Berlin“ (ARB) einerseits und den übrigen Gesellschaftern, dem „Neuen Radio Berlin“, dem „X-Radio“ und dem „LokalRadio (LR) Berlin“ andererseits sind allerdings noch nicht ausgeräumt. Inwieweit die für kommenden Freitag anberaumte Gesellschafterversammlung den drohenden Bruch kitten kann, liegt noch im dunkeln.

Randale in der Oranienstraße / Strafverteidiger kritisieren Moabiter Haftrichter

„Verletzung grundsätzlicher Verfahrensprinzipien“ hat die Vereinigung Berliner Strafverteidiger e. V. dem Moabiter Berufungsgericht vorgeworfen. Bei der »rechtlichen Aufarbeitung« der Randalen vom vergangenen Wochenende sei es zu zahlreichen Gesetzesverstößen gekommen.

Fast alle der 23 Haftbefehle stammten von zwei strafrechtlich unerfahrenen Vertretungsrichtern, »die dem massiven Druck der mit mindestens sechs Staatsanwälten und einem Oberstaatsanwalt vertretenen Polit-Abteilung der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin nichts entgegensetzten«.

Das Prinzip der Gewaltenteilung, der Anspruch auf rechtliches Gehör und der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz seien praktisch aufgehoben gewesen. Die Strafverteidiger begründen diese Vorwürfe mit einer Auflistung zahlreicher Verfahrensverstöße: Die Staatsanwaltschaft hätte auf die roten Originalhaftbefehlsbögen des Amtsgerichts Haftbefehle geschrieben, bevor die dafür zuständigen Richter ausreichende Kenntnis von den Tatvorwürfen hatten. Zudem seien

vielfältige Vordrucke eingesetzt worden: In einem Fall blieb es im Haftbefehl bei dem »beruflosigen Beschuldigten«, obwohl dieser seinen Ausbildungsgang und seine Berufstätigkeit dem Richter genau geschildert hätte. Einem anderen Beschuldigten, der seit Jahren über einen Hauptmietvertrag verfügt, seien »leicht lösliche Lebensverhältnisse« bescheinigt worden.

Die Vereinigung Berliner Strafverteidiger warnte in diesem Zusammenhang vor der Einführung »Nürnberger Verhältnisse« in der Berliner Strafjustiz. Nach Auseinandersetzungen um das autonome Nürnberger Jugendzentrum KOMM waren vor einigen Jahren bei einer beispiellosen Massenfestnahme erstmals in großem Umfang hektographierte Haftbefehle verwendet worden.

Justizsprecher Käthe bezeichnete die Vorwürfe der Strafverteidiger als »böse Unterstellungen«, wollte sich aber zu »laufenden Verfahren« nicht weiter äußern. Die Verwendung von Vordrucken sei »aus arbeitsökonomischen Gründen geboten«.

Keln Schnellverfahren

Bei der Verurteilung eines 22jährigen Mannes, der sich angeblich an der kreuzberger Randalen beteiligt hatte, handelte es sich zwar um ein schnelles Verfahren, aber nicht um ein Schnellverfahren im juristischen Sinne. Bei einem Schnellverfahren handelt es sich um einen Kuhhandel, bei dem der Angeklagte einem milderen Urteil zustimmt, dafür aber auf den üblichen Verfahrenslauf verzichtet. Die rasche Verurteilung des 22jährigen, der am 1. Mai zwei Steine geworfen haben soll, beruht auf nächtlicher Aktivität des Staatsanwaltes.

AN 7 5 1 1

Autonome Manöverkritik

90 Untersuchungshäftlinge nach Randalen / Autonomes Plenum plädiert für mehr Verantwortungsbewußtsein

Gericht fällt erstes Urteil nach den Krawallen vom 1. Mai

Bedingte Haftstrafe für Kreuzberger Steinewerfer

Ein Tierrgartener Schöffengericht hat gestern einen 22jährigen Mann zu 21 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Er hatte während der Kreuzberger Krawalle am 1. und 2. Mai drei Pflastersteine gegen Polizisten geschleudert. Damit wurde das erste Urteil gegen einen Teilnehmer der schweren Ausschreitungen gefällt, bei denen Randalierer durch Brandstiftungen und Plünderungen ein Schaden von rund zehn Millionen Mark angerichtet hatten.

Das Gericht sprach den aus Flensburg stammenden, seit drei Jahren arbeitslosen Installateur des schweren Landfriedensbruchs, Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte und der versuchten schweren Körperverletzung schuldig. Zwar habe es sich bei dem Angeklagten eher um einen „Mitläufer“ gehandelt, doch könnten die Rädelsführer erst „durch ein solches Publikum ihre Wirkung erzielen“, sagte der Vorsitzende Richter Thomas Seifert in seiner Ur-

teilsbegründung. Der Angeklagte hatte in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai zunächst auf der Skalitzer Straße zwei Pflastersteine gegen mehrere Polizisten geschleudert. Wenig später warf er aus einer Gruppe einen weiteren Stein gegen eine Polizeikette, die die Mantelfelstraße von Randalierern räumen wollte.

Rund zwei Promille Alkohol im Blut festgestellt

Unmittelbar nach dieser Tat sträubte er sich zunächst gegen seine Festnahme. Ob durch die Steinwürfe Polizeibeamte verletzt wurden, konnte nicht festgestellt werden. Das Gericht sprach dem Verurteilten eine verminderte Schuldfähigkeit zu, da er rund zwei Promille Alkohol im Blut hatte. Nach eigener Aussage kann er sich an die Krawall-Nacht kaum noch erinnern: „Ich weiß nur, daß ich ständig Wein, Bier und Martini getrun-

ken habe.“ Nachdem ihn der Richter auf ein „Spritz-Besteck“ angesprochen hatte, räumte der eher unsicher und verschüchtert wirkende Mann ein, mit Drogenproblemen zu haben und „auch schon mal Heroin“ zu konsumieren.

Nach Ansicht des Gerichts hat der Verurteilte die letzten drei Jahre in Kreuzberg ohne Perspektive vor sich hingelebt. Da es sich bei ihm um eine sehr labile Persönlichkeit handele und er nicht einschlägig vorbestraft ist, könne die Strafe zur Bewährung ausgesetzt werden. Zur Bedingung machte das Gericht allerdings, daß er sich möglichst in Westdeutschland - einer Drogentherapie unterzieht.

„Kehren Sie der Kreuzberger Szene den Rücken. Sie geraten sonst unweigerlich noch weiter auf die schiefen Bahnen!“, appellierte Richter Seifert an den 22jährigen.

Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre und drei Monate, der Verteidiger ein Jahr Haft auf Bewährung beantragt.

Neue Anklagen nach Krawallen erhoben

Bereits drei Tage nach den erneuten Ausschreitungen in Kreuzberg vom 17. Mai hat die Staatsanwaltschaft beim Landgericht vier Anklagen vor dem Schöffengericht erhoben.

Den vier Angeschuldigten im Alter von 21 bis 27 Jahren wird Nötigung, Sachbeschädigung und gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr vorgeworfen.

Sie sollen unter anderem versucht haben, einen Bauwagen als Barrikade gegen Polizei-fahrzeuge auf die Straße zu kippen. Im einen Fall soll bei der Festnahme Widerstand gegen Beamte, auch durch Fußtritte geleistet worden sein.

Wegen der Kreuzberger Ausschreitungen sind damit bisher insgesamt sieben Anklagen erhoben worden, in einem Fall erging am Dienstag ein zwischen rechtskräftiges Urteil. Bislang befinden sich 31 Personen in Untersuchungshaft.

Mit Entschiedenheit verwahrte sich Justizpressesprecher Volker Kähne gegenüber dem VOLKSBLATT gegen die Behauptung des innenpolitischen Sprechers der AL-Fraktion, Wieland, der erklärte, das bereits ergangene Urteil sei im Strafmaß zu hoch und dem „massiven Druck von Justiz- und Innensenator“ auf die Justizbehörden entspreche. Als „völlig abwegig“ bezeichnete Kähne die Unterstellung, daß „jemandwer es auch nur wagen würde“, auf Staatsanwaltschaft und Gerichte einen solchen Einfluß auszuüben.

Fehlurteil
sy. Gestern ist in Moabit das erste Urteil gegen einen jener Terroristen gesprochen worden, die Anfang Mai Kreuzberg zum Schauplatz blutigen Aufbruchs machten. Gut zwei Wochen nach der Tat also der Prozeß - für Moabiter Verhältnisse erstaunlich schnell.

Das war auch Sinn der Sache. Denn die Erfahrung in solchen Fällen lehrt: Je schneller der Tat die Strafe folgt, desto wirkungsvoller ist sie. Freilich muß es eine Strafe sein, die diesen Namen verdient. Eine Bewährungsfrist aber, wie sie der Richter dem brutalen Steinewerfer mit dem barmherzigen Hinweis pen-Im einen Fall soll bei der Festnahme Widerstand gegen Beamte, auch durch Fußtritte geleistet worden sein.

Wegen der Kreuzberger Ausschreitungen sind damit bisher insgesamt sieben Anklagen erhoben worden, in einem Fall erging am Dienstag ein zwischen rechtskräftiges Urteil. Bislang befinden sich 31 Personen in Untersuchungshaft.

Mit Entschiedenheit verwahrte sich Justizpressesprecher Volker Kähne gegenüber dem VOLKSBLATT gegen die Behauptung des innenpolitischen Sprechers der AL-Fraktion, Wieland, der erklärte, das bereits ergangene Urteil sei im Strafmaß zu hoch und dem „massiven Druck von Justiz- und Innensenator“ auf die Justizbehörden entspreche.

Als „völlig abwegig“ bezeichnete Kähne die Unterstellung, daß „jemandwer es auch nur wagen würde“, auf Staatsanwaltschaft und Gerichte einen solchen Einfluß auszuüben.

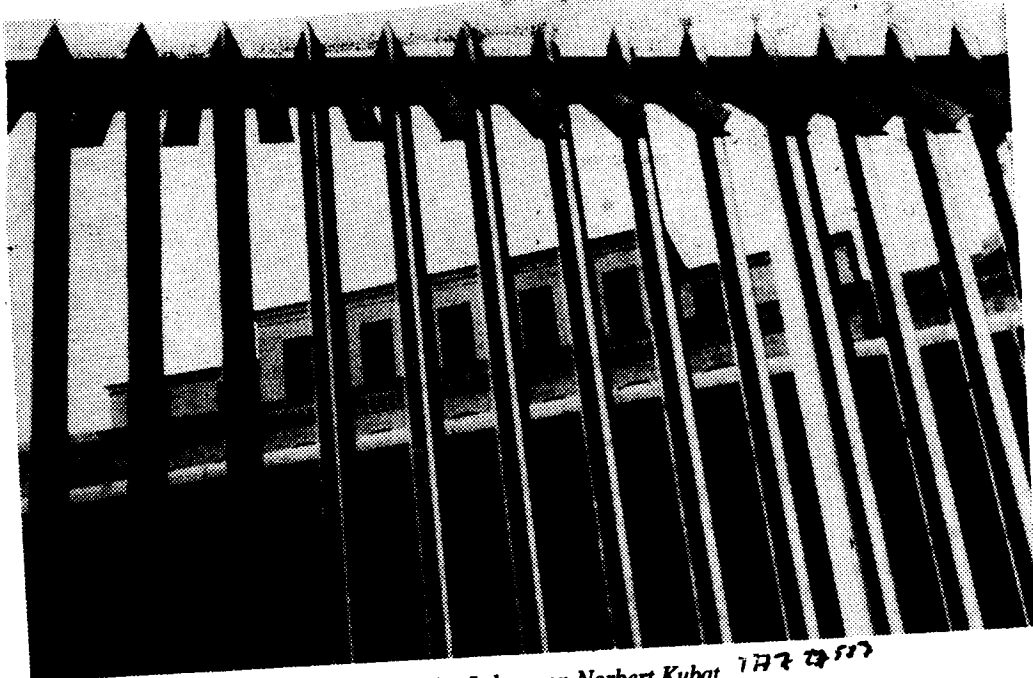
Bündnisdemo zum Selbstmord von Norbert Kubat

Trauermarsch in der City

Das gesamte aus über 100 Organisationen bestehende Vorbereitungsbündnis zur Reagan-Demo hatte gestern abend anlässlich des Selbstmords von Norbert Kubat zu einem Trauermarsch aufgerufen. Etwa 1.500 Personen beteiligten sich an der Demonstration, die vom Todesort Klaus Jürgen Rallays in der Potsdamer Straße zur Deutschen Oper führte.

Selbstmord in Untersuchungshaft

Norbert Kubat, seit der Kreuzberger Randalen-Nacht vom 1. auf den 2. Mai in Untersuchungshaft, erhängte sich mit einem Halstuch / Neue Krawalle befürchtet



Hinter diesen Moabiter Mauern endete das Leben von Norbert Kubat. Foto: Manfred Kraft

Kreuzberg 21 Monate für Stein- Werfer

Erstes Urteil nach der schlimmen Kreuzberger Terror-Nacht vom 1. zum 2. Mai: 21 Monate Haft mit Bewährung für Bernd Sch. (22). Der drogenabhängige Instamatt hatte drei Steine auf Polizisten geworfen, bei seiner Festnahme wird um sich geschlagen. Bericht auf der Seite 4.

Krawalle in Berlin

4.6.87 U

D. D. Berlin

Bei Krawallen in der Berliner City wurden fünf Polizisten durch Steinwürfe verletzt. Auf dem Kurfürstendamm wurden die Scheiben von Banken und Geschäften von zum Teil verummumten Demonstranten eingeworfen. Die Polizei nahm sechs Randalierer fest. Die Ausschreitungen fanden nach einer friedlich verlaufenen Gedenkundgebung für den Studenten Benno Ohnesorg statt. Er war vor 20 Jahren beim Besuch des Schahs von Persien von einem Polizisten vor der Oper erschossen worden.

Demonstrant aus der Krawallnacht erhängte sich in der Haftanstalt

U-Haft endete mit Selbstmord

29jähriger war wegen der Kreuzberger Krawalle festgenommen worden
27.5.87!!!
Ein in



Etwa 1000 Menschen beteiligten sich an dem friedlichen Trauermarsch für Norbert Kubat, der von Schöneberg nach Charlottenburg führte. 1/8 30 5.87 (Fotos: Kotz)



Kaufhausbrand nach Tod im Knast

Brandanschlag auf Bilka-Kaufhaus in Berlin-Kreuzberg verursacht Millionenschaden / Zusammenhang mit dem Selbstmord eines U-Häftlings der Kreuzberger Mai-Nacht wird vermutet
1.7.29.5.87

Ohnesorg-Demo

Grünes Turnfest

Geringfügige Glasschäden und sechs Festnahmen gab es Dienstagabend im Anschluß an die Gedenkteiler für den vor 20 Jahren erschossenen Benno Ohnesorg, als eine Spontandemo zur Freude Tausender Touristen und Turner den Kudamm belebte.



Mutmaßlicher Steinwerfer erhängte sich in der U-Haft
Justiz: Selbsttötungsgefahr zuvor ausgeschlossen — Vorwürfe der Anwälte

Menetekel in Kreuzberg — von Innensenator Kewenig befolgt 7/12 21. 5.87

Foto: Ralph Rieth

Zittern vor dem Reagan-Besuch

Berliner Polizei durch Überstunden belastet / Innenverwaltung erwägt „Leiharbeiter“

Unausgeschlafene Gesichter sind auf der Führungsetage der Berliner Polizei derzeit die Regel, nicht die Ausnahme. Nach den Krawallen in Kreuzberg vom 1. auf den 2. Mai und am vergangenen Wochenende geht im Polizeipräsidium am Platz der Luftbrücke ein Gespenst um: Die Angst sitzt den Polizeiobersten und der Innenverwaltung im Nacken, bei dem Besuch des US-Präsidenten Ronald Reagan am 12. Juni könnte die Sicherheit des mächtigsten Mannes der westlichen Welt nicht ausreichend gewährleistet werden.

Erschwerend für die Planung in Hinblick auf den 12. Juni kommt für die Verantwortlichen im Polizeipräsidium hinzu, daß die rund 2 000 Beamten in den geschlossenen Einheiten seit dem 1. Mai bereits eine Vielzahl an Überstunden angehäuft haben, war aus Gewerkschaftskreisen zu erfahren. Die jungen Beamten, die Jüngsten von ihnen sind 19 Jahre alt und hatten wenige Wochen vor den Kreuzberger Krawallen ihre zweieinhalbjährige Ausbildung beendet, „sind fertig auf der Bereifung“, wie es ein Eingeweihter gegenüber dem VOLKSBLATT ausdrückte.

Ohne Erfahrung, nur mit ihrer oft kritisierten mangelhaften Ausbildung im Hintergrund, standen sie gewalttätigen Demonstranten hilflos gegenüber. So ist es für Beobachter des Berliner Polizeiparates kein Wunder, daß eingesetzte Polizistinnen aus Panik Schreikämpfe bekamen und junge Beamte sich voller Angst vor den Steinwürfen in Hausgänge flüchteten, wo sie von eingesetzten Beamten des Spezialeinsatzkommandos

(SEK) aufgefordert werden mußten, sich ihrer Aufgabe zu erinnern und gegen die Gewalttätigen vorzugehen.

„Es gab Situationen, in denen die Polizei am Rande ihrer Möglichkeiten war“, umschrieb ein Mitarbeiter der Innenverwaltung gegenüber dem VOLKSBLATT die Verhältnisse am 1. Mai in Kreuzberg. Viel habe nicht gefehlt, und Schutzpolizisten hätten sogar zur Schußwaffe gegriffen, nachdem von gewalttätigen Demonstranten zwei Schüsse abgefeuert worden waren. Nur Kollegen, die erkannten, daß es sich um Gaswaffen handelte, sei es zu verdanken, daß außer Steinen nicht auch Pistolenschosse flogen, berichtete ein Kenner der Materie.

Nach Auskunft der Justizverwaltung sei die auf staatsanwaltliche Anordnung in den frühen Morgenstunden des 1. Mai erfolgte Durchsuchung des Mehringhofes nicht Anlaß für die Kreuzberger Krawalle gewesen. Tatsache ist jedoch, daß Innensenator Kewenig über die Aktion nicht unterrichtet worden war weder von



der Staatsanwaltschaft noch von der Polizei. Offenbar war er sich jedoch darüber im klaren, daß diese Aktion zum Poltikum werden könnte, denn er soll wütend seine Mitarbeiter gefragt haben: „Warum hat mich denn keiner angerufen?“

Informierte Kreise gehen sogar so weit, den Verdacht zu äußern, es könne sich um einen Alleingang von Kewenigs

Staatssekretär Wolfgang Müllenbrock gehandelt haben, der als damaliger Staatsanwalt während der Hoch-Zeit der Hausbesetzungen mehrfach hartes Vorgehen gefordert hatte, aber am „Nein“ des damaligen Polizeipräsidenten Klaus Hübner gescheitert war. Und daß Wolfgang Müllenbrock seinen Senator vor so mancher schlechter Nachricht „bewahrt“, ist kein Geheimnis.

weso

Die Chaoten bereiten sich vor

Wer in Berlin zur Demonstration gegen den Besuch Reagans aufruft / Von Raif Georg Reuth

F77 29.5.17

BERLIN, im Mai Vier Wochen nach den schweren Krawallen in Kreuzberg deutet einiges darauf hin, daß beim Besuch des amerikanischen Präsidenten Reagan am 12. Juni abermals Ausschreitungen zu erwarten sind. Der Polizei liegen Informationen vor, wonach in der Berliner Chaoten- und Alternativ-Szene konkrete logistische Vorbereitungen für Gewaltmaßnahmen getroffen werden. Auf einem der Flugblätter, die der Polizei bekannt sind, wird zum Beispiel nicht ausgeschlossen, daß im Verlauf der geplanten Demonstration gegen Reagan der Kurfürstendamm „platt“ gemacht werden könnte „und zwar nicht nur an einer Kreuzung, sondern auf der gesamten Länge“.

Die ideologische Begründung für die sich ankündigende Gewalt liefert der Aufruf zur Anti-Reagan-Demonstration. Darin heißt es, der amerikanische Präsident vertrete die Kreise, „die mit allen Mitteln die USA zur unumschränkten Welt- und Militärmacht aufrüsten wollen“, die immer neue Rüstungsprogramme und Kriegführungsstrategien entwickelten und schließlich durch SDI „die gesamte Menschheit bedrohen“. Zu diesen Kreisen - so steht es im Aufruf - gehöre auch der deutsche Bundeskanzler, der gemeinsam mit dem amerikanischen Präsidenten „den verhängnisvollen Kurs des ‚Kreuzzuges gegen den Osten‘ trage. Die Folgen einer solchen Politik seien „weltweit nicht mehr zu übersehen. Armut, Abbau von Sozialleistungen, Massenarbeitslosigkeit und Verelendung prägen das soziale Klima“.

Dieser Aufruf zur Demonstration gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten in West-Berlin stammt von einem „Informationskreis Frieden - Koordination“. Diesem Plenum, das sich aus den Vertretern der zwölf bezirklichen „Informationskreise Frieden“ zusammensetzt, obliegt es, Arbeitsgruppen einzuberufen, die die jeweiligen Aktionen - in diesem Fall die

Anti-Reagan-Demonstration - vorbereiten. Wie eng mit ähnlichen Einrichtungen der „Friedensbewegung“ in der Bundesrepublik zusammengearbeitet wird, verdeutlicht die zeitliche Abstimmung der Berliner Demonstration mit der in Bonn, die für den Tag darauf, den 13. Juni, angemeldet worden ist.

Sprecher und Chef-Koordinator des zentralen Berliner „Informationskreises Frieden - Koordination“ ist ein Mediziner namens Venedey. Er ist gleichzeitig Mitglied des „Bundes Demokratischer Wissenschaftler“ und arbeitet mit der der „Christlichen Friedenskonferenz“ (CFK) angeschlossenen „Niederländischen Ökumenischen Gemeinde - DDR“ in Ost-Berlin und ihrem West-Berliner Pendant, dem „Hendrik Krämer Haus“, zusammen. Beide Institutionen - CFK und der „Bund Demokratischer Wissenschaftler“ - sind in der in diesem Frühjahr vom Bundesinnenministerium herausgegebenen Broschüre „Moskau getarnte Helfer“ als „sozialistisch gesteuerte Einwirkungsorganisationen“ beziehungsweise deren „Partner“ aufgeführt. Venedey selbst gilt als parteilos. Informierte Kreise erinnern in diesem Zusammenhang an seinen Vorgänger, den Alt-Kommunisten und Spanien-Kämpfer Teppich. Bevor er im Jahre 1981 im Zuge der Kampagne gegen den Nato-Doppelbeschluß den „Informationskreis Frieden“ in jetziger Gestalt gründete, soll er aus der „Sozialistischen Einheitspartei Westberlins“ (SEW) aus- und eine Zeitlang nicht in Erscheinung getreten sein.

Neben dem „Hendrik Krämer Haus“ und dem „Bund Demokratischer Wissenschaftler“ wirken in den „Informationskreisen Frieden“ eine Vielzahl kommunistischer und den Kommunisten nahestehender Gruppierungen mit. Dazu gehören unter anderem der „Kommunistische Bund (KB)“, die „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Westberlin“, die „Volksfront“, die SEW, der „Sozialistische

Jugendverband Karl Liebknecht“ und die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin - Verband der Antifaschisten“ (VVN-VdA). Diese und andere politische Gruppierungen tragen die bezirklichen „Informationskreise“, deren Arbeit vom zentralen Berliner „Informationskreis Frieden“ koordiniert wird. Bei dessen Veranstaltungen treten die Mitglieder politischer Gruppierungen als Vertreter ihres bezirklichen „Informationskreises“ auf, ohne daß dabei politische Zugehörigkeiten kenntlich werden.

Mit den kommunistischen Gruppen arbeiten neben mehreren evangelischen Organisationen der Berliner Landesverband der IG Druck und Papier, die Alternative Liste sowie die SPD zusammen. „Kontaktperson“ des SPD-Landesverbandes zum zentralen „Informationskreis Frieden“ ist nach Auskunft der ebenfalls mit diesem zusammenarbeitenden Berliner Jungsozialisten der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Meisner. Die Kooperation zwischen Meisner als dem Vertreter des Landesverbandes sowie den SPD-Unterorganisationen mit Kommunisten und anderen artikulierten sich zuletzt in der gemeinsamen Unterstützung des Aufrufes des „Informationskreises Frieden“ zur Kundgebung anläßlich des 42. Jahrestages des Kriegsendes am 8. Mai sowie zu den Ostermärschen.

Neben den verschiedenen Blättern der Gruppierungen und Parteien wird der radikale anti-amerikanische Kurs des „Informationskreises Frieden“ von „Radio 100“ propagiert, das seit März dieses Jahres auf der Ultrakurzwellen 100,6 Megahertz sein Programm ausstrahlt. An dem Sender sind unter anderem die linksalternative „Tageszeitung“ sowie eine Tochter des teilweise im Besitz des SPD-Parteivorstands-Organs „Vorwärts“ befindlichen „Linksrheinischen Rundfunks“ beteiligt. „Radio 100“ sendete vor einigen Tagen einen „Mitschnitt“ des Polizeifunks während des Einsatzes bei den Kreuzberger

Krawallen vom 1. Mai. Nach Auskunft der Berliner Innenverwaltung handelte es sich dabei um einen „manipulierten Zusammenschnitt“, der der Polizei provozierendes Verhalten und damit die Verantwortung für die Ausschreitungen anlasten soll.

Das ohnehin schon gereizte Klima in der Stadt und die Befürchtung, im Verlaufe der Anti-Reagan-Demonstration könnte es wahrscheinlich abermals zu Krawallen kommen, hat nunmehr die Mehrheit der SPD-Funktionäre im Landesvorstand dazu veranlaßt, den Aufruf des „Informationskreises“ diesmal nicht zu unterstützen. Ein entsprechender Beschluß soll dort mit dreizehn gegen neun Stimmen gefaßt worden sein. In einigen SPD-Bezirken scheint man sich jedoch wenig darum zu kümmern. So hat sich schon die Schöneberger SPD in die mehr als siebzig Organisationen umfassende Liste der Demonstrations-Unterstützer eingetragen. Neben der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Kreuzberg sind darauf auch die Jungsozialisten zu finden.

Von der Berliner SPD-Zentrale, dem Kurt-Schumacher-Haus, wird ungeachtet dessen Geschlossenheit demonstriert. In einer schriftlichen Mitteilung an diese Zeitung heißt es, „die Berliner SPD lehnt die Beteiligung an einer gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten gerichteten Demonstration ab“. Landesgeschäftsführer Kremendahl begründet dies auch damit, daß „der Stand der Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West wenig geeignet ist, den amerikanischen Präsidenten zum Adressaten einer friedenspolitisch motivierten Demonstration zu machen“. Um die parlamentarische Reputation der SPD in der Öffentlichkeit als staatstragende Partei ist offenbar auch ihr stellvertretender Landesvorsitzender Meisner bemüht, wenn er darüber hinaus beteuert, daß er seit „etwa zwei Jahren“ mit dem zentralen Berliner „Informationskreis Frieden“ keine konkreteren Kontakte mehr pflege.

»Man verschätzte sich in der polizeilichen Absicht«

Dokumentation der Polizeistrategie zum Reagan-Besuch 1982 / Landespolizeidirektor Freund beschreibt, wie »Störer« im Vorfeld gebunden wurden / Damals Lappenkrieg, heute die Volkszählung

I. Vorgeschichte

Die Ereignisse am Rande des Besuchs von US-Außenminister Haig am 13. September 1981 waren bei allen noch in frischer Erinnerung, als aus mehreren Kanälen die ersten Andeutungen eines für den Sommer 1982 bevorstehenden Besuchs des US-Präsidenten Reagan in Europa, Deutschland und evtl. in Berlin einsickerten. Im Gleichlauf mit den Veröffentlichungen über den Besuch entwickelten sich bei zahlreichen politischen Gruppierungen bundesweit Meinungen, die sich zunehmend zu erklärten Handlungsabsichten gegen den Reagan-Besuch verfestigten.

Einen schnellen und nachhaltig wirkenden Vorlauf hatten dabei die linken Gruppierungen, die von gemäßigt bis radikal eine sonst so nicht vorhandene Gesinnungssolidarität entwickelten.

II. Vorbereitungsphase

Frühzeitig fand eine erste Begegnung zwischen zwei Beauftragten des Senats und dem vorgesehenen Polizeiführer des Einsatzes zu einem vertraulichen Gespräch statt, in dem skizzenhaft ein Programm entwickelt wurde, das vor allem die Sicherheitsaspekte berücksichtigte. Das erklärte Ziel waren, den Präsidenten mit einem Teil der Berliner Bevölkerung weitestgehend frei und offen in Kontakt treten zu lassen.

Nur in einem Punkt erhob die Polizeiführung starke Bedenken. Die Vorstellung einer Fahrt zum Checkpoint-Charly mußte in jedem Fall durch eine gleichzeitige Befürchtung schwerster Ausschreitungen an dieser Strecke mit den Folgen eines Wasserwerferinsatzes erwecken.

Die Fahrt mußte durch den sogenannten Kiez in eine Sackgasse ohne jede Ausweichstrecke und auf der gleichen und dadurch noch gefährlicheren Strecke zurück nach Tempelhof führen.

Wegen der anerkannten Gefährlichkeit dieses Unternehmens erklärten sich die Amerikaner bereit, die Fahrt zum Checkpoint-Charly an jeder Stelle abzubrechen und umzukehren, wenn die Lage es erforderlich machen würde. Dieses ausdrücklich, ohne der Berliner Polizeidienstes Mühen anlasten zu wollen.

III. Planungsphase

Erst wenige Stunden vor dem Besuch stand fest, daß eine Fahrt zum Checkpoint-Charly und eine Rückfahrt vom Checkpoint-Charly zum Flughafen Tempelhof erfolgen sollte und von dort die Anreise zum Schloß Charlottenburg mit Hubschraubern durchgeführt werden müsse.

Diese Situation forderte tadellose Polizeiführung ein Höchstmaß positiver Überlegung ab, erzwang aufmerksame Beobachtung der politischen Szene sowohl weltweit als auch im Nahbereich. Schon weit vorher hatte eine tägliche Lageauswertung und dementsprechende Einbeziehung aller Einsatzkräfte stattgefunden. Die seit Bekanntwerden des Besuchs laufenden Einsätze wurden gezielt als Vorbereitung für den Staatsbesuch gestaltet. Das empfand die Szene ebenso. Die Alliierte Parade wurde von beiden Seiten als eine Art Generalprobe angesehen.

Einsatzübungen Alarmbundertschaften wurden verstärkt in den geschlossenen Einsatz gebracht und schließlich teilweise den Geschlossenen Einheiten angegliedert, um durch die besseren Führungsmittel die Beweglichkeit zu steigern.

Die Einsatzbewertung wurde

intensiviert, es fanden Führungseminare statt und der Erfahrungsaustausch zwischen den Führungsebenen wurde organisiert. An die Fachdienststelle speziell und die Mitarbeiter im übrigen erging die Forderung, sich in die Rolle des potentiellen Störers und Gewalttäters zu versetzen, um alle denkbaren Spielarten von unfriedlichen Einwirkungen auf den Besuch erfassen zu können.

Zeitgerecht stellten die vom Weichenhaus kommenden Sicherheitsbeamten zur Berliner Polizeiführung, wosie in engem Verbund im Rahmen spezieller Aufträge und Zuständigkeiten die amerikanische Seite vertraten.

In die polizeiliche Planung wirkten alle Reaktionen der Szene hinein und ebenso die öffentlichen Absichtsbekundungen und vorbereitenden Aktionen. Eindeutig wurde erkennbar, daß am Tage des Besuchs und zur gleichen Zeit unter starkem Zuzug insbesondere radikaler Kräfte aus dem Bundesgebiet, eine Großdemonstration stattfinden sollte.

Darüber hinaus kündigte sich für den Vortag eine massenhafte Anti-Reagan-Friedensdemonstration zum Veranstaltungsraum Schloß Charlottenburg an. Gleichzeitig aktivierte sich die Berliner Szenerie in Form von Flugblattaktionen, Farbschmierereien und insbesondere auch Transparentenaushängen an besetzten und auch an anderen Gebäuden.

IV. Einsatzphase

Die Einsatzphase verlief in folgenden wesentlichen Ereignisabschnitten:

1. Polizeiliche Maßnahmen gegen vorbereitende Aktivitäten in der Szene.
 2. Einsatz aus Anlaß der Friedensdemonstration am Besuchsvortag.
 3. Einsatz am Besuchstag.
 - a) Besuch des Checkpoint-Charly.
 - b) Verbotene Demonstration am Nollendorferplatz.
 - c) Veranstaltung am Schloß Charlottenburg.
- Die nun folgende Darstellung beschränkt sich bewußt auf die übergeordneten Gesamtzusammenhänge und Gesichtspunkte.

Zu 1:

Um wenigstens einen gewissen Organisationsgrad zu erreichen, brante die Szene viele öffentliche Bekundungen und gemeinsame Aktivitäten. Der Verzicht auf Über- und Unterordnung, also auf jedwede Führerschaft, setzt viel Spontanität bei mangelnder Planung frei. Auf diese Weise wurden die Absichten, soweit sie geplant werden mußten, im wesentlichen rasch erkennbar und man konnte sich darauf einstellen. So mehrten sich u. a. die Fälle des Anhängens von Transparenten mit beleidigendem Inhalt gegen den Reagan-Besuch. Natürlich konzentrierten sich diese Handlungen an besetzten Häusern und Heimstätten der gesamten Szene.

Diese waren als Sammlungs- und Ausgangspunkt für weitere Vorhaben anzusehen. Bis zu einem gewissen Grad empfand man diese Häuser, wenn auch nicht als rechtsfreie Räume, so doch aber als fest in der Hand der Alternativen und der Krawallszene, wo man Informationen sammeln, etwas verabreden und wohnhaft auf jeden Fall zurückziehen konnte.

Die Herren des Verfahrens

Zur Strategie der Polizei im Vorfeld des Reagan-Besuchs

Die Staatsanwaltschaft läßt am Morgen des 1. Mai das Volkszählungsbüro im Mehringhof durchsuchen — ein Auslöser für die nachfolgenden Krawalle in Kreuzberg. Eine Woche später provoziert die Polizei erneute Auseinandersetzungen mit dem Ziel, möglichst umfassend »Gewalttäter« aufzugreifen. Nun beschlagnahmt die Staatsanwaltschaft die Post der AL und verschiedener Sammelstellen für Volkszählungs-Altkpapier. Eine Rechtsbegründung gibt es nicht, noch ist die Dauer der Postkontrolle absehbar.

Ein Jahr nach Präsident Reagans Besuch in Berlin am 11. Juni 1982 berichtete in der Fachzeitschrift »die Polizei« der Landespolizeidirektor Günter Freund über die damalige Strategie der Polizeiführung. Bereits weit im Vorfeld, so enthüllte Freund, habe die Polizei versucht, ein »Störpotential« zu binden und abzulenken sowie die erwarteten Auseinandersetzungen gezielt auf einen Ort abseits der Besuchsrouten des US-Präsidenten zu lenken. Vorhaben geblüht, konnte Freund feststellen. Insbesondere der »Lappenkrieg«, die ohne Rechtsgrundlage von der Polizei inszenierte Beschlag-

nahme von Transparenten mit Anti-Reagan-Parolen, war Teil eines Ablenkungsmanövers. Die Bewegung arbeitete sich lustvoll und mit unendlicher Phantasie ab und überzog die Stadt mit immer neuen Transparenten; die Herren des Verfahrens aber saßen woanders.

Am 12. Juni besuchte Präsident Reagan erneut die Stadt. Angesichts der Vorgänge der letzten Wochen erhielt der vier Jahre alte Beitrag eine besondere Aktualität und veranlaßt uns, den Text fast vollständig abzdrukken. Was den Gegnern der Volkszählung neben dem Kampf gegen den gläsernen Menschen auch eine Auseinandersetzung um den unbedingten Willen des Staates ist, eine solche Zählung durchzuführen, scheint für die Polizei in Hinblick auf diesen Besuch längst einen ganz anderen Stellenwert zu besitzen. Daß Staatsanwalt Dahlheimer von der P-Abteilung auf eigene Initiative den Mehringhof durchsuchen läßt oder gar den Einzug der AL-Post verfügt, ist mehr als unwahrscheinlich. Das Ziel scheint klar: wer von der Polizei in Atem gehalten wird, hat keine Zeit, sich auf den Reagan-Besuch vorzubereiten.

Gerd Nowakowski

müßten dieses erleben und in ihr Bewußtsein nehmen.

Sie verfielen dafür auch der »Verachtung« der radikalen Szene, die sich geteilt und uneins sah. Die Entwicklung ließ eine graduelle Isolierung der Gewalttäter erkennen, die trotz des inzwischen ergangenen Verbots eine Demonstration vom Nollendorferplatz aus mit angekündigter Gewalt veranstalten wollten.

Zu 3:

Konzeptionell trat die Polizei mit folgender Absicht an:

- eine durchgängig starke Aufklärung laufen zu lassen, um jede Störerbewegung und -absicht früh erkennen zu können;
- eine durchgängig starke Voraufsicht im Einsatzraum einzurichten, um den Raum unter polizeiliche Kontrolle zu nehmen;
- die Kolonne so gliedern und stark zu machen, daß sie unter eigener Führung in der Lage war, sich jeden Weg selbst zu bahnen;
- einen starken Streckenschutz aufzubauen, von Tempelhof zum Checkpoint-Charly, zur Unterbindung jeder Unfriedlichkeit schon im Ansatz;
- Binden der angereisten und in Berlin mobilisierten Gewalttäter am vorhersehbaren Versammlungsort Nollendorferplatz;
- Einsatz von starken, beweglichen Kräften im Zwischenfeld Nollendorferplatz-Schloß-Landgericht, zur Verhinderung des Vordringens zum Veranstaltungsraum Charlottenburg, um den Besuchsablauf störungsfrei zu halten und das inzwischen vom Oberverwaltungsgericht er-

gangene Verbot einer Demonstration und die Straßen hermetisch gesperrt.

Der Wettlauf mit der Zeit hatte mit Eintreffen des Präsidenten begonnen. Sie lief zunächst gegen die Polizei, denn diese war abhängig von den nicht vorhersehbaren und nicht steuerbaren Geschehnissen, die aus dem Vorgehen der Störer zu erwarten waren.

Zu 3b: Inzwischen hatten sich, trotz des Verbots, vor 14.30 Uhr zu demonstrieren, die offensichtlich zu allem entschlossenen Gewalttäter mit entsprechender Ausrüstung am Nollendorferplatz versammelt. Es war ihnen nur der geschlossene Abmarsch versagt, einzeln dürften sie den Platz verlassen.

Sie wurden daher von Einsatzkräften schlagartig eingeschlossen und aufgefordert, sich einzeln durch die eingerichteten Schleusen zu entfernen, und zwar unter Abgabe ihrer defensiven Bewaffnung und Masken.

Erwartungsgemäß und geplant entzündete sich bei dieser Masse nach schockartiger Wirkung eine sinnlos anmutende Wut ebenso schlagartig bis zu den Schleißen ausgezogenen Stacheldraht. Sie bliesen sich sozusagen daran fest und nahmen hier ihren »Kampfaufwand« und wichen nicht von der Stelle.

Durch den reibungslos verlaufenden Besuch am Checkpoint-Charly, dem gefährlichsten Teil des Programms, und die bereits mit Sonderrechten laufende Verlegung der Kräfte in das Mittelfeld (Raum Charlottenburg, Wilmersdorf, Tiergarten), lief die Polizei nehmend für die Polizei.

Die Ausschreitungen am Nollendorferplatz tobten inzwischen mit wachsender Intensität und zogen sogar noch Störerpotential an.

Die Kaltblütigkeit der dort eingesetzten Kräfte, die es zu keinem Schußwaffengebrauch kommen ließ, ist sicherer Beweis für den in langer Vorbereitung erreichten hohen Motivationsstand und für den in dieser Situation sichtbar werdenden hohen Grad an Führungsverantwortung.

Zu 3c: Am Schloß Charlottenburg lief ein Bilderbuch-Programm ab, das von Unfriedlichkeit und Gewalt nichts ahnen ließ. So blieb es bis zum Abflug des Präsidenten.

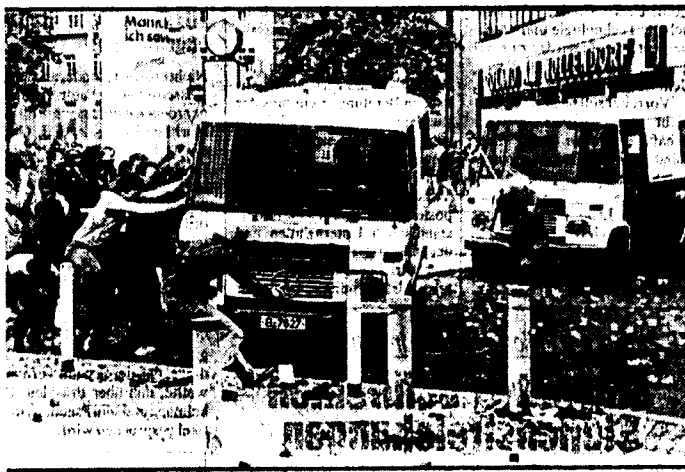
Der Wettlauf mit der Zeit war gewonnen worden, das Konzept aufgegangen und die Gewalttätigkeit hatte eine ihrer größten Schläppereien erlitten.

V. Abschließende Betrachtung

Dieser Einsatz unterlag in der Folge vielen Mißverständnissen. Schon die bestürzten Kommentare, zunächst im Fernsehen, dann im Rundfunk und in den übrigen Medien, ließen Verständnislosigkeit erkennen.

Es war für die Öffentlichkeit unfassbar, einerseits den friedlichen und bewundernswerten glanzvollen Besuchsablauf, den damit verbundenen weitpolitischen Erfolg und andererseits die brutalsten Ausschreitungen gleichzeitig zur Kenntnis nehmen zu müssen. Die Einheitlichkeit des Geschehens und daß das eine das andere bedingte, konnte nicht durchschaubar gemacht werden, erklärt werden.

Selbst Fachleute machten sich darüber Gedanken, warum wohl der Nollendorferplatz nicht geräumt worden war. Es war eben ein ebenso in weiten Teilen atypischer wie auch erfolgreicher Einsatz, jedenfalls aus der Sicht der Polizei, die unter den gegebenen Umständen mehr nicht erreichen konnte.



11. Juni 1982 — Krawalle am Nollendorferplatz, während sich Präsident Reagan im Schloß Charlottenburg aufhielt. Foto: Peter Hebler

Gezielt und nachdrücklich wurden daher Beschlagnahmen, Durchsuchungen und Personalbefestigungen vorgenommen, vor allem, um diese Bewußtseinslage zu verändern. Deutlich sollte bei entsprechendem Anlaß die Allgegenwärtigkeit der Polizeidemonstration werden, für die keine zugriffsfreien Räume gibt und gebend darf. Hierspielt die geplante Fahrt zum Checkpoint-Charly eine besondere Rolle.

Die Aussichtlosigkeit unfriedlicher Aktionen aus dem durchfahrenden Kiez heraus mußte von vornherein klar werden. Alle Aktivitäten des Störerpotentials sollten sich möglichst auf einen Sammelpunkt außerhalb der Wegstrecke konzentrieren, um dort unter Kontrolle genommen werden zu können, und sehr schnell fand die Szene für dieses Verfahren nun den Spottnamen »Lappen-

krieg«. Man verschätzte sich sowohl in der polizeilichen Absicht und erfaßte nicht den Zweck der vielen Einsätze. Darüber hinaus wurden Zielpersonen der Szene offen beobachtet und späterhin bei diesem Personenkreis Durchsuchungen aus anderen Gründen durchgeführt. Jedenfalls fielen der Polizei ganz nebenbei eine Vielzahl von Erkenntnissen in die Hand und die beabsichtigte Wirkung trat tatsächlich ein.

Zu 2: Mit der Form des Einsatzes aus Anlaß der Friedensdemonstration am Vortage sollte ein psychologischer Effekt verwirklicht werden. Lediglich verkehrsregelnde Maßnahmen bei schwachen Begleitkräften ohne Einsatzanzug sollten öffentlich bewiesen, daß sich die Polizei auf Absichten des jeweiligen Gegenübers einstellt. Etwa 17.000 friedliche Demonstranten

tion vom Nollendorferplatz aus konsequent durchzusetzen.

Hierzu war — eine schnelle Verlegung der Kräfte aus dem Südbereich in das Mittelfeld erforderlich, — ein rechtlich fundiertes Mittel zu finden, um die Gewalttäter am Nollendorferplatz zu halten und — den Raum Schloß Charlottenburg so gründlich zu kontrollieren, daß keine Störer mit den rund 30.000 Besuchern einzusickern vermochten.

Zu 3a: Die Kolonne wurde auch persönlich so zusammengesetzt wie beim Einsatz aus Anlaß des Haig-Besuchs in Berlin.

Sie war beeindruckend stark, beweglich und funktionierte wie ein Präzisionsuhrwerk.

Der Raum am Checkpoint-Charly war von den Dächern bis zu den Kellern in polizeilicher Hand

»Törnwater Hönkel«

Anti-Reagan-Turner hielten am Samstag die Polizei am Kurfürstendamm in Atem



Foto: Hans-Peter Stiebing

Am Samstag wurde in der City autonomes Leder mit Jogginghosen und Turnershorts vertauscht. »Törnwater Hönkel« hatte zum Turnfest an den Kurfürstendamm geladen. Auch die Polizei hatte sich in sportliche Kampfanzüge geworfen und ein großes Wettkampfaufgebot bereitgestellt, das nun angestrengt versuchte, »echte« von »falschen« Turnern zu unterscheiden.

Wo dies glückte, wurden Ausweiskontrollen und Durchsuchungen durchgeführt. Knapp 150 Leute kamen schließlich auf dem Breitscheidplatz zusammen, machten sich dort beim Bockspringen, Fußballspielen und »Spalier-schaukeln« warm und zogen dann in Begleitung eines Spielmannszuges als Spontandemo über den Kurfürstendamm bis kurz vor den Olivaer Platz.

Die Polizei drängte die Sportler auf den Bürgersteig ab und geleitete sie mit Dreierspazier zurück zum Breitscheidplatz, teilweise unter Bemerkungen wie: »Nächste Woche müßt ihr euch warm anziehen.« Bei den anschließenden Vorführungen unter dem Transparent »Anti-Berlin grüßt Kreuzberg-spendeten die so Gegrüßten sogar 20 Mark. Als Dank wurden sie vom Wasserklaps, den die schwarze »Hönkel-Flagge« zierte, mit Wasser beworfen. Im Laufe des Abends

wurde dann sogar noch »Hönkel-Life« geboten. Der SFB übertrug vom Breitscheidplatz die Sportreportage mit zahlreichen vorproduzierten Beiträgen und einem Moderator, dessen launige Ansagen stets vom Schlachtruf »Rheinländer raus — Ausländer rein« untermalt wurden.

Die Polizei nahm im Laufe des Abends einen 14-jährigen vorläufig fest. Dabei kam es zu Rangeleien mit mehreren Zivis, die sich zu tief in den Hönkel-Block hineingewagt hatten.

Ebenfalls der Polizei zum Opfer fiel ein 17 Meter langes und drei Meter hohes Transparent, das am Samstag nachmittag die Karstadt-Filiale am Hermannplatz zierte. Aufschrift: »Reagan — die zarteste Versuchung seit es Hönkel gibt.«

wolke

Touristen

Alle diejenigen, die gestern morgen im Berufsverkehr mit der BVG oder im Auto zur Arbeit gefahren sind, werden es gemerkt haben: Berlin ist wieder eine turnfreie Zone! Endlich wieder normaler Verkehr. Sogar an der Jalfstraße ist die Welt wieder in Ordnung. Besonders die Fahrradfahrer waren in der vergangenen Woche nicht zu beneiden. Trotz Klingelns und Hupens half meist nur eine Vollbremsung, da der Mehrzahl der »Athleten« die Funktion eines Radweges gänzlich unbekannt war. Könnte man beim Radweg ja noch Verständnis für unsere Turner aufbringen, fiel es auf der Straße doch sehr

schwer. Videokamera oder Fotoapparat in der Rechten, die Berlin-Karte in der Linken und den Turner-Rucksack auf dem Rücken, ging es oftmals ohne Rücksicht auf die eigene Gesundheit über den Damm. Dabei sollte doch selbst in kleinsten westdeutschen Nest die Bedeutung einer roten Ampel bekannt sein. Während die Turner wieder zu Hause angekommen, von den unvergeßlichen Erinnerungen ihres Berlin-Besuchs schwärmen, wird hier so mancher Gastgeber aufatmen. Viele mußten sogar ihre Feiertage opfern, um den Aufenthalt der Touristen so freundlich wie möglich zu gestalten. Und so gar Dieppens Anti-Berliner hielten sich zurück. Ein Dank gebührt allen.

Anschlag auf US-Zug

Täter blockierten Gleise mit Reifen und Kette

Offensichtlich im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Besuch des US-Präsidenten Ronald Reagan in Berlin steht ein Anschlag, der Montag früh gegen eine vornehmlich von amerikanischen Militärs benutzte Bahnstrecke in Zehlendorf verübt wurde.

Die Täter befestigten, vermutlich kurz nach fünf Uhr, auf den Gleisen nahe der Potsdamer Straße / Ecke Fürstenstraße drei Autoreifen mit einer rund fünf Meter langen Stahlkette. Anschließend setzten sie die Reifen in Brand. Ein US-Fernzug aus Bremerhaven mußte vor dem Hindernis stoppen. Die

Feuerwehr löschte das Feuer und durchtrennte die Kette mit einem Bolzenschneider. Die Strecke war knapp 25 Minuten lang gesperrt. Am Tatort wurden Flugblätter mit der Aufschrift »Feuer und Flamme für den amerikanischen Präsidenten« gefunden. 31.10.87

Wie Horst Brandt vom polizeilichen Staatsschutz auf Anfrage mitteilte, gibt es bisher keinerlei Hinweise auf die Täter. Der Staatsschutz habe auch keine Anhaltepunkte dafür, daß der Anschlag Teil großangelegter Sabotagepläne gegen den Besuch von Präsident Reagan sein könnte.

KOMMENTAR

Turnfest, Teil zwei?

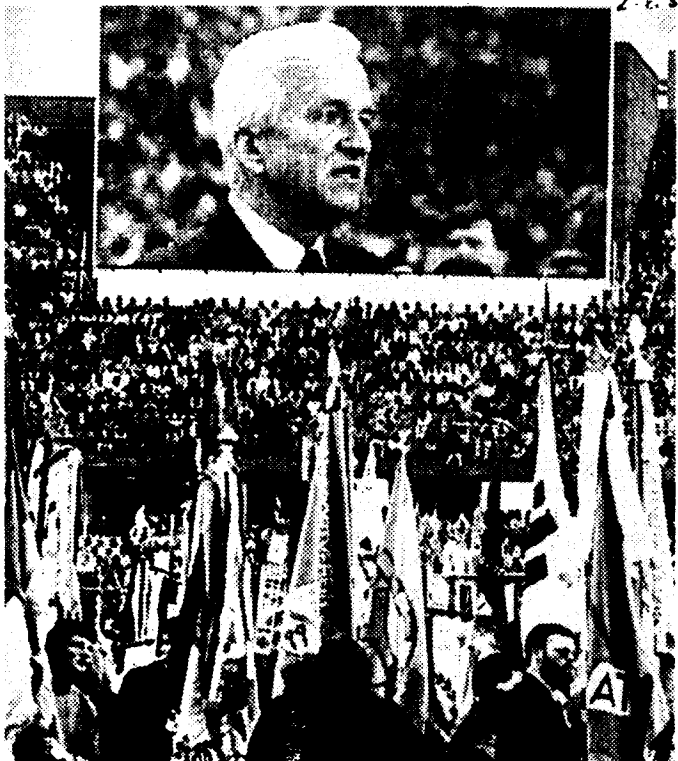
Das Symbol Reagan kommt

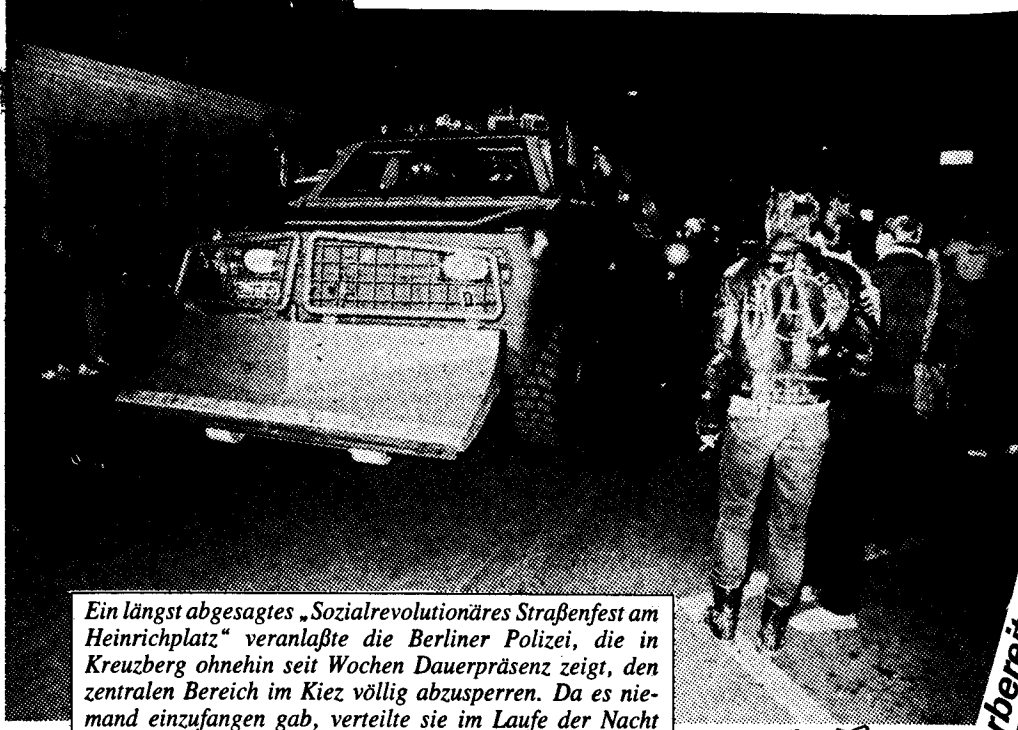
750 Jahre alt wird Berlin. Als Bewohner fühlt man sich, wenn es so weitergeht, noch um etliches älter. Für was die Stadt nicht alles herhalten muß: Offene Wunde soll sie sein, Symbol demokratischen Lebens auf einem Vorposten, Treibhaus neuester politischer Trends, sozialpolitisches Experimentierfeld, Ort des Ost-West-Dialogs. Das ermüdet. Und es ist erst Juni. Mittelrand war schon da, die Queen hat sogar hier übernachtet. Das hat uns gefreut. Am Freitag kommt Reagan. Wir sind geschmeichelt, daß so ein Großmächtiger uns besucht. Er bleibt nur dreieinhalb Stunden. Berlin — ein Halbtagsjob?

Gerade haben wir 120.000 Turner empfangen. Über eine Woche lang haben wir mit ihnen unsere U-Bahn geteilt, uns mit ihnen um Plätze in Kneipen gestritten, ihre seltsamen Idiome, Hutchen und haarigen Beine bestaunt. Wenn jetzt das Wetter besser würde, könnten wir anfangen, den Sommer zu genießen. Aber Reagan kommt ja auch noch. Und wieder werden die Zufahrtswege verstopft sein, wieder wird man den Ku'damm weiträumig umfahren müssen, wieder sollen wir Berliner zeigen, daß wir auf jeden Anlaß angemessen reagieren können. Was den Turnern recht war, soll den Anti-Imperialisten und Polizisten aller Bundesländer nur billig sein. Das alle Berlin gibt für jede Art von Tourismus so schöne Kulissen ab. Kräftemessen diesmal nicht in der Turnhalle, sondern auf dem Skulpturenboulevard Ku'damm. Aufgerüstete Ordnungsmacht gegen symbolhungrige Protestierer. Und noch immer weiß keiner, warum man gegen Ronald Reagan eigentlich demonstrieren soll. Da kommt eine lahme Ente, in der letzten Hälfte seiner letzten Amtszeit, irangate hinter sich, die Pension in Kalifornien vor sich. Ausgerechnet der hat den kriegsängstlichen Deutschen gezeigt, daß er gegenüber Gorbatschows Neuem Denken jedenfalls handlungsfähiger ist als dergewählte Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Aber wir in Berlin lieben eben die Traditionen. Vor jedem Feiertag geht's zu wie vor der Blockade, und wenn Reagan kommt, demonstriert oder jubelt man eben. Wann Buttmänner abrusten und Idole stürzen — was kummert's uns? Hier ist Berlin. Hier beherrscht man Pawlowsche Reflexe. Bonn ist weit, der Ku'damm liegt so nahe.

Mechthild Kupper

2.8.87
EIN FAHNENMEER vor dicht besetzten Rängen und darüber auf der riesigen Multi-Media-Wand Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei seiner Ansprache — so wurde das Deutsche Turnfest 1987 im Berliner Olympiastadion feierlich eröffnet. Eine Woche hatte begonnen, in der über 4700 Vereine mit rund 120 000 Teilnehmern alles das zeigen, was der Deutsche Turnerbund aufzubieten hat, eine Woche der Massenbewegung, eine Woche individueller Begegnungen, in der neben den Breitenaktivitäten auch die Spitzenleistungen des Kunstturnens nicht zu kurz kommen sollen; eine Woche auch voller unvergeßlicher Erinnerungen. (Bild: dpa)





Ein längst abesagtes „Sozialrevolutionäres Straßenfest am Heinrichplatz“ veranlaßte die Berliner Polizei, die in Kreuzberg ohnehin seit Wochen Dauerpräsenz zeigt, den zentralen Bereich im Kiez völlig abzusperren. Da es niemand einzufangen gab, verteilte sie im Laufe der Nacht Straßenzettel
Foto: Peter Homann

77 29 687

Vorbereitungskreis informiert:

Friedliche Aktion für friedliches Westberlin
Ablauf hängt von Senat ab / Verhalten Kewenigs verurteilt
Westberlin (D.W.). Am Donnerstag beginnt um 17 Uhr an der Kant- Ecke Wilhelmsdorfer Straße die von 150 Organisations- und Initiationsunterstützte Demonstration für Westberlin als Friedensstadt. Darüber informierte gestern der Vorbereitungskreis auf einer Pressekonferenz. Es geht um die Ablehnung des US-Hochschulkurses, der US-Politik in Mexiko und in Lateinamerika und am Golf sowie darum, daß Westberlin zu einer friedlichen Aktion, die es von selten der Veranstalter.

Noch Streit um den Ort der Abschlußkundgebung

Veranstalter erwarten für morgen friedliche Demonstration

„Wenn die Polizei sich an die gemeinsamen Absprachen hält, können wir gewährleisten, daß die Demonstration in Ruhe abläuft“, versicherten gestern Sprecher des Vorbereitungskomitees für eine Friedensdemonstration, mit der morgen in der Berliner Innenstadt gegen die amerikanische Außen- und Rüstungspolitik protestiert werden wird. (V.R. 14.6.87)

Die Veranstalter warnten außerdem davor, „aus dem Berlin-Geburtstagsfest mit US-Präsident Reagan vor dem Brandenburger Tor nationalisiertes Kapital zu schlagen“. Heute sollen übrigens Flugblätter mit „Verhaltensmaßregeln“ für die Teilnehmer der Veranstaltung in Umlauf gebracht werden. Dazu gehört der Appell, auf Alkohol und Drogen zu verzichten, außerdem eine Reihe organisatorischer Hinweise.

Wer mit Ronald Reagan vor dem Brandenburger Tor ein fröhliches Fest feiern will, der muß sich ganz schnell noch melden

US-Präsident Reagan in Berlin

Bei der Bestellung müssen Name und Personalausweisnummer angegeben werden

Auf dem Fest wird der US-Präsident eine wichtige Rede über Berlins Zukunft halten

Reagan-Protest vor den Toren

Polizei will die Abschlußkundgebung vom zentralen Breitscheidplatz zur Urania verlegen / Autonome protestieren / Polizei paraden in Kreuzberg

77 29 687

Wo endet die Reagan-Demonstration?
Polizei und Veranstalter der für morgen geplanten Demonstration gegen die Außen- und Abrüstungspolitik der USA konnten sich noch nicht über den Abschlußort der Kundgebung einigen. Während der polizeiliche Staatsschutz auf dem Platz vor der Urania in Schöneberg besteht, wollen die Veranstalter den Zug wenige hundert Meter vorher an der Ecke Kleist-/Kellstraße enden lassen.

Anti-Reagan-Demonstranten ziehen über den Kurfürstendamm

Berlin (dpa). Polizei und Veranstalter der für morgen geplanten Demonstration gegen die Außen- und Abrüstungspolitik der USA konnten sich noch nicht über den Abschlußort der Kundgebung einigen. Während der polizeiliche Staatsschutz auf dem Platz vor der Urania in Schöneberg besteht, wollen die Veranstalter den Zug wenige hundert Meter vorher an der Ecke Kleist-/Kellstraße enden lassen. (V.R. 14.6.87)

Zu den Veranstaltern zählen unter anderem: AL, SEW, Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, IG Druck Bezirk Nordwest Berlin, Jusos, Kommunistischer Bund, Landesschülervertretung, Falken, Sportler für den Frieden, SPD-Schöneberg, HBV-Landesdelegiertenversammlung. Die Berliner SPD hat sich gegen die Demonstration ausgesprochen.

Auf einer Pressekonferenz unterstrich die AL-Bundestagsabgeordnete Ellen Olms den Willen der Veranstalter, eine große und friedliche Demonstration zu organisieren. Auch die „Autonomen“ hätten Bereitschaft bekundet, den Aufzug friedlich zu halten.

Der evangelische Landesbischof Kruse hat anlässlich der geplanten Demonstrationen nach Angaben der Nachrichtenagentur AP dazu aufgefordert, „sich mit allem Nachdruck gegen jede Form von Gewalt, Haß oder Verteufelung mit Worten oder Werken zu wenden“. Bei einem Gottesdienst in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche rief er Pfingsten zum Gebet auf und erinnerte daran, daß die Möglichkeit gewaltfreier Demonstrationen zum Wesen der Demokratie gehöre.

Inzwischen hat die Berliner Polizei mit der Vorbereitung ihres seit Jahren größten Einsatzes begonnen. Dazu sind bereits Verstärkungen aus den anderen Bundesländern über die Transitautobahn eingetroffen.

Nach Polizeiwillen soll die Abschlußkundgebung der Großdemonstration gegen US-Präsident Reagan am 11.6. nicht wie geplant am Breitscheidplatz, sondern vor der Urania stattfinden. Auf dem Plenum der Autonomen am Sonntagabend, das knapp 500 Leute besuchten, wurde gegen die Verlegung des Platzes der Abschlußkundgebung scharf protestiert. Die Polizei könne den Platz vor der Urania ohne die Gefahr größerer Randalbeschäden abriegeln und Demonstranten festnehmen. Wenn ein Teil des Bündnisses von über 130 Gruppen den Auflagen jetzt zustimmen würden, wären sie auf die „Zuckerbrot- und Peitsche-Strategie“ der Polizei, die das Bündnis spalten wolle, hereingefallen.

Der für die Verhandlungen mit den Demoveranstaltern zuständige Staatsschutz hatte den Demozug zunächst über die parallel zum Kurfürstendamm laufende Lietzenburger Straße zur Urania führen und mit einem massiven Polizeispalier begleiten wollen. In einem zweiten Gespräch am Freitag wurde dann „großzügig“ der Ku’damm genehmigt und das Spalier durch einen „mobilen Objektschutz“ ersetzt, berichtet die Berliner AL-Bundestagsabgeordnete Ellen Olms, die die Demonstration mit angemeldet hat.

Bislang hat das Aktionsbündnis dem Vorschlag noch nicht zugestimmt. Den Breitscheidplatz per Gerichtsbeschluß zu erstreiten hält Ellen Olms für nahezu aussichtslos. Versammlungen von mehr als

20.000 Menschen sind auf dem Breitscheidplatz nicht mehr kontrollierbar, hatte das Verwaltungsgericht bereits vor Jahren schon einmal entschieden.

Für den Freitag, wenn der US-Präsident am Brandenburger Tor spricht, plant das Aktionsbündnis mehrere Kundgebungen zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten im Citybereich. Hier hat der Staatsschutz in Kindergartenmännern eine uneingeschränkte Genehmigung für den Fall in Aussicht gestellt, daß es am Vorabend während und nach der Großdemo nicht zu Zwischenfällen kommt.

Mittlerweile ist ein autonomer Aufruf zur Demonstration erschienen: „Gegens das fette Fest der Herrschenden setzen wir unseren Hunger nach Befreiung, Selbstbestimmung und Solidarität“, heißt es in dem Flugblatt. In einem Aufruf der AL wird die Streitmacht der Polizei, die einen Distrikt wie Kreuzberg zum rechtsfreien Raum erklärt, kritisiert. Sonntagabend hat die Polizei ihre „Proben“ für eventuelle Auseinandersetzungen in Kreuzberg anfallen lassen. Ohne ersichtlichen Grund wurden für mehrere Stunden sämtliche Zufahrten zum Heinrichplatz abgeriegelt. An den Grenzkontrollstellen Dreilinden und Staaken werden seit Samstag sämtliche ankommenden Fahrzeuge mit westdeutschem Kennzeichen und Besatzungsjüngeren Alters durchsucht. wollo

Bericht zu den Grenzkontrollen siehe Seite 5

Belagerungszustand

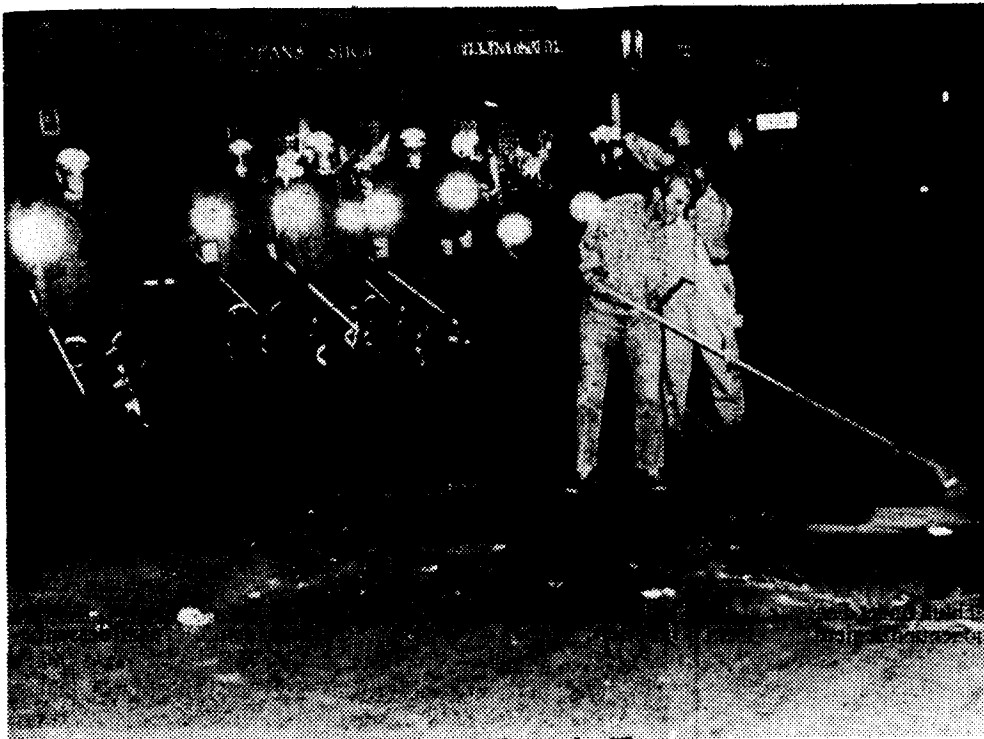
„Sondermüll braucht Sonderentsorgung“ stand auf dem Wagen der Berliner Stadtreinigung, der gegen ein Uhr in der Nacht zum Montag am Heinrichplatz auftauchte, um die Kollegen von der Polizei abzulösen. Unter den erstaunten Blicken der Kreuzberger und Kreuzberg-Besucher waren dort seit einiger Zeit Polizeibeamte damit beschäftigt gewesen, Glasscherben zusammenzukehren und Glascontainer auf Lastwagen zu hieven.

Wer in den frühen Abendstunden am Pfingstsonntag die Oranienstraße entlangflaniert wollte, sah sich unversehens daran gehindert. Polizeifahrzeuge und mehrere Reihen schildebewehrte Polizeibeamte in Kampflanzügen versperrten Fußgängern und Autofahrern stundenlang den Zugang zu dem Stück Oranienstraße zwischen Adalbertstraße und Heinrichplatz. Als habe sie die alljährliche Polizeischau nach Kreuzberg verlegt, defilierte die Polizei mit Panzerwagen, einem Kran, Last- und Einsatzwagen stundenlang die Oranienstraße entlang. Warum, das könnte niemand so richtig beantworten. Mutmaßungen kursierten in einer Kneipe in der Oranienstraße. Eigentlich sei ja mal für diesen Abend ein sozialrevolutionäres Straßenfest am Heinrichplatz geplant gewesen, das aber längst wieder abgesetzt worden war.

Irgendwann, als die Polizei schon längst überall erwartungsvoll Posten bezogen hatte, stand dann so ein Glascontainer vorm dem Heinrichplatz.

Die offensichtlich gelangweilten Polizisten, die umsonst auf Krawalle irgendwelcher Art warteten, wollten nicht unverrichteter Dinge wieder abziehen. Sie begleiteten Anwohner bis vor die Haustür, ließen Gäste eines Restaurants nicht rein, Besucher einer Diskothek nicht mehr rauskommen. Straßenzettel für Fallscharker wurden verteilt. Die Besetzung eines Einsatzwagens benutzte kurzzerhand den Hinterhof eines Hauses in der Kotbusser Straße gemeinsam als öffentliches Pissoir. Bis in die frühen Morgenstunden blieb der Stadtteil abgeriegelt und belagert.

Daß eigentlich kein Anlaß für die Polizeizügelung bestand, bestätigt die Polizei am nächsten Morgen indirekt. Es habe nur ein kurzes Gerangel mit angetrunkenen Personen auf dem Heinrichplatz gegeben, hieß es lapidar im Polizeibericht. Daß dieser sonderbare Sonder Einsatz der Polizei zwecks Sondermüllentsorgung Spuren hinterlassen wird, darüber waren sich vom Punk bis zum Kreuzberger Ladenbesitzer alle einig: „Die sollen uns endlich in Ruhe lassen, sonst passiert hier wirklich noch Schlimmes!“ Rife



10.6.87 taz

Berlins aktive Ordnungshüter, aufgenommen bei der sonntäglichen Polizeiparade am Heinrichplatz. Während die Männer im Vordergrund Glas aufkehren, beschränken sich die Herren im Hintergrund auf's Leuchten. Wo die flammenden Armscheinwerfer herkommen, ob sie möglicherweise sogar Importware aus der Bundesrepublik sind, konnte bislang nicht in Erfahrung gebracht werden. Merkwürdig auch, daß sie keinem der Umstehenden aufgefallen sind. Des Rätsels Lösung: Es handelt sich um reflektierende Armbinden, die den grellen Blitz des Fotoapparats ins Objektiv zurückwerfen — eine photographische Täuschung also.

taz/Foto; Peter Homann

Polizistenfrauen beim Innensenator

10.6.87

„Ich mußte meinem Mann frische Wäsche auf die Wache bringen, weil er nicht mehr nach Hause kam“, klagte Polizistenfrau Marion Berndt (28) gestern Innensenator Wilhelm Kewenig (CDU). Ihr Mann habe seit sechs Wochen keinen freien Tag gehabt, sei ständig im Dienst gewesen. Insgesamt sieben Ehefrauen von Polizisten in Ein-

satzbereitschaften forderten von Kewenig, die Innenverwaltung solle sich stärker für die Belange der Beamten einsetzen.

Die Frauen hielten dem Senator vor, ihre Ehemänner seien im Einsatz auf der Straße, insbesondere bei Ausschreitungen, nur unzureichend ausgerüstet. Auch habe die Polizei nicht die erforderlichen

Mittel, um Handlärer auf Distanz zu halten. Die Gruppe von Ehefrauen der Polizeibeamten plant nun eine Demonstration am 20. Juni.

Kewenig wies die Vorwürfe zurück: „Wir haben uns immer vor die Polizei gestellt.“ Auch habe man mehrfach neue Planstellen im Außendienst geschaffen und wolle neue Schutzkleidung prüfen. mb



So sehen die Militärzüge der Amerikaner aus. Sie fahren in Lichterfelde ab, müssen nicht am Zoo-Stellwerk vorbeifahren.

Zehlendorf: Brandanschlag auf amerikanischen Fernzug

Drei Tage vor dem Berlin-Besuch von US-Präsident Ronald Reagan herrscht Alarmstufe bei den Sicherheitsbehörden: „Autonome Chartisten haben gestern früh Anschlag auf einen amerikanischen Zug verübt.“

Der Fernzug von der US-Basis Bremerhaven nach Lichterfelde rollte gegen 5.20 Uhr mit rund 120 Soldaten über die Gleisanlagen in Höhe der Potsdamer Chaussee (Zehlendorf). Wenige Meter vor dem Bahnhof Lindenholer Allee mußte der Lokführer plötzlich scharf bremsen: Meterhohe Flammen schlugen über das Gleis — Chartisten hatten drei Autoreifen aneinandergekettet und angezündet.

Die Amerikaner riefen die Feuerwehr — die Beamten konnten den Brand schnell löschen, räumten die Reifen weg. Neben dem Gleis lag ein von „Autono-

men Zellen“ geschriebenes Flugblatt: „Feuer und Flamme für den amerikanischen Präsidenten“. Nach 23 Minuten konnten der Zug nach Lichterfelde weiterfahren. taz mb

Scharfe Grenzkontrollen in Berlin vor dem Reagan-Besuch

Fahrzeuge mit westdeutschen Kennzeichen und jugendlichen Insassen werden bei der Einreise nach West-Berlin an der Grenzkontrollstelle / Innensenator fürchtet die Einreise von Autonomen

Von Martin Wollenberg

Berlin (taz) — Vier Tage vor US-Präsident Reagans Besuch in West-Berlin werden Fahrzeugen mit westdeutschem Kennzeichen und jungen Insassen bei der Einreise nach West-Berlin an den Grenzkontrollstellen genauestens kontrolliert. Vor allem in den Nachmittags- und Abendstunden kommt es zu längeren Wartezeiten, bis man die Kontrollstelle der West-Berliner Polizei- und Zollbehörden passieren kann. Grund für die Zugangsschwerungen in den „freien“ Teil der Stadt sind Befürchtungen der Innenverwaltung, daß zur Großdemonstration gegen Ronald Reagan Autonome aus der Bundesrepublik als Pfingsttouristen getarnt nach Ber-

lin einreisen könnten, heißt es in einer Presseerklärung des Innensensats.

Bei der Durchsichtung von Fahrzeugen sollen im Laufe des Sonntag abends mehrmals „Waffen“ beschlagnahmt worden sein. Was darunter genau zu verstehen ist, war gestern nicht in Erfahrung zu bringen. Auch als Lastkraftwagen angemeldete Autos werden in einer „Gemeinschaftsaktion“ von Zoll und Polizei durchwühlt.

„Nur wer kontrolliert wird, muß einige Minuten Aufenthalt in Kauf nehmen“, erläutert ein Polizeisprecher. Zurückweisungen seien an der West-Berliner Grenze nicht möglich. Inwieweit bereits die westdeutschen Kontrollstellen Durchsuchungen oder Zurückweisungen vornehmen, durften

die befragten Beamten gestern nicht preisgeben.

Wenn die Einreise ins Berliner Stadtgebiet gelungen ist, der muß auch dort mit häufigen Kontrollen rechnen. Im Bezirk Kreuzberg wurde am Samstag Fahrzeugen mit westdeutschen Kennzeichen mehrfach von Einsatzwagen der Polizei der Weg abgeschnitten und bei allen Insassen Ausweiskontrollen vorgenommen.

Polizisten-Frauen wollen ihre Männer öfter zu Hause haben

Bei der Alliierten Parade seilen sich Soldaten aus Hubschraubern ab
 Militärschau am 13. Juni — Bezeugung „alliiertes Solidarität“

Alliierte planen Spektakuläres zum Tag der Streitkräfte

Fallschirmspringer landen auf der Straße des 17. Juni

MoP 56

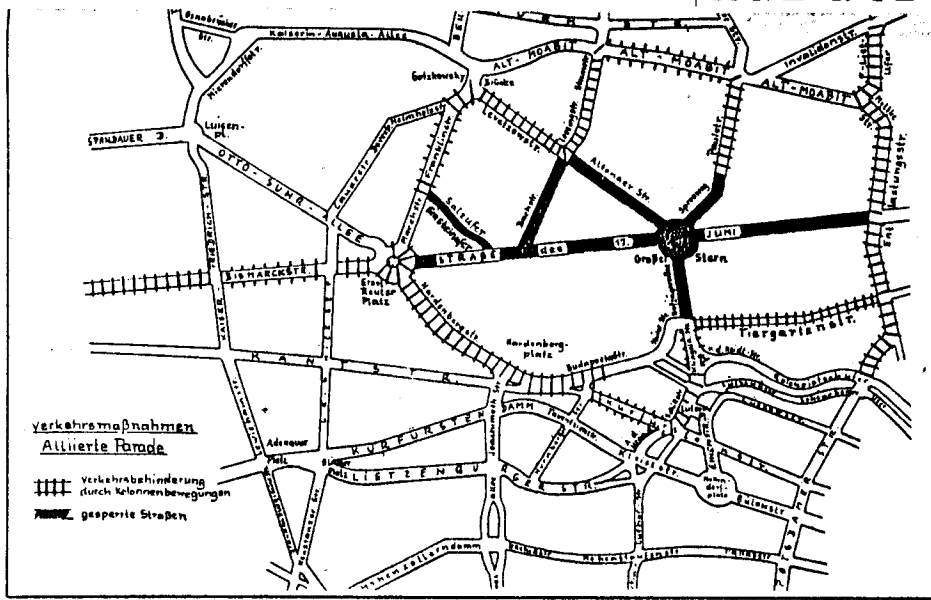
Reagan trifft Weizsäcker im Bellevue

mam Berlin, 30. Mai

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan wird — in Begleitung von Ehefrau Nancy — am 12. Juni um 11 Uhr 45 an Bord der Präsidentenmaschine „Air Force One“ auf dem Flughafen Tempelhof eintreffen. Ihre erste Besuchsstation ist das Schloß Bellevue, der Berliner Amtssitz des Bundespräsidenten, wo sie von Richard von Weizsäcker und dessen Ehefrau erwartet werden.

Das noch nicht in allen Einzelheiten festgelegte Besuchsprogramm sieht dann die Fahrt zum Berliner Reichstag vor, wo die offizielle Begrüßung der amerikanischen Gäste stattfinden wird.

Um 13 Uhr 30 soll Präsident Reagan am Brandenburger Tor seine angekündigte Rede halten. Etwas eine Stunde später nimmt er an einer Geburtstagsfeier der US-Streitkräfte zu Ehren Berlins teil, die auf dem Flugplatz Tempelhof stattfindet. Von dort aus fliegt Präsident Reagan um 16 Uhr 15 nach Bonn, um dort mit Bundeskanzler Helmut Kohl zusammenzutreffen.



Diese Karte zeigt den Schwerpunkt der Straßensper- rungen zur alliierten Parade auf der Straße des 17. Juni. Die Militärschau findet am Sonnabendmittag, die Probe dazu am Mittwochabend statt.

Zur alliierten Parade und Probe umfangreiche Straßensperrungen

Fortsetzung von S. 1: Besuch des US-Präsidenten wird ein großes Volksfest

Reagan trifft auch Trümmerfrauen

Gäste werden vorsortiert, Polizeiaufgebot schlägt Rekorde

Reagan-Besuch soll provokatorischen Charakter tragen

Jubelbanker

Berlin steht Kopf. Denn angesichts des bevorstehenden Besuchs des US-Präsidenten wird weniger an ein Volksfest gedacht, als vielmehr heißblütig darüber spekuliert, wann die Krawalle losgehen. Der Kurzschlußgedanke Demonstration gleich Randalen soll sich offensichtlich in den Köpfen einnisten. Ein Spiel mit dem Feuer, bei dem sich auch so mancher Politiker die Finger verbrennen dürfte. Ganz praktisch gehen dagegen diejenigen ans Werk, die den festlichen Charakter der Stippvisite betonen wollen, wie der Berliner Bankenverband. Er

ermuntert alle Geldinstitute, „Jubelbanker“ für Reagans Kurzbesuch an der Mauer zu stellen. Und, man höre und staune, man/frau bekommt für den Auftritt sogar zwei Stunden Arbeitszeit erlassen. Was die Begeisterung im Verband so hohe Wogen schlagen läßt, daß er sogar zu Sonderopfern bereit ist, liegt bislang im dunkeln. (Etwa die „ermutigende“ US-Wirtschaftspolitik?) Bleibt allein die Gewißheit, daß die nächste fünfminütige „Arbeitsniederlegung für den Frieden jetzt nicht mehr so ohne weiteres in Bausch und Bogen verdammt werden kann. Wo man doch einem Friedenspräsidenten, der art huldigte.

Teile des britischen Sektors zur Bannmeile erklärt

Reagan-Besuch wird ein großes Volksfest

Der Besuch des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan am Freitag nächster Woche in Berlin soll zu einem Volksfest werden. Das erklärte gestern der amerikanische Gesandte Kornblum. Die Amerikaner wollten trotz der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen nicht nur „geschlossene Veranstaltungen“ mit dem amerikanischen Präsidenten und Nancy Reagan in Berlin.

Wir schneiden die „Paradetorte“ an

5.6.87
 Rosetten, das B-750-Signet und die Aufschrift „Parade Alliee 13 Juni 1987“ (Alliierten-Parade 13. Juni 1987): US-Oberst Richard P. Guthrie und die Übersetzerin Gabriele Lenger schneiden die „Paradetorte“ zum Tag der Alliierten Streitkräfte am 13. Juni an. 2.750 alliierte Soldaten, 65 Panzer und 30 Fallschirmspringer üben schon für die große Militärparade (Straße des 17. Juni).

Der Präsident verzichtet auf den Hubschrauber, fährt nur mit dem Auto rum

Der Zeitpunkt des Reagan-Besuches: 13.7.
 ● Mittags! Ankniff des Präsidenten auf dem Flughafen Tempelhof mit der Air-Force-One-Maschine vom Typ Boeing 707.
 ● Anschließend Begrü-

ßung durch den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen. 6.6.
 ● Ronald Reagan wird in Berlin keinen Hubschrauber benutzen, sondern mit dem Auto zum Schloß Bellevue fahren.

In Tempelhof schneidet Reagan eine Torte an, wenn er mit den Berlinerinnen Geburtstag feiert

Zu einem zweiten Zusammentreffen mit Ronald Reagan sind Berliner am Nachmittag eingeladen — in der Halle B des Flughafens Tempelhof.

Dort startet ab 14 Uhr die eigentliche Geburtstags-Party.
 Der amerikanische Präsident wird eine riesige Torte anschneiden und die 3000 Gäste sollen dann den amerikanischen Geburtstags-Song „Happy Birthday“ anstimmen.

Die Halle wird zum farbenfrohen Berlin-Bole- vard umgestaltet: Es gibt

EB- und Trinkbuden in Form von Nachbildungen historischer Gebäude. 3.2

Zu sehen sind der Reichstag, das Schloß Charlottenburg, die Philharmonie, der Kammermusik-Saal, die Spandauer Zirkelallee, das Rathaus Schöneberg und vieles mehr.

Vor der Kulle der Kongreßhalle wird der amerikanische Präsident seine Ansprache halten. 6.6.
 Küche der US-Army werden typisch amerikanischen Gerichte zubereiten — vom Original-Hamburger bis zum Barbecue.

Nach dem Gespräch im Schloß trifft der Präsident sich mit den Trümmerfrauen

Dort trifft er Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu einem etwa halbstündigen Gespräch.

Dieser begleitet den amerikanischen Präsidenten zum Reichstagsgebäude.

Reagan wird dort von Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundestagspräsident Philipp Jenninger erwartet.

Der US-Präsident be- sichtigt eine Ausstellung über den Marshallplan, spricht mit ehemaligen Trümmerfrauen.

Danach macht er einen Rundgang durch den Reichstag, blickt vom Balkon aus auf die Mauer und Ost-Berlin.

Anschließend: Fahrt zum Brandenburger Tor. Eine Stunde später: Fahrt zum

Flughafen Tempelhof. 3.2

Hier besichtigt Ronald Reagan zwei Rosinenbom- ber, begrüßt die Luftbrük- ken-Piloten Jack O. Bennett, Gail Halvorsen und Oberst Chealander. 6.6.

Chealander war der Luftbrücken-Pilot, der die Idee hatte, die Pakete über Berlin abzuwerfen. Sein 30jähriger Sohn ist Militärassistent bei Ronald Reagan, wird bei seinem Besuch auch seinen Vater wiedertraffen.

Nachdem Reagan die Front einer US-Einheit ab- geschritten hat, beginnt die Geburtstagsparty.

Am späten Nachmittag fliegt der Präsident mit Bundeskanzler Helmut Kohl nach Bonn zurück, um von dort aus in die Vereinigten Staaten zurückzu- kehren.

2750 Soldaten bei alliierter Parade

Erhebliche Verkehrsbehinderungen erwartet

Insgesamt 2750 amerikanische, britische und französische Soldaten werden am 13. Juni die obligatorische alliierte Parade entlang der Straße des 17. Juni bestreiten. Neben drei Flugzeugen werden auch acht Hubschrauber die Paradedecke abfliegen, teilten die Organisatoren gestern mit. Elf Kapellen der drei westlichen Alliierten sorgen mit ihrer Musik für den richtigen Trill der Fußtruppen, denen 195 Fahrzeuge, darunter 65 Panzer folgen werden.

Vorm Reagan-Besuch: Alarm! 4000 Polit-Rocker nach Berlin

Bild 6.6.

Organisatoren beklagen Hetzkampagne

Polizei will große Zahl Zivilbeamter bei Reagan-Demonstration einsetzen

Kittlaus: Ausschreitungen erwartet — Verstärkung aus Westdeutschland

Senator unter Krawall-Zwang

Die Berliner Behörden reden den Anti-Reagan-Krawall geradezu herbei

Berlin (taz) — Auf bundesdeutsche Polizeiformen werden Bären aufgenäht, Ausrüstung und Beamte belächeln den Flugverkehr, und die 34. Bereitschaftspolizeihundertschaft hat für die Berliner in wochenlanger Arbeit 100 Absperrgitter überholt und neu lackiert. Die polizeiliche „Generalmobilmachung“ und der „Knüppeltourismus“ verschlingen Millionen. Außerdem hat der Import von Polizisten aus der Bundesrepublik Diskussionen über den Berlin-Status ausgelöst, und Innensenator Kewenig hat das wichtigste Argument verloren, um eine weitere personelle Verstärkung der Ordnungskräfte in der Mauerstadt zu fördern.

Ein hoher Preis muß irgendwie gerechtfertigt werden, am besten mit der Anzahl der festgenommenen Demonstranten. Innensenator Kewenig ist jetzt darauf angewiesen, daß Autonome und Militante am 11. und 12. Juni tatsächlich zum mittelländischen Kräftenessen auf den Kurfürstendamm eilen. Doch die Innenverwaltung scheint derzeit das Gespenst umzutreiben, daß die vielbeschworbenen in- und auswärtigen Chaoten ausgerechnet dann, wenn 10.000 Ordnungshüter zu ihrer Festnahme bereit stehen, die gewünschte Randalie nicht liefern. Seit einigen Tagen sind die Behörden daher eifrig bemüht, durch Informationen an die Presse die Krawalle herbeizureden und herbeizuorganisieren. Deeskalation scheint Innensenator Kewenig derzeit nicht opportun zu sein. So ließ er an alle Berliner Lokalredaktionen den Aufruf zur „Hönkel-Aktionswoche“ verteilen. Darin würden „Rebellinnen, Chaoten, Pyromanen, Gelegenheitsdiebe und Plünderinnen“ von den „erklärten Feinden des Alltags, der Arbeit und der Ordnung“ eingeladen, empört sich der Senator. Was ursprünglich als phantasievolles Anti-Reagan-Festival geplant war, wird von Regierungsseite jetzt zum gefährlichen Randalie-Programm hochstilisiert.

Die Medienstimmen brav auf die Kampagne ein, Springers „Welt“ zitiert auf Seite 1 den Hönkel-Aufruf, und der öffentlich rechtliche SFB kündigt schwere Tage an und wünscht den Berlinern „gute Nerven“.

Tatsächlich muß Kewenig vor allem wohl vor einer Ankündigung im „Hönkel-Aufruf“ Angst haben: „Wir lassen uns unsere Kampfform und Lust, den Zeitpunkt und den Ort und die Dauer und den Anfang nicht von Ihrem Rahmenplan bestimmen.“ Eine gigantische Selbsteinkesselung der Berliner und der zugereisten Polizei wäre das schlimmste, was dem Berliner Innensenator zum Reagan-Besuch passieren kann.

Die Organisatoren der Berliner Friedensdemonstration am 11. Juni zeigten sich gestern empört „über die unbeschreibliche Hetzkampagne und über die Kriminalisierungsversuche gegenüber den mehr als 140 Aufrufern“. Es seien alle Vorbereitungen über eine große Demonstration mit friedlichem Verlauf getroffen worden. In der Vorbereitungsgruppe herrsche ein Klima, „wie es für Friedensdemonstrationen üblich ist“. Dies sei auch bei den gestrigen Verhandlungen mit der Polizei deutlich geworden, betonen die Organisatoren.

Seite 9
Weitere Themen im Lokaltell: Die ersten bundesdeutschen Polizeifahrzeuge sind eingetroffen — Zweites Urteil nach Kreuzberger Krawallen.

Berlin stellt sich auf Krawalle ein

Demonstrationen während Reagan-Besuchs angekündigt / 10 000 Polizisten im Einsatz

DIETER DOSE, Berlin

Schon eine Woche vor dem Besuch des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan befindet sich die Berliner Polizei in erhöhter Alarmbereitschaft. Von heute an werden bei der Einreise an den Grenzkontrollpunkten, am Bahnhof Zoo und auf dem Flughafen Tegel verschärfte Kontrollen vorgenommen. Es gibt Hinweise, daß Chaoten aus dem übrigen Bundesgebiet versuchen werden, als „Pfingst-Touristen“ einzureisen, um am Donnerstag und Freitag nächster Woche an den Demonstrationen gegen Reagan teilzunehmen.

Berlin erwartet zum Wochenende zusätzlich zu den 120 000 Turnfestteilnehmern rund 70 000 Besucher, darunter bis zu 15 000, die drei Rockkonzerte vor dem Reichstag miterleben wollen. „Wir kennen keine Zahlen, aber wir wissen, daß eine Vielzahl von Leuten, die zu Gewalttaten bereit sind, nach Berlin kommen wollen“, erklärte ein Sicherheitsexperte. Bei dem Reagan-Besuch 1982, der mit schweren Ausschreitungen verbunden war, waren es 3000. Schätzungen beim Senat und der Polizei gehen für

den anstehenden Besuch von einer ähnlichen Größenordnung aus.

Die linke Szene, angeführt vom kommunistischen SED-Ableger SEW, hat für den Vorabend des Reagan-Besuchs eine Großdemonstration in der Stadtmitte sowie für Freitag — während der US-Präsident am Brandenburger Tor spricht — drei Kundgebungen an verschiedenen Orten angemeldet. Zu den Anmeldern gehören ein SEW-Kreisvorsitzender, der Juso-Vorsitzende Burkhard Exner und die AL-Bundestagsabgeordnete Ellen Oims. 126 Organisationen und Gruppen wollen sich daran beteiligen: zahlreiche kirchliche Verbände, „Friedensinitiativen“, Palästinenser, Kommunisten aus Irak und der Türkei, „Sportler für den Frieden“ und ein „Weiberrat“.

5.6.87
„Als unverantwortlich und dem Ansehen Berlins abträglich“ hat Innensenator Wilhelm Kewenig (CDU) die Teilnahme von zwei SPD-Kreisverbänden, der Jungsozialisten, der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen sowie der Gewerkschaften Druck und Papier und Handel, Banken, Versicherungen verur-

teilt. Der SPD-Landesvorstand hatte mit 13 gegen neun Stimmen den Beschluß gefaßt, daß sich die Berliner SPD nicht an Aktionen gegen Reagan beteiligen sollte. „Sie und andere gehen Arm in Arm mit dem nahezu kompletten kommunistischen, links-extremistischen und alternativen Lager“, sagt Kewenig.

Rund 10 000 Polizisten, darunter 1000 aus anderen Bundesländern sowie die Berliner Freiwillige Polizeireserve, werden am 11./12. Juni im Einsatz sein. Heute rollen die ersten rund 50 Polizeifahrzeuge aus dem Bundesgebiet — leer und mit überklebten Kokarden, weil das im Transitverkehr Vorrecht ist — nach Berlin. Die 1000 Polizisten, die auf dem Luftweg kommen, bringen ihre Ausrüstungen mit.

In einem anonymen Flugblatt unter der Überschrift „Hönkel-Rausch“ wird zu folgendem aufgefordert: „Der Stadt den Geschmack von Freiheit und Abenteuer auf die Straße brennen.“ Zum Auftakt der geplanten Anti-Reagan-Krawalle ist für Sonntag ein „sozialrevolutionäres Straßenfest“ in Kreuzberg angekündigt.

Kruse mißbilligt Aufruf zu Demo gegen die USA

Der evangelische Landesbischof Dr. Martin Kruse hat in einem Brief an die Jugendkammer der Berliner Kirche und die Evangelischen Studentengemeinden mißbilligt, daß diese einen Aufruf zu einer Demonstration anlässlich des bevorstehenden Reagan-Besuches in Berlin unterzeichnet haben. Kruse schreibt, dabei werde die offenkundige Tatsache außer acht gelassen, „daß trotz fortdauernder tiefgehender Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gerade auch Präsident Reagan ein Abkommen über die Beseitigung der atomaren Mittelstreckenraketen in Europa anstrebt.“ Es sei im Sinne der Friedensdenkschrift der EKD und entsprechender Beschlüsse der Berliner Synode, wenn Christen für das Zustandekommen eines ersten Teilabkommens zu atomarer Abrüstung eintreten. Die in dem Aufruf vorgenommene „Totalverurteilung der amerikanischen Politik“ könne dem nicht dienen, schreibt Kruse.



Suchbild: Völlig verdeckt von Polizeibeamten und Schildern ist hier ein Pressefotograf. Er wollte am Abend des 2. Juni auf dem Kurfürstendamm die Festnahme einer jungen Frau fotografieren. Etwa 15 Beamte drängten ihn ab und drückten ihn zu Boden. Dort wurde er mit Füßen getreten und gestoßen. Die Polizei ließ von ihm ab, als andere Fotografen dazukamen. Foto: David Baltzer/muskat

West-Berlin erwartet Mammut-Polizeieinsatz

10.000 Polizeibeamte sollen Reagan während seines Besuchs in West-Berlin schützen / Hinzuziehung von Beamten aus der Bundesrepublik verstößt gegen Alliierten-Status der Stadt / Offiziell soll ein „Volksfest“ gefeiert werden

Reagan-Besuch v. 6. 6. 87
Größter Einsatz für Polizei, seit Jahren

Verstärkung aus dem Westen

1.000 Polizeibeamte aus allen Bundesländern sollen den amerikanischen Präsidenten beschützen / Hessens Polizei wurde schon vor vier Monaten bestellt

Stimmungsmache bei der Polizei

Westberlin (DW/dpa). Bereits am Freitag begann die hiesige Polizei mit schärferen Kontrollen an Dreilinden und Heerstraße ihre Panikmache zum Reagan-Besuch. Gesucht wurde nach Waffen (!) - zu den Ergebnissen wollte die Polizei nichts sagen. Die ersten 50 Polizeimannschaftswagen trafen ebenfalls einzeln und ohne Besatzung sowie mit abgedeckten Emblemen über die Transitstrecken ein. Vom 11. bis 14. Juni werden große Gebiete des Tiergartens Banmelle (Protestverbot).

Landespolizeidirektor Kittlaus rechnet mit einer „äußerst risikvollen Demonstration“. Wegen „Ausschreitungen“ habe man insgesamt 10.000 Polizisten - davon 1000 aus der BRD - abgestellt. Selbst eine bisher nicht existierende Spezialeinheit wurde gebildet. Kittlaus sprach von einer „erheblichen Werbung“ für die Reagandemonstration

„Äußerst risikvolle Demonstration“
Westberlin (DW). Den Demonstranten warf er vor, „keine politische Zielsetzung“ zu haben. Es dominierten eine „Anti-Haltung und die Neigung zur Gewalt“.
Pätzold (SPD) warf der Polizei vor, sie jage von „Einsatz zu Einsatz“. Die Polizisten seien einer „fortwährenden Überbeanspruchung ausgesetzt“. Rasch (FDP) sprach sogar von „einer gereizten Stimmung bei den Sicherheitskräften“ und forderte eine „psychologische Schulung und Betreuung“ in den Polizeikassernen. Dies sei zur Vermeidung von Aggressionen erforderlich. Von Polizeischerz wünschte er, sich mehr mit „psychologisch fundierten Strategien und Taktiken“ und weniger mit Überlegungen über den Einsatz von Distanzwaffen zu beschäftigen. Alle bisherigen Distanzwaffen könnten schwere Verletzungen zur Folge haben.

Reagan-Demo: Alle Vorbereitungen für friedlichen Ablauf

Westberlin (DW). Für die für den 11. Juni geplante Friedensdemonstration anlässlich des Reagan-Besuches sind alle Vorbereitungen getroffen, um eine große Demonstration mit friedlichem Verlauf durchzuführen. Dies teilten die Anmelden und Anmelde der Veranstaltung am Freitag der Presse mit.

Mit Empörung reagierten sie auf die „unbeschreibliche Hetzkampagne“ gegen die inzwischen mehr als 140 Aufrüfer sowie Versuche zu deren Kriminalisierung, die Innensenator Kewenig mit einer Erklärung auslöste. „Der Senat will offensichtlich Öl auf das Feuer gießen, das durch seine undemokratische und unsoziale Politik zum Beispiel in Kreuzberg entfacht wurde“, heißt es in der Pressemitteilung.

Kewenig wütet gegen Hönkel

„Anti-Demokraten“

Innensenator Kewenig hat jetzt festgestellt, daß die Reagan-Demo am 11.6. von „Kommunisten, Linksextremisten und Alternativen“ beherrscht wird. Tonangebend seien die „anti-demokratischen Kräfte“. Die geplante Großdemonstration sowie an deren Aktionen würden von den Veranstaltern und dem Großteil der Unterstützer mit grotesken Unterstellungen und hohlen ideologischen Phrasen bearbeitet und legitimiert.

BRD-Polizisten kommen mit voller Ausrüstung und Wasserwerfern

Hoheitszeichen sollen übermalt werden

5000 Reise-Chaoten zu Reagan-Besuch nach Berlin

Zu einem Europa-Treffen der Chaoten wollen nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden etwa 4000 Extremisten aus dem Bundesgebiet und rund 1000 weitere aus dem westlichen Ausland nach Berlin reisen. Geplant sind Gewaltaktionen anlässlich des Besuchs des US-Präsidenten Ronald Reagan am 12. Juni.

Weil die Anti-Terror-Einheit GSG 9 und andere Kräfte des Bundesgrenzschutzes wegen des Viermächtestatus nicht in Berlin eingesetzt werden können, will die US-Armee eine eigene Anti-Terror-Einheit bereitstellen. Zur Verstärkung der Berliner Polizei kommen

1000 Polizisten aus den Bundesländern nach Berlin. Die Berliner Polizei verfügt über 20.000 eigene Kräfte und 2.000 Angehörige der sogenannten „Freiwilligen Polizei-Reserve“, die den Schutz gefährdeter Objekte übernehmen sollen.

Mit Hilfe von Sonderkontrollen will die Polizei im Bundesgebiet und in Berlin nach „gefährlichen Gegenständen“ wie Benzinbomben und Stahlzwillen suchen. Berliner Sicherheitsexperten äußern jedoch die Befürchtung, für die von außerhalb anreisenden Chaoten seien längst Depots in Berlin angelegt worden. Die Berliner Krawallszene wird auf 800 bis 1.000 Personen geschätzt.

10 000 Beamte bei Reagan-Besuch auf den Straßen

Mit dem größten Polizeiaufgebot, das je in Berlin bei einer Demonstration eingesetzt wird, will die Senats-Innenbehörde möglichen Ausschreitungen anlässlich des Besuchs von US-Präsident Reagan am 12. Juni begegnen.

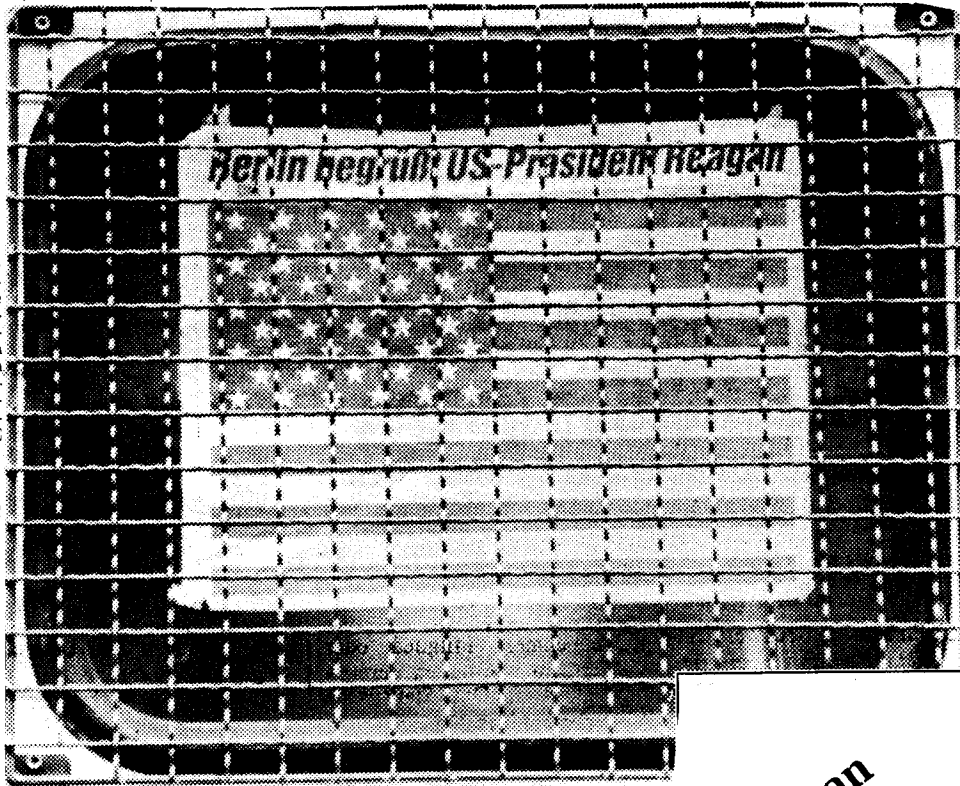


Foto: Achim Duwentäster

Kewenig: „Anti-Demokraten“ wollen Reagan-Besuch stören

Nach Erkenntnissen des Berliner Innensenators Wilhelm Kewenig (CDU) werden bei der Demonstration, die am Vortag des Besuchs des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan kommende Woche in Berlin geplant ist, „anti-demokratische Kräfte den Ton angeben“.

Als „unverantwortlich und dem Ansehen Berlins abträglich“ bezeichnete der Politiker gestern in einer Presseerklärung die Tatsache, daß sich auch zwei Kreisverbände sowie Arbeitsgemeinschaften der SPD, die Gewerkschaften HBV sowie Druck und Papier und

kirchliche Gruppen beteiligen wollen.

Sie gingen „Arm in Arm mit dem nahezu kompletten kommunistischen, linksextremistischen und alternativen Lager“, das organisatorisch wie thematisch die Vorbereitung und Durchführung der für den 11. Juni geplanten Demonstration beherrsche.

Kewenig nannte in diesem Zusammenhang unter anderen die AL, die SEW und linksextremistische Ausländergruppen. Es bestehe die Gefahr, daß gewalttätige Störer die Demonstration als Deckmantel mißbrauchen und versu-

chen würden, den Ablauf in ihrem Sinne umzufunktionieren.

Der Innensenator verwies auf ein Flugblatt, in dem „Rebellinnen, Chaoten, Pyromanen... Gelegenheitsdiebe und Plünderinnen“ von „erklärten Feinden des Alltags, der Arbeit, der Ordnung“ aufgerufen würden, „der Stadt einen Geschmack von Freiheit und Abenteuer auf die Straßen zu brennen“. Dies sei nicht die Sprache friedlicher Demonstranten, sondern von „potenziellen Gewalttätern, die das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit durch ihr Verhalten mit Füßen treten“, erklärte Kewenig.

Auch Wasserwerfer rücken an
v. 6. 6. 87
Die ersten der von der Bereitschaftspolizei im Bundesgebiet erprobten Mannschschaftswagen sind gestern über die Grenzkontrollstellen Dreilinden und Staaken in die Stadt gerollt. Insgesamt etwa 50 Fahrzeuge werden den nicht ausreichenden Fuhrpark der Berliner Polizei komplementieren.

Dilettanten am Werke

Dritter Prozeß in Sachen Kreuzberger Krawalle

Gestern wurde im Moabiter Kriminalgericht der dritte Prozeß in Sachen Kreuzberger Mai-Krawalle verhandelt. Diesmal mußte sich der 20jährige Theo W. wegen schweren Landfriedensbruchs und Widerstand vor dem Jugendschöpfungengericht verantworten. Er soll am 17. Mai aus einer Menge heraus einen Stein auf ein Polizeifahrzeug geworfen haben, danach in eine Pizzeria geflüchtet sein und dort die Tür gehalten haben. Die Vernehmung des einzigen polizeilichen Tatzeugen förderte jedoch so Besonderliches zu Tage, daß Theo

W.s Haftbefehl noch vor der Urteilsverkündung aufgehoben wurde. Der Prozeß wird kommenden Montag fortgesetzt.

TR 211.6.87

Beider Abfassung von Theo W.s Haftbefehl und Anklageschrift waren bei der Staatsanwaltschaft Stümper am Werke. Theo W. verdankt diesem dilettantischen Machwerk — der Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs ergibt sich durch eine bloße Aneinanderreihung nicht zusammengehörender Vorgänge — mehr als drei Wochen Untersuchungshaft. Im folgenden eine Kostprobe aus der Anklageschrift: »Während der schweren Ausschreitungen in Berlin Kreuzberg in der Nacht des 16./17.5. während Steine auf Polizei- und Feuerwehrleute sowie deren Fahrzeuge geworfen, Bauwagen angezündet, Geschäfts-scheiben zertrümmert und Straßen verbarrikadiert wurden, schleppte der Angeklagte aus einer auf dem Heinrichplatz befindlichen Menge von etwa 150 bis 200 Personen, die Steine auf dort zur Festnahme eingesetzte Beamte warfen, seinerseits einen Stein gegen das mit dem Zeugen... besetzte Fahr-
zeug.«

Zeuge gehört wurde, hatte Theo W. aber keineswegs am Heinrichplatz den Stein werfen gesehen: Der Angeklagte habe auf der Oranien-/Ecke Skalitzerstraße gestanden, »ungefähr 300 Meter vom Heinrichplatz entfernt«. Eine Gruppe von fünf bis zehn Personen habe sich vielleicht in seiner Nähe befunden. Die Aussage des Zeugen deckte sich mit der von ihm nach der Festnahme Theo W.s gefertigten Strafanzeige. Der Widerspruch zwischen Haftbefehl und Strafanzeige hätte der Staatsanwaltschaft spätestens bei der Anklageerhebung in Auge springen müssen. Bleibt auf eine Erklärung im Plädoyer am kommenden Montag zu hoffen. Theo W. selbst hatte eine Aussage verweigert. plu



So kann das Leben sein. Aber muß es so sein? Im Gesicht dieser jungen Frau spiegeln sich Zweifel. Fotografiert am Freitag in der City. Foto: BM

Mauerpolitik

Über Politik, die keine mehr ist

Nach dem 1. Mai kursierte der Witz in der Stadt, der Senat plane, Kreuzberg an den Osten zu verkaufen. Daß es dazu gar nicht kommen mußte, um den Kreuzbergern mal Ost-Lebensgefühl zu demonstrieren, merkten nicht nur die Kreuzberger am letzten Freitag. Busse, Bahnen, Straßen, alles abgeriegelt: eine wirkliche Blockade. Zur selben Stunde, als der amerikanische Präsident am liebsten eigenhändig die Mauer eingerissen hätte, wurde der amerikanische Sektor der Stadt abgeriegelt. Wo keine Mauern waren, wurden sie gezogen. Diese neue Mauerpolitik gebiert interessante Allianzen. »Die Mauer muß weg« wird jetzt der neue Slogan in Ost und West. Man ruft ihn auf der östlichen Seite des Brandenburger Tors, am Kessel am Nollendorfplatz und auch am Halleschen Ufer.

Berliner sind da empfindlich. Die einen haben die Blockade noch nicht vergessen, die anderen sind allergisch gegen die Polizeipräsenz. Beide finden im Wort »Mauer« ihren Begriff. Wer jedes Jubiläum nutzt, um die Mauer durchlässiger zu wünschen, kann nicht unsichtbare Mauern in Berlin errichten, um eines vermeintlichen »inneren Friedens« willen. Der Innensenator ist nicht nur Polizeisenator. Auch wenn er eindrucksvolle 10.000 Polizeibeamte samt Hilfstruppen aus Westdeutschland auf die Beine stellen kann.

Die Welt, die im Geburtstagsjahr auf Berlin blicken soll, sieht einen Ausverkauf der Politik: Einen Senat, der sich verzweifelt bemüht zu feiern, und einen Innensenator, dem sich Politik nach Mannschaftsstärke bemißt. Kein Fest, keine Ausstellungsöffnung ohne mehrere Wannen und Polizisten in Kampfuniform.

Und da Kreuzberg in vieler Hinsicht ein Musterbezirk ist, hat der Innensenator anlässlich des Reagan-Besuchs einen Vorschmack darauf geliefert, wie er Konflikte zu lösen imstande ist. Er überläßt sie der Polizei. Die Polizei ordnete die Blockade für Kreuzberg an, der Innensenator segnete ab. Daß solche Neuberliner Abriegelungen undemokratisch sind, ist offensichtlich. Als Lösungsstrategie sind sie kurzatmig und unpolitisch. Sie machen jedes Gespräch unmöglich mit denjenigen, die, sei es aus Überzeugung oder aus Verzweiflung, Schaufensterscheiben einschmeißen. Sie schaffen nur die altbekannten Schlagzeilen über Berlin als Randal-Hauptstadt. Das Grundrecht aller, sich frei zu bewegen, wird außer Kraft gesetzt. Polizeitaktische Lösungsmuster werden zu den allein praktizierten. Das Bild sozialer Wirklichkeit verzerrt.

Die Kreuzberger haben keine Lobby, schon gar nicht die aus SO 36. Keiner macht sich stark für den seit Wochen von Polizei geplagten Stadtteil. In Kreuzberg sitzt kein Geld, kein starker Verein. Gewerbetreibende haben sich unter dem sinnigen Namen »Notgemeinschaft« zusammengeschlossen. Seit Jahren werden Strategien ausgearbeitet, die kaum Gehör finden. Und auch wenn Kreuzberg eingeschlossen — ausgeschlossen — wird, rührt sich nur schwacher Protest. Selbst der Bürgermeister desertierte, er hörte Ronald Reagans Freiheitsrede.

Brigitte Fehrlé

Fortsetzung: Demonstration in Bonn ohne Zwischenfälle

Jochen Vogel mit Eiern beworfen

Unruhen in der City: Wer ist unruhig, wer nervös? ...

... Sie haben Knüppel, sie haben Schilde, sie haben Gewehre. Doch eines Tages werden sie einsehen müssen, daß ihnen das alles nichts mehr nützt (frei nach Brecht).



Fotos: Siegbert GRUCHOT (4), Jürgen HENSCHEL (2), Hansi WUTHENOW (3); Texte: Hari WINZ; Gestaltung: Gernot BATESCH



Der „Schwarze Block“, mehrere Tausend mit Motorradmasken verummte Gestalten, war bei der gestrigen Anti-Reagan-Demonstration international besetzt. *BM 12.6.87* Foto: BM

Wo bitte geht's zur Bülowstraße?

Hilflosigkeit beim Polizeieinsatz am Donnerstagabend in Schöneberg

Daß vom KadeWe bis zum Nollendorfplatz kaum eine Scheibe heil blieb, daß am Winterfeldtplatz Barrikaden brennen konnten und am Wittenbergplatz eine halbe Hundertschaft im Steinhagel die Flucht ergreifen muß, hatte angesichts der Polizeihochrüstung der letzten Wochen kaum jemand für möglich gehalten. Wo war sie vorgestern, die zehntausendköpfige Ordnungshüterschar? In der Potsdamer Straße, wo die meisten Demonstranten nach der Randalen auf- und abflanierten, bot sich ein Bild totaler Konfusion. Zehn Wannen fuhrten mit Blaulicht und hoher Geschwindigkeit Richtung Kleistpark, zehn andere rasten ebenfalls mit »lalulala« in die entgegengesetzte Richtung. In der Bülowstraße kurvten einzelne Einsatzfahrzeuge wie irrsinnig umher, während vor Radio 100 in der Potsdamer Straße ein westdeutscher Verband halt machte, absaß, irritiert die Umgebung betrachtete und auf laute Punk-Musik und ob-

skure »Hönkel-Rufe« lauschte. Ein älterer Mann berichtet vom Hilfeersuchen eines Wannenkaptäns aus der BRD: »Wir haben Auftrag, zur Bülowstraße zu fahren, können Sie uns sagen, wo es langgeht?«

Am späten Abend war am Nollendorfplatz sogar ein spektakulärer Selbstkessel zu beobachten. Die Beamten hatten die Bülowstraße und die Einemstraße abgeriegelt und blickten ins leere Rund. Ein junger Hamburger Polizist führte den feixenden Schaulustigen sein Schild vor, bei dem Kenner Unterschiede zum Berliner Modell festgestellt hatten.

Schließlich der Befehl »Aufsitzen« und eine Megaphonstimme, die sich an die Bevölkerung richtete: »Nach den vorbeugenden Maßnahmen ist es Ihnen jetzt wieder möglich, den Winterfeldtplatz gefahrlos zu betreten. Wir danken für ihr Verständnis«. Gefahr- und polizeilos eilten die Gruppen von Schaulusti-

gen zum Winterfeldtplatz, wo sie nicht enttäuscht wurden. Offenbar hatten die Ordnungskräfte ihre alljährliche Polizeischau in den Kiez verlegt: In der Maaßenstraße versuchte ein riesiger Wasserwerfer einen kleinen Müllcontainer, dessen Inhalt in Brand geraten war, zu löschen. Unter dem Druck des Wasserstrahls rollte der qualmende Müllbehälter stets nach wenigen Sekunden weg und mußte von bereitstehenden Beamten wieder in die alte Position geschoben werden. Beim erneuten Zielversuch spritzte das Wasserungetüm unter Buh-Rufen und Gelächter der Umstehenden erst mal mehrere hundert Liter Wasser daneben. Mit Oho-Rufen und Applaus wurde von Passanten schließlich das Ende der Operation beglückwünscht. Zum Dank schwenkte der Wasserwerferkommandant die Spritzkanone zweimal am Spalier der Schaulustigen entlang. »Wenn hier nochmal jemand lacht...« *wollo*

BM 12.6.87



... in deren Verlauf auch die Schaufensterscheiben des Geschäfts von Getränke-Hoffmann in der Taubentzenstraße zu Bruch gingen. Foto: BM

Rotkreuzhelfer stützen verletzten Anti-Reagan-Demonstranten *BM 12.6.87*

FOTO: REUTERS

Stilleben vor Kulisse

30.000 hörten vorm Brandenburger Tor das Polizeiorchester, Herrn Wendehals, Eberhard Diepgen, Helmut Kohl und Ronald Reagan

Vor dem sowjetischen Ehrenmal fand gerade im preußischen Stehschritt die Wachablösung statt, als nach stundenlangem Warten in der schwülen Vormittagssonne die Redner vor dem Brandenburger Tor endlich eingetroffen

waren. Es waren angeblich 30.000 Leute, die sich auf dem Stück der Straße des 17. Juni, das die Engländer vor kurzem erst für den Verkehr freigegeben haben, für den Besuch Ronald Reagans aufgestellt hatten. »Kiek mal, da kann man endlich alle

Arbeitslosen zusammen sehen«, frozzelte einer der unzähligen Polizisten. Die Polizei, von Überstunden schockweise und Sicherheits-Besprechungen mit den Amerikanern dutzendweise regelrecht mürrisch und mit Galgenhumor ge-

wappnet, konnte in den Stunden vor dem Brandenburger Tor eine ruhige Kugel schieben. Viele, erkennbar an einem gelben und einem grünen Stecknadelkopf, waren gleich in Zivil erschienen.

Sozial zu orten waren die 30.000, die da allmählich die Straße füllten, nicht. Die einen kamen mit Kind und Kegel, die anderen aufgezupft wie die Pfingstochsen. Innenminister Kewenig leger mit Stockschirm und Jackett über die Schulter geworfen. Briten, Franzosen und Amerikaner, einige Volksvertreter, ein bekannter FDP-Makler in großkarierterm Beinkleid. Es war — von den Hubschraubergeräuschen abgesehen — ein ruhiger Mittag im Tiergarten. Der Verkehr lag lahm, wer gut zu Fuß war, konnte die Szene genießen. Ein Rentner aus der DDR war extra gekommen, um den großen alten Mann aus dem Reich des Lichts zu sehen. Wenn das seine Dienststelle wüßte, spekulierte er, wäre seine Rente wohl futsch.

»Mensch, Eberhard, du kannst ja Englisch!« Vor der von Reagan zitierten »Berliner Schnauze« hielt des Regierenden Bürgermeisters Angelsächsisch nicht stand. Applaus gab es, als er das Recht auch der Ost-Berliner betonte, die »Musik zu hören«, diese wollen, und für Kohls lustlos vorgetragene Rede, als er den GIs dankte. Erst als der hochgewachsene Kalifornier vor der Kulisse des Alex und des Brandenburger Tors stand, gingen die Fähnchen in die Höhe und Jubel kam auf. Seine Rede währte lang, die Kinder nutzten die Zeit, um die von einer Boulevardzeitung verteilten Papierfähnchen säuberlich zu zerlegen.

Wer dabei war, als der Präsident der Vereinigten Staaten vor dem Brandenburger Tor redete, hat von dem heiklen Besuch nur ein Stilleben mitbekommen. Durchs Radio erst konnte man hören, wie der Besuch auf den Rest der Stadt wirkte. Den Platz verlassen mußte man als Fußgänger: weit und breit war alles abgesperrt. Als Ronald Reagan hier war, waren große Teile Berlins zur autofreien Stadt geworden. mk

Gefälschte Einladungen für Reagan-Rede

Kurz vor dem Besuch des amerikanischen Präsidenten sind in verschiedenen Berliner Hochschulen gefälschte Einladungen des Regierenden Bürgermeisters für die heutige Rede Reagans vor dem Brandenburger Tor aufgetaucht. Wer sie gedruckt hat, versucht der Staatsschutz zu ermitteln.

Nach ersten Vermutungen der Sicherheitsbehörden hätten die Einladungs-Fälscher mit dieser Aktion offenbar versucht, mit Hilfe eingeschleuster Hundertschaften von Demonstranten und Chaoten die Festveranstaltung zu stören oder zu sprengen.

Die Fälschungen wurden auf die untere Hälfte eines Din-A-4-Blattes gedruckt. Darüber befinden sich Hinweise, mit denen potentielle Störer Nachfragen des Sicherheitspersonals begegnen können. Zur besseren Tarnung der Fälschungen wurden auf die »Einladungen« fortlaufende — ebenfalls gefälschte — Seriennummern — gedruckt.

Inzwischen wurden die Ordnungskräfte angewiesen, nur tatsächlich eingeladene Gäste in den Sicherheitsbezirk zu lassen. Eine Unterscheidung zwischen echten und falschen Einladungen sei leicht zu treffen: Im Gegensatz zu den echten Einladungen wiesen die Fälschungen über dem Berliner Bären-Wappen eine schwarze Krone auf und keine goldene.

514 079.67



Sanitäter beugen sich über einen bandagierten Demonstranten: Er war von Polizeiknüppeln am Kopf verletzt worden, als die Beamten einen Ausbruchs-Versuch vereitelten.



Vor Begeisterung über die weiß-rot-lasierte Zuckergußtorte mit dem blauen Geburtstagswunsch drauf, klatschte Eberhard

Diepgen in die Hände. Weil die Zeit während der Tempelhofer Fete drängte, konnte Reagan sie allerdings nicht mehr anschneiden. Für Nancy,

Monika Diepgen, US-Botschafter Burt (hinten) Diepgen) Hannelore Kohl und Gahl Burt (v.l.) blieb der optische Genuß.



Kurfürstendamm: Zwei Polizeibeamte versuchen, die von Hunderten Demonstranten blockierte Straße zu räumen. **BM 13.6.** Foto: BM



Behelmte Polizisten zerran einen Demonstranten aus dem Kessel – die Protestierer hatten sich geweigert, die Demo zu beenden.

Am Ende flogen doch noch Steine

DIETER DOSE, Berlin

Während des vierstündigen Aufenthalts von US-Präsident Ronald Reagan kam es in der Berliner Innenstadt zu neuen Auseinandersetzungen zwischen etwa 800 verummumten sowie schwarz gekleideten Demonstranten und der Polizei. In der Nähe der Gedächtniskirche wurden Polizisten mit Steinen beworfen. Die Polizei ging mit Schlagstöcken vor. Aus Angst vor den Krawallen machten am Nachmittag in der Einkaufsstraße „Tauentzien“ zahlreiche Geschäfte und Berlins größtes Kaufhaus zu.

Nach den schweren Krawallen in der Nacht zum Freitag in der City und in Kreuzberg hatte die Polizei kurzfristig drei für Freitagmittag am Kurfürstendamm angemeldete Demonstrationen verboten. Als sich trotzdem Demonstranten versammelten – darunter zahlreiche aus dem übrigen Bundesgebiet angereiste Gewalttäter – und der Aufforderung, den Kurfürstendamm zu räumen, nicht nachkamen, drängte die Polizei sie ab. Dabei kam es zur Konfrontation. Mitten in der Menge befand sich auch das Bundesvorstandsmitglied der Grünen, Jutta Dittfurth.

Bereits gegen Mittag hatte die Polizei ungewöhnliche und bisher einmalige Maßnahmen angeordnet, die zum totalen Verkehrschaos in der Innenstadt und einigen Bezirken führten:

Auf zwei U-Bahnlinien wurde für mehrere Stunden der Verkehr eingestellt. Auch Buslinien standen still. Mit der Maßnahme sollte den Chaothen aus Kreuzberg der Weg in die City erschwert werden. Außerdem gab es Hinweise, daß Anschläge auf die U-Bahn geplant waren.

Der Bezirk Kreuzberg wurde hermetisch abgeriegelt. Die Polizei kontrollierte die Autos in Richtung Innenstadt und hinderte Verdächtige an der Weiterfahrt. Am Kurfürstendamm mußten sich verdächtige Jugendliche Leibesvisitationen unterziehen, ihre Taschen und Plastiktüten wurden kontrolliert.

Bereits am Donnerstag hatte die Polizei sieben mutmaßliche Gewalttäter, darunter fünf aus anderen Bundesländern, in Gewahrsam genommen. Bei ihnen wurden Kapuzen mit Sehschlitzen, Schutzbrillen, Knie-schoner, Schlagwaffen und Lagepläne von amerikanischen Einrichtungen und Banken gefunden. „Wir ver-

muten, daß trotz der Kontrollen an den Grenzen etwa 1000 sogenannte „Autonome“, aus Westdeutschland nach Berlin gelangt sind“, heißt es in Sicherheitskreisen. **W 13.6.77**

Auch der Einsatz von mehreren tausend Polizisten hatte Donnerstagabend schwere Krawalle nicht verhindern können. In Kreuzberg tobten bis in die Morgenstunden Straßenschlachten. Die Bilanz: 77 Festnahmen von Randalierern, 67 verletzte Polizisten und Sachschaden in Höhe von mehreren hunderttausend Mark, vor allem durch zerstörte Scheiben von Geschäften, und Banken.

Die Krawalle entwickelten sich nach einer zunächst friedlichen Anti-Reagan-Demonstration mit rund 24 000 Teilnehmern. 136 Gruppen, maßgeblich jedoch die Alternative Liste, die kommunistische SEW und die Jungsozialisten, hatten dazu aufgerufen. Ausgelöst wurden sie von etwa 2000 „Autonomen“, die ihren Marschblock seitlich durch Tüue gesichert hatten, um ein Eindringen der Polizei zu verhindern. Die Polizei war von ihrer früheren Praxis abgewichen, diese militanten Gruppen beim

Marsch einzukreisen. Später verlagerten sich die Zusammenstöße nach Kreuzberg. Von den Dächern flogen große Steinplatten auf die Polizisten, Bauwagen und Mülltonnen gingen in Flammen auf.

Mit drei Kamerateams war das „DDR“-Fernsehen dabei – im Ost-Fernsehen aber wurden nicht die Ge-

waltaten der Demonstranten, sondern lediglich der „Polizeiinsatz gegen die Friedenskundgebung“ gezeigt. Alle „DDR“-Zeitungen berichteten gestern ausführlich darüber – auch daß ein „DDR“-Bildreporter durch Schläge auf die Kamera gehindert worden sein soll. Festnahmen zu fotografieren.

Im Regen stehen gelassen

Eingekesselte tauschten ihre Erfahrungen aus / Rechtsanwälte wollen rechtliche Schritte einleiten

Über 300 Leute, die am Freitag auf dem Tauentzien/Ecke Nürnberger Straße zum Teil mehr als sechs Stunden in strömendem Regen von der Polizei eingekesselt waren, trafen sich am Samstag nachmittag im AL-Büro. Nachdem sich Anwalt Ströbele und die AL-Abgeordnete Enkemann am Freitag vergebens um eine einstweilige Anordnung zur Aufhebung des Kessels beim Verwaltungsgericht bemüht hatten, soll die Rechtswidrigkeit des Einsatzes nun im nachhinein mittels Feststellungsklage geklärt werden. Die stundenlang im Regen Stehendgelassenen wollen das Land Berlin auf Schadensersatz verklagen. Erwogen wurden auch Strafanzeigen gegen einzelne Beamte, die mit roher Gewalt Personen aus dem Kessel abgegriffen hatten: Körperverletzung im Amt. Die

Identifizierung der Polizisten, die die Herausgabe der Dienstnummer fast durchweg verweigerten, wurde als schwierig eingeschätzt. Möglichst viele Betroffene, so das Fazit der Versammlung, sollen Gedächtnisprotokolle mit Zeitangaben fertigen und sie ebenso wie alle verfügbaren Fotos umgehend bei der AL, Badensche Straße 29, abgeben. Bereits jetzt sind über 290 Vollmachten von Kesselopfern eingegangen; ein Zusammenschluß von Rechtsanwälten wird in den kommenden Tagen rechtliche Schritte einleiten. Angesichts der vielen Zeugen wird die Beweislage „so gut wie selten“ eingeschätzt.

Daß es sich bei der Aktion am Freitag gegen 14.30 Uhr auf dem Tauentzien um eine Spontan-Demo handelte, die nicht in direktem Zusammenhang mit der verbotenen

Veranstaltung am Kranzler Eck stand, darüber war man sich auf der Veranstaltung einig. Die Darstellung vieler Medien, die von verummumten, steinwerfenden Demonstranten im Zug gesprochen hatten, sei schlichtweg eine Lüge. Überwiegend sehr junge Leute seien in die sechsstündige Zwangsmaßnahme der Polizei geraten. Die Sommerkleider bis auf die Haut durchnäßt, Gitarre oder Schultasche unter den Arm geklemmt warendieletztenerst um 21.10 Uhr aus dem Kessel entlassen worden. Einige, die sich ursprünglich gar nicht im Inneren Kessel befunden hatten, waren sogar noch hineingetrieben worden. Berichtet wurde auch, daß der Abtransport eines Verletzten lange Zeit verhindert wurde.

Eine Lautsprecher-Aufforde-

rung der Polizei, den Ort, an dem der Kessel zugemacht wurde, zu verlassen, habe es nicht gegeben, darüber waren sich alle einig. Auch später sei nur kurzzeitig ein Schlupfloch geöffnet worden; die Mehrzahl der Eingeschlossenen erfuhr davon überhaupt nichts. Auch die Ankündigung der Polizei – am frühen Abend per Megaphon – der Bereich könne nun in Bädenerhofgalerie Körperkontrolle verlassen werden, war bei den meisten nicht angekommen. Die Forderung, Kewenig müsse ebenso wie der Hamburger Innensenator Pawelczyk als politisch Verantwortlicher des Kessels zurücktreten, wurde mit großem Applaus verabschiedet. Für das kommende Wochenende soll eine Aktion gegen die Kreuzberg-Blockade und den Kudamm-Kessel stattfinden. **plu**

„Liebenswertes Kreuzberg“ ^{15.6.89}

Interview mit Ulrich F. Krüger (CDU), Kreuzberger Vertreter im Abgeordnetenhaus

taz: Der Reagan-Besuch hat zum Ausnahmezustand in Berlin geführt. Ein ganzer Stadtteil, mehr als 150.000 Einwohner, ist abgeriegelt und eingeschlossen worden.

Krüger: Diese polizeiliche Maßnahme ist sicherlich von vielen kritisiert worden. Ich halte sie nicht für eine Überreaktion, weil die Tage und Nächte vor dem Reagan-Besuch Anläß gaben zu der Befürchtung, daß es zu Aktionen kommen würde, die sich erheblich gegen die öffentliche Sicherheit richten könnten.

Sie können doch nicht jedes Mal wenn Sie irgendwelche Straftaten befürchten, prophylaktisch einen ganzen Stadtteil dichtmachen.

Das wird eine Frage sein, die wir morgen im Innenausschuß behandeln. Jedenfalls war aus vorangegangenen Erkenntnissen zu befürchten, daß über die öffentlichen Verkehrsmittel, insbesondere die U-Bahn, bestimmte Kräfte unter Mitführung von waffenähnlichen Gegenständen in die Sicherheitszone des Reagan-Besuchs hätten eindringen können.

Die Maßnahmen der Polizei gingen doch soweit, daß selbst Mütter auf Fahrrädern mit Kindern, zwei-, drei-, viermal kontrolliert wurden. Frauen, die zum Einkaufen wollten, Schüler, Ärzte, Taxis, alles wurde kontrolliert.

Der Erfolg hat diese Maßnahmen recht gegeben, daß es nämlich im Umfeld des Reagan-Besuchs

zu keinen Ausschreitungen gekommen ist. Ich möchte die Schlagzeilen in der ganzen Welt sehen, wenn es entlang der Route von Reagan zu Ausschreitungen gekommen wäre.

Und um das zu verhindern, nimmt man polizeistaatliche Maßnahmen in Kauf, die wir bisher nur aus Lateinamerika kannten.

Diesen Vergleich halte ich für kraß überzogen. Genau wie die Behauptung, das wäre ein Belagerungszustand gewesen. Jeder konnte sich innerhalb Kreuzbergs frei bewegen. Es gab für Personen, die Kreuzberg verlassen wollten, lediglich um die frühe Nachmittagszeit gewisse Schwierigkeiten.

Was würde ihre Partei sagen, wenn der STASI in Berlin einen Stadtteil wegen zu erwartender Proteste abriegeln würde?

Wenn die Autonomen erklären, sie wollen diesen Staat kaputt machen, sie wollen die Gewalt, dann kann sich ein Staat das nicht gefallen lassen. Er kann sich nicht zum Gespött machen lassen.

Kreuzberg wird durch solche Maßnahmen endgültig ghettoisiert.

Die Ghettoisierung ist von anderen Leuten vorgegangen worden. Die Szene spricht doch schon vom Freistaat Kreuzberg. Für mich ist Kreuzberg einer der liebenswertesten Bezirke, der nur durch die Szene, von Chaoten, Autonomen, Punks und ähnlichen Leuten zerstört wird.

Interview: -man-

Kewenig muß zurücktreten!

Presseerklärung der Demonstrationsleitung vom Freitag ^{13.6.89}

Eine unglaubliche Hetzkampagne im Vorfeld der Demonstration, das Verbot des ursprünglich vorgesehenen Kundgebungsortes und das buchstäblich in letzter Minute ausgesprochene Verbot der Friedensaktivitäten am heutigen Tag führten zu den Geschehnissen, die der Innenminister politisch zu verantworten hat. Politisch zu verantworten hatte er auch die Auswirkungen seiner Anweisungen, Kreuzberg durch totale Abriegelung in ein Ghetto zu verwandeln, Leibesvisitationen vornehmen zu lassen an allen, die im „demonstrationsfähigen Alter“ sind, und eine friedliche Spontandemonstration in einem Menschenkessel in größerem Ausmaß als in Hamburg zu verwandeln.

Aus Anlaß des US-Präsidenten-Besuchs wurden offensichtlich die Grundrechte außer Kraft gesetzt. In der Stadt herrschen Praktiken des Ausnahmezustandes, um das Nein großer Teile der Bevölkerung zur Reagan-Politik zu unterbinden. Trotz Gewalt und Kriminalisierungsversuchen protestierten an beiden Tagen mehr als 70.000 Bürger öffentlich gegen die Politik des US-Präsidenten. Kurz vor der Einkesselung am Tauentzien versuchte die MdB Ellen Olms, mit der Funkleitzentrale der Polizei persönlichen Kontakt aufzunehmen. Um die Kesselbildung zu verhindern, sie wurde rüde abgewiesen. Mit dem Hinweis, die Gewalt ginge von den Demonstranten aus. Dabei ist offensichtlich, daß sowohl gestern wie heute die Demonstrationen mit friedlichen Mitteln durchgeführt wurden und werden sollten.

Wir fordern weiterhin die sofortige Freilassung aller im Rahmen des 11. und 12. Juni verhafteten Personen.

Für die Demonstrationsleitung, Andreas Beck, 12. Juni, 19 Uhr.

61. Großer Tag mit Tücken ^{13.6.89}

sy. Ein ziemlich turbulenter Tag war das ja gestern. In erster Linie natürlich für unsere Polizei: Sie mußte willkommenen Besuch aus den USA - leider macht's der internationale Terrorismus überall in der Welt notwendig - sorgsam bewachen und gleichzeitig unerwünschten Besuchern nebst ihren Gastgebern klar machen, daß Chaoten-Spielwiesen nicht immer Stätten erholsamer Frustbewältigung sind.

Auch für so manchen Berliner war es kein Tag wie jeder andere. Da endete die U-Bahn etwa an ungewöhnlicher Stelle. Nicht nur die Pendelbusse blieben im Stau von Umleitungen stecken. Der Einkaufsbummel in der City stieß auf Schwierigkeiten. Mancher kehrte unverrichteter Dinge heim: Außer Spesen nichts gewesen.

Wer wüßte es nicht: Die Berliner meckern gerne und schnell mal. Doch zuvor lassen sie ihren Unmut durch den Filter ihres wachen Verstandes tropfen; sie verstehen sehr wohl, Ursache und Wirkung auseinanderzuhalten.

Eine Kritik freilich scheint berechtigt: Hätte man die Öffentlichkeit nicht am Tag zuvor verständigen können, daß einige U-Bahn-Abschnitte aus Sicherheitsgründen gesperrt werden würden. Das wußte man doch sicherlich vorher.

So kamen zum Beispiel Kinder, die in anderen Bezirken zur Schule gehen, stundenlang nicht nach Hause; und manche hockten weinend auf den U-Bahntreppen. Und das hätte nun wirklich nicht sein müssen.

Dennoch: Die meisten Berliner nahmen das gelegentliche Durcheinander ziemlich gelassen hin; ließen sich nicht aus der Ruhe bringen. Sie wußten eben: Es war kein Tag wie jeder andere.

Nur den Chaoten müßten eigentlich die Ohren geklungen haben...



Polizeiübergriffe wie diese am Wittenbergplatz waren gestern in vielen Bezirken unserer Stadt an der Tagesordnung. Die friedensbewegten Jugendlichen ließen sich jedoch nicht provozieren

Eingekesseltes Kreuzberg

Für einige Stunden wurde gestern das südöstliche Kreuzberg faktisch eingeriegelt / U-Bahn- und Busverkehr eingestellt / Umfangreiche Personen- und Taschenkontrollen

Wie kommen wir bloß ins Märkische Viertel? fragt eine etwa 15jährige Schülerin mit einer Schulmappe unter dem Arm verzweifelt einen Polizeibeamten und eine Polizistin, die sich vor einem der U-Bahn-Eingänge am Kottbusser Tor postiert haben.

Sie und ihre Mitschülerinnen sind nicht die einzigen, die am Freitag mittag nicht wissen, wie sie aus Kreuzberg 36 in andere Bezirke gelangen können. Die U-Bahnhöfe Prinzenstrasse, Kottbusser Tor und Kottbusser Damm sind abgesperrt, der U-Bahn-Verkehr ist seit den Mittagstunden eingestellt. Auch Busse fahren nicht mehr; die wenigen Taxis sind besetzt. Da müssen Sie eben zu Fuß bis zum Halleschen Tor oder zum Hermannplatz laufen, wenn Sie in die Stadt wollen, wie die ältere Dame, die an einem Stock geht, genauso beschieden

wie allen anderen, die den Stadtteil verlassen wollen.

Gedränge herrscht an der Ecke Skalitzer Straße/Adalbertstrasse. Da, wo sonst die Punks sitzen, und nun die Gemüsemarktstände versuchen, in Ruhe weiterzuverkaufen, herrscht Hochbetrieb. Viele Kinder aller Altersgruppen beratschlagen über Wege aus dem belagerten Kiez. Über die Odyssee ihres zehnjährigen Jungen, der nach Hause aus Kottbusser Tor wollte, berichtet eine Mutter. Von Schönberg über die Möckernbrücke gelaufen. Als er nur bis zum Hermannplatz kam, ging er in das Geschäft seiner Mutter in Neukölln. Versuche des Freundes, den Jungen abzuholen, scheitern an der Kottbusser Brücke, wo man ihn weder mit dem Auto noch zu Fuß durchließ.

Vor den Telefonzellen am Kottbusser Tor haben sich Schlangen gebildet. Besonders Frauen be-

schimpfend dort postierten Polizisten. »Warum hat man das nicht gleich heute morgen gesagt, dann hätten wir die Kinder doch gar nicht erst losgeschickt!« Etwa zwanzig Punks und halb so viele Hunde haben zwei Polizisten eingekreist. »In Kreuzberg könnt ihr ja noch machen, was ihr wollt«, versucht ein junger Polizeibeamte sie zu beruhigen. Die Randalie sei ja wieder mal vorprogrammiert, prognostiziert ein etwa 30jähriger in Lederjacke müde. Eine alte Frau mit Einkaufswagen teilt die Einschätzung: »In Kreuzberg geht's dann wieder los. Und das alles nur wegen einem Mann!«, womit sie Mr. Reagan meint.

An der Kottbusser Brücke werden derweil Radfahrerinnen gebeten abzustiegen, Autofahrer an die Seite gewinkt und die Taschen der Passanten durchsucht. Selbst Eierkartons werden kritisch inspiziert. Auch hier eint der Unmut alle Um-

herstehenden - vom grölenden Angetrunkenen bis hin zu dem Herrn mit dem Aktenköfferchen, der wütend Dienstnummern verlangt, um seinen Verdienstaufschlag eintreiben zu können. Seiner Bitte, mit dem Polizeiauto wenigstens bis zur U-Bahn gefahren zu werden, wird nicht entsprochen.

So schnell wie der grüne Spuk aufgetaucht war, verschwindet er plötzlich um 15.30 Uhr wieder von der Brücke. Fast gleichzeitig setzen sich am Kottbusser Tor die U-Bahnen wieder in Bewegung. Beifall und Sprechchöre begleiten die abziehenden Waggons.

»Und was sollte das jetzt bloß alles?«, wundert sich die Umstehenden. Die Antwort des Sprechers des Innensensats auf die weitergegebene Frage: Das sei eine selbständige Entscheidung der Polizei gewesen, die diese erst am Vormittag angesichts der Sicherheitslage getroffen habe. Rita Hermanns

Verkehr in der City und in Kreuzberg fast lahmgelegt

BVG-Linien stundenlang unterbrochen — Kundgebung trotz Verbots

Zu anhaltenden Verkehrsbehinderungen in vielen Teilen der Stadt kam es gestern am Tag des Reagan-Besuchs. Teile der City wurden von Demonstranten blockiert, die sich trotz dreier von der Polizei verbotenen Kundgebungen zwischen Olivier und Wittenbergplatz in der City versammelt hatten. Am Wittenbergplatz kam es zu mehreren Festnahmen; das KaDeWe schloß erstmals seit Bestehen aus Sicherheitsgründen bereits um 14 Uhr. Mehrere Stunden während des Besuchs Reagans war ebenfalls aus Sicherheitsgründen ein Teil des BVG-Verkehrs unterbrochen. Teile von Kreuzberg waren stundenlang nicht mit der BVG zu erreichen. In der Nacht zuvor war es erneut vor allem in SO 36 zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und teils Vermummten gekommen. Mehrere Dutzend Verletzte auf beiden Seiten sowie insgesamt 77 Festnahmen waren die Folge.

In der City kam es gestern nachmittag erneut zu schweren Auseinandersetzungen zwischen rund 800 schwarz gekleideten und vermummten Demonstranten und starken Polizeieinheiten. Nach Augenzeugenberichten warfen die militanten „Autonomen“ Steine, die Polizei setzte Schlagstöcke ein. Zwei verletzte Demonstranten wurden mit Krankenwagen abtransportiert.

Die Auseinandersetzungen flammten nachmittags bei nicht genehmigten Kundgebungen auf, die die Veranstalter der Demonstration vom Donnerstag beantragt hatten. Das Verbot der Polizei war vom Verwaltungsgericht zuvor bestätigt worden. Ein Polizeisprecher hatte zur Begründung erklärt, es bestehe die Gefahr neuer Gewalttätigkeiten.

Am Kranzler-Eck bildete sich eine spontane Demonstration von rund 1000 Personen. Der Zug setzte sich auf dem Kurfürstendamm in Richtung Breitscheidplatz in Bewegung und führte zunächst mitten durch den fließenden Verkehr und Passantenströme. Die Polizei regelte schließlich den Block an der Nürnberger Straße ein.

200 Personen eingeschlossen

Die Polizei schloß auf der Kreuzung Nürnberger/Tauntenzienstraße einen Rest von rund 200 Personen ein. Mehrere Ausbruchsversuche wurden gewaltsam verhindert, es gab einige Verletzte. Die Betroffenen, unter ihnen überwiegend schwarz gekleidete Jugendliche, aber auch einige eher bürgerlich wirkende Ältere, setzten sich schließlich am Rand der Kreuzung auf den Mittelstreifen und erklärten sich nach längerer Diskussion mit der Polizei bereit, einzeln zu den Polizeifahrzeugen zu folgen. Die Polizei behandelte die Lage offenbar mit höchster Priorität: Landespolizeidirektor Kittlaus und Landeskriminaldirektor Leupolt erschienen persönlich, um sich zu informieren.

Keine Busse und Bahnen aus Kreuzberg

Die BVG hatte den U-Bahn-Verkehr in Kreuzberg auf Anweisung der Polizei zwischen 12 Uhr 16 und 15 Uhr 15 eingestellt. Auf der Linie 1 verkehrten in dieser Zeit zwischen Schlesischem Tor und Gleisdreieck und auf der Linie 8 zwischen Hermannplatz und Voltastraße

Den zahlreichen wartenden Reportern gab Kittlaus eine kurze Erklärung, nach der die Polizei die eingeschlossenen Personen nach und nach herausführen und auf Waffen durchsuchen werde. Dies sei ein ganz normaler polizeilicher Vorgang, sagte er. Im Verlauf der Aktion kam es dann erneut zu einer Unterbrechung, als der Rechtsanwalt und frühere AL-Bundestagsabgeordnete Ströbele zu den durchnähten Personen vordrang und ihnen mitteilte, er werde sich juristisch um ihre Situation kümmern, habe aber keinen Richter beim Verwaltungsgericht mehr erreichen können.

Ströbele fordert Entschädigung

„Zum Trost“ teilte er dann mit, die Opfer des „Hamburger Kessels“ hätten 250 DM Entschädigung erhalten, hier werde es wegen der gesundheitlichen Schädigung durch den strömenden Regen mehr geben. Anwesend war neben mehreren AL-Abgeordneten auch Jutta Dillfurth vom Bundesvorstand der Grünen.

KaDeWe mehrere Stunden geschlossen

Das KaDeWe ist nach Angaben seines Geschäftsleiters Ziesel gestern erstmals in seiner Geschichte für mehrere Stunden wegen der Gefahr von Krawallen geschlossen worden. Auf Schaukästen wurde die Schließung von 14 Uhr an mit einer „Betriebsstörung“ erklärt. Ziesel sagte, man sei aus Sicherheitsgründen einer entsprechenden dringenden Empfehlung der Polizei gefolgt. Der Umsatzverlust, dessen ungefähre Höhe Ziesel nicht angeben wollte, sei „abzuschreiben“.

Rechtsansprüche will das KaDeWe jedoch wegen der Zerstörung der meisten Schaufenster geltend machen. Bereits in der Nacht zum Freitag hatte die Geschäftsleitung alle Fenstereinfassungen zur Tauntenzienstraße hin mit Brettern vernageln lassen. In Hinweisen auf den Brettern hieß es gestern: „Wir dekorieren“.

keine Züge. Der Sprecher der Innenverwaltung, Birkenbeul, begründete diese Maßnahme mit Erkenntnissen der Polizei vom Vormittag, wonach „ein bestimmtes Gewaltpotential sich zum Kurfürstendamm bewegen wollte, um dort nachzuholen, was es gestern versäumt hatte“.

Die Polizei hatte gleichzeitig mit der verfügbaren U-Bahn-Unterbrechung an den Straßen nach „SO 36“ Sperren errichtet und ausfahrende Fahrzeuge kontrolliert. Wie mitgeteilt wurde, sollte kein möglicher Gewalttäter „ohne Überprüfung vorbei“ können. Wegen der Straßensperren land in dem von der Polizei kontrollierten Gebiet auch weitgehend kein Busverkehr statt. Laut BVG-Sprecher Hecht wurden beispielsweise die Bus-Linien 29, 28 und 41, deren Fahrtroute normalerweise durch das Gebiet führt, umgeleitet.

Durchsagen: „Technische Störungen“

Der Grund für die stundenlange Unterbrechung des U-Bahn-Verkehrs blieb vielen Fahrgästen zunächst verborgen: In Durchsagen auf den Bahnhöfen sprachen BVG-Angestellte von „technischen Störungen“. Sprecher Hecht sagte auf Anfrage, es sei gestern nicht mehr zu klären gewesen, wer die Anweisung für diese Mitteilung gegeben habe. Möglicherweise beruhe sie auf einem Übermittlungsfehler.

Als „völlig unangemessen und töricht“ bezeichnete gestern der SPD-Landesvorsitzende Momper die Einstellung des U-Bahn-Verkehrs. Damit werde ein ganzer Stadtteil behandelt, als wohnen dort nur Chaoten. Viele Kreuzberger hätten den Bezirk mit öffentlichen Verkehrsmitteln praktisch nicht verlassen können.

VON TAG ZU TAG

Unverklemmt wie ein Ami

„Sie hätten Visionen, seien aber andererseits sehr praktische Leute. Fritz Pleitgen, ARD-Korrespondent in Washington, meinte die Amis und sagte es gestern im Fernsehgeplauder zum Reagan-Besuch mit Jürgen Engert. Wir Deutschen kämen damit nicht immer klar. Angenehm unterkühlt vermittelte er seine Kenntnisse von der Mentalität der Amerikaner, auch vom Erfolgsgeheimnis Reagans. Unter anderem hieß es immer wieder, er könne sich so gut verkaufen, habe ja gelernt. Regieanweisungen zu folgen. TSP 13.6.“

Ist es wirklich nur PR-Geschick, wenn der Präsident der USA sich zweimal bückt, um einem Kameramann, der am Kurbeln ist, etwas aufzuheben? Ist solch spontane Nettigkeit bloße geistesgegenwärtige Masche eines Politikers? Nun, dann funktionieren zumindest die Reflexe des 70-jährigen, der schwere Attentatsverletzungen und Operationen hinter sich hat, beneidenswert. Vielleicht tut er so etwas einfach, weil er ein unverklemmter Ami ist.

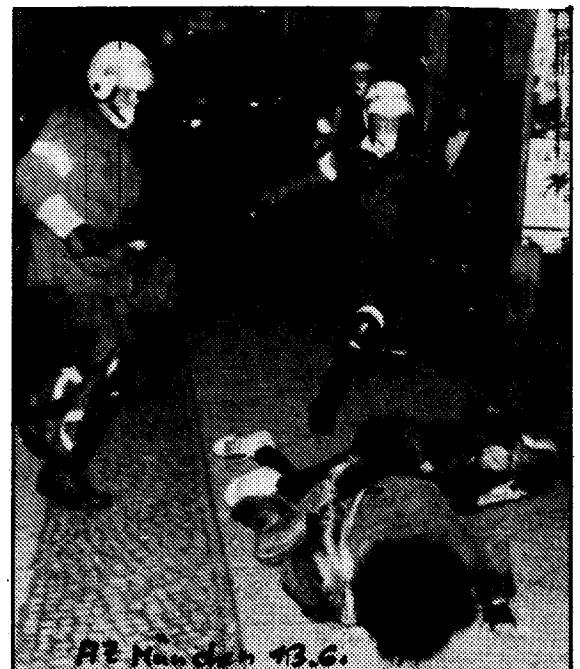
Händchenhalten mit Nancy. Du meine Güte. Will er die happy family demonstrieren? Oder haben die beiden wirklich ein sehr gutes Verhältnis zueinander? Wäre ja keine Schande. Und falls Nancy ihm oft flüstert, was er sagen soll — ein Chauvi kann er dann nicht sein. Und Pantoffelheld? Ob er es dann soweit gebracht hätte? Da sei Nancy vor.

Ob Irangate und Nikaragua damit wettgemacht seien? Aber nicht doch. Auch das können die Amis wohl besser als wir — etwaige Gegner menschlich sympathisch zu finden. Dabei haben wir einen Bundespräsidenten, der (soeben wieder in Harvard) keinem etwas schenkt, ohne ihn aber dabei zu verletzen. Er kommt ganz ohne das aus, was Reagan gestern den Berlinern sprichwortbewußt als Drittes zuerkannte: Herz, Humor und Schnauze. Von der Offenheit lebt die Freiheit.

So war es wirklich wider alle unsere Regeln, gestern in U-Bahnhöfen die Leute zu verschaukeln. Die flächendeckende Sperrung von U-Bahn-Linien und Bus-Verkehr in SO 36 war unvermeidbar. Die Bevölkerung wird aus Angst vor Störern einfach abgeschnitten. Was sagt das Parlament dazu?

Doch dies auch noch in Ansagen als „technische Störungen“ zu begründen, das kannten wir bisher nur vom Osten, damals zu Beginn der Blockade. Journalisten immerhin wurden wenigstens auf Rückfrage an die Polizei verwiesen und wußten Bescheid.

Also bitte: Während die drüben anfangen, von Glasnost wenigstens zu reden, werden wir doch nicht wenden und die umgekehrte Tour versuchen. Das hieß, den Begriff Untergrundbahn völlig mißverstehen. Seid unverklemmt wie ein Ami! -thes



13.6.89

„Jagd auf die Demonstranten“

In mehrspaltigen, auf Seite 1 beginnenden Berichten hat die Ost-Berliner Presse gestern die Anti-Reagan-Kundgebungen in West-Berlin vom Donnerstag als Jagd auf Demonstranten geschildert. Ohne mit einem Wort auf einzelne Übergriffe schon zu Beginn der Demonstration und die schweren Krawalle zum Ende der Veranstaltung hinzuweisen, wird der starke Polizeieinsatz als gegen die Friedenskundgebung gerichtet dargestellt.

So heißt es im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“, noch während der Kundgebung hätten „starke Polizeieinheiten mit willkürlichen, brutalen Attacken gegen die Teilnehmer“ begonnen. In der Überschrift ist von einer „regelrechten Jagd auf die Demonstranten“ die Rede. Die sogenannten autonomen Gruppen, von denen die schweren Krawalle und Sachschäden ausgingen, werden nicht erwähnt. In der „Berliner Zeitung“, die ebenfalls den Bericht von ADN veröffentlicht, heißt es, die Polizei hätte „mit Tränengasgranaten und Schlagstöcken Jagd auf die Kundgebungsteilnehmer gemacht.“ (Tsp)

Prügeleien beobachtet

Rechtsanwälte zeigen SEK-Trupps an **FA 2 13.6.79**

Zwei Rechtsanwälte stellten gestern Strafanzeige gegen die Polizei. Sie hatten beobachtet, wie nach der Kundgebung der Demonstration gegen Reagan am Donnerstagabend Trupps der Sondereinsatzkommandos Leute verfolgt und verprügelt haben.

Kurz vor 21 Uhr, als nur noch vereinzelt Leute an der Urania waren, rannten ca. 20 SEK-Beamte einigen Flüchtenden, die sich Richtung Norden bewegten, hinterher. Mit Schlagstöcken prügelten sie auf die Leute ein. Kurz danach verfolgten sie auf der Kurfürstenstraße Richtung Stadtmitte eine Gruppe. Eine junge Frau stürzte zu Boden. Drei Beamte schlugen mit Schlagstöcken auf sie ein und traten sie mit Füßen. Alle hatten vorher keinerlei Gewalt angewandt und sich nicht gewehrt. Die junge Frau wurde festgenommen.

Demospots

Gegen zwei Uhr morgens am 2. Juni betätigten sich bei Getränke Hoffmanns in der Lietzenburger Straße noch Plünderer anderer Art. Beobachtungen zufolge hatten Polizeibeamte, die das Gebäude bewachen sollten, allesamt Bierdosen in der Hand, gröhnten und pöbelten Passanten an. Selbst die Fahrer der Wannen schienen betrunken.

Auch innerhalb der Polizei haben die widerwilligen Verhaftungen der Vorletzten Nacht Kritik ausgelöst. Ein Festgenommener hörte, wie sich ein Polizeibeamter lautstark über die beliebigen Anlässe zur Festnahme beschwerte.

Nachts um 2 Uhr wurde in einem Hauseingang in der Oranienstraße ein Journalist, der für "Zitty", "Zeit" und das "Sonntagsblatt" arbeitet, von mehreren Polizisten zusammengeschlagen. Er erlitt Prellungen am ganzen Körper und im Gesicht. Obwohl er laut und mehrmals Presse gerufen habe, läßt die Beamten nicht von ihm abgesehen, berichtete er.

Reaktionen

Nach der Randalie vom Donnerstag haben sich Politiker und Funktionäre mit erwartungsgemäßen Stellungnahmen zu Wort gemeldet. Innensenator Kewenig, der sich in den nächsten Tagen samt seinem unerfahrenen Polizeipräsidenten für die Scherben wird rechtfertigen müssen, erklärte: "Die beste Polizei ist nicht in der Lage, jegliche Sachbeschädigung zu verhindern." Außerdem sei erklärtes Ziel gewesen, die Entfaltung der "gewaltbereiten Chaoten" in der City zu verhindern, dies sei der Polizei gelungen.

Die Gewerkschaft der Polizei warf dem Senat "halbherzige Politik" vor und forderte "Distanzwaffen". Die CDU/CSU will die Randalie im Bundestag zur Sprache bringen. "Daß Teile der Berliner SPD in Haßgesängen gegen den amerikanischen Präsidenten und die Vereinigten Staaten einstimmen, zeigt, wie verkommen Teile der Berliner SPD sind", empörte sich der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Johannes Gerster.

Für die AL bezeichneten Christian Ströbele und Birgit Arkenstette die Großdemonstration als "Riesenerfolg". Trotz der "Einschüchterungs- und Abschreckungskampagne" hätten mehr als 50.000 Menschen gegen die aggressive und unfriedliche Politik des US-Präsidenten protestiert. Die Randalie wäre nicht zuletzt darin begründet, daß sie von Politikern und Medien herbeigeredet wurde und die polizeiliche Zusage, auf ein Spalier zu verzichten, nicht eingehalten wurde. **taz**

Haftbefehle nach Berliner Krawallen

15.6.79 W. K. Berlin

Wegen Landfriedensbruchs bei Ausschreitungen anlässlich des Berlin-Besuchs von US-Präsident Reagan sind bis gestern neun Haftbefehle gegen Männer im Alter von 18 bis 25 Jahren erlassen worden. Weitere 21 Festgenommene sollen noch dem Haftrichter vorgeführt werden. Ein hoher Anteil der Unruhestifter aus sogenannten autonomen Gruppen war nach Angaben von Justiz und Polizei aus dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland nach Berlin gekommen.

Anhänger solcher Gruppen und Punks wollen sich nun angeblich mit Gleichgesinnten aus der "DDR" zusammentreffen. Das kündigte das Anarchistenblatt "Aktion" an. Anlässlich des "DDR-Kirchentages" soll über soziale Bewegungen und die Entwicklung anarchistischer Utopien in der "DDR" diskutiert werden. **Seite 8: Bezahlte Panker**



Berlin, Potsdamer Str., 11.6.87 **15.6.79** Foto: Ali Paczenski

Festnahmen und Verletzte seit 11.6. **15.6.79**

Erschreckende Bilanz

Der Ermittlungsausschuss verzeichnete seit Donnerstag, dem 11.6., sovjet Festnahmen und Verletzte wie nie zuvor.

Nach Angaben des Ermittlungsausschusses (EA) wurden von Donnerstag (11.6.) bis Freitag/Samstag (12./13.6.) 366 Menschen festgenommen. Die Zahl der Verletzten konnte nicht erfasst werden, es waren soviel wie nie zuvor. Dem EA sind über 30 Kopfverletzungen, von zahlreichen Platzwunden bis zum Verdacht auf Schädelblutung (Symptom Ohrbluten) bekannt. Eine Person wurde mit Gehirnblutung ins Krankenhaus eingeliefert. Zahlreiche Menschen erlitten Arm-, Hand- und Schulterbrüche. **taz**

nen vier Tagen 19 Haftbefehle ohne Haftverschonung und 5 Haftbefehle mit Verschonung gegen Meideauflagen bekannt.

Die Zahl der Verletzten konnte nicht erfasst werden, es waren soviel wie nie zuvor. Dem EA sind über 30 Kopfverletzungen, von zahlreichen Platzwunden bis zum Verdacht auf Schädelblutung (Symptom Ohrbluten) bekannt. Eine Person wurde mit Gehirnblutung ins Krankenhaus eingeliefert. Zahlreiche Menschen erlitten Arm-, Hand- und Schulterbrüche. **taz**

Haftbefehle gegen vierzehn Demonstranten

15.6.79 W. K. Berlin
In Zusammenhang mit den Polizeiaktionen gegen Demonstranten anlässlich des Reagan-Besuchs sind bis Sonntagabend 14 Haftbefehle erlassen worden. Justizsprecher Volker Kühne bestätigte auf Anfrage, daß unter diesen Leuten "kein Rädelführer einer militanten Gruppe" sei. Zu den Verhafteten gehörten nach seinen Angaben unter anderem der Sohn eines Pfarrers und die Tochter eines Rechtsanwaltes.

Bis Redaktionsschluß hatte das auf drei Richter und fünf Staatsanwälte aufgestockte Bereitschaftsgericht noch über weitere 14 Fälle zu entscheiden, ob Haftbefehl erlassen wird. Insgesamt waren von der Polizei 281 Personen am Freitag in Sammelzellen der Polizei verschleppt worden.

Die Polizeigewerkschaft im Beamtenschaft hat am Wochenende die U-Bahn-Maßnahme und die Schließung von Kaufhäusern in der City als eine "Bankrotterklärung für den verantwortlichen Innensenator" bezeichnet.

Achzig Polizisten in Berlin verletzt

Dreihundert Randalierer nach Anti-Reagan-Demonstration festgenommen **FA 2 15.6.79**

Rt. BERLIN, 14. Juni. In Berlin haben die Sicherheitskräfte zwei Tage nach dem Besuch des amerikanischen Präsidenten eine erste Bilanz gezogen. Nach Auskunft der Polizei vom Sonntag, sind bei den Ausschreitungen im Anschluß an die Anti-Reagan-Demonstration am Donnerstagabend, am Freitagnachmittag und in der Nacht zum Samstag dreihundert Randalierer festgenommen worden. Etwa die Hälfte davon kam aus der Bundesrepublik. Gegen neun Personen wurden inzwischen Haftbefehle erlassen, weitere zwei- und zwanzig Personen müssen noch dem Haftrichter vorgeführt werden. Etwa achtzig Polizeibeamte sollen bei den Ausschreitungen verletzt worden sein, einer davon schwer. Der angerichtete Sachschaden übersteigt die Millionenhöhe.

Nach den schweren Ausschreitungen am Donnerstag war es auch am Freitagnachmittag in Berlin abermals zu Krawallen gekommen. Obwohl vom Berliner Landgericht sämtliche Protestveranstaltungen verboten worden waren, randalierten mehrere hundert Vermummte in der Innenstadt. Sie waren daraufhin von der Polizei umstellt worden und durften den Kordon nur einzeln verlassen, wenn sie sich durchsuchen ließen. Da nur wenige davon Gebrauch machten, war es zu stundenlangen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Krawallmachern gekommen.

Um den Zustrom von Randalierern aus Kreuzberg in die Innenstadt zu unterbre-

chen, war auf den betreffenden Strecken der Bus- und U-Bahn-Verkehr für mehrere Stunden eingestellt worden. Gleichzeitig waren an allen Straßen zwischen Kreuzberg und den angrenzenden Stadtteilen genaue Kontrollen vorgenommen worden. Von Seiten der Alternativen Liste und der SPD hatte es heftige Proteste gegen dieses Vorgehen gegeben. So hatte der SPD-Landesvorsitzende Momper gesagt, "ein ganzer Stadtteil werde so behandelt, als ob dort nur Chaoten wohnen".

In der darauffolgenden Nacht kam es dann in Kreuzberg zu schweren Krawallen. Etwa dreihundert Randalierer warfen Fensterscheiben ein, steckten Bauwagen und Container in Brand, schleuderten Steine auf Polizeifahrzeuge und schossen mit Katapulten auf Beamte. In den Stadtteilen Reinickendorf und Schöneberg wurden Brandanschläge auf zwei Bankfilialen verübt. An der Avus wurde eine Mann festgenommen, der einen Brandanschlag auf ein Fahrzeug mit amerikanischem Kennzeichen verüben wollte. Erst in den frühen Morgenstunden des Samstags beruhigte sich die Lage in Berlin.

Zum ersten Male haben bei den Berliner Ausschreitungen die sogenannten "Autonomen", eine zu Gewalt entschlossene Gruppierung der Berliner Chaotenszene, in einem "Positionspapier" ihre Ziel preisgegeben. In dem von der Polizei sichergestellten Schriftstück heißt es: "Wir wollen von diesem Staat nichts einklagen, wir wollen ihn zerschlagen".

Krawalle

Zum Reagan-Besuch – die schlimme Bilanz

Millionen-Schäden, 80 Polizisten verletzt

Nach knapp vier Tagen hatte sich der Sturm gelegt, Demos und Krawalle (sie begannen Donnerstag, endeten erst Sonntagmorgen) zum Berlin-Besuch von US-Präsident Ronald Reagan flauten ab. Es mußte eine schlimme Bilanz gezogen werden: Über 80 Polizisten wurden bei den Gewalt-Ausbreitungen verletzt, 261 Randalierer festgenommen. Der Schaden an eingeschlagenen Scheiben, angezündeten Autos und Bauwagen und geplünderten Geschäften geht in die Millionen.

Innensenator Prof. Wilhelm A. Kewenig dankte den 1.000 extra aus Westdeutschland geholten Polizisten: „Wo immer Sie standen und ihre Pflicht erfüllten – sie alle haben dazu beigetragen, daß die erklärte Absicht der Gewalttäter, den Kudamm plattzumachen, nicht verwirklicht werden konnte.“ Kewenig sagte auch, daß es ein normaler Vorgang sei. Ver-

stärkung aus dem Bundesgebiet zu holen: „Genauso können auch Berliner Polizisten zu Einsätzen nach Westdeutschland fahren – dies ist ein Stück Zugehörigkeit Berlins zur Bundesrepublik.“

City: Belagerungszustand

Geschäftsleute sehen die Polizei-Einsätze nicht so erfolgreich:

„Die Situation in der City glich einem Belagerungszustand“, sagte Hans-Ulrich Bannert, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft City e.V. „die Vorsorge-Maßnahmen des Senats wurden ad absurdum geführt. Dem harten Kern der Autonomen Chaoten muß der Kampf angesagt werden – Demonstrationsrecht kann nicht Terror einer Minderheit werden!“

Auch die Deutsche Polizei-Gewerkschaft kritisierte Kewenig: „Die Einstellung von U-Bahn-Linien und die Schließung von City-Kaufhäusern war eine Bankrott-Erklärung des Senats“, sagte der Bundesvorsitzende Benedikt Martin Gregg. „die eingesetzten

Beamten haben Hervorragendes geleistet – aber die Beschwichtigungs-Politik des Senats gegenüber den Autonomen ist gescheitert.“

Enkel eines berühmten Schauspielers verhaftet

Bis gestern nachmittag wurden 14 Haftbefehle gegen Randalierer ausgestellt – darunter gegen die Tochter (24) eines Berliner Rechtsanwalts, der Sohn (18) eines Pfarrers aus Bad Oeynhausen und der Enkel (21) eines bekannten Berliner Schauspielers.

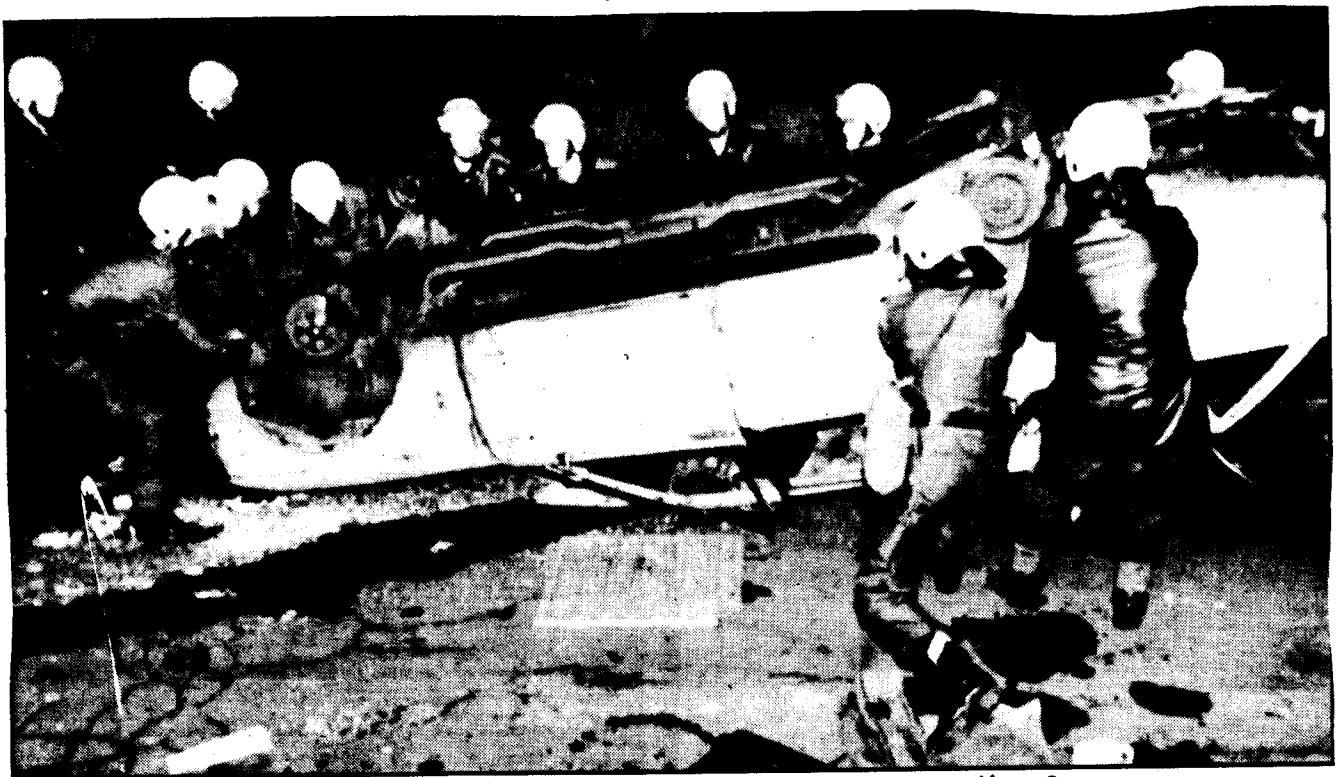
Die CDU nennt die Krawalle das „Werk von Verbrechern“
Jefrige Kritik an der SPD nach den Demonstrationen gegen Reagan in Berlin / Sechzig verletzte Polizisten



Gegen 21.30 Uhr am Winterfeldtplatz: Polit-Rocker haben einen Bauwagen angezündet. Meterhohe Flammen schießen in den Himmel.



Ein Polizist mit Helm und Schutzschild hat einen glatzköpfigen Chaoten gefaßt, führt ihn im Schwitzkasten ab. Der Randalierer schreit.



Straßenkämpfe: Verletzte, Verhaftete, umgestürzte Autos – Berlin während des Reagan-Besuchs.

Neue Presse
Hannover 18.6.

Foto: ap



Protestierer im Polizei-Kessel: Nur wer sich auf aktive und passive Bewaffnung durchsuchen und sich erkenntungs dienlich behandeln ließ, darf den Sperrkreis verlassen und nach Hause gehen. Unter ihnen waren Vermummte, die ihre Masken versteckten. **BMZ** Foto: ap

Wieder Krawalle in Berlins City

BM Berlin, 13. Juni Heftige Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und einheimischen sowie angereisten Chaoten und deren Sympathisanten prägten gestern bis in den Abend das Bild der Berliner City. Das KaDeWe schloß um 14 Uhr auf Wunsch des Innenministers.

Während es rund um den Tempelhofer Flughafen und das Brandenburger Tor, den Hauptschauplätzen des Reagan-Besuches, keine Zwischenfälle gab, gerieten auf dem Kurfürstendamm und der Tauentzienstraße am Nachmittag etwa 350 Gegner des Reagan-Besuches mit starken Polizeikräften aneinander.

Dabei griff die Polizei ihre Taktik vom Donnerstag auf und kesselte die teilweise vermummten Randalierer zwischen Breitscheidplatz und Nürnberger Straße ein. Unbeteiligte Passanten, die durch Zufall

mit in den Kessel geraten waren, konnten ihm verlassen, nachdem sie sich ausgewiesen hatten. Die Chaoten wurden festgehalten, weil sie sich weigerten, sich einer von der Polizei geforderten Leibesvisitation zu unterziehen.

Als ein Dokumentationsteam der Polizei mit Videokameras aufzog, wurde die Stimmung immer gereizter. Als gegen 16 Uhr ein Mannschaftswagen der Polizei durch den Kessel fuhr, trommelten die Randalierer wütend gegen die Wände des Autos. Daraufhin griff die Polizei mit Schlagstöcken ein; Rettungswagen fuhren mehrere Verletzte in die Krankenhäuser. Auch eine Stunde später ging die Polizei erneut mit Schlagstöcken vor.

Erst gegen 21 Uhr 15 war der Kessel geleert. Nach ersten Angaben der Polizei wurden gestern 96 Randalierer festgenommen. (Fortsetzung Seite 4)

Senator Kewenig dankte der Polizei für besonnenes Verhalten beim Reagan-Besuch

BMZ Berlin, 15. Juni

Schwere Krawalle zum Ende der Demonstration

Am KaDeWe ging es los — Barrikaden am Nollendorfsplatz

Mit massiven Gewalttätigkeiten endete gestern abend eine zunächst weitgehend friedlich verlaufene Demonstration gegen den heute stattfindenden Besuch von US-Präsident Reagan. Bereits zum Zeitpunkt der Abschlußkundgebung an der Urania wurden aus den Reihen der nach Polizeiangaben rund 2000 verummten sogenannten Autonomen Steine und Knallkörper gegen Geschäfte am Wittenbergplatz und der Kleiststraße geworfen, wobei zahlreiche Schaufensterscheiben auch im KaDeWe zu Bruch gingen. Die Polizei, die nach unserer Beobachtung nach zunächst starker Präsenz an der Kleiststraße kaum mehr vertreten war, fuhr mit Fahrzeugen in die Menge der Abschlußkundgebung. Nach Polizeiangaben sammelten sich nach dem Demonstrationsende etwa 400 Störer am Nollendorfsplatz und errichteten erste Barrikaden. Weitere Gewalttätigkeiten wurden für den Abend auch in Kreuzberg erwartet.

Fortsetzung von Seite 1: Schwere Tumulte nach Demonstration in der Innenstadt

Chaoten hinterließen Scherbenhaufen Angst vor Terror!

Jubel und Randalie — Reagan in Berlin **Das KaDeWe machte zu**
DDR-Reporter waren ganz wild auf Krawalle
Neue Presse Hannover 13.6.

»Ausnahmezustand«

Wir zitieren aus den zahlreichen Stellungnahmen zur Abriegelung Kreuzbergs von der Innenstadt am vorigen Freitag nachmittag. TA 2 15. 6. 17

Kreuzberger Gewerbetreibende und andere Menschen: »Seit Jahrelang gibt es Vorwürfe, der Senat betreibt in SO 36 eine Politik der systematischen Ghettobildung, die Abriegelung des ganzen Stadtteils hat alle schlimmen Erwartungen übertraffen.« Bei vielen erzeuge dieser Verstoß gegen die elementaren Menschenrechte Wut. Nicht die Autonomen und Militanten seien schuld, sondern der Besuch Reagans, der für sehr viele Berliner eine Provokation darstelle. »Der Senat kann das nur noch mit Maßnahmen durchsetzen, die ans Warschauer Ghetto erinnern. Warten wir nicht mehr, bis Kreuzberg nur noch durch Stacheldrahtverhaue betreten oder verlassen werden darf.«

stands«. Grund- und Menschenrechte werden von den Polizeikräften »buchstäblich mit Füßen getreten«.

Der Bundesvorsitzende der deutschen Polizeigewerkschaft, Martin Gregg: Die Einstellung von U-Bahn-Linien »zur Verhinderung des Zustroms von Kreuzberger Chaoten« in den City-Bereich und die Schließung von Einkaufszentren, um Ausschreitungen zu verhindern, sei »eine Bankrotterklärung für den verantwortlichen Innensenator«.

SPD-Landesvorsitzende Walter Momper: Ein ganzer Stadtteil werde so behandelt, als ob dort nur Chaoten wohnen. taz

Hochzeit statt Türkes

Ausgefallen ist der Auftritt des Grauen Wolfes Türkes, der am Samstag nachmittag im Wedding stattfinden sollte. Beobachtet von mehreren Zivis und den Insassen dreier »Wannen« fand im türkischen Kongreßzentrum anstelle eines Faschistentreffens eine Hochzeit statt. taz

Die BVV-Fraktion der AL-Kreuzberg: »Die Menschenderart massiv in ihrer Bewegungsfreiheit zu behindern, ist ein schwerwiegender Verstoß gegen die verfassungsmäßigen Freiheitsrechte, die offensichtlich zunehmend für Teile der Bevölkerung außer Kraft gesetzt werden.« Die AL protestiert gegen »die Praktiken des Ausnahmezustands«.



»Dem gefällt der Staat«

Interview mit Ingeborg Kallmeyer (60), die zu Reagan eingeladen war und statt dessen demonstrieren ging

taz: Sie sollten am Freitag im Reichstag Ronald Reagan treffen und wollten nicht?

Kallmeyer: Ich habe dem Mann vom RIAS gleich gesagt, daß ich daran nicht interessiert bin, weil mir seine Politik nicht behagt und ich aus dem Grunde auch demonstrieren gehe. Und ich finde es auch eine Geldverschwendung.

Und sind Sie gegangen?

Ich wußte nicht genau, wo die losgeht, und bin an den Kudamm gegangen, hab mich da hingestellt und habegewartet. Ich habe da die ganze Zeit mit einem jungen Mann gestanden und habe das an mir vorbeiziehen lassen, und als dann die Vermummten kamen, da wurde mir doch etwas mulmig.

Wenn Sie sagen, Sie finden den Empfang von Reagan eine Geldverschwendung — wo für würden Sie denn das Geld ausgeben?

Ich habe mir da bei der Demonstration gedacht, was wohl in den jungen Leuten vorgeht. Die gingen da schwarz angezogen und müssen ja wohl einen

fürchterlichen Haß auf unsere Gesellschaft haben. Ich denke mir, das muß an der Erziehung liegen, an dem Milieu, indem sie aufwachsen, an den Elternhäusern, an den Schulen, die müssen doch das Gefühl haben, daß sie keine Geborgenheit haben. Ich wäre dafür, daß die Erziehung umfassender und besser wird.

Was haben Sie denn gegen die Politik von Reagan?

Zum Beispiel seine Südamerika-Politik. Das war Vietnam, das ist jetzt Südamerika. Ich habe den Eindruck, daß sie die Leute noch genau so ausbeuten wollen wie früher die Kolonien.

Würden Sie sich als Linke bezeichnen?

Na, ich würde sagen, daß ich sympathisiere. Ich kenne eine Menge Frauen, die sind alle konservativ. Ich zanke mich mit denen nicht, aber ich weiß, daß die meine Einstellung nicht akzeptieren. Ich meine, wer finanziell gut steht und keinen Kummer und keine Sorgen hat, dem gefällt ja der Staat, wie er ist. Das sehe ich ja ein. Interview: mk



„lugereiste Polizei übt sich in Berliner Verhältnisse“

Fotos: Paul Langroc

Senator Kewenig nach den Tumulten: „Polizei hat ihre Aufgabe erfüllt“

Zu den Krawallen in der Nacht zu gestern erklärte Senatssprecher Winfried Fest: »Die Ausschreitungen sind auf das schärfste zu verurteilen. Es gibt hierfür überhaupt keine Rechtfertigung. Man kann nicht für Frieden demonstrieren und sich gleichzeitig in extremer Weise unfriedlich verhalten.«

In einer ersten Bewertung der Ereignisse während und nach der Demonstration am Donnerstag erklärte Innensenator Wilhelm Kewenig (CDU), daß die Polizei ihre Aufgabe erfüllt habe, die gewaltbereiten Chaoten im City-Bereich nicht zur Entfaltung kommen zu lassen. Gleichzeitig wies Kewenig daraufhin, daß keine Polizei in der Lage sei, jegliche Sachbeschädigungen zu verhindern.

Eine „klammheimliche Mittäterschaft“ der Demonstrationsveranstalter an den Ausschreitungen vom Donnerstag sieht der Landesvorsitzende der FDP, Walter Rasch. Die Initiatoren der Kundgebung hätten durch Duldung eines geschlossenen Blocks verummter und teilweise bewaffneter Chaoten innerhalb des Demonstrationszuges Ausschreitungen „in gewisser Weise billigend in Kauf genommen“. Rasch lobte indes das geschickte Vorgehen der Polizei, um „jedwede Provokation der Protestierer auszuschließen“.

Das Vorstandsmitglied der Alternativen Liste, Ströbele, bezeichnete das Verhalten der Polizei als „Praktiken des Ausnahmezustands“, es würden „Menschenjag-

den“ veranstaltet, Passanten und Journalisten „niedergeknüpelt“.

Die Gewerkschaft der Polizei reagierte auf die Teilnahme vieler SPD-Mitglieder an der Demonstration gegen US-Präsident Reagan „mit völligem Unverständnis“. Es sei ein Skandal, so ihr Vorsitzender Burkhard von Walsleben, daß in Präsident Berlin nur unter bürgerkriegsähnlichen Sicherheitsvorkehrungen besuchen könne.

Für die Deutsche Polizeigewerkschaft erklärte ihr Bundesgeschäftsführer Paul Grimm: „Die Ausschreitungen in Berlin sind der halbherzigen Politik des Senats gegenüber autonomen Gruppen zuzuschreiben.“

Polizeiaufgebot versperrte Chaoten den Weg aus Kreuzberg in die City

Landespolizeidirektor Manfred Kittlaus äußerte sich gestern abend darüber erleichtert, daß es tagsüber nicht zu schlimmeren Ausschreitungen der Demonstranten gekommen war. Einen wesentlichen Anteil an diesem Erfolg habe die Abriegelung von Kreuzberg gehabt. Der U-Bahn- und Busverkehr zwischen Kreuzberg und der Innenstadt war für mehrere Stunden — vom späten Vormittag bis in den Nachmittag — eingestellt worden, gleichzeitig wurden an allen Straßen zwischen SO 36 und den Nachbarstadtteilen genaue Kontrollen vorgenommen. Dadurch sei es gelungen, an die 4000 „Autonome“ daran zu hindern, sich den Demonstranten anzuschließen.

Kittlaus: »Es war uns bekannt, daß der größte Teil der gewalttätigen Demonstranten die Nacht in

Kreuzberg verbracht hatte. Wir konnten gestern mehrfach beobachten, wie diese Leute vor den Straßenkontrollen umkehrten, es an anderen Stellen wieder versuchten und dann aufgaben.«

Ungeachtet dieses Erfolges herrschte bei der Polizei gestern abend noch höchste Alarmbereitschaft. Mit Einbruch der Nacht rechnete man mit erneuten Gewalttätigkeiten in Kreuzberg und der City. Das Gros der Gewalttäter, die aus Westdeutschland gekommen waren, hielt sich nach den Erkenntnissen der Polizei und des Zolls an den Grenzübergangstellen noch in der Stadt auf.

Die Polizei hatte starke Einheiten in Kreuzberg und seiner unmittelbaren Nähe postiert. Das Gebiet rund um den Kurfürstendamm sowie die Potsdamer Straße in Schö-

neberg war ein weiterer Überwachungsschwerpunkt. Bis Redaktionsschluß wurden in der Stadt jedoch nur vereinzelte Gruppen von Demonstranten beobachtet.

Zu Berichten von Zeugen, nach denen es auf der Tauentzienstraße teilweise zu einem unverhältnismäßig harten Schlagstockeinsatz der Polizei gekommen sei, sagte Kittlaus, daß ihm solche Vorkommnisse noch nicht bekannt geworden seien. Zuschauer hatten berichtet, daß sogar Frauen geschlagen wurden, die bereits am Boden lagen. Kittlaus kündigte eine Prüfung dieser Vorfälle an.

Innensenator Kewenig bedauerte gestern die Beschränkungen im U-Bahn- und Busverkehr und bat „angesichts der äußerst angespannten Gefahrenlage“ die Bevölkerung um Verständnis. RA

Noch einmal Kreuzberg?

Gastkolumne von Moritz Leiter

Als ob nicht schon alles, nicht schon viel zu viel gesagt worden wäre zu Kreuzberg. Leider drohen gerade wegen des allumfassenden Interesses an der Exotik von Berlins Südosten einfache Schlussfolgerungen unterzugehen. So überdecken die anspruchsvollen Essays und sozialwissenschaftlich angereicherten Analysen den po-

litischen Kern der Vorgänge. 77 2 15.6. Und den beiden Oppositionsparteien der Stadt, SPD und AL, blieb es bislang erspart, selbstkritisch über die eigene Rolle nachdenken zu müssen. Sie würden im Gegenteil von einer gnädigen, auf das Skurrile, ihr allzu Fremde fixierten Presse im selbstgerechten, anklägerischen Pathos bestärkt.

War Kreuzberg nicht vor allem ein Desaster der rot-grünen Oppositionspolitik? Wurde in der Nacht zum 2. Mal nicht deutlich, daß SPD und AL immer noch nicht in der Lage sind, dem Protest gegen die Senatpolitik einen politisch wirksamen Ausdruck zu verleihen? Ja, daß sie sich sogar immer mehr verabschieden aus der Wirklichkeit eines Bezirks, indemsiedenen Wahlergebnissen nach über eine solide Vertrauensbasis verfügen?

Einige Stationen dieses Abschieds sind offenkundig. Man erinnere sich nur an das seltsame Zwischenspiel bei der Besetzung des Kreuzberger Bezirksamtes, den Streit um die Wiederwahl des von der AL gestellten Baustadtrats Werner Orlowsky. Die verbissene Rivalität zwischen Sozialdemokraten und Alternativen im Bezirk wurde seither nicht überwinden. Jeder der Kontrahenten hat Angst, daß der andere wieder einmal die CDU zum Schiedsrichter bestellt. Absolut eigentlich, wobei die Parteien sich gern monatlang mit der Frage befaßten, was wäre, wenn AL und SPD eine rechnerische Mehrheit hätten. In Kreuzberg gibt es sie schon, aber ein wirksamer Gegenentwurf zur CDU/FDP-Politik wurde selten genug erkennbar. Und zwischen diesem Mangel an Glaubwürdigkeit, dieser allzu deutlichen Schwäche und den selbstzerstörerischen Protestformen, die in Kreuzberg jetzt dominieren, besteht ein enger Zusammenhang.

Es fällt nicht schwer, dafür auch auf Landes-ebene aktuelle Beispiele zu finden. Etwa im Verhalten der SPD in Sachen Volkszählungsboykott oder Verfassungsschutzkontrolle. Weil sie die Zählung wollten, erschien es den Sozialdemokraten wenig opportun, auch für die Rechte der Boykottoren einzutreten. Der Amoklauf der Justiz fachte das Mißtrauen gegen die Zählung erst richtig an. Die SPD schwieg. Und weil in der eigenen Partei die sicherheitspolitischen Gemeinsamkeiten mit der CDU einer tatsächlichen Oppositionspolitik im Wege stehen, blieb der Protest gegen den Ausschluß der AL vom Kontrollgremium halberzig.

Dabei lag es in beiden Fällen in der Hand der SPD, den Senat zu Anerkennung der Realitäten in Gesellschaft und Parlament zu zwingen. Und so paradox dies erscheinen mag: diese Art, die Opposition zu stärken, hätte auch ein Erfolg für die von den Sozialdemokraten vertretenen politischen Positionen in beiden Fragen werden können.

Bei der AL offenbart sich im scheinbar genau gegensätzlichen Verhalten die gleiche Schwäche, das gleiche Beharren auf lieb gewordenen politischen Ritualen. Während sich die SPD immer wieder in staatstragenden Gesten zu beweisen versucht, quälen sich die Alternativen mit Gefälligkeiten gegenüber politischen Sektieren. Jüngstes Beispiel: der Eieranz in Sachen Anti-Reagan-Protest.

Warum dieser Präsidentenbesuch überhaupt eine derartige Bedeutung haben sollte, war angesichts der arbeitspolitischen Diskussion und angesichts der Probleme Reagans im eigenen Land ohnehin nur schwer nachvollziehbar. Daß er aber erneut zu Aktionsbündnissen mit der SEW und zum Liebgängeln mit einer Heerschau inhaltleerer Militanz erhalten muß, zeigt die Orientierungslosigkeit der Alternativen. Sie wissen genau, daß ihre Wähler nichts gemein haben mit diesen Gruppchen im politischen Spektrum, aber sie hüten sich, dies öffentlich zu vermitteln. Sie vermeiden vor allem, deutlich werden zu lassen, warum es der AL selbst geht.

Kreuzberg, so denke ich, ist der spektakuläre Ausdruck solcher Halbheiten. Dies wird, trotz der gar nicht klammheimlichen Schadenfreude vieler politischer Gegner des Senats, die regierende Mehrheit weiter festigen. Sie wird sich mit Aktivitäten profilieren, während die Opposition resignierend darauf zu warten scheint, daß der unzufriedene Bürger sich wieder einmal selbst, nötigenfalls auch bei der nächtlichen Selbstbedienung im Supermarkt, zu Wort meldet. Wer auf diesem Wege politische Veränderungen erhofft, wird unendlich viel Geduld haben müssen.

Moritz Leiter ist freier Autor in Berlin

Randale-Weekend in SO 36

In Kreuzberg wächst der Unmut über Randalen-Touristen

»Die haben ja wohl 'ne Panne, stehen da seit einer Stunde am Heinrichplatz, trommeln auf die Straßenschilder und warten, daß sie Randalen machen können.« Worte, die keinesfalls von einer aufgebracht Bürgerin stammen, sondern von einer jungen Berlinerin, die selbst regelmäßig auf Demos geht und am Kudamm auch schon mal einen Stein in die Hand genommen hat. Als am Samstag zum drittenmal in der Oranienstraße nächtliche Randalen herrschte, war auch bei vielen aus der Kreuzberger Szene die Geduld zu Ende. Von denen, die wochenlang auf dem Autonomen-Plenum die Reagan-Demo vorbereitet hatten, war schon am Donnerstagabend kaum jemand am Heinrichplatz zu sehen. Statt dessen hatte fast jedes dritte am Rande des »Kampfgebiets« geparkte Auto ein westdeutsches Kennzeichen.

Als vorgestern gegen zwei Uhr nachts am Heinrichplatz unter Gejohle Flammen loderten, rückten die Polizeiverbände blitzschnell vor und riegelten die Zufahrtstraßen ab. Pfiffe und Buh-Rufe von denen, die der Einkesselung gerade noch entkommen konnten, kurz darauf aber wurde vor den absperrten Beamten über Sinn und Unsinn der Kreuzberger Randalen diskutiert. »Mir ist das inzwischen ziemlich egal, ob die Bullen die Leute am Heinrichplatz zusammenprügeln«, stellt die eingangswähnte Demonstrantin fest. Trotz brutal knüppelnder Greiftrupps, die Beteiligte ebenso wie Unbeteiligte am Donnerstag und Freitag durch die Straßen hetzten, beginnt die Stimmung im Kiez zu kippen.

Keiner weiß mehr, warum eigentlich randaliert wird. »Da toben sich Zugereiste und Einheimische

aus, die den verpaßten 1. Mai in Kreuzberg nachholen wollen«, bemerkt einer. Andere versuchen, die am Heinrichplatz Eingeschlossenen zu verteidigen. »Wo kommt ihr her«, werden sie barsch angefahren. Ergebnis: Fulda, Hannover, Warendorf, alles Westdeutsche. »Warum macht ihr hier Randalen?«. Der Typ aus Fulda wird sauer: »Schonmal was von Aggression gehört?« Außerdem seien die Auseinandersetzungen von der Polizei provoziert, wirft jemand ein. »Wenn Du das kapiert hast, warum läßt du dich dann provozieren, wird ihm entgegengehalten.

77 2 15.6.

Nachspiel

»Die Klugheit, die Hans-Jochen Vogel mal hereingetragen hat, wird hoffentlich nicht ganz verschüttet sein.« So kommentierte der SPD-Abgeordnete H.G. Lorenz die Abriegelung von Kreuzberg. Wie sich die SPD ein parlamentarisches Nachspiel der freitäglichen BVG-Blockade am Kreuzberg vorstellt, war gestern nicht in Erfahrung zu bringen, da sich viele Politiker zum Bundestag nach Bonn begeben hatten, wo eben dieser Vogel den Vorsitz der deutschen Sozialdemokratie übernahm. Die AL lud für heute zu einer Pressekonferenz ein. Im Innenausschuß werden heute Reagan und die Folgen Thema der aktuellen Besprechung abgeben. Der FDP-Landes- und Fraktionsvorsitzende Walter Rasch erklärte auf Anfrage die Stilllegung der U-Bahn zu einer »ungewöhnlichen Maßnahme, die man sehr sorgfältig begründen muß«. Für eine Stellungnahme habe er jedoch noch zu wenige Informationen, sagte Rasch. taz

Drei Nächte hintereinander konnte man in Kreuzberg nicht aus dem Haus gehen, ohne eventuell von einem herabsausenden Polizeiknüppel oder auch von einem falsch gezielten Stein getroffen zu werden. Inzwischen harren mehrere Kneipen mit dem Schild »vorübergehend geschlossen« auf bessere Zeiten. Kreuzberg ist nach dem 1. Mai offenbar dazu verurteilt, zum Randalen-Mekka der BRD zu werden, während die Wohlstadtgürtel der Stadt verschont bleiben.

In Kreuzberg dominiert inzwischen der Ärger über eine von unpolitischen Randalen-Kids und prägelnden Polizisten gleichermaßen verhängte Ausgangssperre. Alle, die hier bleiben und im Kiez etwas erreichen wollen — ob sie nun Gewalt ablehnen oder nicht —, müssen den politischen Schaden, den die dreitägige Randalen bei der »Normalbevölkerung« angerichtet hat, ausbaden. wollo

(Siehe auch Seite 5)

Haus durchsucht

Ohne Durchsuchungsbefehl und ohne erkennbare Anordnung eines Einsatzleiters stürmten in der Nacht zum Sonntag mehrere Polizeibeamte in das Haus Oranienstraße 202. Mehrere Wannen standen lange Zeit vor dem Haus, berichteten die Bewohner. Gegen 2 Uhr morgens seien die Beamten ausgestiegen. Mehrere der Hausbewohner schauten aus dem Fenster und forderten sie auf, »endlich abzuziehen«. Kurz darauf stürmten mehrere der Beamten ins Haus. Sie traten eine Wohnungstür ein und durchsuchten alle Zimmer, ohne Rücksicht auf schlafende Kinder zu nehmen. taz

Auf Anordnung der Polizei U-Bahn-Verkehr eingestellt

SO 36 während Reagan-Besuch weitgehend isoliert 77 2 15.6.

Während US-Präsident Ronald Reagan gestern nachmittag am Brandenburger Tor die amerikanische Garantie für die »Freiheit Berlins« beschwor, herrschte in Kreuzberg Ausnahmezustand. Ganz SO 36 war mehr als zwei Stunden weitgehend von der Außenwelt abgeschnitten. »Wir wollen einen bestimmten Personenkreis daran hindern, in Richtung Innenstadt zu gelangen«, hieß es in der Polizeipressestelle.

Ratlose Hausfrauen standen mit ihren Einkaufstüten am Kottbusser Tor vor den verschlossenen Eingängen zu den U-Bahn-Linien 1 und 8. Arbeiter und Angestellte, die mit dem Auto von der Arbeit ins Wochenende nach Hause wollten, sahen sich unvermittelt mit einem Polizeiaufgebot konfrontiert, die Innen- und Kofferraum ohne Angaben von Gründen durchsuchten.

Um 12.30 Uhr war die BVG nach Auskunft ihres Pressesprechers von der Anordnung der Polizei überrascht worden, den öffentlichen Nahverkehr zwischen Gleisdreieck und Schlesischem Tor sowie zwischen Voltastraße und Hermannplatz einzustellen. Zwischen 13.15 Uhr und 15.18 Uhr ruhte die »schnelle Verbindung für eine schnelle Stadt« zumindest im Kreuzberger Kiez.

Im allgemeinen Chaos wurden alte Tugenden wiederentdeckt: So mancher versuchte, den Sperrbezirk per Anhalter zu verlassen. Andere erinnerten sich des Drahtesels im Keller oder ihrer eigenen Beine, die sie Richtung Neukölln oder Schöneberg in Bewegung setzten.

Nachdem der amerikanische

der Gastgeber ob seiner warmen Worte »liberty and democracy« (»Freiheit und Demokratie«) wieder Richtung Washington entschwebt war, wurde Kreuzberg, zumindest vorübergehend, wieder von Berlin aus erreichbar.

• Gegen die Polizeimaßnahmen in Kreuzberg wurde inzwischen von verschiedenen Seiten Protest erhoben. Der SPD-Landesvorsitzende Walter Momper wandte sich dagegen, daß »ein ganzer Stadtteil so behandelt werde, als ob dort nur Chaoten wohnten«. Die AL-Fraktion in der Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung und ihre Stadträte Werner Orlowsky und Brunhild Dathe bezeichneten die Vorgänge als »schwerwiegenden Verstoß gegen die verfassungsmäßigen Freiheitsrechte, die offensichtlich zunehmend für Teile der

Bestandsaufnahme einer unruhigen Woche

Unterschiedliche Angaben zu den Festnahmen der letzten Tage von Innensenator und Polizei / Festgenommener krankenhaushausreif geschlagen / Übergriffe auf Journalisten

Zum Schlafen kamen die Kreuzberger aus SO 36 auch in der Nacht zum Montag nicht. Der allnächtliche ruhestörende Lärm der Polizeisirenen ertönte wiederum bis in die frühen Morgenstunden. Vier junge Männer wurden diesmal festgenommen. Zwei von ihnen sollen nach Polizeiangaben ein Fahrzeug auf die Fahrbahn an der Kottbusser Brücke geschoben haben. Ein Jugendlicher wurde am Oranienplatz, ein anderer am Heinrichplatz festgenommen.

Die Polizei zog am Montag eine Bilanz der Festnahmen seit dem Vortag des Reagan-Besuches. 64 Festnahmen habe es von Donnerstag bis Sonntag gegeben. Unter den Festgenommenen waren 55 Männer. 19 Personen hatten einen westdeutschen Wohnsitz. 45 seien in Berlin (West) gemeldet. 42 Festgenommene seien über 21 Jahre alt, 22 jünger.

Haftbefehl wurde gegen insgesamt 15 Personen erlassen, von denen sechs Haftverschonung erhielten. Die Vorwürfe reichen von Widerstand und Körperverletzung bis hin zu Landfriedensbruch und 13mal versuchter Totschlag.

Im Widerspruch zu den Angaben der Polizei sprach Innenminister Kewenig am Montag vormittag im Innenausschuß des Abgeordnetenhauses von 300 Festnahmen, 18 Haftbefehlen und vier Haftverschonungen.

Zusammengeschlagen

Krankenhaushausreif geschlagen wurde ein 25jähriger nach Angaben seines Rechtsanwalts am

Samstagabend auf einem Polizeiabschnitt. Die Beamten hätten ihm gegenüber geäußert: »Dich machen wir auch noch fertig!« Der junge Mann wurde mit einem Nasenbeinbruch und Verletzungen am ganzen Körper in ein Krankenhaus eingeliefert. Der Rechtsanwalt stellte Anzeige gegen die beteiligten Beamten. Auf einer Pressekonzferenz der Alternativen Li-

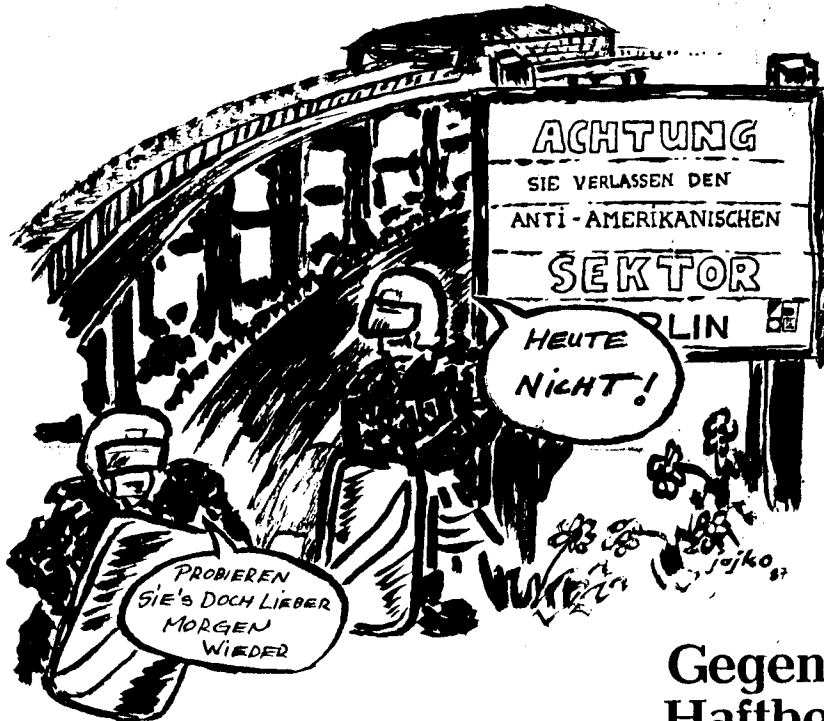
ste berichteten Vertreter der autonomen Sanitäter über zahlreiche Fälle von Polizeiübergriffen.

Übergriffe auf Journalisten

Eine Reporterin von NBC wurde am vergangenen Freitag von einem Polizisten das Tonband gelöscht, einem SFB-Reporter das Mikrofon zerstört. Um der

Gefahr zu entgehen, daß polizeiliche Übergriffe auf Journalisten zum gewöhnlichen Berufsrisiko werden, sollen derartige Fälle gesammelt werden. Ab Mittwoch werden entsprechende Berichte ab 12.00 Uhr unter der taz-tel. 4609-234 entgegengenommen.

Siehe auch Seite 1 und 2



13 Randalierern wird versuchter Totschlag zur Last gelegt Gericht glaubte wieder einmal Polizeizeugen

(DW-E. Sl.) Zu einem „Dauerarrest über drei Wochen“ wurde gestern in Moabit ein junger Mann verurteilt, dem vorgeworfen wurde, am 1. Mai in Kreuzberg einen Stein geworfen zu haben. Das Gericht ging dabei von der Richtigkeit der Angaben eines Polizeizeugen aus.

Der Polizist hatte bei den ersten Vernehmungen allerdings eine falsche Version „des Tathergangs abgegeben“, die zum Anklagepunkt des „schweren Landfriedensbruchs“ und damit zur Inhaftierung des Angeklagten führte. Nachdem sich die Angaben des Polizisten als falsch herausgestellt hatten, mußte der Angeklagte noch vor der Urteilsverkündung aus der Haft entlassen werden. Trotz dieser Widersprüche begründete der Richter nicht, warum er den Beamten, nicht aber einen Entlastungszeugen für glaubwürdig hielt. Die Zeit, die der Angeklagte zu Unrecht in Untersuchungshaft saß, sei „nicht ganz vergebens“ gewesen und hätte wohl „Erfolge gezeigt“, meinte der Richter zynisch.

Der Staatsanwalt hatte sogar neun Monate Jugendstrafe gefordert und den angeblichen Steinwurf einen „erheblichen Schritt ins Kriminelle“ genannt. Die Verteidigerin forderte Freispruch und wies auf die polizeiliche Willkür hin. Nach Zeugenaussagen sind Beamte in ein Kreuzberger Lokal gekommen und hätten mit den Worten „einen von euch wollen wir haben“ den Angeklagten herausgegriffen. „Der Angeklagte trägt nicht die Verantwortung für die soziale Situation in Kreuzberg“, sagte die Anwältin.

Gegen 15 Personen Haftbefehl erlassen

Insgesamt rund 300 Festnahmen bei Krawallen

„Die Maßnahmen waren hart, aber notwendig“, verteidigte Innensenator Wilhelm Kewenig (CDU) gestern das Vorgehen der Polizei im Zusammenhang mit dem Reagan-Besuch. Dies sei der richtige Weg gewesen, die Chaoten von Schlimmerem abzuhalten. Im nachhinein hält der Innensenator auch die zeitweise Abriegung Kreuzbergs und die Einkesselung von etwa 500 Demonstranten am Tauentzien für korrekt. Es habe keine andere Möglichkeit gegeben, Gewalt zu verhindern.

Steinwerfer verließ Gericht als freier Mann

Für einen Steinwurf gegen ein Polizeifahrzeug am 17. Mai erhielt gestern ein 20jähriger Auszubildender drei Wochen Jugendarrest. Damit wurde von einem Moabiterschiedsgericht das dritte Urteil gegen einen Teilnehmer der Kreuzberger Krawalle gesprochen.

Jugendarrest für Steinwurf verhängt

Wegen Widerstandes im Zusammenhang mit den Kreuzberger Krawallen vom 17. Mai wurde ein 20jähriger Mann gestern von einem Moabiterschiedsgericht zu drei Wochen Arrest verurteilt, der durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt gilt. Polizeizeugen zufolge hatte er einen Stein auf ein Polizeifahrzeug geworfen, war in eine Pizzeria geflüchtet und hatte sich anschließend seiner Festnahme widersetzt.

Polizist korrigierte Ortsangabe im Verfahren um Steinwürfer

In einem Prozeß um die Kreuzberger Krawalle in der Nacht zum 17. Mai verhängte gestern ein Moabiterschiedsgericht drei Wochen Dauerarrest gegen einen 20jährigen Mann. Das Gericht hielt den Angeklagten für überführt, einen Stein auf ein Polizeifahrzeug geworfen und seine Festnahme zunächst dadurch verhindert zu haben, daß er die Tür einer Pizzeria von innen zugehalten habe.

Halbes Jahr Haft wegen Plünderung bei Krawallen

Bisher 26 Anklagen erhoben

Justiz ermittelt nach Kreuzberger Krawallen gegen 94 Personen

Die Staatsanwaltschaft war elfrig. Nach den Kreuzberger Krawallen vom Mai wurden gegen 34 Beschuldigte bisher 26 Anklagen erhoben. Die Ermittlungen richten sich gegen insgesamt 94 Personen.

Auch einen Rückfall gibt es bereits. Ein 24jähriger, der im Zusammenhang mit den Ausschreitungen vom 1. Mai festgenommen worden war, nachdem er kleine Plastersteine auf eine Polizeikette geworfen hatte, wurde zwar mit einem Haftbefehl wegen schweren Landfriedensbruchs bedacht, jedoch vom Haftvollzug ver-

schont. Doch nach einem Punkkonzert in Kreuzberg kam es am 16. und 17. Mai erneut zu Krawallen, und wieder war der Mann dabei. Er warf Steine auf ein Gruppenfahrzeug der Polizei. Jetzt sitzt er in Untersuchungshaft.

Soweit Anklage erhoben wurde, geschah dies überwiegend wegen schweren, bzw. einfachen Landfriedensbruchs. Der einfache wird mit Haft bis zu drei Jahren, der schwere (Mitführen von Schußwaffen, anderen Waffen, Herbeiführen von Todesgefahr für andere, Plünderung oder Anrichtung bedeutender

Schäden an fremdem Eigentum) ist mit Haft zwischen sechs Monaten und zehn Jahren bedroht.

Auch gegen den ersten gewalttätigen Teilnehmer der Anti-Reagan-Demonstration vom 11. Juni wurde gestern bereits Klage erhoben. Der 18jährige, der eigens aus dem Bundesgebiet angereist war, soll nachts an der Oranienstraße (Kreuzberg) Steine gegen Polizisten geworfen und dabei einen von ihnen verletzt haben. Der junge Mann, der verurteilt wurde und als „Reisechaot“ gilt, befindet sich in Untersuchungshaft.

Wird so das Vertrauen in die Rechtsprechung gefördert?

Unterschiedliche Urteile gegen Steinwerfer

Zum erstmalig hat gestern ein Moabiter Schöffengericht einen an den schweren Ausschreitungen am 17. Mai festgenommenen Steinwerfer zu einer Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Wegen Widerstands und zur Verteidigung der Rechtsordnung muß ein 23jähriger Franzose für ein Jahr Gitter.

Der Kunststudent war für schuldig befunden worden, Pflastersteine gegen mehrere Polizeifahrzeuge geworfen zu haben. Weil der Angeklagte zur Tatzeit etwa 1,8 Promille Alkohol im Blut hatte, billigte das Gericht ihm verminderte Schuldfähigkeit zu. Das Werfen von vier Steinen aber — der Student hatte nur zwei Würfe zugegeben — sei, so das Gericht, eine Drohung mit Gewalt gegen Polizisten gewesen, um ihnen Angst einzujagen.

Die Verteidigung des Franzosen hatte demgegenüber angeführt, ihr Mandant sei von den Beamten „grundlos verprügelt“ worden — und erst danach habe er sich zu den Steinwürfen hinreißen lassen.

Diese Argumentation hat der Richter nicht gelten lassen. Eine Aussetzung der Strafe zur Bewährung sei nicht in Frage gekommen, weil sonst der Eindruck entstanden wäre, die Justiz würde Delikte dieser Art auf die leichte Schulter neh-

men. Im übrigen habe sich der Angeklagte „bedenkenlos“ an den Ausschreitungen beteiligt. Der Anwalt des Studenten kündigte an, daß er Berufung einlegen werde.

In einem weiteren Steinwerfer-Prozess, bei dem wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung, schweren Widerstands und Sachbeschädigung verhandelt worden war, ist der 24jährige Beschuldigte zu 22 Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldbuße von 5000 Mark verurteilt worden. Der Maschinenbauer war mit weniger Promille im Blut als der Franzose am 1. und am 17. Mai nach Steinwürfen gegen Polizisten und ein Fahrzeug erwischt worden. Er durfte das Gericht als freier Mann verlassen.

Staatsanwalt legte sofort Rechtsmittel ein

In der kurzen Urteilsbegründung forderte die Richterin ihn auf, er möge sich jetzt „auf die bürgerliche Seite schlagen“. Die Bewährung solle ihm dabei helfen — wenn die Staatsanwaltschaft einverstanden sei und „sich beruhigt“ habe. Die aber hat sich nicht nicht beruhigt und legte sofort Rechtsmittel ge-

gen dieses Urteil ein. Vor Gericht gab sich der Angeklagte als „friedliebender“ Bürger, zu dem Gewalt nicht passe. Er wisse, daß man mit „Steinwürfen nichts ändern kann“.

Damals habe er wohl zuviel getrunken. Bei seiner ersten Vorführung beim Haftrichter am 1. Mai hatte Rainer T. gesagt, der Vorfalle ihm leid. Der Richter verschonte den Mann von der Haft. Zwei Wochen später wurde er wieder beim Steinwerfen erwischt.

In seinem Plädoyer führte Staatsanwalt Carlo Weber aus, der Beschuldigte habe mit dem Steinwurf eine Verletzung eines Beamten durchaus „billigend in Kauf genommen“. Es müsse — besonders bei Wiederholungstätern — hart durchgegriffen werden, um überhaupt Abschreckungseffekte auf Chaoten erzielen zu können.

Der Staatsanwalt appellierte an Richterin und Schöffen, durch ein angemessen hartes Urteil dafür zu sorgen, daß das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtsprechung wiederhergestellt wird.

Für Rainer T. forderte Weber eine Haftstrafe von drei Jahren ohne Bewährung. Strafaussetzung werde oft als Schwäche des Staates und als „Freifahrtschein“ für weitere Straftaten betrachtet. **lbn/yer**

Moabiter Ausschank

Freibier zum 1. Mai: Sechs Monate auf Bewährung

W

eil er sich am 1. Mai während der Kreuzberger Krawalle bei Getränke Hoffmann in der Mantuffelstraße selbst bedient hatte, wurde gestern ein 26jähriger Angeklagter vom Amtsgericht wegen Diebstahls in besonders schwerem Fall zu sechs Monaten Freiheitsstrafe, auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt, verurteilt.

Der 26jährige Adrian M. — er ist

Trödelhändler und sucht in Gatow nach Bernsteinen — hatte die Tatvorwürfe im wesentlichen zugegeben. Die Kunde, daß bei Getränke Hoffmann die Scheiben kaputt seien und „man sich da selbst bedient“ habe ihn am frühen Abend auf dem Lausitzer Platz erreicht, erzählte der Angeklagte vor Gericht. Daß er mit Hilfe seines Lastenfahrads in drei Touren sechs

Paletten Tucher Bier zu je 24 Flaschen, sechs einzelne Flaschen Bier und 12 Liter Coca Cola aus dem demolierten Laden in der Mantuffelstraße abtransportierte, bezeichnete der Angeklagte im nachhinein „als Schwachsinnstas“. „Wenn ich nicht so betrunken gewesen wäre, wäre das nicht vorgekommen.“ Er hatte die Getränke in seinen in der Wrangelstraße abgestellten LKW verladen und war dabei beobachtet und angezeigt worden. Nach einer Durchsuchung des Wagens wurde Adrian M. einen Tag später festgenommen und wanderte bis zum 21. Mai in Untersuchungshaft.

Der Vorwurf der Anklage, Adrian M. habe in jener Nacht später noch versucht, „die zuvor verwendeten Tragepackungen Bier“ an Schaulustige zum Preis von 3 DM zu verkaufen, bestätigte sich im Prozeß nicht. Die für diesen Vorgang als Zeugin geladene Hausfrau (62) sagte anderes. Sie hatte gehört, wie Adrian M. von Passanten „angeflaunt“ worden war: „Wo haste denn die Ladung Bier her?“. Auf seine Erwidern, „kannst haben, ‘ne Packung für 3 Mark“, hätten „die alle nur gelacht“.

Die Staatsanwaltschaft forderte eine drakonische Strafe von neun Monaten ohne Bewährung, weil der Angeklagte die Rechtsordnung in aller Öffentlichkeit „frech mißachtete“. „Normalerweise“ werde „im Dunkeln gestohlen“. Das Gericht befand jedoch, der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit müsse gewahrt bleiben. Es sah auch von einer Einziehung des Lastwagens ab. **plu**

Prozeß wegen Mai-Krawallen

Wurfbewegung gesehen

Die Prozeßblawine in Sachen Kreuzberger Mai-Krawalle rollt. Gestern stand ein 24jähriger Angeklagter wegen schweren Landfriedensbruchs vor Gericht.

Der 24jährige Michael M. soll der Anklage zufolge am 1./2. Mai an der Adalbert-/Ecke Oranienstraße aus „einer 15köpfigen Personengruppe“ heraus einen Stein auf ein Polizeifahrzeug geworfen haben. Michael M. saß bis zu seinem gestrigen ersten Verhandlungstag über sieben Wochen in Untersuchungshaft. Am Ende der Verhandlung — der Prozeß wird am 30. Juni fortgesetzt — hob der Richter den Haftbefehl auf: Wegen der festen Wohn- und Ausbildungsverhältnisse des Angeklagten sei eine Fluchtgefahr zu verneinen.

Michael M. bestritt, einen Stein geworfen zu haben. Er sei in jener Nacht nach einer Diskothekeneröffnung gegen 2 Uhr morgens mit Freundennach Kreuzberg gekommen, um Bekannte in der O-Bar zu treffen. Angesichts der Barrikaden und zerstörten Läden habe er

Freunde, die in der Oranienstraße wohnten, besucht. Als er mit seinem Freund die Hofeinfahrt zu dessen Wohnhaus erreicht habe, sei sie von Polizisten wieder auf die Straße getrieben worden. Bei dem Versuch, zum Haus zurückzukommen, — „wegen der Großräumung war alles abgeriegelt“ — sei er an der Oranien-/Ecke Adalbertstraße festgenommen worden.

Der Freund bestätigte gestern als Zeuge die Angaben Michael M.'s. Demgegenüber behaupteten zwei Polizeizeugen, (einer ist Leiter des Sondereinsatzkommandos), Michael M. bei einer „Wurfbewegung“ in Richtung ihres VW-Busses gesehen zu haben. Die Beamten gaben an, sich das Aussehen des Angeklagten gemerkt, ihn bei der nächsten Tour durch die Oranienstraße „eindeutlich wiedererkannt“ und dann festgenommen zu haben. **plu**

Kreuzberger Krawalle 34 Monate Haft für Steinwerfer 22 Monate Haft auf Bewährung für Steinwürfe in Kreuzberg

Erneut hartes Urteil der Justiz

(D.W.) Im Zusammenhang mit den Kreuzberger Auseinandersetzungen ist am Mittwoch ein 24jähriger wegen „Widerstandes in besonders schweren Fällen, versuchter Körperverletzung und Sachbeschädigung“ von einem Moabiter Schöffengericht zu 22 Monaten Haft mit Bewährung verurteilt worden.

Der Mann muß sich einem Bewährungshelfer unterstellen und außerdem 5000 DM Geldbuße zahlen. Das Gericht ging davon aus, daß er sowohl am 1. wie am 17. Mai Steine gegen ein Polizisten-schutzschild und gegen ein Polizeifahrzeug geworfen hat.

Die Staatsanwaltschaft hatte zwei Jahre und sechs Monate Haft „zur Verteidigung der Rechtsordnung und Abschreckung“ beantragt. Sitzungsvertreter Weber sprach obendrein von einem „seitens der Justiz erforderlichen Fanal“. Angesichts der „geringen Aufklärungsquote“ müsse bei der Bevölkerung das

„Vertrauen wiederhergestellt“ werden, behauptete er. Es würden angeblich „friedensstiftende Aktionen durch die Justiz“ erwartet.

Auch die Richterin sprach von einer „sehr gefährlichen Tat“ und von einem „allgemeinen Interesse der Abschreckung“, welches eine erhebliche Bestrafung verlange. Es solle nicht der Eindruck entstehen, daß man bei leichtfertigen Taten „nur so davonkomme“. Allerdings sei nach Meinung der Richterin die persönliche Situation des „bislang orientierungslos“ lebenden Mannes berücksichtigt worden.

Der Angeklagte hatte sich als „friedliebend“ bezeichnet und von einer sinnlosen Tat gesprochen. Steinwerfen würde nichts ändern. Er könne sich das nur aufgrund seiner absoluten Unzufriedenheit und mit dem Alkoholgenuß erklären. Er habe keine Menschen treffen wollen.

Kewenig will Polizeikessel auch wiederholen lassen

Westberlin (DW). Eine Wiederholung des Polizeikessels vom vergangenen Freitag hat gestern Innensenator Kewenig (CDU) im Abgeordnetenhaus angekündigt. In einer aktuellen Stunde sagte Kewenig, es stehe außer

Frage, daß nach den Erfahrungen vom 12. Juni die Polizei eine entsprechende Aktion wiederholen werde, wenn sie mit anderen Mitteln eine angebliche Gefährdung der Allgemeinheit nicht ausschließen könne.

Opposition fordert Kewenigs Rücktritt wegen Abriegelung Kreuzbergs

Fehler bei Information eingeräumt - 507 eingeschlossene Demonstranten

Mit scharfer Kritik an Innensenator Kewenig hat die Opposition gestern auf die aufsehenerregenden Polizeimaßnahmen im Zusammenhang mit dem Reagan-Besuch in der vergangenen Woche reagiert. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD, Walter Momper, forderte den Regierenden Bürgermeister auf, Kewenig „in die Wüste zu schicken“. Sein AL-Kollege Wolfgang Wieland, der ebenfalls Kewenigs Rücktritt verlangte, deutete an, die AL-Fraktion werde wahrscheinlich ein Mißtrauensvotum beantragen. Die Kritik richtete sich besonders gegen die faktische Abriegelung eines Teils von Kreuzberg am Freitag. Kewenig räumte ein, er teile das Gefühl vieler, solche Maßnahmen paßten besser in Diktaturen. Sie seien jedoch „absolut notwendig“ gewesen und würden in einer vergleichbaren Situation wiederholt.

Der Innensenator begann seine Darstellung vor dem parlamentarischen Innenausschuß, der seine Tagesordnung geändert hatte, mit einer Entschuldigung in die Bürger, die von den Polizeimaßnahmen betroffen waren. Er räumte ein, in die Einschließung der verbotenen Demonstration in der City seien auch harmlose Passanten hineingeraten. Ausgangspunkt des Durchgreifens der Polizei war die nach seiner Darstellung überraschende Erkenntnis, der „autonome Block“ bei der Demonstration am Vorabend des Reagan-Besuchs habe 3500 Teilnehmer gehabt und nicht 2000, wie zunächst angenommen worden war. Ferner habe man sichere Erkenntnisse über geplante militante Aktionen gewonnen. Er zitierte aus einem Papier autonomer Kreise, in dem es heißt, die Militanz müsse in die Innenstadt getragen werden. Im Schutz des Kurfürstendamms und der dortigen Öffentlichkeit solle es „ordentlich scheppern“. Solchen „vagabundierenden kriminellen Banden“ habe man mit Härte und möglichst vielen Festnahmen entgegenzutreten müssen, sagte der Innensenator.

Schertz: Unterbrechung meine Idee

Die Stilllegung von insgesamt acht U-Bahnhöfen „im Kiez“, die um 12 Uhr 15 begann und drei Stunden dauerte, hatte nach Aussagen des Innensensors den Zweck, das Eindringen von potentiellen Straftätern in die Innenstadt so lange zu verzögern, bis die Polizei dort nach der Abreise Reagans verstärkt auftreten konnte. Dieses Ziel sei erreicht worden. Kewenig räumte ein, daß die Information durch die BVG unzureichend und teilweise falsch gewesen sei, auch habe der Bus-Ersatzverkehr im Verkehrschaos durch die Absperren nicht funktioniert. Der neue Polizeipräsident Schertz erklärte am Rande einer anderen Veranstaltung, die vorübergehende Unterbrechung der U-Bahn-Linien 1 und 8 sei „seine Idee“ gewesen.

Bei der Einschließung der Demonstranten — nach Angaben der Polizei waren es 507 — habe es sich um eine rechtmäßige Reaktion auf verbotene Aufzüge gehandelt, sagte Kewenig weiter. Anderthalb Stunden nach der Abriegelung der Kreuzung Tauentzien-/Nürnberger Straße seien die Betroffenen aufgefordert worden, einzeln zur Personalienfeststellung herauszukommen. Dies hätten etwa 80 Personen sofort getan, alle anderen nach längeren Diskussionen freiwillig oder durch die Polizei gezwungen. Die Aktion sei kurz nach 21 Uhr abgeschlossen gewesen.

Steinplatten von Dächern

In den vergangenen Nächten hat es nach Darstellung Kewenigs rund um die Oranienstraße und den Heinrichplatz in Kreuzberg „regelrechte Attentate“ auf Polizisten gegeben. Es seien Steinplatten und Balken von Dächern geworfen worden, und auf einem Dachboden in der Oranienstraße habe man ein großes Lager von „Munition“ gefunden. Weitere gefährliche Gegenstände — Molotowcocktails, Äxte, Stahlkugeln — seien schon vor der Demonstration am Donnerstag aus Abfalleimern und Blu-

menkübeln in der Innenstadt herausgesucht worden.

Insgesamt habe die Polizei in den vergangenen Tagen 64 Personen wegen des Verdachts einer Straftat festgenommen, davon seien 18 inhaftiert und von diesen wiederum vier von der U-Haft verschont worden. Unter Berufung auf das ASOG seien weitere 240 Personen vorübergehend festgenommen worden, sagte Kewenig weiter.

Abweichende Zahlen

Abweichende Zahlen nannte später Justizsprecher Kähne, der von 15 Haftbefehlen mit 6 Verschonungsbeschlüssen sprach. Er gab an, es seien 51 Personen wegen Landfriedensbruch oder gefährlicher Körperverletzung festgenommen worden. Die Inhaftierten seien 18 bis 31 Jahre alt, unter ihnen sei eine 24jährige Frau, ferner ein Brit und ein Türke. Von den unter Berufung auf das ASOG Festgenommenen seien nur etwa 60 dann auch tatsächlich mehrere Stunden, längstens bis zum Abend des folgenden Tages festgehalten worden.

Während sich die Abgeordneten der Koalition im Innenausschuß ohne Ausnahme hinter den Innensenator stellten, gab es abgestufte Kritik von der SPD. Der Abgeordnete Erich Pätzold dankte der Polizei für besonnenen Einsatz und äußerte nur milde Kritik an der Einstellung der U-Bahn und der Einschließung der Demonstranten, die er zu lange nannte. Beides bringe die Gefahr falscher Solidarisierung. „Vorbeugehaft für einen ganzen Stadtteil“ nannte dagegen Pätzolds Fraktionskollege Hans-Georg Lorenz die Polizeimaßnahme, die „besser in ein totalitäres Regime“ passe.

Wolfgang Wieland (AL) erklärte, die Abriegelung Kreuzbergs sei eine Maßnahme, die es in dieser Art seit dem Mauerbau in Berlin nicht mehr gegeben habe. Die Polizei habe Schulkinder aus U-Bahnhöfen herausgeholt, Ruderer auf dem Landwehrkanal gestoppt und Autos noch angehalten, als Reagan längst abgeflogen war. Die Demonstration in der Innenstadt, die Wieland als „vollständig friedliche Spontandemonstration“ bezeichnete, sei rechtswidrig „eingekesselt“ worden. Dieses Vorgehen sei „schlimmer als der Hamburger Kessel“, da auch Passanten betroffen gewesen seien und es gerechtfertigt habe. Der Innensenator, der nachträglich Besonnenheit zeuge, habe die Situation herbeigeredet. „Man kann Menschen unter Zugzwang bringen“, sagte Wieland.

Momper: Eskalation herbeigeredet

Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Walter Momper vertrat später vor der Presse die Auffassung, die Eskalation der Ereignisse sei vom Innensenator herbeigeredet worden. Er warf dem Regierenden Bürgermeister Diepker und Jugendsenatorin Schmalz-Jacobsen vor, sie hätten sich aus der Diskussion über die jugendlichen Gewalttäter „ausgeklinkt“.

Am Donnerstag wird sich das Abgeordnetenhaus in seiner aktuellen Stunde mit den Folgen des Reagan-Besuchs und der Lage in Kreuzberg befassen. Auch auf der Tagesordnung der Senats steht das Thema heute.

„Keine Ausschreitungen“

Teilnehmer der Demonstration vom Freitag in der City haben gestern darauf hingewiesen, daß es nach ihren Beobachtungen vor dem Stop des Aufzugs durch die Polizei am Wittenbergplatz nicht zu Ausschreitungen gekommen sei. In unserer Darstellung dieser Phase der Demonstration, die am Ort verbotener Kundgebungen stattfand, war von Vermummten und Steinwürfen die Rede gewesen. Der Bericht beruhte an dieser Stelle auf Augenzeugenbeobachtungen der Nachrichtenagentur Reuter, die diese generelle Aussage später relativierte. Eine direkte Polizeidarstellung zu den Ereignissen vor dem Stop war am Freitag nicht zu erreichen. Die Polizei sagte gestern, es soll vereinzelt aus der Gruppe der Eingeschlossenen heraus zu Würfen mit Steinen oder Flaschen gekommen sein. (Tsp)

Lummer rechmete noch mal mit der Opposition ab
Abschleibende im Abgeordnetenhaus / Aktuelle Stunde zu Krawallen

Hönkel

36 ist kein Bolzplatz für Wessis und Weddings! Donnerstag hätte genügt. Seit dem 1. Mai fühlte man sich nach Dublin versetzt, nach dem 12. eher nach Beirut.

Mittlerweile kann man nicht mehr sagen, ob die Bullenpräsenz die Gewalt bedingt, oder tatsächlich die Gewalt nur noch durch die Cops im Zaum gehalten werden kann. Daran haben vor allem die Mitschuld, denen nichts am Kiez, sondern nur am Zoff gelegen ist, also die, die nicht in den Verhältnissen, die sie mit bedingen, leben müssen. Und jeder trotz aller Überwachung brennende Müllhaufen bietet den Bullen willkommenen Anlaß, noch massiver und unverfrorener aufzutreten. Und Kewenig läßt seine Muskeln spielen.

Und wenn es schon zur Mutprobe wird, nach 22 Uhr mit fünf Freunden über die Oranienstraße in die nächste Kneipe zu ziehen, dann entsteht auch Aggression gegen die, die genau wissen, daß dieser Staatsapparat mit seinen starren Strukturen jede weitere Randalie nur mit einer Potenzie-



Mischte SED Demonstration im Westen mit?

12.6.77 WERNER KAHL, Berlin

Westberliner Sicherheitsbehörden untersuchen derzeit, ob der „DDR“-Staatsicherheitsdienst am Tag der Rede von US-Präsident Reagan vor dem Brandenburger Tor unter gewalttätige Gruppen von Demonstranten in West-Berlin Einflußagenten eingeschleust hat. In die Ermittlungen aufgrund konkreter Hinweise sind auch die zuständigen Dienststellen der westalliierten Schutzmächte in der Stadt eingeschaltet worden.

Bei der Aufklärung der Rolle des Ostberliner Geheimdienstes steht ein 41jähriger Mann aus dem Ostberliner Stadtbezirk Treptow im Mittelpunkt der Nachforschungen. Dieser hatte sich zwischen Gedächtniskirche und Wittenbergplatz unter dort versammelte mehrere hundert, teilweise vermummte Demonstranten gemischt. Polizeikommandos hatten die Menge eingekreist, weil Ausschreitungen befürchtet wurden. Vor dem Herauslassen wurde bei jedem eine Identitätsprüfung vorgenommen.

Der „DDR“-Bewohner zeigte auf Verlangen seinen Reisepaß vor. Eine Handhabe für eine Festnahme habe es nicht gegeben, wurde der WELT von zuständiger Seite erklärt. Der Mann habe sich nicht über die Gründe für seinen Aufenthalt geäußert. „Die Gründe für das Hiersein sind uns bisher nicht bekannt“, betonte der Sprecher der Berliner Senatsverwaltung für Inneres, Hans Birkenbeul.

„Die Behörden haben immer wieder Hinweise bekommen, daß Personen aus der DDR unter Demonstranten in West-Berlin mitschwimmen“, sagte Birkenbeul gegenüber der WELT. Entsprechende Nachforschungen hätten jedoch früher keine konkreten Anhaltspunkte für den Verdacht ergeben, daß östliche Stellen ihre Hände im Spiel hätten. Es gab ferner Hinweise, daß vermummte Trupps von mehreren Personen begleitet wurden, die beim Auftauchen der Polizei blitzartig verschwanden.

Den Westberliner Sicherheitsbehörden ist bekannt, daß die Ostberliner Führung bereits in den vergangenen Jahren mit Aktionen des Staatsicherheitsdienstes gezielt Einfluß in der Bundesrepublik Deutschland zu nehmen versucht hat: Bei verdeckter Einwirkung auf Vorgänge in West-Berlin und im übrigen Bundesgebiet werden Einflußagenten als „agents provocateurs“ eingesetzt.

... rung seiner Demonstration des Gewaltmonopols zu beantworten weiß, und trotzdem noch eins draufsetzen müssen. Doch hönkel kann man nur in einem Bezirk, der noch belebbar ist. (...) Fantasieroller Widerstand nicht nur in Kreuzberg. Die nächste Hönkelparty in Wilmersdorf, Charlottenburg, Zehlendorf, ebenda, wo auch die richtigen Adressaten sitzen. Ganz Berlin können sie nicht ghettoisieren. Kreuzberg hat genug (auch wenn genug nie genügen kann). (...) Christoph, Berlin

Gewalt

betr.: Polizeieinsatz/Reagan-Besuch/Hönkel
Und du wirst an die Wand gestellt. Zwei packen dich an den Armen. Der dritte tritt. Tritt zu. Schützende Bewegung, hilflose Geste. Denn es geht Schlag auf Schlag. Bis du auf dem Boden liegst. Und mit dem Kopf auf der Straße und der Tritt ins Genick. Und ein Schlag auf den Kopf und noch und noch. Und das Blut in dem du liegst: es stammt vielleicht nicht von dir, aber wer weiß das? Der Mensch neben dir winnert: das Holz hat ihn getroffen. Der Mensch kann nicht mehr sprechen. Er kann nicht schreien. Er weint auch nicht. Und so liegst du. Regungslos: so passiert dir vielleicht nicht das Schlimmste. Plötzlich ist die staatlich sanktionierte Allgewalt davon. Der Terror scheint vorüber. Und du schleppt den Regungslosen neben dir weg. Weg: in das Bierlokal. Der Wirt hat aus Angst verbarricadiert: er öffnet, als er den Geschlagenen und Verletzten sieht. Der Verletzte wird gelagert, er ist blaß, er lächelt. Alle Umstehenden schweigen. Man muß ihn abtransportieren. Drei, die entbehrlich sind, machen das. Und ich wische mir den Schweiß aus der Stirn, betrachte meine Hände: Blut, Blut. Das Hemd. An jedem Kleidungsstück klebt Blut. Und ich trete hinaus auf die

Wegen der Krawalle sagt Kreuzberg die Bezirks-Fete ab

Den Kreuzbergern ist nicht nach Feiern zumute

Bezirkswoche zum Stadtjubiläum einstimmig abgesagt

MYTHOS FREIBIER

Kunstmäzene und Hönkelwillige auf dem Anhalter Bahnhof

Kreuzberg ist keine Spielwiese

Zur Ignoranz hüben und drüben der Polizeilabsperung

„Wir wollen unsere Ruhe haben“, ist derzeit ein oft wütend, resigniert oder auch angstvoll formulierter Satz in Kreuzberg. Ruhe vor der Polizei, aber auch Ruhe vor denen, die Kreuzberg und speziell den Heinrichplatz und die Oranienstraße zur nächtlichen »Spielwiese« machen.

Gewalttätig sind auch die stundenlangen Trommelkonzerte auf Glascontiner und Straßenschilder, die ohne für andere noch ersichtlichen Grund oder als Ausdruck eines politischen Willens erkennbar stattfinden. Kneipen schließen aus Sorge, durch den Alkoholausschank alles nur noch schlimmer zu machen. Gewerbetreibende, seit Jahren im Kiez, haben Angst um ihre Kundschaft.

Der alltägliche Ausnahmezustand fängt an, fährt man auf der Skalitzer Straße Richtung Osten. Als erstes fallen die zahlreichen Wannen auf, die die Straßenränder säumen. Sitzt man an einem der wenigen schönen Tage mal am Lausitzer Platz, fährt alle zehn Minuten im Schritttempo eine Wanne vorbei. Nachts kreischen die Sirenen. Die Pizzeria in der Oranienstraße ist oftmals nicht zu erreichen. Die vielen kleinen »Unregelmäßigkeiten«, in einem sozial so schwierigen Stadtteil an der Tagesordnung, treffen auf wachsame Augen von gelangweilten Polizeibeamten. Kein falsch geparktes Auto bleibt ungeahndet. Kinder, die einen Kaugummiautomat knacken, werden von einer ganzen Mannschaft verfolgt. Mehrere Wannen belagern eine kleine abstruse Galerie in der Manteuffelstraße, überpinseln einen Spruch an der Wand (»Bullenschweine«), erstatten Anzeige. Der Obdachlose, der die Nacht in einem Hausflur verbringen wollte, wird von einer vorbeifahrenden Wanne aufgegriffen und weggejagt.

Die Möglichkeiten, die nächtliche Randal solidarisch zu akzeptieren, sind verbraucht, wenn Motive nicht mehr nachvollziehbar sind. Daß in diesem Kiez Menschen leben, die früh aufstehen müssen, Schicht arbeiten, Kinder haben oder schlicht ihre Ruhe haben wollen, wird von denen, die diesen Platz als ihren Treffpunkt erkoren haben, nicht akzeptiert oder gar nicht gesehen. Ignoranz herrscht also auf beiden Seiten denjenigen gegenüber, die in Kreuzberg leben und dort auch bleiben wollen.

Kreuzberger Alltag seit dem 1. Mai, seit es in die Hände der Polizei gelegt wurde, Politik zu treiben. Alltag mit ständiger Polizeipräsenz ist gewalttätig. Gewalt aber wird auch ausgeübt von denen, die täglich und nächtlich den Kiez belagern auf der Suche nach Erlebnissen. Kreuzberg ist — in den letzten Wochen zunehmend mehr — zu einem Ort des »Randal-Tourismus« geworden. Selbst in entlegenen Gegenden der Republik ist der Heinrichplatz schon als »H-Platz« bekannt.

Damit kann selbstredend nicht die massive Anwesenheit der Polizei oder gar ihre Form, in Kreuzberg zu agieren, gerechtfertigt werden. Im Gegenteil. Seit nach dem 2. Mai der Stadtteil systematisch observiert wird, ist alles nur noch schlimmer geworden, eskaliert das abendliche Happening. Solange sich zwei Gruppen — Polizei und die Akteure im Kiez — gegenüberstehen, findet sich kein Ausweg. Solange sich die Polizei mit dieser Gewalttätigkeit in Kreuzberg aufhält, sind alle Bemühungen zur Verständigung unter denjenigen, die diesen Stadtteil zu ihrem Lebensraum bestimmt haben, aussichtslos. Ohne die massive Präsenz der Polizei kann vielleicht die Faszination der abendlichen Arena, die Leute aus ganz Berlin und selbst aus Westdeutschland nach SO 36 zieht, gebrochen werden.

Die sonntägliche Zusammenarbeit zwischen der Mythos-Berlin-Ausstellungs-GmbH und dem VEB Mythos Hönkel auf dem Gelände am Anhalter Bahnhof gestaltete sich zunächst schwierig. Während die mal exzentrisch, mal vornehm gewandten offiziellen Ausstellungsbesucher allesamt über Eintrittskarten verfügten, standen den Anhängern des Mythos Hönkel nur ein begrenztes Kontingent an Tickets, die auf verschlungenen Wegen nach draußen gelangt waren, zur Verfügung. Wer über den Zaun zu Eröffnungsfreibeier und kaltem Büffet gelangen wollte, sah sich unversehens von Security-Mitarbeitern quer übers Gelände verfolgt. Als dann aber behelmte Polizei aufmarschierte und die Einlaßbegehrenden vom Zaun abdrängte, entschlossen sich der Präsident der Hochschule der Künste (HdK), Roloff, und Mythos-Geschäftsführer Knödler-Bunte doch noch zur gemeinsamen Feier. Die Polizei zog sich zurück und rund 300 Leute, mit schwarzem Leder für den einsetzenden Gewitterguß bedeutend zweckmäßiger gekleidet als die ursprünglichen Gäste, zogener, »Hönkel“-Rufen auf das Ausstellungsgelände ein und setzten zum Sturm auf Freibier und kaltes Büffet an: „Frei, zwei, drei — laßt die Würste frei“ wurde gefordert und sogleich wanderten mehrere Tablett mit Kuchen, Buletten und Brezeln über den Freisen. Daß die ebenfalls bereitste-

henden Torten nicht mit wohligen „aahs“ und „nmhs“ in autonomen Bäuchen verschwanden, sondern für eine Tortenschlacht mit kreischend fliehenden Ehrengästen verwendet wurden, verärgerte dann Kreuzbergs Baustadtrat Orlovsky. Er halte in seiner Festrede die Organisatoren um Öffnung der Veranstaltung für alle gebeten und bemerke nun saueröpfisch: „Mit Lebensmitteln wirft man nicht.“ Gelassener nahm das Ganze schon SPD-Chef Momper: „Nun ist es halt ein Volksfest.“ Trotz des gemeinhin als kunstunverständlich bekannten Publikums nahm die Ausstellung relativ wenig Schaden. So hielt eine riesige rostige Plastik dem verspäteten „Out-demons-out“-Trommeln teilweise nicht stand, verschiedene sandgefüllte Militärrucksäcke mit unbekannter Symbolik verschwanden vom Gelände und eine mannshohe silberne Kugel wurde quer über das regenaufgeweichte Gelände gerollt — statt wie von den Veranstaltern gewünscht auf mit blauem Kunststoffgranulat aufgeschütteten Schmalzspurschienen immer hin und her zu rollen.

● Auf der Ausstellung „Mythos Berlin“ am Anhalter Bahnhof findet um 19 Uhr eine Diskussion mit dem US-Gesandten John C. Kornblum über „Die politische Zukunft Berlins“ statt.

Kriminalisierter Stadtteil

Kreuzberg feiert nicht

Das Bezirksamt Kreuzberg hat sich am Dienstag vormittag einstimmig dazu entschlossen, das Stadtteilfest zur 750-Jahr-Feier vorläufig abzusagen.

Etwa 30 Bewohnerinnen und Bewohner aus SO 36, Mitarbeiter von Stadtteilinitiativen und Gewerbetreibende, versammelten sich am Dienstag auf Einladung der AL im Gasthaus »Rote Harfe« am Heinrichplatz von den täglichen und vor allem nächtlichen Polizeibergriffen. Die Abriegelung des ganzen Bezirks am letzten Freitag wurde von allen Anwesenden als »ungeheuerlich« bezeichnet. Damit werde ein ganzer Stadtteil difamiert und kriminalisiert. Sie forderten einen finanziellen Ausgleich zumindest für den materiel-

len Schaden. Ein Vertreter der autonomen Sanitätär berichtete von mehr als 200 bei den nächtlichen Auseinandersetzungen Verletzten, die in den letzten Wochen von ihnen behandelt wurden. Die Verletzungen seien sehr viel schwerer als früher. Das Urban-Krankenhaus, wurde berichtet, sei »Ort polizeilicher Ermittlungen« geworden. Man wisse bereits jetzt von Leuten, die es vermeiden, sich dorthin einliefern zu lassen, weil sie die Anonymität nicht gewährleisten sehen.

Gegenwehr gegen Kongreß der Mun-Sekte

Aktionen und Demos angekündigt

Zu einem ersten Vorbereitungsstreffen zur Verhinderung des für Anfang August geplanten Walkongresses der Mun-Sekte kamen am Donnerstag abend rund 150 Menschen vorwiegend aus dem autonomen Umfeld im Mehringhof zusammen.

Keine Feiern in Kreuzberg

„Festliche Tage noch nie gestört“
Kreuzbergs Parteien einig: Bis August wird sich die Lage entspannt haben

Kreuzberg darf nicht feiern

Montag sollte es losgehen: Ganz groß wollte Kreuzberg mit einem Bezirksfest bis zum 30. Juni bei der 750-Jahr-Feier Berlins mitmachen, mit Künstler-Budeln, Schaustellern, Sportfesten, Musik und Zuckerwatte unter der

Hochbahn zwischen Halleschem und Schloßschem Tor. Daraus wird nichts. Aus Angst vor Krawallen und Drohungen von Chaoten sagte Kreuzbergs Bürgermeister Wolfgang Krüger (48, CDU) alles

ab. Der Senat ist nicht begeistert: „Die Entscheidung ist vertretbar — aber vor Chaoten kapituliert man nicht“, sagte Sprecher Winfried Fest. „Getroffen sind alle, die sich auf das Fest gefreut hatten...“

BILD-Berlin: „Darf Kreuzberg nicht mehr fröhlich sein wegen einiger Randalierer?“
Krüger: „Das auf keinen Fall — aber ein Fest unter Polizeischutz ist kein Fest. Wir wollen ein gewaltfreies Fest, sobald es geht.“
BILD-Berlin: „Wann und wie?“
Krüger: „Viele Künstler hatten aus Angst um ihre Instrumente abgesagt. Schulen haben zurückgezogen, weil Eltern Angst

BILD-Interview mit Kreuzbergs Bürgermeister Wolfgang Krüger
„Bezirksfest unter Polizeischutz ist kein richtiges Fest“
um Ihre Kinder hatten. Die Kirchen haben gar nicht mehr mitgearbeitet. Ich werde jetzt mit allen vor dem neuen Hintergrund reden, rechne damit, daß wir im August feiern.“
BILD-Berlin: „Hätte man dann aus Angst vor Krawallen nicht

auch den Reagan-Besuch abgesagen müssen?“
Krüger: „Das ist kein Vergleich — so ein Besuch erfordert Sicherheitsmaßnahmen, die die Bevölkerung versteht.“
BILD-Berlin: „Wie fühlen Sie sich jetzt?“
Krüger: „Mir tut es sehr leid — ich verspreche den Kreuzbergern, alles zu tun, um das Fest so bald wie möglich nachzuholen!“



Kreuzbergs Bürgermeister W. Krüger (48)

Kreuzberg sagt Bezirksfest zur 750-Jahr-Feier ab

Die AL über sich und die Autonomen

Der Delegiertenrat der AL diskutierte am Mittwochabend aus Anlaß des Reagan-Besuchs über Bündnisse und Randalie

»Ein Bündnis, das insbesondere die Autonomen als Partner akzeptiert (...), kann als Fortschritt gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.« So bewerten unter der Überschrift »Wir und die Autonomen« die AL-Mitglieder Ellen Olms (MdB), Udo Wolf und Thomas Fruth die Demonstration am Tag, bevor der Reagan kam.

MdB Peter Sellin überschrieb seinen »Antrag auf politische Debatte« am Mittwochabend beim Delegiertenrat der AL mit: »Randale nach Plan«. Er fragte, »ob es seitens Teilen der AL politisches Mitinte-

resse gibt, autonomen Gruppen politischen Handlungsspielraum im Rahmen einer Demo zu geben?« Und antwortete: »Ich behaupte, daß dies der Fall ist.«

Über die so pointiert formulierten Positionen wurde zwar nicht abgestimmt, die Bewertungen über das Verhältnis der Alternativen Liste zu den Militanten näherten sich aber auch nach langer Diskussion nicht an. »In vielen Bereichen sind die Autonomen weiter als wir«, vermutete einer. Ein anderer fand, sie seien »in Kreuzberg stärker und besser verankert« als die AL. Angela Schäfers sieht die »Autonomen als ganz wesentlichen Teil dieser Opposition«. Pressesprecher Dirk Schneider warnte davor, sich von den »Autonomen zu verabschieden«, weil man sich damit »von sich selbst« verabschiede. Er habe selbst vor 15 Jahren Steine geworfen und möchte diese Erfahrung »nicht missen«.

Die »dusslige Gewaltdiskussion« läuft der AL seit ihrer Gründung nach. Besonders dringlich wurde sie nach der Reagan-Demonstration vor fünf Jahren gestellt, die SPD macht seither jede Zusammenarbeit mit der AL von deren Abkehr von Gewalt abhängig. Das, so der AL-Abgeordnete Frank Kapek, sei diemal anders, es gebe nicht mehr »diesen Distanzierungsdruck von außen«. Parteivorstand Ströbele wies zurück, daß die Demonstration, zu der neben der AL 130 weitere Organisationen aufgerufen hatten, den Hintergrund für Gewalttätigkeiten abgegeben habe. Es seien »höchstens acht bis neun Steine« auf das KaDeWe und ähnlich viele auf die Commerzbank geworfen worden. Er habe bei dieser Demonstration verstanden, warum die Autonomen in Blocks verschnürt gelaufen seien.

Es sei notwendig, zwischen der AL und den Kids, für die das ein Ritual ist, keine Sprachlosigkeit einreißen zu lassen«, sagte Kapek. Allgemein beklagt wurde die Konzeptionslosigkeit von Partei und Fraktion in der Stadtpolitik. Unter tumultösen Mißfallensbekundungen warf Udo Knapp, Grünen-Assistent von Waltraud Schoppe, der AL vor: »Ihr setzt euch mit politischer Wirklichkeit nicht auseinander.« Daß das Bündnis so breit und die Inhalte der Demonstration gegen Reagan so dünn gewesen sei, wertete Knapp als Beleg, daß der Wille zur politischen Auseinandersetzung gar nicht da sei.

»Die Autonomen«, das sei ohnehin ein Phantom, gab Sergij Goryanoff, Abgeordneter aus Kreuzberg, zu bedenken. Dagebeeseinen ganz kleinen Kern und viele Mitläufer, von denen »Teile bald auch bei den Rechten mitlaufen könnten«. Zwar ging auch diese Äußerung im Protestunter, die Diskussion — und nicht nur diese — zeigte jedoch, daß die Vorstellungen über das Protestpotential, das seit dem 1. Mai in der Stadt sichtbar geworden ist, höchst diffus und kaum belegbar sind.

Die Fraktion mußte sich von der Basis am Mittwoch für ihre parlamentarische Tätigkeit eine Kritik gefallen lassen. Sie ist sich durchaus bewußt, daß sie solchen Situationen wie dem 1. Mai ebenso hilflos und ratlos gegenüber steht wie andere Politiker. So etwa diskutierte die Fraktion in der letzten Woche alle Ernstes darüber, ob SO 36 als »Freistaat« zu sehen sei wie Christiania in Dänemark, oder ob, wie Sevim Celebi forderte, dort überhaupt erst einmal mit anderen Bezirken vergleichbare soziale und berufliche Chancen anzubieten wären, bevor man sich schützend vor exotische Lebensweisen stelle. Zwischen »Naturschutzpark« (Geschäftsführer Bergmann) und Sozialpädagogik für Kreuzberg, zwischen »Opa-Sozialarbeiter-Mentalität gegenüber den Autonomen« und »offener Sympathie, die man aber nicht offen ausspricht« (Knapp) hat die AL noch viel zu diskutieren. mk

Schwere Krawalle in Hamburg

hmc/mk Hamburg — Rund um den Spritzenplatz (Ottensen) haben gestern Abend etwa 130 teilweise vermummte Gewalttäter die Scheiben von Geschäften und Banken eingeworfen. Polizeibeamte wurden mit Pflastersteinen angegriffen; vier von ihnen verletzt, acht Streifenwagen demoliert. Die Polizei nahm fünf Randalierer vorläufig fest.

Bereits am Tag zuvor waren im Bereich Mitte und im Westen mindestens 20 Scheiben von Geldinstituten eingeworfen oder von Schüssen aus Präzisions-Zwillen beschädigt worden.

Die Gewaltaktionen stehen im Zusammenhang mit dem Tod des 29-jährigen Berliners Norbert Kubath. Der Mann, der nach den Krawallen vom 2. Mai in Kreuzberg verhaftet worden war, hatte sich am Dienstag in seiner Zelle erhängt.

Krawalle am Spritzenplatz: Vier Polizisten verletzt

Rund 130 Angehörige der »Szene« hatten sich am Abend auf dem Spritzenplatz in Ottensen versammelt, 40 von ihnen mit Motorradmasken vermmumt. Als die ersten Streifenwagen vor Ort eintrafen, begannen die Ausschreitungen: Mit faustgroßen Steinen, die die Gewalttäter aus dem Pfla-

Ich möchte den Menschen danken, die gegen die Zerstörungswut der Chaoten eingesetzt waren

Als Bürgerin dieser Stadt habe ich das Bedürfnis, allen in den turbulenten Tagen eingesetzten Polizisten für ihren Dienst zum Wohle Berlins zu danken.

Warum wollen diese Chaoten alles zerstören? Warum werfen Menschen mit Pflastersteinen? Warum läßt sich eine Großstadt von einer Handvoll Chaoten auf der Nase herumtanzen?

Luzie U.
Berenhorststr., Reinickendorf

Ich war so froh, meinen Mann lebend in die Arme nehmen zu können. Ich möchte diesen Hirnis, die es auf sinnlose Zerstörung anlegen, am liebsten eine scheuern!

Am Morgen nach dem Kreuzberger Krawall mußte ich froh sein, meinen Mann lebend in die Arme nehmen zu können.

Bei einem Einsatz, bei dem der Mannschaftswagen kaputtging, entrann er knapp einem Hagel von Riesensteinen, die ihn und seine Kollegen treffen sollten! Die Fahrersseite wurde völlig zerstört und sämtliche Scheiben gingen zu Bruch. Mein Mann kam mit einer Knie-Prellung davon.

BZ-Lesersagen ihre Meinung über die Demonstrationen und Krawalle

»Ist für diese Chaoten ein Menschenleben nichts wert? Würde einer von diesen Typen vor mir stehen, ich würde ihm (oder ihr) eine scheuern. Für mich sind das uneinsichtige Hirnis, die nur ein Ziel haben: Sinnlose Zerstörung, Körperverletzung, Unruhe. Das ist alles, was bei ihnen abläuft. Krieg ist auch nicht anders.«

I. K., Lichtenrade

Nicht nur Chaoten und Randalierer

Zur U-Bahn-Spernung in Kreuzberg: Der Innenminister hatte wohl bei dieser Maßnahme vergessen, daß in Kreuzberg nicht nur Chaoten und Randalierer wohnen.

Gabriele W.,
Mariannenplatz, Kreuzberg

Die Reservisten: Freistellung von der Firma, Unterbrechung des Urlaubs, Verzicht aufs Wochenende

Wenn nicht die »Aktion Plus« der Polizei-Reserve ca. 2000 »Mann« gestellt hätte, hätten möglicherweise die Straßenschichten im City-Bereich andere Ausmaße angenommen. Denn nur dadurch, daß Frauen und Männer der Reserve sich spontan bereitfanden, Ord-

nungsdienstaufgaben zu übernehmen, konnten die normalerweise diensttuenden Beamten dort eingesetzt werden.

Ich finde, es sollte allerseits mehr auf die »Reservisten« geachtet werden. Es sind Frauen und Männer, die von ihren Arbeitgebern freigestellt wurden, ihren Urlaub unterbrechen und auf ihr freies Wochenende verzichten haben.

Ingrid D.,
Gendortstr., Tempelhof

Ich bin froh, daß ich heil nach Hause kam!

Ich bin froh, daß es die Berliner Polizei gibt. Sie sorgte dafür, daß ich bei dem kürzlichen Krawall in der City heil nach Hause kommen konnte. Ich bin in einem Kaufhaus in der Innenstadt beschäftigt.

Wie wäre es, wenn wir Berliner eine Demo für die Polizei machen würden, um die Polizei zu unterstützen?

Christel G.,
Marienfelde

Wenn die Veranstalter Wort halten könnten — dann wäre die Polizei nur noch zur Verkehrsregelung da

Meine Gedanken über die zerstörungswütigen Chaoten:

Die Polizei ist zu bedauern, weil die Veranstalter von Demonstrationen nicht in der Lage sind, einen friedlichen Ablauf zu garantieren. Wenn das der Fall wäre, brüchelte die Polizei nur zur Verkehrsregelung auf der Straße zu stehen. Stattdessen muß sie sich mit den Chaoten, die zum Teil extra aus anderen Bundesländern anreisen, herumärgern.

Hartmut S.,
Magistratsweg, Spandau

Welches Rezept hat die »Leute«-Frau, die ich für zynisch halte?

Dieser Zynismus von Elke Heidenreich in der letzten »Leute«-Sendung zum Thema Polizeieinsatz beim Krawall. Welches Rezept hat sie gegen die Chaoten?

Wenn ihr (rein zufällig) ein Stein der Demonstranten an

den Kopf geflogen wäre, könntet ihr die Sicherheit von ihr der Aufschrift: »Warum werden friedliche Bürger nicht geschützt!«

Beate Str., Steglitz

Wir von der Feuerwehr können das Feuer nicht mit Steinen löschen

Zu dem Bericht über den Angriff auf ein Feuerwehr-Löschfahrzeug und seine Mannschaft bei den Krawallen in Kreuzberg:

Ich bin Brandmeister bei der Feuerwehr und kann das Verhalten der Chaoten nicht verstehen.

Wenn wir Feuerwehrleute einem Einsatz gerufen werden, werden wir sicherlich nicht »Steine werfen, sondern alles tun, um zu löschen und Menschen zu retten.«

Michael
Wielandstr., Schöneberg

Die Polizei konnte wegen des Feiertages zunächst nur Streifenwagen aus allen Revieren zusammenziehen; später wurden zusätzliche Kräfte alarmiert und Hundeführer hinzugezogen. Der Polizeihubschrauber »Libelle« kreiste. Vier Polizisten wurden leicht verletzt, acht Streifenwagen beschädigt. Die Gewalttäter zogen sich gegen 20 Uhr zurück.

Bereits am Vortag waren 20 Scheiben bei Banken und Geschäften eingeschlagen worden. Hier, wie auch später am Spritzenplatz, hatten die Täter an die Wand gesprüht: »Rache für Norbert K. Isolationshaft ist Folter. Wegen Berlin.« Ein zehn Meter langes Spruchband mit diesem Tenor hatten Unbekannte am Mittwoch auch am Michel-Turm befestigt.

Den Zusammenhang der Hamburger Ausschreitungen mit den Berliner Ereignissen machten am Donnerstag auch eine Anzahl von Privatwagen mit Berliner Kennzeichen deutlich — die Insassen gehörten deutlich zur »Kreuzberger Szene«.

hmc/mk

Erstmals Haftstrafe ohne Bewährung für Steinwürfe

Pariser Student soll ein Jahr wegen Widerstands verbüßen

Erstmals hat gestern ein Moabiter Schöffengericht in einem Prozeß um die Kreuzberger Krawalle im vergangenen Monat eine Haftstrafe ohne Bewährung verhängt. Im Falle eines nicht vorbestraften 23jährigen Franzosen entschieden die Richter, die verhängte Freiheitsstrafe von einem Jahr wegen fortgesetzten schweren Widerstandes müsse vollstreckt werden, weil die „Verteidigung der Rechtsordnung“ dies gebiete. Der zum Teil geständige Kunststudent aus Paris hatte in der Nacht zum 17. Mai nach den Feststellungen des Gerichts innerhalb von 30 Minuten am Heinrichplatz vier Kleinpflastersteine gegen Polizeifahrzeuge geworfen. Wegen Fluchtgefahr muß der Mann in Haft bleiben. Dagegen setzte ein anderes Schöffengericht eine Strafe von einem Jahr und zehn Monaten wegen schweren Widerstandes in zwei Fällen, versuchter gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung für einen 24jährigen Maschinenführer zur Bewährung aus.

In der Verhandlung gegen den Pariser Studenten betonte der Vorsitzende Richter, das Werfen mit Steinen stelle eine Drohung mit Gewalt dar, die Beamte in Angst versetzen solle und auch geeignet sei, sie an ihrer Vollstreckungstätigkeit zu hindern. Überdies könnten erhebliche Verletzungen hervorgerufen werden, ohne daß es auf eine konkrete Gefährdung ankomme. Das Gericht billigte dem Angeklagten eine erheblich verminderte Schuldfähigkeit zu. Auf Grund der glaubhaften Angaben des Angeklagten zu seinem Alkoholkonsum könne nicht ausgeschlossen werden, daß er 1,8 Promille Alkohol im Blut gehabt habe.

Der Student, der zwei Würfe zugegeben hatte, habe sich aktiv und bewußt an den Ausschreitungen beteiligt. Es sei keineswegs so gewesen, daß der Angeklagte — wie sein Verteidiger gesagt hatte — nach einem Konzertbesuch orientierungslos und sprachunkundig zwischen die Fronten geraten sei. Zunächst, so hatte der Student selbst erklärt, sei er grundlos von Polizeibeamten verprügelt worden und habe sich erst danach zu Steinwürfen hinreißen lassen.

Der Angeklagte, so der Gerichtsvorsitzende, habe andererseits die Tat nicht geplant und sei nicht von Paris nach Berlin gereist, um an den Unruhen teilzunehmen. Er habe aber in einem fremden Land beim Anblick der Polizei zum Mittel der Gewalt gegriffen. Die Strafe sei nicht zur Bewährung ausgesetzt worden, weil sonst der Eindruck entstehen könnte, daß es auf die leichte Schulter genommen werde, wenn man sich bedenkenlos an Ausschreitungen beteilige.

Der Staatsanwalt hatte eine Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten gefordert. Der Verteidiger, der Rechtsmittel auch gegen die Haftentscheidung einlegen will, beantragte eine Bewährungsstrafe.

Der zu 20 Monaten Haft auf Bewährung verurteilte Maschinenführer, der überdies eine Geldbuße von 5000 DM zahlen muß, hatte gleich nach seiner Festnahme gestanden, am 1. Mai einen Kleinpflasterstein auf eine Polizeikette geworfen und dabei den Schutzhelm eines Beamten getroffen zu haben. Nachdem er vom Vollzug der Untersuchungshaft verschont worden war, hatte er bei den Ausschreitungen am

17. Mai erneut zu einem Stein gegriffen und diesen auf ein Polizeifahrzeug geschleudert.

Der Angeklagte bezeichnete gestern sein Verhalten als Kurzschlußreaktion in einem „allgemeinen Erregungszustand“. Gewalt lehne er völlig ab. Möglicherweise habe seine damalige Lebenssituation und Alkohol eine Rolle gespielt. Der Staatsanwalt, der zwei Jahre und sechs Monate Haft, beantragte, sagte in seinem Plädoyer, Haß solle nicht mit Haß beantwortet werden. Man müsse aber mit Entschlossenheit auf die bürgerkriegsähnlichen Zustände in Kreuzberg reagieren. Die Justiz müsse ein Signal setzen. Sofern das Strafmaß des Gerichts noch zwischen ein und zwei Jahren liegen sollte, müsse mit Rücksicht auf die „Verteidigung der Rechtsordnung“ von einer Aussetzung zur Bewährung abgesehen werden. Demgegenüber argumentierte der Verteidiger, bei seinem Mandanten handele es sich um einen Ersttäter, der zum Zeitpunkt des Wiederholungsfalles am 17. Mai noch niemals die Erfahrung einer Gerichtsverhandlung gemacht habe.

Das Gericht betonte in seiner Urteilsbegründung, daß bei der Strafzumessung Gründe der allgemeinen Abschreckung berücksichtigt worden seien. Die leichtfertigen, sehr gefährlichen Taten verlangten eine erhebliche Bestrafung. Indessen habe auch die persönliche Situation des Angeklagten nicht unbeachtet bleiben dürfen. Nach einem bisher orientierungslosen Dasein, so wandte sich die Vorsitzende Richterin an den Angeklagten, solle er selbst „die Ärmel hochkrempeln und sich auf diese Weise auf die bürgerliche Seite schlagen“.

Ein Jahr Haft wegen Steinwürfen gegen Polizeiwagen in Kreuzberg
26.6.87

Zum Sündenbock gemacht

Am Dienstag wurde ein 23jähriger Franzose zu einem Jahr Haft ohne Bewährung verurteilt, weil er am 17. Mai vier Steine geworfen haben soll / Interview mit seinem Verteidiger Hansgeorg Birkhoff.

taz: Das Urteil gegen deinen Mandanten ist das härteste, das bislang in den Kreuzberger Krawall-Prozessen erging. Wie konnte das geschehen?

Birkhoff: Das mußt du schon das Gericht fragen. Ich kann mir das aus der Beweisaufnahme heraus auf jeden Fall nicht erklären. Mein Mandant ist bislang nicht bestraft gewesen. Er hat ein Geständnis abgelegt, soweit er in der Lage war, hat im Grunde genommen das wiederholt, was er auch schon bei der Vorführung beim Haftrichter gesagt hat: Er habe zwei Steine geworfen. Kurz zur Vorgeschichte. Der Mandant hat seine Begleiterin — eine Frau die französisch spricht, er selbst spricht kein deutsch. — in jener Nacht in der Oranienstraße verloren. Er geriet

unversehens in eine Auseinandersetzung hinein, an der er sich nicht beteiligte, und wurde mehrfach von Polizisten zusammengeschlagen. Weil er ziemlich alkoholisiert und emotional unheimlich aufgewühlt war, hat er kurz danach zwei Steine genommen und nach vorbeifahrenden Polizeifahrzeugen geworfen. Das Gericht hat in seiner Urteilsbegründung ausgeführt, daß es sehr wohl möglich gewesen sei, daß auch Polizeikräfte rechtswidrig gehandelt haben. Gleichwohl hat es aber dann befunden, man müsse durch die Vollstreckung einer solcher Strafe zeigen, daß man solche Taten nicht auf die leichte Schulter nehmen kann. Es meinte, der Angeklagte habe gleich gewußt, auf welche Seite er sich schlagen muß.

Das kommt mir zynisch vor.

Wie war die Beweislage für die beiden anderen Steinwürfe?

Sie war ziemlich unklar. In der Strafanzeige selbst war die Tatzeit auf 0,25 Uhr festgelegt. Alle Polizeizeugen sagten übereinstimmend, kurz nach ihrem Eintreffen — nämlich um 0,25 — hätten sie den Angeklagten beim Steinwerfen beobachtet. Das steht im Widerspruch zu ihren späteren Aussagen im Ermittlungsverfahren und Prozeß, wo sie ihn auch um 1 Uhr und 1,30 beim Steinwerfen gesehen haben wollten. Ich bin davon ausgegangen, daß alle Zeugen denselben Vorfall beobachtet haben, und habe hinsichtlich dieser beiden Steinwürfe Freispruch beantragt.

Wie hat dein Mandant das Urteil aufgenommen und was heißt ein Jahr Haft für ihn als Franzosen, der erst kurze Zeit in Berlin lebt?

Er, ebenso wie viele andere, können nicht begreifen, daß in einem solchen Fall, zu dem ich bislang keinen Vergleich kenne, eine Strafe ohne Bewährung ausgeworfen wurde. Für den Mandanten — er sitzt seit dem 17. Mai in

Haft — ist es auch nicht nachvollziehbar, daß alle, die bislang wegen der Krawalle Termin hatten, aus der Haft entlassen wurden. Als Sprachunkundiger in einem deutschen Gefängnis zu sitzen, ist besonders hart, weil er im Grunde genommen von jeglicher Kommunikation abgeschnitten ist.

Das Urteil steht in keinerlei Relation zur Tat. Wie siehst du das, glaubst du, daß es noch mehr solche Urteile geben wird?

Ich befürchte, daß es Signalwirkung auch auf die anderen Prozesse haben wird. Bei solch einem Urteil wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht mehr gewahrt. Mir fallen viele Fälle von wirklichen schweren Körperverletzungsdelikten ein, wo sich Täter wesentlich gedankenloser über die Rechtsgüter anderer hinweggesetzt haben; und man hat ihnen richtigerweise eine Chance eingeräumt, die Strafe als Warnung dienen zu lassen. Mein Mandant ist losgelöst von den Ereignissen in diese Situation hineingeraten und wird jetzt zum Sündenbock gemacht.

Plutonia Plarre

Zwei warfen bei Krawallen mit Steinen: Der eine muß ein Jahr ins Gefängnis, der andere kam mit Geldbuße davon

Berlin, 25. Juni
Zwei Männer, die an den Ausschreitungen vom 17. Mai beteiligt waren, wurden jetzt von Berliner Gerichten verurteilt.
• Ein 24jähriger Berliner, der Polizisten und Einsatzfahrzeuge mit Steinen beworfen hat

te, wurde mit 22 Monaten Haft auf Bewährung bestraft. Außerdem muß er 5000 Mark Geldbuße zahlen und sich einem Bewährungshelfer unterstellen.
• Ein 23jähriger Franzose, der ebenfalls Steine gegen Beamte geschleudert hatte, muß für

ein Jahr ins Gefängnis. Beide Männer waren zur Tatzeit angetrunken.
Der französische Kunststudent bleibt wegen Fluchtgefahr in Haft. Das Gericht billigt ihn aufgrund einer Alkoholisierung von 1,8 Promille verminderte Schuldfähigkeit zu.

In beiden Fällen hatten die Staatsanwälte auf zwei Jahre und drei Monate Haft plädiert.
Die Vorsitzende Richterin zu dem 24jährigen Berliner:
Das Gericht erwartet, daß sie die Ärmel hochkrempeln und sich auf die andere Seite schlagen.

Plötzlich ein kurzer, trockener Knall. Fast wie ein Schuß. Für den Bruchteil eines Augenblicks zuckte Präsident Ronald Reagan, 76, zusammen. „Kein sehr gutes Geräusch“, murmelte er – halb im Ernst, halb im Spaß.

Neben ihm war ein blutroter Luftballon geplatzt.

265 Minuten weilte der mächtigste Mann der Welt letzte Woche in Berlin – 265 Minuten gab

es Angst um ihn. 19 000 Polizisten haben ihn beschützt. Ganze Stadtbezirke wurden für ihn zeitweise abgeriegelt. Er selbst trug, für niemanden sichtbar, eine Panzerweste unter seinem Hemd.

Dennoch war er spürbar besser Laune: „750 Jahre Berlin“, witzelte er. „Zu so einem Geburtstag komme ich gern – da wird endlich mal jemand noch älter als ich.“

Schon seit Tagen brodelte die Stadt. Die rund 1500 Chaoten aus Kreuzberg, aus dem Dik-

licht der Mietskasernen rund um die Oranienstraße dicht neben der Mauer, drohten: „Wir bereiten Reagan einen heißen Empfang.“

Heimlich rückten zur Verstärkung rund 1000 Chaoten aus der Bundesrepublik an. Aus Hamburg, München, Stuttgart, Hannover, Köln, Göttingen, Freiburg und Kiel.

Aus Holland schickten 100 Kraaker, Hausbesetzer, ihre Helme per Post voraus.

An den Einreise-Kontrollstellen in Berlin beschlagnahm-

te die Polizei reihenweise Messer, Schlagringe und Fahrradketten.

Schon am 8. Juni mußte ein Militärzug im Bezirk Zehlendorf plötzlich bremsen – quer über den Gleisen drei brennende Autoreifen und ein Drahtseil. Daneben ein Flugblatt: „Feuer und Flamme für den Präsidenten!“

Im Mehringhof in Kreuzberg, Gneisenaustraße 2 a, einem verwinkelten Hinterhof-Komplex, Treffpunkt von Alternativen, Autonomen und Chaoten, verscharften sich vor Reagans Ankunft die Losungen von Stunde zu Stunde: „Wir wollen Chaos.“ „Werheim (ein Kaufhaus nahe der Gedächtniskirche) muß brennen.“ „Reagan stirbt heute.“

Am Tage vor Reagans Besuch die erste Machtprobe mit der Polizei. Bei den Behörden war eine Demonstration angemeldet worden: von Thuid Pörksen, einem Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei West-Berlins (SEW), Pörksen stimmt jede Aktion vorher genau mit seinen Genossen in Ost-Berlin ab.

Scharfschützen auf den Dächern

Unter den 25 000 Demonstranten die 2500 Chaoten. Rund um den Ku'damm zerstörten sie Schaufenster, lieferten sich Straßenkämpfe mit der Polizei. 250 Festnahmen, 80 verletzte, Beamte. Mehrere 100 000 Mark Sachschaden.

„Natürlich mußten wir grundsätzlich mit einem Anschlag rechnen“, sagt Manfred Ganschow, 50, leitender Kriminaldirektor, Abteilung Staatsschutz. Er meinte damit, daß außer Chaoten und Einzelgängern auch arabische Terroristen als Attentäter in Frage kommen. Sie könnten ungehindert aus Ost-Berlin schnell rüber – und wieder zurück.

Reagan war nach der Landung der Air Force One, einer Boeing 707, auf dem Flughafen Tempelhof direkt zum Schloß Bellevue gefahren. Hier erwartete ihn Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Danach ging zum Reichstag und schließlich zum Brandenburger Tor.

Deutsche und amerikanische Sicherheitskräfte überprüfen vorher jeden Meter, Kanaldeckel, Abwasserkanäle. Polizeitaucher suchten die Spree ab, Scharfschützen nahmen auf den Dächern Stellung. Am Himmel kreisten Hubschrauber. Unter den Passanten und Zuschauern rund 4000 junge Polizistinnen und Polizisten, unauffällig in Jeans und T-Shirt.

Um 12.12 Uhr riegelte die Polizei in einer einzigartigen Aktion das Pulverfaß ab, den Bereich zwischen Mauer und Landwehrkanal in Kreuzberg. Schlagartig wurden die U-Bahnhöfe zwi-

schen Schlesischem Tor und Gleisdreieck geschlossen. Telefonleitungen unterbrochen.

Kinder, die von der Schule kamen, Hausfrauen, die vom Einkaufen kamen – niemand durfte in den Bezirk.

Und niemand hinaus. Damit saßen die Chaoten in ihren Schlupflöchern fest, ihre geplanten Aktionen – geplatzt.

Vor dem Brandenburger Tor Reagans großer Auftritt. Rechts vor ihm ein sowjetisches Ehrenmal – zwei russische T-34-Panzer mit Ehrenwache.

Direkt hinter ihm die Mauer. Und drüben, hinterm Branden-

burger Tor: Volkspolizisten mit Ferngläsern und Kameras, Autos vom Staatssicherheitsdienst. Und Ostberliner, die sich davon nicht abschrecken ließen und herübersahen.

Gorbatschow herausgefordert

Reagan in seiner zwanzigminütigen Grundsatzrede:

„Generalsekretär Gorbatschow, wenn Sie nach Frieden streben, dann kommen Sie hierher zu diesem Tor. Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor! Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder!“

Jubel unter den 20 000 Zuschauern. Reagan regte an: Internationale Konferenzen in der Stadt – und vor allem Olympische Spiele in beiden Teilen Berlins.

Die starken Worte Reagans waren mit Bedacht gewählt.

● In einer Situation, in der Gorbatschow von „Glasnost“ (Öffnung) spricht.

● In einer Situation, in der Moskau den Abbau der Atomraketen fordert.

● In einer Situation, in der die DDR-Lugend auf die Straße geht, mehr Freiheit verlangt, in den Westen fahren will.

Reagan wußte genau, daß die Herausforderung Gorbatschows hohe politische Wellen schlagen wird, daß dadurch der Ruf im Osten nach mehr Freiheit weiter angeheizt wird.

Der Präsident bekräftigte gleichzeitig die Garantien der amerikanischen Schutzmacht. Er lobte die Berliner, ihre Durchhaltkraft, ihren Aufbauwillen und – typisch Reagan – ihre berühmte Berliner „Schnauze“.

Eberhard Diepgen, 45, Berlins junger, strahlender Regierender Bürgermeister: „Eines Tages möchte ich mit meinen Kindern durch dieses Tor gehen können.“ Und in Richtung Osten sagte er, eine Anspielung auf die Vopoeinsätze dort nach einem Popkonzert im Westen: „Jeder sollte die Musik hören dürfen, die er hören will.“

Reagan applaudierte demonstrativ.

Seine Leibwächter atmeten auf, als ihr Chef in seinem schwarzen Cadillac, Kennzeichen „US State Dept. 185“, um 15.14 Uhr wieder den Flughafen Tempelhof erreichte.

In einer großen Halle luden die Amerikaner in Berlin (14 000 leben hier) zu einer Party ein. Reagan: „Nichts macht mich so stolz wie die Tatsache, daß Ihr, meine Landsleute, hier euren wichtigen Dienst tut.“

QUICK-Reporter Armin Zipper gelang es, den US-Präsidenten nach seiner Rede zu fragen: „Mister President, was war Ihre spon-

tane Reaktion auf den Kreml-Flieger Mathias Rust?“

Ein Blitzen in seinen Augen: „Es geschehen immer wieder Dinge, die auch die Phantasie übertreffen.“ (Lesen Sie auf Seite 98, wie der Kreml-Pilot im KGB-Gefängnis leidet).

Noch bevor die Präsidenten-Maschine um 16.38 Uhr in Tempelhof abhob, kamen die Chaoten wieder. Die Polizei hatte in der City die Absperrung gelockert.

Johlend gaben die Randalierer die Losung aus: „Wir machen den Ku'damm platt.“ Und: „Freies Essen im KaDeWe.“

Das sollte soviel heißen wie Stürmt Berlins größtes Kaufhaus, plündert Europas größte Lebensmittelabteilung (allein 1200 Sorten Wurst, 1800 Sorten Käse).

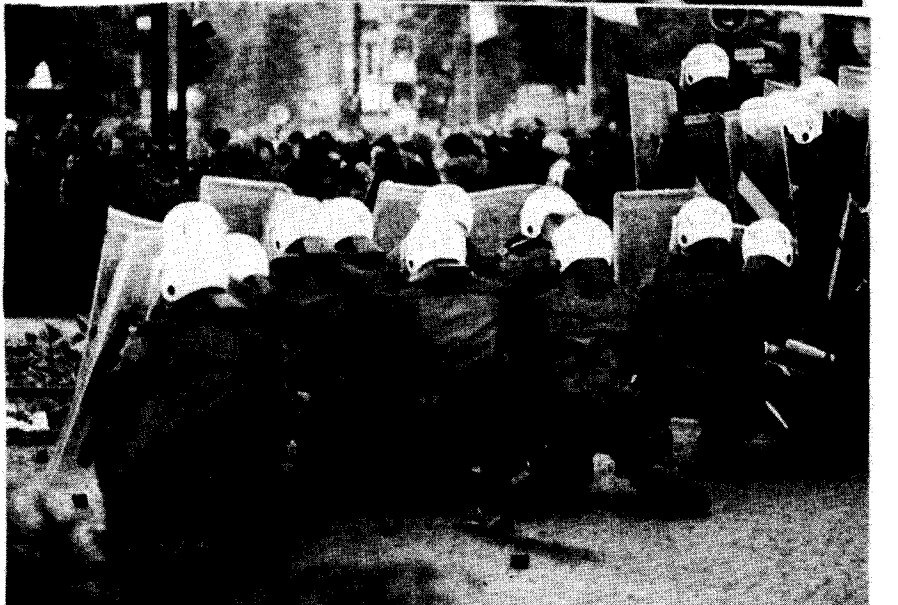
Daraus wurde nichts. Das KaDeWe schloß rechtzeitig. Polizisten umzingelten die Chaoten. Reihenweise rissen sie den Vermummten die Kapuzen vom Kopf. 82 Festnahmen.

Vereitelt wurde auch der Plan von drei Gewalttätern, die sechs mit Aluminium beschichtete Bulbous aufsteigen lassen wollten, um beim Abflug der Präsidenten-Maschine die Radar-Anlagen zu stören. Das hätte Gefahr für Reagan bedeutet. Alle drei wurden festgenommen.

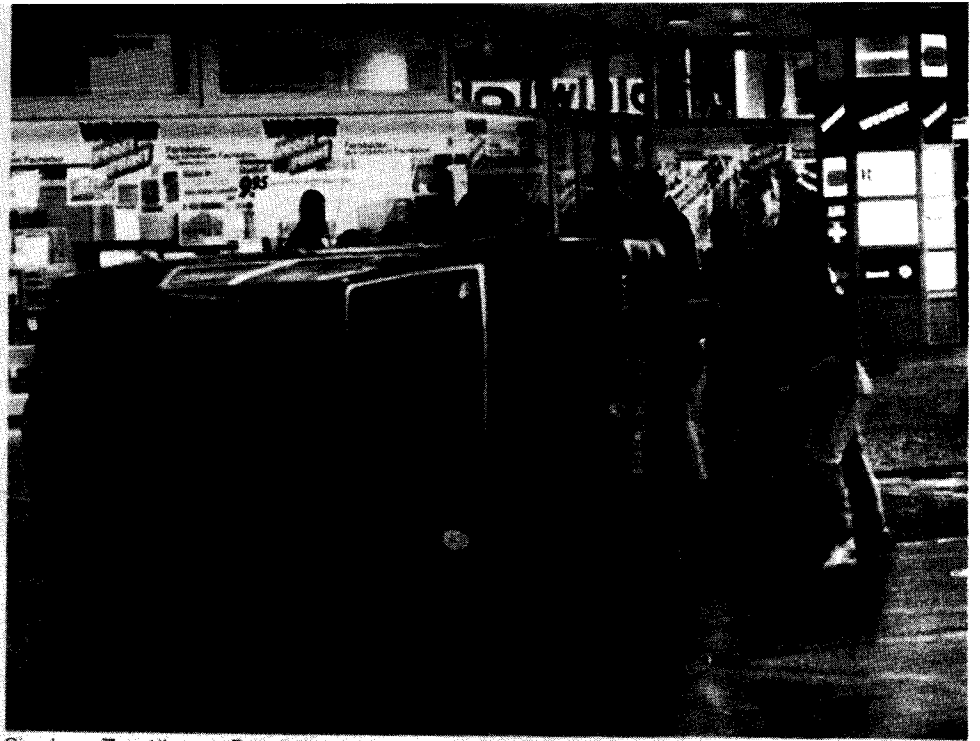
Armin Zipper

Der Glanz und der Angriff

Zwei vermummte Chaoten bucken sich nach einem Pflasterstein. Ihre Komplizen bewerten bereits die jungen Bereitschaftspolizisten Kniend, um weniger Angriffsfläche zu bieten, schützen sich die Beamten mit ihren Plastikschildern vor dem Steinhagel.



Der gescheiterte Angriff
 Chaos gegen Reagan
 Kewenig kündigt erneuten Vorstoß
 für ein Vermummungs-Verbot an



Sinnlose Zerstörung: Randalierer kippen einen roten BMW um
 Jülich 16. 6. 87



Schöneberg: Fanal der Gewalt – ein Ford-Transit brennt

Reagan in Berlin
 Die brodelnde Stadt
 Chaosen prügelten sich mit Polizisten, zündeten Autos an, warfen Fensterscheiben ein. Sogar die Präsidenten-Maschine war in Gefahr. Zur Sicherheit wurden ganze Stadtteile abgeriegelt, Telefonleitungen gekappt



„Bei konkreter Gefahr kann man mit den Maßnahmen sehr weit gehen“

v. 29. 57

Innensenator Kewenig äußert sich zur Lage „nach Kreuzberg“ und zu Reformplänen für die Polizei

VOLKSBLATT: Herr Senator, würden Sie eine polizeiliche Maßnahme, wie die zeitweilige Einstellung des U-Bahnverkehrs nach Kreuzberg in vergleichbarer Situation noch einmal bekräftigen?

Kewenig: Also ich hoffe, daß eine solche Situation nicht wieder eintritt. Aber wenn eine vergleichbare Gefährdung Berlins und der Berliner Bevölkerung wiederholend sich wiederholen würde, glaube ich, daß man auch wieder zu vergleichbaren Maßnahmen, wie zum Beispiel der zeitweiligen Schließung von bestimmten U-Bahn-Linien greifen würde.

VOLKSBLATT: Es gibt das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel, das Ihnen als Verfassungsjurist sicher bekannt ist. Wie weit darf die Polizei gehen?

Kewenig: Es kommt immer darauf an, welches Rechtgut geschützt wird und welche Gefährdung man für dieses Rechtgut annimmt. Wenn man den Eindruck hat, Leib und Leben und Hab und Gut von einer Vielzahl von Berlinern, etwa der Bewohner eines bestimmten Stadtviertels ist konkret gefährdet, dann kann man mit den Vorbeugemaßnahmen sehr weit gehen. Hinterher, wenn nichts passiert ist, sieht es immer so aus, als ob die Vorkehrungen, die man getroffen hat, unverhältnismäßig waren.

VOLKSBLATT: Nun sind Sie als Innensenator nicht nur Polizeisenator. Was macht man denn nun mit solchen Gruppen, die sich autonom nennen?

Kewenig: Ich glaube zunächst, daß man den Autono-

Selten war eine Polizeiaktion in Berlin so umstritten wie die zeitweilige Stilllegung des U-Bahn-Verkehrs in Kreuzberg, die den Bezirk drei Stunden lang von der Außenwelt weitgehend abriegelte. Innensenator Wilhelm Kewenig hat zwar eine mangelhafte Information der Bevölkerung vor und während dieses polizeilichen Einsatzes zugegeben, die Maßnahme selbst aber verteidigt. In einem VOLKSBLATT-Interview ging der Senator sogar einen Schritt weiter. Wenn eine vergleichbare Gefährdung Berlins und der Berliner Bevölkerung sich wiederholen würde, meinte Kewenig, „glaube ich, daß man auch wieder zu vergleichbaren Maßnahmen greifen würde“. In einem solchen Falle könne man „mit den Vorbeugemaßnahmen sehr weit gehen“. Gleichzeitig vertrat der Innensenator die Meinung, daß Kreuzberg auf die Dauer eine massive Präsenz der Polizei nicht ertragen könne. Er hoffe, „daß alle Beteiligten wieder zu einem halbwegs friedlichen Miteinander zurückfinden“. Kewenig sprach sich ganz allgemein für ein flexibles Verhalten der Berliner Polizeikräfte aus. Zum Beispiel das Prinzip der zahlenmäßigen Überlegenheit wirke sich bei vielen Polizeieinsätzen kontraproduktiv aus. Mit dem Innensenator sprach Ulrich Zewatka.

Zeit der Eingewöhnung und des Sich-Umsehens Initiativen zu einer Verbesserung der Struktur der Berliner Polizei ausgehen.

VOLKSBLATT: Welche Strukturen müssen denn verbessert werden?

Kewenig: Das hängt an bei der Frage, um welche Verbrechenstatbestände wir uns besonders kümmern müssen. Welche Delikte sind besonders belastend für unsere Gesellschaft? Ist es wirklich noch der Einbruch-Diebstahl oder der Diebstahl von Kraftfahrzeugen? Sind es nicht inzwischen ganz andere Delikte wie Umwelt-, Wirtschafts-, Weiße-Kragen-Kriminalität und besondere Formen der Gewaltan-

Das aktuelle Interview

und hinterher sagen: schade, daß sowenig Polizisten verletzt worden sind. Und da muß man sich die, die bei so etwas mitmachen, genau ansehen. Stellt man dabei fest, daß es Gruppen mit sehr unterschiedlichen Motiven für ihr Verhalten gibt, dann muß man versuchen, die Maßnahmen des Staates auch so unterschiedlich zu gestalten, daß man möglichst vielen aus diesen unterschiedlichen Gruppen gerecht wird.

Also konkret: Man muß für die, deren eigentlicher Frust es ist, daß sie keine Arbeit haben, Arbeitsmöglichkeiten vor Ort beschaffen. Man muß für diejenigen, die andere politische Überzeugungen haben und deswegen Gewalt anwenden, mit aller Brutalität sagen, daß

Nicht, daß wir bisher nichts gemacht hätten, aber die Ereignisse in Kreuzberg und anderswo, in Freiburg oder Hamburg zeigen uns, daß wir mehr machen müssen.

VOLKSBLATT: Halten Sie die schon seit einigen Wochen praktizierte massive Polizeipräsenz in Kreuzberg weiterhin für sinnvoll?

Kewenig: Zunächst einmal hat die massive Polizeipräsenz in Kreuzberg im letzten Monat sehr viel Ausbrüche und sehr viel Schaden verhindert. Aber ich glaube auch, daß Kreuzberg auf die Dauer eine so starke Polizeipräsenz, so viele demonstrative Anwesenheit von Sicherheitskräften nicht ertragen kann. Auf die Dauer geht das auch einem normalen Menschen auf den Wecker. Das Gebot der Stunde ist, zu versuchen, die Polizeipräsenz zurückzuführen auf ein normales Maß. Ich kann nur hoffen, daß uns die Entwicklung bestätigt in der Einschätzung, daß alle Beteiligten die Gewalt leid sind und daß man wieder zu einem halbwegs friedlichen Miteinander zurückfindet. Sollte es wieder zu Gewaltausbrüchen kommen, so wird das zwangsläufig zur Folge haben, daß wir wieder stärker präsent sind.

VOLKSBLATT: Die Polizei hat seit kurzem einen neuen Präsidenten, der im Gegensatz zu Herrn Hübner selbst nicht von der Polizei kommt. Ist das ein Signal, daß Sie jetzt auch mehr „von außen“ die Strukturen unserer Berliner Polizei verändern wollen. Und vielleicht etwas schneller, als es früher der Fall war?

Kewenig: Ich glaube, daß in jedem großen Personalkörper der Bedarf an Strukturreform und innerer Reform fest umgrenzt ist. Jemand, der von außen in einen solchen Bereich hineinkommt, findet meiner Ansicht eher zu den notwendigen Schritten als jemand, der sich schon an die Umstände im „Polizeikiez“ gewöhnt hat und sie mehr oder weniger unabhängig findet. Insofern bin ich sicher, daß von dem neuen Polizeipräsidenten nach einer

wendung, die fängt an bei den Reformnotwendigkeiten. Und es hört auf bei der Frage: Muß die Polizei nicht auch ein wenig flexibler auf die unterschiedlichen Anforderungen in einer so großen Stadt wie Berlin reagieren, als sie das bisher tut? Ist zum Beispiel das „Gesetz der großen Zahl“, der zahlenmäßigen Überlegenheit nicht ein Gesetz, das man bei sehr vielen Einsätzen der Polizei in Frage stellen müßte, und das bei sehr vielen Einsätzen geradezu kontraproduktiv wirkt?

VOLKSBLATT: Heißt das, daß die Polizei in ihrer augenblicklichen Struktur dem Verbrecher nicht mehr gewachsen ist?

Kewenig: Das heißt nicht, daß sie ihm nicht gewachsen ist. Aber ich glaube, daß die Polizei an den richtigen Stellen eingesetzt, mit weniger Aufwand größere Erfolge erzielen könnte, als sie das bisher tut.

VOLKSBLATT: Noch eine letzte Frage aus aktuellem Anlaß: die Volkszählung geht in ihre nächste Etappe. Sie sind auch der Leiter des statistischen Landesamtes betrachten die Zählung als einen Erfolg. Die Zahl der Boykotteure ist nicht so groß, wie diese vielleicht erhofft und Sie befürchtet haben. Werden Sie trotzdem die Boykotteure mit allen Mitteln bis zum letzten verfolgen?

Kewenig: Ich werde sie nicht verfolgen, aber ich werde sie zu dem anhalten, wozu sie nach unserem Verständnis verpflichtet sind. Nun könnte man sagen: Na ja, wenn's nicht so viele sind, dann könnte man das ja eigentlich lassen. Aber ich meine, ist es nicht sehr ungerecht gegenüber denjenigen, oder verletzt es nicht das Rechtsempfinden derjenigen, die freiwillig den gesetzlichen Verpflichtungen gefolgt sind? Man kann sich doch nicht zwei Kategorien von Bürgern schaffen. Nämlich diejenigen, die gesetzlichen Anordnungen folgen, und diejenigen, die das lassen, weil es ihnen nicht paßt; und dann hinterher sagen: Ach Gott, das waren ja gar nicht so viele, denen das nicht gepaßt hat, dann lassen wir die in Ruhe. Eine solche Betrachtung höhnt die Rechtsordnung auf Dauer aus.



Bei vergleichbaren Situationen würde Innensenator Kewenig wieder zu ähnlichen Maßnahmen greifen wie am 12. Juni. Anlässlich des Reagan-Besuchs war Kreuzberg zeitweilig abriegelt. (Foto: Glaser)

men außergewöhnlich klarmachen muß, es lohnt sich nicht, mit Gewalt den Frust oder den Ärger oder politisch anders lautende Überzeugungen durchzusetzen. Und dafür sind eine deutliche Polizeipräsenz und sonstige vorbeugende Maßnahmen notwendig. Das zweite ist, den Gründen dafür nachzugehen, warum junge Menschen zu diesen extremen Formen der zwischenmenschlichen Auseinandersetzungen greifen. Warum sie Gewalt anwenden, warum sie Fensterscheiben einschlagen, Steine schleudern, Bierflaschen klauen, Menschen verletzen

in unserer Gesellschaft Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung ist. Und daß die Gesellschaft auch nicht toleriert, wenn sie „eins übergeben“ bekommt. Dann stellt man fest, daß es auch noch die Verzweifelten gibt. Leute, die mit ihrem Leben abgeschlossen haben, die keinerlei Interesse an Arbeit oder an Resozialisierung mehr haben. Für die muß man Programme entwickeln, die über das hinausgehen, was die Schwestern von Mutter Theresa in Kreuzberg machen; die über das Verabreichen von einer warmen Suppe am Tag hinausgehen.

BERLIN FEIERT SICH KAPUTT

„Feste feiern bis sie fallen“, heißt ein Theaterstück, das zur Zeit von den „Enterbten“ am Mariannenplatz gespielt wird. Der Jubiläums-Kollaps, in Kreuzberg längst Realität, droht langsam aber unaufhaltsam auf die ganze Stadt übergreifen. Über die Situation in Kreuzberg, Rechtmäßigkeit der bezirklichen Sonderbehandlung, Feste, Randalde und Normalität berichten Zitty-Mitarbeiter Franz-Michael Rohm, Kai Dieckmann und Bruno Preisendörfer.

Eine junge Punkerin am Heinrichplatz buchstabiert Kreuzberg folgendermaßen: K wie Kamikaze-Kämpfer, R wie Randalde, E wie Einsatzkommando, U wie Untersuchungshaft, Z wie Zivis, B wie Bullenterror, E wie Einzelhaft, R wie Räumfahrzeuge und G wie Gewalt. Dieses Kreuzberg liegt für sie „zwischen Moritzplatz, Görlitzer Bahnhof, Mauer und Kanal – halt SO 36“. Genau der Kiez, der am 12.6. in Vorbeugehaft genommen wurde. Tausende konnten mehr als drei Stunden weder mit U-Bahn noch mit Bus rein oder raus. Passanten wurden kontrolliert, ebenso private PKW. Wer nicht das richtige Gesicht hatte, mußte umkehren. Wohnen hier die Chaoten, muß man dieses Viertel dichtmachen, damit auf dem Ku-Damm nicht demonstriert wird? Die Bewohner sind ganz anderer Meinung.

Phantasie statt Randalde hieß die Parole eine Woche nach dem Reagan Besuch auf dem Kottbusser Damm in Kreuzberg. Eine Kunstmauer wurde aufgebaut, die die „Sonderbehandlung“ Kreuzbergs noch einmal hautnah vor Augen führte.



Ein Hard-Liner wurde gebremst

Achter Krawall-Prozeß wurde ausgesetzt / Der Staatsanwalt zog alle Register

Gestern begann vor dem Moabiter Amtsgericht der achte Prozeß im Zusammenhang mit den Kreuzberger Krawallen. Diesmal standen gleich zwei Angeklagte in Sachen 17. Mai vor Gericht. Der 23-jährige Ralf B. und der 23-jährige

Thorsten S. sollen auf der Fahrbahn am Heinrichplatz einen Glascontainer umkippt haben. Ralf B., der bis gestern in U-Haft saß, soll außerdem aus zwei Metern Entfernung einen Stein in Richtung auf das Gesicht eines Zivilbeamten gewor-

fen haben. **17.1.78**
Der Prozeß wurde nach der Vernehmung des ersten polizeilichen Belastungszeugen wegen des Urteils der Richterin ausgesetzt. Die Staatsanwaltschaft, die am Ende des Prozeßtages mit allen Mitteln versucht hatte, eine Haftverschöpfung Ralf B.s zu verhindern, zog diesmal den kürzeren: Der Angeklagte durfte nach Hause gehen.

Die Angeklagten gaben an, sich in jener Nacht bei ihrer Verfolgung und Festnahme durch Zivilbeamte an der Reichenberger-/Ecke Mariannenstraße kennengelernt zu haben. Thorsten S. widerrief vor Gericht sein früheres Geständnis vor dem Haftrichter: Er habe auf „keinen Fall in den Knast reingewillt“ und gehört, „daß es bei einer Aussage Haftverschöpfung gibt“. Ebenso wie der Mitangeklagte Ralf B. bestritt er nun, Hand an einen Glascontainer gelegt zu haben.

Die rund anderthalbstündige

Vernehmung des 24-jährigen Zivilbeamten, auf dessen Gesicht der Stein gezielt gewesen sein soll, förderte mancherlei Merkwürdigkeiten zutage. Zunächst stellte sich heraus, daß sich nicht — wie bisher in den Ermittlungsakten dargelegt — drei, sondern vier Zivilbeamte in dem kleinen Pkw am Heinrichplatz aufgehalten hatten. Der vierte Beamte war bislang als Zeuge unterschlagen worden. Der Zivilbeamte im Zeugenstand verstrickte sich zusehends in Widersprüche, als er die Örtlichkeiten zwischen dem geparkten Zivilwagen und dem umgekippten Container beschreiben und die Entfernung in Metern angeben sollte. Seine Aussage zum unmittelbaren Tatgeschehen des Steinwurfs war dann gänzlich unstimmig. Zuerst behauptete er, Ralf B. sei links an ihm vorbeigerannt und habe den Stein dabei „in Augenhöhe“ geworfen. Der Beamte demonstrierte mit seinem linken Arm, den er schützend vor das Gesicht zog, wie er den Stein abge-

wehrt habe. Später, als der Zeuge die Seite, an der Ralf B. vorbeigerannt sei, mit Hand zeigen sollte, wies er jedoch nach rechts. Eine ärztliche Bestätigung für die Prellung seines linken Ellenbogens konnte der Beamte nicht vorweisen.

Staatsanwalt Föhrig befand nach dieser Zeugenaussage, ohne mit der Wimper zu zucken, „die bisherige Beweisaufnahme hat zu keiner durchgreifenden Veränderung geführt“. Ihm zufolge sollte Ralf B. die ganze Sommerpause über in U-Haft bleiben, weil er weder eine „Eigentumswohnung“ noch ein „eigenes Haus“ als Sicherheitsgarantie für einen festen Wohnsitz vorweisen könne. Zudem bestünde „die Gefahr“, daß Ralf B. im Falle seiner Freilassung auf die Entlastungszeugen, „die ihm bekannt sein dürften, unlauteren Einfluß“ ausübe.

Das Gericht teilte diese Auffassung jedoch nicht. *plu*

Prozesse um Steinwürfe unterbrochen

Zwei Prozesse, in denen es um Steinwürfe während der Mai-Krawalle in Kreuzberg geht, wurden gestern unterbrochen. In beiden Verfahren müssen nach Ansicht der Moabiter Schöffengerichte noch zusätzliche Polizeizeugen gehört werden. **17.1.78**

In einem Fall wird einem 24-jährigen Studenten vorgeworfen, in der Nacht auf den 2. Mai am Heinrichplatz einen Pflasterstein gegen ein Polizeifahrzeug geworfen zu haben. Der Mann bestreitet die Tat, wird aber von mehreren Polizisten belastet. Ihre Aussagen waren jedoch zum Teil widersprüchlich, so daß ein Zeuge erneut verhört werden soll. Außerdem will das Schöffengericht einen weiteren Beamten laden, der zu möglichen Schäden an dem Einsatzwagen aussagen soll.

In einem weiteren Prozeß wird zwei Männern vorgeworfen, in den frühen Morgenstunden des 17. Mai mit Müllcontainern auf der Oranienstraße Barrikaden errichtet zu haben. Einer der Angeklagten soll kurz danach auf der Flucht vor Polizisten gegen einen Beamten einen Stein geschleudert haben.

Nachdem das Gericht diesen Beschuldigten gestern vorläufig aus der Untersuchungshaft entlassen hatte, verlangte der Staatsanwalt, die Haftverschöpfung wegen Verdunkelungsgefahr wieder rückgängig zu machen. Der Verteidiger warf der Anklage daraufhin vor „eine Justiz zwischen Tür und Angel“ zu betreiben.



DÜRFEN DIE DAS?

Rechtswidrige Polizeimaßnahmen am Tag des Reagan Besuches

Wenn die Polizei in die Rechte von Bürgern eingreift, so darf dies nicht willkürlich geschehen: Ein Gesetz muß die Maßnahme erlauben. Dabei müssen zwei unterschiedliche Bereiche polizeilichen Handelns unterschieden werden:

a) Bei der Aufklärung von bereits begangenen Straftaten wird die Polizei repressiv tätig: Um einen Bankräuber zu fassen, kann sie z.B. Kontrollstellen errichten und Verdächtige festnehmen. Die näheren Einzelheiten regelt die Strafprozeßordnung (StPO).

b) Auch wenn es zunächst verquer klingt, handelte es sich am Tage des Reagan-Besuches nicht um repressive Maßnahmen. Die Polizei wollte vielmehr gewalttätige Auseinandersetzungen verhindern. Die Rechtmäßigkeit des präventiven Vorgehens wird aber im wesentlichen an den Vorschriften des Berliner Polizeigesetzes, des „Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes“, kurz ASOG, zu messen sein.

Vorbeugende Festnahmen sind gemäß § 18 ASOG gestattet. Da hier aber in wesentlichen Grundrechte einschneidend eingegriffen wird, ist diese Maßnahme nur in extremen Ausnahmefällen erlaubt, nämlich, wenn von dem Festzunehmenden „eine erhebliche gegenwärtige Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ ausgeht. Der von zwei leitenden Polizeioffizieren verfaßte Standardkommentar zum ASOG nennt als Bei-

spiel die Inhaftierung von Personen, die ein Attentat anläßlich eines Staatsbesuches planen. Zur Festnahme potentieller Demonstranten ist § 18 ASOG nicht gedacht, auch wenn er hierfür am 12.6. wie auch bei anderen Gelegenheiten herangezogen wurde. Kassiert wurde, ohne daß dies durch § 18 ASOG gedeckt war, z.B. die Mitarbeiterin einer Friedensinitiative, die mit entsprechendem Informationsmaterial „bewaffnet“ zur Unzeit am Kranzler Eck auftauchte. Leider ist es — wie auch Erfahrungen vergangener Demonstrationen zeigen — nahezu unmöglich, gerichtlichen Schutz gegen derartige Festnahmen zu erhalten. Ein sogenanntes Rechtsschutzbedürfnis besteht nämlich nur solange, wie man festgehalten wird — und in dieser Zeit kommt man an keinen Richter heran.

Wenn in den letzten zwölf Monaten eine Polizeiaktion öffentliches Aufsehen erregt hat, dann war es der Hamburger Kessel. In einem Urteil vom 23.10.1986 hat das Verwaltungsgericht Hamburg festgestellt, daß die Einschließung einer Versammlung und die anschließende Ingewahrsamnahme rechtswidrig sind. Das Gericht begründete dies damit, daß auch bei einer nicht angemeldeten Demonstration ausschließlich das Versammlungsgesetz angewendet werden dürfe. Dieses sehe zwar vor, Demonstrationen aufzulösen oder ihnen Auflagen zu erteilen, nicht aber ihre Teilnehmer einzukesseln. Da das Demonstrationsrecht grundgesetzlich ge-

schützt ist, dürfen nur die im Versammlungsgesetz vorgesehenen Maßnahmen angewendet werden. In welchem Umfang und in welcher Art und Weise in die Versammlungsfreiheit eingegriffen werden dürfe, liege nicht im polizeilichen Ermessen. Die Einkesselung sei deshalb „vom Anfang bis zum Ende rechtswidrig“ gewesen, so daß sich das Gericht mit der Dauer der Maßnahme und den zum Teil entwürdigenden Umständen überhaupt nicht näher zu beschäftigen brauche. Es ist nicht vorstellbar, daß den Berliner Verantwortlichen dieses Urteil unbekannt geblieben ist. Wurde hier bewußt in Kauf genommen, gegen Recht und Gesetz zu verstoßen, als auf den Hamburger ein Berliner Kessel folgte?

Ermächtigungsgrundlage für diese Maßnahme ist die Generalklausel des ASOG: Nach § 14 kann die Behörde die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit abzuwehren. Derartige Maßnahmen müssen aber stets verhältnismäßig sein. § 8 ASOG schreibt deshalb ausdrücklich vor, daß von mehreren Maßnahmen diejenige zu treffen ist, die den einzelnen und die Allgemeinheit am wenigsten beeinträchtigen. In dem bereits erwähnten Kommentar wird ausdrücklich vor der Devise gewarnt, daß ein polizeiliches Ziel mit allen Mitteln erreicht werden müsse. Daß jedes Maß verlorenging, wenn ein ganzer Bezirk faktisch abgeriegelt wird, nur um eine mißliebige und möglicherweise gewalttätige Demonstration aus der Innenstadt fernzuhalten, muß wohl nicht weiter ausgeführt werden.

Allerdings hat das Verwaltungsgericht Würzburg es 1980 für rechtmäßig angesehen, daß die Polizei im Rahmen einer Brokdorf-Demonstration einen Bus mit Demonstranten anhält und an der Weiterfahrt hindert. Dies sei nicht zu beanstanden, weil der Polizei Erkenntnisse vorlägen, daß die in Brokdorf geplante Kundgebung gewalttätig verlaufen sollte. Wohlgeremkt richtete sich aber damals diese Maßnahme gegen Demonstranten und nicht gegen Unbeteiligte.

Wenn man den Aussagen der Polizei Glauben schenken soll, so handelte die BVG nicht auf polizeilichen Befehl, sondern reagierte auf eine entsprechende „Bitte“. Als die BVG dieser Bitte nachkam, verstieß sie aber gegen geltendes Recht: Sie ist nämlich verpflichtet, die Fahrgäste zu befördern. Dies folgt aus § 2 ihrer Beförderungsbedingungen. Nach § 22 des Personenbeförderungsgesetzes kann diese Pflicht in bestimmten Situationen entfallen. Diese Voraussetzungen (z.B. entsprechende behördliche Anordnungen, höhere Gewalt im Sinne eines technischen Defektes) lagen aber am 12.6. nicht vor.

Fazit: Ein Großteil der polizeilichen Maßnahmen war nicht durch gesetzliche Vorschriften gedeckt und damit rechtswidrig. Üblicherweise pflegt man einen solchen Zustand als Ausnahmezustand zu bezeichnen. *Kai Dieckmann*

19.6.87

Hier baut der Senat von Berlin: Anti-Kreuzberger Schutzwall



Der Senat habe in geheimer Sitzung die Errichtung eines Schutzwalls um Kreuzberg beschlossen, stand auf den am Mittwoch am Kottbusser Tor verteilten Flugblättern anlässlich der satirischen Errichtung einer Mauer um Kreuzberg. Auch gab es einen Vordruck eines Passierscheins zwischen Berlin-West und Kreuzberg Südost mit Rubriken für Personalangaben und Ein- und Ausreiseterminen Foto: dna

Kreuzberg in ‚Vorbeugehaft‘

„Dichtgemacht hatten die Innenstadt zeitweilig nicht die Randalierer, sondern die Polizei durch ihren Kessel, in dem ungefähr 300 Demonstranten bis zu fünf Stunden im Regen festgehalten wurden. Auch ein ganzer Stadtteil war dichtgemacht worden: Kreuzberg. Durch die Stilllegung der öffentlichen Verkehrsmittel wurden die Bewohner eines ganzen Bezirks regierrecht in ‚Vorbeugehaft‘ genommen. Es gibt jedenfalls eine ganze Menge Berliner, die den Besuch des US-Präsidenten nicht in bester Erinnerung behalten werden, wie der Vater, dessen Tochter zufällig in den Kessel geraten war, oder der Rentner in Kreuzberg, der seinen Arzt nicht aufsuchen konnte, oder die vielen Eltern, deren schulpflichtige Kinder stundenlang durch den abgesperrten Bezirk irrten.“

In jedem Rechtsstaat gilt das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Ob ein Kessel für knapp 300 Demonstranten sowie die Schließung eines ganzen Bezirks dem entsprechen, wird in nächster Zeit nicht nur die Gerichte, sondern sicherlich auch noch das Berliner Abgeordnetenhaus beschließen.“

Aus einem Kommentar der „Süddeutschen Zeitung“, 15. 6. 87

Demonstranten bauten Mauer auf dem Breitscheidplatz

Gestern mittag stellten etwa 50 Demonstranten aus Kreuzberg auf dem Breitscheidplatz neben der Gedächtniskirche eine zwölf Meter breite Mauer auf. Sie protestierten damit gegen die Unterbrechung der Verkehrsverbindungen nach Kreuzberg während des Reagan-Besuches am 12. Juni und gegen die damalige Einschließung von mehreren hundert Demonstranten an der Taubentzenstraße. **B.P.I.C.C.O.**

Auf den Mauerteilen waren Sprüche wie „Die Mauer muß weg“ und „Hier beginnt endlich Anti-Berlin“ zu lesen. Auf einem Transparent hieß es „Ronald Reagan: Berlin ist ein Hort des Friedens und der Freiheit für alle“. Passanten erhielten „Passierscheine“, auf denen sie unter anderem ihren Beruf oder die Dauer des Aufenthaltes in SO 36 angeben konnten. (Tsp/dpa)

Als wäre nichts geschehen...

Senator für Architektur eröffnet erstes Teilstück der Kreuzberger Mauer an der Kottbusser Brücke

Gestern, 18 Uhr, Kottbusser Brücke in Kreuzberg: Die Feiertagsabendstimmung ist jäh vorbei, als ein kleiner LKW mit einem auf der Brücke hält. In Windeseile tragen Bauarbeiter neun riesige Mauerteile von der Ladefläche und bauen sie auf der Fahrbahn auf. Mit Ausnahme zweier kleiner Schlupflöcher für den an- und abfahrenden Verkehr ist Kreuzberg in Richtung SO 36 dicht. „Hier baut der Senat von Berlin den Anti-Kreuzberger Schutzwall“ verkündet ein Schild vor dem Monstrum. Kreuzberger Bürger, die Zeugen der plötzlichen Bauaktion wurden, reagieren geschockt. Eine neue Attacke des Senats?

Schnell bildet sich eine Menschengruppe. Hüben, aus SO 36 wird Protest laut „reißt die Mauer

ein“. Von drüben frohlocken festlich gekleidete Bürger „die Mauer muß bleiben, hoch der Senat“. Der Verantwortliche für den Schutzwall, der Herr Senator für Architektur und Inneres — er trägt zur Feier des Tages den schwarzen Frack und die gekonnt um die Hüften geschwungene Bundesfahne — ist persönlich erschienen. „Liebe Berlinerinnen und Berliner! Er verkündet in einer kleinen Ansprache, daß wir unser schönes Berlin nicht von den Kreuzberger Anti-Berlinern kaputtmachen lassen.“ „Aus diesem Grunde hat der Senat nach dem durchschlagenden Erfolg der Kreuzberger Blockade vom 12. 6. in geheimer Sitzung den Bau des Anti-Kreuzberger Schutzwalls beschlossen.“

Der Grenzübergang Kottbusser

Brücke sei das erste Teilstück, das eröffnet werde. „Die Öffentlichkeit kann sich dort feierlich übergeben.“ Der Senat von Berlin dankt den Einsatzkräften der Polizei, die zusammen mit den bauerfahrenen Veteranen der Betriebskampfgruppen der DDR diese schnelle, gute und mutige Leistung vollbracht haben — eine große, gemeinsame deutsch-deutsche Geste gegen den internationalen Terrorismus.“

Vorsorglich bereit gestellte Polizeieinheiten sichern das Terrain auf beiden Seiten. Die Lage ist mehr als ernst. „Kreuzberg Südost“, so der Senator, „wird nach Fertigstellung dieses Bauvorhabens nur noch mit Hilfe des Passierscheins zu betreten sein“. Er sei an allen Theaterkassen und guten Polizeidienststellen erhältlich. Mit Hinweis darauf,

daß das besetzte Gelände des Freiwild-Geheges SO 36 nur auf eigene Gefahr betreten werden kann, zieht der Senator sich dann schnell zurück. „Fijjejj“ schreut ein hemsdärmliger Polizist, im Begriff, einen Doppeldecker BVG-Bus durch das Mauerloch und die verblüfften Menschenmassen zu lotsen: „Das kann ja noch heiter werden.“

19.00: Die Lage auf der Brücke hat sich urplötzlich normalisiert, beinahe so, als wäre nichts geschehen.

„Pappmauer um Berliner Bezirk“

BERLIN, 18. Juni (dpa) „Aus Protest gegen die Abriegelung Kreuzbergs am Tag des Berlin-Besuchs von US-Präsident Ronald Reagan haben junge Leute am Mittwoch eine „Mauer“ aus Pappe über die Kottbusser Brücke in diesem Stadtbezirk errichtet. Nach Auskunft der Polizei trug sie die Aufschrift „Hier baut der Senat eine Mauer um Berlin“. Obwohl zwei Durchlässe für Autos freiblieben, war der Verkehr behindert. In einer Pressemitteilung bezeichneten die Urheber den Bau des „Anti-Kreuzberger Schutzwalls“ als satirisches, aber ernstgemeintes Straßentheater. Spektakel aus Protest gegen die „Abriegelung Kreuzbergs“ am 12. Juni. Nach etwa einer halben Stunde bauten die Demonstranten auf Weisung der Polizei die fast zwei Meter hohe „Mauer“ ab. D/R/S

AL blockierte Zugang zur Kreuzberger BVV

Mit Papierlätzchen — Aufschriften „Ich bin ein Anti-Berliner“, „Ich bin ein Anti-Kreuzberger“ — um den Hals und zusammengeschlossen durch Handschellen, bildete gestern vor der Sondersitzung der Kreuzberger Bezirksverordneten-Versammlung die AL-Fraktion eine Kette und verlangte von den Teilnehmern die Ausfüllung eines „Passierscheins“. Erst als BVV-Vorsteher Alexander Langenheid sich weigerte und kehrte um, und dadurch die Sitzung zu platzen drohte, gab die AL den Weg frei.

Unmut äußerte vor Sitzungsbeginn Bezirksbürgermeister Wolfgang Krüger (CDU) darüber, daß der „Verein SO 36“ angeblich am 3. Juli ein eigenes Fest veranstalten will, nachdem man sich im Bezirksamt darüber geeinigt hatte, die Bezirkswoche anlässlich der 750-Jahr-Feier ausfallen zu lassen. Volksbildungsstadtrat Gerhard Engelmänn (CDU) zur „Be-

tung mit einem Antrag der AL, die 45 Minuten Redezeit für jede Fraktion zu einer Großen Anfrage und mehreren Anträgen im Block verlangte. Die Forderung der CDU nach unbegrenzter Redezeit wurde mit den Stimmen von AL und SPD abgelehnt. Die erste Unterbrechung gab es mit der Einberufung des Ältestenrates bereits 15 Minuten nach Sitzungsbeginn.

Einen detaillierten Bericht über die Folgen der Kreuzberger Abriegelung vom 12. Juni gab Bezirksbürgermeister Krüger auf eine Große Anfrage der SPD. „Von einer Blockade zu sprechen ist eine Verhöhnung all derjenigen Berliner, die die Blockade 1948 miterlebt haben.“ Die U-Bahn-Unterbrechung mit technischen Defekten bei der BVG zu begründen, bezeichnete Krüger als falsch. „Die Chance der Information ist aufgrund einer falschen Einschätzung verpaßt wor-

Protestaktion in Kreuzberg gegen Abriegelung

„Polizei unerwünscht“

Gefälschte Flugblätter kursierten in Kreuzberg

„Solange die massive Polizeipräsenz in SO 36 andauert, können ständige Eskalation von Gewalt nicht ausgeschlossen werden.“ Die Bürger Kreuzbergs werden aufgefordert, den dort eingesetzten Polizeibeamten „friedlich und unmißverständlich durch Handzeichen kundzutun, daß sie in unserem Bezirk sowohl überflüssig als auch unerwünscht sind.“ 1/10.87

Die markigen Worte, die unter dem Siegel des Bezirksbürgermeisters von Kreuzberg, Wolfgang Krüger, kursieren, hat das Bezirksamt gestern als Fälschung entlarvt.

Wolfgang Krüger verwahrt sich mit Entschiedenheit gegen

die wiedergegebenen Ausführungen und Aufforderung, heißt es in einer Mitteilung der Pressestelle im Kreuzberger Rathaus. Festgestellt wird: „Ein solches Pamphlet irritiert die Bevölkerung und zeigt sehr deutlich, daß offenbar einseitige Bewertungen die Ursache der Konflikte sein sollen.“ Hingewiesen wird in dem Schreiben der Pressestelle darauf, daß Bürgermeister Krüger in den vergangenen Wochen deutlich machte, eine Beruhigung der Situation in SO 36 könne nur dann erreicht werden, wenn alle im Gebiet ansässigen Gruppen an einem gemeinsamen Lösungsvorschlag mitarbeiteten. LR

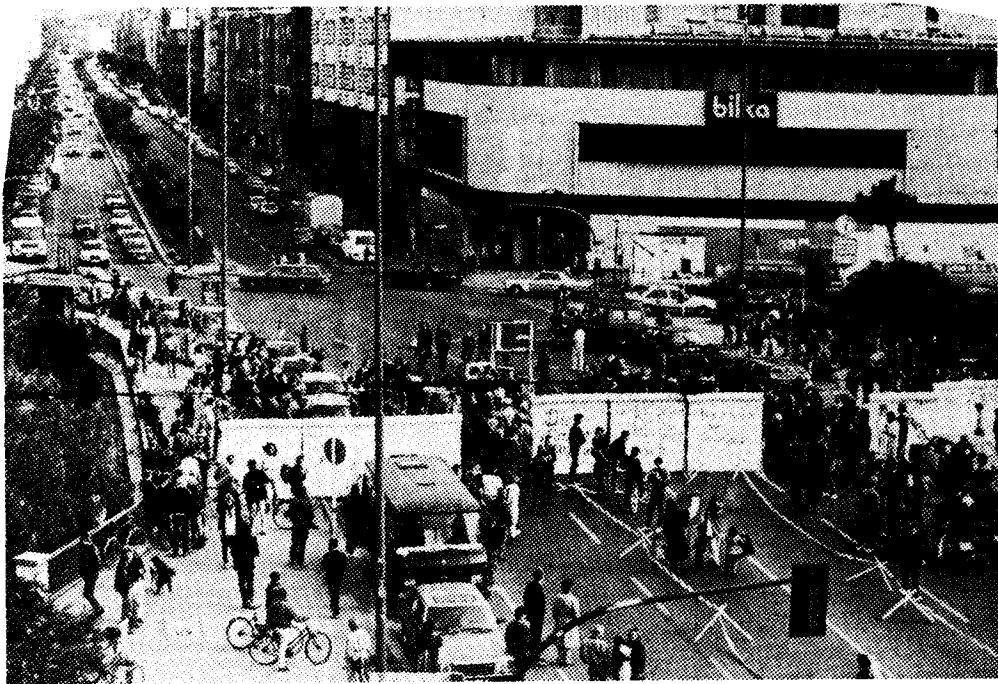


Foto: Christian Schulz

Schwerwiegende Verletzungen der Grundrechte durch Polizeieinsatz

Rechtsanwälte und Betroffene beschuldigen Justiz und Senat

(DW-M. E.). Schwerwiegende Grundrechtsverletzungen und unangemessene Reaktionen warfen die Alternative Liste, der unabhängige Ermittlungsausschuss und der Bezirksstadtrat Orlowsky aus Kreuzberg am Montag im Rahmen einer Pressekonferenz den Justizbehörden und dem Senat vor. So wäre mit der dreistündigen Sperrung Kreuzbergs ein ganzer Bezirk aus dem Stadtgebiet ausgeklammert worden - eine einmalige Aktion.

Außerdem sei es den Festgenommenen nicht möglich gewesen, Rechtsanwälte bei der Vorführung vor dem Haftrichter zu beanspruchen. Bis Donnerstag letzter Woche sei es aber üblich gewesen, daß Verhaftete solche Hilfen laut Strafprozeßordnung erhalten haben. Staatsanwalt Thiele von der Politischen Abteilung gab Anweisung, dies außer Kraft zu setzen. Auch in Anwesenheit eines Beamten waren die Rechtsanwälte nicht zugelassen. Weiterhin wurde berichtet, daß es Verbote gegeben hätte, die Anwälte anzurufen. Vollmachten seien von Polizisten zerrissen worden. Im Polizeigewahrsam hätte ein Ausnahmezustand geherrscht. Um Wiederholungen zu verhindern, wolle man bei der Rechtsanwaltskammer vorstellig werden.

Zu den Übergriffen in Kreuzberg schilderten die Betroffenen im einzelnen, daß seit Donnerstag 150 Verletzte von autonomen Sanitätern mehrfach behandelt werden mußten. Vielfach seien Kopfpiazzwunden, Nasenbeinbrüche und Gelenkbrüche registriert worden. In einem Fall befände sich ein Verletzter mit einer Hirnblutung im Krankenhaus. Alles in allem könne man sagen, daß sich das Sondereinsatzkommando (SEK) in Kreuzberg ausgetobt hätte und Übergriffe auf Sanitäter - wie im DDR-Fernsehen zu sehen - stattgefunden hätten. So wären etwa Heime zerschlagen,

einer Ärztin sei das linke Handgelenk gebrochen worden. Beobachter schilderten auch, wie auf dem Oranienplatz Sondereinsatzkommandos wahllos sich „ausgeprügelt“ hätten. Es sei „auf alles eingepöbelt“ worden, was auf der Straße gewesen sei. In dem Zusammenhang wurde von der Besetzung eines ganzen Stadtteils gesprochen. In einem Einzelfall sei ein Festgenommener um 1,45 Uhr beim Nachhausegehen in eine Wanne geschleift und dort von den Polizisten als „Ratte“ bezeichnet worden. Erst als er verzweifelt zugab, eine „Ratte“ zu sein, hörten die Polizisten mit den Schlägen auf. Außerdem teilten sie dem Verhafteten mit, er könne sich ja im Knast aufhängen. Ihm drohe ohnehin eine dreijährige Haftstrafe. Ein Freund des Verhafteten sei von sechs Polizisten „mit Spaß gefoltert“ worden. Das Ganze bezeichneten die Anwesenden als Verletzung des real existierenden Rechtsstaates. Bezirksstadtrat Orlowsky erklärte, wenn nur die Hälfte von dem stimme, was geschildert werde, so sei es die „doppelte Unerträglichkeit“. Für sich selber fügte er hinzu, daß der Leiter der Polizeidirektion 5, Ernst, während der U-Bahn-Blockade nicht zu sprechen gewesen sei, obwohl ganz Kreuzberg von einer Mauer aus Polizisten umgeben war. Orlowsky erneuerte die Forderungen nach Recht auf eine würdige Existenz, auf vernünftige Wohnungen zu vernünftigen Preisen, das Recht auf Berufsperspektive und auf das Recht, von der Polizei in Ruhe gelassen zu werden. Die bürgerlichen Freiheitsrechte müßten auch für die Bewohner von Kreuzberg einklagbar sein.

Ferner hieß es, daß auf dem Kurfürstendamm 250 Personen nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) verhaftet worden seien. In SO 36 wären es etwa 80 gewesen. Nach

Angaben der Innenverwaltung befänden sich noch neun Männer und eine Frau in Untersuchungshaft, sechs erhielten Haftverschonung. Darunter befänden sich auch junge Leute aus der Oranienstraße, die wegen „versuchten Totschlags“ festgenommen worden waren. Der Haftrichter sah die Beweislage dazu seitens der Staatsanwaltschaft als „ungenügend“ an. Verhaftete, so verlautete, wären gezwungen worden, sich in Pfützen zu legen. Einer hätte sich freischwebend mit beiden Händen an die Gitterstäbe der Polizeiwanne hängen müssen. Während des Kessels wäre es durch den starken Regen zu weiteren gesundheitlichen Beeinträchtigungen gekommen. Alles geschah, obwohl auf dem Tauentzien kein einziger Stein geflogen sei.

Die Grünen im BRD-Bundestag erklärten in Bonn, daß es sich alles in allem um eine von staatlicher Seite geschürte Eskalation handele. Sie hätte dem Ziel gedient, langfristig alle kritischen Elemente mundtot zu machen. Der Staat habe dabei in einmaliger Manier sein Gewaltmonopol demonstriert. Die Polizei habe sich nicht an vorgegebene Absprachen gehalten und sei provokatorisch gegen Demonstranten vorgegangen. Mit erniedrigenden Kontrollen sei die Demonstrationsfreiheit eingeschränkt worden: „Der Senat wollte Krawall und hat ihn gekriegt.“ Mit vollem Bewußtsein sei ein Polizeiwagen in die Demonstration hineingefahren. Scharf wurde auch die Presseberichterstattung kritisiert. Man habe sich im „DDR-Fernsehen darüber informieren müssen, was wirklich stattgefunden hat“, erklärten die Grünen ebenso wie der unabhängige Ermittlungsausschuss.

Zahlreiche Kreuzberger Gruppen - unter anderem die AL - fordern die Absage des Bezirksfestes in Kreuzberg am 27. Juni.



SPD fordert Gespräch mit den „Autonomen“ (Seite 11)

Betrifft: Artikel vom 17. Juni 1987 im Volksblatt
"SPD fordert Gespräche mit den Autonomen....."

Dazu stellen wir als Teil der Autonomen folgendes fest. Wir begrüßen es auf's schärfste, dass die SPD endlich die Autonomen als politisch relevante, revolutionäre Kraft erkannt hat. Die SPD ist systemtragende Kraft. Sie verrät die Arbeiterklasse. Sie dient dem Kapital.

Es gibt für uns mit dem Klassenfeind nur Gespräche über die konkrete Abwicklung der Erfüllung folgender Forderungen!

1.) Aufbau und Umstrukturierung aller gesellschaftlichen Bereiche nach dem Räteprinzip - im Kiez, in der Fabrik und in der Universität.

2.) Auflösung des Militär-, Justiz- und Bullenapparates.

Übergabe aller Waffen an die Volksmilizen über unsere Sammelstelle: Friesenwache.

3.) Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln.

Übernahme der Fabriken, des Landes und der Häuser durch das Volk.

Umstellung der Produktion auf umweltgerechte Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse.

Das Gleiche gilt für alle öffentlichen Bereiche: ihre Funktion und der Aufbau wird von den Räten nach den Bedürfnissen der Menschen bestimmt.

Die Medien: Film, Fernsehen, Radio und Presse werden sofort von den Räten übernommen. Der antikommunistische Hetzsender RIAS wird umbenannt in Radio im Autonomen Sektor.

4.) Übergabe des Vermögens aller Banken. Stichtag: Kontostand von gestern.

5.) Die kapitalistischen Kriegstreiber, Bonzen und Verbrecher werden von einem Volkstribunal zur Rechenschaft gezogen.

6.) Aushändigung der vollen Stadtkasse.

7.) Handel hier und weltweit nach dem Prinzip des gerechten Austauschs.

8.) Existenzgarantie für alle Menschen.
Sicherung der menschlichen Grundbedürfnisse, was heißt:

- Mietfrei wohnen
- Nulltarif für alle öffentlichen Einrichtungen, von der BVG bis zum Krankenhaus.
- garantiertes Mindesteinkommen für alle.

9.) Auflösung aller Heime, Anstalten und psychiatrischen Anstalten.

10.) Abschaffung aller patriarchalischen Herrschaftsstrukturen. Antifaschistische Erziehung zu freien, selbstbestimmten Menschen mit kollektivem Verantwortungsbewusstsein. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, dass alle fähig sind an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilzunehmen.

11.) Solidarische Zusammenarbeit mit revolutionären Befreiungsbewegungen.

12.) Freies Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge.

Sofortige Aufnahme der 14 zum Tode verurteilten chilenischen MIR-Gefangenen.

Freilassung aller politischen Gefangenen in der BRD.

Freies Geleit für sie in ein Land ihrer Wahl.

Wir fordern, dass dieses Schreiben über Zeitungen, Radio und Fernsehen veröffentlicht wird.

Wir gehen davon aus, dass das Gesprächsangebot der SPD nur zur Desorientierung und der Integration dienen soll.

Wir werden daher weiter mit allen Kräften für unsere Ziele kämpfen.

18.6.87 WESTDEUTSCHER AUTONOME

P.S. Interessierte Kreise aus TAZ, AL und ähnlichen Sumpfen, können sich über die Vorgänge an der Basis an den Litfassäulen informieren.

Grußwort

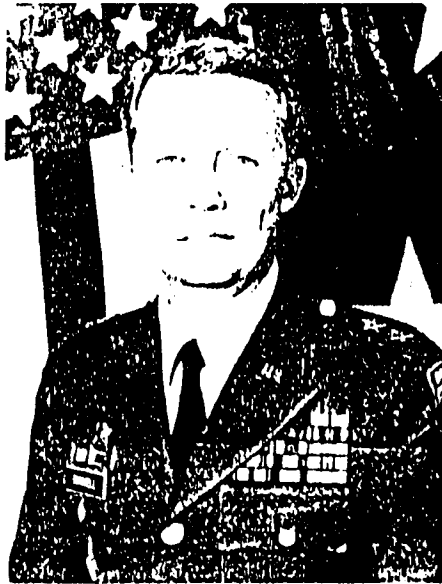
An die Autonomen

Generalmajor John H. Mitchell aus Anlaß des Reagan-Besuchs über Bündnisse und Randalie
Kommandant des Amerikanischen Sektors von Berlin

Mein Vorgänger, Col. Frank Leo Howley, traf in Berlin an der Spitze einer kleinen Einheit GI's am 1. Juli 1945 ein, mit dem Befehl, die Kontrolle über den amerikanischen Sektor der Stadt zu übernehmen. Angesichts eines besser ausgerüsteten und viel größeren sowjetischen Kontingents an Truppen, sah der Colonel sich gezwungen, hart durchzugreifen, damit seine Anordnungen durchgeführt wurden und wurde so zum ersten amerikanischen Stadtkommandanten. Meine eigene Ankunft 39 Jahre später war vermutlich einfacher, jedoch hat sich mein Auftrag, so wie ich es sehe, nicht wesentlich verändert.

Während dieser ersten Jahre demonstrierte Frank Howley wiederholte Male, daß die Amerikaner nicht hier sind, um Rache an Berlin zu üben, sondern um die Menschen zurück in die Weltfamilie der Nationen zu führen und um Frieden und Wachstum erneut in Deutschland einzuführen. Diese Grundprinzipien der amerikanischen Verpflichtung an Berlin sind heutzutage noch gültig.

Obwohl ich Berufsoffizier bin, erfordern es meine offiziellen Aufgaben in Berlin, daß ich auch als Diplomat tätig bin. In dieser Eigenschaft habe ich sehr viel gelernt,



während ich mit Männern wie unserem Botschafter Richard Burt und dem amerikanischen Gesandten in Berlin, Mr. John Kornblum, an der US Mission zusammengearbeitet habe. Ich habe erlebt, wie Männer und Frauen sowohl vom State Department als auch vom Militär viel Zeit und Energie eingesetzt haben, um die Partnerschaft zwischen den Berlinern und den Amerikanern auf allen Ebenen zu vertiefen. Selbst solche tragischen Ereignisse wie die kriminelle Bom-

benlegung in der Diskothek La Belle diente der Betonung der noblen Grundsätze und des vereinigten Gedankens unserer beiden Völker. In der Nachwirkung dieses feigen Anschlags arbeiteten amerikanische Krankenhäuser und Personal an der Seite ihrer Berliner Kollegen, während eine außerordentliche Welle an Sympathie und Hilfsangeboten den guten Willen der Menschen dieser Stadt demonstriert haben.

Auf einer anderen Ebene haben Ereignisse während meiner Zeit als amerikanischer Stadtkommandant Berlins Ansehen verstärkt, als Barometer der Ost-West-Beziehungen zu gelten. Der Mord an Major Arthur Nicholson und der Austausch von Gefangenen an der Glienicker Brücke haben unsere Stadt in die Schlagzeilen der Welt und an des Messers Schneide von wichtigen internationalen Entwicklungen gebracht.

Dennoch wird eine andere Qualität dieser faszinierenden Stadt reflektiert durch den Grad der Normalität, hier inmitten solch ungewöhnlicher Umgebung. Unsere freien Wahlen und offenen politischen Diskussionen verstärken weiterhin den demokratischen Prozeß. Handel und wirtschaftli-

ches Leben blühen weiterhin in dieser isolierten Stadt, die immer noch eines der größten Bankzentren Europas darstellt. Kulturelles Leben wächst ebenfalls, während Berlin jährlich der Position einer führenden Weltstadt für Kultur näherkommt. Die diesjährige 750-Jahr-Feier wird die Aufmerksamkeit auf die Geschichte unserer einzigartigen Stadt lenken.

Diese Jubiläumsfeiern sind wirklich der Höhepunkt von glänzenden Aufgeboten von sozialen und kulturellen Ereignissen, die meine Familie und ich als Mitglieder der Berlin-Amerikanischen Gemeinde bisher sehr genossen haben. Diese Ereignisse haben es mir erlaubt, die Übereitschwindigkeit und die Bereitwilligkeit zu sehen, mit der neue Ideen akzeptiert werden, die unsere beiden Völker verbinden.

Unsere gemeinsame „frontier“-Mentalität wurde sehr offensichtlich an diesem Vorposten der Freiheit. Ich habe erlebt, wie wortwörtlich Millionen von Berlinern in unseren amerikanischen „Garten“ kommen, um am amerikanischen Volksfest und am Tempelhofer „Tag der offenen Tür“ ihren Spaß zu haben, deren jeweilige Themen einen Teil amerikanischen Lebens den Berlinern nähergebracht haben und so unser gemeinsames Erbe reflektierten. Deshalb ist es sehr passend, daß dieses Jahr „America Salutes Berlin“ das Leitthema ist. Wir hoffen, daß die Darstellung und Information von über 20 amerikanischen Städten, die Berlin in ihrem Namen tragen, helfen, weiterhin die engen Verbindungen zu illustrieren.

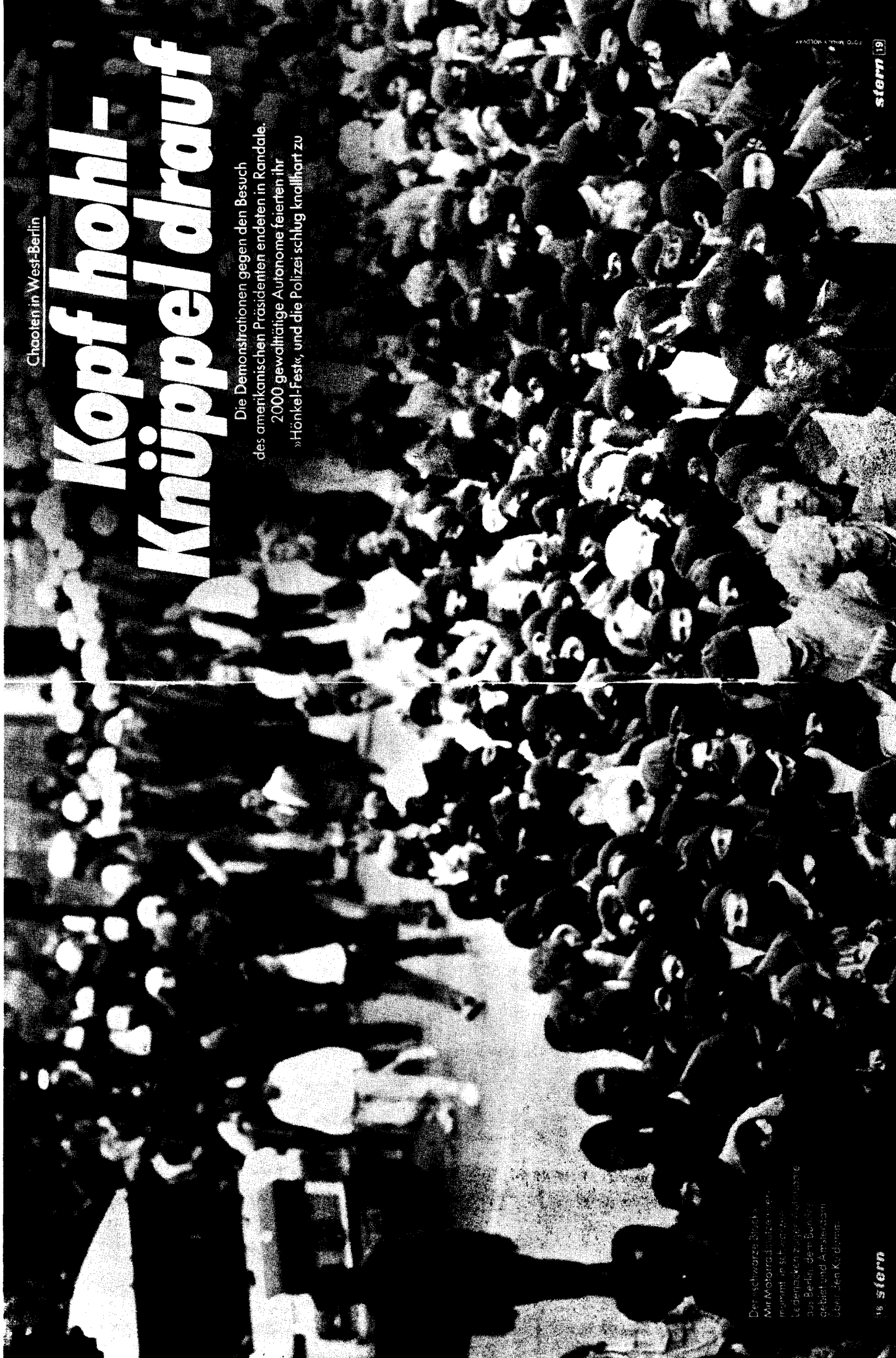
Es kann keinen Vergleich geben zu meinen früheren Aufgabengebieten und meiner Pflicht hier in Berlin. Sowohl für mich als auch für meine Familie ist Berlin zu einem aufregenden und erfüllenden Teil meiner Karriere geworden. Ich persönlich bin sehr stolz und fühle mich sehr geehrt, einen Teil in der Geschichte dieser großartigen Stadt gespielt zu haben. Unabhängig davon, was die Zukunft durch Veränderungen der politischen Zukunft Berlins geben wird, bin ich überzeugt davon, daß das amerikanische Merkmal unauslöschbar in den Charakter dieser Stadt eingepreßt ist. Umgekehrt ist für mich das Gegenteil ebenfalls der Fall: Berlin ist jetzt ein lebhafter und andauernder Teil von mir.

Chooten in West-Berlin

Kopf hohl- Knüppel drauf

Die Demonstrationen gegen den Besuch
des amerikanischen Präsidenten endeten in Randalen.
2000 gewalttätige Autonome feierten ihr
»Hönkel-Fest«, und die Polizei schlug knallhart zu

Der schwarze Block
Mit Molotowcocktails ver-
müht in schwarzem
Ledernackenzug, Kollane
aus Berlin, dem Bundes-
gebiet und Amsterdam
über den Kölden.





BERLINER BAN

Berlin, Tauentzienstraße:
Aus dem schwarzen Blocke
sind Steine geflogen, da
kommt das Kommando:
«Kriepel freil! Wohlles
schlagen! Polizisten auf fried-
liche Demonstrationen,
Passanten und Pressefoto-
graphen ein. An die Auto-
normen treuen sich die Beamten
nur zögernd heran

Als die Ordnungshüter in Aktion traten, begann das Chaos



Ronald Reagan hatte seine Berlin-Visite längst beendet, da gab es in der Nacht zum Samstag in Kreuzberg noch ver- einen Vermunnten bei den Hooren — ging mit großer Härte vor und schob sogar Tränengas, granaten in Hausflure und durch Wohnungsfenster

**Kreuzberger
Nächte
sind krank**

»Scheiß auf die Rumkugel, her mit der ganzen Bäckerei«

Nach diesem Motto aus einem Chaoten-Flugblatt haben Maskierte die Scheiben eines Getränkemarktes an der Kleiststraße zerrümmert und räumen nun die Regale aus

Die Schulkinder hatten frei, die Postboten brauchten keine Briefe auszutragen, die Müllkutscher die überquellenden Abfalltonnen nicht zu leeren. Die Banken und die meisten Läden hatten geschlossen, in den Fabriken standen Räder und Fließbänder still. Über eine Million Berliner waren auf den Beinen, drängten sich zwischen flaggengeschmückten Häusern, standen dicht an dicht vor dem Schöneberger Rathaus: Ein leibhaftiger Präsident der Vereinigten Staaten war gekommen, der immerwährenden Schutz für die isolierte Stadt versprach und auf deutsch das Bekenntnis ablegte: »Ich bin ein Berliner.«

Man schrieb den 26. Juni 1963, und der Präsident war John F. Kennedy, der später einem Attentat zum Opfer fiel. Keinem Berliner wäre es damals eingefallen, gegen den Besuch der Schutzmacht zu demonstrieren.

10 000 Polizisten säumten die Straßen, der Gast fuhr in einer gepanzerten Limousine durch die Stadt. Hubschrauber kreisten über der Szene. Die Hausfrauen standen vor den Kassen der Supermärkte Schlange, ihre Männer schraubten bei BMW in Spandau Motorräder zusammen oder rechneten bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte am Fehrbelliner Platz Renten per Computer aus. In den Cafés am Kurfürstendamm saßen die Touristen. Wieder war, am Freitag vergangener Woche, ein Präsident der Vereinigten Staaten in der Stadt, auch er bemühte sich, vor handverlesenen Gästen, um deutsche Worte: »Ich hab' noch einen Koffer in Berlin.«

Der Mann heißt Ronald Reagan, und sein Besuch war von heftigen Demonstrationen begleitet. 140 Organisationen, von der Grünen Alternativen Liste über das Kindertheater »Rote Grütze« bis zum »Lesbenstrich«, sahen in ihm einen Mann, der »die gesamte Menschheit bedroht« (Flugblatt-Text).

40 000 Protestler waren schon einen Tag vor der Ankunft des Präsidenten über den Kurfürstendamm gezogen. Sambagruppen spielten, eine nur mit einem Tangahöschen bekleidete Schwuchtel balancierte, mit US-Fähnchen gespickt, auf einem Einrad hoch über der Menge.

Da johlten sogar die Demonstranten aus dem »schwarzen Block« der Autonomen. Keine

andere Gruppe des Zuges fiel derart durch uniforme Kleidung auf: schwarze Motorradmütze auf dem Kopf, die einen schmalen Schlitz für die Augen offenließ, schwarze Handschuhe, schwarze Lederjacke, darunter ein schwarzes T-Shirt, schwarze Jeans, oft mit einem Reiß in Höhe des Knies und Lederflicken an Oberschenkel oder Hintern, schwarze Schuhe.

In Zehnerreihen untergehakt marschierte die düstere Gesellschaft im Zuge mit, seitlich durch Ketten, Taut- oder Holzlaten abgegrenzt. Die Taschen der Lederjacken waren oft verdächtig ausgebeult: Schon zu Beginn der Demo hätten die Autonomen Pflastersteine ausgegraben und die »Argumente« in den Taschen verschwinden lassen. Doch richtig legten die Schwarzvermummten erst los, als die Demonstration schon fast zu Ende war. Ein Steinhaapel prasselte gegen die riesigen Fensterscheiben des Kaufhaus des Westens (KaDeWe), des größten und feinsten Konsumtempels des Kontinents.

Beinahe wäre die Provokation ins Leere gelaufen: Die Polizisten, die zum Schutz des Kaufhauses aufgezogen waren, verhielten sich besonnen, schützten sich nur mit ihren Plexiglasschildern gegen die Wurfgeschosse. Die Autonomen waren schon fast vorbei, da drehte ein Polizeiführer auf der gegenüberliegenden Straßenseite durch. Er befahl »Knüppel frei«, und seine Mannen stürzten sich auf alles, was in der Nähe war. Zuschauer und Mitläufer wurden verprügelt, Journalisten und Fotografen mit Gewalt zur Seite gedrängt. Nur an die deutlich an ihrer Kleidung erkennbaren Autonomen trauten sich die Beamten nicht recht heran.

Die Randalie begann. Friedliche Demonstranten sahen sich plötzlich von knüppelschwingenden Polizisten umringt, die Autonomen dagegen zerstreuten sich in kleine Gruppen, warfen in der Kleiststraße reihenweise Schaufensterscheiben ein, plünderten eine Getränkehandlung, zündeten auf dem Winterfeldplatz einen Lieferwagen an und errichteten Barrikaden aus umgestürzten Bauwägen.

Die Polizei scheuchte ihre Einsatzkommandos planlos durch die Stadt. Ganze Hundertschaften jagten hinter einzelnen Demonstranten her und schlugen vor der Festnahme mit Knüppeln auf sie ein. Bilanz der Nacht: 77 Festnahmen, einige hunderttausend Mark Sachschaden.

Ganz hatten die Autonomen ihr Ziel damit allerdings nicht erreicht. Ihr Traum war, die Schlacht vom 1. Mai in Kreuzberg zu wiederholen, bei der Dutzende von Geschäften geplündert und ein Supermarkt angezündet worden waren, ohne daß die Polizei eingriff.

Um das »Modell Kreuzberg« auf ganz Berlin (West) auszudehnen, hatten die Schwarzen per Flugblatt zum größten »Hönkel-Rausch« eingeladen: »Die Hönkel laden die Rebellinnen. Chaoten, Pyromanen... Gelegenheitsdiebe und Plünderinnen... ein.« Hönkel sind »Büchsenöffner im Supermarkt des Lebens«, die »der Stadt den Geschmack von Freiheit und Abenteuer auf die Straße brennen« wollen. Mit wenig gibt sich ein Hönkel nicht zufrieden:

»Scheiß auf die Rumkugel, her mit der ganzen Bäckerei.«

Nur, was zum Teufel, ist ein Hönkel? Der alternativen »tageszeitung« fielen in nicht ganz ernstgemeinten Interpretationsversuchen das südhessische »Hünkel« ein, das Brathähnchen bedeuten soll, oder die Hinkelsteine des starken Galliers Obelix. Naheliegender ist auch eine Deutung, die auf einem Transparent in der Kreuzberger Manteuffelstraße zu lesen war: »Ob Hönkel oder trocken, wir werden uns schon kloppen.«

Zum großen Hönkelfest hatten die etwa 300 Berliner Autonomen Verstärkung von außerhalb bekommen. Aus Hamburg und Göttingen, aus Freiburg und München und sogar aus Amsterdam waren Gesinnungsgenossen angereist und hatten den Demonstrationsblock auf 2000 Schwarzvermummte anwachsen lassen. Nie zuvor in der Bundesrepublik waren so viele Autonome auf einem Haufen zusammengekommen.

Eine sonderbare Truppe ist es schon, die sich da unter rot-schwarzen Fahnen zusammenfindet. Sie nennen sich »Sägende Zellen« oder »Revolutionäre Heimwerker«, »Rote Zora« oder »Bezugsgruppe Tote Leitung«, »Hau weg den Scheiß« oder »Feurige Ratten«, und sogar eine »Panostriessische Befreiungsfront (Deichguerilla)« hat sich schon zu Wort gemeldet.

»Ich schmeiße die Steine nicht wegen der Bullen. Ich schmeiße die Steine wegen mir«

Die Entstehungsgeschichte reicht zurück bis in die Anti-AKW-Bewegung Mitte der siebziger Jahre. Ihre Zielsetzung wurde bei einem »Arbeitsstreifen norddeutscher Bürgerinitiativen« im Juli 1977 deutlich. Da traten Redner auf, die sich »Autonome« nannten und Überlegungen anstellten »hinsichtlich aktiver Sabotagehandlungen gegen kerntechnische Anlagen, insbesondere gegen Strommasten«.

Vorerst blieb es bei Denkmotellen. An vorderster Front waren die Autonomen dagegen zu finden, wenn es in Brokdorf oder Grohnde, später an der Frankfurter Startbahn West oder in Wackersdorf um konkrete Aktionen gegen Bauzäune ging. Auch auf Gewaltfreiheit bedachte Bürgerinitiativen billigten das Vorgehen freudig mit dem Satz: »Jede Gruppe kann die ihr adäquaten Widerstandsformen selbst wählen.«

Irgendwann zu Beginn der 80er Jahre müssen sich die Autonomen auf ihre früheren Überlegungen besonnen haben. 1981 jedenfalls registrierte das Bundeskriminalamt (»Da haben wir erst zu zählen begonnen«) drei Anschläge auf Strommasten. Ein Jahr später waren es fünf, 1985 schon elf Anschläge. 1986, im Jahr von Tschernobyl, explodierte die Zahl geradezu: 163 Aktionen registrierte das BKA. Autonome mischen auch in der Hamburger Hafenstraße mit, wo sich Jugendliche gegen die Räumung selbstverwalteter Häuser wehren, sie verüben immer öfter Sabotageakte gegen Computerzentren und die Bundesbahn und sind verantwortlich für die meisten Angriffe auf die Volkszäh-

ler. Solche Aktionen, stellte der Bonner Innenstaatssekretär Hans Neusel fest, breiten sich längst »buschfeuerartig durch die ganze Republik« aus.

Mit der Häufigkeit der Anschläge ist offenbar die Zahl der Anhänger gewachsen. Autonome Gruppen hat das Bundesamt für Verfassungsschutz erstmals in seinem Jahresbericht für 1981 genannt. 1985 zählte die Behörde unter der Rubrik »Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre« schon 2800 Aktivistinnen und 6000 mobilisierbare Anhänger.

Autonome wollen eine »herrschaftsfreie Gesellschaft« ohne Hierarchien und vor allem ohne »Führerprinzip«. Ihre Träume sind eher schlicht gestrickt und frei von theoretischer Befrachtung. So stellen sie sich ihre »bessere Gesellschaft« vor als frei von »menschenfeindlicher Technologie« wie Computer oder Atomkraft. Und natürlich sind sie gegen Bundeswehr und Nato.

Auch mit der RAF haben sie nicht viel im Sinn, denn: »Es hat keinen Zweck, uns militärische Befehlsstrukturen zu unterscheiden.« In der Zeitschrift »Wiener« erklärte unlängst ein Kreuzberger Autonome: »Die RAF kommt als kommandomäßig durchorganisierte Gruppe für mich nicht in Frage. Dann halte ich es im Moment für sinnvoller, Widerstand gegen Sachwerte zu leisten: Bankfilialen kleinzumachen, Kaufhäuser kleinzumachen. Ausländerpolizeibüros kleinzumachen.«

Die Autonomen bevorzugen das »Lustprinzip«. In der »taz« wird eine Anhängerin zitiert: »Ich schmeiße die Steine nicht wegen der Bullen. Ich schmeiße die Steine wegen mir.« Und das »Hönkel«-Flugblatt fordert eine »Kampfform und Lust«, die »Gemüter wecken, den Alltag erotisieren« sollen.

Das Lustprinzip macht die Schwarzuniformierten zumindest unberechenbar. Am Tag des Reagan-Besuchs nämlich, für den die Polizei die schwersten Krawalle befürchtet hatte, tauchten die in West-Berlin versammelten 2000 Autonomen einfach nicht auf. Als überflüssig erwies sich, daß die Berliner Verkehrsbetriebe auf Anweisung des Se-

nats U-Bahn- und Busverkehr von und nach Kreuzberg für Stunden eingestellt hatten und die Polizei Autofahrer schikanierte, indem sie ganze Straßenzüge ohne Begründung sperrte.

Während Ronald Reagan am Brandenburger Tor vor einer blauen Wand mit großer Glasscheibe zum freien Durchblick auf die Mauer medienwirksam seine Deutschstunde abhielt, gab es nur ein paar hundert »normale« Demonstranten als Objekte polizeilichen Eingreifens.

Nachdem gleich alle drei angemeldeten Kundgebungen wegen Verdachts auf Ausschreitungen verboten worden waren, zogen sie als verlorenes Häufchen zwischen shoppenden Berlinern und kaffeetrinkenden Touristen über den Ku'damm – flankiert von diversen Hundertschaften Polizei.

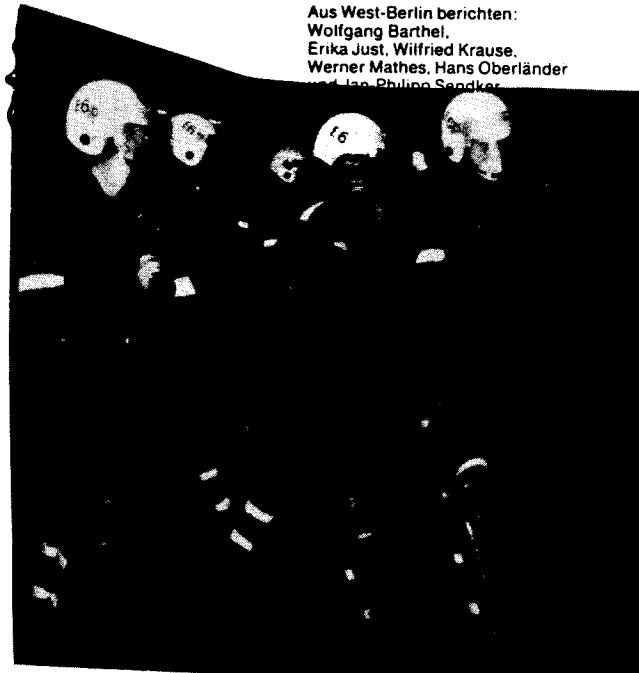
Am Nachmittag, Reagan feierte mittlerweile mit Landsleuten und deutscher Politprominenz im Flughafen Tempelhof den Geburtstag der 750 Jahre alten Dame Berlin, besann sich die Polizei auf das Demo-Verbot und kesselte die Protestler ein. Nachdem das zwei Stunden gedauert hatte, erinnerten sich die rund 300 eingeschlossenen zwangsläufig an den Hamburger Kessel. Dort waren nach einer Demonstration gegen das Atomkraftwerk Brokdorf im Juni vergangenen Jahres 800 Protestler bis zu 15 Stunden von der Polizei festgehalten worden – sogar der Gang zur Toilette war ihnen verwehrt worden.

Ganz so arg mochte es die Berliner Polizei nun doch nicht treiben, schließlich gibt es inzwischen Gerichtsurteile, die derart langes Festhalten als rechtswidrig gewertet haben. Nach sechs Stunden konnten die letzten Demonstranten gehen. Personalien angeben, sich auf Waffen durchsuchen und fotografieren lassen.

Da hatte der Präsident längst die Demonstration deutsch-amerikanischer Freundschaft aufgelöst und war via Bonn nach Hause geflogen.

Stunden danach gab es in Kreuzberg wieder Rabatzt. Die Polizei schlug in der Nacht auf Samstag wahllos auf randalierenden Autonome, unbeteiligte Passanten und Pressefotografen ein, schoß beim Großeinsatz sogar Tränengasgranaten in Hausflur und Wohnungen. Im Bademantel mußten Kreuzberger auf die Straße fliehen.

Aus West-Berlin berichten: Wolfgang Barthel, Erika Just, Wilfried Krause, Werner Mathes, Hans Oberländer und Jan Philipp Sankter



Der „Kiez“, der kein Getto werden will

Viele im Berliner Stadtteil Kreuzberg fühlen sich abgedrängt und abgehängt

Von Hans-Helmut Kohl (z. Z. Berlin)

Punker, Polizisten und viele Touristen

Kreuzbergs Südstos in diesen Tagen: Sprüche und merkwürdige Dreiecke an den Wänden *17.6.83*

Einen touristischen Boom erlebt in diesen Tagen der Stadtteil Kreuzberg SO 36. Zwar wurde aus dem Rathaus gerade die bezaubernde Jubelfeier zum Stadtjubiläum abgesagt, über manchen Zuspruch kann sich der Kiez dennoch nicht beklagen. Die anhaltenden Krawalle locken momentan Scharen von Schaustellern aus Berlin und Westdeutschland an. Die Besuchermassen bieten einen relativen Schutz vor unliebsamen Belästigungen mit denjenigen, die sich etwa durch das touristische Treiben gestört fühlen. Wohlgekannt: bei Tageslicht. Des Nachts sind dagegen alle Katzen grau. Will sagen, daß auch Unbeteiligte nach Sonnenuntergang leicht in den „Bereich politischer Maßnahmen“ geraten können. Und das kann schmerzhaft werden.

Man erreicht den Kreuzbergschen „Lech“-Kollegen am besten am besten mit den U-Bahn-Linien I und B — wenn sie nicht gerade aus Sicherheitsgründen stillgelegt sind. Vom Kolttbusser Tor, das wie

Spaziergang am Feiertag

üblich von biertrinkenden Punkern und einer Polizeiwache zur Bewachung belangt, gehen wir zunächst ein Stück der Adalbertstraße entlang, um dann links in die Oranienstraße einzubiegen.

Die Straße mit ihrer Mischung aus deutschen und türkischen Läden bietet ein malerisches Bild. Man muß schon genau hinschauen, will man noch Spuren der Auseinandersetzungen der letzten Zeit entdecken: Hier und da eine neue Parole an einer Hauswand. Auffällig sind die mit roter Farbe aufgespritzten Dreiecke und Quadrate an manchen Hausquadern. Sie sind nicht etwa die Überbleibsel einer Schampusparty, sondern Nachrichten zufolge von der Berliner Polizei zur eigenen und zur Orientierung ihrer westdeut-



Polizeinsatz wie dieser am 1. Mai auf dem Lausitzer Platz gehören auch in Kreuzberg eher zur Ausnahme. (Foto: Toni Nemes)

weiter: Heute ist keine Randalangeseht. Durch die Ansammlung miträuscher Gesichter — hier ist jeder Fremde ein potentieller „Zivi“ (Polizist in Zivil) — gehen wir zurück Richtung Kolttbusser Tor. Es dämmert langsam und immer häufiger ist das charakteristische nieder-tourige Tuckern der Mercedes-Diesels zu hören, das sich langsam von hinten nähert. Auch wenn man nicht in autonomes Leder gekleidet ist, sollte man sich tunlichst nicht umblicken, sondern unbelangend weitergehen.

Langsam fahren die „Wannen“ — immer mindestens zwei — vorbei. Straßenpassanten werden aus verpöhlerten Seitenfenstern von schleimigen, sichtbaren Augenpaaren bequatscht. Manchmal gibt es einen mehr oder weniger treffenden Kommentar aus dem Wageninnern oder, bei Frauen, ein anerkennendes Pfeifen. Entspricht man hingegen nach Kleidung, Alter oder Mimik der Vorstellung der Polizeibeamten, besteht auch die Möglichkeit, daß die Wagenhalter und gleich mehrere Kampfanzug-Träger absitzen: Personen- und Taschenkontrollen.

Inzwischen ist es fast dunkel geworden. Straßenlaternen werfen ein fahles Licht auf die Szenerie. Jetzt sollte man SO 36 hinter sich und den Kiez wieder der Polizei und den Kreuzbergern überlassen. Denn nachts sind alle Katzen grau. MANFRED A. KOTZ

Rechts ein Stück entlang an der Mauer kommen wir zum „Kinderbathof am Mauerplatz“, der vor ein paar Monaten nach einer Polizeiräumung einen Teil seines Geländes abtreten mußte. Wasserplätzen auf den inzwischen gegossenen Betonfundamenten der neuen Holz-Kila spiegeln den Bauzustand und einen Streifenwahn, dessen Besatzung sich die Zeit mit Kartenspielen verleiht. Die Lage ist ruhig. Den Mariannenplatz links liegend lassend gelangen wir über die Mariannenstraße zum

mit den großkalibrigen Abschlußgeräten läßt sich nur schwer zöhlen. Der Oranienplatz ist heute fest in der Hand strickender linksischer Mütter. Nur hier und da einige jüngere Deutsche, die sich auf dem etwas kahlen Rasen tummeln. „Chaos rein“ ist auf die eine Seite des Segels der neuen Aedon-Harte gesprochen, die sich leicht im Wind bewegt. „Bullen raus“ ist auf der anderen Seite zu lesen. Von beiden Menschenheiten ist zu dieser Stunde kaum ein Exemplar zu sehen.

Übergriffe der Polizei gegen Journalisten des SFB

CDU im Rundfunkrat: Hörfunk „vergiftete die Atmosphäre“

Eine Stadt hört auf zu sprechen

Anti-Reagan-Demo, Steine und Polizeiknüppel, Blockaden in Kreuzberg, ein Innensenator, der den Rechtsstaat ad acta gelegt hat und die Sprachlosigkeit der Linken und Liberalen / Berlin danach — eine Zustandsbeschreibung

(FZ 11.6.77)

Von Klaus Hartung

Aus Berlin kamen in den letzten Jahrzehnten viele radikale Parolen: Außerparlamentarische Opposition, vom Protest zum Widerstand, die Rote Armee aufbauen. Jetzt, zum zwanzigsten Jahrestag der Studentenrevolte ist eine neue Formel aus Berlin blitzschnell durch osmotischen Druck durch die Republik gegangen. Damals fragte die Bundesrepublik, was wollen die Studenten, jetzt fragt niemand, was wollen die Autonomen, sondern alle Welt will wissen: was ist „Hönkel“. Die Ereignisse, die die Karriere dieses Wortes, dieser Urwaldrommel der Anarchie, dieses dadaistischen Anti-Protest-Protestes bewirkten, sind bekannt: Anti-Reagan-Demonstration letzte Woche; der Berliner Innensenator Kewenig prözt mit dem Polizeiaufgebot; nach den zerstörten Schaufensterscheiben in der Innenstadt treiben 10.000 Polizisten die Demonstranten in Wellen auf Kreuzberg zu; eine Kette von Barrikaden, Schlägereien bis in die Morgenstunden hinein. Nächster Tag, Freitag, Reagan-Besuch: der größte Berliner Bezirk, Kreuzberg, wird überfallartig umzingelt und durch die Polizei für Stunden von der Stadt abgetrennt, der Rechtsstaat wird prophylaktisch aufgehoben. Außerdem gibt es natürlich auch Straßenkämpfe.

Lager

Zwei Klarstellungen am Anfang, um die Fragestellung zu präzisieren. — Erstens: es ist verschiedenlich und nicht nur von der Seite der Rechten gesagt worden, daß die Reagan-Demonstration nur ein Anlaß zur Randalen gewesen sei. Es wäre eine unnötige Geschichtsklitterung, dies zu leugnen. Daß zum Reagan-Besuch etwas passieren mußte, stand fest, wurde beschworen und erwartet. Niemand erzähle, in spontaner Wut sei zu Steinen gegriffen worden. Es ist dabei keine Frage, daß Reagan selbst — und nicht so sehr die tatsächliche Politik seiner Administration im gegenwärtigen Augenblick — auch ein wirklicher Anlaß war. Reagan ist schließlich der Alptraum einer Generation und die Angst aller anderen. Sein Auftritt in der Geschichte hat bis in den privaten Alltag hinein den Weltuntergang gegenwärtig gemacht. Seine Version von Gesellschaft, die „Reasononics“, d.h. die Installation der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“, hat auch hierzulande bis hinunter zum Verhalten des letzten Angestellten im Sozialamt durchgeföhrt. Außerdem: Reagans Figur war Symbol für jahrelange Ohnmacht der Vernunft trotz aller Friedensbewegungen, für jahrelange demütigende Aussichtslosigkeit aller Proteste.

Zweite Klarstellung: Dieser Innensenator Kewenig hat, wie noch keiner seiner Amtsvorgänger, nicht nur Rechtsstaatlichkeit verletzt, sondern selbige buchstäblich zu den Akten gelegt. Als Herr von 10.000 Polizisten hat er eine Politik des besetzten Landes betrieben. Die Rücktrittsforderung ist die logische Konsequenz. Aber

der springende Punkt ist, daß es nur die logische Konsequenz ist, denn real stellt sich keine Situation her, in der der Rücktritt Kewenigs tatsächlich zur Debatte steht.

Mit anderen Worten: es geht nicht darum, welche Gewalt den Polizei-Einsatz und welcher Polizei-Einsatz die Gewalt rechtfertigt. Es geht nicht darum, die Inszenierung des Ausnahmezustands zu brandmarken, das heißt nur, zu entlarven, was offen zu Tage liegt. Nicht die Lust auf den Notstand, nicht die Mißachtung elementarer Rechte läßt erschrecken, sondern die Apathie aller sonstigen gesellschaftlichen und politischen Vermittlungsinstanzen. Berlin scheint nach diesem Wochenende einen Zustand zu akzeptieren, in dem sich Lager gegenüberstehen, in dem staatliche Organe als Lager von Bewaffneten angesehen werden. Und dieser Zustand sollte beschrieben werden.

Tod der Opposition

Sprachlosigkeit bei Linken und Liberalen. Schon vor der Anti-Reagan-Demonstration hat es keine breite Auseinandersetzung um die aktuelle US-Politik gegeben. Auf der Demonstration dann die längst bekannten Parolen-Graffiti. Die Veranstalter, vom DGB bis zur AL, lösten die Kundgebung sang- und klanglos auf, als am KaDeWe, kurz vor dem geplanten Kundgebungsort, das Steinewerfen und das Zuschlagen der Polizei erster wurden. Aber sie hatten ja schließlich eine

politische Verantwortung, nicht für das Steinewerfen, aber dafür, was sie sagen wollten. Doch sie wollten weder intervenieren noch sich durchsetzen, weder befrieden noch zum Kampf aufrufen. Eine Flucht der politischen Sprache vor dem Bürgerkrieg von oben!

Am Freitag wird ein ganzer Stadtteil von dem Innensenator zum provisorischen Stadion ausgewählt — Über Stunden, obwohl Leute zum Arzt müssen, Kinder aus der Schule kommen, Arbeits-schluß ist. Der Senat zwingt die Berliner Verkehrsbetriebe zur Länge, daß wegen einer Betriebsstörung keine U-Bahnen und Busse fahren, und der SFB sagt diese Länge kontinuierlich durch. Aber kein schockierter SFB-Intendant protestiert empört, daß ein öffentlich-rechtlicher Sender nicht dazu herhalten darf, die Bevölkerung zu desinformieren, zu verarschen. Keinerlei Gefühl mehr in der Teil-Stadt, daß hier totalitäre Verhältnisse inszeniert werden, die „drüben“ so gar nicht mehr möglich sind.

Und die Opposition in dieser Stadt? Keine SPD-Abgeordneten versuchen den Durchgang durch die Polizeisperren zu erzwingen. Nein, sie sind offenbar beiden Pri-

Rücktritt von Innensenator Kewenig. Da aber nach der Berliner Verfassung eine Rücktrittsforderung als Mißtrauensvotum mit namentlicher Abstimmung behandelt wird, wird die CDU/FDP Koalition in Treue fest bleiben. Die SPD appelliert deswegen an den Regierenden Bürgermeister, Kewenig zu entlassen. Erfolg werden

beide nicht haben. Und sie wissen es. Nicht die Stunde der Opposition hat geschlagen, sondern nun geht es in der Tagesordnung der 750-Jahrfeier weiter.

Der Instinkt für die politische Situation ist verschwunden: Was an diesem Wochenende passiert ist, hat doch nichts mehr mit dem Clinch von Steinewerfen und Polizeiknüppel zu tun, sondern damit, daß sich beide Parteien in einem politisch leeren Raum bewegen. Natürlich hat jetzt die Linke den Polizeistaat vor Augen, den sie längst schon im Kopfe hatte; und die Polizei kann auf die Linke einschlagen, auf die sie sich längst schon eingestellt hatte. Aber damit zielt sich die politische Situation nicht zu, sondern die Politik verschwindet. Was läuft, ist vielmehr etwas anderes, viel Bedrohlicheres: die Dekomposition Berlins. Der Stadtteil Kreuzberg wird

abgeschrieben, wird aus einem Ort sozialpolitischer und städtebaulicher Strategien zum Ort politischer Strategien gemacht. Das heißt: es wird um den kulturell produktivsten, widersprüchlichsten und lebendigsten Bezirk eine politische Mauer gezogen, er wird zum Hort von „Anti-Berlinern“ erklärt. Anfang vom Ende der gesamten Stadt im Kältetod.

Soziologismus

Nach der Bürgerkriegsnacht am 1. Mai in Kreuzberg beeilten sich die Parteien von Links bis Rechts, auf die „sozialen Ursachen“ hinzuweisen, so als ob der Supermarkt „Bolle“ deswegen geplündert wurde, weil in Kreuzberg der Hungertod grassiert. In Wahrheit war das natürlich eine Flucht in den Soziologismus, ein Verzicht, über den Zustand der ganzen Stadt zu reden, für den Kreuzberg ein Symptom darstellt. Der Regierende Bürgermeister versuchte noch die nächtlichen Bürgerkrieger als „Anti-Berliner“ zu denunzieren, zunächst ohne Erfolg — zu tief saß der Schreck über das brandschatzende Volk. Jetzt aber spricht Matthes, Chefkommentator des „Tagesspiegel“ und Doyen der Berliner Liberalität, ganz selbstverständlich von „Anti-Berlinern“. Aber in einer Gesellschaft, die sich in Deutsche und Anti-Deutsche, in Berliner und Anti-Berliner aufteilt, stehen entweder Revolution oder Konzentrationslager an. Oder sie ist politisch-gesellschaftlich am Nullpunkt angelangt, am Ende demokratischer Zivilisation.

Das hat natürlich seine Vorgeschichte: Einmal die stille, aber totale Niederlage der Opposition im letzten Jahr. Der Senat, als politischer Ausdruck von Baukriminalität und Prostitution bloßgelegt, war reif zum Sturz. Aber die einzige wirksame Opposition war die Staatsanwaltschaft — innerhalb ihrer natürlichen Grenzen. Wenn die Schwächung einer Regierung nicht das Erstarken der Opposition provoziert, dann hört Politik auf. Hinzukommt, daß AL und SPD sich selbst zu Serviceorganisationen ihrer Stammwähler verstümmeln. Es gibt keine Perspektive der Macht ablösung bei beiden Parteien. Alleine können sie nicht

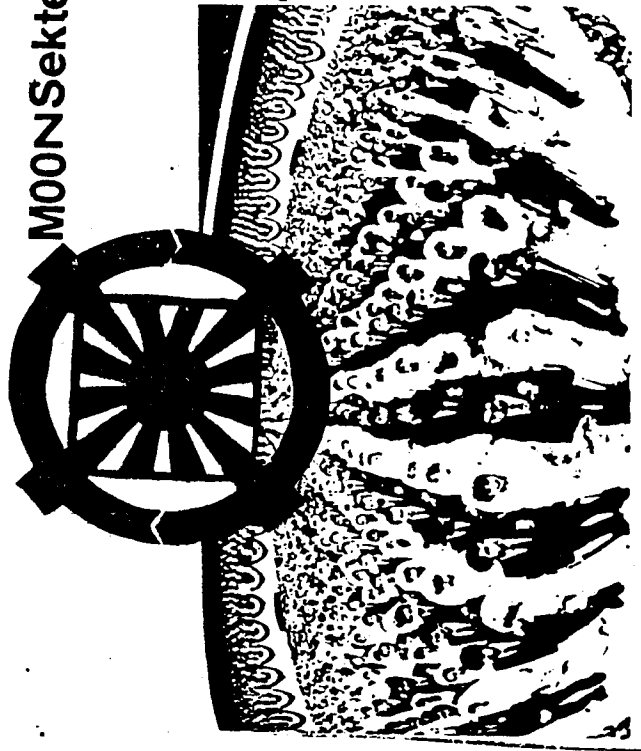
gewinnen, aber zusammengehen wollen sie um keinen Preis. Jetzt zeigt sich, daß die politische Sphäre nicht mehr existiert, die linke Öffentlichkeit nicht einmal dann sich herstellt, wenn sie direkt gefordert ist. Die einzig dauerhaft verneinende Kraft sind die Autonomen. Da der Berliner Ist-Zustand, die geduldete Subventionsinsel, keine Zukunft hat, also verneint werden muß, sind sie allein auf der Höhe der Zeit. Entweder wird in Berlin große Politik gemacht (nicht Senats-Politik ist damit gemeint) oder es heißt eben „Hönkel“!

Daß sich in Berlin jetzt Polizei und Autonome gegenüberstehen, teilt die Stadt in Lager, zwischen Ordnung und Marginalisierung, zwischen Mitte und Rand. Daß es Leute gibt, die Randalen machen, ist längst nicht mehr das Problem. Die Straßenkämpfe machen (als einzige) Elend, Aussichtslosigkeit, Marginalisation akut. Das ist aber die einzigen sind, ist Zweidrittel-Gesellschaft keine bloße soziale Tendenz mehr, sondern politische Realität. Zumindest für diese Tage. Die Gewaltdebatte ist mithin antiquiert: Wenn das Wohlleben der Stadtmitte durch die Staatsgewalt garantiert wird, sind die Überfälle vom Rand Teil des Bildes: eine Staatsfolklore. Der Innensenator Kewenig ist nur Exekutor dieser Verhältnisse. Trotzdem muß er zurücktreten, aber durch wen? „Hönkel“?



VERHINDERT den CARP-WELTKONGRESS! 2.-9.8,berlin

KEINEN FUBBREIT der FASCHISTISCHEN MOONSEKTE!



5000
d Moonsekte
in Seoul

Im August dieses Jahres plant CARP, die Studentenorganisation der Moonsekte/Vereinigungskirche ihren 4. Weltstudententag in Berlin. Die ersten 3 Kongresse fanden in Seoul (3000 Teilnehmer), in Tokio (10000 Teilnehmer) und in New York (7000 Teilnehmer) statt. Zum Kongress in Berlin werden nur ca. 3000 Teilnehmer erwartet. Als Programm ist vorgesehen ein internationales Studentenparlament, ein Kongress mit Festival, (Earth World als Stargast), Sportwettkämpfe Kunst- und Lyrikwettbewerb, Wahl von Mr. und Miss University.

Ein Blick hinter die Kulissen:
Was ist CARP?
Sie wurde 1962 in Japan gegründet, ihr derzeitiger Präsident ist Eyo Jin Moon, ältester Sohn Sun Myung Moons, dem Leiter der Moonsekte.

Zur Moonsekte/Vereinigungskirche: Gründung 1954 in Seoul. Der Gründer Sun Myung Moon bezeichnet sich als den neuen Messias, als den 2. Sohn Gottes, der im Alter von 16 Jahren von Gott berufen wurde, den Kommunismus auszulöschen und eine theokratische Weltherrschaft zu errichten. Mit dem Militärputsch in Südkorea im Jahre 1961 begann der kontinuierliche Aufstieg der Vereinigungskirche (VK). Der 2. Mann der VK, Jo Ki Yek war Putschoffizier und später Leiter des KCIA, dem koreanischen Geheimdienst. In den 60er Jahren expandierte die VK vor allem in Südkorea und Japan, wo sie jeweils mehrere Hunderttausend Mitglieder zählt. Anfang der 70er in die USA, wohin Moon 1971 seine Zentrale verlegte. In den letzten Jahren waren vor allem Europa und Lateinamerika Missionsziele der VK. Heute ist die VK in 120 Ländern mehr oder weniger stark vertreten. Mit Anwehnen der Mitgliedszahl wuchs auch die politische und wirtschaftliche Macht der VK. Zu dem Wirtschaftsimperium der VK gehört u.a. der südkoreanische Rüstungskonzern Tong Il, Werkzeug- und Maschinenfabriken wie HITECO, Gießen und

Wanderer, München, die VK kontrolliert 80% des Weltimmobilienhandels, sie besitzt Fischfangflotten, Immobilien, Hotels und wichtige Zeitungen, manche von ihnen in Monopolestellung. Dies scheint aber nur ein Teil ihres Imperiums zu sein, vielfach sind ihre Anteile geheim, z.B. haben sie ein Lizenzabkommen mit einem der größten deutschen Rüstungskonzerne, der Friedrichshafener Zahnradfabrik, dessen Tragweite unbekannt ist. Wahrscheinlich ist die VK der größte Privatkapitalist der Welt.

Moons politische Zielsetzung ist die Weltherrschaft. Vorherr muss nur noch der Satan in Form des Kommunismus besiegt werden. Moon schreibt dazu selbst in seinen "Göttlichen Prinzipien", daß der III. Weltkrieg militärisch oder ideologisch unauweiblich sei.

Zinige Beispiele für die konkrete Anwendung seiner Politik: Unterstützung der "Contras" über den Nicaraguan Freedom Fund, Kontrolle der Presse in Uruguay über ein Druckereimonopol, Pro-Nixon-Kampagne nach Watergate, Beteiligung am faschistischen Bolivienputsch 1980, Militärlieferungen für Diktate in El Salvador.... Mitfinanzierung der französischen "Front National" gegen einen Sitz im Europaparlament.

Die Ideologie der VK ist faschistisch, was sogar der Bundesgerichtshof bestätigte. Für die Mitglieder gilt eine bedingungslose Unterordnung unter die von Moon aufgestellten Gesetze. Die Einhaltung wird durch Gehirnwäsche und Zuchtterror erreicht. Die VK versucht ihre Strategie der faschistischen Weltherrschaft als politische Kongresse als zukunftsreiche olympische Spiele-Mit internationalen Wissenschaftstagen, sog. Weltmedienkonferenzen und Unterstützung der Herrschenden z.B. in Wahlkämpfen versucht die VK die Eliten zu durchdringen.



Pope John Paul II with Moon's Tom Ward and Bo Hix Pak (circled) at AULA conference.

CARP Berlin
Sie hat ihr Schulungszentrum in Miritzweg 15 in Zehlendorf. Leiter und gleichzeitig deutscher Vorsitzender ist Dieter Schmidt, Medizinstudent der FU. CARP gibt neben Selbstdarstellungen die Zeitungen "Impulse" und "Studententzeitung" heraus. Zu ihren Aktivitäten:
- beim Studentenstreik 1976 verteilte die CARP Flugblätter. Als es zu Auseinandersetzungen kam, schätzten sofort anwesende Zivilisten die CARP-ler sehr handfest
- 1979 wurde verstärkt Hauttransmission praktiziert
- 84 nahm CARP mit einer Scheinliste an der Antwahl teil
- 82 beteiligte CARP sich an den Aktionen der Konserativen Aktion
- zur Zeit betreiben sie massive Werbung für ihren Kongress vor TU und FU

VEREINIGUNGSKIRCHE UND MACI

Die Antikommunistische Weltliga (MACI) ist ein internationaler Zusammenschluß von Faschisten, Neo-Faschisten, Antikommunisten und anderen ultrarechten Kräften.

Die MACI wurde 1967 von ultrareaktionären Kreisen in Taphan, Taiwan gegründet. Diese Kreise sind dieselben, die die 1954 gegründete APACL (Asian Peoples Anti-Communist League) bilden und aus den im chinesischen Bürgerkrieg geschlagenen Kuomintang bestehen.

Zweimal 1967 wurde in Japan von Sun Myung Moon, Omasi Kuboki und Syoichi Sasakawa der Shokyo Rengo, was soviel heißt wie "Sieg über den Kommunismus", gegründet. Sasakawa, der von sich selbst behauptet der Welt wohlhabendster Faschist zu sein, wurde nach dem Vietnamkrieg als Klasse-A-Kriminalverurteilter eingestuft und inhaftiert. Allerdings nicht für lange. Er gilt als der wichtigste Finanzier der MACI. Shokyo Rengo ist der japanische MacI-Zweig. Deswegen Präsident ist Kuboki, der gleichzeitig der Führer der japanischen Vereinigungskirche ist. Er nahm auf fast allen MACI-Konferenzen u.a. auf der 1966 in Luxemburg teil.

MACI und Vereinigungskirche stehen ideologisch am gleichen Strang. Offiziell gemeinsame Männer die Zerschlagung des Kommunismus ist. Im dies

genug. Von lateinamerikanischen Todeschwadronen, Diktatoren, Alt-Nazis bis zur US-Ultrarechten ist dort alles vertreten. Die MACI-Kontakten dienen als Treffpunkte, auf der auch hochrangige Militärs, wie der ex-NATO-General Closs (MACI-Präsident bis 1984) ihre Gesinnung ablesen.

Das erste CAUSA-Seminar in Paraguay wurde von der MACI mitorganisiert, empfangen wurden Diktator Stroessner. Personell durchdringen sich MACI und VK ebenfalls. Der Vizepräsident des US-Zweigs der MACI, Maj. Gen. A. D. Graham, ebenfalls Chef der Defense Intelligence Agency (entspricht dem MAD) ist Mitglied in Expertenrat von CAUSA.

Die Vereinigungskirche in Lateinamerika 1980 begann mit der Gründung von CAUSA (politischer Arm der Monarchie) die Ausbreitung der VK in Lateinamerika. Es war Bo Di Pak persönlich, der der VK mit Berichten bei führenden Politikern und Militärs in Bolivien, Uruguay, Argentinien und Chile den Weg ebnete.

In Uruguay fand das 1. CAUSA-Seminar im April 81 im Nationaldirektorium für Tourismus statt. Teilnehmer waren unter Anderen der Armeeschef, der Innenminister und der Energieminister, mit anderen Worten, CAUSA genoss von Anfang an das Wohlwollen der ebenso antikommunistischen Militärs.

CAUSA bildete Geselle einige wenige Kader für sich aus. S. Julian Saffi, rechter libanesischer Magnat, Direktor der Zeitungen "Mañana" und "El Diario", der nach dem Militärputsch '73 für das Offizierskorps der Junta arbeitete, oder des berühmtesten Folterpsychologen Dolcy Bitos.

Saffi wurde 1981 Direktor der neugegründeten Zeitung "Ultimas Noticias", der mittlerweile drittgrößten Zeitung Uruguays. Die VK kaufte die größte Druckerei, Impresora Polo auf, 700-der Zeitungen Uruguays werden dort gedruckt, damit sind auch Oppositionszeitungen von CAUSA abhängig. Mit dem Aufkauf der 3. größten Bank Uruguays, Banco de Credito, und dem Erwerb von Uruguays einzigen Luxushotel übernahm CAUSA Investitionen die 100 Mio. d. Grenze. Die Unternehmen werden von einigen, Benjagen, linken-treuen Monarchen kontrolliert, darunter auch die Deutschen Ingrid und Werner Landemann.

Moons Beteiligung an multinationalen, faschistischen Netz. Nicht auch sehr gut am Beispiel der Bolivienputsche 1980 aufzulesen. Damals Übernahm eine Militärjunta die Regierung. Drahtzieher war Klaus Barbie, der Schlächter von Lyon, Alt-Nazi, der nach dem Krieg zum CIA-agenten wurde. In Bolivien schulte er das Militär im Nationalsozialismus und stellte die Verbindung zu Faschisten wie den Bologna-Attentätern Fiebelkorn und della Ciade her, die im Auftrag der Geheimloge P2 den Anschlag auf den Bahnhof von Bologna mit 85 Toten verübten hatten. Weiterhin waren die World-atom-communicatielagus (WACI), Agenten des argentinischen Geheimdienstes und eben die VK am Putsch beteiligt. Der Putsch wurde bereits einen Monat vor Ablauf von Moon angekündigt. Bo Di Pak betonte 1981 gemeinsam mit Juntachef Garcia Mesa für Tom Wards war Barbies Kontaktperson zum CIA, auf dessen Gehaltliste er auch stand. CAUSA bildete eine Privatarmee von 7000 Bolivianern aus. Juntachef Meza war selbst zeitweise Sektormitglied. ebenso viele seiner Offiziere. 1982 stützte die Junta über ihre Verwicklung in den Kokainhandel und durch Erzeugung der US-Unterstützung.

VEREINIGUNGSKIRCHE UND CONTRA Nach dem Boland-Amendement, das offiziell die US-Hilfe für die Contras verbietet, wurde diese über private und andere verdeckte Kanäle finanziert, ausgebildet und mit Waffen versorgt. Die VK tat dies bereitwillig. Der Präsident von CAUSA-USA Gen. A. D. Weillner gab an von 84-86 für 1 Mio. Dollar Hilfsgüter an Flüchtlinge an der hond/nic Grenze geschickt zu haben. Wundersamer Hilfsgüter sind die allgeseinigen "Carabene" bezeichnet für Contra-Unterstützung.

Aber auch ideologisch wird die Contra gestützt. 1983 wurde von CAUSA "fact finding tours" für amerikan. und europ. Journalisten nach Mittelamerika organisiert, um auf die sowjet. Bedrohung dort aufmerksam zu machen. In Feb. 85 wurde eine Fachtagung für Militäre in Paris über die sowjet. Bedrohung in der Karibik mit Schwerpunkt Nicaragua abgehalten. Unter anderem nahm hier MACI-Chefdecker und ex-MARO-Schlepper Gen. Closs teil.

Das dies nur die Spitze des Eisberges ist, beweisen handschriftliche Notizen von Oberstleutnant Oliver North von Nationalen Sicherheitsrat der USA, S. 21. vor dem Iran/Contra-Gesandtschaftsbesuch, in denen Pak und CAUSA als Contrafinanziers aufzutauchen, und damit nicht genug. In Feb. 85 kämpfte ein CARP-Student mit dem Namen "rate ceasing" (Wiltersrüg) mit einem

ZUR CARP Die CARP ist nach Aussage des Sprechers des BID-Bundesjugendministers rechtlich von der VK unabhängig, setzt sich jedoch wesentlich agrarisch zusammen für die Ziele von Moon ein (S. 24.6.84). CARP dürfte wohl die zentrale Organisation der VK sein.

Die VK-CARP betreibt einerseits Werbung für Sportveranstaltungen, Film und Vorträge, andererseits stehen ihre Mitglieder als militärische Schlichtertruppe bereit. Im Juni 84 griffen reaktionäre Hochschullehrer in Begleitung von Reportern der BZ und Morgenpost eine Ausstellung der GMB-Hochschulguppe an, indem sie "Skandalöse unheimliche und GMB-Verteilern die Flugblätter abnahmen. Auf einer Protestveranstaltung, an der andererseits mehrere hundert Studenten teilnahmen, drängte sich der PU-Prof. Zehn-er Begleitung von 8 koreanischen Bodyguards zum Mikrophon und lies so lange seinen Dreack ab, bis sich der Hörsaal leerte, denn keine wagte einzuschreiten.

WELTSTUDENTENKONGRESS Im Zusammenhang mit der 750-Jahresfeier hat sich die CARP die "Frontstadt Westberlin" für ihren vierten CARP-Mitudentenkongress ausgesucht. Motto: "Die neue Studentenbewegung für eine 75-jährige Welt".

Der dritte Kongress fand letztes Jahr in New York statt. Im Mittelpunkt standen Vorträge über eine Weltregierung. Dazu hat die CARP schon Vorstellungen: Vereinnahmung der UNO durch Ausschaltung der sozialistischen Länder. Im Kern kommt diese Ziel mit der Politik der imperialistischen Staaten zusammen, die sich in Form der low intensity warfare als Antwort auf die Skette der Befreiungsbewegungen in den drei Kontinenten, dem Aufbau der westeuropäischen Guerrilla und den sich immer mehr verschärfenden sozialen Widersprüchen auszuwirken sollen, um als Gegenpol zum handlungsfähig zu werden.

Diese Forderung sines als "Antiburekratismus" statt. Die UA selber ist nach Vietnam, Griechenland und Nicaragua, spätestens seit Libyen als Hauptfeind der Völker ausgesagt. Ihre Funktion ist die ständige Erziehung der Intervention, aktuell an der Ankündigung kuwaitische Schiffe unter amerikanischer Flagge fahren zu lassen, zu sehen. Das kann der erste Schritt zum offenen Krieg in den Golfkrieg sein.

Die westeuropäischen Staaten, angetrieben von der "neuen" Paris-Bonn haben vorrangig die Funktion, die US-Militärmaschine mit wirtschaftlichen, diplomatischen Maßnahmen zu ergänzen.

Der Imperialismus steckt in der Krise. Einerseits die Wirtschaftskrise (fehlende Absatzmärkte, Verschuldung, wo die Grenzen des Ausblutens längst überschritten ist) und andererseits, was entscheidend ist, politisch. Überall brechen die Fronten auf, sind die Imperialisten mit neuen Kämpfen konfrontiert.

Das zeigt auch der Yank-Überfall auf Libyen, der zu Widerstand in der ganzen Welt führte, wo die Völker ihre Regierungen als Statthalter der Imperialisten ausmachten (Südkorea, Philippinen, Ägypten, Tunesien, Griechenland, Mexiko, Peru) es besetzt weltweit ein labiles Gleichgewicht zwischen dem imperialistischen Staatsapparat und den Befreiungsbewegungen. Da dies unrollen und das Kräfteverhältnis weltweit zu ihren Gunsten zu verändern, müssen die imperialistischen Staaten ihre Strategie vereinfachen.

Die Propaganda der "VK", ihre Forderung nach der institutionalisierten Welt Herrschaft ist ein Vorreiter dieser Politik. Ebenfalls, was das multinationale Kapital längst anstrebt, bisher aber von den imperialistischen Regierungen noch nicht offiziell propagiert werden kann.

Die VK beschränkt sich nicht auf Lippenbekanntnisse: -sie mobilisiert zu Kreuzmärschen (intern, studentischer Hilfsdienst) -sie will neue Wertigkeiten etablieren (so geht es aus den Ausschreibungen für ihre Sport-Kultur Lyrik- und Schachwettbewerb hervor, die in Zusammenhang mit ihrem Studentenkongress stattfinden) -Teil faschistischer Mobilisierung

-der Kongress dient der propagandistischen Anschwächung von Counterschwächen, die von ihnen bewahrt. Auf den Kongress in New York hatten sie wurden. Auf den Kongress in New York hatten sie mit dem Papsttanten gegen Bulgarien und die so wjetunion. Außerdem sind sie in den Counterschwächen auf den zivilen Teil des Frankfurter Flughafens im Sommer 1985 verwickelt. Klaus der Opfer war der portugiesische CARP-Direktor. Seine Spur, die direkt ins Berliner CARP-Haus am Hirttenweg führt, wurde nie verfolgt.

-die Vereinigungskirche veranstaltet Wissenschaftliche Kongresse, wo sie an verschiedenen Themen Schwerpunkten die Durchsetzung der vereinheitlichten antikommunistischen Weltregierung diskutiert. An solchen Kongressen nehmen so hochrangige Profs teil wie Ludwig Feindt, Leiter des medizinischen Instituts der Kernforschungsanlage Jülich -Helmut Meißner, Ex-Präsident der Kernforschungsanlage

-Eduard Pestel, ex-Wissenschaftsminister von Niedersachsen, Mitglied des "Club of Rome" -Peter Meyer-Damm, Ex-Leiter der Uni Bochum -offizielle Vertreter verschiedener NATO-Blöcke Das ist nur ein Beispiel dafür, wie die Vereinigungskirche über die Durchdringung von Militärlippenrecht errichten will.

Snacks

ZITTY-LIVE MAGAZIN



Fotos: Paul Glaser (3), Peter Homann



Polizeiknüppel gegen Journalisten

Berichterstatler und Fotografen ziehen nach Reagan-Demo im Juni Bilanz: Polizei tritt Presserecht buchstäblich mit den Füßen / Außer zahlreichen Verletzungen der Reporter wurden auch deren Geräte zerstört

Von Benedict M. Mülder

Berlin (taz) — Bisher gibt es zwei Schadensbilanzen, die nach dem Besuch des US-amerikanischen Präsidenten Reagan in Berlin gezogen wurden. Die eine umfaßt die in die Hunderttausende gehende Verrechnung materieller Schäden, die andere die der Verletzungen und Festnahmen, der Haftbefehle und schon laufenden Prozesse. Eine dritte Bilanz stand bislang aus, nämlich die von Presseberichterstatlern, Hörfunk-Kollegen und Fotografen: In mindestens zwölf Fällen haben Polizeibeamte Journalisten nicht nur das Informationsrecht und die Berufsfreiheit gravierend beschnitten, sondern auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Christian Wild, SFB-Hörfunkreporter, berichtete über einen nächtlichen Einsatz in Kreuzberg seinem Intendanten: „Ich beobachtete am Heinrichplatz einen umgestürzten, brennenden Bauwagen. In einiger Entfernung davon hielten vier oder fünf Mannschaftswagen der Polizei. Blitzartig und ohne jede Vorwarnung erfolgte durch die herabspringenden Beamten, ausgerüstet mit Kampfanzug, ein Schlagstockeinsatz gegen alle in der Kreuzung befindlichen Personen. Es waren höchstens ein Dutzend Menschen und nicht auszumaßen, wer als Passant oder Störer in Frage kam. Während der erste Beamte mit erhobenem Stock auf mich zukam, hielt ich ihm meinen Presseausweis entgegen und rief laut Presse, Presse. Ungeachtet dessen schlug der Beamte auf mich ein. Ich wurde zu Boden gerissen, andere Beamte (mindestens zwei weitere) rannten herbei und schlugen ebenfalls auf mich ein, während ich schon am Boden lag und weiter Presse, Presse schrie. Meinen Prellungen an Arm, Rücken, Becken, Rippen sowie einer kleineren Verletzung im Gesicht nach, müssen es zehn Knüppelschläge gewesen sein, die mich volltrafen.“

In dieser Hinsicht hatte sein Kollege Erik Heinrich noch Glück. Als er am Vorabend im Anschluß an die Anti-Reagan-Demonstration Zeuge einer Festnahme wurde und diese per Mikrofön dokumentieren wollte, „kam ein Beamter“, so Heinrichs drastische Lagebeschreibung. „mit allen Anzeichen der Wut auf mich zu. Ich wich mehrere Schritte zurück, der Beamte folgte mir, griff nach dem Mikrofön und suchte, es mir zu entwenden. Ich erklärte, daß

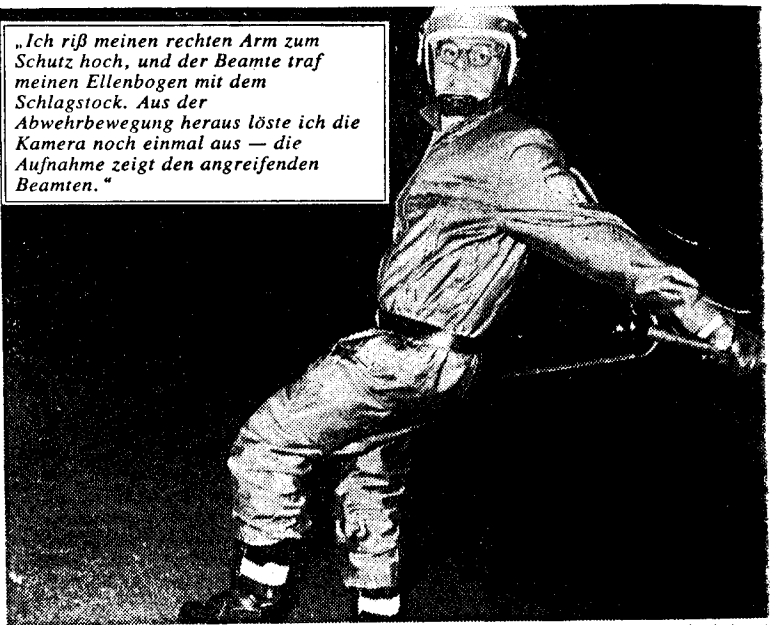
ich Vertreter der Presse sei. Dennoch griff der Polizeibeamte abermals nach dem Mikro, es gelang ihm, es mir zu entreißen. Er drehte mehrmals gewaltsam daran, zerriß das Kabel und warf das Gerät zu Boden. Sodann forderte er mich auf, das aufgenommene Tonmaterial herauszugeben. Als ich mich weigerte, packte mich der Beamte beim Kragen und erklärte mich wegen Behinderung einer Amtsaufnahme für vorläufig festgenommen.“ Auf Fotografen hatten es die Mannen im dunkelgrünen Tuch wohl besonders abgesehen. Übereinstimmend berichten mehrere Fototeleute, wie zunächst Blitzlichter unter Knüppelschlägen zu Bruch gingen, bis es dann den Fotomann selber traf. (Ali Paczensky: „Ich wurde zweimal getroffen, auf dem Kopf, auf der Kamera und dann sehr heftig umgerempelt.“) „Das war ein einziger Eiertanz“, erzählt 'Stern'-Fotograf Müller-Schneck, „wie die Dobermänner kamen sie auf uns zu, prügelten sofort, und wenn wir Presse riefen, bekamen wir noch eins drüber.“

Den folgenreichsten Angriff mußte zweifellos der Journalist Jochen Vorfelder über sich ergehen lassen. Er bekam die Strenge der Staatsmacht gleich zweimal zu spüren. Nach der vorzeitig aufgelösten Anti-Reagan-Demonstration am 11. Juni in der Innenstadt geriet er in die Zange „mehrerer SEKler“ (Sondereinsatzkommando). Als ihn ein Schlag auf den Kopf zu Boden gehen ließ, erhielt er zusätzlich zwei oder drei Stiefeltritte. Der Arzt, der ihn noch am gleichen Abend in einem Krankenhaus behandelte, diagnostizierte eine „sternförmige Platzwunde an der Rückseite der rechten Ohrmuschel, ein zwei Zentimeter lange Platzwunde auf der Kopfhaut und eine Fraktur des Ohrknorpels, der ca. 1 cm lang gespalten war. Die Wunde mußte genäht werden. Damit nicht genug. In der Nacht des nächsten Tages, so Vorfelders Schilderung, „wurden wir von rund zehn Beamten im Vorbeilaufen in die Mangel genommen“. Zusammen mit dem 'Stern'-Journalisten Jan-Phillip Sendker war Vorfelder am Kreuzberger Demo-Treffpunkt Kottbusser Tor erneut auf Polizisten gestoßen, die Jagd auf vermeintliche Demonstranten machten. Trotz deutlicher Hinweise, es mit Presseleuten zu tun zu haben, sausten Knüppel auf Rücken und Nieren nieder. Allein dadurch, daß

30.6.87
Vorfelder sich schützend über Sendker beugte, verfehlten gezielte Schläge den Kopf des Reporters. Sendker: „Da waren keine nervösen Polizisten oder überforderte Einsatzleiter am Werke, das waren gezielte Attacken gegen Journalisten als letzte Kontrollinstanz vor Ort.“

„Wo Vorwürfe bekannt werden“, erklärte gestern ein Sprecher der Polizei auf Anfrage, „wird auch ermittelt.“ Die Ermittlungen dürften allerdings zumeist im Sande verlaufen, da Beschwer-

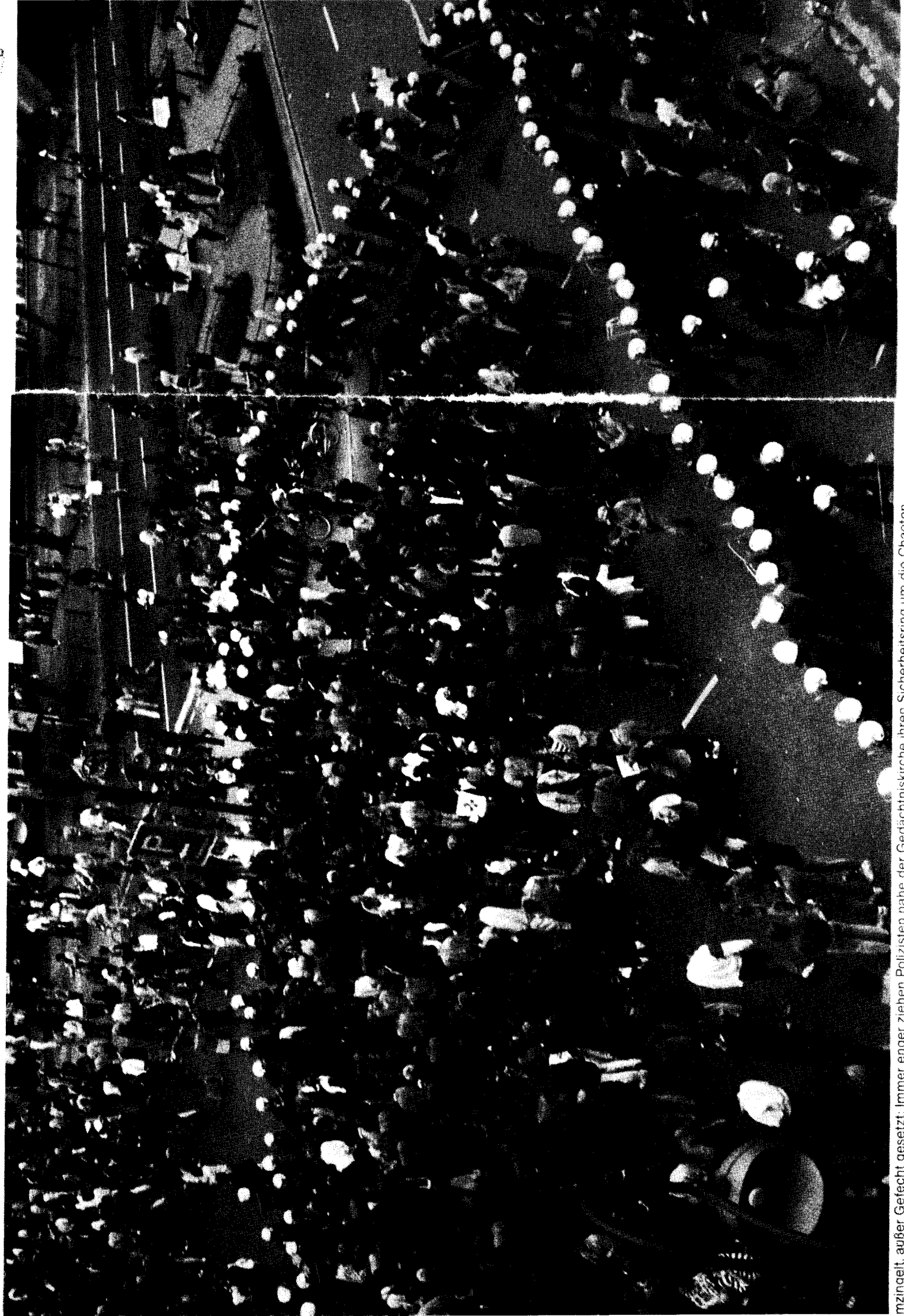
den, Fragen nach Dienstnummern meistens nur mit einem Achselzucken quittiert wurden. Am Mittwochtreffensich Polizeipräsident Schertz und SFB-Intendant Günter Herrmann, um „das Klima wechselseitiger, vertrauensvoller Zusammenarbeit wiederherzustellen“. Bei Jochen Vorfelder hat sich zudem der Sprecher des Innensenats sorgenvoll erkundigt. Ein Gespräch mit den Journalistenorganisationen, wie es 1981 schon mal stattfand, steht bisher allerdings noch aus.



„Ich riß meinen rechten Arm zum Schutz hoch, und der Beamte traf meinen Ellenbogen mit dem Schlagstock. Aus der Abwehrbewegung heraus löste ich die Kamera noch einmal aus — die Aufnahme zeigt den angreifenden Beamten.“

Text/Foto: Mike Schröder





mzingelt, außer Gefecht gesetzt: Immer enger ziehen Polizisten nahe der Gedächtniskirche ihren Sicherheitsring um die Chaoten

Der Senat von Berlin



Passierschein zwischen Berlin-West und Kreuzberg Süd-Ost Grenzübergang Kottbusser Brücke



Liebe Berlinerinnen und Berliner!

Wir lassen uns unser schönes Berlin nicht von den Kreuzberger Anti-Berlinern kaputt machen! Aus diesem Grund hat der Senat nach dem durchschlagenden Erfolg der Kreuzberg-Blockade vom 12. 6. in geheimer Sitzung den Bau eines **Anti-Kreuzberger Schutzwalls** beschlossen. Bereits heute - pünktlich zum 17. Juni um 18 Uhr wird der Senator für Architektur und Inneres das erste Teilstück, den **Grenzübergang Kottbusser Brücke**, eröffnen, und die Öffentlichkeit kann sich dort feierlich übergeben.

Der Senat von Berlin dankt den Einsatzkräften der Polizei, die zusammen mit bau-erfahrenen Veteranen der Betriebs-Kampftruppen der DDR diese schnelle, gute und mutige Leistung vollbracht haben - eine große, gemeinsame deutsch-deutsche Geste gegen den internationalen Terrorismus. Somit kann wohl die Eröffnung dieses Bauwerks als einer der ersten großen Höhepunkte der 750-Jahr-Feier angesehen werden, und es ist sicher auch als ein spontanes Werk gesamt-deutscher Baukunst ein würdiger Beitrag zur **Internationalen Bauausstellung Berlin '87**.

Wir weisen die Berliner darauf hin, daß Kreuzberg-Südost nach Fertigstellung dieses Bauvorhabens in wenigen Wochen nur noch **mit Hilfe des umseitigen Passierscheins** zu erreichen sein wird. Er ist ab sofort an den Theaterkassen und allen Polizei-Dienststellen erhältlich. Außerdem weisen wir Sie darauf hin, daß das von unseren Ordnungshütern besetzte Gelände des **Freiwild-Geheges SO 36 nur auf eigene Gefahr betreten** werden kann. Besondere Vorkommnisse bitten wir bei Ihrer Ausreise gleich zu melden. Als ersten Anlauf-Punkt empfehlen wir das Krankenhaus am Urban.

Es geht wieder aufwärts mit Berlin!
Von Kreuzberger Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen!



Der Senat von Berlin

Name:
1., 2. und 3. Wohnsitz:
Bereits erkennungs-dienstlich behandelt: Ja. Nein. (unzutreffendes streichen!)
Vorbestraft: Ja. Nein. (zutreffendes streichen!)
Ausgeübte Tätigkeit: Berliner Anti-Berliner
(ankreuzen!) Tourist Krawall-Tourist
 Presse Sonstiges
Tag der Ein-/Ausreise: Uhrzeit:
Dauer des Aufenthalts in Kreuzberg SO 36:
..... Stunden, Tage, Wochen, Jahre, lebenslanglich
Kontakt-Adressen:
Führen Sie mit: (ankreuzen!)
 Schußwaffen, Funkgeräte, Munition, kleine Kinder, Sonstiges
Genehmigt am:
(Stempel der Behörde)

**Wir wünschen einen
angenehmen Abenteuer-
Aufenthalt im
Freiwild-Gelände SO 36**
Der Senat von Berlin
grüßt den Rest der Welt



Duyuru...Duyuru...Duyuru...Duyuru...Duyuru...Duyuru...Duyuru...

WEITERSAGEN...WEITERSAGEN...WEITERSAGEN...WEITERSAG

Großes Kiezpalaver

- ★ Die Ereignisse am 1. und 2. Mai - was ist eigentlich passiert?
- ★ Nichts ist mehr so, wie es war - was hat sich verändert?
- ★ Bullen: Belagerungszustand in SO 36 - entschieden zuviel Kunstgrün im Kiez!
- ★ Alltäglicher Kriegsschauplatz Kreuzberg - wer hat eigentlich Interesse daran?
- ★ Hilfe: die Mieten werden immer untragbarer - täglich werden ganze Familien zwangsgeräumt!
- ★ Alle reden von der Arbeitslosigkeit - wir auch!
- ★ Durchschnittseinkommen in SO 36: 684,- Mark - in Restberlin: 1400,- Mark...

Darum: KOMMT ALLE am 21. Juni 1987 um 17 Uhr in den Versammlungssaal der Liebfraue ngemeinde in der Wrangelstraße 50. Damit wir über alles reden können. Bringt Eure Nachbarn mit.

Bewohner und Bewohnerinnen des Kiezes

Mahalle Sohbeti

- ★ 1 ve 2 mayista neler oldu?
- ★ Dünden bugüne değışmeyen hiç bir şey kalmadı. Nedir bu değışiklikler?
- ★ Polisler Kreuzberg'de SO 36 semtini kuşattılar. Polis uniformaları her tarafı yeşile büründürmüştü.
- ★ Kreuzberg günlük şavaş meydanı bu olaylar kinin ilgisini çekiyor?
- ★ İmdat: Kiralar artıyor. Her gün bir kaç kiracı evinden çıkarılıyor.
- ★ İşsizlik lafı ağızlardan düşmüyor.
- ★ Kreuzberg semtinde gelir 684 marktır. Berlin'in diğer semtlerinde 1400 marktır...

Bu konularda tartışmak için sizi, 21 haziran günü saat 17'de, Wrangelstraße 50'deki Kilsede toplantıya çağırıyoruz. Komşularınızı da getirin.

Mahalle sakinleri

Duyuru...Duyuru...Duyuru...Duyuru...Duyuru...Duyuru...Duyuru...

WEITERSAGEN...WEITERSAGEN...WEITERSAGEN...WEITERSAG

AN AUSGESCHLOSSENE UND EINGESCHLOSSENE

Die Polizei-Strategie während des Krigen-Besuches hatte eine Tragweite, derer wir uns bewußt werden müssen.

Es ging dabei nur vordergründig um den Reagen-Besuch.

Mit dem Kessel in Kreuzberg, der Blockade eines ganzen Stadtteiles sollte angetestet werden, inwieweit diese Strategie von der sogenannten "offenheit" toleriert wird.

Sicherlich ist es nützlich, ohne große Unstimmigkeiten verhalten zu können... In der Situation des Ausnahmezustandes ist in allen Dingen das wichtiger, was man kann, als das, was man darf... (M. Freund in 'Streik und Notstand')

Die besitzende Klasse hat sich ein breites Instrumentarium an Gesetzen zugelegt, um

ihre Interessen zu schützen und sie notfalls mit Gewalt durchzusetzen. (siehe die Notstandsgesetze)...

Es ist deshalb geradezu lächerlich, wenn die AL auf das Grundgesetz insistiert. Recht innerhalb des bürgerlichen Staates ist ein Gewaltverhältnis, das u.a. von Klassenkämpfen bestimmt wird.

Die Blockade Kreuzbergs war ein Pilot-Projekt. Sie durften es im Grunde nicht... aber sie konnten es...

Ob sie diese Strategie in Zukunft so weiterführen können, liegt einzig und allein daran, ob die unterdrückte Klasse, von der wir ein Teil sind, dies mit sich machen läßt - oder nicht!

DIE MAUER VERLÄUFT NICHT ZWISCHEN OST UND WEST, SONDERN ZWISCHEN ARM UND REICH!

Wir wissen, daß sich der Widerspruch zwischen der besitzenden Klasse und der nichtbesitzenden (alle die, die beschissene Lohnarbeit, Haus(frauen)arbeit leisten müssen oder von Alg, Alhi, Sozhi abhängig sind) zuspitzt. Daraus entwickelte sich auch die Dynamik der letzten Konfrontationen.

Arbeitslosigkeit, Verarmung, Verelendung werden im Zuge der mikroelektronischen Revolution weiter anwachsen - bis wir die Revolution der Produktionsverhältnisse mit einer Revolution der Produktivkräfte als Klassenkampf von unten verbinden.

Kreuzberger Ghetto - vom "befreiten Gebiet" zur besetzten Zone

Wie wir sehen, kann aus Kreuzberg schnell ein Ghetto entstehen. Aus anderen freiheitlichen Demokratien wissen wir, wie schnell daraus ein Elendslager werden kann, in dem die Menschen verrotten.

In den USA dehnen sich Elendquartiere mit rasender Geschwindigkeit aus. Am Rand der Metropolen vegetieren die verarmten Unterklassen in Abruchhäusern und überleben vom Abfall der "Zivilisation". Neben ihren Behausungen in U-Bahn-Schächten, Autowracks, Baracken und Zelten existieren bereits Massengräber. Mittels Heroin u.a. Drogen werden die Menschen stumpf gehalten und die "neue Absterbeordnung" forciert.

Das herrschende BRD-Regime hat sich immer schon an Modellen der USA orientiert - um sie hier in verfeinerter Form (mit stärkerer Überwachung u. sozialstaatlicher Kontrolle) zu übernehmen.

Und so marschieren wir ins Zeitalter der Plutonen Sterbehilfen!

WER IMMER NOCH AN DEN RECHTSSTAAT APPELLIERT; APPELLIERT AN DEN HUMANISMUS DERER; DIE SICH GERADEN ANSCHICKEN; AUSCHWITZ AUF GLOBALER EBENE ZU VOLLKOMMEN!

Der präventive wafre Terror sollte für uns Anlaß sein, darüber nachzudenken, wie wir weiter rinnen können.

Kreuzberg ist mittlerweile nicht mehr der geeignete Ort, wo sich die Wut der "zu kurz gekommenen" entladen kann. Die Polizei hat systematisch alle Hinterhöfe mit Durchgangsmöglichkeiten zu anderen Straßen ausgesundschaftet, wodurch ganze Straßen und Blocks für uns zur Mausefalle wurden...

Wir müssen unsere Demonstrationen mehr in die Gebiete der Reichen verlagern!

So schlagen wir eine Großdemonstration mit folgenden Inhalt vor:

"Arme besuche Reiche", "Wobdachlose laden sich bei Wohnberechtigten zum Kaffe ein", "MütterInnen besuche Hausbesitzer", "Betonkinder wollen mal in den Grünen Spielplätzen Abenteuerlust leben" usw. Die Demonstration sollte durch Dahlem, Zehlendorf oder den Grunewald gehen. Den dort Überlebenden schlagen wir einen Abenteuerurlaub in Kreuzberg vor - mit der Möglichkeit des Wohnungstausches.



Sollten sich die Kreuzberger Kleinhändler nun in Freude auf bessere Geschäfte die Hände reiben, so müssen wir sie leider enttäuschen: zum Inhalt des Abenteuerurlaubes gehört auch, dass den Damen und Herren nur geringfügige Geldmittel gelassen werden - eben der Durchschnitt des durchschnittlichen Warenkorbbes, an dem sich der durchschnittliche Sozialhilfesatz orientiert.

Diskutiert dies Pamphlet in Euren Initiativen und Gruppen und beteiligt Euch ggf. an der Vorbereitung der Demonstration. Entnehmt die Termine aus der Lokalpraxis der IAZ

Gruppe der Ausgeschlossenen, die sich auch nicht einschließen lassen wollen...



AUFRUF zum Vorbereitungs- für's Kiez-Fest am 3. Juli Treffen

MO. 29.7.

Der von den Herrschenden aufgebauenen 750-Jahre-Schweine-Feier soll etwas entgegengesetzt werden. Dafür gibt es am 3. Juli in ganz Kreuzberg 30 ein Widerstandsfest.

Auf dem Kiezpalaver am letzten Sonntag im Wrangel-Kiez wurde auch darüber geredet. Viele KreuzbergerInnen, die sonst in ihren Projekten, Läden und Wohnungen hocken, wollen an dem Tag ein Stück weit Leben auf die Straße bringen.

Wir wollen das Fest zum Anlaß nehmen, uns kennenzulernen.

Wir wollen kein gewöhnliches Konsumfest machen, sondern mit den Leuten hier im Reich - Kiez zusammenkommen.

Deshalb wollen wir uns vorher treffen, Ideen sammeln und überlegen, wie wir das Fest gemeinsam organisieren können.

Unsere ersten Ideen waren: Spiele, nicht nur für Kinder, Straße-Bemalen, -Beschreiber; Musik-Bächen, -Hören; Stell-

Wände, Videos ... und was habt IHK noch für Vorschläge ????

-Daran wollen wir mit Euch weiter überlegen.

Langfristig wollen wir erreichen, daß wir uns gemeinsam wehren können: z.B. gegen Zwangsräumungen und Vertreibung aus dem Kiez müssen wir langfristig den Mietboykott organisieren;

- gegen den alltäglichen Bullen-Terror müssen wir besonders nach den Erfahrungen der letzten Zeit zusammenhalten. - Für uns Frauen gilt dasselbe in Bezug auf den alltäglichen Männer-Terror.

Zusammenhalten können wir aber erst dann, wenn wir mehr von einander mitkriegen!

Das Fest kann dafür nur ein Anfang sein!

Kommt deshalb zur Vorbereitung in's SALOME

Liegnitzer Str.

Montag, 19. 00 UHR

SALOME - MO. 29.7. 19 00

Vorbereitung im

SALOME

REAGAN-BESUCH IN BERLIN (WEST) — DER BÜRGERLICHE STAAT ZEIGT SEIN WAHRES GESICHT

Berlin (West) war am 11. und 12. Juni 87 eine zweigeteilte Stadt. Die Grenze verlief mitten durch die City, gezogen von aufgezehrten und aufgeheizten Bürgerkriegstruppen, die Verärgerung aus Westdeutschland erhielten. Ein Massenaufgebot von 10000 Paramilitärs (fälschlicherweise als "Polizei" bezeichnet) versuchte, mit aller Brutalität jeglichem Protest und Widerstand gegen das imperialistische Spektakel am Brandenburger Tor zu unterbinden.

Der Reagan-Besuch in Berlin (West) hat gezeigt, daß die Regierung, die West-Alliierten und der bürgerliche Staatsapparat einen solchen Besuch nur noch unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes garantieren können. Er hat auch gezeigt, daß die Führung der Bürgerkriegstruppen nicht mehr im geringsten daran interessiert ist, zumindest einen Teil der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen. Es war ihr erklärtes Ziel, die Zustimmung zu dem, was am Brandenburger Tor von Reagan, Diepgen und Kohl als "Politik" verkauft wurde, mit Brachialgewalt herzustellen.



Soche Bilder rufen bei älteren Mitbürgern sicherlich dunkle Erinnerungen wach. Die Aufnahme wurde gestern am Breitscheidplatz gemacht

Foto: DW-Henschel

Zur selben Zeit, als Reagan, Diepgen und Kohl vor den 2000 ausgewählten Jubelberlinern (darunter allein 4000 Polizisten in Zivil und ein großer Teil von Angehörigen der Streitkräfte mit ihren Familien) von der "Unfreiheit" in der DDR sprachen, marschierten am Ku'damm mehrere tausend Paramilitärs auf, um das Versammlungs- und Demonstrationsverbot durchzusetzen. Eine spontane Demonstration vom Breitscheidplatz zur Joachimstaler Straße von tausend Menschen wird stundenlang eingekesselt. Die aufgezehrten Söldner der Staatsmacht provozieren immer wieder und schlagen brutal auf die Eingekesselten ein. Eine "Wanne" fährt mitten in die eingekesselte Menschenmenge. Blutüberströmt brechen viele zusammen, als die Bürgerkriegskommandos den Weg freiprägen. Die U-Bahnlinien Kreuzberg, Wedding und Neukölln werden auf Anweisung der "Polizei" geschlossen und von den paramilitärischen Einheiten besetzt. Alle Zufahrtsstraßen nach Kreuzberg werden abgeriegelt, massive Personenkontrollen finden statt, Fahrradfahrer werden die Räder weggenommen, Autofahrer werden an die Straßenseite gewunken und peinlich genau kontrolliert. Kreuzberg ist abgeriegelt. Tausende Menschen kommen nicht mehr raus, die Verkehrsverbindungen sind eingestellt.

Kohl in seiner Rede vor dem Brandenburger Tor: "Der Präsenz der drei Schutzmächte verdankt diese Stadt ihre Freiheit. Ihre Menschen können sich frei bewegen, ihr Schicksal in freien Wahlen mitbestimmen, ihre Meinung frei äußern." Auf dem Ku'damm und am Breitscheidplatz prägen die Bürgerkriegskommandos auf alle ein, die ihre Meinung über Reagan und die USA sowie über die BRD-Regierung in Sprechchören äußern. Am Tag zuvor, am 11. 6., wurde die Demonstration der 50000 gegen die imperialistische Hochrüstungsgesellschaft und die imperialistische Chauvinismus und gegen Ausplünderung und Verelendung durch Paramilitärs massiv angegriffen.

Der autonome Block war mit 4000 Leuten der stärkste. Als dieser Block am Breitscheidplatz ankam, wurde er angegriffen und eingekeilt. Zivilpolizisten waren massenweise im Einsatz (zu erkennen an einer blauen und gelben Anstecknadel am Revers). Die Demo wurde schließlich am Wittenbergplatz von den Paramilitärs durch äußerst brutale Knüppel- und Kampfgaseneinsätze der Sonderkommandos gespalten. Massenfestnahmen wurden durchgeführt. Am Nollendorf- und Winterfeldtplatz kam es zur Gegenwehr der Demonstranten, in der bürgerlichen Presse als "Krawalle" bezeichnet. Schon in dieser Nacht war Kreuzberg 36 von den Paramilitärs besetzt, die in Kolonnen durch die Straßen rasten und von Panzerwagen angeführt wurden. Ein ganzer Stadtteil wurde so terrorisiert.

In der Nacht vom 12. auf den 13. Juni wurde Kreuzberg 36 von den Paramilitärs besetzt. Passanten wurden durch die Straßen gejagt, die Bürgerkriegskommandos brachen in Wohnhäuser ein und schleiften Menschen heraus, die sie dann festnahmen. Ganze Häuserfassaden wurden mit starken Scheinwerfern abgeleuchtet: Kreuzberg 36 war in den Händen der Bürgerkriegstruppen, jeder/der/die sich auf die Straße traute, wurde zum Freiwill für die prügeln den Höckern.

Diepgen in seiner Rede vor dem Brandenburger Tor: "Berlin ist Symbol der Freiheit. Von der Stadt muß Frieden ausgehen. Wir wollen eine Politik des Dialogs. Das dient den Menschen. (...) Es ist meine große Hoffnung, eines Tages mit meinen Kindern durch das Brandenburger Tor gehen zu können."



Ein sehr starker Block Vermummter beteiligte sich an der Demonstration am Donnerstag abend.

Diepgen will also mit seinen Kindern durch das Brandenburger Tor gehen. Das wird aber nicht gehen ohne Panzer und Raketen, ohne Soldaten und Krieg. Das ist vielen Menschen in Berlin (West) völlig klar. Und daß diesen großdeutschen imperialistischen Kriegern der Massenanhang in der Bevölkerung fehlt, ist ebenso klar. Die große Demonstration am 11. 6. und der über der Stadt verhängte Ausnahmezustand sprechen eine deutliche Sprache. Ebenso die Kundgebung vor dem Brandenburger Tor. Hatten vor 24 Jahren noch Hunderttausende von Jubelberlinern dem US-Präsidenten Kennedy einen rauschenden Empfang bereitet und sich mit der "Schutzmacht USA" verbündet (die eingesetzten Polizisten waren dazu da, die begeistertsten Menschen zurückzuhalten und nicht etwa Demonstranten), so bot die Kundgebung am 12. 6. doch ein gänzlich anderes Bild: Der US-Präsident sowie Kohl und Diepgen hinter Panzerglas, weiträumige Absperrungen, geladene Gäste, Stachelndraht, Scharfschützen auf den Dächern, in der Stadt selbst Ausnahmezustand. Und eine gute Stimmung wollte bei den Jubelberlinern vor dem Brandenburger Tor auch nicht aufkommen. Der Applaus und die Jubelrufe ähnelten mehr dem eingespielten Händeklatschen und künstlichen Lachen in US-Shows.

Kurz und gut: Der von Reagan, Kohl und Diepgen forcierte aggressive Kurs gegen die DDR und die Sowjetunion hat keinen Konsens in der Bevölkerung. Selbst bei vielen CDU-Wählern ist das Raseln der Stahlhelm-Fraktion verpöht. Wenn Reagan dem Generalsekretär der KPdSU, Gorbatschow, zufruft: "Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder!", dann muß zur selben Zeit in

Kurz und gut: Die UdSSR und die mit ihr verbündeten Staaten sollen endlich den Kapitalismus wieder einführen. Machen sie das nicht "freiwillig", so werden sie mit militärischem, politischem und wirtschaftlichem Druck erpresst und für den Fall, daß diese Erpressung nichts fruchtet, wird ihnen - bis jetzt noch "durch die Blume" - mit Krieg gedroht. Berlin (West) soll in dieser Politik wieder einmal den Ausgangspunkt dafür spielen. Reagan: "Und sicherlich gibt es keinen besseren Ort als Berlin, den Angelpunkt von Ost und West, um damit anzufangen."

Am 11. und 12. 6. haben sie damit angefangen. Was das für die Bevölkerung und den Widerstand hier heißt, haben wir alle mitbekommen. Diese Politik ist nur mit dem Ausnahmezustand durchzusetzen. Um dagegen kämpfen zu können und diesen Kurs zu Fall zu bringen, brauchen wir einen langen Atem. Die 150 Organisationen, die den Demo-Aufruf unterzeichnet haben (und auch die vielen anderen, die nicht darauf standen), müssen gegen dieses Projekt der Imperialisten eine Bündnispolitik entwickeln, die tragfähig ist und nicht nur zu punktuellen Übererleichtungen führt. Dazu ist es erst einmal notwendig, die inhaltliche Diskussion miteinander zu führen. Die Perspektive muß sein, den politischen und sozialen Widerstand hier zusammenzubringen, antikapitalistische und anti-imperialistische Politik zu verbinden. Es ist sicher wichtig, die unterschiedlichen Positionen, die bei den Organisationen vorhanden sind, herauszustellen und darüber zu diskutieren. Es ist genauso wichtig, diese Diskussion nicht als sektiererische Abgrenzungsdiskussion zu entwickeln, sondern mit dem Willen und dem Bedürfnis nach Zusammenarbeit.

Welche Rolle Reagan, Kohl und Diepgen Berlin (West) zugebracht haben, ist in ihren Ausführungen sehr klar geworden. In welche Richtung sich das zuspitzen wird, dazu nur zwei weitere Beispiele: Am Samstag, 13. 6., hielt sich hier der türkische Faschistenführer Türke unter dem Begleitschutz von Geheimdienstleuten auf. Er kamte ohne Probleme in die Stadt einreisen. In den nächsten Tagen wird der Kongreß der faschistischen Mum-Sekte im ICC stattfinden. (Gründer ist ein Mitarbeiter des südkoreanischen Geheimdienstes; Hauptsitz der Sekte: USA.)

Sie wollen Berlin (West) zu einem internationalen Zentrum für faschistische und "großdeutsche" Umtriebe machen. Sie wollen Berlin (West) zu einer starken Bastion der NATO ausbauen. Sie wollen Berlin (West) zu einer Metropole des internationalen Kapitalismus machen (siehe auch die angekündigte IWF-Tagung). Dagegen ist unser Widerstand angesagt! Nicht gegeneinander kämpfen, sondern zusammen kämpfen!

DIE INTERNATIONALE

(Originaltext von Eugene Pottier, geschrieben 1871; nach der Übersetzung von Erich Weinert)

Auf, ihr Verdammten des Planeten,
auf, Hungerknechte aus dem Sumpf!
Vernunft bricht aus den Morgenröten,
Aus Schlünden donnert sie Triumph.

Macht endlich Schluß mit dem Gewessen!
Es stürzt die Welt. Der Tag ist nah.
Denn heut' sind wir die Auserlesenen.
Wir waren nichts, jetzt sind wir da!

Zum letzten Kampf, ihr alle, ihr Völker im Verein,
die Internationale wird alle Menschheit sein!

Wir wissen, daß uns glücklich mache
kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun.
Genossen, unster Freiheit Sache
kann nur in unstrn Händen tuh'n!

Pakt, bis es brüllt, das Ungeheuer
und schafft dem Geist ein freies Gleis!
Wir blasen jetzt ins eigne Feuer,
schlagt auf den Stahl, er ist noch heiß!

Zum letzten Kampf, ihr alle, ihr Völker im Verein,
die Internationale wird alle Menschheit sein!

Herausgeber: Genossinnen und Genossen aus
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)-Westberlin; Gruppe Junger Anarchisten/Rätekommunisten (GJA/R)-Westberlin; Freie Arbeiter Union/Rätekommunisten (FAU/R)-Westberlin; Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg-Westberlin

Staat und Gesetz geh'n über Leichen.
Die Steuer wird zum Massenmord.
Wo gibt es Pflichten für die Reichen?
Des Armen Recht? Ein leeres Wort!

Genug! Es sprechen jetzt die Knechte
und das Gesetz der Gleichheit spricht:
Nicht eine Pflicht mehr ohne Rechte
und keine Rechte ohne Pflicht!

Zum letzten Kampf, ihr alle, ihr Völker im Verein,
die Internationale wird alle Menschheit sein!

Arbeiter, Bauern, kommt zum Ende!
Wir sind der Schaffenden Partei!
Die Welt gehört in unsre Hände,
der Reichen Schonzeit ist vorbei!

Sie sogen Blut aus unsern Wunden.
Reißt ihnen ab den Heiligenschein!
Erst wenn das Getiervolk verschwunden,
wird unsre Welt voll Sonne sein!

Zum letzten Kampf, ihr alle, ihr Völker im Verein,
die Internationale wird alle Menschheit sein!

Berlin (West) eine andere Mauer gebaut werden: Eine Mauer aus Paramilitärs gegen all diejenigen, die diesen aggressiven Kurs ablehnen und sich dagegen auflehnen. Eine Mauer der Bürokratie und des Polizeistaats gegen all diejenigen, die im sozialen Blind leben und sich wehren. Das ist der Zusammenhang zwischen dem, was Reagan, Kohl und Diepgen in ihren Reden verkündet haben (und somit Regierungsprogramm ist) und dem, was sich an Tag und in der Nacht im Citybereich, in Schöneberg und in Kreuzberg abspielt.

Wenn Reagan Freiheit sagt, dann meint er: die ganze Welt hat sich nach den Interessen des US-amerikanischen Imperialismus auszurichten. Wenn Kohl und Diepgen von Freiheit reden, dann meinen sie: mit dem "sozialistischen Experiment" im Osten muß endlich Schluß sein. Dorthin gehören endlich wieder die freie Marktwirtschaft und die alten Eigentumsverhältnisse. Denn: mit sicheren Arbeitsplätzen, niedrigen und stabilen Mieten, einem funktionierenden und gut ausgebauten Gesundheits- und Schulwesen, der Enteignung von Kapitalisten läßt sich kein Profit machen. Ihre Freiheit ist die Freiheit der Kapitalisten, uns auszubeuten; die Freiheit der Banken und Konzerne, an der Aufrüstung fett zu verdienen; die Freiheit, all die ins soziale Elend und ins Abseits zu stoßen, die den Normen der "Leistungsgesellschaft" nicht mehr entsprechen; die Freiheit, all diejenigen zu kriminalisieren und zu terrorisieren, die das nicht mitmachen wollen und Widerstand leisten.

Reagan vor dem Brandenburger Tor: "In Europa verweigert nur eine Nation den Beitritt zu der freien Welt. Der Weg ist auch anderen Ostblockstaaten versperrt. Aber in diesem Zeitalter des doppelten Wirtschaftswachstums, der Informationen und Innovation hat die Sowjetunion immer noch die Wahl. Sie muß grundlegende Veränderungen vornehmen oder sie wird sich überleben. Daher besteht heute Hoffnung. Wir im Westen sind bereit, gemeinsam mit dem Osten an einer wahren Offenheit zu arbeiten - die Schranken niederzubrechen, die die Menschen trennen, eine sichere und freiere Welt zu schaffen. Und sicherlich gibt es keinen besseren Ort als Berlin, den Angelpunkt von Ost und West, um damit anzufangen."



Eine lange Kreuzberger Nacht besuchte Investorin Kammerg Positionen ebenso wie den Orientierungspunkt in der Nacht zum Sonntag. Wie hier in der Orientierung gegen die Uhr früh stürmten Polizeikommandos auch einzelne Häuser und drängen in Wohnungen ein.
Foto: Hornann

Die Sowjetunion also "verweigert den Beitritt zu der freien Welt". Noch hat sie laut Reagan "die Wahl", sich dem Imperialismus zu unterwerfen und "die Schranken niederzureißen". In den Reden von Reagan, Kohl und Diepgen wird fortlaufend der Anspruch erhoben, daß "der Ostblock sich öffnen muß", kurz: die Länder des RGW werden aufgefordert, das kapitalistische System zu übernehmen. (Umgekehrt ist das nicht der Fall!) Kohl: "Es kann keine West-Ost-Zusammenarbeit um Berlin herum geben; Berlin muß voll einbezogen sein. Der Preis für Zusammenarbeit kann auch nicht darin bestehen, daß wir darauf verzichten, uns zu unseren Werten und Überzeugungen zu bekennen."

Wenn die Sowjetunion allerdings keinen Gefallen an der "Freiheit" und den "Werten und Überzeugungen" von Reagan, Kohl und Diepgen findet? Dann muß sie eben fühlen, was es heißt, sich dem US- und BRD-Imperialismus nicht zu unterwerfen! Kohl: "Wir wollen konventionelle Stabilität zwischen Atlantik und Ural. Dazu müssen die Staaten des Warschauer Pakts auf ihr konventionelles Übergewicht und auf ihre offensive Militärdoctrin verzichten." Angesichts der von der NATO erneuerten Doktrin der "Vorneverteilung" und der "flexible response", der Militärdoctrin von "Air Land Battle" und "Air Land Battle 2000" ist es schon eine kaltblütige Unverfrorenheit, der UdSSR

ZUR ERMORDUNG VON NORBERT,
GEFANGENER DER 1. MAI REVOLTE BERLIN-KREUZBERG

wir wollen und können an dieser stelle nicht mehr, als die ersten gedanken zum ausdruck bringen, die uns im kopf herumgehen - die ersten gefühle, die wir im bauch haben. was wir mit diesen gedanken und gefühlen machen - wie wir sie weiterentwickeln, das können wir nur im kampf selbst herausfinden - wenn wir sie umsetzen gegen die herrschenden, für uns.

norbert - das war einer, wie es sie viele hier gibt - denen es stinkt keine kohle - kaum zusammenhänge - oft genug zugestopft vom entfremdeten metropolleben und dann - immer mal wieder was dagegen machen - hauser besetzen, demos, usw. bis zum 1.5.87. dann haben sie ihn in den knast gesteckt in isohaft, nach der randale in berlin-kreuzberg. weil schnell ein paar exempel statuiert werden mußten. sie versuchen die organisieren kann und ihnen dann aus den fingern gleitet.

wir sind traurig und betroffen über norberts tod - wir sind aber auch zornig und wütend, weil wir wissen, daß er ermordet worden ist., und wir sagen, daß es mord ist, weil die bedingungen - iso - genau darauf abzielen, die menschen die drin sind, kaputtmachen, bis sie nicht mehr können und den löffel schmeißen: 23 std. alleine auf der zelle, dauerbeleuchtung - kein austausch - keine kommunikation mit anderen über das, was die schweine dort versuchen, mit einem zu machen und dann wie offensichtlich bei norbert auch noch psychopharmaka, und deshalb war es mord.

wie dieses system schon viele von uns ermordet hat - auf der straße hier in der brd (brenno ohnesorg, olaf ritzmann, j. rattay, g. sare) in westeuropa (malik ousakin) und anderswo - in den abschlebezellen (kenal alton, der sich durch einen sprung aus dem 6. stock des gerichtsgebäudes seiner auslieferung entzog, die folter und tod bedeutet hätte, oder die sechs liban, genossen in berlin) durch die killfahndung (elizabeth, willy stoll, georg v.rauch, usw.) oder im knast in isohaft, wie an den gefangenen genossen aus der guerilla in stammheim, stadelheim und anderswo (wie z.b. das gefangenmassaker in peru während der tagung der sozialistischen internationalen), weil die herrschenden ihrem kampf im knast nicht mehr anders bekamen.

es ist natürlich brutal, wenn es stimmt, was jetzt in den zeitungsen lesen ist und norbert sich das leben genommen hat, weil es einfach heißt, daß sie wider einen klein gekriegt haben, soweit, daß er für sich überhaupt nichts mehr gesehen hat. es holt uns aber auch mal wieder mit mächtigen armen dort in zurück, wo wir hier leben und was konfrontation ist, in der wir hier stehen, wenn wir hier kämpfen wollen. es zeigt uns, daß wir uns in dieser konfrontation bestimmen müssen und es zeigt uns, daß wir auch das bewußtsein dafür entwickeln müssen, daß wir uns zwar ganz woller frei und endlich lebendig, daß wir darin aber erst am anfang stehen und die frage, ob wir uns auf diesem weg unsere ganze menschlichk. und kreativität zurückerkämpfen, oder aber auf der strecke bleiben, noch lange nicht entschieden ist.

wir müssen uns, um uns durchzusetzen gegen die herrschenden - ernstnehmen so wie uns die schweine auch ernstnehmen, und darum gehts einfach überall und für jedeh, der sich hier ein anderes leben erkämpfen will. nicht mehr verwurstet und aufgespalten von kapital - sich nicht mehr über abgrenzung zu anderen genossen definierend und konkurrenz, etc. ob wir veranstaltungen organisieren wollen, oder demos, oder die weiterentwicklung unseres kampfes schlechthin - o

mit uns selber zu knacken haben, nicht mehr so recht wissen, wie es weitergeht oder uns in der schärfsten konfrontation befindend, wo die schweine direkten zugriff auf unsere körper haben- also im knast- wir müssen uns immer bestimmen und durchsetzen - den schweinen keine möglichkeit lassen einen fuß reinzukriegen. hier draußen schwimmt uns dieses klare verhältnis oft genug weg. und geht in alltag und psychoströb unter. wir wundern uns dann, wenn uns die bullen gerade wieder mal er nster nehmen, als wir uns selbst, oder wenn sie es mitkriegen, daß wir schwimmen und dann versuchen reinzukommen (anquatschversuche).

im knast, wo unsere gefangenen genossen sitzen, läuft diese konfrontation an jedem punkt - jeder moment, in dem sie sich dadrin nicht genau auf der kette haben, es einfach vielleicht grade mal nicht mehr packen, schlägt viel schneller und unmittelbarer gegen sie und gegen den ganzen widerstand, weil der staat, wenn er sie vernichtet, uns alle damit meint.

so kommt die notwendigkeit, sich mit der situation unserer gefangenen genossen/innen auseinanderzusetzen - von ihnen zu lernen, daß man/frau sich auch mit den schärfsten bedingungen gegen den gewaltapparat des systems durchsetzen kann aus einem existentiellen bedürfnis von uns als teil des widerstands hier.

gerade eben weil wir wissen, daß wir vom system bekämpft werden, wenn wir kämpfen, daß sie uns am liebsten im knast begraben würden, ist uns der kampf der gefangenen so nah, ist es für uns orientierung, wie sie unter diesen bedingungen weiterkämpfen als teil unseres kampfes.

isolation - das ist eben brutal und das erfahren wir auch oft genug hier draußen, wenn wir vorstellungen entwickeln, wie wir nicht mehr ausgebeutet, können, wenn wir vorstellungen entwickeln, wie wir nicht mehr ausgebeutet, vereinzeln und unproduktiv vor uns hinwursteln, sondern uns einen begriff schaffen, für das, wo die isolation herkommt, was sie zum ziel hat, und vor allem, wenn wir anfangen, gegen das alles zu kämpfen.

und um genau in diesem kampf noch mehr teilzunehmen zu können, ist die minimalbedingung für die gefangenen, daß sie im knast zusammen sein können, bzw. daß diejenigen, die aufgrund ihrer gesundheitlichen situation im knast nicht mehr die möglichkeit haben, sich als kämpfende menschen weiterzuentwickeln, freigelassen werden.

dabei fordern wir nichts vom staat und seinem gewaltapparat - die frage, ob wir es in gemeinsamer anstrengung schaffen, daß die gefangenen zusammengelegt werden, ist eine machfrage für die herrschenden und so davon abhängig, welche kraft wir im kampf sein können, mobilisieren können. wie jedes projekt der herrschenden - so ist auch das isolationsprojekt zu brechen, wenn sich der kampf um zusammenlegung zum politischen risiko für das ganze system entwickelt - hier - in westeuropa - auf der ganzen welt.

- GRÜBE AN ALLE DIE AM 1. MAI AUF DER STRASSE WAREN

-GRÜBE AN DIE BERLINER GEFANGENEN, AN DIE GEFANGENEN IN ALLEN NATO -KZS WELTWEIT

-GRÜBE AN DIE VERHAFTETEN GENOSSEN/INNEN VON AD DIE IN FRANKREICH IM KNAST SITZEN

-ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND

-FREIILASSUNG VON GÜNTHER SONNENBERG

-EINE MENSCHENWÜRDIGE OPERATION VON ANGELIKA GODER

-DRINNEN UND DRAUSSEN IM GEMEINSAM EN ANGRIFF DAS ISOLATIONSPROJEKT DURCHBRECHEN



KURZINFO ZUM KNAST

Wenn du dem Haftrichter vorgeführt wirst, nachdem du eingefahren bist, hast du ein Recht, daß ein Rechtsanwalt dabei ist. Bestehe darauf, daß dein Rechtsanwalt angerufen wird. Du bist nur verpflichtet, etwas zu deiner Person (Name, Geburtsdatum, Meldeadresse) auszusagen. Zum Tatvorwurf brauchst du dich nicht zu äußern!!! Der Richter kann aus drei Gründen U-Haft erlassen: Wegen Verdunkelungseinfahrt, Wiederholungseinfahrt oder Fluchtgefahr. Meistens wird Fluchtgefahr als Grund angegeben. Möglichkeiten, daß du entkräftet, sind der Nachweis einer festen Wohnung, Arbeitsplatz/Studium, feste soziale Beziehungen (Ehe, bei Eltern wohnen, verlobt sein).

Wenn U-Haft angeordnet wird, mußt du sofort einen Haftprüfungstermin beantragen (mündlich zu Protokoll geben). Der Termin muß dann spätestens 14 Tage später stattfinden.

Du mußt dich also erst einmal auf mindestens 14 Tage Knastr einstellen. Du wirst noch gefragt, ob deine Post vom Richter oder vom Staatsanwalt kontrolliert werden soll. Beim Staatsanwalt geht die Kontrolle wesentlich schneller als beim Richter, allerdings steckt der mehr in den Ermittlungen drin, wird sich also auch mehr für den Inhalt der Briefe interessieren. Müßt ihr euch also überlegen, was euch lieber ist.

Hat der Haftrichter **Haftbefehl** gegen dich erlassen und keine Haftverschonung gewährt, kommst du in die U-Haftanstalt. Frauen nach Plötzensee, Männer nach Moabit. Vorher wirst du nochmal total gefilzt, das geht teilweise bis zum Sich-Ausziehen-Müssen. Es wird alles registriert, was du bei dir hast.

In **Moabit** kommst du auf die Aufnahmestation. Am gleichen oder am nächsten Tag wirst du ärztlich untersucht. Danach kommst du auf eine U-Haft-Station. Du bist dort 23 Stunden in der Zelle und hast 1 Stunde Hofgang, in der Regel mit anderen Leuten zusammen. Teilweise gibt es auch Umschluß mit anderen Gefangenen. In der Plötze kommst du auch auf die Aufnahmestation und bleibst da, bis die ärztlichen Untersuchungen abgeschlossen sind. Das kann im Frauenknastr bis zu einer Woche dauern. In dieser Zeit bist du die ganze Zeit alleine, also es gibt auch nur Einzelhofgang. Danach kommt ihr auf eine Station, wo ihr auch Kontakt zu anderen Frauen habt über Umschluß. Es gibt dort allerdings nur Einzelzellen.

U-Haft ist in der Regel **Einzelhaft**. Du kannst beantragen, mit anderen U-Haft-Gefangenen zusammengelegt zu werden. Der Haftrichter darf dies jedoch nicht bereits vorher ausgeschlossen haben. Beim Hofgang besteht grundsätzlich kein Sprechverbot zwischen den Gefangenen. Wird Sprechverbot erteilt bzw. der Hofgang deswegen abgebrochen, kannst du deswegen Beschwerde beim zuständigen Haftrichter einlegen. Ob und wann Umschluß stattfindet, regelt die Hausordnung. Die U-Haft-Gefangenen haben keinen Anspruch auf Gemeinschaftsveranstaltungen. Du kannst aber jedenfalls versuchen, über einen Antrag beim Haftrichter die Genehmigung zur Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen zu bekommen. Du hast ein Recht auf Teilnahme an Gottesdiensten.

Für eine Haftsituation ist der Haftrichter zuständig. Wird dir irgendetwas verweigert, wo du ein Recht drauf hast, verlange die Vorlage eines richterlichen Beschlusses. Zusätzlich kannst du Beschwerde beim Haftrichter einlegen. Wie die Beschwerden im einzelnen zu begründen sind, besprich mit deinem Rechtsanwalt oder schau in den "Ratgeber für Gefangene", der im Juli neu erscheint. Beschwerden und Anträge sind zwar mühselig und oft nicht erfolgreich, sind aber auch wichtig, damit du klar machst, daß du dir nicht alles gefallen läßt.

Zu Besuchen:

Grundsätzlich besteht ein Recht auf Besuch alle 14 Tage, der Besuch kann aus bis zu drei Leuten bestehen. Er muß von draußen beantragt werden, entweder beim zuständigen Staatsanwalt oder Richter. Die Besuchsscheine müssen handschriftlich ausgefüllt werden, die Handschriften werden dann im Computer gespeichert; wenn ihr Besuche zu mehreren macht, füllt euch die Besuchsscheine gegenseitig aus! Die Besucherlaubnis erhalten die Besucher spätestens ein paar Tage später. Welcher Richter oder Staatsanwalt zuständig ist, könnt ihr bei der Geschäftsstelle des Amtsgerichtes erfahren. Das geht in der Regel nicht telefonisch. Oder ihr bekommt die Auskunft vom Rechtsanwalt des/der Gefangenen.

Familienangehörige können Sonderbesuche beantragen, diese Besuchszeit kommt dann zusätzlich zu der normalen Besuchszeit hinzu, also so viel wie möglich beantragen. Der Familienbesuch ist hier in Berlin relativ problemlos durchgesetzt worden. Gefangene kön-

nen das noch unterstützen, wenn sie auch noch eine Begründung an den Staatsanwalt/Richter schreiben, warum der Besuch wichtig für sie ist.

Wird ein Besuch abgelehnt, legt Beschwerde dagegen ein. In der U-Haft werden sämtliche Besuche überwacht, es sitzt also immer ein Schließer/eine Schließerin daneben. Ein **Besuchsabbruch** ist möglich, wenn die Sicherheit und Ordnung der Haftanstalt gefährdet sind (Gummibegriff). Bevor der Besuch aus irgendwelchen Anlässen abgebrochen wird, verwartet euch der Schließer /die Schließe. Wenn ihr dann das Gesprächsthema nicht wechselt, wird der Besuch abgebrochen.

Bei normalen Besuchen (nicht bei Sonderbesuchen z.B. von Familienangehörigen) können die Besucher 18,-DM in Ein- und Zweimarkstücken für den Automatenzugang mitbringen. Es kann auch Geld auf dein Knastrkonto überwiesen werden. Die U-Haftgefangenen können bis zu 60 DM pro Woche davon für Einkauf ausgeben.

Es ist öfters vorgekommen, daß der Staatsanwalt die Besucher verhört hat. Er wollte wissen, ob sie als **Zeugen** in Betracht kommen. Bei einer Aussageverweigerung ist angeordnet worden, den Besuch nicht zu genehmigen. Kommt ein Besuch als Zeuge in Betracht, ist es zu überlegen, ob der Besuch überhaupt sinnvoll ist, da nach einem Besuch diese Person vor Gericht als Zeuge unglaubwürdig angesehen werden kann.

Der Besuch ist aber auf keinen Fall zu einer Aussage verpflichtet, selbst wenn er/sie Zeuge ist. Sie können angeben, vor einer Aussage mit einem Rechtsanwalt sprechen zu wollen. Der Besuch kann dann allerdings abgelehnt werden. Wird der Besuch direkt im Knastr verhindert, obwohl ihr eine Besuchsgenehmigung habt, ruft sofort beim Haftrichter/Staatsanwalt an und fragt, was los ist. Was noch unbedingt klar sein sollte: redet bei Besuchen nicht konkret über den Tatvorwurf!

Zur Post:

Post wird in der U-Haft immer kontrolliert. Schreibe also besser nichts über deinen Tatvorwurf, außer du hast es raus, wirklich nur Entlastendes zu schreiben. Auch ist es nicht gut, zu viele Namen von Leuten ins Spiel zu bringen.

Wenn ihr "radikale" Briefe schreibt, kann es passieren, daß sie abgegriffen werden. Ihr müßt euch dann überlegen, ob ihr das einkalkuliert oder was an euren Formulierungen ändert. Werden Briefe angehalten, können beide Seiten Beschwerde dagegen bei dem Haftrichter einlegen.

Wenn ihr das erste Mal jemandem schreibt, den ihr nicht kennt, er/sie also auch keine Post erwartet, schreibt besser mit Rückschein mit Rückschein, damit ihr sicher geht, daß der Brief ankommt. Briefe können in der Regel eine Woche dauern, bis sie durch die Kontrolle sind und ausgehändigt werden.

Es können für den/die Gefangenen Briefmarken beigelegt werden. Den Gefangenen kann Geld überwiesen werden, am besten direkt im Knastr. Ihr braucht dazu die Buchnummer.

Die Gefangenen können im Knastr einen Wäscheschein beantragen, der es ihnen ermöglicht, sich eigene Klamotten in den Knastr bringen zu lassen. Leute draußen können auch versuchen, Wäsche direkt am Knastr abzugeben. Manchmal klappt es.

Außerdem können die Gefangenen drei Pakete im Jahr erhalten, eins zu Ostern, zu Weihnachten und zum Geburtstag. Dazu muß ein **Paketschein** beantragt werden, auf dem auch vermerkt sein muß, wer der Absender sein soll. Ist das genehmigt worden, können die Leute draußen das Paket schicken.

Das Flugt reißt nur verschiedene Sachen an. Ausführlischer könnt ihr das im "Ratgeber für Gefangene" nachlesen.

Nochwas: Quatsch im Knastr nicht über euren Tatvorwurf, allgemein könnt ihr natürlich über Sachen reden.

Info und Beratung:

Ermittlungsausschuß Tel: 69222222

AG Knastr Babylon Tel: 6116089

Cuvyrstr.20, 1-36, Mi. u. Fr.18.00 h-20.00 h.

VERVIELFÄLTIGEN und WEITERGEBEN!:

So begann die Demo

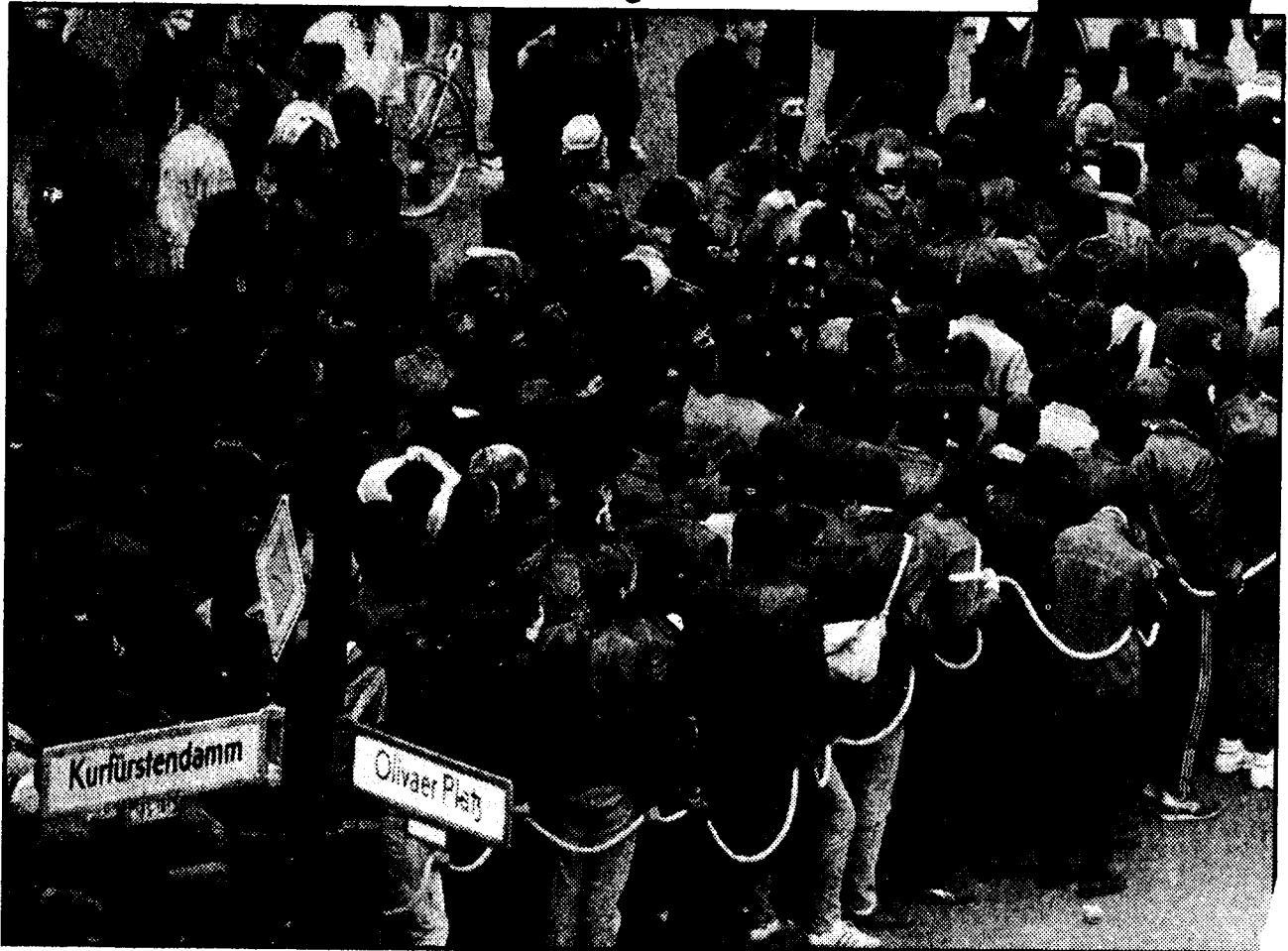
und das wurde daraus



Am Anfang Spaß

So friedlich, fast lustig begann die Demo. Etwa 30 000 Demonstranten versammelten sich an der Kantstraße, Ecke Wilmersdorfer, zogen dann zum Kudamm. Ein kostümierter Punker strampelte auf einem Hochrad in der Menge mit (Foto links). Der Beifahrer in dem Motorrad-Seitenwagen hatte sich eine Reagan-Maske übers Gesicht gezogen.

81 C D 17.67



Am Schluß des Demonstrationstages marschierten rund 4 000 Polit-Rocker vom „Schwarzen Block“ (fast alle in schwarzen Lederjackets) und vermummte „Autonome“ – viele hatten in Taschen und Beuteln Pflastersteine, waren mit Eisenstangen, Knüppeln und Katapulten bewaffnet. Links und rechts sicherten sich die Chaoten mit dicken Tauen ab – damit kein Polizist in den Zug konnte.

Vermummte wollten das Chaos

B 2 Berlin, 12. Juni
 Eine eingeworfene Scheibe beim KaDeWe ● Scherben bei einem Kudamm-Autokaufhaus, bei einem Möbelgeschäft und einer Bank ● Stein-, Flaschen-, Farbbeutel- und Knuffelwürfe gegen die Polizei ● Ein brennendes Auto am Wittenbergplatz ● Gepölkerte Geschäfte (Juwelier, Elektrogeräte und Spirituosen) am Nollendorf- und Winterfeldplatz ● Feuerbriketts aus Baumaterial ● Stillgelegter BUS-Verkehr in der Potsdamer Straße – und ausgestreute Krühenfüße, die die Polizeiwagen stoppen sollten.
 Das alles war das Werk von 2000 Schwarz-Vermummten, die die Demonstration (vom Kudamm bis zur Urania) von rund 25 000 Menschen am Vorabend des Reagan-Besuches in einen Chaos-Zug umfunktionieren wollten.
 Die Polizei setzte gegen die vermummten Chaoten Tränengas ein, mußte mit Schlagstöcken vorgehen.
 „Der schwarze Block der Schwarzvermummten erinnerte mich an die SS“, sagte ein alterer Straßenpassant.

Geschäftsleute der City kritisieren die Polizei

BM Berlin, 14. Juni
 Die Arbeitsgemeinschaft City hat den Einsatz der Polizei in der Innenstadt kritisiert und bedauert, daß am Freitagnachmittag die Geschäfte und Kaufhäuser an der Tauentzienstraße wegen der Demonstration geschlossen werden mußten. In der City habe „Belagerungszustand“ geherrscht.
 Dazu sagte gestern der Sprecher des Innensensors, Hans Birkenbeul, es hätten der Polizei „eindeutige Hinweise“ vorgelegen, nach denen eine große Zahl der als be-

sonders militant geltenden „Stadtbahn-West-Gegner“ unter anderem das KaDeWe stürmen wollte. Die Brandanschläge im Inneren des Kaufhauses befürchtet wurden, habe Innensensor Wilhelm Kewenig bei der KaDeWe-Geschäftsleitung „dringend auf eine Schließung des Kaufhauses hingewirkt“.

In der Nacht zu gestern haben etwa 300 Chaoten in Kreuzberg erneut schwere Krawalle verursacht, die bis gegen fünf Uhr morgens dauerten. (Kommentar Seite 2, Fortsetzung Seite 3)

67 Beamte verletzt, Läden demoliert, Autos angezündet

67 verletzte Polizisten, ein Beamter mit schwerer Gehirnerschütterung im Krankenhaus, 77 festgenommene Chaoten, hunderte zertrümmerte Scheiben zwischen Wittenberg- und Winterfeldt-Platz, viele demolierte Geschäfte, angezündete Autos und Bauwagen, weit über eine Million Mark Schaden – das ist die erschreckende Bilanz der Anti-Regan-Demo in der City.

AL: Das war ein Riesenerfolg



Ein sehr starker Block Vermummter beteiligte sich an der Demonstration am Donnerstag abend.

Interne Kritik an der Polizeitaktik während der Krawalle

„Schwachstellen“ machten Ausschreitungen möglich

Zwischen den polizeilichen Leit- und Kommandostellen sowie den örtlich eingesetzten Sicherheitskräften hat es in der Nacht zum Freitag zumindest zeitweise offenbar infolge falscher und widersprüchlicher Befehle Konflikte gegeben, die das insgesamt positive Bild der Polizeiarbeit relativieren.

So sei gestern früh in mehreren Situationsanalysen der vorangegangenen Krawallnacht von verschiedenen örtlich eingesetzten Beamten intern zum Teil heftige Kritik an der Polizeiführung laut geworden. Vor allem zwei „Schwachstellen“ hätten, wie die „Berliner Morgenpost“ zuverlässig erfährt, dabei eine zentrale Rolle gespielt:

Sonder-Einsatzkommandos, die ausschließlich zum Erkennen und Festnehmen von Straftätern ausgebildet sind, seien in der Potsdamer Straße mindestens 45 Minuten lang zum Objektschutz abkommandiert worden. Dadurch sei es ihnen unmöglich gewesen, Chaoten zu fangen. Unter anderem deshalb sei es nur zu insgesamt 77 Festnahmen gekommen. 40 Störer wurden zwischen den Hafttrichtern wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Zahl Chaoten, die Haftbefehle erhielten, war bis gestern abend noch immer nicht klar.

Durch Rückzug Krawalle ermöglicht

Zweiter Punkt der Kritik: Während des Demonstrationenmarsches vom Stuttgarter Platz zur Tauentzienstraße sei frühzeitig erkannt worden, daß vermummte Chaoten sich mit Pflastersteinen munitioniert hätten. Trotzdem aber seien in Höhe Kurfürstendamm/Ecke Bleibtreustraße die Polizeikräfte abgezogen worden, die die Gewalttäter bewachen sollten.

Ursache dafür sei gewesen, daß die Demonstrationsleitung die Polizeiführung um den Abzug der Be-

wachung der Chaoten ersucht habe. Und das, obwohl zu diesem Zeitpunkt mit Ausschreitungen gerechnet werden mußte. Durch dieses Verhalten gegenüber Demonstrationsleitung und „Schwarzem Block“, so hieß es gestern, hätte die Polizei, den Chaoten erst Gelegenheit gegeben, sich auf die Zerstörung eines Getränkeladens in der Innenstadt vorzubereiten.

Alte Schlupfwege in Kreuzberg genutzt

Diese Darstellung wurde gestern seitens der Innenverwaltung zurückgewiesen. Ihr Sprecher Hans Birkenbeul: „An der Tauentzienstraße wurde der ‚Schwarze Block‘ von Doppelreihen aus Polizisten eingeschlossen, am KaDeWe haben wir sie sogar auf Tuchfühlung gehabt.“ Zu den anderen kritischen Anmerkungen wollte sich Birkenbeul noch nicht äußern.

Schwachstellen in der Polizeitaktik seien auch in der Nacht deutlich geworden. So hätten Vermummte ihre Gesinnungsgenossen beispielsweise an der Urania von Dächern aus mit Funkgeräten dirigiert, ohne daß diesem Treiben rechtzeitig Einhalt geboten worden sei.

Später in der Nacht hätten „Autonome“ in Kreuzberg die alten polizeibekannteren Fluchtwege aus den Zeiten der Hausbesetzungen in und zwischen den Häusern genutzt, um Einkesselungen durch die Sicherheitskräfte zu entgehen.

Mit welcher Brutalität die „Autonomen“ gegen die Polizei kämpften, zeige ein anderes Beispiel. So hätten Vermummte in Kreuzberg ein Benzin-Öl-Gemisch großflächig auf die Straße gekippt, in die gerade eine Polizeieinheit einrückte. Mit brennenden Lappen und Fackeln hätten die Chaoten dann versucht, dieses Gemisch anzuzünden, was zum Glück mißlungen sei. Die Polizei nannte das „kollektiven

Mordversuch“ an Beamten. Bei den Ausschreitungen vom Donnerstag kam es zu einer schweren und 67 leichteren Verletzungen unter den Beamten. Insgesamt hatten Deutsches Rotes Kreuz und Arbeiter-Samariterbund etwa 60 Sanitäter und Ärzte im Einsatz, die Polizisten und Demonstranten Hilfe leisteten.

Zum ersten Mal haben die sogenannten „Autonomen“, eine aus mehreren tausend zur Gewaltanwendung entschlossenen Chaoten bestehende Gruppierung, offen in einem „Positionspapier“ ihre wahren Ziele preisgegeben. In der Nacht zum Freitag hatten Polizisten dieses von den Berufs-Randalierern gefertigte Schriftstück in Kreuzberg gefunden.

Darin distanzieren sich die „Autonomen“ deutlich von allem, was im Nachhall auf die Unruhen am 1. und 17. Mai 1987 von Kirchenvertretern, führenden Sozialdemokraten und anderen als Begründung der Ursachen für die Krawalle gegeben worden ist.

„Autonome“ wollen den Staat zerschlagen

Insbesondere die These, die Ursachen der Straßenkämpfe, Barrikaden, Plünderungen und Brandstiftungen lägen fast ausschließlich in „ungelösten sozialen Konflikten“ wie etwa der Arbeitslosigkeit, äßen sie nicht gelten. Sie verweisen vielmehr: „Wir wollen von diesem Staat nichts einklagen, wir wollen ihn zerschlagen.“

Dazu ein Polizei-Sprecher: „Jetzt haben die Krawallmacher genau das bestätigt, was wir längst wußten. Ihnen geht es nur darum, immer neue Vorwände zum Randalieren zu finden. Soziale Probleme als Vorwand für Ausschreitungen sind offenbar unnötig geworden – diese Leute wollen den direkten Angriff auf den Staat.“

Steinhagel – dann wurde Getränke-Hoffmann geplündert
Feuer – Chaoten vernüsten City
Krawalle vor Regen-Besuch

Berlin-Kreuzberg: Die Jagd geht weiter

Empörung über die Teilblockade des Berliner Stadtteils während des Reagan-Besuchs / Bis Sonntag hielt nachts der Ausnahmezustand an / Über 300 Festnahmen seit Freitag / Massive Polizeipräsenz und uniformierte Greiftrupps / Einkesselung von Demonstranten

Von Kuno Kruse

Berlin (taz) — Der Berliner Innensenator dankte am Wochenende nicht ab. Wilhelm Kewenig (CDU) dankte der Polizei. Nach der Totalabspernung des 160.000 Einwohner starken Stadtteils Kreuzberg, der Sperrung der meistbenutzten U-Bahnlinie der Stadt und wahllosen Festnahmen war der Besuch des US-Präsidenten für den Ordnungspolitiker „ohne allzugroße Störungen“ verlaufen. 10.000 Beamte, darunter 1.000 Leihpolizisten aus Westdeutschland, hatten anlässlich der vierstündigen Stippvisite Ronald Reagans den Ausnahmezustand zu Land, zu Wasser und in der Luft gesichert.

Ausweichbusse blieben in Autokolonnen stecken. Kinder kamen nicht mehr von der Schule nach Hause. Journalisten nutzten ihren Presseausweis, um Rentnerinnen durch die Kontrollstellen zum Arzt zu fahren. Der Wasserschutz brachte auf den Kanälen Ruderboote auf.

Durch dichte Polizeiketten an jeder Ku'damm-Kreuzung wurde die Bewegungsfreiheit im Jubiläumsjahr scheinbarweise aufgehoben. Viele Berliner standen überrascht von den Straßensperren, wie eine ältere Dame, die auf die Erklärung eines Beamten „wegen Reagan“ verständnislos den Kopf schüttelte: „Aber Regen haben sie doch erst für heute Abend angesagt.“

Im strömenden Regen standen dann, noch Stunden, nachdem der Präsident die Stadt verlassen hatte, rund 300 Menschen, die spontan über Berlins prominente Einkaufspromenade „Tauentzien“ gezogen waren, in einem Polizeikessel.

Bis zum Wochenende wurden 366 Menschen in Berlin festgenommen: nach der friedlichen Demonstration am Donnerstag oder in den Nächten im von den Legionen des Senators belagerten Kreuzberger „Kiez“ um die Oranienstraße.

Fortsetzung von Seite 1
Kreuzberg... 17. 7. 1987

Ob beim Verlassen eines Lokales oder beim Absitzen vom Motorrad, viele wurden ohne Anlaß, weitab von jeder Barrikade, „nach Augenschein“ im Polizeigriff gepackt und „zur Gefahrenabwehr“ abgeführt. Greiftrupps jagten „Verdächtige“ bis in die entlegenen Straßen und Hinterhöfe. Wohnungen wurden gestürmt. Festgenommenen blieb noch nach Stunden in den Polizeigefängnissen untersagt, Kontakt mit ihren Rechtsanwältinnen aufzunehmen. Von Angehörigen der Festgenommenen beauftragte Strafverteidiger wurden nicht einmal zu einem sogenannten Anbahnungsgespräch für eine Mandatsübernahme in die Polizeizellen gelassen. Von 366 Festgenommenen stand am Sonntagmorgen nur noch ein geringer Teil unter dem Verdacht, überhaupt eine Straftat begangen zu haben. Gegen neun wurde ein Haftbefehl erlassen. In einem Fall wegen versuchten Totschlags an einem Polizisten.



Eine lange Kreuzberger Nacht bescherte Innensenator Kewenig Polizisten ebenso wie den Anwohnern rund um den Oranienplatz in der Nacht zum Sonntag. Wie hier in der Oranienstraße gegen drei Uhr früh stürmten Polizeikommandos auch einzelne Häuser und drangen in Wohnungen ein
15. 7. 87 Wahrheit
Foto: Homann

Nachdem bereits am Vorabend des Präsidentenbesuchs Bauwagen umgekippt und Barrikaden aufgebaut worden waren, zogen sich kleinere Scharmützel auch durch die folgenden Nächte. Neutrale Beobachter waren nicht mehr in der Lage zu überschauen, ob Polizeieinsätze Reaktionen auf Bomben waren oder umgekehrt. Reportern vor Ort nützte nachts der Ruf „Presse“ nichts mehr. Auch die Chronisten der „Gewaltnächte“ wurden, wie alle, die es in diesem Stadtteil jetzt noch riskierten, zu zweit oder zu dritt zusammenzustehen, von unvermittelt heranströmenden Ordnungskräften zusammengeschlagen. Die „KSZE“-Schlußakte von Helmsink über die Pressearbeit, beklagte der Berliner Rechtsanwalt und ehemalige AL-Bundestagsabgeordnete Christian Ströbele in Anspielung auf die Pfingstereignisse an der Mauer in Ostberlin, wird auch im Westteil der Stadt nach Belieben außer Kraft gesetzt.

Bereits am Vormittag des Besuchstages griffen Beamte in Schimanskizivil oder Streetfighterdress im Stadtzentrum alle ab, deren Outfit vermuten ließ, daß sie nicht regelmäßig in den Ku'damm-Boutiquen einkaufen, und durchsuchten sie. Vergeblich riefen wenig später die im Polizeikessel unter Schlagstockeinsatz zusammengetriebenen 300, gegen den Polizeiwahl an: „Die Mauer muß weg!“ Sie blieb für 6 Stunden geschlossen. Teilweise in Hemd oder Sommerkleid standen sie im strömenden Regen. Einzelne wurden von SEK Beamten an Haaren und Kleidern aus der Gruppe gerissen. Bis zum Abend alle von einschlägig erfahrenen Beamten aus dem Bundesgebiet mit Hamburger Akzent und Berliner Hoheitszeichen auf der Uniform zur Personaliaufnahme oder erkennungsdienstlichen Behandlung abgeführt. Alle Verhandlungsversuche, geschlossen oder in

kleinen Gruppen wenigstens bis zur nächsten U-Bahnhaltestelle abziehen zu können scheiterten. Als unter Schlagstockeinsatz eine Bresche für ein Polizeifahrzeug durch die Eingeschlossenen geschlagen wurde, wurden ein Mann schwer verletzt. Einziger Lichtblick für die Gefangenen auf der Straße: Ein Mitglied des Berliner Kneipenkollektivs „Zille“ durfte getarnt als „Mann von der Stadtküche“ die Polizeikette passieren und übernahm die ambulante Versorgung mit „Höckel-Futter“ aus der Gulschkanone.

Eine weniger positive Bilanz als der Innensenator zogen auch die konservative „Gewerkschaft der Polizei im Beamtenbund“. Die Einstellung von U-Bahnlinien und die Schließung von Einkaufszentren sowie die stundenlange Verkehrsblockade seien, so Polizeigewerkschaftsvorsitzender Gregg, sei „eine Bankrotterklärung für den verantwortlichen Innensenator“. Während die SPD-Opposition noch am Sonntag von der Stilllegung Berlins völlig paralysiert schien, verurteilte die Berliner Alternative Liste „Menschenjagd und Internierungen.“ Daß auch in Zukunft in Berlin nichts mehr ohne die Polizei gehen soll, scheint selbst die Eröffnung der szenischen Ausstellung „Mythos Berlin“. Polizeiketten schirmten auch den 6-Millionen-Abenteuerspielplatz internationaler Künstler ab, bis nach der Eröffnungsrede des Kultursenators Hassemer der Projektleiter Knödler-Bunte Ausstellung und Buffet auf der drängelnde Kreuzberger öffnen ließ.

Wie oft noch?

Ja. Während diese Zeilen geschrieben werden, sind die Träume unserer Hintertreppen-Revolutionäre — dem Himmel sei Dank — nicht in Erfüllung gegangen. Es haben nicht 50 000 Menschen gegen den Besuch von Reagan protestiert, sondern, laut Polizei, lediglich etwas mehr als 20 000. Der Sachschaaden, den die Gewalttäter angerichtet haben, hält sich zur Stunde noch in Grenzen, so bedauerlich und unsinnig er auch immer ist. 17. 7. 87

Eine Links-Postille hatte sogar die berechtigte Frage gestellt, gegen was und wen sich eigentlich der „flammen-de“ Protest richten solle — habe doch der US-Präsident höchst vernünftig auf Moskaus jüngste Abrüstungsvorschläge reagiert. Man ist geneigt, sich des Bibelwortes zu erinnern: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun...

Gleichwohl werden sich Regierung und Gesetzgeber überlegen müssen, wie man den professionellen Kriminellen, den SEW-Funktionären, den gewaltpredigenden Pastoren und den entgleisten Friedensfreunden jenen Nährboden entziehen kann, der ihnen durch kurzzeitige Senats-Subventionen seit Jahr und Tag ein Leben im Untergrund, ein Leben gegen die Gesellschaft in ständiger Kollision mit Recht und Gesetz ermöglicht. Unsere wahrlich schwer erkämpfte Demokratie sollten wir nicht fortgesetzt zugunsten einer rücksichtslosen, totalitär gesinnten Minderheit lebensgefährlichen Balanceakten aussetzen. Eine deutsche Republik, von linken und rechten Radikalen zerstört, genügt uns. (Berichte auf den Seiten 1 und 2)

Esel auf dem Eis

Werte Redaktion!

Vom 6. bis 11. Juni war ich erstmalig im freien Teil der Stadt Berlin zu Besuch. 17. 7. 87

Ich stamme aus der „DDR“, viel leicht sehe ich deshalb vieles mit anderen Augen. Ich sage sogar, ich kann manches besser einschätzen, denn wenn es dem Esel zu gut geht, dann geht er aufs Eis tanzen. Und genau das muß ich von der westdeutschen Jugend sagen. Dies ist mir kurioserweise in West-Berlin besonders aufgefallen. Protest um des Protestes willen, oder Protest ist „in“.

Ich denke da an Kreuzberg, Volkszählung und besprühte Wände, die mir in West-Berlin besonders aufgefallen sind.

Das größte Kuriosum ist der Protest gegen die Amerikaner. Der amerikanische Präsident gibt Berlin die Ehre seines Besuches wie die Staatsoberhäupter der anderen alliierten Schutzmächte auch. Und was machen gewisse Leute? Sie planen eine Gegendemonstration. Da fehlen mir einfach die Worte! Und das als freie Berliner.

Vielleicht geht es der Jugend schon zu lange zu gut. Aber dennoch, jeder kann sich alleinig informieren und bilden, und was Blockade war, dürfte ohnehin jeder wissen.

Vielleicht ist eine Demokratie wirklich nur eine Alternative, allerdings die einzig wahre.

Mit freundlichen Grüßen
Uwe Nestler, München

Alles vergessen?

Sehr geehrte Damen und Herren,

mir scheint, die sogenannte „Anti-Reagan-Demo“ wird von einigen unverbesserten Menschen zu einer „Volksfront-Demo“ umgewandelt!

Haben denn die Sozialdemokraten aus Zehlendorf und Charlottenburg vergessen, daß es die SEW'sten waren, die einst zur Spaltung Berlins und zur Verfolgung, Einkerkelung, Folterung und Ermordung von echten Sozialdemokraten unter der Stalin-Ubricht-Herrschaft beigetragen haben?

Mir als ehemaligem politischen Gefangenen unter Stalin ist es unverständlich, daß SPD Mitglieder gemeinsame Sache mit den Feinden der Freiheit machen können! Mir ist es unverständlich, wie sie Seite an Seite mit den Unterdrückten, deren Hauptfeind immer die Sozialdemokratie war, „demonstrieren“ können! Alles vergessen?

Mit freundlichen Grüßen

Als Steine flogen, wurden Demonstranten eingekesselt

Die gestrigen Demonstrationen hatten zunächst noch ruhig am Kurfürstendamm/Ecke Joachimstaler Straße begonnen. Dorthin hatten die Veranstalter der Donnerstag-Demonstration zu einer sogenannten Friedensinitiative „mit Musik und Tanz“ eingeladen. Das Verwaltungsgericht hatte jedoch kurze Zeit vorher ein Versammlungsverbot erlassen, weil es angesichts der Vorkommnisse vom Tag zuvor die Sicherheit gefährdet sah. Die Organisatoren seien „kräftemäßig nicht in der Lage, die angemeldeten Versammlungen von zu erwartenden Störern und Gewalttätern freizuhalten“, hieß es in der Begründung.

Als den etwa 1000 Versammelten der Gerichtsbeschluss gegen 15 Uhr über Lautsprecher mitgeteilt wurde, zogen die Randalierer und der größte Teil ihrer Sympathisanten mitten durch den fließenden Verkehr und das dichte Gewimmel einkaufender Berliner in Richtung Breitscheidplatz. Die ständig wiederholten Aufforderungen der Polizei, sich zu zerstreuen, blieben unbeachtet.

Geschäftsinhaber schlossen frühzeitig

Daraufhin reagierte die Polizei, als aus der Gruppierung wiederum erste Steine flogen, und kesselte die Randalierer ein: in einen Block an der Tauentzien-Ecke Nürnberger Straße mit rund 350 Teilnehmern, einen kleineren in Höhe des Europa Centers.

Wenig später war die gesamte Tauentzienstraße zwischen Gedächtniskirche und Wittenbergplatz abgeriegelt. Die Geschäftsinhaber hatten meist schon vorsorglich ihre Läden geschlossen; auch das KaDeWe war von etwa 14 Uhr an dicht.

Randalierer wurden durchsucht

Während es zufällig eingeschlossenen Passanten nach und nach gelang, den Kessel zu verlassen, weigerten sich die Randalierer zunächst bis auf wenige Ausnahmen, sich durchsuchen zu lassen. Die Stimmung wurde explosiv, als Polizeiwagen bei ihrer Fahrt durch die Tauentzienstraße auch den Kessel passierten. Mehrere der Chaoten versuchten, sie an der Weiterfahrt zu hindern; andere trommelten mit den Fäusten wütend auf die Wagenwände.

Polizisten setzten daraufhin den



TA 2 13-61 Foto: Andreas Schmidt

Schlagstock ein und führten eine Reihe von Demonstranten, die sich eingehakt hatten, im Polizeigriff ab. Mehrere von ihnen kamen verletzt ins Krankenhaus. Als die Einkesselten in Sprechchören „Hamburger“ verlangten, ließ die Polizei einige Sympathisanten mit einem Kessel Suppe durch. Gegen 18 Uhr verließen – auch durch den

plötzlich einsetzenden Regen begünstigt – die meisten Randalierer den Kessel und unterzogen sich der geforderten Durchsuchung. Daraufhin gab die Polizei die Absperrmaßnahmen auf. Dennoch ließ sich ein „harter Kern“ auf der Straße nieder und wurde schließlich nach und nach von Polizisten weggetragen. Dabei gab es jedoch keine



Zwei Tage pendelte Berlin zwischen Volksfest und Bürgerkrieg hin und her

Die Reagans

waren da – jetzt können die Glaser kommen . . .

17. 11. 1989 13.6.

Von Werner Meyer

Steine fliegen, die Schöneberger Sangerknaben singen, Fensterscheiben zerplatzen, die Big Band der Stadtreinigung – sie heißt wirklich so, spielt auf. Der amerikanische Präsident kommt, und die Glaser haben zu tun. Menschen jubeln, Menschen murren. Was ist das – das ist der offizielle Höhepunkt der 750-Jahr-Feier Berlins am gestrigen Freitag. Eine Stimmung, die manchmal zwischen Volksfest und ein bißchen Bürgerkrieg schwankt.

Hunderte umzingelt

Polizeikessel am Tauentzien / Anwälte versuchen einstweilige Verfügung zu erreichen / Kein Richter zuständig

TA 2 13-62

Schlägereien mehr. Gegen 21 Uhr 15 lief der Verkehr auf der Tauentzienstraße wieder normal.

Während des Polizei-Einsatzes forderte ein AL-Abgeordneter über Megaphon die Polizei immer wieder auf den „rechtswidrigen Kessel“ sofort freizugeben und drohte mit einer einstweiligen Verfügung.

Etwa eineinhalb Stunden später kam es zu einem neuen Einsatz-Schwerpunkt der Polizei in Kreuzberg: Am Heinrichplatz rotteten sich plötzlich etwa 150 Chaoten zusammen, stürzten einen Bauwagen um und setzten ihn in Brand. Dort und am Moritzplatz wurden mehrere Polizeifahrzeuge durch Stein- und Flaschenwürfe beschädigt und mit Stahlkugeln aus Katapulten beschossen. An der Skalitzer-Ecke Oranienstraße sammelten sich gegen Mitternacht rund 100 Randalierer. In der Nähe wurden mehrere Chaoten beobachtet, die Molotow-Cocktails vorbereiteten. Darüber hinaus registrierten Polizei und BVG einen verstärkten Zustrom von Randalierern, der mit der U-Bahn aus Richtung City kam.

Im angrenzenden Bezirk Neukölln hatten Randalierer aus der Chaotenszene bereits am Nachmittag an verschiedenen Stellen Schaufenster eingeschlagen. An der Avus wurde ein Mann festgenommen, der einen Brandsatz und einen Stein gegen einen Wagen mit amerikanischen Kennzeichen geschleudert, ihn aber verfehlt hatte.

Ein maskierter Chaot schlägt mit einem Eisenrohr die Schaufensterscheibe vom Lichthaus Mösch an der Tauentzienstraße ein. Danach verschwindet er.

Berlins Innenstadt wegen Reagan-Besuch gesperrt

11.6.77 BM

Die Sicherheitsvorkehrungen, die für den Besuch des US-Präsidenten Ronald Reagan am morgigen Freitag erforderlich sind, führen auch zu erheblichen Verkehrsbeschränkungen vor allem in den innerstädtischen Bezirken. Einige dieser Maßnahmen treten bereits heute in Kraft.

Von 19 Uhr an bis morgen etwa 16 Uhr werden die Entlastungsstraße zwischen Kemperplatz und Moltke-Brücke, die Straße des 17. Juni zwischen Großer Stern und Brandenburger Tor, die John-Foster-Duiles-Allee zwischen Spreeweg und Entlastungsstraße sowie alle innerhalb dieses Bereichs liegenden Straßen rund um den Reichstag für den Verkehr völlig gesperrt. Davon ist auch der BVG-Busverkehr betroffen.

Ebenfalls heute müssen Autofahrer im Bereich der City mit erheblichen Behinderungen rechnen. Der Grund: Die große Anti-Reagan-Demonstration, an der etwa 30 000 Menschen teilnehmen sollen. Die Polizei bittet die Verkehrsteilnehmer, gegen 17 Uhr weder am Ausgangs- und Endpunkt des Demonstrationzuges, nämlich an der Ecke Kant-/Wilmsdorfer Straße sowie an der Urania noch an der Demonstrationstrecke zu parken.

Der Zug verläuft über die Kantstraße, Kaiser-Friedrich-Straße, Stuttgarter Platz, Lewishamstraße, Kurfürstendamm und Tauentzienstraße zur Urania.

Gäste, die zur Rede Reagans am Brandenburger Tor eine Einladungskarte erhalten haben, müssen diese mitbringen und den Ordnungshütern vorzeigen. Der Zutritt ist nur über die Eingänge an der Moltke-Brücke, an der Straße des 17. Juni und am Kemperplatz/Bellevuestraße möglich.

Falschparker werden abgeschleppt

Morgen werden in der Zeit von 11 bis 16 Uhr in den Bereichen nördlich, westlich und südlich des gesamten Tiergartens, nördlich, westlich und südlich des Flughafens Tempelhof, einschließlich der Stadtautobahn zwischen Sachsen-damm und Oberlandstraße in beiden Richtungen und im nördlichen und westlichen Kreuzberg zahlreiche Straßen vorübergehend für den Straßenverkehr gesperrt.

Mit Nachdruck weist die Polizei darauf hin, daß Halteverbote unbedingt zu beachten sind, denn ver-

botswidrig abgestellte Fahrzeuge werden abgeschleppt. Die Polizei empfiehlt allen Verkehrsteilnehmern, die in die gesperrten Bereiche fahren wollen, auf die U-Bahn umzusteigen.

Wie gestern weiter bekannt wurde, werden linke Gruppen am Freitagnachmittag am Olivaer Platz, in der Joachimstaler Straße und am Wittenbergplatz Anti-Reagan-Kundgebungen veranstalten. Folglich werden im Bereich des Kurfürstendamms und der Tauentzienstraße erhebliche Verkehrsbehinderungen auftreten.

Zu der Demonstration heute nachmittag erklärte die Polizei gestern, sie vertraue darauf, daß der Veranstalter die Friedlichkeit dieses Aufzugs gewährleisten kann. Die Polizei könne aber aufgrund ihrer Erfahrungen nicht auf erforderliche Schutz- und Kontrollmaßnahmen verzichten.

Das Verwaltungsgericht wird heute darüber zu entscheiden haben, ob der Demonstrationzug nach dem Willen der Veranstalter am Breitscheidplatz oder nach dem Willen der Polizei an der Urania zu enden hat. In einem vergleichbaren Fall entschied das Verwaltungsgericht vor längerer Zeit, daß die Urania Endstation zu sein habe. eck

KOMMENTARE

Rechtsstaat ausgesetzt

Zu den Polizeiblockaden in Berlin

772
15.6.77
In Berlin wurde während des Besuchs des US-Präsidenten ein Bezirk mit über 200.000 Einwohnern für Stunden von der Außenwelt abgeschnitten. Eine polizeiliche Totalblockade, die bis zum vergangenen Freitag vielleicht in Seoul, in Santiago de Chile oder in Soweto vorstellbar gewesen wäre, nicht aber im Geltungsbereich des Deutschen Grundgesetzes. Die Menschen im belagerten Kreuzberg wurden — im Auftrag der Polizei — darüber belogen, warum die U-Bahn über Stunden stillstand. Einen Grund für die Straßenblockaden erfuhren sie nicht. Gleichzeitig trieb die Polizei im Berliner Stadtzentrum wahllos Bürger im strömenden Regen zusammen und hielt sie über Stunden hinweg fest, obwohl Hamburger Gerichte erst kürzlich die Rechtswidrigkeit eines solchen Kessels feststellten.

Polizeistaat ist, wenn polizeiliche Machtausübung keine Beschränkung mehr durch unabhängige rechtsstaatliche Institutionen findet und die Exekutoren der Macht es genau darauf anlegen. Keiner der Betroffenen fand einen Richter, der ihm in der Stunde der Verletzung seiner elementarsten Grundrechte hätte beistehen wollen oder können. Die eingeschlossenen Kreuzberger nicht, weil sie die polizeiliche Anordnung der U-Bahn-Blockade nicht kannten oder schlicht nicht zum Gericht gelangen konnten; die im Kessel umzingelten nicht, weil sie am Freitag abend keinen zuständigen Richter mehr fanden. Die staatliche Gewalt war grenzenlos.

Die Ereignisse sind es wert, als Lehrstücke für die Frage der Berechtigung privater, nicht-staatlicher Gewalt festgehalten zu werden: Durften und dürfen die Betroffenen nicht in einer solchen Situation zur Selbsthilfe greifen, das heißt, die Mittel anwenden, die die Bewegungsfreiheit, die Freizügigkeit wieder herstellen? Und dürfen sie nicht, wenn es kein geringeres geeignetes Mittel gibt, dann auch zur Gewalt greifen, um dem Kessel zu entinnen oder die Blockade aufzuheben?

Aus den Bekenntnissen eines Ex-Polizeidirektors wissen wir, daß die Berliner Polizei anlässlich des letzten Besuchs des US-Präsidenten 1982 glaubte berechtigt zu sein, mit Mitteln „sicherheitspolitische“ Vorsorge treffen zu dürfen, die sie selbst als rechtswidrig einstufte. Die Verantwortlichen der Berliner Sicherheitsbehörden, allen voran der Innensenator und der eben eingeführte Polizeipräsident, kannten also das Problem. Sie haben die jüngsten Aktionen entweder mitgeplant oder nicht verhindert. In beiden Fällen haben sie jede Berechtigung verloren, verantwortlich das Geschäft der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu besorgen. Nur wenn sie aus dem Amt gejagt werden, und zwar ohne sich quälend hinziehende Diskussionen, lassen sich die Zweifel an der Berechtigung des staatlichen Gewaltmonopols, das von Leuten wie ihnen exekutiert wird, beschränken.

Und nur so läßt sich der böse Verdacht beseitigen, daß die Berliner Ereignisse Bestandteil des Unternehmens christdemokratischer „Ordnungs“politiker sind, nach der sozialen Ausgrenzung eines Teiles unserer Bevölkerung nun auch die geographische und rechtsstaatliche Ausgrenzung zu betreiben. Nach dem Motto: Persönlichkeits- und Freiheitsrechte gelten unbeschränkt nurmehr für diejenigen zwei Drittel unserer Gesellschaft, die am öffentlichen Reichtum an Rechts- und Vermögensgütern teilzuhaben in der Lage sind.

Jony Eisenberg



Solche Bilder rufen bei älteren Mitbürgern sicherlich dunkle Erinnerungen wach. Die Aufnahme wurde gestern am Breitscheidplatz gemacht
13.6.77 Wahrheit
Foto: DW-Henschel

Über den Vermummten kreisen Hubschrauber

Die „drei tollen Tage“ von Berlin / Von Hans Haibach

BERLIN, 12. Juni. Vier junge Polizisten in grünen Kampfanzeigen kommen auf die Wache des 31. Polizeidistrikts in der Bismarckstraße, in der Nähe der Deutschen Oper Berlin, und bitten um ein Glas Wasser. Sie stünden nun schon beinahe sieben Stunden auf der Straße und hätten noch keinen einzigen Demonstranten gesehen. „Seid froh, daß ihr nicht an der Front steht“, sagt der Revierleiter, ein älterer Beamter. Die vier jungen Burschen stammen aus Bruchsal und gehören zu einer Truppe von etwas mehr als elfhundert Polizisten aus verschiedenen Bundesländern, die in den vergangenen Tagen in eigenen Mannschaftswagen nach Berlin gekommen ist, um zum zweiten Mal nach dem Krieg die Ordnungsmacht dort zu unterstützen. Das erste Mal geschah es im März 1975, nachdem der frühere Berliner CDU-Landesvorsitzende Lorenz entführt worden war.

Jetzt sind die „westdeutschen“ Polizisten da, um mitzuhelfen, daß die kriminellen Ausfälle von Demonstranten während des Besuchs des amerikanischen Präsidenten in der Stadt eingermessen in Grenzen gehalten werden. Die westlichen Alliierten sehen es nicht gern, wenn Polizisten in dienstlichem Auftrag aus anderen Bundesländern herbeigeschafft werden. Sie müssen zu „Berliner Polizisten“ gemacht werden, indem man ihnen das Emblem mit dem Bären an die Jackenärmel näht, ebenso kommen Berliner Kennzeichen an die Dienstfahrzeuge. Die DDR, heißt es beim Innensenator, habe keine Schwierigkeiten gemacht. Im Transitabkommen sind für solche Fälle Regeln festgelegt: DDR-Stellen müssen vorher informiert werden, die Mannschaftswagen dürfen nicht in Kolonnen fahren, ihre Beschriftung muß abgedeckt sein, bei den Wasserwerfern müssen die Rohre abgeschraubt werden. Die „westdeutschen“ Polizisten „so heißt es nun einmal in Berlin“ sollen bis zum Sonntagabend in der Stadt bleiben, bis zum Ende der „drei tollen Tage“; diese Formulierung stammt von einem Berliner Kriminalbeam-

ten. Ein Schwarm von Aufzügen und Demonstrationen sind für dieses Wochenende angekündigt. Weil sich die Berliner Polizeiführung nicht anders zu helfen weiß, müssen nun auch die älteren Polizisten wieder für eine Weile Nachtschicht machen, damit die jüngeren zwischen ihren anstrengenden und gefahrvollen Einsätzen ein paar Stunden Schlaf finden. Die vier jungen Männer aus Bruchsal trollen sich schließlich und beziehen wieder Posten vor einem amerikanischen Geschäftshaus im Stadtbezirk Charlottenburg; anderntags wird es ein anderer Standort sein.

Der Demonstrationzug am Donnerstag quer durch die Innenstadt und ein Stück Wegs über den Kurfürstendamm war von rund 140 Gruppen und Grüppchen angemeldet worden. Ein kommunistischer durchwirktes Sammelrum. Die Berliner Polizei hatte Kenntnis, daß „Gegner der amerikanischen Politik seit Anfang des Jahres über alternative Aktivitäten im Rahmen des Stadtjubiläums und in diesem Zusammenhang insbesondere über Aktionen anlässlich des Besuchs des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika diskutieren“. Auf zahlreichen Sitzungen eines „Reagan-Empfangskomitees“, an denen Vertreter kommunistischer Parteien, der Kirche sowie „alternativer“ Gruppierungen und gegen Ende auch „Autonome“ teilnahmen, hatte man sich auf diesen Demonstrationzug mit anschließender Kundgebung geeinigt.

Aus der Kundgebung zwischen Wittenbergplatz und Urania wird am Donnerstag nichts, weil nach zahlreichen Steinwürfen in Schaufensterscheiben sehr bald Plünderungen beginnen, ausgeführt von mehreren hundert Vermummten, die im „schwarzen Block“ marschieren, unbehelligt von der begleitenden Polizei. „Sollen wir sie etwa rausfischen?“, fragt ein Beamter des Innensensors und damit wohl andeutend, daß Krawalle dann unmittelbar losbrechen. Schließlich, vor dem Kaufhaus des Westens (KaDeWe), geht die Polizei in großer Stärke gegen die Vermummten vor und versucht sie abzudrängen.

Die Fahrtroute Reagans wird kurzerhand geändert

Aus einem von den Amerikanern ausgeliehenen Hubschrauber, der über dem Geschehen ratternd seine Kreise zieht, kommen die Hinweise, wohin sich die Krone bewegen. Ein Flugblatt hatte förmlich verkündet: „Unser Ziel ist es, die City möglichst lange besetzt zu halten. Die Bullen wollen uns genau da raus haben, versucht also möglichst in der City zu bleiben, dort gibt es auch einen größeren Schutz durch Touristen...“ Das Blatt enthält auch Anweisungen zum Barrikadenbau und zur richtigen Art „des Steinerschmelzens“. „Wer schmeißt, soll auch nach vorne gehen“.

In einer Lagemeldung der Polizei vom Donnerstagmorgen wird mitgeteilt, daß in der Nacht an verschiedenen Stellen der Stadt Brandflaschen, Krähfüße und anderes gefunden worden sei; nach Lage der Dinge handelt es sich um „Depots“. Die Polizei weist in ihrem Bericht auch darauf hin, daß „mehrere unabhängige Hinweise“ auf Brandanschläge gegen bestimmte Kaufhäuser und Markthallen vorlägen; das solle in der Nacht zum Freitag, wenn Reagan in Berlin eintrifft, geschehen. „Wir haben alles getan, um Frieden zu stiften“, hatte Landespolizeidirektor Kittlaus vor Beginn der „drei tollen Tage“ mitgeteilt. Die Polizei werde nicht gleich vorgehen, wenn eine Bierflasche fliege oder ein Knallfrosch geworfen werde. Am Ende der Transitstrecken auf West-Berliner Gebiet hatte die Polizei in den vergangenen Tagen etwa viertausend Kontrollen von Fahrzeugen und Insassen vorgenommen und dabei rund 450 Leute in Augenschein genommen, die ihr nicht ganz geheuer waren. Aus Rechtsgründen, sagt der Sprecher des Innensensors, habe es keine Zurückweisungen gegeben, obgleich dennoch „eine

Verwahnahme“ möglich sei. Die Polizei hat in mehreren Fällen eine sogenannte Verbleibkontrolle vorgenommen und festgestellt, daß viele Anreisende versuchten, in ehemals besetzten Häusern unterzukommen. Beschlagnahmen wurden Beischäfte, zurechtgeschnittene Erdkabel, Zwillen, Motorradketten, Schlagstöcke und andere Schlaginstrumente, Krawallmacher, „Kraaker“, aus den Niederlanden hatten ihr Kommen angekündigt und ihre Helme mit der Post vorausgeschickt.

Am Donnerstagabend verlagern sich die Auseinandersetzungen rasch von der Innenstadt in die Bezirke Schöneberg und Kreuzberg; sie dauern bis vier Uhr früh, 67 Polizeibeamte sind verletzt, achtzig Randalierer werden festgenommen, die Beschädigungen sind groß. Am Freitagvormittag erwägt die Polizeiführung, gewisse U-Bahn-Strecken für den Rest des Tages stillzulegen, einem großen Kaufhaus den Rat zu geben, um die Mittagszeit zu schließen, weil „in der Szene“ scheckkartengroße Zettelchen von Hand zu Hand gehen, dort gebe es „freies Essen und Trinken“. Die Berliner Polizei hat am Freitagmorgen auch Hinweise, aus Frankfurt angereiste Chaoten hätten sich am Donnerstag „zurückgehalten“ in der Absicht, daß Berlin am Freitag „Dinge erlebe, die es sich nicht vorstellen kann“. Kurzerhand ist die Fahrtroute Reagans mit dem Auto geändert worden; die Amerikaner hatten Hubschrauberflüge für den Präsidenten abgelehnt. Drei für Freitagmittag angekündigte Demonstrationen hat die Polizei untersagt. Innensenator Kewenig hat die Krawallmacher „eine kriminelle Bande“ genannt und angekündigt, die Polizei sei „zum äußersten entschlossen, das Gesetz des Handelns in der Hand zu behalten“.

Grünen-Sprecherin Ditzfurth im Kessel der Polizei

Von JOCHEN KUMMER

Berlin
Die Berliner Polizei hat bei den Krawallen und Demonstrationen gegen den Besuch von US-Präsident Ronald Reagan insgesamt 281 Menschen festgenommen. Ein Polizeisprecher sagte am Samstag, 81 der Festgenommenen seien noch in Gewahrsam, davon stünden 27 im Verdacht einer Straftat. Die übrigen würden zur „Gefahrenabwehr“ in Gewahrsam gehalten.

Trotz Demonstrationsverbots waren Freitag gegen 15 Uhr rund 500 Frauen und Männer vom Kranzier-Eck auf dem Kurfürstendamm Richtung Wittenbergplatz gezogen. Gegen 15.30 Uhr wurden etwa 350 der Anti-Reagan-Demonstranten auf der Tauentzienstraße nahe des Europa-Centers von der Polizei eingekesselt. Warenhäuser wie KaDeWe und Woolworth schlossen.

Die Polizei räumte den Demonstranten nach eigenen Angaben die Möglichkeit ein, den Kessel nach einer Identitätsfeststellung und Durchsuchung zu verlassen. Die Menge weigerte sich jedoch, sich einer solchen Kontrolle zu unterziehen. In dem Kessel hielt sich auch die Vorstandssprecherin der Grünen Jutta Ditzfurth auf. Sie machte Fotoaufnahmen von Polizisten und Eingeschlossenen. Die Menge skandizierte: „Jeder Polizist ein Mörder und Faschist.“

Gegen 17 Uhr begann es zu regnen. Um 18.50 Uhr erschien der Rechtsanwalt und ehemalige Grünen-Bundestagsabgeordnete Christian Stroebel unter einem modischen blauen Regenschirm mit dem Aufdruck „interRent“ und „keep smiling“. Er griff sich ein Megaphon und verkündete den Eingeschlossenen: „Was hier stattfindet, ist Freiheitsberaubung und Körperverletzung. Kommt morgen um 15 Uhr in das Basis-Büro der AL und erteilt uns Vollmachten für Prozesse vor dem Verwaltungsgericht. Ein kleiner Trost für Euch bei dem Regen: Für den Hamburger Kessel am 8. Juni 1986 gab's bei Sonne pro Person 200 Mark Schmerzensgeld – hier bei Regen gibt's ein bisschen mehr.“

Anschließend begann die Polizei, die Eingeschlossenen ein-

zeln züig abzuführen, zu durchsuchen und zu registrieren. Bei vielen wurden Vermummungsmasken gefunden, bei einigen Knallkörper. Jutta Ditzfurth und mehrere Berliner AL-Abgeordnete brauchten sich nicht auszuweisen und wurden nicht kontrolliert. Der letzte Demonstrant durfte um 21.00 Uhr den Kessel verlassen.

Gut eine Stunde später eskalierte die Lage in Kreuzberg. Etwa 300 schwarzgekleidete Randalierer terrorisierten einen Bereich, der von etwa 80.000 Menschen bewohnt wird. „Sie tauchten an der einen Straßenecke auf, griffen uns an und verschwanden wieder in der Nacht“, berichtete ein Polizist. Gegen 23 Uhr bauten die Randalierer am Heinrichplatz mit einem Bauwagen, einem Müllcontainer und Baumaterial Barrikaden und setzten sie in Brand.

Kurz darauf wurden Polizisten und ihre Fahrzeuge an der Oranienstraße/Adalbertstraße mit Pflastersteinen beworfen. Einige Gewalttäter schossen mit Katapulten Stahlkugeln auf die Beamten.

Im Bereich Heinrichplatz stellten die Polizisten mehr als 100 der Gewalttäter. Wieder flogen Pflastersteine. Die Polizei setzte Schlagstöcke und Tränengas ein.

Die Häuser in dem Kreuzberger Bezirk werden von Frauen und Männern der alternativen Szene bewohnt. Sie hatten ihre Fenster geöffnet und beschafften das gesamte Viertel mit Musik aus aufgedrehten Musikanlagen. Erst Samstag morgen gegen 5 Uhr kehrte in Kreuzberg Ruhe ein.

Die Grünen in Bonn forderten den Rücktritt des Berliner Innensensors Kewenig. Nach dem Hamburger Kessel und der Rechtsprechung dazu liege die Rechtswidrigkeit der Berliner Polizeimaßnahmen „auf der Hand“.

Die Berliner Arbeitsgemeinschaft City, in der sich die Geschäftsleute der Innenstadt zusammengeschlossen haben, appellierte an den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, den Polizeipräsidenten und die Senatoren für Inneres und Justiz, „dem Kern der autonomen Chaoten nunmehr rigoros den Kampf anzusagen.“

Nach friedlicher Demonstration Krawalle

In der City flogen wieder die Steine

Berlin (bfn)
Nach einer im wesentlichen friedlich verlaufenen Demonstration von etwa 6.000 Menschen kam es am Vorabend des Besuchs des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in der Berliner City zu Ausschreitungen.

Vermummte Randalierer warfen mit Steinen die Schaufensterscheiben von Kaufhäusern, Möbelgeschäften und einer Bankfiliale in der Tauentzienstraße nahe dem Kurfürstendamm ein und provozierten damit einen massiven Polizeieinsatz.

Vor der Abschlußkundgebung am Veranstaltungszentrum „Urania“ flogen erneut Steine gegen Polizeibeamte und Geschäfte. Mehrere hundert Polizeibeamte isolierten daraufhin den Block der schwarzgekleideten und vermummten „Autonomen“ mit Hilfe von Schlagstöcken von den übrigen Teilnehmern der Demonstration.

Anschließend zogen Gruppen von Randalierern steinerwerfend in Richtung Kreuzberg.

Zuvor waren die Demonstranten unter der Losung „Wir sagen nein zu Reagans Politik“ ohne größere Zwischenfälle mehrere Stunden von Charlottenburg über den Kurfürstendamm zur „Urania“ nach Schöneberg gezogen.

Auf zahlreichen Transparenten forderten sie Abrüstung in

Ost und West und ein sofortiges Atomtest-Abkommen. Auf der Kundgebung sagte ein Redner unter dem Beifall Tausender Demonstranten: „Wir wollen nicht, daß von dieser Stadt mit nationalistischen Tönen Parolen des kalten Krieges ausgesandt werden.“

Lesen Sie auch Seite 11

Reagans Visite reißt alte Wunden auf

Während das offizielle Berlin sich über den zweiten Besuch des amerikanischen Präsidenten „freut“, planen Gegner für morgen eine Protest-Demo / Die Angst vor Zoff wie beim ersten Besuch macht die Oppositionsparteien nervös / AL hat Angst, als „Sheriff“ zu gelten

77 11.6.87

Aus Berlin Mechthild Küpper

Mao Tse Tungs Merksatz über die „konkrete Analyse der konkreten Situation“ aus dem Roten Buch ist längst vergessen. In Berlin zählen Symbole, auch wenn ihr Bedeutungsinhalt abhanden kommt. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ist ein solches Symbol. Er besucht morgen für dreieinhalb Stunden Berlin. Heute soll eine große Demonstration gegen ihn stattfinden.

„Reagan verfolgt den Kurs des Totrüstens gegenüber der Sowjetunion, obwohl Gorbatschow weitreichende Abrüstungsvorschläge vorlegte“, heißt es unverdrossen in dem Aufruf zur Demonstration gegen die Anwesenheit Ronald Reagans am 12. Juni 1987. Formuliert wurde der Satz, bevor die Regierung der USA mit „flexible response“ auf Gorbatschows Doppel-Null-Vorschläge einging und damit das Lavieren Helmut Kohls mühelos in den Schatten stellte. Unterschrieben haben bislang über 120 Gruppen: von A wie Alternative Liste über F wie Friedensinitiative Steglitz bis hin zu S wie Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW) und SPD Schöneberg. Auch die KPD/ML ist mit von der Partie.

„Eine 750-Jahr-Feier ohne Reagan ist für den Senat eine undenkbar Vorstellung — und das, obwohl schon 1982 zeigte, wie sehr seine Politik in der Bevölkerung abgelehnt wurde“, schreiben die Organisatoren in ihrem Aufruf. Ein Reagan-Besuch ohne große Demo scheint vielen ebenso undenkbar. Traditionen muß man eben wahren. Der „Elfte Sechste“, wieder 11. Juni 1982. Datum des ersten Reagan-Besuchs, im Jargon heißt, ist noch in schlechter Erinnerung. Damals stand die AL als Veranstalter einer gerichtlich verbotenen Demonstration hilflos in einem Polizei-Kessel am Nollendorfplatz. Rund 180 Festnahmen, unzählige, zum Teil tragische Schicksale schaffende Gerichtsurteile wegen Landfriedensbruchs und Widerstands waren die Folge. Der AL wurde wieder und wieder die Gretchenfrage der Gewalt serviert. Bis heute verweigerte sie die Aussage.

Fünf Jahre später leidet die SPD anlässlich des Reagan-Besuchs unter Verhaltensstörungen. Der Landesvorstand stritt sich stundenlang nicht über die Frage, ob die SPD Berlin gegen Reagan demonstrieren solle, sondern darüber, ob man förmlich beschlie-



Foto: taz-archiv

ben solle, nicht an der Demonstration teilzunehmen. Beschlossen wurde dann: Die SPD ruft nicht zur Teilnahme auf. So schwer sich ihr sozialdemokratischer Oppositionspartner damit tut, wo er radikal und wo staatstragend sein will, so hart sieht sich die AL vom militanten Teil der Szene ins Gebet genommen. „Die Gefahr, daß es Zoff gibt, ist sehr groß“, urteilt Frank Kapek, seit Mitte April Abgeordneter der AL. Er weiß, daß „Kreuzberger Kreise“ ein „Revival des 11. 6. 1982 und des 1. Mai 1987 auf dem Kudamm“ planen. Die AL sei dafür nicht zu haben. Aber „Sheriff“ will sie auch nicht spielen. Welchen Sinn in der augenblicklichen weltpolitischen Lage eine Manifestation gegen Reagan gibt, so Kapek, „wird nicht offen diskutiert“. Eine Kollegin springt ein: „Man kann nicht davon ausgehen, daß uns da ein Friedensengel besuchen kommt“.

Die Alternative Liste ist nicht nur von der Kessel-Erfahrung des 11. Juni 1982 traumatisiert. Auch die Erlebnisse am 1. und 2. Mai in Kreuzberg sitzen noch unter der Haut: Als „AL-Bullen“ und „AL-Faschisten“ hätten einige Aktivisten dort den parlamentarischen Arm der neuen sozialen Bewegungen tituliert. Das tut weh. Aber es setzt auch einen Schlußpunkt unter ein ungeklärtes Verhältnis. 1982, so der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Wieland, habe die AL

noch mit Fug und Recht „die politische Gesamtverantwortung für alles, was am 11.6. abließ“, übernommen. Damals hätte es noch die „Hausbesetzer als politischen Kern“ gegeben, damals habe die AL noch die meisten auf der Straße vorgebrachten Anliegen unterstützen können. Auch damit machten die Kreuzberger Straßenkämpfe am 1. Mai Schluß: „Die hören nicht auf uns, das sind nicht unsere Aktionsformen.“ Von der „Randale-Szene“ könne sich die AL jedenfalls nicht das Demonstrationsrecht nehmen lassen, erklärt Wieland, und Kapek

wünscht sich „die Gelassenheit, sich nicht auf Rituale einzulassen“. „Wenn die Leute immer unbedingt wollen, dann sollen sie halt einfahren. Wir können dann nur noch für guten Rechtsbeistand sorgen. Vielleicht lernen sie dann“, sagt der Abgeordnete Kapek. „Ich fühl' mich da hilflos.“

Wie die Polizei sich fühlt, weiß natürlich niemand. Sie zeigte sich bei den letzten Demonstrationen nervös, unsicher, schwankend zwischen dem Wunsch nach Ruhe und dem Willen zur Härte. Daß die jungen Einsatzpolizisten umstandslos kaserniert wurden, bis



Alarmstufe 1: Polizei fand Benzin-Bomben in Mülltonne

Schon Stunden vor der Demo galt für die Polizei in der City Alarmstufe 1: Rund 5 000 Beamte bewachten den Kudamm und alle Nebenstraßen, weitere 5 000 hielten sich im Hintergrund bereit. Die Polizisten durchkämmten systematisch Baustellen, dunkle Häuser, Mülltonnen. Ein Beamter:

„In einer Mülltonne am Savignyplatz fanden wir drei Benzinbomben und zehn sogenannte Krähnenfüße aus drei Millimeter starkem Eisen — die Chaoten hatten sie dort versteckt!“

Große Aufregung gab's schon am frühen Morgen: Auf Baustellen am Westhafen und am Saat-

winkel Damm (Charlottenburg) wurden zwei Schaufelbagger gestohlen. Einer wurde nachmittags in Wedding wiedergefunden — ein betrunkenen Arbeiter (33) hatte eine Spritztour gemacht. ... Ein Polizist: „Der zweite blieb jedoch verschwinden. Wir können nicht ausschließen, daß Polit-Rocker

ihn haben, damit Kollegen angreifen wollen.“

Als die Demo legte, schützten die Beamten in Dreierreihen Geschäfte und Kaufhäuser. Auch bei Beschimpfungen und ersten Steinwürfen hielten sie sich zurück. Ein Sprecher: „Die Kollegen haben sich nicht provozieren lassen.“

Zwischen Heinrich- und Moritzplatz flogen die ganze Nacht Steine

Eskalation in Kreuzberg am Donnerstag nach 23 Uhr — Räumungsaktionen

Im Anschluß an die Krawalle in der City und in Schöneberg vom Donnerstag war es nach 23 Uhr in Kreuzberg erneut zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, die bis zum Morgengrauen andauerten. Vor allem die Oranienstraße zwischen Heinrich- und Moritzplatz war stundenlang Schauplatz von Steinwürfen jugendlicher Randalierer gegen Polizisten und mit großer Härte vorgetragener Räumungsaktionen der Ordnungskräfte.

Zusammen mit den Ausschreitungen nach der Anti-Reagan-Demonstration ergab sich gestern mittag nach Polizeiangaben folgende Bilanz: 77 Störer waren festgenommen worden, davon befanden sich mittags noch 37 in Gewahrsam. Es wurden 67 verletzte Polizisten gezählt, einer davon erlitt eine Gehirnerschütterung. Deutsches Rotes Kreuz und Arbeiter-Samariter-Bund meldeten, 13 verletzte Personen seien in Krankenhäuser gebracht worden, darunter zwei Polizisten. Den Sachschaden bezifferte die Polizei auf mehrere hunderttausend DM.

Bei den Auseinandersetzungen in der Oranienstraße setzte die Polizei, die zuvor in der City lange Zeit zurückhaltend vorgegangen war, mindestens drei gepanzerte Sonderfahrzeuge, je mit Räumschaukeln und zahlreiche Tränengaspatronen ein. Die in enormer Zahl aufgebote- nen Ordnungskräfte — genaue Angaben verweigert die Polizei — setzten bei ihren Räumungsaktionen und Festnahmeversuchen häufig Schlagstöcke ein. Mehrfach wurde auf Beamte mit Pflastersteinen geworfen, vereinzelt „Krähfüße“ (spitze Eisenkrallen) auf die Fahrbahn gelegt. Vereinzelt wurden Müllcontainer als Barrikaden auf die Straße geschoben und umgestürzt. Aus einer Wohnung in der Oranienstraße warfen Störer nach Polizeidarstellung mit Ziegeln auf Polizeifahrzeuge.

Die Beamten leuchteten daraufhin mit Suchscheinwerfern die Häuserfronten ab. Mehrere Gebäude wurden von Polizeieinheiten gestürmt und Wohnungen durchsucht. Die Oranienstraße wurde zwischen Oranien- und Heinrichplatz mindestens fünfmal vollständig geräumt. Dabei kam es immer wieder zu Festnahmen auch durch spezielle „Greifkommandos“ der Polizei — Beamte mit Turmschuhen, die keine Schutzschilde tragen. Die Ordnungskräfte drangen dabei oftmals auch bis in die Hinterhöfe vor. Nach unseren Beobachtungen wurden dabei oftmals auch Schaulustige festgenommen, die offenbar keine Steine geworfen hatten. Personen, die deutlich als „Autonome“ erkennbar gewesen wären, waren nach Mitternacht kaum noch zu sehen.

Die Räumungen der Oranienstraße erfolgten mit großer Härte. Wer nicht in eine der Kneipen oder Bars flüchten konnte, mußte damit rechnen, Hiebe mit dem Schlagstock und vereinzelt auch Tritte zu erhalten. Eingeschlagene Schaufensterscheiben von Geschäften oder brennende Autos, wie in der Nacht zum 2. Mai, waren nach unseren Beobachtungen ebenso wie Plünderun-

gen gefährdet, sagte ein Sprecher des „Ermittlungsausschusses“. Die Polizei gab unter Hinweis auf noch nicht vorliegende Einsatzunterlagen keine Stellungnahme ab.

Die Bewegungsfreiheit für Journalisten wurde im Laufe der Nacht immer mehr eingeengt. Mit der Bemerkung, die Öffentlichkeit sei vorübergehend ausgeschlossen, wurden Berichterstattung nicht in geräumte Straßenzüge vorgelassen. Ein Reporter, der gegen 2 Uhr in der Oranienstraße zusammen mit Kollegen in einem Hauseingang stehend eine polizeiliche Räumung beobachtete, berichtete, er sei trotz mehrfacher „Presse“-Rufe von vier oder fünf Beamten „niedergeknüpelt“ worden, bevor ein offenbar höherrangiger Polizist dies gestoppt habe. Anschließend habe er das Haus durch ein Spalier von Beamten verlassen und dabei zwei weitere Stockhiebe auf den Kopf erhalten. lei

Veranstalter: „Anarchisten“ vorgeworfen

Den Veranstaltern der Anti-Reagan-Demonstration vom Donnerstag ist gestern von verschiedener Seite eine Mitverantwortung an dem von Ausschreitungen begleiteten Ende des Aufzuges vorgeworfen worden. Der FDP-Vorsitzende Rasch, Senatssprecher Fest und die Gewerkschaft der Polizei vertraten die Auffassung, Veranstalter, die Vermummte bei ihrer Demonstration zuließen, nähmen Ausschreitungen billigend in Kauf. Chaoten, denen damit nur die Anonymität ihres Auftretens erleichtert werde, sollten aus solchen Demonstrationen ausgeschlossen werden.

CDU-Generalsekretär Landowsky, der die Ausschreitungen als „Werk von Verbrechern“ bezeichnete, forderte wiederum die SPD auf, sich von jenen zu trennen, die mit „Kommunisten, Chaoten, SEW und AL“ gemeinsame Sache machten. Wie berichtet, hatte die SPD sich gegen eine Beteiligung an der Demonstration ausgesprochen; einzelne Parteigliederungen waren jedoch mitmarschiert.

Innensenator Kewenig sagte demgegenüber, die Polizei habe ihre Aufgabe erfüllt, die Entfaltung von Gewaltaktionen in der City zu verhindern. Allerdings sei keine Polizei in der Lage, jegliche Sachbeschädigungen zu vereiteln.

Die AL erklärte, die Demonstration selbst gegen Reagan sei ein „Riesenerfolg“ gewesen. Die Krawalle am Schluß seien nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß „Politiker und Medien diese im Vorfeld geradezu herbeigerebet“ hätten. (Tsp)

„Man organisiere ein paar Schreihälse und man hat: Krawalle in Ost-Berlin“

„Neues Deutschland“ druckt Kommentar der DKP-Zeitung ab

7.7.87
Ws. BERLIN, 11. Juni. Indirekt haben das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ und andere Ost-Berliner Zeitungen am Donnerstag zugegeben, daß an den Pfingstabend jugendliche Ost-Berliner, die in der Nähe des Brandenburger Tors Rockkonzerten in West-Berlin zuhören wollten, bei Auseinandersetzungen mit der Volkspolizei gerufen haben. „Die Mauer muß weg“. Sie druckten einen Kommentar der in Düsseldorf erscheinenden DKP-Zeitung mit der Überschrift „Wer macht Krawall?“ nach, in dem es heißt: „Plötzlich ertönen dann auch auf der DDR-Seite die ertönten Sprechchöre: Die Mauer muß weg!“

Die Ursachen für die Vorfälle in Ost-Berlin entdeckt die DKP-Zeitung in einer Gegenoffensive „der Stahlhelmer, die nicht nur in der CDU/CSU zu Hause sind, die auch ihre Vertreter in den Massenmedien haben“ gegen die „sozialistischen Friedensinitiativen“. Nachdem der Sportflieger Rust nicht verkohlt irgendwo in litauischen

Wäldern gefunden worden sei; nachdem „die Hauptstadt der DDR ein weltweites Oberbürgermeister-Festival“ erlebt habe; nachdem Honecker in Holland einen tiefen Eindruck hinterlassen habe, „roch es nun nach Provokation“. Der Besuch des amerikanischen Präsidenten sei in der vergangenen Woche mit der Schlagzeile „Die Mauer muß weg“ eingeleitet worden. „Also, man nehme ein Rockfestival, lege es an die Staatsgrenze der DDR, drehe einige Lautsprecher-Batterien Richtung Osten und organisiere ein paar Schreihälse.“ David Bowie, englischer Rockstar, werde animiert, Grüße an die Freunde jenseits der Mauer durch das Mikrofon zu schicken. Das Ende sei bekannt. „Fünfe hundert Jugendliche, sehr gemischt zusammengesetzt, werden hochgekocht. Plötzlich ertönen dann auch auf der DDR-Seite die ertönten Sprechchöre: Die Mauer muß weg! Und die Massenmedien haben ihre Spitzennachrichten und Schlagzeilen: Krawalle in Ost-Berlin.“

Fortsetzung von Seite 1: Geschäftsleute kritisieren Polizei
Erst nach Anbruch des Tages wurde es in Kreuzberg ruhig
7.7.87

Anzeige

FahrradBüro

Hauptstr. 146, Tel. 784 55 62

BRIDGESTONE



gen nicht zu sehen. Der „Ermittlungsausschuß“ im Mehringhof sprach gestern von mindestens 20 „Schwerverletzten“, die Platzwunden am Kopf sowie Schlüsselbein- und Armbrüche erlitten hätten. Augenzeugen berichteten, die Kneipe „Oranienbar“ sei von Polizeibeamten mit einer Tränengaspatrone ausgeräuchert worden, als mehrere Personen sich dorthin geflüchtet hätten.

Der „Ermittlungsausschuß“ teilte außerdem mit, „20 Zivilbeamten mit langen Schlagstöcken“ hätten gegen 2 Uhr auf einem Parkplatz zwischen Skalitzer Straße und Mariannenstraße auf einen Mann eingedrängt und ihn auf die Straße gedrängt, so daß er von einem Mannschaftswagen angefahren worden sei. Diesen Fall könne man auch dokumentieren, hieß es. Anschließend sei der Mann in das Fahrzeug geholt worden und auf einer Wache erkennungsdienstlich behandelt worden, bevor er freigelassen wurde. Einen Anlaß für diese Maßnahme habe es nicht gegeben. „Alles was um diese Zeit irgendwie auf der Straße stand,



Polizeieinsatz in Kreuzberg

Wahrheit
12.6.87

Am Pfingstsonntag belagerte die Polizei wieder einmal in Kreuzberg und sperrte den Bereich um den Heinrichplatz weiträumig ab. Hierbei wurden auch wieder gepanzerte Räumfahrzeuge eingesetzt
Foto: Homann



Nach dem offiziellen Protestzug, der weitgehend friedlich verlief, kam es in den frühen Abendstunden zu ersten Ausschreitungen... Foto: dpo

Bei Reagans Visite Notstand

Umfangreichste Polizeimaßnahmen seit 1945

Westberlin (DW-II. A.). Von bisher in der Stadt einmaligen Notstandsmaßnahmen wird heute der vierstündige Besuch des US-Präsidenten Reagan begleitet. Allein 10 000 Polizisten, die durch zehn Hundertschaften einschließlich schweren Geräts aus allen Teilen der BRD verstärkt wurden, sollen die Stippvisite absichern. Scharfschützen auf den Dächern, eine mehrere Quadratkilometer große Sperrzone in Tiergarten und Charlottenburg sowie ein mit Panzerglas verkleidetes Rednerpult an der Grenze zur DDR vor dem Brandenburger Tor geben den äußeren Rahmen des „Freundschaftsbesuches“ ab. „Volksfest“ war versprochen. Notstand ist.

der Zustimmung des britischen Stadtkommandanten, außerdem werden dort umfangreiche Straßensperrungen vorgenommen. Auch rund um den Flughafen Tempelhof werden heute in der Zeit zwischen 11 und 16 Uhr die Straßen gesperrt, auch die Stadtautobahn.

An den Zufahrten der Transitstrecken nach Westberlin werden Reisende unter Wahrung 17.677

Siehe Kommentar Seite 2

40 Jahren umfangreichen Kontrollen bis hin zu Leibvisitationen unterzogen.

Vor 20 000 ausgesuchten Westberlinern, die nur mit einem Genehmigungsschreiben der Senatskanzlei vorgelassen werden, will der Präsident, geschützt hinter Panzerglas, vor dem Reichstag sprechen.

Die Sperrzone in Tiergarten gilt seit gestern abend 23 Uhr bis zum Sonntag früh vier Uhr. Innerhalb dieses Gebietes bedarf selbst jeder verteilte Werbezeitel

Reagan sprach von Freiheit – und in der Stadt herrschte Ausnahmezustand

Kreuzberg stundenlang abgeschnitten / Polizeikessel in der Innenstadt / Offiziell angemeldete Friedenskundgebungen verboten / Flugblattaktion der SEW

Reagan-Rede als militant bezeichnet

Scharfe Kritik der amtlichen Nachrichtenagentur der DDR 15.6.87 112

WS. BERLIN, 14. Juni. Mit scharfer Kritik haben die amtlichen Nachrichtenagenturen der Sowjetunion und der DDR auf den Besuch des amerikanischen Präsidenten Reagan in West-Berlin reagiert. Sie sprechen von einer „offen provokatrischen und militanten Rede“, die Reagan gehalten habe, und verurteilen vor allem, daß er sich mit Bundespräsident von Weizsäcker in dessen Berliner Amtssitz getroffen hat und sich beim Besuch des Reichstagsgebäudes von Bundeskanzler Kohl und Parlamentspräsident Jemmerling beglückwünscht. „Das war eine grobe Verletzung des Vierseitigen Abkommens über Berlin (West), da die Stadt nicht zur BRD gehört und folglich die Bonner Behörden kein Recht haben, hier Regierungsgeschäfte abzuwickeln“, heißt es bei Tass. Ein „deutlich provokatrischer Charakter seines Besuchs“ habe Reagans offizielle Begegnungen mit dem Bundespräsidenten, dem Kanzler und dem Bundestagspräsidenten gekennzeichnet.

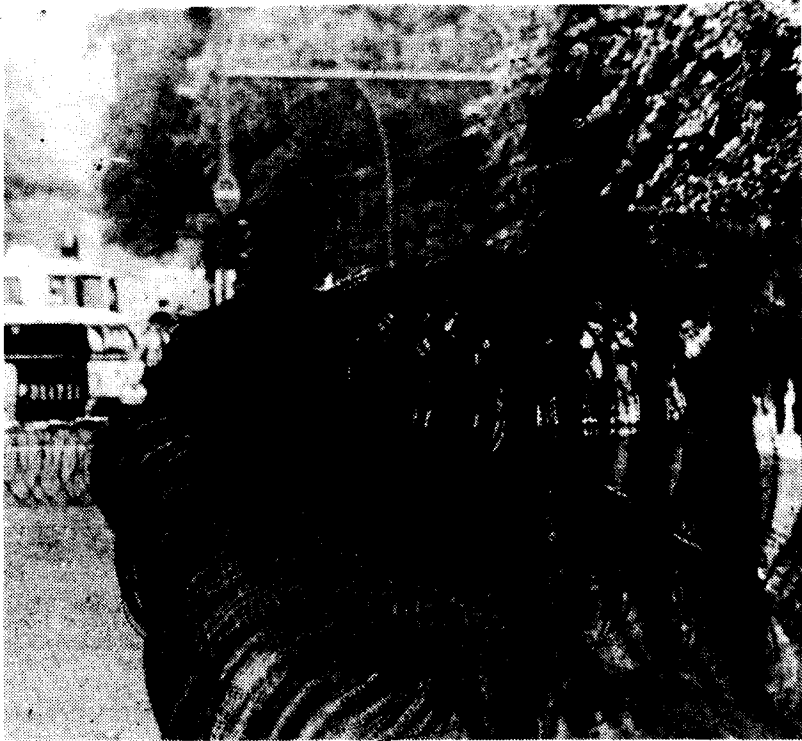
Tass bemängelt, Reagan habe eine Rede im Geist des kalten Krieges gehalten. Er habe unzweifelhaft geäußert, daß er mit den Nachkriegsrealitäten in Europa nicht einverstanden sei, und die deutsche Frage für offen erklärt. „Dabei hieß es Bonn offen zu weiteren Anstrengungen auf, die Staatsgrenzen in Europa zu verändern.“ Er habe auch dazu aufgerufen, „die Schutzanlagen der DDR an der Grenze zu Berlin (West) zu zerstören, wobei er ignorierte, daß ihre Errichtung infolge der aus Berlin (West) kommenden feindseligen Aktionen gegen die DDR notwendig geworden war.“ Nach bekannter Schablone habe Reagan die West-Berliner mit einer angeblichen sowjetischen Expansion zu schrecken versucht. Mit dem „Vorwand“ habe er die Abschreckungsstrategie der Nato gerechtfertigt.

In dem Kommentar der amtlichen DDR-Nachrichtenagentur ADN heißt es, obwohl Reagan gesagt habe, daß er nicht an die Mauer gekommen sei, habe er doch sein Bedauern nicht verhehlen können, „daß der überwiegende Teil Europas, der sozialistisch ist, von westlicher Freiheit, die insbesondere in dem großen Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt, nichts wissen will.“ Der amerikanische Präsident habe sich in Widerspruch zu den Realitäten gesetzt, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstanden seien „und die unangestastet bleiben müssen, wenn der Frieden in Europa und in der Welt gesichert werden soll.“ Das gleiche gelte auch für seine vorher schon angekündigten Äußerungen gegen die Grenzsicherungsanlagen der DDR, die durch die an der Grenze gehaltenen Reden „bestimmt nicht durch-

lässiger werden, geschweige, daß sie verschwinden“. Insgesamt könne man sagen, „der amerikanische Präsident machte sich zum Fürsprecher einer Politik der Stärke, der Angilit, der Verleumdungen gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder im Stile des kalten Krieges sowie für sein Steilen Kriegsprogramm“. Die Bereitschaft zu Rüstungsbegrenzung mit dem Osten habe angesichts der Anfälle gegen den Osten „sehr schwach“ gewirkt.

Breiten Raum nahm in der Berichterstattung von Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen in Ost-Berlin die Schilderung des Polizei-Einsatzes in West-Berlin ein. Dabei wurden die zumeist verummühten Chaoten, die Steine auf Polizisten schleuderten, Schaufensterscheiben zertrümmerten, einzelne Geschäfte plünderten Autos und Bauwagen anzündeten und Barrikaden errichteten, nicht erwähnt. Vielmehr wurde es so dargestellt, als hätten schwerbewaffnete Polizisten brutal und erbarmungslos auf friedliche, wehrlose Demonstranten eingeschlagen. In dem ADN-Kommentar heißt es dazu: „Reagan konnte sich nicht so frei bewegen wie Gorbatschow bei seinem Besuch zur 750-Jahr-Feier Berlins.“

Warten auf den Präsidenten – doch Reagan kam nicht über die Brücke
 Mehrere hundert Berliner, im Kreuzberg, die sich mittags auf der Mauer einmischten, in Kreuzberg, die den amerikanischen Präsidenten, wenn er mit harte genommen



Stacheldrahtverhau zierte in Tiergarten das Straßenbild. Im Hintergrund lauert die Polizei 17.677 Wahrheit Foto: DW-Gruchot



Mit menschenverachtender Arroganz filzten Polizisten die mit Gewalt aus dem Kessel geholten durchnäßten Menschen Foto: Michaelis

Kreuzberg: Nur noch der Stacheldraht fehlt

Ausnahmestand beim Reagan-Besuch: Ein ganzer Bezirk als Polizeikessel / Auch Presseausweise schützen Freitag nacht nicht vor Polizeischlägen / U-Bahn-Verkehr auf zwei Linien eingestellt / Straßenkontrollen blockierten Zufahrten

Von Maria Kniesburg

Berlin (taz) — Eine kalte regnerische Nacht. Der nasse Asphalt spiegelt sich in den Schilden der Polizisten. In dichten Ketten riegen sie den Heinrichplatz ab, seit jeher eines der Zentren in SO 36, dem süd-östlichen Kreuzberg. Auch an den Querstraßen zur Oranienstraße, die mitten durch den Heinrichplatz verläuft, das längst vertraute Bild: Polizeiwanne sperren die Straßen, Polizeiketten sichern die Fußwege vor den Passanten.

Bedrohlicher noch als ihre großen weißen Schilde und die weißen Helme springen ihre sperrigen, mit weißen Bändern befestigten Schienbeinschilde ins Auge. Monströse Insekten, die einem Science-Fiction-Film entsprungen zu sein scheinen, sich auf irdischem Terrain jedoch erstaunlich behende und flink bewegen — zumal wenn sie ein Opfer ausgemacht haben.

Vor wenigen Stunden hat Reagan Berlin-West verlassen. Der Ausnahmestand über Kreuzberg ist zum Teil wieder aufgehoben. Am Nachmittag war noch der ganze Bezirk abgesperrt, jetzt — schon Samstag, 1.30 nachts — scheint es nur noch die Oranienstraße zu sein, und das ist man hier seit Wochen gewohnt. Wie so oft seit der Mainacht, in der die Kreuzberger Bolle-Filiale abbrannte, sorgen unvermittelt vorbeirasende Wannen mit Blaulicht, aber ohne Sirene, und noch mehr die Suchscheinwerfer an den hohen Hausfassaden für eine gespenstische Szenerie.

Gegen die formierten Polizeireihen wirken die Kiez-Bewohner eher vereinzelt. Man geht hin und her, einige stehen vor Kneipen, andere lehnen mit der Bierdose in der Hand im Hauseingang. Es ist nicht ratsam in diesen Zeiten, zu dritt durch diese Straßen zu gehen. Zu groß die Gefahr, plötzlich als Kleindemonstration verkannt und von rasant nachsetzender Polizei verfolgt zu werden. Auch ein Bundespresseausweis nützt hier nichts mehr. Laut Berliner „Tagespiegel“ ruft ein Journalist nachts zuvor in der Oranienstraße mehrfach „Presse. Presse“, bevor von der Polizei zum Schutze des Gemeinfriedens niedergeprügelt wird. Menschen werden in dunkle Hin-

terhöfe gejagt, wo bereits weiße Helme aus der Wartestellung schimmern. Häuser werden bis zum Dachboden hinauf durchsucht. Szenen einer Nacht, die nach den vorangegangenen Nachmittagsstunden niemanden mehr überraschen.

An diesem Nachmittag gelingt es nicht, die innere Ruhe von zuhause bis ins nahegelegene Schwimmbad zu retten. Immer da, wo der von dichten Bäumen überschattete Spazier- und Fahrradweg entlang dem Landwehrkanal in Richtung Kottbusser Tor eine Straße kreuzt, stehen rund zwanzig Polizisten im Weg. An der dritten Kreuzung reicht's: „Könnten sie bitte mal aus dem Weg treten“, rufe ich bestimmten Tonfalls, ohne zu bremsen. Notgedrungen weicht die Staatsgewalt meinem Hollandrad. Ausnahmestand auf dem Fahrradweg punktuell durchbrochen...

Am Kottbusser Tor mindestens das doppelte Aufgebot an Polizei. Passanten werden kontrolliert. Inhalte von größeren Taschen und

Rucksäcken genauestens inspiziert. Frauen mit schweren Einkaufstüten bahnen sich verärgert ihren Weg durch die Sperren. Der Straßenverkehr kommt dank Polizeisperrn immer wieder zum Erliegen. Die Gesichter der Passanten sind überwiegend empört, die Gesichter der Polizisten einheitlich entschlossen gleichgültig. Kaum ist der eine vom anderen zu unterscheiden.

Im Schwimmbad fällt eins sofort ins Auge: Weder die Umkleidekabinen noch das Becken sind von Polizei umstellt. Aber es fehlt noch etwas. Die U-Bahn-Linie 1. Die Hochbahnschienen gegenüber sind verwaist — wo doch für gewöhnlich um diese Zeit fast jede zweite Minute ein U-Bahn-Zug vorbeifährt. Trotzdem: Heute ist nicht nur das Schwimmen entspannend, vor allem die Normalität, in der sich der Schwimmbadbetrieb präsentiert, wirkt beruhigend.

Eine Atempause von kurzer Dauer. Der Nachhauseweg, diesmal über die Skalitzer Straße, eine

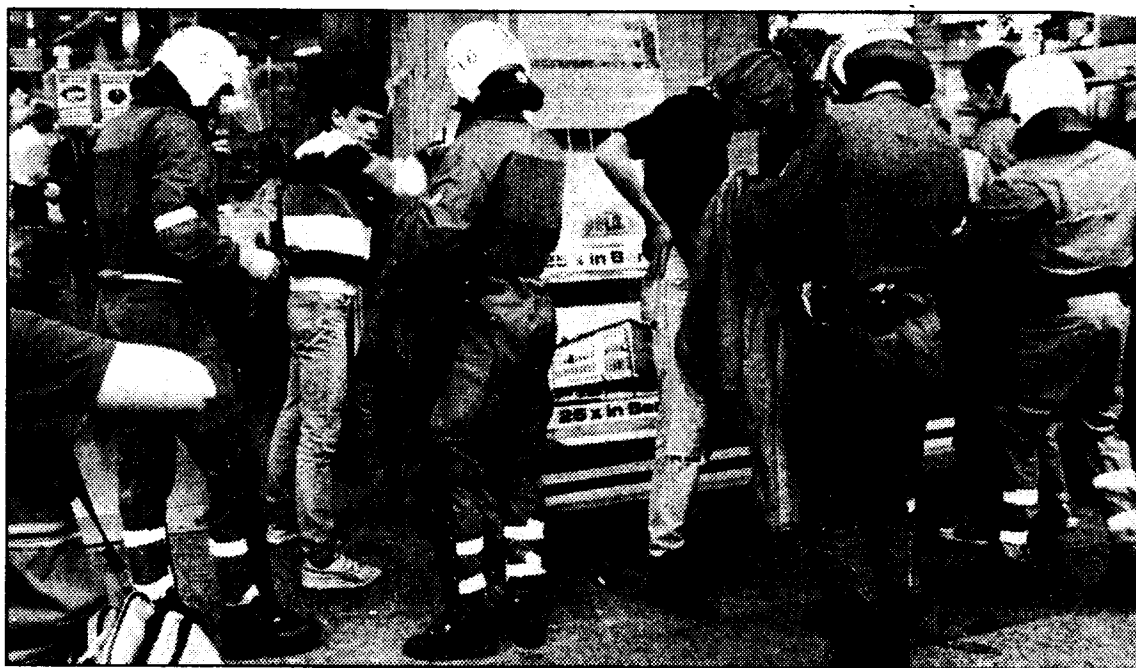
der Hauptverbindungsstrecken zwischen Kreuzberg 36 und dem Stadtzentrum um die Gedächtniskirche, gestaltet sich wie eine Fahrt durch Manövergelände. Allein zwischen dem U-Bahnhof Prinzenstraße und dem Kottbusser Tor sind rund zwanzig große Mannschaftswagen aufgeföhren. In Reih und Glied parken sie unter der Hochbahntrasse. Nicht nur der U-Bahn-Verkehr ist eingestellt, auch der Straßenverkehr kommt an den Polizeisperrn zum Erliegen. Ein ganzes Wohngebiet ein einziger Polizeikessel.

Vergiterte Mannschaftswagen auch in den kleineren Seitenstraßen. Behelmte Polizei an größeren Kreuzungen. Passanten werden durchsucht, Autofahrer schon vor den Sperren herausgewunken. Fahrradfahrer müssen ihre Radsachsen öffnen.

Vor den U-Bahnhöfen hellauf empörte, aber auch viele rat- und hilflose Menschen: Frauen und

Männer, die zur Arbeit wollen. Schulkinder, die nach Hause fahren möchten. Sie haben keine Chance. Solange der US-Präsident in Berlin weilt, steht die U-Bahn still. Von Sonderbussen ist die Rede, doch niemand weiß genaueres. Und wenn es sie auch gäbe — sie würden voraussichtlich nur bis zur nächsten Straßensperre kommen.

Am späten Nachmittag hängt nicht nur der bevorstehende Regen in der Luft. Aus den Straßen heraus läßt sie sich mit Spannung auf, die auf die Schläfen drückt. Aus einer der Eckkneipen heraus ist laut der Sender Freies Berlin zu hören: Polizeikessel an der Tauentzienstraße nahe der Gedächtniskirche. Rund 300 Anti-Reagan-Demonstranten hermetisch eingezwängt. Kaum vorstellbar, daß in dieser Stadt noch weit mehr Polizei im Einsatz ist, als mit dem bloßen Auge schon in Kreuzberg wahrnehmbar.



Ein Bild vom frühen Abend aus der Innenstadt: Demonstranten werden von der Polizei durchsucht. Wer

Waffen oder Gesichtsmasken bei sich trägt, muß mit einer Anklage rechnen. *B.M.S.G.*

Foto: BM

„Ist ja wie Krieg“

Beobachtungen auf der Kottbusser Brücke

Wahrheit 13.6.

Ein Glück, daß ich mir vor kurzem keine Haare schneiden ließ — so mein erste Gedanke gestern nachmittag auf der Kottbusser Brücke in Kreuzberg. Die Leute, die für Autofahrer wie auch für Fußgänger und andere Verkehrsteilnehmer die wichtigste Verbindung nach Ostberlin — Busse und U-Bahn fahren — darstellt, hat sich in ein Nadelöhr verengt.

Umgeben rund ein Dutzend „Wannen“ der Polizei, auf der Brücke fließt der

Verkehr nur noch in jeweils einer Spur. Grün Uniformierte im Kampfanzug halten Fußgänger und Autos an, weisen bestimmte Autos in eine Sonderspur, fragen Passanten nach ihrem Ausweis. Doch nur in einer Richtung: Nach Kreuzberg hinein kommt jeder, nur das Herauskommen ist schwierig.

Die Auswahl jener, über die auf diese Weise Innensenator Kenwig eine neue Strafe, die Stadtteilhaft, verhängen läßt, ist rätselhaft. Mal ist es ein Mercedes,

der in die Sonderspur gewiesen wird, mal ist es ein R 4 oder eine „Ente“. Die Polizei filzt die Wagen aufs gründlichste, überprüft die Papiere der Insassen penibel. Wer nicht ganz dem Idealbild entspricht, das sich so ein Polizist vom Normalbürger macht, wird zurückgewiesen. Ein weiteres Negativmerkmal scheint auch ein westdeutsches Kennzeichen oder ein westdeutscher Ausweis zu sein. Dabei erkennen die Kontrolleure keine Argumente an: Selbst Werkstattwagen von Installateurfirmen kommen nicht durch. Begründungen gibt die Polizei gar keine oder nur halbherzige: „Sie wohnen doch gar nicht in Neukölln“ oder: „Es ist wegen des Staatsbesuchs“, höre ich.

Hinter der Brücke ist am Maybachufer Wochenmarkt. In diesen Stunden ist Anwohnern aus Kreuzberg das Einkaufen dort verboten. „Es gibt noch genügend andere Geschäfte auf Ihrer Seite“, weist ein Polizist einen jungen Mann ab.

Auf den Bürgersteigen der Brücke sind viele Passanten stehengeblieben. Fassungslos schauen sie dem Treiben der Polizei zu. Ab und zu macht sich Empörung Luft. „Die reinste Schikane“, meint eine biedere Hausfrau in den Fünffzigern, die sich mit ihrem Mann durch die Kontrollen schlängelt. Junge Leute werden deutlicher: „Ist ja wie Kriegszustand“, charakterisiert ein jugendlicher Autofahrer, der wieder umkehren muß, gegenüber einem Polizisten die Lage. Gerhard SEYFARTH

Mit 100 Mark bezahlte Punker sollten den Kurfürstendamm 'platt' machen

Proteste gegen U-Bahn-Schließung / Gewaltpotential hat sich nicht vergrößert ^{15.6.77}

W. K. DW. Berlin/Bonn

Schon lange vor dem Besuch Präsident Reagans hatten Dräntzieher der Krawalle hinter den Kulissen logistische Vorbereitungen getroffen. Quartiere wurden vermittelt, Warnungen vor Polizeikontrollen verbreitet und das spektakulärste Anschlagziel herausgestellt: Der Kurfürstendamm, der Boulevard mit internationalem Bekanntheitsgrad, sollte „platt“ gemacht werden, „und zwar nicht nur an einer Kreuzung, sondern auf der gesamten Länge“!

Doch die Generalstäbler des Straßenterrors täuschten sich über das tatsächliche Gewaltpotential. Die Zahl der Anhänger, die zu Gewalt bereit sind, hat sich offenbar in West-Berlin nicht vergrößert. So konnte die militante Szene auch nicht wie beabsichtigt, die „Polizei einkesseln“. Daß umgekehrt die Sicherheitskräfte wegen einer am Tauentzien-Gedächtniskirche verbotenen Demonstration Demonstranten einkreisen, löste bei Grünen und Anhängern der Alternativen Liste (AL) heftige Proteste aus. Die Vorstandssprecherin der

Grünen, Jutta Ditzfurth, behauptete als Zeugin der Aktion, „die Polizei schere sich einen Dreck um demokratische Rechte“.

Der Berliner Innensenator Wilhelm Kewenig erklärte dagegen am Wochenende vor Polizeibeamten, sie seien „mit Besonnenheit vorgegangen, aber auch mit der nötigen Härte, wo es die Situation unvermeidlich“ gemacht habe. Insgesamt waren 131 Personen vorläufig festgenommen worden. Der Besuch Reagans verlief nach Angaben des Senators trotz der Gewalttätigkeiten und Sachbeschädigungen „ohne allzu große Störungen“.

Proteste aus der Bevölkerung sowie von SPD und Alternativer Liste (AL) richteten sich gegen die Entscheidung, den U-Bahnverkehr von und nach Kreuzberg mehrere Stunden lang einzustellen. Von der Stilllegung der Verkehrsmittel waren auch zahlreiche Schulkinder betroffen, die bis zu zwei Stunden nach Hause laufen mußten, berichteten Eltern.

Das derzeitige Gewaltpotential in der Stadt wird in Sicherheitskreisen

mit weiterhin etwa 300 bis 400 Personen angegeben. Zu den Krawallen in der vergangenen Woche seien etwa 800 Unterstützer aus dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland gekommen. Um sie herum hätten sich weitere etwa 1000 Mitläufer aus West-Berlin geschart. Aus den Niederlanden wurden vor den Demonstrationen Helme auf dem Postweg nach Berlin gesandt. Die Behörden prüfen ferner Angaben, an sogenannte Autonome und Punker sei Bargeld in Höhe von rund 100 DM pro Person gezahlt worden. Über die „Spender“ gebe es jedoch keine Erkenntnisse.

Bei den Straßendemonstrationen waren nach Beobachtungen der Sicherheitsbehörden auch Angehörige des Umfeldes der linksextremistischen „Roten Armee Fraktion“ (RAF) beteiligt. Von dieser Gruppierung sei jedoch niemand bei Brandstiftungen oder Katapultschießen beobachtet worden. Das RAF-Umfeld zeigte Präsenz, hielt sich jedoch als Reserve des Untergrund-Terrorkommandos bei den Ausschreitungen zurück.

Der Reagan-Besuch

Fest: Es darf nicht zugelassen werden, daß Chaoten das Recht auf Demonstration pervertieren

⁶⁻⁷ Berlin, 13. Juni
Zu den Ausschreitungen und Krawallen in der Nacht zu Freitag und am Freitagnachmittag erklärte Senatssprecher Fest:

Für diese Vorgänge gibt es überhaupt keine Rechtfertigung. Alle Gründe die genannt werden sind lächerlich und töricht. Man kann nicht für Frieden demonstrieren und sich gleichzeitig in extremer Weise unfriedlich verhalten.

Das Maß der Ausschreitung und die Art des Auftretens der Straftäter machen deutlich, daß man die Behandlung von Straftaten aus einer Demon-

stration heraus neu überdenken muß.

Es darf nicht zugelassen werden, daß Chaoten das Recht auf Demonstration pervertieren.

Jeder, der in einer von Radikalen aufgeheizten Stimmung zu Kundgebungen aufruft, muß wissen, daß er gleichzeitig den harten Chaotenkern einlädt.

Fest: Der Polizei, auch den Polizeibeamten aus Westdeutschland ist zu danken, daß sie besonnen und mit der nötigen Härte schlimmere Vorfälle verhindert haben.

Dieppen: In Berlin geht es niemals nur um Berlin

⁶⁻⁷ Berlin, 13. Juni
„Reagans Rede vor dem Bandenburger Tor zeigt, welchen hohen Stellenwert die Sicherheit und die Zukunft Berlins für ihn haben.“ Das erklärte Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Dieppen.

Dieppen: „Mit seiner Rede ist deutlich geworden, daß es in Berlin nie nur um Berlin geht.“

Reagans Bekenntnis zu Berlin habe der deutsch-amerikanischen Freundschaft neue Impulse gegeben.

Beschwipster machte Spritztour mit einem Bagger - aber: Wo ist der andere Bagger?

⁶⁻⁷ Berlin, 12. Juni Lalo
Haben Chaoten einen schweren Schaufellader-Bagger gestohlen, um Blockaden zu errichten? Diese Befürchtung hat die Polizei. Das vier Tonnen schwere Gefährt wurde am Saatwinkler

Damm gestohlen. Zuvor schon war ein Bagger am Westhafen entwendet worden. Später stellte sich heraus, daß ein 30-jähriger angetrunkenen Mann damit eine Spritztour zur Afrikanischen Straße (Wedding) gemacht hatte.

„Das ist das Werk von Verbrechern!“

⁶⁻⁷ Berlin, 13. Juni | sten dennoch zu
Die Ausschreitungen

Krawall-Nachspiel vor Bundestag

Bonn/Berlin - Für die Union sind die Krawalle zum Reagan-Besuch in Berlin eine Bestätigung dafür, daß schärfere Gesetze nötig sind. Ihr Innenexperte Johannes Gerster (CDU) forderte Innenminister Zimmermann (CSU) zu einem Bericht im Innenausschuß des Bundestages auf. Außerdem müsse

die Rolle von SPD und Grünen erörtert werden. Er nannte Teile der Berliner SPD „verkommen“. Berlins CDU sprach von einem „Werk von Verbrechern“. Die SPD hatte die „Exzesse“ noch in der Nacht verurteilt. Die FDP warf den Veranstaltern eine „klammerheime Mittäterschaft“ vor. ^{13.6.77}
München



Brennende Autos, Barrikaden: Ausschreitungen beim Reagan-Besuch

Neue Presse
München 13.6.

Foto: ap

Nach den Krawallen das große Nachdenken in Kreuzberg

Hearing zur Situation der Jugendlichen im Bezirk 16.13.67

Eine Bestandsaufnahme der Arbeits- und Ausbildungssituation von Jugendlichen in dem von seiner Altersstruktur her jüngsten Berliner Bezirk soll ein Hearing bringen, zu dem die Jugendabteilung für heute Fachleute ins Rathaus Kreuzberg geladen hat. Wenn auch schon seit Monaten geplant, gewinnt die Veranstaltung vor dem Hintergrund der Krawalle von Anfang Mai, für die Kenner soziale Ursachen mitverantwortlich machen, besondere Brisanz.

Kreuzberg - nicht Mythos - machte den Senator naß

Westberlin (DW-MN). Der Versuch der Veranstalter der Ausstellung „Mythos Berlin“, ihr Projekt vor geladenen Gästen mit einer Jubelfeier zu eröffnen, ist am Sonnabend am Einspruch der Kreuzberger Szene gescheitert. 15.6.

Nach den ersten kräftigen „Zoffs“ am Eingang zwischen zahlreich postierten Polizisten und Jugendlichen ließen die Veranstalter nach einer Intervention von Kreuzbergs Baustadtrat Orłowsky die Tore für alle öffnen. *Wahrheit*

Es blieb dem HdK-Präsidenten Ulrich Roloff-Momin, der zur Eröffnung jedoch als Vertreter der NGBK sprach, vorbehalten, den Lobsprüchen des Mythos-Vertreters Knödler-Bunte kritische Töne entgegenzuhalten, der vor allem

„Schwellenangst“ hatten die Kreuzberger Vernissage-Gäste nicht. Würden sie durch diese Skulptur aus Bahnschwellen animiert? Foto: DW-Henschel

den Kultursenator und die Industrie wegen ihrer Spendenfreudigkeit gefeiert hatte. Roloff-Momin erinnerte an den „pomposen Aufwand“ anlässlich des Stadtjubiläums, mit dem manche nur „sich selber feiern“, während Tausende demonstrieren und es am Ende regelmäßig Gewalt gäbe. Der Redner machte die Ursachen für diese Entwicklung darin aus, daß die Regierenden, die sich als Vertreter der Mehrheit begriffen, die Minderheiten systematisch ausgrenzten. Er erinnerte dabei daran, daß beispielsweise ein Kulturzentrum dieser Gruppen wie das Kuckuck in Kreuzberg, durch diese Politik geschlossen wurde.

Während der HdK-Präsident für seine kritischen Worte viel Beifall erhielt, konnte Kultursenator Hassemer (CDU) seine „Sprechblasen“, so Zwischenrufe, unbehindert ablassen, wurde danach jedoch mit einer Handvoll Popcorn und einem kräftigen Schluck Wein' aufs Haupt als „begossener Pudel“ (auch ein Kunststück) schnell vertrieben. Danach ergriff die Szene auf ihre Art Besitz von Freibier und Ebbarem, betrieb ihre Spielchen mit manchem Kunstwerk und zog angesichts des Regens größtenteils schnell wieder ab.

Kund ge Bu N G

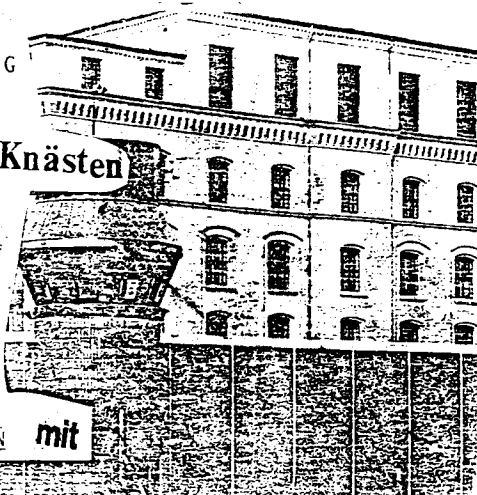
VOR den Knästen

SAMSTAG 

Plötze

MOABIT

Bringt Tröben mit

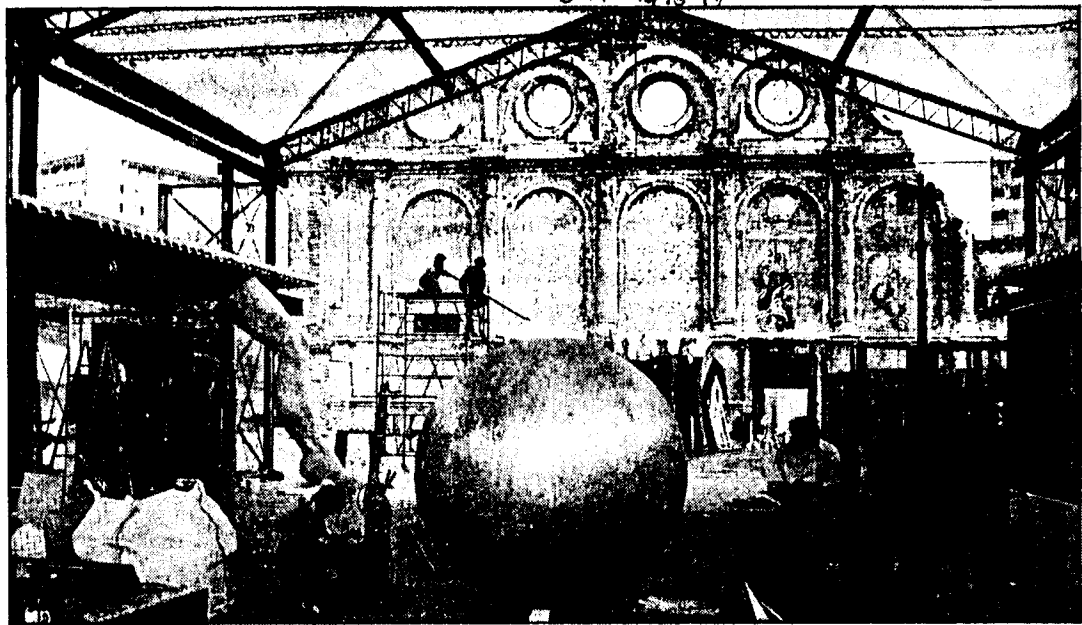


Heute Länderspiel gegen Australien **Unsere Hockey-Asse gerieten am Kudamm in die Demo**

Ausstellung „Mythos Berlin“ gestern Abend auf dem Gelände des Anhalter Bahnhofs eröffnet

Provokante Kunst und Sinnestäuschungen

Noch 24 Stunden zuvor stand alles Kopf. Es wurde gemalt, gebohrt und gebuddelt - letzte Vorbereitungen für die Ausstellung „Mythos Berlin, Wahrnehmungsgeschichte einer industriellen Metropole“ auf dem Gelände des ehemaligen Anhalter Bahnhofs. Aber dann war alles unter Dach und Fach: Die Sechsmillionen-Schau zur 750-



„Big Man“ - Skulpturen aus Polen.

Blick vom Ausstellungsgebäude auf den Porticus: links das „Marlene-Dietrich-Bein“, daneben die „Zeltkugel“.

Jahr-Feier, von zahlreichen Institutionen in Zusammenarbeit mit dem Senat ermöglicht, könnte gestern pünktlich um 18 Uhr von Kultursenator Volker Hassemer eröffnet werden.

Vorschauarbeiten gab es reichlich - aber auch Kritik. Während im Hamburger Bahnhof mit der „Reise nach Berlin“ geschichtliche Bezüge und Hintergründe anschaulich verknüpft wurden, präsentiert sich hier ein avantgardistischer Kontrapunkt: Ein Reigen raffinierter künstlerischer Einzelprojekte mit Sinnestäuschungen einerseits und Bewußtmachung von Dimensionen andererseits. Mehr als 30 internationale Künstler sind daran beteiligt: Alfred Hrdlicka, Werner Hutterli, Raffael Rheinberg, Daniel Spoerri, Wolf Vostell und andere. Über-

schung und Provokation schon beim Betreten des Areals durch den Porticus des ehemaligen Anhalter Bahnhofs: Nachdem der Besucher sein Billett - für sechs Mark - an einem Fahrkartenhäuschen gelöst hat, steht er unversehens vor einer Barrikade - einem Kunstwerk aus Eisenbahnschwellen.

Marlenes Bein als Symbol der Filmstadt

Wenige Meter weiter winkt ihm als Hinweis auf die „Filmstadt Berlin“ ein überdimensionales rosafarbenes Marlene-Dietrich-Bein entgegen.

Ein riesiger aus Styropor nachgeformter Emil Jannings wischte wie in dem berühmten Film „Der

letzte Matin“ - den Boden. Zugleich rollt auf einer langen Schiene eine elektronisch gesteuerte Kugel hin und her - symbolische Darstellung der Zeit.

Optische Leckerbissen verbirgen sich in kleinen Räumen des zentralen Ausstellungsgebäudes. Da präsentiert sich die gigantische alte Bahnhofshalle durch geschickt gemalte Perspektiven in einer winzigen Kammer wie in ihrer ursprünglichen Größe. Im „Hinterzimmer der deutschen Seele“ darf Trivialliteratur mit Füßen getreten werden - der Boden ist mit Büchern ausgelegt.

Es gibt ein erotisches Kabinett und einen „Haßraum“, in dem geballte Kritik an der Großstadt Berlin geübt wird. Zerstörung und Krieg demonstriert ein Oldtimer,

der in eine Schaufensterscheibe gerast ist - eine nachgestellte Szene. Im „Urbanitätslabor“ ein transparenter Mensch aus milchigem Kunststoff. Der Schlagrhythmus des Herzens wird durch ein Blitzlicht angezeigt. Sogenannte Reaktionsmaschinen fordern die Besucher auf, sich zu testen.

„Ur-Berliner“ mit Lendenschurz

Gleich daneben: Plastisch nachempfundene Bilder nach Gemälden von George Grosz und Otto Dix.

Eine Schließfachwand verbirgt Überraschendes: Eine etwa 20 Zentimeter große Figur mit Lendenschurz auf einem Sandhügelchen -

den „Ur-Berliner“. Gleich um die Ecke stehen Telefonzellen: Man kann bedeutende politische Reden von Ernst Reuter bis Eberhard Diepgen hören. Weitere große Objekte stehen verstreut auf dem Areal: Eisenbahnwagen und ein republikanisches Forum aus Torballen - Treffpunkt für geplante Diskussionen.

Auch an das leibliche Wohl wurde gedacht: Unter frisch angepflanzten Bäumen sitzen die Gäste in einem Biergarten. Selbst an die jüngsten Besucher wurde gedacht: Ein verkleinerter Nachbau des Anhalter Bahnhofs ist Haltestelle für eine Kinderbahn.

Wem all das Appetit macht: Die Ausstellung ist täglich von 11 bis 20 Uhr geöffnet, der dazugehörige Katalog kostet 34 Mark. U. D.

Zu Anfang stellen sich gleich ein paar formale Probleme:

Wie detailliert darf eine Einschätzung sein, die möglicherweise den Bullen in die Hände fallen kann? Wie läßt sich die ganze Bandbreite der verschiedenen Einschätzungen zusammenbringen, ohne Chaos zu produzieren? Wie läßt sich die Gratwanderung schaffen zwischen realistischer Beurteilung einerseits und Erwartungen und Hoffnungen andererseits, bzw. zwischen möglicherweise demobilisierenden Erkenntnissen und plattem Optimismus "es-wird-alles-geil"?

Das erste Problem ist hier nicht gelöst: Eine möglichst genaue Darstellung der Situation für uns ist momentan wichtiger als die Geheimhaltung um jeden Preis. Ansonsten wird der Text zwangsläufig kühl und sezierend und ziemlich taktisch-militärisch ausfallen, was nicht bedeutet, das dies der einzige Gesichtspunkt ist, unter dem der 12.6. betrachtet wird. Die Grundvoraussetzungen sind für den 11./12.6.: - Wir wollen im Idealfalle an beiden Tagen starke Demos mit tausenden von Menschen; wir wollen nicht nur durch verbale Demos (Parolen/Transparente) Aufmerksamkeit erregen, sondern auch militant demonstrieren und dabei möglichst vielen Menschen ermöglichen, sich mit uns zu solidarisieren, ohne daß sie dabei blutige Köpfe bekommen. Das Ganze soll sich an beiden Tagen in der Innenstadt abspielen und möglichst nicht in K 36!

Was wir im Vorfeld der Demo betrachten müssen, ist a) der Zustand der militanten (autonom/anti-imp.) Szene in Berlin, b) der Zustand der möglichen oder tatsächlichen Bündnispartner, c) der Zustand von Bullen und Senat.

- Die militante Szene in Berlin ist zur Zeit hauptsächlich geprägt durch die Tendenz der letzten drei, vier Jahre, sich in Kleingruppen über eine relativ tote Zeit zu retten. Seit Jahren gibt es Ansätze und Versuche kontinuierlicher autonomer Politik, die meistens jedoch wieder im Sande verlaufen, da sie in der Szene zu wenig Resonanz finden. Viele Gruppen bilden sich neu, die meisten halten nur wenige Wochen oder Monate. Die einzelnen Gruppen, auch die älteren, sind voneinander getrennt; Kontakte bestehen meist nur auf der Ebene des persönlichen sich-kennens. An bestimmten Punkten, meistens zu Anlässen, die die Schweine bieten, kommt es zu Zusammenschlüssen, die aber kaum tragfähig sind. VVs werden kaum vorbereitet, regelmäßige Plena vieler Gruppen gibt es nicht. Es existieren zwar einigermaßen konstante Teilbereichsaktivitäten, z.B. Antifa oder Mittelamerika, die jedoch nicht einmal in der engeren militanten Szene Breitenwirkung entfalten können. Sehr viele Menschen sitzen einfach seit Jahren da und warten auf den 1. Mai und auf die neue "Bewegung". Das sog. Aufleben der Anti-AKW-Bewegung

nach Tschernobyl, das nicht mehr als ein Aufbläuen war, hat das ebenfalls bestätigt: Die politische Arbeit wird von sehr wenigen einigermaßen organisierten Kleingruppen bzw. Politfunktionären der Szene geleistet. Daneben stehen viele Leute, die noch von 1981/82 frustriert sind und abwarten und viele neue Leute, denen kaum Erfahrungen vermittelt werden und die bisher nicht viel mehr als ein diffuses militantes Potential darstellten, und organisatorisch noch weit hinter den bestehenden schwachen Strukturen der "Älteren" Militanten liegt. Das klingt alles erschreckend, und viele sind tatsächlich davon so erschrocken, daß sie die Vorbereitung auf den 12.6. als die Organisation einer vorhersehbaren Niederlage betrachten und sich daher nicht beteiligen. Andere leugnen die Schwäche der Strukturen und versuchen sie durch die tatsächlich bemerkbare Aufwärtsbewegung seit Anfang 87 zu überdecken. In Berlin ist das Jahr 87 eindeutig seit langem der erste Lichtblick, nicht nur durch den 1. Mai, den etliche schon wie den Beginn einer neuen Bewegung feierten. So geil er auch war, wir dürfen uns keine Illusionen machen: Es war ein spontaner Aufstand, der gezeigt hat, welches Potential es hier gibt und was hier abgehen kann! In der bisherigen Vorbereitung der Reagan-Demo wie auch in der Verarbeitung der bisherigen Kämpfe von 87 zeigte sich dagegen, wie weit unsere Strukturen von wirklicher Stärke entfernt sind. Sicher haben wir an diesem 12.6. bessere Chancen, als es z.B. 1984/85 ausgesehen hätte. Aber die Gräben zwischen den verschiedenen ideologischen (oder "inhaltlichen") Linien sind ziemlich tief, die Gruppen kommen schwer zusammen, viel Vertrauen wird verlangt, kann aber nicht so einfach herbeigeredet werden. Eine spürbare Vorbereitung auf den 12.6. hat praktisch erst nach dem 1. Mai begonnen, getragen v.a. durch das Hochgefühl, hier den enormsten Krawall der autonomen Geschichte erlebt zu haben.

Was folgt daraus? Jedenfalls keine Demobilisierung! Tatsache ist, daß niemand, der/die im Juni nach Berlin kommt, eine zuverlässige Organisationsstruktur erwarten darf, die etwa dem 11.6.82 vergleichbar ist. Die letzten Monate in Berlin waren bestimmt davon, daß Kämpfe spontan entstanden und sehr kurzfristig sich entwickelten; daß wichtiger als Organisation und Planung das momentane Gefühl der Menschen, ihre Masse und auch die jeweilige Taktik der Bullen waren. Die Berliner Militanten wollen die Auseinandersetzung und bereiten sich darauf vor, aber angesichts der wahrscheinlichen Eskalation ist jede Selbstüberschätzung extrem gefährlich! Es kann durchaus geschehen, daß in den letzten zwei Wochen vor der Demo ein großer Organisierungsschub kommt und die Vorbereitung zuletzt viel besser ist als jetzt hier vermutet wird. Aber niemand kann das garantieren! Daran sollten sich westdeutsche Gruppen orientieren, die überkommen: Von ihnen ist eine genaue Vor-

3
bereitung auf die Demo und kein blindes Verlassen auf Berliner Strukturen notwendig. Genauere Einschätzungen zum Verlauf der beiden Tage usw stehen weiter unten. (Stadtführungen werden in der Woche vorher durchgeführt.) Die Lage der Bündnispartner für die Demos ist auch nicht die beste. Daß sich hier in der Stadt etwas zu bewegen beginnt, ist ihnen wohl nicht entgangen. Die politische Aufwertung, die die Autonomen gerade nach dem 1. Mai in den Medien erfahren (und genossen) haben als sozusagen vernünftige-politischer Arm des Krawalls, spiegelt sich auch wieder im Verhältnis reformistischer Gruppen zu uns. Dazu kommt, daß die Einstellung, zusammenarbeiten zu müssen, sich auch bei liberaleren Kreisen verstärkt hat. Vor allem die AL, die um ihren politischen Einfluß in Kreuzberg fürchtet und seit Jahren in Lethargie und Grenienpolitik dahinschmachtet, hat uns als mögliche Partner gegen Jusos/SPD-orientierte Gruppen neuentdeckt. So wurde uns von vorneherein ein Redebeitrag auf der Großdemo am 11.6. angeboten, was wir nicht als Selbstverständlichkeit betrachten. Unsere Forderungen auf dem Bündnistreffen wurden akzeptiert: Anwesenheit von zwei Autonomen in der Demolition, keine Däldung von Spaller bei Aktiver Beteiligung auch anderer Gruppen, um es tatsächlich zu verhindern, Demo-Anfang und -Ende in der City... Was zuletzt vielleicht noch zurückgenommen wird, ist noch nicht genau abzusehen, damit rechnen muß man jedoch, zumal eben im Bündnis auch Jusos und Gewerkschafter vertreten sind. Z.B. die Frage des Spalliers ist nicht vergessbar mit der Hamburger Hafenstr.-Demo, da die Kontakte zwischen uns und den anderen Bündnispartnern sich bisher auf ein paar wenige Treffen beschränkten, und dies auch nur in jüngster Zeit. Weder wir noch sie können also ein wirklich durchorganisiertes Angehen des Spalliers garantieren - zum jetzigen Zeitpunkt. Das Verhalten der Bündnisgruppen ist bisher sehr entgegenkommend gewesen (von den rechtsaußen abgesehen wie Jusos), und im Moment sehen wir nicht, warum sich das ändern sollte. Es wird natürlich auch abhängen von der Politik der Bullen vpr der Demo und unserem eigenen Verhalten. Unnötige Krawalle wie der vom 16. Mai können da schädlich sein, da sie nach blinder Militanz riechen. Derzeit sind aber die Bullen eindeutig die Buhmänner. Ja, die Bullen: Der Innensenator Kewenig wird für nicht allzu kompetent gehalten. Der alte, sozialdemokratische Bullenpräsident Hübner wurde abgesüßt, was viel böses Blut bei den Bullen gab. Die höheren Chargen von Bullen und Innensenat sind derzeit keineswegs in Höchstform. Das volle Programm dieses Jahres scheint sie zu überfordern. Derzeit schwanken sie zwischen Überhürte in Kreuzberg (Rache für den 1. Mai und Prävention) und weltstädtischer Toleranz an Kudamm. Anfang des Jahres versuchten sie noch, alles herunterzuspielen, was sich dann am 1. Mai richtete. Die Toleranz an Kudamm wird sicher auch irgendwo ihre Grenzen haben. Die

4
Einsatzleitung wirkt bei weitem nicht mehr so souverän, wie wir sie aus den letzten Jahren in Erinnerung haben: Sie hat sich noch nicht auf die neue Bereitschaft zur Militanz bei vielen und auf die plötzlich wieder zahlreichen verschiedenen Aktivitäten (VoBo, 750Jahrfeier, 12.6., K 36-Kiez...) einstellen können und teilweise stundenlang ziemlich chaotisch reagiert. Anfang des Jahres herrschte offensichtlich noch Gelassenheit in Bezug auf die brisanten Termine des Jahres - es war ja auch lange sehr ruhig gewesen -, inzwischen rotieren sie erheblich. Wir hoffen, daß sie sich noch kräftig gegenseitig auf die Füße treten. Eine starke Hand ist bisher nicht erkennbar, auch der neue Bullenpräsident ein ehemaliger Amstrichter und Verwaltungsexperte, wirkt eher wie eine Notlösung und sorgte schon für neue Verstörung. Wie weit sie sich bis zum 12.6. wieder zusammengerauft haben, ist jetzt nicht abzuschätzen. Zu den beiden Tagen selbst: Die Großdemo wird aller Wahrscheinlichkeit am 11.6. (Freitag) abends stattfinden. Man rechnet mit mehreren 10.000 Teilnehmern. Die Route ist noch unklar, als Endpunkt wird die Gedächtniskirche angestrebt. Wir gehen davon aus, daß ein Abschlusspunkt so nahe am Kudamm nicht genehmigt wird. Er würde uns die hervorragende Möglichkeit bieten, ein Konzept vergleichbar dem Ablauf der Anti-Halg-Demo am 13.9.81 durchzusetzen: Eine große Demo, die weitgehend friedlich verläuft und an die sich eine kleinere, geschlossene Demo anschließt, die versucht, Bullensperren zu durchbrechen und zu den unvermeidlichen Kämpfen führt, die dann allerdings ganz zentral in der City ablaufen würden. Die Kardinalfrage ist derzeit: 1. Was ist mit dem Spaller? Greifen wir es auf jeden Fall an, auch wenn das das Ende der Demo bedeutet? Diese Möglichkeit ist für uns ein wichtiger Grund, daß wir die Demo von Anfang bis Ende in der City haben wollen. Oder geben wir bei offensichtlicher Unterlegenheit den Versuch auf und versuchen, trotz Spaller die Demo durchzuziehen? Darüber wurde bisher keine Einigkeit erzielt. Wahrscheinlich ist, daß dies erst vor Ort anhand der Kräfteverhältnisse entschieden werden muß. Die Beteiligung anderer Bündnisgruppen wurde bisher so formuliert: Vor und hinter unserem Block sollen Organisationen laufen, die sich am Beseitigen des Spalliers im Rahmen ihrer Möglichkeiten beteiligen können. Außerdem soll das Spaller bei den Verhandlungen mit den Bullen thematisiert werden und die Organisationen offen gegen das Spaller eintreten. Die 2. Kardinalfrage ist: Versuchen wir, einen geordneten und friedlichen Verlauf der Demo zu garantieren, oder lehnen wir jegliche Verantwortung für einen friedlichen oder unfriedlichen Verlauf ab? Das letztere würde unsere Verhandlungsposition im Bündnis schwieriger machen. Auch darüber gibt es bisher keine Einigkeit. Klar ist, daß wir in jedem Fall mit militanten Auseinandersetzungen zu

In der City rechnen. Sollte die Bullentaktik so erfolgreich sein, daß es in der City für uns keinen Stich gibt, müssen wir mit Krawallen in K 3b rechnen. Viele von uns wollen das um keinen Preis, aber der 16.5. hat gezeigt, daß es da wohl nichts zu verhindern geben wird. Das heißt, wir bereiten uns so gut wie möglich auch auf Randalen im Kiez vor, um nicht hilflos dabeizustehen, wenn die Bullen einreiten. Grundsätzlich wollen wir aber die Militanz in die Innenstadt bringen, wenn es nur irgend möglich ist! Eine Vorbereitung auf Randalen im Kiez wird vor allem vorbeugend sein.

Ein mögliches Verbot der Großdemo ist bisher nicht als realistische Möglichkeit diskutiert worden.

Am Samstag, den 12.6., wird zu einem flexiblen Konzept aufgerufen. Ausgehend von der Einschätzung unserer Kräfte und denen unserer Bündnispartner und der Bullen halten wir ~~an~~ die Durchsetzung einer zentralen militanten Demo, wie es am 11.6.82 versucht wurde, für unwahrscheinlich. In Abstimmung mit den anderen Gruppen des Bündnisses wird für den 12.6. für die Zeit, wo Reagan hier ist, zu Aktionen aufgerufen. Der Schwerpunkt soll dabei am Kudamm liegen. Unsere Ideen, die im Bündnis Anklang fand, war, für den Kudamm auf ca. 2-3 km Länge zu mobilisieren und bei guter Stimmung und großen Mengen von Menschen auf die Straße zu gehen und eine Demo zu versuchen. Das ist natürlich sehr spontan, und es wird wahrscheinlich sinnlos sein, dort von Anfang an vollautonom aufzutreten, Helme und alles mögliche anzuschleppen. Wir müssen davon ausgehen, daß die Auseinandersetzungen an diesem Tag für uns nur durch den Schutz des Kudamm und seiner breiten Öffentlichkeit erfolgreich sein können; wie gesagt: Eine Wiederholung des 11.6.82 am Nollendorfplatz halten wir derzeit nicht für möglich. Natürlich hoffen wir darauf, daß es am Kudamm gewaltig scheppert. Aber niemand, der dorthin kommt, darf erwarten, daß wir dort von vorneherein genug Stärke haben, um unsere Konzepte einfach so umzusetzen. Das ganze ist ein Kompromiß zwischen einem Rückzug auf dezentrale Aktionen und der Offensive einer zentralen Demo und entspricht damit einigermaßen den derzeitigen Kräfteverhältnissen. Von den Bullen erwarten wir ein ungeheures Aufgebot, viele Vorbeugende Festnahmen nach ASOG und den Versuch, Kessel und Riegel zu bilden, um uns vom Kudamm zu vertreiben. Abseits der großen City-Straßen ist mit ziemlich brutalem Knüppelinsatz zu rechnen. Mit Gas werden sie am Kudamm dagegen wohl etwas sparsamer sein. Das ganze wird aber auch stark von der Vorbereitung der Demo, grade in den Medien, abhängen. Grenzkontrollen mit ASOG-Festnahmen wurden jetzt schon angekündigt.

Infos über die Berliner Bullen:

Es gibt in Berlin 5 Polizeidirektionen, denen jeweils kasernierte Einsatzbereitschaften unterstellt sind. Bzgl. B Normalerweise verfügt jede Direktion über vier Hundertschaften; am 11./12.6. werden diese sicherlich alle in Bereitschaft bzw. im Einsatz sein und durch zusätzliche Einheiten verstärkt werden. Die jeweilige Direktion ist durch einen Buchstaben an Mannen und Helmen, die Hundertschaft durch eine Zahl gekennzeichnet. A ist Direktion 1 aus Wedding/Reinickendorf, B ist Dir. 2 aus Charlottenburg/Spandau (Kaserne Ruhleben), C ist Dir. 3 (City) aus Tiergarten (Kaserne Kruppstr.), D ist Dir. 4 aus Lankwitz, also im Süden, und E ist Dir. 5 (Kaserne Friesenstr.), zuständig für Kreuzberg und den Südosten. Zusätzliche Bereitschaften haben den Buchstaben T oder eine negative Farbgebung (also weiße Schrift auf schwarzem Grund).

Eine Wanne, die diese Kennzeichnung, z.B. D2, nicht hat, ist mit großer Wahrscheinlichkeit eine SEK-Wanne oder gehört zum Dokumentations-trupp. Es gibt zwei SEK-Einheiten.

Die Kampfanzüge der Bullen sind grün, keine Lederjacken! SEK kann auch blaugraue Kampfanzüge tragen. Greiftruppe mit Turnschuhen werden verstärkt eingesetzt.

Es kommt vor, daß Zivis durch bunte Stecknadeln am Jackenaufschlag gekennzeichnet sind!

CS-Gas wurde bisher in Berlin nicht angeschafft, allerdings wird CN hochkonzentriert und nicht sparsam eingesetzt. Die Bullen knüppeln lieber mit den langen Holzschlägern, Wasserwerfer setzen sie meistens nicht so schnell ein. Die alten Wasserwerfer, auch die Panzerähnlichen, haben einen relativ geringen Druck. Es gibt aber auch mindestens drei neue Hochdruckwasserwerfer. Das Lieblingspielzeug der Bullen sind zur Zeit ihre schmucken Panzerwagen.

Die Hubschrauber sind von den Alliierten; Bullen dürfen da aber mitfliegen, zu Leitungs- und Dokumentationszwecken.

Zivis fahren überwiegend VW-Golf und neue Passatmodelle, neue Modelle von Opel Rekord und Ascona, Ford Sierra.*

Die extra langen Wannen wurden bisher nur für Transporte am Rande eingesetzt; in der direkten Auseinandersetzung sind sie wohl zu unbeweglich.

Ein Zug (=eine Hundertschaft) besteht aus 7-9 Mannen.

Hinweise zur Vorbereitung des Empfangs eines Vertreters des Imperialismus:

Die Vorbereitungen des Sicherheitsapparates zur Durchführung des Besuches von Reagan in Berlin sind in vollem Gange. Der Apparat arbeitet z.Z. nach dem gleichen Schema wie beim letzten Besuch 1982. Unverhältnismäßige Bullenübergriffe und unverhältnismäßiger Justizterror bestimmen das Klima und sollen provozieren, um im Vorfeld Kräfte zu verschleifen.

Wie 82 ist damit zurechnen, daß die Bullen versuchen werden, die antiimperialistischen Kräfte an einem Ort zu binden, den sie bestimmen, um den Schaden möglichst gering zu halten.

Was 82 der Nollendorfplatz war, soll nach ihren Planungen diesmal der Kiez um die Oranienstraße sein. Seit Tagen ist zu beobachten, wie die Bullen sich im Kiez ortskundig machen um günstige Standorte und Einsatzpläne ausfindig zu machen. Daran sind auch schon die Bullen aus der BRD beteiligt.

Man muß davon ausgehen, daß sie zwischen 10. und 12.6. versuchen werden hier im Kiez eine Schlacht vom Zaun zu brechen, bei der sie die paar wenigen Ausfallstraßen dicht machen und alles Widerstandspotential abgreifen werden.

Wir sollten unsere Augen nicht verschließen, der Kiez ist eine Falle! Sollten sie die laufenden Veranstaltungen nicht ausnutzen können, werden ein paar provokative Durchsuchungen und ASOG-Festnahmen bzw.-Verhaftungen leicht die von ihnen gewünschte Randalen im Hinterhof der Stadt auslösen. Die gute Stube bleibt sauber, der Besuch ungestört.

Konsequenz sollte sein, sich für die kritischen Tage Ausweichquartiere im Rest der Stadt zu suchen und die Bullen ins Leere rennen lassen. Dies gilt vor allem für unsere Gäste aus der BRD. Andernfalls wird es für den Apparat sehr einfach sein.

Wir bestimmen die Orte unserer Aktivitäten selbst und lassen sie uns nicht von den Bullen aufzwingen!

KOMMT ZUR ANTI-REAGAN DEMO AM 11.6. !!! SEID AM 12.6. PHANTASIEVOLL !!!
DAS FLUGBLATT HAT NUR EINE KLEINE AUFLAGE; GEBT ES DESHALB WEITER!!!

(Für alle Fälle: Telefonnr. des Ermittlungsausschusses: 692 22 22 < neunundsechzig und fünfmal die zwei >)

★ REAGAN-9
11.12.6. ★

6922222

In den letzten Monaten sind massenhaft Leute von uns festgenommen worden, und etliche davon haben Haftbefehle geknackt und sitzen jetzt. Dabei haben wir immer wieder die Erfahrung gemacht, daß viele Leute immer noch nicht wissen, wie sie sich bei Festnahme, Vernehmung und Einkassierung verhalten sollen und was auf sie zukommt. So haben viele Leute Fehler gemacht, wie z. B. Aussagen gegenüber den Bullen, aus denen ihnen ein Strick gedreht werden kann. Deshalb wollen wir noch einmal die wichtigsten Sachen aufschreiben und hoffen, daß sich ihre Ängste Leute gut durchlesen und auch untereinander über ihre Ängste und Unsicherheiten reden/nachfragen. Es kann jeder/von uns treffen, denn die Bullen schlagen wahllos zu, und zusätzlich haben sich Zivilis unter uns gemischt, die die Leute ausstecken und den Bullen angeben. Angesichts des Bullenterrors ist anzunehmen, daß auch in nächster Zeit noch 'ne Reihe von Leuten einfallen werden.

Verhalten auf 'ner Demo

Auf, auf

- Grundvoraussetzung für jede n Demobesuch ist, vorher dieses Infolblatt gründlich gelesen zu haben!
- Sag Freunden (Haus, WG, Kiste etc.) Bescheid, daß Du zur Demo gehst und melde Dich bei ihnen auch hinterher zurück, damit nicht unnötigerweise nach Vermissten geforscht werden muß.
- Laß Adressen, Dope und ähnlichen Kram zuhause.
- Mitnehmen solltest Du nur in der Tasche: Perso./Deinen, 2 x 23 Pfennige (in klein), im Kopf/oder auf dem Arm: die Telefonnummer der Anwälte Deines Vertrauens, die EA-Nr. 6922222.
- Da bei Festgenommenen häufig Hausdurchsuchungen stattfinden, bereite Dein Zimmer auf diesen Besuch vor.
- Jeder/r sollte zwei Vollmachten unterschreiben (mit unterschreiben, noch kein Datum usw. einsetzen). Die eine Vollmacht sollte zum Anwalt gebracht werden, die andere: der WG oder bei Freunden liegen, damit diese Vollmacht zum/nem/r anderen Anwaltin/Anwalt gebracht werden kann, falls Dein/e Anwalt/Anwältin gerade nicht erreichbar ist. Eine Adressenliste von Anwälten liegt übrigens beim Ermittlungsausschuß (Tel.: 6922222), der in Notfällen auch sagen kann, welche Anwälte zu erreichen sind.
- Es ist wichtig, daß Deine Freunde/innen wissen, welche/r Anwalt/Anwältin für Dich zuständig ist, wenn sie also notfalls informieren müssen.
- Am Besten, Du gehst mit einer Gruppe und bleibst mit ihr die ganze Zeit zusammen.
- Machi Treffpunkte aus, falls Ihr Euch verliert.

Demo-Info

Ermittlungs ausschub

Während der Demo

- Bildet Ketten, auch wenn die Situation ganz ruhig erscheint.
- Denkt nicht immer am Rand rum (Eine oder Treite).
- Denkt daran, der Lautsprecherwagen organisiert sich seinen Schutz selber. Es ist nicht angebracht, daß irgendjemand dazwischen reinläuft.
- Falls es brenzlig wird, versucht nicht alleine ur 5 in Panik wegzulaufen. Eine Gruppe ist immer noch ein Schutz.

Kommt, wenn zu Festnahmen:

- Wirst Du festgenommen, rufe den Umstehenden **Diebstahl** vollständigen Namen zu (weitere Hinweise siehe unten).
- **Abschreibst Du eine Festnahme, merke Dir als Erstes die** Namen und versuche rauszukriegen, ob die **Personen** tatsächlich abtransportiert wird.
- Rufe dann bei EA an (6 92 22 22).
- **Wichtig dafür ist die Angabe von:**
 - Name (vollständig)
 - Ort und Uhrzeit der Festnahme
 - Personensbeschreibung
- Wichtig für die spätere Anfertigung eines **Gedächtnisprotokolls**, d. daß Du versuchst, die gesamte Situation zu **erklären** und Dir zu merken (und Dich nicht nur auf die Festnahmesituation konzentrierst).
- Rufe der EA nicht aus reiner N-ugerde an.

Nach der Demo

- Wenn Du davon ausgehst, daß Du als vermißt oder festgenommen beim EA gemeldet bist, melde Dich beim EA zurück, damit wir dich nicht unnötig suchen.
- Sofort Gedächtnisprotokoll schreiben.

Aussageverweigerung

Eine Festnahme, ein Verhör oder eine Hausdurchsuchung trifft Dich fast immer unvorbereitet. Das gehört zur erfolgsgeschickten Taktik der Polizei. In dieser Situation hat sie Dir gegenüber die folgenden Vorteile:

Für Dich ist die Situation eine Ausnahme — für sie es Routine. Du bist unvorbereitet — sie arbeitet mit genauen Instruktionen und Taktiken.

Du bist von den Personen Deines Vertrauens abgeschnitten — die Beamten haben ständig die Möglichkeit, bei veränderter Lage neue Instruktionen einzuholen.

Du kennst Deine Rechte nur unvollkommen, sie wissen das. Du bist nervös und aufgeregt, sie sind cool und darauf gedrillt, Deine Nervosität zu ihren Gunsten auszunutzen.

Du weißt nicht, was sie mit Dir machen werden und wie lange das Verhör dauert und was es ergibt, sie haben davon eine genaue Vorstellung.

Du bist ausgegliedert und fühlst Dich entsprechend schlecht. Die Angst und die Ungewißheit machen Dich fertig — sie rechnen damit.

In dieser Situation sind viele bereit, auf alle gesetzlich garantierten Rechte auf Aussageverweigerung zu verzichten.

Für den Wunsch, nur raus hier und es hinter mir haben, sind manche schon für Jahre ins Gefängnis gewandert, weil sie ihr Recht zu schweigen psychisch nicht mehr wahren konnten.

In dieser Lage bist Du nicht Herr des Verfahrens. Du kannst mit absoluter Sicherheit nicht wissen, ob eine Aussage Deine Situation letztlich bessert. In dieser Lage kannst Du nur spekulieren. Spekulation ist Abenteuertum.

IMMER

Es gibt keine Situation, in der Du eine Aussage nicht auch noch in verzehra Tagen machen könntest!

Wichtig ist, die Mechanismen zu kennen, die Menschen zum Reden bringen. Eine Vernehmung ist kein Spiel von Frage und Antwort. Sie ist zunächst eine Situation. In dieser Situation handelt man nicht nur bewußt und vernünftig, sondern auch, von unbewußten Regungen gesteuert, teilweise „mechanisch“. Der geübte Kriminalbeamte wird, wenn er Dich nicht schon kennt, bereits von Anfang an diese Regungen und Verhaltensweisen an Dir studieren, um im Verlauf der Handlung in Deinem Unterbewußten Reaktionen auslösen zu können, die ihn seinen Zielen näherbringen. Viele begreifen dann auch später nicht, wie es zu Aussagen kommen konnte.

Warum ist es richtig, nichts zu sagen, bevor man mit einem Anwalt gesprochen hat? Das Gesetz gibt Dir als Beschuldigtem das Recht, Dich nicht selbst zu belasten. Das gleiche gilt für den Zeugen unter den oben ausgeführten Voraussetzungen. Es gibt, vor allem nach einer Festnahme, aber auch sonst, keine Situation, in der Du allein sachlich und juristisch beurteilen kannst, ob Deine Angaben tatsächlich einen Vorteil für Dich bringen. Du weißt gar nicht, an welchem Fick des Verfahrens Du bist. *Du fühlst der Lotie, fragst immer Anwalt!* Wenn er nicht gleich erreichbar ist, warte mit allem, bis Du ihn erreichst hast und er kommen kann. Mach Dir unter keinen Umständen die Ungeduld oder Eile des Beamten zu eigen. Wenn er es eilig hat, hast Du gerade Zeit. Und nimm um Himmelswillen nicht etwa ihn als Lotten! Du kannst Dir hoffentlich denken, daß er Dich nicht in Deine Interessen, sondern in seine löst.

Der Polizeibeamte hat nur ein Ziel: Seinem Vorgesetzten ein Ergebnis zu präsentieren. Du bist ihm letztlich scheinbar egal. Wenn Du aufgrund Deiner Aussage noch im Knast sitzt, ist er für Deine Aussage vielleicht schon befördert worden.

UND

Die prozessuale Bedeutung der Aussageverweigerung

Dein Schweigen hat auch prozessuale Bedeutung. Nur die *totale* Aussageverweigerung darf bei einem Beschuldigtem nicht zu seinem Nachteil bewertet werden. Sagst Du auch nur ein Wort, so wird dies zu einem Beweismittel, das nach der Rechtsprechung der sogenannten freien richterlichen Beweiswürdigung unterliegt.

Eine Aussage kann man nicht *widerrufen*. Man kann nur einer Aussage eine weitere anfügen, die in ihrem Inhalt von der ersten abweicht. Das Gericht ist dann in seiner Verurteilung frei, welcher es Glauben schenkt. Meist werden dann die Beamten, die die Aussage zusammengebracht haben, in der Verhandlung vernommen, und sie werden ihr ubenes tun, die geeignete Aussage dem Gericht mündgerecht zu machen.

Die Spekulation mit Deiner Angst

So einfach es klingt: Ein wesentliches Instrument der Gegner mit dem sie versuchen, Dich klein zu kriegen, ist, Dir Angst zu machen. Angst hat vor allem die/denjenige die/der keinen Mut mehr hat, wenn Widerstand zu leisten. Dieser Mut verläßt er nie n dann, wenn der Gegner einem übermächtig erscheint. Es gehört somit zur Taktik der Polizei, Dir zu zeigen, daß Widerstand sinnlos ist, daß man mit Dir machen kann, was man will.

UNBEGINGT

Normalerweise werden festgenommene Leute, falls sie nicht entlassen werden, am Nachmittag des nächsten Tages dem Haftort vorgeführt. Erhält dieser einen Haftbefehl, kommen die Frauen noch am gleichen Tag in die Platz, da in der Goharder Straße für Frauen keine Überwachungsanstalten bestehen. Die Männer kommen meist am nächsten Tag in die U-Haft Moabit, Al-Moabit 12a.

Was sofort in beiden Anstalten gemacht werden kann, ist die Abgabe der Wäsche, Jeans, Pullover, Unterwäsche usw. Gegenstände wie Spiegel, Bürste usw. können nicht reingebbracht werden. Die Anstalt ist nur vormittags geöffnet. Vergibt den Ausweis nicht, wenn ihr Sachen abgeben wollt. Bei der Ankunft erhalt ihr am besten die Buchnummer, die jeder Gefangene erhält. Gleichzeitig gibt es dort Übersetzungen für die Konten der U-Haft.

Männer: Postcheckkonto Berlin-West 72 77 101
Frauen: Postcheckkonto Berlin-West 414 85 100

Hausdurchsuchungen

- Durchsuchungsbeleg zeigen lassen. Bei Gefahr in Verzug brauchen die Bullen keinen. Schau den Bullen zu, guck nach, ob sie Dir noch was in die Bude packen. Mach nach ihrem Abzug 'ne Bestandaufnahme. Informier unverzüglich eine/n Anwaltin/-Anwalt.
- Frag nach, gegen wen sich die Durchsuchung richtet.
- Du hast das Recht, daß eine Person Deines Vertrauens dabei ist (kann auch der Nachbar sein).
- Bei beschlagnahmten Sachen Beschlagnahmungsprotokoll erstellen und geben lassen und bei Mitnahme von persönlichen Gegenständen (Briele, Unterlagen etc.) darauf bestehen, daß sie verschlüsselt und versiegelt werden, damit sie nur vom Staatsanwalt geöffnet werden können.
- Leg Widerspruch gegen Beschlagnahmen ein. Nicht unterschreiben!

Was tun wir und wie solltet ihr mit uns umgehen?

Dabei müßt ihr die Buchnummer oder das Geburtsdatum des Gefangenen angeben sowie natürlich den Namen. Möglicherweise auf die Post wandern und einzahlen. Alle Gefangenen haben die Möglichkeit, für 60,- DM wöchentlich einzukaufen - bar Geldes - es wird vom Konto abgebucht. Dann sollte sofort der "Der Tagespiegel" oder andere Zeitungen bestellt werden. Bei der "Zeit" solltet ihr auf Freiburgs oder Preisermäßigung pochen.

Besuche
- sollten vorher mit der/dem zuständigen Anwaltin/Anwalt abgeklärt werden.
- Die Besuchsabmeldung beantragt ihr bei der zuständigen Staatsanwaltschaft (Abt. P). Am besten ist es, persönlich den Besuch zu beantragen und auf Dringlichkeit zu pochen. Gericht und Staatsanwaltschaft befinden sich in der Turnstr. 91, 1000 Berlin 21. Tel.: 3 97 91. Nicht abwimmeln lassen. Besuchersollten Kleingeld bis zu 18,- DM mitnehmen, um Süßigkeiten, Tabak etc. im Automaten ziehen zu können.

- Sollten die Leute für längere Zeit einzeln empfohlen es sich, sich ein Radio und Schreibmaschine zu beschaffen. Vorher aber bei der Anstalt die Bedingungen erfragen. Es ist lange nicht jedes Gerät zugelassen (z. B. nur Radios ohne UKW-Netzteil).
Telex, und dann schickt Briefe, Telegramme und Power über die Mauer.

- Wir sitzen vor, während und gegebenenfalls nach Demos am Telefon (6 92 22 22), damit ihr uns festnehmen mel den könnt.
 - Wir übernehmen die Koordination von Anwaltinnen/Anwälten und
 - wir weisen zu Verfügung, damit ihr möglichst sofort eure Gedankenprotokolle abgeben, möglichenfalls auch schreiben könnt (ein halbes Jahr später, beim Prozeß, wißt ihr nichts mehr).
 - Die Protokolle stellen wir sofort und ausschließlich der betroffenen Anwaltin/Anwalt zur Verfügung.
- Und was ist ihr Tun?**
- Wir offenlegen, was wir sehen und Ohren auf Demos gehen.
 - Wenn Du ein Festnahme beobachtet hast, schreib ein Gedächtnisprotokoll und bringe es so schnell wie möglich (am besten persönlich) beim EA vorbei.
 - Wichtig für das Protokoll ist:
 - Überschrift (Ort und Uhrzeit des Geschehens)
 - Das, was Du gesehen hast (die Situation auch direkt vor der Festnahme).
 - Auch Nebenmöglichkeiten können wichtig sein.
 - u. U. Skizzen, Fotos wären super.
 - Deine Adresse und Telefonnummer, unter der Du möglichst auch in einem halben Jahr noch erreichbar bist.
 - Wenn Du vermögst oder festgenommen wirst, müßt Du Dich unbedingt bei uns zurückmelden.

Was tun, wenn's Dich trotzdem erwischt

In der Wanne
- Laß Dich auf keine Fragen oder Gespräche mit den Bullen ein.
- Tauschere mit denen, die mit Dir festgenommen wurden, den vollständigen Namen und Adresse ausfallig, jemand früher als die anderen rauskommen.

- Falls Du keinen Rechtsanwalt kennst, laß Dir von den anderen eine Telefonnummer geben. Überleg Dir aber auch, was Du sagst, eventuell sitzt der Spitzel neben Dir.
- Mit der Wanne wirst Du auf eine Gefangenensammelstelle (Gesetz gebrocht).

In der Gasa
- Du kommst Du eventuell in ne kleine Einzelzelle mit Dauerbeleuchtung und harter Holzbank oder auf ne Gemeindefestzelle (auch hier Name und Adresse von Mitgefängenen).
- Bei der Einföhrung werden Dir alle Gegenstände (Brille, Gürtel, Schraubendreher usw.) abgenommen. Wenn sie was beschlagnahmen, beacht auf einer Quittung.

Unterschiede nichts!
- Du hast das Recht, Deine/n Anwalt/Anwältin und eine Person Deines Vertrauens zu informieren, oder zumindest müßest Du den Bullen das um (per Telefon). Falls Du keine Kontakt-nummer hast, versuch den EA anzurufen. Allerdings verwirren die Bullen Telefonate oft.
- Einer Erkennungsidentischen Behandlung (ED) wirst Du kurz nach der Einföhrung oder nach der Vernehmung unterzogen. Dann nehmen sie Fotos, Finger- und Handflächenabdrücke von Dir. Leg Widerspruch ein und laß das protokollieren, auch wenn sie die ED-Behandlung trotzdem durchführen.

- Vernehmung**
- Nur Angaben zur Person (Name, Geburtsdatum, Meldeadresse) machen!
 - Keine Aussagen machen! Laß Dich von den Bullen nicht einschüchtern oder unter Druck setzen, mit Drohungen oder Versprechungen wie z. B. "Wenn Du redest, kommst Du raus, wenn nicht, wirst Du dem Haftort vorgeführt". Du weißt erst dann, wasgeschehen Du Dich verteidigen müßt, wenn Dein/e Anwalt/Anwältin die Protokolle der Belastungszeugen gesehen hat.
 - Dein/e Anwalt/Anwältin hat das Recht, zur Gasa zu kommen, aber meistens kann er auch nicht viel mehr machen, als zu sehen, wie's Dir geht und mit Dir reden. Klar ist es erstmal eine psychische Unterstützung, aber auf der anderen Seite sollen wir die Anwälte nicht so locker verschleppen (§ 116 Minderheitsverfügungsverbot). Nichts können die Anwälte sowieso nicht machen, und es ist auch nicht sooo schlimm, wenn Du mal einen Tag auf der Wache sitzt. Wichtig ist, daß jemand bzw. der EA weiß, wo Du bist.
 - Die Bullen dürfen Dich höchstens bis zum Abbruch der Deiner Festnahme folgenden Tages (Mittwoch) festhalten, ohne Dich dem Haftort vorgeführt zu haben. Wenn Du also in der Gasa bleibst, heißt das meistens, daß Du wieder rauskommst. Falls Du rauskommst: Gedächtnisprotokoll machen und zum Ermittlungsausschuß im Mieninghof, Giesenerstr. 2, gehen (Tel.: 6 92 22 22).

Vor dem Haftort:

- Wenn Du von der Gefangenensammelstelle zum Polizeigewahrsam in die Goharder Straße geföhrt wirst, heißt das oft, daß Du dem Haftort vorgeführt wirst, daß Du also, wenn Haftbefehl kriegen sollst, jetzt ist es unbedingt erforderlich, einen Anwalt anzurufen. Dein Anwalt hat das Recht, zum Haftort zu kommen, und falls er noch keine Vollmacht von Dir hat, kannst Du sie dort unterschreiben. Wenn die Bullen Dich nicht haben telefonieren lassen, sag's dem Haftort und telefoniere von da.

- Aus dem gleichen Grundes wie bei den Bullen solltet Du auch vor dem Haftort ohne Anwalt keine Aussagen machen.

Ohne Anwaltin

- Beantrage Hafterschonung (das heißt, halt U-Haft zweimal die Woche bei den Bullen melden).
- Beantrage sofort mündliche Haftprüfung: der Haftprüfungs-Kammer findet spätestens 14 Tage nach dem Antrag statt.
- Wenn Du einen Haftbefehl und keine Hafterschonung bekommst, kommst Du in die U-Haft, Frauen in die Platz, Typen nach Moabit).
- Dort laßt dann zunächst mal die ganze Aufnahme-prozedur.

Aufnahme

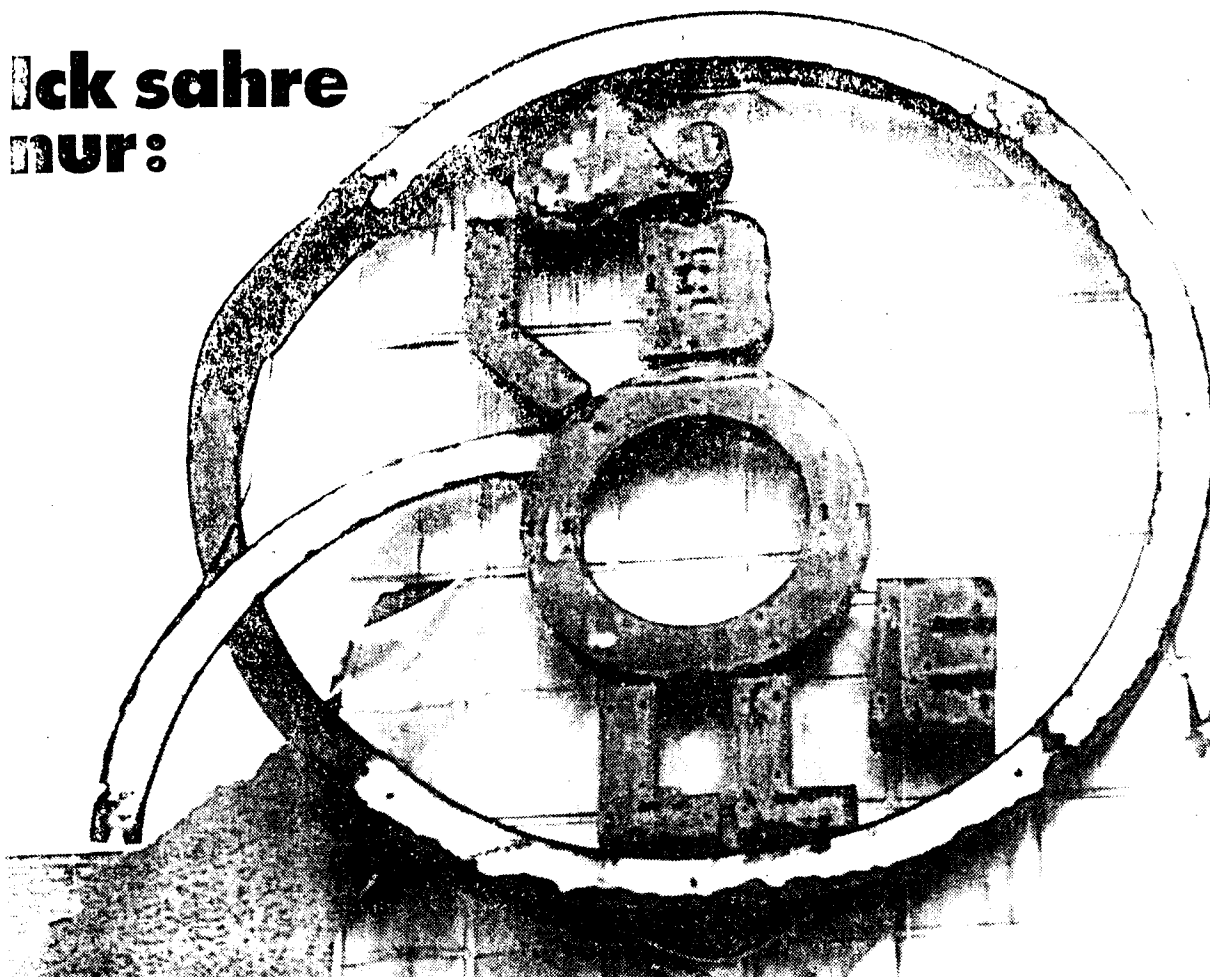
- Durchsuchung Deiner Klamotten und Deines Körpers (mit Aussehen).
- Du wirst nochmal fotografiert.
- Durchsen für alle, Deine Sachen bis auf Klamotten müßt Du abgeben. Sie werden "zur Halle genommen" auf der Haus-Kammer.
- Am gleichen oder nächsten Tag ärztliche Untersuchung (Betriebe auseinander in Arsch oder Mäse gucken etc.). Das können kannst Du verweigern. Wenn Du Krankeiten hast, gib sie an, kann z. B. Vorteile fürs Essen haben.

Im Kassa

- Ohne Vormelder laßt nicht! Das sind Zettel, auf denen Du alles beantragen müßt (z. B. wenn Du zum Arzt willst, Bücher von der Anstaltsbibliothek oder ne Schreibmaschine haben willst usw.). Den Vormelder kriegst Du abends vom Kalkulator bei der Messerabgabe und müßt ihn morgens bei Zellaufschluß direkt abgeben.
- Du kannst Anwaltskarten beantragen und zu einer/in Anwaltin/Anwalt schicken, damit er Dein Aktenzeichen erfährt und, wenn Sprechstein beantragen kann.
- Du hast das Recht auf eine Stunde Holzgang pro Tag mit der ganzen Station. Nimm Kontakt mit anderen auf und frag sie, wie's so abläuft.
- Alle vierzehn Tage 'ne halbe Stunde Besuch von bis zu drei Leuten gleichzeitig. Leute, die Besuch machen wollen, müssen von draußen den Sprechstein beantragen.
- Für 60,- Mark/Woche kannst Du einbauen, Geld, das Du dabei hast, wird auf 'n Kasstokonto verbucht, das ansonsten von draußen außegefüllt werden müß.
- Die erste Post dauert länger, ca. zehn Tage. *Du dich dort, daß Dein Post ad U-Haft/ung vom Staatsanwalt gehen wird!*
- Der Bezug von Zeitungen und Büchern müß von der Staatsanwaltschaft genehmigt werden. Schnell beantragen!



Ich sahre nur:



Alle, die in jener erstaunlichen nacht unterwegs waren, wissen: es war alles ganz anders. Auf der straße brüllte das leben und die einsatzleitungen der linken & der bullen gaben erstmal den löffel ab. Panx & Türken, baron & rentner, Anarchos & boosfrauen, kinder & säufer – laut Kreuzberg war auf den beinen, und für jede/n war was dabei. Unzählige kleine & größere regelübertretungen und tabu-verletzungen waren die tanzschritte auf dem furiosen ball der Anarchie & guten laune. Das macht lust auf ein anderes **ILLEGALES DASEIN DAGEGEN**. Revolution muss spaß machen, weil revolution ist 1 sinnliche erfahrung. Und genau das macht die atemberaubende neue qualität der anarchie aus: kaum jemand/fraud auf straße hatte angst. Es grinste, wohin du blicktest. Lust essen entsetzen auf. **Konspiration** (lat. con spirare = gemeinsam atmen) aller orten. Hinter jeder ecke ein komplott gegen **Die Macht**.

Kommunikation!

Erotik!

Krawall!

Plündern ist geil. Wörter machten die runde, gingen von mund zu mund: da ist ja endlich der neue bauplatz für die Kita. Wildfremde leute geben die tips gegen CS: um himmels willen nicht reiben. Nur die Autonomen reiben sich jetzt noch die augen: heiliger strohsack, wie konnte das geschehen? Und bieten haufenweise gelaber an. Was soll das moralisieren über die kleindealer? Über die privatautos? Über die feuerwehr? **Soziale eruptionen sind nicht kontrollierbar**. Es sei töricht, einem erdbeben einhalt gebieten zu wollen, erkennt Fritz Nietzsche glasklar. Und natürlich war das auch die stunde der privatfehden und des bodensatzes, der besitzlosen, der bekloppten, der gängster. Die linke ist von

den verhältnissen überrollt worden – und das ist gut so. Und wer das immer noch nicht kapiert hat: wir können und wollen nicht die (selbsternannte) speerspitze der revolte sein. Wir werden mitgerissen, sind bestandteil des ganzen. wir müssen lernen, **militanz als lebensgefühl** zu begreifen, das exzesse sowieso verhindert. Die hälfte der verletzungen & festnahmen sind dem alk zuzuschreiben: au weia.

Lernt zielen!

Tragt verantwortung!

Agitiert!

Und ein wort an die blockwarte & denunzianten: Ihr wollt die jugend abschaffen, passt bloß auf, wir kennen & beobachten euch. Nächstes mal wird mitgeplündert oder es raucht.

Was lernen wir aus alledem?

Niemand von uns hat mit **SIRIBT** derartigen entwicklung gerechnet, niemand hat darauf zu hoffen gewagt. Fahrschlingirlanden auf dem Luisenplatz, pogo auf der kreuzung. Revolte als irrer energieverwender: 14 stunden nonstop in bewegung & kein bisschen müde. **Neue augen!** Vertrauen in dich und mich: massenhafte militanz aus der masse heraus. The family that stays together lays together: bänden, stämme, betriebskampfgruppen bildeten sich spontan & immer wieder neu. **Sympathie!**

Redet weiter miteinander!

Trefft Euch!

Erkennt Die Kraft!

Transportiert Das Gefühl!

(Humorist)DerHungerNachMehrUnsinn e.V./AUF! KLÄRER

GRUPPE Anarchie & Luxus/Stadtpartnerschaft Brixton - SO 36/
Die Subversiven von nebenan/Anti-sanitäre Bewegung/Sicherungsgruppe Kiez/
Comando Oblomov/Bürger beobachten das Einerlei/750 Jahre sind genug Gebitt!

Dieses Plakat könnt Ihr in Knelpen und Buchläden gegen einen Beitrag von DM 5,- erwärben. Die Knete geht an den Ermittlungsausschuß, der sich abendrein über jede Spende freut:

Spendenkonto: Postgiraamt Bln-W - BLZ 100 100 10 - Kto.-Nr. 206 10 - 106



2. Juni 1967 — 2. Juni 1987

Am 2. Juni 1967 wurde Benno Ohnesorg bei einer Demonstration vor der Deutschen Oper erschossen, als er vor den nachsetzenden Polizisten fliehen wollte. Wie konnte es dazu kommen?

Als Staatsgast besucht der Schah von Persien im Juni 67 die Bundesrepublik Deutschland und Westberlin. Dazu gehört auch ein Besuch in der Deutschen Oper. Davor haben sich 2.500 Demonstranten versammelt, die mit Spruchbändern wie »Schah, Schah, Scharlatan« und »Mörder« gegen den Terror am iranischen Volk protestieren. Mit seiner »Leberwursttaktik« läßt der Polizeipräsident die Studenten verfolgen. Der Student Ohnesorg nimmt zum ersten Mal an einer Demonstration teil. Er versucht mit vielen anderen, in einen Gebäudehof zu fliehen und wird dort von dem Polizisten Kurras erschossen. Der Schock über den grundlosen Einsatz der Staatsmacht, der zum Tode Benno Ohnesorg geführt hatte, öffnet vielen die Augen.

Schon Monate davor sind Studenten in dieser Stadt auf die Straße gegangen, um gegen den verbrecherischen Vietnam-Krieg und gegen die Orcinarien-Universität zu protestieren. In der vom Kalten Krieg verhetzten Frontstadt trat sie der ganze Haß, der vor allem von der Springer-Presse geschürt wurde. Jetzt, nach dem Tod Ohnesorgs, wächst die Opposition. Die »Kritische Universität« wird gegründet. Ein internationaler »Vietnam-Kongreß« wird durchgeführt. Die Studenten fordern die Entignung des Spring-Konzerns. Ostern 1968 schlägt ein von den Zeitungen aufgehetzter Fanatiker zurück: drei Schüsse auf den Studentenfürer Rudi Dutschke sind die Antwort. — Die Wahrheit läßt sich auf die Dauer nicht unterdrücken. Heute weiß man:

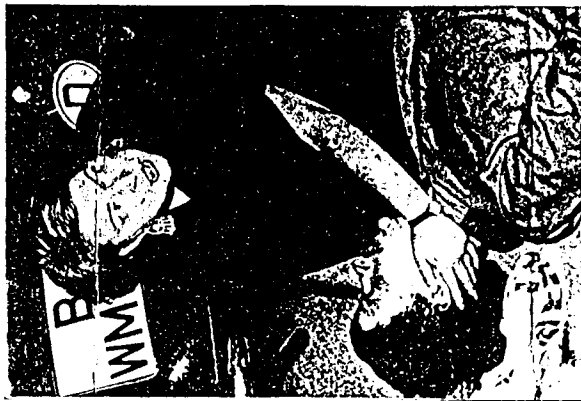


Foto: Henschel
auf den Studentenfürer Rudi Dutschke sind die Antwort. Heute weiß man:

- ▶ daß der Schah Zehntausende foltern ließ
- ▶ daß der Krieg in Vietnam ein Verbrechen war
- ▶ daß der Nazi-Geist nach 1945 weiterlebte
- ▶ daß Bildungsprivilegien undemokratisch sind
- ▶ daß der Zugriff auf den Bürger immer totaler wird
- ▶ daß Wissenschaftler, die nur »Fachdioten« sind, Leben und Gesundheit der Bevölkerung bedrohen können
- ▶ daß die Länder der »Dritten Welt« von den Konzernen der Industriestaaten ausgebeutet werden
- ▶ Inzwischen sind diese Einsichten in alle Bereiche der Gesellschaft eingedrungen. Die Anzahl radikaler Demokraten hat zugenommen. Aber auch die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen haben sich verschärft. — Heute müssen wir uns dagegen wehren, daß:
- ▶ 20 Jahre später im Iran immer noch Menschenrechte verletzt werden und dies mit stillschweigender Unterstützung der BRD geschieht
- ▶ die Bevölkerung in den Ländern der »Dritten Welt« durch die Praktiken der internationalen Konzerne und Kreditvergeber immer weiter in Hunger und Elend getrieben werden
- ▶ Abrüstungsabkommen, wo sie greifbar nahe sind, von bundesdeutschen und US-Politikern hintertrieben werden
- ▶ große Teile der Bevölkerung, voran die Frauen, durch Arbeitslosigkeit und Armut aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden
- ▶ der Faschismus als einmaliger »Betriebsunfall der deutschen Geschichte« dargestellt wird, um wieder munter nationalistische Töne anstimmen zu können
- ▶ die Hochschulen endgültig zur verlängerten Werkbank der Industrie gemacht werden und alte »Eliten« wieder auferstehen
- ▶ der Staat zum Atom- und Überwachungsstaat wird

Im Jubiläumjahr 1987 haben die Herrschenden keine demokratische Vision für das künftige Gesicht Westberlins. Sie sind nicht bereit, aus der Geschichte zu lernen. In den Kreisen der außerparlamentarischen Opposition von damals und in den sozialen Bewegungen von heute wollten und wollen wir genau das: aus der Geschichte lernen, damit diese Stadt einmal nicht mehr von Korruption und touristischem Krampf geprägt wird, sondern von demokratischem Geist. Wir wollen, daß:

- ▶ in Berlin (West) Menschen verschiedener Nationalitäten zusammenleben, daß Berlin (West) eine offene Stadt ist für Menschen, die vor Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung fliehen müssen
- ▶ Berlin (West) eine Stadt wird, in der jeder und jede Arbeit findet, in der die Mieten bezahlbar bleiben und die Renten einen angemessenen Lebensunterhalt garantieren
- ▶ in den Museen und im kulturellen Leben sich nicht der neue Nationalismus einer Mächtige-ern-Großmacht breitmacht, sondern eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Geschichte stattfindet
- ▶ der Frontstadtgeist des Kalten Krieges verschwindet und Berlin (West) eine Stadt des Friedens, der Entspannung und der Völkerverständigung wird

Kommt am 2. Juni um 18 Uhr zur Kundgebung an die Stelle der Ermordung Benno Ohnesorgs: Krummestraße/Ecke Schillerstraße (U-Bhf. Deutsche Oper)

Es sprechen: Pfarrer Helmut Gollwitzer / Bahman Nirumand
ein/e Vertreter/in der westberliner Asten

Unsere langjährigen Forderungen an das Bezirksamt Charlottenburg und die Hausbesitzer, an dieser Stelle eine Gedenktafel für Benno Ohnesorg zu errichten, sind auch in diesem Jahr wieder abgelehnt worden. Dagegen erheben wir unseren Protest und legen symbolisch unsere Blumen nieder.

Anschließend: Friedensnacht in der Trinitatis-Gemeinde

Unterstützer: ADS-Westberlin; Alternative Liste; AL-Jugendbereich; ASIA der FHW; ASIA der FU; ASIA der HdK; ASIA der TU; Babyonia; Berliner Geschichtswerkstatt; Bildungs- und Aktionszentrum Dritte Welt; Demokratischer Frauenbund Berlin; Deutsche Friedensgesellschaft e.V.; Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner; Evangelische Studentengemeinden (ESG) - FU; ESG - TFH; ESG - TU; ESG - Kirchliche Hochschule; ESG - Lankwitz; ESG - Ausländerzentrum; Frauenzentrum Kreuzberg e.V.; Friedensgruppe der Trinitatis-Gemeinde; Friedensinitiative Neukölln; Gesamtpersonalrat der FU; Hendrik-Kraemer-Haus; Hochschulgruppe der Jungsozialisten - FU; Humanistische Union - Landesverband Berlin; Initiative für Einnähtung der Verfassung - gegen Berufsverbote; Kirche aktuell; Landesjugendring; Mittelamerika-Solidarität e.V.; Netzwerk Selbsthilfe e.V.; Ökodorf; ÖTV - Betriebsgruppe der TU Berlin; SJV Karl Liebknecht; Sozialistische Einheitspartei Westberlin (SEW); Spandauer Friedensplenum; Studentenparlament der FU; Verband der Verfolgten des Naziregimes (VVN)

Veranstaltungen anläßlich des 20. Todestages von Benno Ohnesorg

Montag, 1. Juni, 19.30 Uhr, im Haus der Kirche, Goethestraße 26-28, 1/12
»Kirche und außerparlamentarische Opposition nach 20 Jahren: Versuch einer Bilanz«

Mittwoch, 3. Juni, 18 Uhr, im Audimax der TU
»Ist dieser Staat unser Staat? 20 Jahre weiter? 2. Juni 1967 — 1987«
Teilnehmer: Vertreter der Anti-AKW-Bewegung, der Frauenbewegung und der Kirche sowie der SPD, AL und SEW

Freitag, 5. Juni, 17 Uhr, im Foyer der Hochschule der Künste (Hardenbergstraße)
Ausstellungseröffnung: »2. Juni '67 — Politische Fotografie von Jürgen Henschel«

Sie feiern wieder!

Und wenn die Herren Grund haben zu feiern, dann haben wir tausendmal Gründe für unsere Wut: Sie sind vor 20 Jahren, als sie Resa Panlewieierten, dessen Diktatur für ihre Profitieressen stand. Oder in ein paar Tagen, wenn der amerikanische Staatsschauspieler unsere Stadt heimsucht.

Und immer, wenn sie feiern, morden ihre Bomben die Kinder anderer Völker – damals in Vietnam – heute in Libyen und Nicaragua.

Dieses Jahr feiern sie besonders, weil nach 750 Jahren Berlin die Obrigkeit oben und die anderen unten geblieben sind.

Im IOC treffen sich die Bonzen und Schmarotzer an prall gefüllten Tischen und lassen den Rest der Bevölkerung durch das Fernsehen daran teilnehmen.

Staatsakt nennen sie es, wenn sie ihren Anteil an der milliardenschweren Beute in Form von Klunkern zur Schau stellen.

Und -Anti-Berliner- nennen sie die Menschen in der Stadt, auf deren Kosten sie prassen und deren Geld sie sich gegenseitig zuschieben.

Wer sind diese -Berliner- eigentlich? Da ist der -Berliner- Kewinig aus Kiel, der bis zuletzt versucht hat, seinen korrupten Parteifreund Antes zu decken.

Da ist der -Berliner- Lummer aus Essen, der nicht nur gute Beziehungen zu Neonazis und in fast allen Berliner Korruptionsskandalen die Finger drin hat, sondern bei seinen Koks-Partys in den Nobelpardellen auch niemals eine Spur sozialen Elends entdecken konnte.

Oder der -Berliner- Scholz aus München, dessen Justizverwaltung zwei die Mitglieder der Berliner Baufirma wimmer es ging begünstigte, der aber auch immer für schärfere strafrechtliche Sanktionen gut ist, wenn es sich um Demonstranten oder Schwarzarbeiter handelt. Sie sind wie die Schakale aus allen Himmelsrichtungen gekommen, um sich in Berlin an den Futtertrögen zu masten.



Und mit dem Begriff des Anti-Berliners haben sie den Begriff des -Undeutschen- modernisiert. Wer Mensch sind, bestimmen noch immer sie – damals wie heute.

Anti-Berliner nennen sie die Menschen, die es nicht mehr ertragen, mit ansehen zu müssen, wie ein 75 000-Mark-Bürgermeister salbungsvolle Phrasen drischt, während die Rentner und Sozialhilfeempfänger in Kreuzberg und Wedding nicht mehr wissen, wie sie über die Runden kommen sollen.

Im Winter keine Kohlen, im Sommer keinen Urlaub und das ganze Jahr über nicht wissen, wie es die nächste Woche weitergehen soll. Dazu täglicher Bullenterror im Bezirk und permanente Überwachung durch staatliche Sozialkriemler. Und wenn der sozialdarwinistische staatliche Kleinkrieg gegen die sozial Schwachen, deren Ghettosierung und Ausgrenzung ab und zu in einer Eruption von Gegengewalt gipfelt – wie am 1. Mai in Kreuzberg – dann tut sie so, als träfe sie dafür keine Verantwortung.

Dann besetzen ihre Knuppelgardien einen ganzen Stadtteil und ihre Justiz schickt einen 22jährigen für einen angeblichen Steinwurf für 21 Monate hinter Gitter. Dasselbe Justiz die nazistischen Massenmördern ganze vier Jahre gibt, weil diese damals ja nicht erkannt haben konnten, daß die Ermordung von 4 500 Menschen Unrecht ist.

Und dann melden sich auch ihre Schreiblinge, die für sie die Meinungen machen – von der Springerpresse bis zur neo-kommunistischen taz. Bei denen einen verständnisvoll beschwichtigend (aber es geht ja nicht), bei den anderen das Gähnen der Frontalgeschütze, die nach jedem Steinwurf in Kreuzberg einen Fluchtversuch an der Mauer erfinden.

Wir hätten kwenig unwehülte Drohung, mit Schußwaffenentsatz gegen die Kreuzberger Bevölkerung vorgehen, durstlos ertzt, zu nehmen.

Spätestens seit dem 2. Juni 1967 muß uns klar sein, daß sie ihre Macht rückwärtslos und mit jedem Mittel vorzubringen. Damals gelangte ein harmloser Protest gegen eine mittelalterliche Tyrannei, um die äußerst brutale Reaktion der Staatsgewalt hervorzurufen.

Seitdem sind Dutzende Menschen, die für ihre Rechte eingetreten sind, durch die Lakaien dieses Systems ermordet worden. Angefangen mit den drei Toten Ostern 68 bei den Protestkundgebungen gegen das Attentat auf Rudi Dutschke über die Erschießungen von Petra Scheim, Georg von Rauch und Werner Sauber bis hin zu Klaus-Jürgen Rattay.

Ungezählt sind die, die noch heute an den Folgen von Schädelbrüchen und Mißhandlungen durch die Polizei zu leiden haben.

Die gezielten Schüsse auf uns am 2. Juni 1967 waren der Versuch der Herrschenden, die sich entwickelnde Jugend- und Studentenbewegung abzuschrecken und einzuschüchtern. Erreicht hatten sie aber das Gegenteil.

Die Rebellion der Jugend gegen den gesellschaftlichen

Mief gegen Unterdrückung und Autoritäten, gegen Notstandssetze und Klassenjustiz, gegen die Manipulatore im Springer-Konzern und gegen den Krieg der Amis in Vietnam explodierten nach dem 2. Juni förmlich.

Die damals auf hohem Niveau und breit geführte Diskussion und Analyse der gesellschaftlichen Widersprüche nahm vieles von dem vorweg, was heute durch die politische und soziale Realität schon überholt ist.

Was die Bourgeoisie vor 20 Jahren in Panik versetzte, war das kollektive Verständnis der rebellierenden Jugend und ihr Wille zur Veränderung in Richtung sozialistischer Gesellschaftsordnung.

Die Einsicht, daß Selbstorganisation die Bedingung für kollektives Lernen und damit für die grundsätzliche Lösung der gesellschaftlichen Widersprüche ist, führte zu zahlreichen Versuchen der Organisierung der Aktiven und damit zu einer höheren politischen Schlagkraft.

Auch wenn die Bildung zahlreicher Organisationen in der

Folge zu einer heillosen Zersplitterung der Linken geführt hat, ist die heutige breite Ablehnung jeglicher Selbstorganisation ein Manko, was nicht nur eine höhere Effizienz des Widerstandes verhindert, Verzicht auf zahlreiche politische Wirkungsmöglichkeiten bedeutet, sondern auch und vor allem die Bildung eines eigenen kollektiven Geschichtsbeußnisses verhindert. D.h. Verzicht auf Aufarbeitung der gemachten Erfahrungen und damit Verzicht auf eine langfristige Perspektive für die Ghettos. Womit die Ghetto-Aufstände Strohhalm bleiben, an gesellschaftlich und politisch nichts verändern.

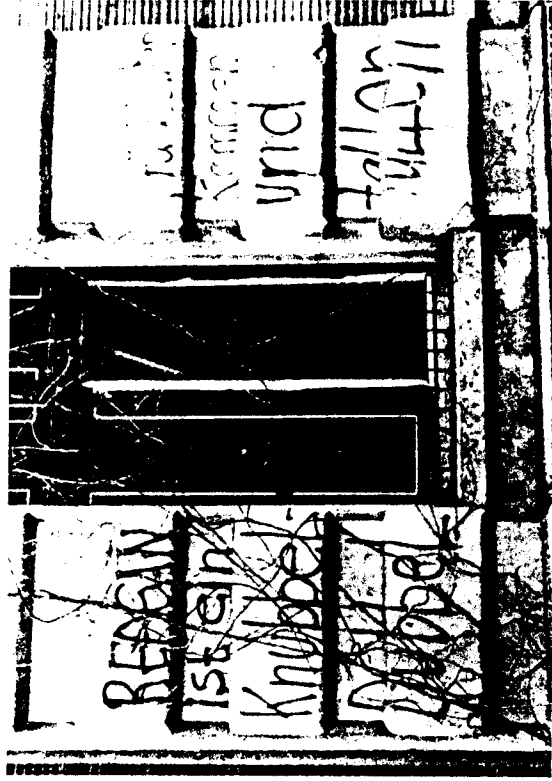
Es wird in der nächsten Zeit auf jeden Fall Aufgabe der Linken sein, sich darüber Gedanken zu machen.

Am 1. Mai hat sich das andere Berlin gemeldet!

Und am 12. Juni wird das andere Berlin dem Cre- des internationalen Terrorismus die Parole Rosa Luxembourgs entgegenhalten.

Daumen auf's Auge und Knie auf die Brust!

das andere berlin



Aufruf zu einem starken autonomen und antimperialistischen Block auf der Reagan-Demo am 11. Juni

Am 12. 6. 87 wird Ronald Reagan für wenige Stunden nach Westberlin kommen.

Gemessen am Aufwand, den Senat und Bundesregierung seit Monaten für diesen Besuch betreiben, wird deutlich, daß es sich hierbei nicht nur um eine von vielen »Veranstaltungen« im Rahmen der 750-Jahr-Feier handelt.

Nicht dieses ist es, vor deren Hintergrund dieser Besuch zu sehen ist. Der Besuch selbst bzw. das, wofür Ronald Reagan steht, macht den Hintergrund des B-750-Spektakels deutlich:

Westberlin steht wie kaum eine andere Stadt für die ökonomische, technologische und politische Umstrukturierung in den kapitalistischen Ländern. Ausbau zum Wissenschaftszentrum, Testfeld für neue Produktions- und Rationalisierungstechnologien, ständig wachsender Repressionsapparat — das ist es, was die Realität dieser Stadt für die Herrschenden ausmacht. Und das ist es, was sie feiern.

Ihre Realität, ihr System von Profit, Ausbeutung und Unterdrückung bedeutet für uns in den Metropolen aber immer mehr Not, Arbeitslosigkeit, Mielen, während sie in der sogenannten 3. Welt die tagtägliche Vernichtung tausender Menschen bedeutet.

Wenn wir aus Anlaß des Reagan-Besuchs auf die Straße gehen, dann nicht nur, um gegen die 750-Jahr-Feier oder die US-Politik zu demonstrieren, sondern auch um diesen Zusammenhang zwischen herrschender Politik hier und imperialistischer Politik weltweit zum Ausdruck zu bringen.

Wir begreifen uns als Teil des Kampfes, der weltweit gegen Imperialismus, Ausbeutung und Patriarchat geführt wird. Gegen das fethe Fest der Herrschenden setzen wir unseren Hunger nach Befreiung, Selbstbestimmung und Kollektivität!

- Krieg dem imperialistischen Krieg
- Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt«
- Freilassung der gefangenen Genossen/Innen

HAUPTSACHE ES KNALLT ! ? Zum autonomen Vorgehen auf der Reagan-Demo

Wir können und wollen niemandem vorschreiben, wie er/sie sich auf der Demo zu verhalten hat. Das ist so banal wie richtig. Trotzdem müssen wir über ein politisch sinnvolles Umgehen mit Militanz auf der Demo diskutieren.

Militanz ist ein politisches Mittel und darf nicht Selbstzweck werden. Politisch vermittelbar und zielgerichtet soll sie sein, Zeit, Ort und Bedingungen sind zu berücksichtigen etc. bla bla. Alles alle Kamellen.

Was kann das für die Anti-Reagan-Demo heißen ?

Erstmal ist die Beteiligung an der Demo des Bündnisses aus AL, SEW, Jusos etc. wichtig, weil ein überzeugendes Gegengewicht zur imperialistischen Propagandashow nur durch Massen auf der Straße geschaffen werden kann. Dabei ist klar, daß es Unterschiede in Inhalten und Strategie gibt (iredliche Koexistenz vs. Antimperialismus: Gewaltfreiheit vs. Massenmilitanz). Damit haben wir keine Probleme, denn wir können unsere Inhalte durch den Block (Parolen, Transparente) und einen eigenen Redebeitrag vertreten.

Massenmilitanz ist auf dieser Demo nur in ether Form denkbar : Gemeinsames Verhindern eines Spaliers. Auch wenn die praktische Unterstützung von Seiten des Bündnisses vermutlich gering sein wird, politisch haben sie sich klar gegen ein Spalier ausgesprochen. Wenn wir uns gegen einen Wanderkessel wehren, so kann das jeder, ob Gewerkschaftlerin, Friedensaktivistin oder Kudamttourist, verstehen.

Nehmen wir an, wir haben Erfolg und das Spalier ist weg. Was passiert dann bis zur "Angriff" gegen diverse, am Weg gelegene Objekte. Sogas kann schon mal sinnvoll sein, hier aber konnte es uns doppelt schaden : zum einen haben die Bullen dann den Vorwand, anzugreifen wann und wo immer es ihnen paßt. Der gemeinsame Abschluss der Demo wird auf unkalulierbare Art und Weise gefährdet, gleichzeitig aber auch alles andere, was nach der Kundgebung stattfinden könnte...

Zum anderen wird damit der politische Erfolg, den wir in der Spalierfrage mit dem Bündnis erzielt haben, aufs Spiel gesetzt. Unterstützung bekommen wir in diesem Punkt deshalb, weil ein Spalier die Sicherheit der Demonstranten/Innen gefährdet. Wir können uns nicht gleichzeitig für den Schutz aller Leute auf der Demo einsetzen (Spalier abdrängen) und dieselben Leute wegen ein bigchen Glasbruch der Gefahr eines Bullenangriffs aussetzen. Eine weitere punktuelle Zusammenarbeit mit der etablierten Linken in Westberlin könnten wir dann für eine Weile vergessen. Und ob das der Spass wert ist ??
Darüber müssen wir vorher reden.

Abschreckungsmittel U-Haft

Bilanz der Kreuzberger Krawalle vom 1./2. und 16./17. Mai: 16 Menschen immer noch in U-Haft
 Stereotype Begründung: Fluchtgefahr / Persönliche Verhältnisse bleiben unberücksichtigt

79 33 6 87

Gestern vor einer Woche erhängte sich der 29-jährige Norbert Kubat, der nach den Kreuzberger Krawallen vom 1. Mai in Untersuchungshaft gelandet war, in seiner Zelle. Die Vereinigung der Berliner Strafverteidiger erhob den Vorwurf, Kubat sei einer harten, menschenverachtenden Linie der Justiz zum Opfer gefallen. Alle im Zusammenhang mit den Kreuzberger Krawallen vom 1./2. und 16./17. Mai verhängten Haftbefehle seien auf Vordrucken ausgestellt worden, auf denen stereotyp als Begründung für die Haft »Fluchtgefahr« angekreuzt war. Insgesamt waren 69 Festgenommene den Haftrichtern vorgeführt worden, gegen 47 Personen wurde Haftbefehl erlassen, bei 31 die Untersuchungshaft angeordnet.

»Die persönliche Situation der Beschuldigten«, so die Strafverteidiger, wurde »bei den Anträgen auf Haftverschonung nicht auszusatzweise berücksichtigt.« Justiz und Senat wiesen diese Vorwürfe pauschal zurück. Auf der Sondersitzung des Rechtsausschusses betonte Justizsenator Scholz am Dienstag erneut die rechtsstaatliche Verfahrensweise bei den Vorführungen und Haftprüfungsterminen. Von den ehemals 31 Menschen, die nach den Krawallen in den Knast einführen, befinden sich heute immer noch 16 in Untersuchungshaft. Im folgenden Text sind die ihnen zur Last gelegten Vorwürfe aufgeführt. Bei allen wurden die Anträge auf Haftverschonung mit stereotyper Begründung — ohne Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse — abgelehnt.

der zu erwartenden Strafe. Beim Haftprüfungstermin vor anderthalb Wochen widersetzte sich der Staatswalt der Haftverschonung — wegen der gefährlichen Körperverletzung habe Christoph mit so einer hohen Strafe zu rechnen, daß er flüchten könnte; wenn er sich dann nach einem Jahr dem Verfahren stellen sollte, sei nicht mehr gewährleistet, daß er noch überführt werden könne. Weil ein ablehnender Beschluß zu erwarten stand, nahm C. s. Anwältin den Antrag auf Haftprüfung zurück. C. ist Student und hat gerade sein Vordiplom gemacht. Das Kautionsangebot seiner Eltern, die eigens aus Westdeutschland kamen, wurde ebenfalls abgelehnt. Seine Anklageschrift wurde Ende letzter Woche zugestellt, Prozeßtermin ist am 11. Juni.

► M. (24) schw. LF, soll am 1.5. einen Stein auf einen polizeilichen Kleinbus geworfen haben. Haftbefehl: Fluchtgefahr wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe. Trotz eindeutiger Wohnverhältnisse und seines Studiums am Berlin Kolleg wurde M. s. Antrag auf Haftverschonung beim Haftprüfungstermin abgelehnt.

► R. (25) schw. LF in zwei Fällen. Er soll am 1./2.5. einen Stein auf eine Polizeikette und am 16./17. unter Alkoholeinfluß einen Stein auf eine Polizeiwanne geworfen haben. Haftbefehl: Fluchtgefahr wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe. R., der als Werkzeugmacher arbeitet, hat einen festen Wohnsitz und feste soziale Bindungen.

► R. (23) schwerer Landfriedensbruch (LF), gefährliche Körperverletzung (KV), schwerer Widerstand (W). Soll am 16./17.5. am Heinrichplatz einen Glascontainer auf die Straße geschoben und auf der Flucht 2 Steine gegen Zivilbeamte geworfen haben. Ein Stein soll nicht getroffen haben, weil der Beamte sich abgeduckt haben will, der zweite Stein soll einen anderen Beamten am Ellenbogen getroffen haben.

Die Gründe für den Haftbefehl sollen R. s. Anwalt zufolge schon auf dem Haftbefehl vermerkt gewesen sein, als sein Mandant dem Haftrichter in der Gothaerstraße vorgeführt wurde: »leicht lösliche Lebensverhältnisse«, Fluchtgefahr wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe. Bei einer Haftprüfung in der vergangenen Woche erging der Beschluß der Haftfortdauer mit der gleichen Begründung, obwohl die Haftrichterin in drei langen Schreiben über die tatsächlichen sozialen Verhältnisse des Beschuldigten informiert war. R. arbeitet in zwei Jugendorganisationen (entsprechende Erklärungen des Bezirksamts Kreuzberg und eines Vereins für sozialpädagogische Maßnahmen waren beigelegt). R. lebt seit Jahren in einer Hausgemeinschaft. Ein Kautionsangebot seiner Mitbewohner wurde abgelehnt.

► C. (23) Widerstand in Tateinheit mit gefährlicher KV. Ersoll am 1./2.5. auf eine Polizeikette von hinten Steine geworfen haben. Weil die Beamten die Schilder hochgerissen haben wollen, soll kein Stein getroffen haben. Haftbefehl: Fluchtgefahr wegen der Höhe

► P. (24) LF in besonders schwerem Fall, Widerstand. Er soll am 17. Mai einen Stein auf ein vorbeifahrendes Polizeifahrzeug geworfen und bei seiner Festnahme versucht haben, einem Beamten in den Bauch zu treten. P. wurde am 18. Mai dem Haftrichter in der Gothaerstraße vorgeführt. Er bekam die Auflage, sich einmal wöchentlich zu polizeilich melden und wurde von der Haft verschont. Die Staatsanwaltschaft legte gegen den Beschluß Beschwerde beim Landgericht ein: P. habe mit einer Strafe von weit über zwei Jahren zu rechnen. Selbst wenn P. so die Erwägung, ein Ersttäter sei, müsse die



Menschen ohne Gesichter: Chaoten versteckten nach der Kundgebung vor der Deutschen Oper ihre Gesichter hinter Tüchern und Masken, ziehen zum Kudamm. Hier fliegen Steine, Schaufenster gehen zu Bruch, ein Bauwagen wird umgekippt. 87 36



Wieder Krawalle, wieder flogen Pflastersteine: Menschen ohne Gesichter tobten durch die City

Das Gesicht unter einer Kappe versteckt, den Kopf der Lederjacke hochgeschlagen, in der rechten Hand einen Stein — wurfbereit lauert der Chaot auf seine Chance. Gleich fliegt das Geschloß durch die Luft. 87 36

Rechtsordnung gewahrt werden. Nicht zuletzt auch wegen des sonst zu erschüttern drohenden Vertrauens der Bevölkerung in eine wirksame Strafrechtspflege. Am vergangenen Freitag gab die 10. Strafkammer des Landgerichts der Beschwerde statt und hob P. s. Haftverschonung auf: Fluchtgefahr wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe. P. stellte sich am Sonntag freiwillig auf seiner Meldestelle (siehe Foto). Er ist Student und richtet seit 1985 als Baunternehmer einer eigenen GmbH zusammen mit seinen Mitbewohnern ein Haus her. Die Fortsetzung folgt morgen. Plutonia Ph...

Stundenlanges Verkehrs-Chaos am Kudamm: Busse und Autos umgeleitet, Verkehr kam zum Erliegen



Das Café Möhring (Adenauer Platz): Wo kurz zuvor Turnfestbesucher und Berliner noch ihren Kaffee tranken, hinterließen randallierende Demonstranten einen einzigen Trümmerhaufen. 812 336



Vor der Bank für Handel und Industrie am Olivaer Platz kippten die Randallierer einen Bauwagen auf den Kudamm.

„Wir werden niemanden vergessen!“

Kreuzberg 29.5.87
 Demonstration zum Gedenken an Norbert Kubat

Westberlin (DW-M. E.). Von der Potsdamer-, Ecke Bülowstraße über den Tauentzien und die Hardenbergstraße zur Deutschen Oper demonstrierten am Donnerstag nachmittag Tausende vorwiegend junge Leute zum Gedenken an den in der Haftanstalt Moabit ums Leben gekommenen Norbert Kubat. Begleitet von einem riesigen, fast einem Demonstrationsverbot gleichkommenden Polizeiaufgebot - der ganze Zug wurde eingekesselt, in den Seitenstraßen war das SE-Kommando postiert - zeigten die Demonstranten ihre Trauer und Anklage.



Foto: DW-Gruchot

Feuer-Sturm in der Nacht zerstörte

10-Millionen-Schaden durch Feuer-Gangster in Berlin

Bilka-Kaufhaus in Kreuzberg!

Kreuzberg Benzin-Bomben auf bilka, alles verbrannt

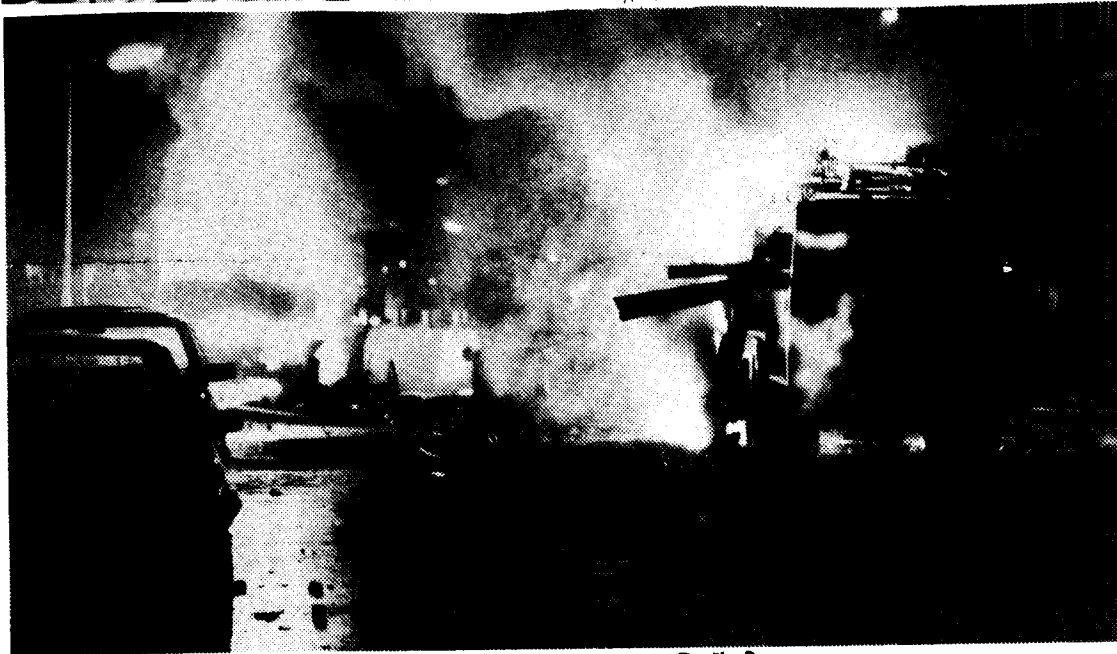
Bilka-Chef nach dem Brand-Anschlag: Wir lassen uns aus Kreuzberg nicht vertreiben

Kurz nach dem Anschlag: Zwei Feuerwehrmänner löschen die Flammen in der bilka-Textilabteilung. Die Schaufensterscheiben sind von der Hitze zersprungen.
 Foto: Witt



Ausgebranntes bilka: 90 Jobs in Gefahr

DND 29.5.87



Schwere Krawalle in Berlin-Kreuzberg. Bilanz: 250 Verletzte

Zeit 3.5.87

Aufnahme: Ali Paczensky

Kreuzberg: Noch längst nicht befriedet

Mit schweren Krawallen und Verwüstungen machte die Chaoten-Szene in Berlin-Kreuzberg wieder von sich reden. Zeit 3.5.87

Von „unglaublichen Exzessen der Gewalt und Zerstörung“ sprach der Berliner SPD-Vorsitzende Walter Momper, der die Kreuzberger Krawalle am vergangenen Wochenende teilweise miterlebt hatte. Der Kreuzberger SPD-Kreisvorsitzende Gerd Wartenberg meinte, die Kreuzberger hätten das Gefühl gehabt, sie seien dem Treiben der Randalierer hilflos ausgeliefert. Ein Feuerwehrmann fühlte sich an den Bürgerkrieg in Belfast erinnert.

Die schönen Reden und Kantaten zu Berlins 750-Jahr-Feier am Donnerstag im Congress-Centrum waren kaum verklungen, da ging es los. Nachdem Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen in seiner Jubiläumsrede gesagt hatte, die Solidarität zu Berlin werde auch „durch jedes substantielle Ja zu dieser Stadt“ ausgedrückt, erklärte die Chaoten-Szene – die viele längst für befriedet gehalten hatten – ihr substantielles Nein, nach dem Motto einer Parole in Kreuzberg: „750 Jahre Berlin sind genug“.

In der Nacht nach den Jubel-Feiern durchsuchte die Polizei im Auftrag der Staatsanwaltschaft ein Volkszählungsboykott-Büro im Kreuzberger-Mehringhof und zog

ab, ohne die Räume ordnungsgemäß zu sichern. So war die Stimmung zwar aufgeheizt, aber das erklärt nicht, was hernach geschah.

Am 1. Mai veranstalteten die Alternative Liste und die kommunistische SEW ein Straßenfest auf dem Lausitzer Platz. Vorsorglich hatte die Polizei dort 250 Beamte bereitgestellt. Denn, so ein Sprecher des Innensensors: „Wir wußten, daß sich in Kreuzberg etwas zusammenbraut.“ Aktionen anlässlich der 750-Jahr-Feier, des Volkszählungsboykotts und der Diskussion um die Mietenfreigabe in Berlin waren aufgrund von Beobachtungen der Szene erwartet worden. Aber niemand ahnte, daß sie so schnell und so heftig kommen würden.

Am frühen Nachmittag wurde am Lausitzer Platz ein leerer Funkwagen umgestürzt. Danach schien es wieder ruhig zu werden, bis dann kleine Gruppen von verummten Personen anfangen, Steine zu werfen, Bauwagen umzuwerfen und Barrikaden zu bauen. Die Polizei reagierte kopflos, warf Tränengas in die Menge, kurvte mit Einsatzwagen über das Festgelände. Das mag dazu beigetragen haben, daß den etwa hundert Randalierern, laut Momper „in Bambule erfahrene Leute“, sehr bald auch andere beisprangen, die ursprünglich nichts dergleichen im Sinn hatten, darunter eine Schülergruppe aus

Detmold, die „aus Spaß“ mitrandalierte.

Als die Veranstalter das Straßenfest gegen 19.40 Uhr abbrachen, war das Chaos nicht mehr aufzuhalten. Bald brannten Bauwagen und Autos, die Feuerwehr kam nicht mehr durch, die Brände zu löschen; ein Löschfahrzeug wurde von der Besatzung fluchtartig verlassen und brannte völlig aus; von überall her, auch aus Wohnungen und von Hausdächern, wurden Polizisten mit Steinen beworfen; es gab einen ersten Schwerverletzten.

Die Polizei, der es nicht gelang, genügend Verstärkung herbeizuholen, zog sich zurück und überließ Kreuzberg nach Augenzeugenberichten für Stunden seinem Schicksal. An der Plünderung von Lebensmittelgeschäften, Kaffee-Filialen, Juwelier-, Fahrrad- und Zigarettengeschäften, Fahrscheinausgaben und Telefonzellen beteiligten sich, so ein Pfarrer, „Leute, die sonst nie dabei waren, also auch Normalbürger“, sogar Türken, die wegen ihrer familiären Bindungen sonst eher als stabilisierendes Element in Kreuzberg gelten.

Zahlreiche geplünderte Läden wurden in Brand gesteckt; eine ausgebrannte Bolle-Filiale mußte inzwischen wegen Baufälligkeit abgerissen werden. Der U-Bahnhof Görlitzer Straße war so verwüstet, daß die Linie 1 für einen Tag den

Betrieb einstellen mußte. Betroffen wurden auch Läden und Cafés von alternativen Selbsthilfegruppen. Unter den „abgefackelten“ Autos waren auch „Enten“, die sicher nicht etablierten Bürgern gehörten.

Die Bilanz: 36 Geschäfte wurden geplündert und zerstört, 35 Brände gelegt. Die Feuerwehr konnte wegen der Barrikaden und wegen mangelnden Polizeischutzes 55 Einsätze nicht fahren. Die Zahl der Randalierer wird auf 900 geschätzt, von denen etliche mit Stahlkugelkaputzen und Molotowcocktails bewaffnet waren. Erst nachts um drei Uhr hatte es die Polizeiführung geschafft, ebenso viele Beamte einzusetzen.

Verletzt wurden 193 Polizeibeamte und etwa 50 bis 60 andere Personen, die umliegenden Krankenhäuser Urban, Virchow und Behring hatten in dieser Nacht viel zu tun. Zwei Beamte liegen noch im Krankenhaus, der eine mit schwerer Gehirnerschütterung. Beschädigt wurden 77 Polizeifahrzeuge, 16 Löschfahrzeuge der Feuerwehr und ein Rettungswagen des Roten Kreuzes; etwa 20 Privatwagen verbrannten. Nur 44 Personen konnten festgenommen werden, 25 Haftbefehle wurden erlassen, zwölf Verdächtige sind noch in Haft. Der „harte Kern“, so ein Sprecher der Justizverwaltung, konnte nicht gefaßt werden.

Pfarrer und SPD-Politiker meinen nun, daß zu der Eskalation in Kreuzberg auch die soziale Struktur beigetragen habe: Es gebe dort ein großes Potential von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Jugendlichen ohne Perspektive. Soziale Ungerechtigkeiten hätten zu der Explosion geführt, deshalb sei dem Problem auch nicht mit mehr Polizei oder mit Gesetzesänderungen beizukommen.

Der Senat, der flugs auflistete, wie viele Millionen nach Kreuzberg fließen – für Kindertagesstätten, Jugend-, Frauen-, Senioren-, Ausländer- und Drogenprojekte, Selbsthilfegruppen, Kulturarbeit, Verbandsarbeit –, sieht das anders. Es gebe keine Probleme in Kreuzberg, meint Innensenator Wilhelm Kewenig, die solche Ausschreitungen erklären könnten. Seine Sorge gilt den unzureichenden und desorientierten Polizeieinsätzen in der Krawallnacht: Erforderlich seien Änderungen im Alarmplan, eine flexiblere Kommandostruktur und bessere Informationen über die Stimmungslage an kritischen Punkten.

Joachim Nawrocki (Berlin)

Stolpern, aber kein Beinbruch

Zeit 15.5.87

Die Partei des Regierenden Bürgermeisters setzt weiterhin auf Harmonie / Von Joachim Nawrocki

Nachdem die Besuchsdiplomatie des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen und des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker erst einmal gescheitert ist - vor allem am Widerstand der Sowjetunion und gewiß nicht zum Verdruss der Westmächte - sinnierte der französische Staatspräsident François Mitterrand bei seinem Besuch in Berlin, ob die Stadt nicht Hauptstadt des Dialogs sein sollte, sei sie doch allzulange ein Ort starker Spannungen gewesen. Einstweilen stockt aber der Dialog. Honecker, der ja als erster Einladungen zur 750-Jahr-Feier Berlins in den anderen Teil der Stadt geschickt hat, ließ Diepgen praktisch ausladen und sagte sein Erscheinen in West-Berlin ab. Auch die Kontakte zwischen West- und Ostberliner Bezirken, die angekündigten Besuche von DDR-Bürgermeistern in West-Berlin und die Ost-West-Gespräche über Reiseerleichterungen, Gebietsaustausch und Energieverbund wurden storniert.

Im Berliner Senat herrscht deswegen, wie es heißt, kein Katzenjammer; man bleibe unverändert dabei, den Dialog mit der anderen Seite zu suchen. Daß dies derzeit nicht gehe, sei höhere Politik. Die Gespräche zwischen Senat und DDR-Regierung seien so weit gewesen, daß am ernsthaften Wunsch beider Seiten, die ausgesprochenen Einladungen auch anzunehmen, kein Zweifel bestehen konnte. Die Gründe der DDR-Führung für ihre veränderte Haltung seien offenkundig vorgezogen. Diepgens Rede zur Eröffnung der Westberliner 750-Jahr-Feier, bei der er die Aufhebung des Schießbefehls forderte, könne die DDR-Führung nicht überrascht haben; dies sei die bekannte Haltung des Senats. Keinesfalls habe Diepgen vorgeschlagen, nach der Absage Honeckers "die Pflöcke für seinen Besuch höher zu schlagen". Auch der Berliner SPD-Vorsitzende Walter Momper kommentierte die Kritik der DDR mit den Worten: "Man wird hierzulande die Mauer doch noch Mauer nennen dürfen."

Immerhin ist ein ehrgeiziges Vorhaben Diepgens gescheitert, das er gegen allerhand Widerstände bei den Westmächtern, gegen massive Kritik

der beiden wichtigsten Berliner Zeitungen und gegen vergleichsweise unbedeutende Widerstände in den eigenen Reihen durchsetzen wollte. Er hat in diesen Wochen wenig Grund zur Freude. Die schlimmen Krawalle in Kreuzberg und die Hilflozigkeit der Polizei wie ihrer Führung haben gezeigt, daß es nicht genügt, sich auf die günstigen Umfrageergebnisse zu verlassen.

Gerade die Berliner CDU gibt sich als Großstadtpartei, die sich nur behaupten kann, wenn sie auch die Probleme von Großstädten löst, wenn sie arbeitsnehmerfreundlich ist, mieterfreundlich, moderne Sozialpolitik betreibt, aufgeschlossene Minderheitenpolitik, liberale Kulturpolitik, Dialogpolitik mit dem Osten. Aber sie kann auch ihre Stammwähler und ihre eher konservativen Mitglieder nicht vernachlässigen, kommt also auch an Unternehmern und Hausbesitzern nicht vorbei. Was sich daraus ergibt, heißt dann "harmonisches Gesellschaftsbild"; man sucht nach Synthesen und nicht nach Konflikten.

Trotz der jüngsten Rückschläge für Diepgen scheint dieses Konzept Erfolg zu haben. Würde jetzt gewählt, bekäme die CDU 48 Prozent der Stimmen, ihr Koalitionspartner FDP fünf Prozent, die SPD 37 Prozent und die Alternative Liste 14 Prozent. Rund 92 Prozent der CDU-Anhänger sind mit ihrer Partei zufrieden, und ebenso viele CDU-Wähler der letzten Wahl würden die Partei wieder wählen. Eberhard Diepgen erfreut sich einer Zustimmung wie kaum ein Regierender Bürgermeister zuvor: 61 Prozent der Berliner sind mit seiner Politik einverstanden. Die Ergebnisse sind so gut, daß das Umfrageinstitut die Partei mahnt, nicht zu selbstzufrieden und übermütig zu werden.

Ruf nach der starken Hand

Die Art, wie auf die Kreuzberger Ereignisse reagiert wurde, läßt solche Warnung gerechtfertigt erscheinen: Das Versagen der Polizei wird mit den unvorhersehbaren Umständen entschuldigt und nicht mit politischen Fehlern in der Polizeiführung und ihrer vorgesetzten Behörde. Daß einige hundert Chaoten mit ihrem fraglos vorbereiteten



Eine Stadt feiert Geburtstag: Dämpfer für Diepgens Ehrgeiz

750 JAHRE BERLIN 1987



Aufnahme: opa

wenn der Staat sie offenkundig nicht vor Plünderungen bewahren könne. Die CDU muß sich auch damit auseinandersetzen, daß ihr vielfach zu weiche CDU-Politik "vorgeworfen" wird: zu schlappe Aktionen auf Hausbesitzer und Chaoten, zuviel Langmut mit Asylanten und Ausländern, zuviel Freundlichkeit mit der DDR und ihren Repräsentanten. Wo eine Partei so zur Mitte drängt, um auch das der SPD verlorengewogene Wählerpotential aufzufangen, da bekommt sie Probleme mit ihrem rechten Rand. In der Kulturpolitik ging das so weit, daß selbst Diepgen nicht mehr so recht nachvollziehen konnte, was sein Kultursenator Hassemer ihm mit dem umstrittenen Skulpturenboulevard eingebracht hatte.

Aber im übrigen ist die Mitte da, wo Diepgen ist. Die CDU folgt ihm mit großer Mehrheit, und selbst recht konservative Politiker wie der frühere Innensenator Heinrich Lummer oder der Bundestagsabgeordnete Peter Kietlmann halten lieber den Mund, als daß sie ihren großen Vorsitzenden

Aufnuhr so viele Mitläufer gefunden haben, wird nicht mit den sozialen Verhältnissen, mit Hoffnungslosigkeit und Staatsvertraß erklärt, sondern eher mit Alkoholisismus und Spaß an der Kandale. Die Politik des Senats ist es eher, Menschen anstatt Geld umzuverteilen, nicht Folgeeintrichtungen von Gettos in Kreuzberg zu schaffen - von verstärkter Polizei bis zur Suppenküche - sondern das Viertel durch das Anlocken von besser Verdienenden, sozial stabileren Bevölkerungsschichten zu sanieren. Da wurde zur Verbesserung der Wohnungssituation und der Bausubstanz viel getan, und fraglos sind Teile von Kreuzberg auch attraktiver geworden. Aber andere Teile blieben viele Rentner fortgezogen oder weggestorben sind. eben ein klassischer Unterschichtenkiez, aus dem Geblienen sind die Armut und das Gefühl der Verlorenheit.

Dieser Ausbruch in Kreuzberg hat aber auch anderes bewirkt, den Ruf nach der starken Hand des Staates und die Ankündigung von Geschäftsleuten, die Art unter dem Ladentisch zu haben,

kritisieren. Fast einzige Ausnahme ist die frühere Abgeordnete Dr. Ursula Besser, die in den weniger problematischen Zeiten der Opposition noch als "der einzige Mann in der CDU" galt. Sie hat einen Kreis von Unzufriedenen um sich gezogen, der sich "Christdemokraten für den Zusammenhalt" nennt und Thesenpapiere veröffentlicht, in denen es heißt, der Senat riskierte das globale Gleichgewicht einem Show-Effekt zuliebe; sein Wunsch nach Profilierung sei stärker als die Notwendigkeit zum Konsens mit den Schutzmächten. Bei ihren Versammlungen bekommt Frau Besser so etwa sechzig Leute zusammen, von denen nicht einmal alle der CDU angehören. Die Berliner CDU aber hat neunzig Ortsverbände und 17.000 Mitglieder.

Grummeln wegen des Führungsstils

Überschriften wie "Heftige Kritik aus der CDU an Diepgens Kurs", wie sie sich in Berliner Zeitungen finden, dramatisieren und übertreiben die Lage. *Berliner Morgenpost*, *Tagespiegel*, *Welt* und *Frankfurter Allgemeine*, die einheitlich und vehement gegen Diepgens Auftreten bei Honeckers Jubiläumfeier argumentierten, waren froh, endlich ein namhaftes, wenn auch nicht mehr aktives CDU-Mitglied aufzuteufeln zu können, das ihre Meinung teile. Aber nach Senatsumfragen waren 80 Prozent der Berliner dafür, daß Honecker und Diepgen sich gegenseitig bei ihren Feiern besuchen, und von diesen achtzig Prozent blieben noch neun Zehntel bei ihrer Meinung, als sie darauf hingewiesen wurden, daß es doch massive Kritik an dieser Politik gebe.

Angesichts der Mitgliederstruktur der CDU, meint ein Senator, habe Frau Besser erstaunlich wenig Resonanz, in der gesamten Führungsschicht gebe es niemanden, der sich mit ihr solidarisiere. In der Tat haben Landesvorstand und CDU-Fraktion Diepgens Besuchsdiplomatie einstimmig gebilligt; es gab auch keine nennenswerten Widerstände aus der Bundespartei. Die Partei weiß, daß die Politik, die von der inneren Opposition um Frau Besser repräsentiert wird, nicht mehrheitsfähig wäre: "Die CDU wird mit Diepgens Politik regieren oder gar nicht." Deshalb hat Diepgen die Partei fast geschlossen hinter sich.

Wo es grummelt, da nicht wegen seiner Politik, sondern wegen seines Führungsstils, der sich des Rückhalts bei den Mitgliedern zu sicher ist und gelegentlich nach dem Motto verfährt: "Das machen wir schon, wir löten das, hab' nur Vertrauen." Das klappert nicht immer, wie die keineswegs geschickte Bewältigung der Korruptionsaffären um Wolfgang Antes und Konsorten ebenso gezeigt hat wie die Dauerkrise um den SPD-Intendanten. Und es ist noch nicht ausgemacht, ob das Scheitern der Besuchsdiplomatie und die Kreuzberger Krawalle schon ausgemacht sind. "Interessant wird es sein", sagt ein kluger Beobachter, "wie jetzt die Konservativen reagieren und mit ihnen die Junge Union und die Schüler-Union. Werden sie jetzt von Diepgens Betonfraktion einen härteren Kurs fordern, oder wird sich vielleicht doch eine Partei rechts von der CDU formieren?"

Staatsanwälte loben neue Polizei-Taktik

Daß es der Polizei – anders als bei den schweren Ausschreitungen in der Nacht zum 2. Mai – gelang, die Krawalle vom Wochenende schnell einzugrenzen und dabei viele Randalierer festzunehmen, wurde gestern auch von der Berliner Staatsanwaltschaft als Erfolg der Sicherheitskräfte gewertet. Die Anklagebehörde war selbst mit neun „Kampferproben“ Staatsanwälten bis gestern Abend im Einsatz.

Aus mehreren Gründen hätte, so die Staatsanwaltschaft, die Polizei die Lage an diesem Wochenende weitgehend im Griff gehabt. Zum einen sei dies auf die verstärkte Präsenz – etwa 600 Polizisten standen 300 Chaoten gegenüber – zurückzuführen gewesen, andererseits auf eine veränderte, schnellere Eingreif-Taktik.

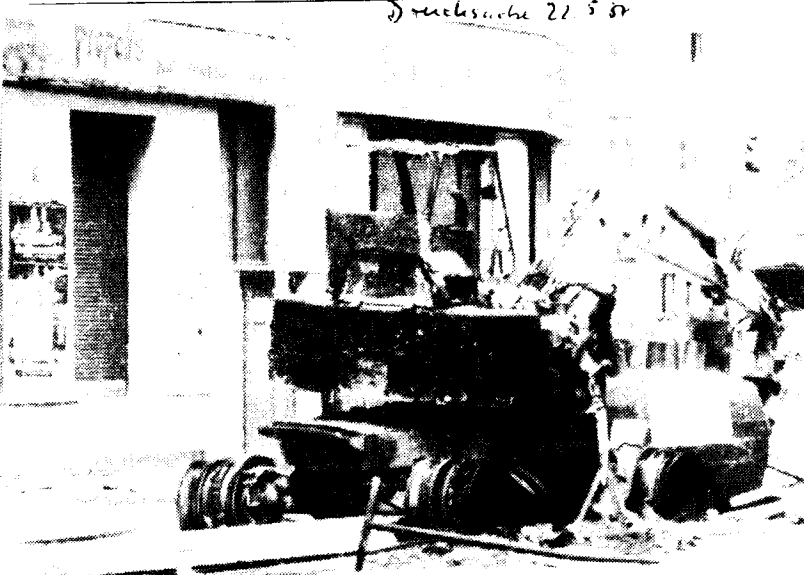
In „Kernbereiche“ sofort vorgerückt

Außerdem rückten die Beamten diesmal sofort in die „Kernbereiche“ der Auseinandersetzungen vor, wo die meisten Randalierer-Gruppen von kleinen, geschickt operierenden Polizei-Kommandos gefaßt oder verjagt werden konnten. Ein großer Teil dieser Kommandos war in Zivil im Einsatz.

Obgleich der harte Kern der gewalttätigen Störer, der sich gegen jede staatliche Ordnung richtet, erneut unerkannt verschwinden konnte, befinden sich unter den Festgenommenen etwa ein Dutzend Personen, die als „militante Autonome“ eingestuft werden.

In der Nacht zu gestern waren die von etwa 300 Personen ausgelösten Unruhen nach einem Rock-Konzert im Stadtteil „SO 36“ ausgebrochen.

Dort wurden nach Feststellungen der Polizei zwei Bauwagen, mehrere Postverteilerkästen, etliche Fensterscheiben und drei Telefonzellen zerschlagen oder verbrannt. In der



Waldemarstraße versuchten Krawallmacher, einen Bagger in Flammen aufgehen zu lassen. Polizisten löschten das brennende Holz unter dem Motorraum des Fahrzeugs.

In mehreren Straßen hatten Chaoten Barrikaden aufgebaut und in Brand gesetzt, die die Polizei mit schweren Raumpfahrzeugen wieder beseitigte. Aus Geschäften wurden Zigaretten gestohlen, durch Steinwürfe Scheiben am U-Bahnhof Südstern eingeschlagen.

Gegen die 23 verhafteten Krawallmacher wird Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs, ge-

fährlicher Körperverletzung, Behinderung des Straßenverkehrs und schweren Widerstands gegen die Staatsgewalt erhoben.

Die Beschuldigten müssen, sofern es sich um Wiederholungstäter handelt, mit Haftstrafen bis zu einem Jahr ohne Bewährung rechnen.

Zur Zeit treffen Senats-Innenverwaltung, Polizei und Staatsanwaltschaft Vorbereitungen zur Abwehr militanter Ausschreitungen, die von politisch motivierten Gewalttätern für den Besuch des amerikanischen Präsidenten Ronald Rea-

gan zur 750-Jahr-Feier am 12. Juni in Berlin erwartet werden.

Wie dazu aus Kreisen der Sicherheitsbehörden zu erfahren war, hätten bereits in der vergangenen Woche Gespräche stattgefunden.

Unter anderem werde überlegt, ob an den Kontrollpunkten Staaken und Dreilinden polizeiliche Kontrollen eingerichtet werden können, um möglicherweise nach West-Berlin zum Reagan-Besuch einreisenden westdeutschen Randalierern „Widerstandsmaterial“ wie Stahlkugel-Katapulte und ähnliche Gegenstände rechtzeitig abzunehmen.

Gefangene befreit

Bei einer Auseinandersetzung zwischen der Polizei und Volkszählungsgegnern sind in der Nacht zum Freitag in der Wrangelstraße in Kreuzberg zwei 25 und 26 Jahre alte Männer aus Kreuzberg festgenommen worden. Ihnen werden Widerstand und Gefangenenerbefreiung zur Last gelegt. Einer der Festgenommenen mußte mit Gesichtsverletzungen im Krankenhaus versorgt werden. Nach Darstellung der Polizei hatte eine Zivilstreife einen Mann und eine Frau ertappt, als sie ein Plakat gegen die Volkszählung an einen Bauwagen kleben wollten. Bei der Festnahme seien die Beamten von acht Unbekannten tödlich angegriffen worden. In dem Handgemenge hätten sich die beiden Plakatkleber losreißen und flüchten können. Herbeigerufen Verstärkung habe dann zwei der Angreifer festgenommen. *16.5.87 RB*

23 Haftbefehle wegen neuer Ausschreitungen in Kreuzberg

Tsp. Berlin. Bei erneuten Ausschreitungen in der Umgebung des Heinrichplatzes in Kreuzberg sind in der Nacht zum Sonntag 69 Personen festgenommen worden. Wie die Justizprokessstelle gestern mitteilte, wurden 23 Haftbefehle wegen Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und anderer Delikte erlassen. Innensenator Kewenig betonte gestern, diese Vorfälle seien nicht mit den Unruhen am 1. Mai vergleichbar. Es habe einen Sachschaden von nur rund 50 000 DM gegeben. Die hohe Zahl von Festnahmen wertete er als einen Erfolg der Polizei, die eine völlig veränderte Einsatztaktik angewendet habe. *16.5.87 TSP* (Weiteres Seite 12)

Unter gellendem Gelächter tönt es durch Tränengasnebel aus dem Lautsprecher des Barrikadenräumfahrzeuges: „Die Ratten verlassen das sinkende Schiff!“ Es ist Samstagnacht, vom 16. auf den 17. Mai. Gerade 14 Tage zurück liegt ein 1. Mai, dessen Gewalt-Eskalation, dessen brennende Barrikaden und Ladenplünderungen alles in den Schatten gestellt haben, was Kreuzberg jemals zuvor an Aufruhr erlebte. „Räumen Sie die Oranienstraße! Wenn weiter Steine fliegen, dann machen wir von der Schußwaffe Gebrauch!“ Das war der erste Satz aus dem Megaphon eines Einsatzfahrzeuges, den ich höre, als ich um halb eins ahnungslos nach Hause komme. Die Menschen rennen, schreien, toben: „Bullenschweine“, „Mörder“. Chinaböller krachen, die Polizei quittiert mit Tränengas und Knüppel-Einsätzen. Quo vadis, Kreuzberg? Sinkt das Schiff, das gemeinsame Boot?

Randalierer durch neue Taktik weitgehend in Schach gehalten

Hohe Zahl von Festnahmen und Haftbefehlen – 50 000 DM Schader

Mit einer völlig veränderten Einsatztaktik hat die Polizei in der Nacht zum Sonntag erneute Ausschreitungen in der Umgebung des Kreuzberger Heinrichplatzes weitgehend unter Kontrolle gehalten. Wie Innensenator Kewenig gestern vor dem parlamentarischen Innenausschuß mitteilte, wurden dabei 69 der ungefähren 300 Randalierer auf frischer Tat festgenommen. Es entstand ein Sachschaden von rund 50 000 DM, und vier Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe leicht verletzt. Kewenig wandte sich gegen den Eindruck, die Ereignisse des 1. Mai hätten sich wiederholt. Entsprechende Aussagen in Fernseh- und Presseberichten seien „völlig falsch“.

GEWALT GEGEN GEWALT

Nirgends in Berlin wohnen so viele arme Leute wie in Kreuzberg. Die Folgen einer Stadtplanung, die jahrelang Kahlschlagsanierung betrieb, werden nun mit Millionen-Programmen behoben. In dem kaputten Viertel kommt es immer wieder zu rabiaten Protestaktionen



proviziert und belästigt werden die Kinderbauern an der Adalbertstr. durch ein Überangebot an Polizei: SO 36 gleicht einem belagertem Stadtteil. Den Abzug der Polizei vom Gelände fordert die AL, ohne auf die Zustimmung der anderen Parteien zu stoßen. Foto: Dirk Schneider


Sofortiger Baustopp

Kita auf dem Kinderbauernhofgelände soll nicht weitergebaut werden

Nach mehrwöchiger Ruhe wurden die Arbeiten zum Bau einer Kindertagesstätte auf dem Gelände des Kinderbauernhofs Mauerplatz wieder aufgenommen. Damit einher geht eine verstärkte Polizeipräsenz, jetzt auch schon auf dem Gelände des Kinderbauernhofs selbst.

ZITTY-LIVE MAGAZIN





In alter Berlin-Tradition der Volkskrawalle und Pöbelexzesse lehnte sich der Kreuzberger Südosten auf. Am Morgen nach der Kreuzberger Krawallnacht begann das große Aufräumen. Die spektakuläre Bilanz der Nacht: 36 Ladenplünderungen, ebensoviele Brandstiftungen, dutzende abgefackelter Pkws, ein ausgebrannter Feuerwehrwagen und vier total ruinierte Polizeifahrzeuge. Mehr als 200 verletzte Personen, einige schwerverletzt. 56 Verhaftungen. Im Kreuzberger Südosten stand kein Bauwagen mehr, ein Hagel von Bierdosen übersäte die Straßen. Nach der Eröffnungsfeier der oberen Tausend zur 750-Jahr-Festivität im ICC zwei Tage zuvor, nun die Feier der unteren Tausend im Kreuzberger Getto?

»EUCH

DIE MACHT

UND UNS

DIE NACHT!«

Arbeitslose, Drogenabhängige, Punks – der Berliner Bezirk SO 36. Zwar haben ehemalige Hausbesetzer, Künstler und alternative Kleinunternehmer den Stadtteil vital und interessant gemacht. Doch viele fürchten, daß Krawall-Orgasie wie in den vergangenen Wochen, Gewalt, entstanden aus Hoffnungslosigkeit und Armut, bald zum Alltag unserer Großstädte gehören. Jan-Philipp Senfner, Werner Matthes und Jürgen Müller-Schneck (Fotos) berichten

HURRA, WIR LEBEN NOCH!

Hans. Hans, schau amol do... Staunend blickt das schwabische Touristen-ehepaar quer über den Heinrichplatz. Auf der anderen Seite der Kreuzung sitzt eine Gruppe Punks in der wärmenden Mittagssonne. Sie versperrn Hauseingänge und den Bürgersteig. Drei Jungen kicken eine leere Bierdose hin und her, mehrere große schwarze Hunde schauen kläffend zu. Eine Punkerin mit schwarzer Irokesenfrisur fährt im Rollstuhl auf und ab.

Das Ehepaar überquert die Straße, der Mann nähert sich langsam, nimmt die Kamera hoch. Vier Meter vor den Punks bleibt er stehen. Plötzlich springt ein Punk auf, krault sich unter den Armen, hüpf von einem Bein auf das andere und schreit: »Uah, Uaaaah!«

Der Schwabe ergreift die Flucht. Seine Frau folgt ihm hastig die Oranienstraße hinunter, erst eine Ecke weiter wagen sie es, stehenzubleiben. Sie haben ihr Kreuzberg gesehen, diesen verruchten Stadtteil Berlins, in dem Anarchie und Gewalt auf der Straße herrschen.

Zwei Häuserblöcke entfernt in der Mantuffelstraße parkt ein mit Regenbogen und lachender Sonne bemalter VW-Bus aus Mainz. Vier Alternativ-Touristen entsteigen dem Wagen und beginnen wie wild zu fotografieren: Telefonzellen ohne Glas und Telefon, klick; rußgeschwartzte Bauwägen, klick; ehemals besetzte Häuser, aus deren Fenstern Bettücher mit Aufdrucken zum Volkszählungsboikott hängen. Ein paar Häuser weiter das schönste Haus der Straße, »in diesem Haus leben zehn Frauen. Die haben das damals besetzt und zum Teil selber renoviert«, erzählt einer der Mainzer so stolz, als sei er dabei gewesen. Klick. Auch sie haben ihr Kreuzberg gesehen.

Und auch die beiden Kölner Punker, die übers Wochenende nach Berlin gekommen sind, finden ihr Kreuzberg. Vor den Resten des am 1. Mai abgebrannten Bolle-Supermarktes prostern sie sich mit Bierdosen zu und singen: »Aber dennoch hat sich Bolle ganz köstlich amüsiert.«

Kreuzberg. Nicht zufällig tobte gerade in diesem Viertel am 1. Mai eine der schlimmsten Straßenschlachten der Nachkriegszeit. Zwischen brennenden Barrikaden und umgestürzten Autos tanzten Tausende auf den Straßen, sie applaudierten, als das Dach des brennenden Supermarktes einstürzte. An den Plünderungen zuvor hatten sich Punker ebenso wie Türken und Mitglieder kirchlicher Seniorenkreise beteiligt.

Über die Ursachen des Kreuzberger Aufstandes sind sich zumindest Politiker der SPD und der Alternativen Liste, Pfarrer und Sozialarbeiter vor Ort einig. »Die Hauptursache liegt in den nicht gelösten sozialen Problemen«, telegrafisierte der katholische Pfarrer Klaus Kliesch an Berlins Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen. »Es war das Fest der Zukunft gekommen«, sagt der Stadtplaner Günter Fuderholz.

In SO 36, diesem an die Mauer grenzenden traditionellen Arbeiterbezirk, gibt es alle sozialen und gesellschaftlichen Probleme auf engstem Raum: Arbeitslosigkeit, Armut, Alkoholismus. Besonders kraß wegen einer rücksichtslosen Stadtplanung, die alte Bevölkerungsstrukturen zerstört hat. Hier leben 12 300 Menschen auf einem Quadratkilometer. In München sind es 4079, in Hamburg 2110. In Kreuzberg wohnen fast 40 000 Ausländer, das sind 35 Prozent der Bevölkerung. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt hier 684 Mark, der West-Berliner Durchschnitt liegt bei 1400.

»Ich esse einmal am Tag, und zweimal in der Woche warm. Zu mehr langt

das Geld nicht... Etwas unsicher rutscht Hildegard Schmidt auf ihrem Sofa hin und her. Von den 438 Mark Rente und den 300 Mark Unterstützung vom Sozialamt bleiben der 69-jährigen 200 zum Leben. 1918 in Schlesien geboren, mußte sie mit 14 in die Fabrik. 1952 kam sie nach Berlin. Die Rentenversicherung erkennt die Arbeitsjahre im Osten nicht an, weil sie die Zeiten nicht nachweisen kann.

Hildegard Schmidt ist eine Virtuosa der Armut. Ihre gepflegte Dreieinhalb-Zimmer-Wohnung ist zum Teil mit Geschenken ihrer in der DDR lebenden Tochter eingerichtet. Erst auf den zweiten Blick erkennt man den bis auf die Grundfasern abgetretenen Teppich, die abgewetzten Polster, die vergilbten Tapeten. Im eisigen Winter 1986/87 weigerte sich das Sozialamt, den frierenden alten Menschen in Kreuzberg zusätzlich Kohlegeld zu geben. Hildegard Schmidt blieb meist bis zum frühen Abend im Bett, weil sie nicht den ganzen Tag heizen konnte. »Aber so hab' ich es wenigstens am Abend vor dem Fernseher warm gehabt.«

In den nächsten Tagen gibt es das Kohlegeld für den kommenden Winter, »da geh' ich erst mal zum Friseur und dann trinke ich eine Tasse Kaffee. Da freue ich mich schon seit Wochen drauf.« Sie wird sich vielleicht noch ein Stück Kuchen gönnen und hofft, mit irgend jemandem ins Gespräch zu kommen. Kontakte zu Nachbarn hat sie nicht mehr. Ihre Freunde sind gestorben oder weggezogen. Im Winter geht sie nur einmal in der Woche zum Einkaufen vor die Tür, »wenn ich Menschen sehen will, stell' ich mich ans Fenster«.

In SO 36 lebt jeder vierte unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Für Familien

mit vielen Kindern und alte Menschen ist die Not am größten. »Die normale, intakte Familie gibt es bei uns kaum«, sagt die Pastorin Irmela Mukurandina. »Arbeitslosigkeit, Armut und der Soff haben die meisten Familien zerstört.«

Hektisch durchwühlt die kleine Conny auf ihrem Spielplatz den Sand. Sie sucht eine Uhr. »Die gehört meiner Mutter«, erzählt sie und streicht sich ihre braunen Haare aus dem Gesicht. »Ich hab' jeden Tag eine Uhr dabei«, sagt sie. »Ich darf nicht vergessen, meinen Vater abzuholen.«

Nach zehn langen Minuten findet sie die Uhr unter dem Klettergerüst. Es ist kurz vor 16 Uhr, sie muß los. In der nächsten Querstraße ist eine Kneipe, durch die offene Tür dröhnt eine alte Musikbox. Die fünf Tische sind alle besetzt. Rauchschwaden ziehen langsam zur Tür hinaus. Conny Vater steht mit zwei Freunden am Tresen, fast unmerklich knickt er fortwährend mit einem Knie ein, ohne jedoch dabei das Gleichgewicht zu verlieren. Als er seine Tochter sieht, nickt er kurz. Er leert in einem Zug sein Bierglas und folgt ihr auf die Straße. »Er hat keine Arbeit«, erklärt Conny, »schon ganz lange nicht mehr. Mittags geht er immer Bier trinken. Wenn er allein ist, geht er immer mitten auf der Straße, deshalb hole ich ihn ab.«

Ihr Papa schreit und schlägt nicht. »Er ist friedlich. Wenn wir zu Hause sind, schläft er gleich ein.« Die beiden verschwunden in einer Torefahrt.

Conny Vater war Gabelstapelfahrer. Jetzt, mit Mitte 40, hat er kaum noch eine Chance, wieder Arbeit zu finden. Ausweglos ist auch die Situation der Jugendlichen. »In SO 36«, schätzt der Kreuzberger Jugendstadtrat Günter König, »sind 50 Prozent der deutschen und 70 Prozent der türkischen Jugendlichen arbeitslos.« Kreuzberg, »Endlager für Berlins Sozialschrott«, sagt Volker Härtig, er ist Mitbegründer der Alternativen Liste.

»Ich mag das Viertel hier.« Schlachtermeister Hans Joachim Florian rührt mit einem Plastiklöffel im Erbseneintopf. »Ich mag auch die Jugend hier. Ihre Revolte, ihren Widerstand, find' ich richtig. Viele Mißstände bekommen dadurch erst die nötige Aufmerksamkeit.« Florian ist 56 Jahre alt. Seit 1933 gibt es den Familienbetrieb in Kreuzberg. 1960 hat er den Laden übernommen.

Der Schlachtermeister sitzt in einer schmalen Stube hinter dem Geschäft. An der Wand hängt ein Brief, in dem Rahmen steckt eine von der Sonne ausgebleichte Postkarte von Papst Johannes Paul II. »Hier in der Gegend hat sich viel verändert. Früher gab es viel Kleingewerbe, heute ist der näch-

ste, Initiative und Selbsthilfegruppen in Kreuzberg. Da gibt es den »Gespiralkreis Sado-Maso« oder die Initiative der »Autonomen Lesbischen Alkoholikerinnen«. Unzählige Mietergruppen kämpfen gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung. Arbeitslosenläden bieten Video- und Gitarrenkurse, Sport-Handwerk- und Kochgruppen an.

Ein kleines Schild in der Torefahrt weist den Weg: »Oranien-Etage - Krisenübernachtung«. In den Fabriketagen des vierstöckigen Gebäudes auf dem Hinterhof arbeiteten früher Tischler, Schlosser und Bäcker. Heute haben sich dort Maler, Bildhauer und Galeristen eingerichtet. Und die »Oranien-Etage«. Hier können obdachlose Jugendliche eine letzte Zuflucht finden. Der vordere Raum ist Küche und Wohnzimmer zugleich. In der Ecke steht das Bett des Betreuers. Die Jugendlichen schlafen nebeneinander auf einem 25 Quadratmeter großen Hochbett. Darunter eine Sitzcke aus Kiefern-Möbeln, ein paar Spiele, ein Fernseher.

»Wir haben die Oranien-Etage am 1. August 1985 eröffnet«, erzählt Sozialarbeiterin Viola Förster-Lühe. »Die Zahl der obdachlosen Jugendlichen ist in den letzten Jahren in SO 36 dramatisch angestiegen. Nach zwei, drei Jahren Arbeitslosigkeit wissen die meisten nicht mehr weiter. Viele saufen und fangen an zu schnüffeln. Das ist billiger.« Sie zeigt stolz die selbst eingebaute Dusche und den Sportraum. Von der Decke

hängt ein Punchingball, an der Wand steht eine Tischtennisplatte.

Die Oranien-Etage hatte in der Szene keine Probleme: Bereits nach wenigen Monaten waren die acht Schlafplätze Nacht für Nacht belegt, mußten immer mehr Bewerber abgewiesen werden. »Zu uns kamen die, die wirklich keinen Ausweg mehr wußten, die keiner mehr aufnahm.« Es sprach sich herum, daß hier nicht viel gefragt wurde, daß es keine unnötigen Kontrollen gab. »Bei uns gibt es fünf Grundregeln«, sagt Viola Förster-Lühe, »Gewaltfreiheit, kein Diebstahl, keine Drogen, Teilnahme an den Hausarbeiten und an den Gruppensitzungen. Und die wurden auch eingehalten.« Die Oranien-Etage hatte Erfolg: Zwei von drei Bewohnern konnte geholfen werden. Gemeinsam fand man eine Wohngemeinschaft oder eine therapeutische Einrichtung.

Heute bedeckt eine dünne Staubschicht den Eßtisch in der Küche, die Matratzen auf dem Hochbett lehnen an der Wand, die Bettwäsche liegt abgezogen auf einem Haufen in der Ecke. Die Krisenübernachtung mußte am 1. März schließen. »Wir hatten von Anfang an Geldprobleme«, sagt Viola Förster-Lühe. »Zunächst behaupteten die Behörden, es gäbe keinen Bedarf und verweigerten deshalb Zuschüsse. Wir besorgte Fleischer 20 Minuten entfernt.« Florian mußte mit ansehen, wie in den sechziger Jahren Stadtplaner und Spekulanten Kreuzberg den Krieg erklärten.

Unter dem Schlagwort »Sanierung« gab es hier Kahlschlag, man ließ ganze Straßenzüge verkommen, um später leichter eine Abrißgenehmigung zu bekommen.

Unermülich legten Bautrupps Häuserblöcke in Schutt. Sechsspürige Autobahnen sollten durch Kreuzberg führen. Hochhäuser wurden, wegen des zu erwartenden Autobahnlärms, gleich mit fensterlosen Rückfronten gebaut.

»Als dann die jungen Leute kamen und Häuser besetzten, haben viele Kreuzberger sie unterstützt«, erinnert sich Florian. 1980 begann die »beutelsame Stadterneuerung«. Ein vom Berliner Senat mit mehreren hundert Millionen Mark unterstütztes Sanierungsprojekt, das Kreuzberg davor bewahren sollte, Slum zu werden. Doch die verheerenden Folgen der rabiaten Baupolitik sind nicht binnen weniger Jahre zu beseitigen.

»Wer es sich leisten konnte, ist weggezogen«, sagt Bernhard Steiof, 53. Er verkaufte zusammen mit Bruder Alfons seit 30 Jahren Tabakwaren, Pfeifen und Feuerzeuge in der Oranienstraße. Mittlerweile nimmt er in seinem Laden für einen Schuster auch Schuhe zu Reparatur an. Für ihn ein schmerzlicher Beweis, wie es »mit der Oranienstraße bergab gegangen ist«. Die Brüder Steiof haben sich oft überlegt fortzugehen, »aber wir haben kein finanzielles Polster für einen Neuanfang. Dafür hat es nie gereicht«. Sie sahen schweigend mit an, »wie man unsere Heimat zerstörte«.

Stammkneipen gingen pleite, ebenso der Bäcker und der Friseur. Steiofs Kunden kauften ihre Zigaretten in den neuen Supermärkten. Dann kamen die Hausbesetzer. Plötzlich wehrten sich auch die alteingesessenen Kreuzberger. Als die Polizei drohte, die besetzten Häuser zu räumen, sammelte Alfons Steiof zum erstenmal in seinem Leben Unterschriften. Bei Anwohnern und Geschäftsleuten fand er Unterstützung für die Besetzer. Schließlich räumte die Polizei von den 60 besetzten Häusern in Kreuzberg nur 20.

Seitdem sind viele neue junge Bewohner hergezogen: Punks aus »Westland«, wie Westdeutschland in Berlin genannt wird, kamen nach SO 36; Schüler und Studenten fanden hier billige Wohnungen. Jugendliche aus bundesdeutschen Kleinstädten, auf der Suche nach ein bißchen Abenteuer, siedelten sich in Kreuzberg an. Freaks und Alternative renovierten Abruchbauten.

Das sterbende SO 36 lebt wieder. Heute arbeiten 500 alternative Projekte uns bei Netzwerk einen Kredit und haben angefangen. Die Bude war gleich voll. Also Bedarf da. Jetzt wollte keiner zuständig sein. Das Drogenreferat wimmelte uns ab, weil wir auch Obdachlose aufnahmen. Das Obdachlosenreferat, weil wir Drogenabhängige beherbergten.

Zehn Tage vor Schließung der Oranien-Etage kam Berlins Senator für Gesundheit und Soziales, Ulf Fink, und war begeistert. »Er schlug uns vor, eine Aids-Wohngemeinschaft daraus zu machen. Dafür gebe es Geld in Hülle und Fülle aus Bonn.« Soviel braucht die Oranien-Etage gar nicht, 177 000 Mark im Jahr würden genügen.

Der Staat hat seine Schwierigkeiten mit den Selbsthilfe-Initiativen, und die haben ihre Probleme mit der »Staatsknete«. Zwar unterstützt die Stadt Berlin knapp 300 Projekte mit insgesamt elf Millionen Mark, aber das Mißtrauen auf beiden Seiten bleibt. Projekte, die ohne Chefs arbeiten, in denen alle Mitarbeiter gleiche Rechte haben, verunsichern den Beamtenapparat. »Kollektiv« klingt für die Sachbearbeiter schon verdächtig nach Anarchie und Chaos. Fast alle Projekte erhalten nur eine auf jeweils wenige Monate begrenzte Unterstützung. So haben die Behörden alles unter Kontrolle.

»Ich begriff plötzlich, daß wir uns in den letzten Jahren etwas geschaffen haben, was zu verteidigen sich lohnt«

»Ich esse einmal am Tag, und zweimal in der Woche warm. Zu mehr langt das Geld nicht«

»Mein Vater hat schon ganz lange keine Arbeit mehr. Mittags geht er immer Bier trinken«

Stern 3. G.

Autonome üben Selbstkritik

Kreuzberger Randal: Mehringhof-VV rügt Plünderung der kleinen Läden / Geldsammlung für Randal-Opfer gestartet / Keine weitere Eskalation, aber auch keine Distanzierung

Am Tag nach den nächtlichen Ausschreitungen in Kreuzberg hat die autonome Szene Selbstkritik geübt: Auf einer von 300 Leuten besuchten Vollversammlung im Mehringhof wurden vor allem die Plünderungen der kleinen Läden in Kreuzberg, die Angriffe auf die Feuerwehr und das undifferenzierte Abfackeln von Autos scharf kritisiert. Zwargabes keine Distanzierung vom Gesamtgeschehen, doch in Zukunft soll stärker darauf geachtet werden, daß wir nicht unsere eigenen Lebensstrukturen im Stadtteil kaputt machen und die Verbindung zu den Leuten im Kiez zerstören, wie einer der Autonomen meinte. Um ein Zeichen zu setzen, wird in den Alternativprojekten und Cafés mit einer Geldsammlung für die zerstörten Läden begonnen.

Einig war man sich in der Einschätzung, daß die Plünderung der Einzelhandelsgeschäfte hauptsächlich nach 1 Uhr erfolgt seien, als »viele bereits sturzbetrunken waren«. »Wir haben nicht vermocht, rechtzeitig zu intervenieren«, gestanden die Autonomen ein. In Zukunft solle deshalb bei Plünderungen von Supermärkten der harte Alkohol gleich kaputtgemacht werden, damit die Leute sich nicht besaufen. Daß auch 2 CVs und Skodas zu Barrikaden umfunktioniert und abgepackelt wurden, stieß auf harte Kritik. Cadillacs anzuzünden sei ja o.k., meinte ein Redner. Kleinere Autos müßten jedoch tabu sein.

Lange diskutiert wurde über die Angriffe auf die Feuerwehr. Die »Bullen haben die doch vorgeschickt«, wurde argumentiert, in einigen Feuerwehruzügen hätten Polizisten gesessen. Wenn die Feuerwehr sich »von Polizei instrumentalisiert läßt, werden sie eins auf die Mütze bekommen«. Kritisiert wurde, daß bei den Bränden in der Oranienstraße und bei Bolle auch Wohnhäuser gefährdet wurden. In Zukunft »müssen wir sicherstellen, daß die Feuerwehr durchkommt, wenn Wohnhäuser gefährdet sind«, formulierte einer die Selbstkritik, die in den nächsten Tagen in ein Flugblatt gefaßt und überall in der Stadt verteilt werden soll.

Nicht wiederholen sollen sich auch Szenen, wie sie am Freitag nachmittag am Lausitzer Platz zu beobachten waren: Festbesucher wurden von Steinwürfen aus den eigenen Reihen getroffen und verletzt. Wer Steine wirft, sollte wenigstens zielen können, war sich die VV einig.

In den nächsten Tagen soll es in Kreuzbergs Straßen ruhig bleiben, beschlossen die Autonomen. Es sei idiotisch, jetzt die Muskeln spielen

zu lassen, weil »die Bullen sofort zurückschlagen werden«. An einer weiteren Eskalation habe man kein Interesse. Schließlich wolle man weiter in Kreuzberg wohnen bleiben und dort gemeinsam mit anderen Bevölkerungsgruppen zusammenleben. Daß sich am späten Freitagabend Männer aus der Nachbarschaft zu Bürgerwehren zusammenschlossen und mit Hämmern und Schaufeln auf alle losgingen,

die sie der alternativen und autonomen Szene zuordneten, hat vielen zu denken gegeben.

Bei dem Versuch einer Analyse der Ursachen der nächtlichen Eskalation konnten auch die Autonomen keine Pauschalurklärungen liefern. Diesmal seien »viele Leute mitgezogen worden, die man nicht kannte, viel Volk und Touris«. Die hätten später »ziemlich unreflektiert Randal abgezogen«. *mw*

Krawallnacht: Thema bei der Regionalsynode

Nach den schweren Krawallen in Kreuzberg

Berliner „Autonome“ üben Selbstkritik

Beschlossen: »Kleine Läden plattgemacht werden« / Polizei räumt Fehler ein

SZ 5.5.82

Ex-IBA-Chef nennt Ereignisse in SO 36 eine „furchtbare Quittung“

Paukenschlag vor Eröffnung der neuen IBA-Ausstellung

Die Erklärung zur Selbstkritik bewog versch. Kreise (z. B. Autonome, anti. imp. etc. Gruppen sich davon zu distanzieren Begründungen waren z.B.

- 1) Verantwortung zu übernehmen sei elitär, denn diesmal waren die Normalos die maßgebenden Akteure
- 2) Durch die Erklärung lassen sich die Autonomen vom Senat als Sündenböcke funktionalisieren
- 3) Auch kleine Läden unterliegen kapitalistischer/m Betriebsführung und (Un) Geist

andere Argumente z.T. dagegen Zu 1)

Es ging drum die eigenen Umgangsformen öffentlich zu diskutieren am populären Anlaß 1. Mai konkret inhaltlich präziser breit vermitteln zu können. Die Pädagogik ist sicher bei einigen vorhanden Aufpassertum ist damit nicht gefordert Zu 2)

Es gibt immer gegnerische Interessengruppen die von Aktionen profitieren Zu 3)

Kurze Erklärungen sind einfach gehalten. Klar geht's nach Bezug. Die Stammkundschaft kennt ihre Ladenbetreiber/innen und geht mit deren Unterstützung auch individuell vor. Nach dem 'Fisch im Wasser Prinzip' sind für 'ne autonome Stadtpolitik Teilbereichsbündnisse notwendig, auch um seinen Horizont zu erweitern.

(DW-aug). Die Ereignisse in SO 36 am späten Abend des 1. Mai seien eine „furchtbare Quittung“ dafür, daß zuständige Senatspolitiker das Ausmaß der sozialen Probleme „nicht kapieren wollen“. Das erklärte Hardt-Walter Hämer, einseitiger Direktor der Internationalen Bauausstellung (IBA) für den Altbaubereich, am Mittwoch vor Journalisten.

Anläßlich einer Pressevorbesichtigung des neuen IBA-Ausstellungshauses in der Kreuzberger Lindenstraße, das am kommenden Sonnabend seine Pforten öffnet, kritisierte Hämer im Beisein von Bausenator Wittwer (CDU), die Sozialarbeit im Rahmen der Stadterneuerungsmaßnahmen der IBA unterbliebe infolge der Mittelkürzungen durch den Senat. Der von ihm geleiteten Gesellschaft für behutsame Stadterneuerung (S.T.E.R.N.), dem Nachfolgeunternehmen der Altbau-IBA, sei der jährliche Personalaletat von 7,5 auf 5,5 Millionen DM zusammengestrichen worden. Die vom Abgeordnetenhaus beschlossenen 12 Grundstücke der behutsamen Stadterneuerung, die Finanzzusagen des Senats sowie eine umfassende Mitwirkung der betroffenen Mieter vorsehen, seien nie ausreichend umgesetzt worden. Der S.T.E.R.N.-Chef verwies auf einen errechneten Nachholebedarf

für die Kreuzberger Stadterneuerung von fünf Milliarden DM und unterstrich, dieses Manko stehe im Widerspruch zu der Notwendigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen.

Wulf Eichstädt, maßgeblich beteiligt an der neuen zentralen Informationsausstellung der IBA in der Lindenstraße, ergänzte gestern, man hätte eigentlich nach dem 1. Mai die Präsentation der Altbau-IBA völlig neu gestalten müssen. Die Auseinandersetzungen am Lausitzer Platz hätten gezeigt, wie schlimm es aussieht, wenn vor schönen Fassaden die sozialen Probleme bleiben.

Schon vor drei Jahren, so Eichstädt, hätten IBA-Experten ein gesondertes Programm mit zusätzlichen Mitteln zur Beseitigung der sozialen Mißstände gefordert. Doch „dieser Sektor hängt bisher runter“, sagte er. Die Unterbringung der gestern nur in ersten Ansätzen erkennbaren IBA-Schau in einem Anfang des Jahrhunderts errichteten Gebäudekomplex hat Symbolwert: Das „fälschlicherweise“ Merkur-Kaufhaus“ genannte Ausstellungshaus gehört dem Bauöwen Klingbeil, der neben anderen Großspekulanten wie Hauert & Noack, Otrumba und Kurt Franke wesentliche IBA-Projekte okkupiert hat und vermarktet. Klingbeil will das Gebäude später als Bürohaus verwerten, obwohl der Bezirk Kreuzberg hier eigentlich soziale Einrichtungen plante. Vorerst präsentiert an dieser Stelle die Ausstellung bis Mitte September in fünf Etagen die Entwürfe der rund 150 an der IBA beteiligten Architekten

SPD: „Es ist jetzt Zeit, nicht mehr zu kleckern, sondern zu klotzen!“

Stadtentwicklungspolitik für Kreuzberg gefordert

Abgeordnete konnten sich nicht auf ... der Krawalle einig

VB 8.5.82

Stellungnahme der AL

Stachel 10.5.

Der scheinbar plötzliche Ausbruch von zügelloser Wut und Gewalt in der Nacht vom 1. Mai in SO 36 hat die Menschen nicht nur in Berlin nachhaltig aufgerüttelt, sondern überall in der Bundesrepublik. Nicht nur „Chaoten“ und „Randalstouristen“, sondern ganz „normale“ Jugendliche und ältere Menschen, deutsche und ausländische, haben sich für einige Stunden ihre sonst nur unterschwellige Aggressionen in gewaltsames Handeln umgesetzt.

Wer sich verwundert zeigt über den „Bürgerkrieg“ in SO 36, ist entweder blind oder zynisch. Die soziale und kulturelle Verelendung und die politische Ausgrenzung gerade in diesem Kiez hätten schon viel früher zu solch einer

Eskalation führen können. Alles weist darauf hin, daß sich einmal diejenigen, die sonst immer zu kurz kommen, selber bedient haben.

Der Senat reagiert mit Unbehagen und Verärgerung, weil ihm ein Strich durch die Rechnung der „positiven“ Schlagzeilen über Berlin gemacht wurde. Mit der Diffamierung all jener, die ohnehin schon am Rande der Gesellschaft stehen, und derer, die sich mit ihnen solidarisieren, als „Anti-Berliner“ wird die Ausgrenzung eines Großteils der Gesellschaft fortgeschrieben.

Auch wir, die Alternative Liste Kreuzberg, sind durch die „Randale-Nacht“ am 1. Mai (wieder) aufgerüttelt worden. Wir sind erschrocken darüber, daß der Druck auf die betroffenen

Menschen offenbar so groß ist, daß zum ersten Mal sogar Feuerwehr, Rettungsdienste und kleine Gewerbetreibende zur Zielscheibe der Aggressivität wurden.

Unsere Möglichkeiten des politischen Handelns sind begrenzt. Wir müssen den skandalösen Zustand dieser Gesellschaft immer wieder benennen. Wir können jedoch auch als Teil der Bezirksverwaltungen nur Mängel verwalten und hier und da kleinere Korrekturen bewirken. Die Gewalt auf der Straße ist bedingt durch die strukturelle Gewalt dieser Gesellschaftsform und wird weder durch massives Polizeiaufgebot noch durch (wenn auch gute und wichtige) Selbsthilfeprojekte aufzulösen sein.

Die guten und die bösen Gewalttäter

Wird das schlummernde Aggressionspotential zur politischen Manövriermasse?

Von Klaus Eschen

In den vergangenen Wochen war nicht nur in Kreuzberg „Randale“. Keineswegs gesitteter, wenn auch weniger handgreiflich, reagierten nicht wenige „Pro-Berliner“ auf die Veranstaltung der Kulturverwaltung, genannt „Skulpturenboulevard“. In Funk und Fernsehen hörte man die Äußerungen wieder, die man von den Demonstrationen der 68er Zeit im Ohr hatte: verjagen, vergasen, über die Mauer werfen, Arbeitsdienst und ähnliches. Der veranstaltende Kunstverein und die beteiligten Künstler können davon berichten.

Nun, es ging um zeitgenössische Kunst. Der Steuerzahler ließ sie durch seine gewählten Vertreter mit einer oder auch zwei Millionen Mark bezahlen. Der massiv geäußerte Protest machte diese Vertreter „betroffen“. Der Regierende Bürgermeister zeigte, bundesweit und populär ausgestrahlt, Verständnis und gelobte Besserung. Kein Wort zu der Art des

Protestes, keine Kritik an dem Stil der Protestierer.

Mich interessiert in diesem Zusammenhang nicht, ob diejenigen, die Schwierigkeiten mit dieser Art von Kunst haben, die sie nicht verstehen, nicht mögen oder wenigstens nicht bezahlen wollen, nicht Verständnis verdienen. Kunst, die provoziert, muß Kritik einstecken können. Kunst, die aus öffentlichen Mitteln bezahlt wird, muß sich die Kosten entgegenhalten lassen. Der Bürger, der die Kunst bezahlt, muß, sei es in der Schule, sei es in den Medien, mit der Sprache dieser Kunst vertraut gemacht werden. Wo das nicht geschieht, darf man sich über Ablehnung in der Art, wie sie geschah, nicht beklagen.

Aber wo bleibt die Auseinandersetzung mit dem Potential an Gewalt, das sich in dieser Diskussion Bahn brach? Ist es nicht vielleicht das gleiche, unter der Decke schlummernde, mehr oder weniger politische, alltägliche Gewaltreservoir,



das nur eines Anlasses bedarf, um sich verbal oder handgreiflich auszuwirken?

Wichtiger ist mir zu fragen, warum diejenigen, welche plötzlich das schlimme Wort von „Anti-Berlinern“ im Munde führen, angesichts der Kreuzberger Gewaltentladungen mit ihrem Verständnis so

sehr haushalten, ja sogar mit verstärkter Staatsgewalt auftreten. Wer im Senat hätte sich etwas vergeben, wenn er (oder sie, immerhin sind die beiden mit der Jugend befaßten Posten von Frauen besetzt) einmal ein Wort der Selbstkritik oder wenigstens des Selbstzweifels, etwa an der provokanten Mehringhof-Aktion der Polizei, geäußert hätte, das dem Rückzieher Dieppens zum Skulpturenboulevard entsprechen könnte.

Das in einer Bevölkerung schlummernde allgemeine Gewaltpotential ist schon immer eine manipulierbare Manövriermasse demagogischer Politiker gewesen. Wer die „gute Gewalt“ der Pro-Berliner gegen die „böse Gewalt“ der Anti-Berliner auszuspielen will, setzt sich dem Verdacht aus, daß ihm Gewalt in Worten wie in Taten nicht unbedingt unwillkommen ist.

Klaus Eschen arbeitet als Rechtsanwalt und Notar in Berlin

»Falsche Bequemlichkeit«

TAZ 4.5.87

Welche Lehre zieht die AL aus der Kreuzberger Randale?

Sowohl der Senat als auch die SPD-Opposition haben tief ins Arsenal der Kraftausdrücke gegriffen, um die schreckliche Randale vom Freitag zu verurteilen. Die Alternative Liste übt sich im Spagat: Sie versucht sich von Plünderungen und dem bisher beispiellosen Ausmaß der Zerstörungen zu distanzieren, verweist dabei aber vehement auf die unverantwortliche Senatspolitik, das B-750-Brimborium und den Tränengaseinsatz der Polizei. Die AL windet sich zwischen ihrem größten Wählerstamm, der gealterten, gewaltlosen Kreuzberger Linken einerseits und andererseits der Szene, die schon in Sachen Kinderbauernhof verprellt

ist: Schon seit längerer Zeit sehen sich Teile der Linken, vor allem viele Jugendliche, nicht mehr von der AL vertreten. Wie wollt ihr mit solchen Leuten umgehen, die eigentlich gegen eure Politik sind und sie auch ganz gezielt sabotieren wollen?

Härtig: Ich glaube nicht, daß die gegen unsere Politik sind. Wesentliches Problem hier in Kreuzberg ist die Austrocknung zahlreicher Jugendprojekte durch den Senat. Wir haben hier unter den Hauptschulabgängern eine enorme Arbeitslosigkeit, da muß etwas getan werden.

Trotzdem wird es immer Leute geben, die sich nicht in solche Projekte integrieren lassen wollen. Wie verhaltet ihr euch gegenüber jenen Leuten, die die dieses Gesellschaftssystem — in der auch die AL ihren Platz gefunden haben — ablehnen?

Politik darf nicht zu einer Einzelfalltherapie werden. Wir wollen keine Saubermannstrategie für

diesen Bezirk fahren. Es kann nicht das Ziel sein, auch dem letzten eine soziale Maßnahme überzustülpen, es muß Lebensbereiche geben, die sich nach eigenem Gutdünken gestalten lassen.

Diese Jugendlichen haben nicht

Leute aus den 60er und 70er Jahren. Die glauben nicht mehr, daß man über den Sozialstaat alle politischen Probleme beliebig lösen kann. Aufgrund vieler beschissener Erfahrungen haben die so wieso den Glauben an Politiker, Parteilpolitik und den Staat aufgegeben, das ist vielleicht aber eine sehr politische Verarbeitung. Was für die AL dabei wichtig ist, ist das es nicht so weitergehen kann wie bisher. Es gab ja immer das schöne Bild, die AL könnte Bosenstiele zur Wahl aufstellen und würde immer noch gewählt. Der letzte Freitag zeigt, daß man sich um eine ganz bestimmte Wählerbasis viel intensiver kümmern muß. Die Bequemlichkeit der AL finde ich politisch falsch und das könnte sich

auch irgendwann mal bei Wahlen auswirken.

Siehst du die Gefahr, daß der AL eine Vergreisung droht?

Es ist richtig, die AL läuft Gefahr zu einer Partei der Dreißig- bis Vierzigjährigen zu werden. Es

Auch wenn ich nicht glaube, daß eine solche Jugendorganisation Absorptionsangebot für alle Jugendlichen sein kann, die sich am Freitag Luft gemacht haben.

Wie stellst du zu dem augenblicklich sehr starken Polizeiaufgebot in Kreuzberg?

Das man Samstagabend hier mal ganz intensiv Polizei präsent war, finde ich nicht so verheerend. Plünderungen werden auch von uns verurteilt, und wenn eine Wanne vor einem Laden steht, damit sowas nicht vorkommt, dann hat das ganz sicher unsere Unterstützung.

Das Gespräch führte Martin Wollenberg

„Die Armut in Kreuzberg“

Der stellv. Superintendent E. Heichen über die

Erhard Heichen, 44 Jahre alt und geborener Berliner, arbeitet seit 17 Jahren in Kreuzberg. Bis Februar war er Pfarrer der Melanchton-Gemeinde am Planufer. Seit dem 1. März ist er in der Jerusalem und Neuen Kirchengemeinde in der Lindenstraße tätig. Er ist stellvertretender

Stachel 10.5.
Kreuzberger Stachel: Welche Gründe sehen Sie für die gewalttätigen Auseinandersetzungen am 1. Mai in Kreuzberg?
Heichen: Wir als Kreiskirchenrat sind

zunächst einmal sehr erschrocken über das Maß von Gewalt, das sich abgespielt hat. Aber wir möchten sehr genau danach fragen, welche Gründe sind im Hintergrund. Wir sind der Mei-

nung, daß hier mehrere Gründe zusammenspielen.
Die Armut in Kreuzberg verschärft sich laufend, was ich vor allem über unsere Bezirksstelle des Diakonischen Werkes weiß, die ja versucht, immer wieder möglichst unbürokratisch zu helfen. Der lange Winter war für viele ein großes Problem. Die Kirche hat da versucht zu helfen – übrigens auch die Katholische Kirche – durch Einrichtung von Wärmestuben und die Ausgabe von Essen oder Kaffee. Aber das sind nur Einzelmaßnahmen der Gemeinden, die das Gesamtproblem nicht lösen können.

Es war insgesamt die soziale Situation in Kreuzberg, die ungeklärten Probleme, die seit Jahren anstehen, vor allen Dingen die Arbeitslosigkeit, insbesondere die hohe Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen. Zum anderen die steigende Zahl von Sozialhilfeempfängern und Obdachlosen.

Der Senat inszeniert eine pompöse Feier zum 750. Geburtstag von Berlin – die Probleme in Kreuzberg aber bleiben. Ist das nicht eine Provokation?

Wir denken, daß es den Menschen in Kreuzberg, insbesondere in SO 36 schwer verständlich zu machen ist, daß

„Verschärft sich laufend“ Erklärung des Kreiskirchenrats zu den Krawallen

Superintendent für den Kirchenkreis Kreuzberg. Der Kreuzberger Stachel befragte ihn zu der Erklärung des Kreiskirchenrats zu den „Auseinandersetzungen und Gewalttätigkeiten“ am 1. Mai. Die Erklärung wurde am 4. Mai verabschiedet.

so viel Geld ausgegeben wird für die Ausstattung der 750-Jahr-Feier, während es ihnen selber immer schlechter geht. Das Geld wird ausgegeben für das Wiederherichten von Fassaden – während die eigenen, die dahinter liegen, die Probleme auf der Strecke bleiben.
Was sagen Sie zu dem Stichwort der „Anti-Berliner“, daß vom Regierenden Bürgermeister Diepgen und Innensenator Kewenig geprägt wurde?
Die Kreuzberger Bevölkerung darf nicht als „Anti-Berliner“ bezeichnet werden. Auch nicht Teile davon. Fakt ist: Die Menschen kommen mit ihrer Lebenslage nicht mehr zurecht. Es sind deshalb nicht „Anti-Berliner“. Ich sehe hier einen Versuch, bestimmte Kreuzberger Bevölkerungsteile, ausgrenzen. Wenn das passiert, wird es meiner Meinung nach nie Frieden geben. Es gibt nur den Weg, sie zu integrieren durch verstärkte Hilfsmaßnahmen.
Hilft uns mehr Polizei in Kreuzberg?
Ich denke nein. Wenn der Staat durch seine Polizeimacht stärker auftritt, dann bleiben die eigentlichen Probleme nur unter der Decke und es schwelt dort weiter. Noch mehr Druck verschärft die Situation nur. Nötig wäre

Fortsetzung auf Seite 2

„Ich bin auch arm“

Gewerbetreibende zu den Krawallen

Stachel 10.5.
Am 1. Mai zerbrach mit den Fenster-scheiben bei vielen kleinen Leuten und Krautern in SO 36 die geringe Hoffnung auf eine bessere Zukunft ihres Klezcs. An ihre Stelle traten Angst, Ohnmacht und Verzweiflung. Man kennt die Menschen und die Verhältnisse, mit und in denen man lebt, die Armut als täglichen Schlag ins Gesicht.

Nur: „Ich bin auch arm.“ sagt die Frau, deren Geschäft beschädigt wurde und die von Sozialhilfe lebt. „Zum ersten Mal habe ich mich morgens kaum mehr in meinen Laden getraut.“ sagt ein Mann und erzählt von einem anderen, der seit 30 Jahren sein Geschäft führt und seit zwei Tagen nicht mehr aufsteht. „Ziemlich verschuldet“ waren einige. Jetzt wissen sie kaum, wie sie die neue Ware bezahlen sollen. Ei-

ner weiß, am Kudamm habe es drei Jahre gedauert, bis der Senat bezahlt habe. Eine Frau ging vergebens dazwischen, als ein Laden dran war, dessen Besitzer seine Kunden immer anschreiben ließ. Sie wurde bedroht. Wo sollen die alten Leute jetzt einkaufen gehen, fragt sie.

Macht kaputt, was Euch kaputt macht, hat es früher geheißt, erinnert sich einer. Wen haben wir kaputtgemacht?

Alle wissen, daß sich an den Ursachen für die Krawalle nichts ändern wird. Daher die Angst vor dem nächsten Mal, irgendwann.

Den Kudamm-Senat trifft es nicht, wenn die Steine in die Schaufenster hier im Klez fliegen. *Volker Härtig*

Fortsetzung von Seite 1

Die Armut in Kreuzberg ...

den „Anti-Berliner“ ausgegrenzt sondern sind bereits durch den Arbeitsmarkt außen vor.

Das sehe ich auch so. Ich denke, daß die ABM-Maßnahmen eine gute Sache sind, um jungen Leuten eine Chance zu geben überhaupt wieder in den Arbeitsprozess hineinzukommen. Aber: Eine wirkliche Zukunftsperspektive bieten diese Maßnahmen nicht. Es muß uns letztendlich, um ein Programm, zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche gehen. Das Jugendprojekt „Wille“ ist dafür ein Beispiel. Die Mitarbeiter dort haben sich um das Problem der Jugendarbeitslosigkeit gekümmert, indem sie versucht haben Jugendlichen Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu verschaffen. Ein Beispiel dafür ist die sogenannte Kirchhofschmiede, wo Jugendliche als Kunstschmiede ausgebildet werden. Dieses Jugendausbildungsprojekt ist natürlich nur ein Beispiel.

Um wirklich zu helfen brauchen wir viel mehr Projekte dieser Art.

Das Gespräch führte Christian A. Thiel. *Stachel 10.5.*

Krawalle in Kreuzberg ...

Der Schaden der Nacht ist nicht in Zahlen und Marktstücken anzugeben. Noch mehr ist kaputtgegangen. Nachbarschaftliche Beziehungen, der Glaube, daß verschiedenste Bevölkerungsgruppen, junge, alte, deutsche und türkische friedlich zusammenleben können, daß die sozialen Probleme zusammen mit den Häuserfassaden repariert seien. Haß geht um, mehr noch Trauer. Vereinzelt bewaffnen sich, sind bereit, jeden zusammenzuschlagen, der auch nur ihr Auto anfasst. Manche Ladenbesitzer denken ans Aufgeben, wollen woanders hinziehen. „Da haben sich einige Leute gezieht gerächt, im Schutz dieser Nacht.“ hört man. Klar wurde, wie fremd sich die wohlmeinenden relativ gutsituierten Jungaufstrebenden Stadttulicbwohner und die perspektivlosen Kids ohne Chance auf Ar-

belt und Ausbildung gegenüberstehen. *Eva Schweitzer*

Entschädigungen

Die AL hat bei Netzwerk Selbsthilfe e.V. ein Sonderkonto eingerichtet, das geschädigten Kleingewerbetreibenden eine unbürokratische Soforthilfe ermöglichen soll. Insbesondere soll mit dem Geld Rechts-hilfe für Betroffene bezahlt werden, um deren Ansprüche gegenüber dem Senat durchzusetzen.
Sonderkonto Netzwerk Sparkasse Bln. West
BLZ 100 500 00
Ktonr. 61 000 9958
Netzwerk ist telefonisch über 691 30 72 zu erreichen.
Der Finanzsenator hat unbürokratische Hilfe angeboten, da die meisten Versicherungen bei inneren Unruhen nicht zahlen. Schäden bis zu 10.000,- DM sollen in voller Höhe bezahlt werden, höhere Schäden zu 75%. Näheres ist zu erfahren unter der Tel. Nr. 21 23 - 23 34

Dieppens Regierungserklärung zur 750-Jahr-Feier „Anti-Berliner“

„Wer Berliner ist, das sage ich... Mit seinem Wort von den „Anti-Berlinern“ hat Eberhard Diepgen eine Regierungserklärung abgegeben, die an Deutlichkeit nicht zu übertreffen ist.

Die Ausgrenzung einer Zehn-Prozent-Partei bei der Kontrolle des Verfassungsschutzes setzte eine Markierung. Dann kam die nette Idee des Innensensors, doch Volkszählungsboykottierer erst dem Staatsschutz, und dann dem Statistischen Landesamt zu melden.

Dieppens Spruch über die „Anti-Berliner“ faßt alle diese Vergehen gegen die Demokratie zusammen. Liberalität und Toleranz für die Festreden vom Bildungsbürgertum, als Zugabe Aufklärung zur Volkszählung für die liberalen Zaudernden.

Wenn das Dieppens Lehren aus 750 Jahren Berlinland, kann man nur noch raten: Geh doch nach dröben. Von denen kann der Maulheld der politischen Ausbürgerung in Punkto Ausbürgerungen noch was lernen.

KOMMENTAR

„Stattbau“: Krawalle nicht von legalisierten Häusern ausgegangen

Die alternative Sanierungsträger-Gesellschaft „Stattbau“ hat sich gestern gegen die Vorwürfe gewandt, wonach die Kreuzberger Krawalle am 1. Mai von ehemals besetzten Häusern ausgegangen seien.

Viele ehemalige Besetzer hätten nach der Legalisierung einen festen Wohnraum gefunden. Dies habe dazu beigetragen, daß die Krawalle nicht von diesen Häusern und ihren Bewohnern ausgegangen seien.

Der Sprecher von Innensenator Kewenig, Birkenbeul, sagte auf Anfrage, es gebe keine Beweise dafür, daß die Krawalle am 1. Mai von den legalisierten Häusern ausgegangen seien.

Falsche Zeit für „Schwarzer Peter“

Innensenator Kewenig profitiert vom Willen der Springer-Presse, das Jubiläum nicht zu stören

Als im April 1981 auf dem Kudamm die Scheiben klirrten, ohne daß die zahlreich anwesenden Polizisten eingreifen durften, war die bevorstehende Wahl geläufig. Die Springer-Presse schäumte, die SPD stürzte ab, Weizsäcker war der Kriegsgewinnler der Polizei-Abstinenz.

In der Nacht zum 2. Mai wählten sich Beobachter an die Scherbenemove von '81 erinnert. Nachdem die Polizei den Konflikt durch unbedachte Härte richtig angefaßt hatte, zog sie sich auf Anweisung der Führung für nahezu drei Stunden völlig zurück.

Damit aber hört die Analogie zu 1981 schon auf. Denn die Springer-Presse hat diesmal die Samthandschuhe angezogen: Wo ansonsten jeder Polizeipräsident fällig wäre und die 'Morgenpost' bei geringeren Anlässen zum Rücktritt sozialdemokratischer Innensensoren aufrief, heißt die Parole nun offensichtlich: tiefhängen. 'Morgenpost', 'Bild' und 'BZ' gehen Hand in Hand mit dem Senat im Bemühen, den Kreuzberger Ausbruch im Jubiläum herunterzuspielen: Ruhe ist die erste Fehlerpflicht.

Innensenator Kewenig, derzeit in Personalunion auch oberster Polizist der Stadt, profitiert vom unbedingten Willen zur Harmonie. Er hat sich nach konservativen Maßstäben von law-and-order als völlig unfähig erwiesen und ist für das polizeitaktische Desaster verantwortlich. Hätte sich der von Kewenig kürzlich vertriebene sozialdemokratische Polizeipräsident Hübner derartig dilettantisch verhalten, dann wäre spätestens jetzt ein Sessel frei.

Das kann einem egal sein, ebenso mager aber ist Kewenigs Konfliktbereinigungsstrategie. Kreuzberg wird Grün — einen langen Jubiläumssommer lang. Doch nachträgliches militärisches Klotzen verändert nichts an den Gründen für den unerwarteten Ausbruch und kann nicht Ersatz sein für soziale Versäumnisse des CDU-Senats. Die Randständigen und Vergessenen des Stadt-Jubiläums werden sich weiterhin in Erinnerung rufen. Schwarzer Peter aber wird derzeit nicht gespielt in dieser Stadt; zumindest nicht bei der senatsnächsten Springer-Presse.

Gerd Nowakowski

Kreuzberger Zoo

Am Heinrichplatz präsentiert sich die neue Kreuzberger Mischung: Polizisten, Journalisten und ein Häuflein Punks und Autonome, deren Politik derzeit hauptsächlich im Genehmigen, Verweigern und Autorisieren von Interviews besteht. Der »Elefant« war gestern abgeschlossen. Drinnen grelles Scheinwerferlicht, ein Kamerateam: Zutritt nur für Betroffene des samstägligen Tränengasüberfalls. Die ursprünglich im »Elefanten« geplante Besprechung über Renovierungsarbeiten bei randalegeschädigten Kleinhändlern ist in die »Rote Harfe« verlegt worden. Allein die eingeladenen Kleinhändler haben den Weg dorthin nicht gefunden. Statt dessen treten sich taz, 'sf-beat' und das ZDF auf die Füße. Die Dame vom ZDF hat wenig Glück: Der Sender ist verrufen und sie selbst ist in der Szene auch schon unangenehm aufgefallen.

Martin Wollenberg

Man stelle sich vor: Auf den weißen Rasenflächen des Tiergartens stehen schwarzgekleidete Autonome und streuen mit Pflanzenzünger Parolen auf den grünen Untergrund: »Aufbruch — Widerstand... Phantasie und Spontanität sollten den Reagan-Besuch am 12. Juni überschatten, wurde gestern auf dem autonomen Plenum im Mehringhof gefordert. Mit rund 350 Leuten war der Versammlungsraum im dritten Stock hoffnungslos überfüllt. »Wir wollen nicht nur militärisch nach außen agieren, sondern auch mal was für uns tun, fordert eine Teilnehmerin. Zustimmung und Lachen beim überwiegenden Teil des Auditoriums, die schlachterproben Kämpfer gucken verwundert. Den zahlreich erwarteten zugereisten Chaoten aus dem In- und Ausland sollte während der Aktionswoche gegen den amerikanischen Obercowboy mehr geboten werden als Demoblock und die martialische Vorführung des von Kewenig angekündigten 20.000-Bullen-Aufgebots, erläutern die Mitglieder einer Vorbereitungsgruppe. Sie planen eine Kneipentour mit Ton-Die-Show, ebenso eine Kiezküche und »gemeinsames Sporttraining«, was immer darunter zu verstehen ist. Auch eine Dampferfahrt könnte auf dem Programm stehen. Immerhin wären Berlins Autonome unter dem schwarzen Stern der »Stern- und Kreisfahrt« viel besser aufgehoben als konservative Senatoren, hierbäuchige Baulöhner oder die lokalen AL-Honoratioren, die in der Vergangenheit regelmäßig über den Wannsee schipperten. »Hönkel« heißt das Zauberswort. »Militanz mit Lebenslust« sei darunter zu verstehen, wird erläutert. Eine starke Demo soll es natürlich auch geben, ob als zentrale oder dezentrale Aktion, konnte gestern trotz langen Streits nicht entschieden werden. Der nächste feststehende Termin findet am Mittwochabend um 7.30 Uhr im »Elefant« am Heinrichplatz statt. Dort soll für jene kleinen Läden, die bei der Randalie am 1. Mai Schaden genommen haben, ein Renovierungskonzept besprochen werden.

Martin Wollenberg

KOMMENTAR

Verkanntes Pogrom?

Nach Kreuzberg: die Deutungen

Mal von dem verführerischen Kalauer abgesehen — und dennoch hat sich Bolle ganz köstlich amüsiert — ist der Kreis derer, die sich an den Vorfällen in Kreuzberg am 1. Mai — aus welchen Gründen auch immer — deklamieren, ungemein klein. Viele spontane Ausbrüche bei denen, die mit geplündert und zerstört haben, hinterher viel Besserwisserlei von denen, die es immer schon wußten, bemerkenswert wenig »klammheimliche Freude«.

Betrettheit herrscht vor. Auch bei denen, die sonst jeder Bewegung das ideologische Unterfutter geben können. Doch da das in der »Nacht von Kreuzberg« fehlte, da der Gewaltausbruch überraschend kam und ungezielt verlief, ist die Zeit fürs Nachdenken länger als in Berlin üblich. Das flotte Ausgrenzen macht nur dem Regierenden Bürgermeister und Hermann Oxfort keine Schwierigkeiten. Vor Leuten, die beim Einstürzen eines Supermarkts klatschen und die ohne Skrupel Telefonzellen und U-Bahnen demolieren, ist eben allen eher mulmig. Karl Schögl, dessen FAZ-Artikel in der heutigen taz-Ausgabe dokumentiert ist, spricht gar davon, daß Ereignisse, die in dieser Zeitung verharmlosend »Randalie« hießen, andernorts »Pogrome« genannt würden. Beide Begriffe sind, bezogen auf die Kreuzberger Ereignisse, falsch.

Ein »Pogrom« war die Nacht auf den 2. Mai schon allein deswegen nicht, weil da nicht eine aufgebrachte Masse ihren aufgetauten Unmut an einer Minderheit ausgelassen hat. Wenn überhaupt ein Ziel der Gewalt zu erkennen ist, fielen den polizeiosen Stunden in SO36 eher die spärlichen Infrastruktur-Einrichtungen des Kiezes zum Opfer als Symbole der Herrschaft. Jeder braucht Läden, auch Supermärkte, jeder braucht öffentliche Telefone und Nahverkehrsmittel, auch wenn sie als zu ärmlich empfunden werden. Es fehlte der Haß auf das Fremde, auf die Fremden.

Wenn in der immer wieder als Metropole der Toleranz und Liberalität gepriesenen Stadt sich letztlich das gesunde Volksempfinden zum Smog verdichtete, dann eben nicht in Kreuzberg, sondern am Kudamm. Dort äußerten sich Leute, die »abschaffen« riefen und von »entartet« sprachen. Vielleicht waren das die gleichen, die 1981 beherzt durch die von den »Chaoten« so handgerecht eingeworfenen Juwelenstrahlen griffen, um sich risikolos zu bereichern und ebenso risikolos hinterher nach starken »Maßnahmen« riefen? Vielleicht sind die, die jetzt »Rigorosität und Härte« für Kreuzberg verlangen, die gleichen, die sich auf dem Skulpturenboulevard vom Senat verraten fühlen.

Kürzlich erklärte einer der neuen AL-Abgeordneten, der Senat habe, das könne man an den verbalen Ausschreitungen am Skulpturenboulevard erkennen, »keine Basis« für Politik mit solch liberalen Anwendungen. Das ist verräterisch für einen Vertreter einer Liste, die sich alternativ nennt. Woher will sie wohl ihre Basis für alternative Politik nehmen, wenn schon für ein paar einbetonierte Straßenkreuzer die Toleranz nicht reichen soll? Am Kudamm Bürgerprotest, am Luisenzer Platz Krawall — das ist ein Rahmenprogramm für einen Stadtgebetstag, über das noch lange gestritten werden muß.

Mechthild Küpper

Klaus Klesch, Pfarrer: Die Ursachen liegen in den ungelösten sozialen Problemen gerade in diesem Bezirk. Wir müssen sozialpolitisch handeln, die verantwortlichen Politiker sind offensichtlich nicht bereit zuzugeben, daß Sozialarbeit vor Ort mehr verwaltet als gestaltet wird.

Verein SO 36: Ursachen? Hohe Mieten und Arbeitslosigkeit.

Kinderbauern: Wir machen weiter, wir werden ja sehen, was passiert, was sollen wir auch sonst machen?

Kraut und Rüben: Meine Träume für Kreuzberg: Kreuzberg - eine grüne Oase, die Luft rein und die Probleme in dieser reinen Luft geklärt. Die Probleme liegen ja auf der Hand, Kinder und Jugendliche ohne Schulabschluß, ohne Ausbildung, finstere Löcher, in denen die Leute gezwungen sind zu leben.

Mukurarinda, ev. Pfarrerin: Mich wundert, daß es so viele Leute wundert. Die prunkvolle Jubelfeier geht an Kreuzberg vorbei, die üppig ausgestatteten Empfänge haben provoziert, die große Armut hat die Angst vor Strafe zurückgedrängt.

König, Stadtrat/SPD: Der Senat hat wider besseres Wissen zur Jubiläumsfeier dekretiert, daß alles in Ordnung ist, obwohl sich in Kreuzberg seit 82 nichts zum Positiven verändert hat.

AL: Lösungen gibt es nur dann, wenn die Macht derjenigen gebrochen wird, die auf dem Rücken von erwerbstätigen und erwerbslosen Menschen gleicher-



maßen grenzenlosen Profit zusammenraffen. Die Gewalt auf der Straße ist bedingt durch die strukturelle Gewalt die-

ser Gesellschaftsform und wird weder durch massives Polizeiaufgebot noch durch (wenn auch gute und wichtige) Selbsthilfeprojekte aufzulösen sein.

dann kann der Zeitpunkt kommen, wo sich die ausländischen Jugendlichen nicht mehr nur an die Deutschen anhängen.

Stimmen aus dem Kiez

Türkische Stimmen zum Krawall

„Anführer gaben Kommandos“ — „Zu wenig Befugnisse der Polizei“

Was sagen Türken, die in Kreuzberg leben, zu den dortigen Ausschreitungen? Unser Mitarbeiter, der türkisch spricht, unterhält sich in Läden, Restaurants und Imbissständen rund um den Görlitzer Bahnhof. Manche der Gesprächspartner riefen noch Augenzeugen aus dem Bekanntenkreis hinzu.

Zur Frage nach den „Chaoten“ wurde zwar eingeräumt, daß sich auch Türken darunter befunden hätten, es seien aber wenige gewesen. Ein Geschäftsinhaber begründete seine Meinung, daß die Ausschreitungen von Drahtziehern genau vorbereitet worden seien. So hätten junge Leute, die beim Aufbrechen von Automaten beobachtet wurden, Tüten bereits mitgebracht. Allerdings sei die Plünderung mehr nebenbei erfolgt. Nach seinen Eindrücken sollte vor allem ein möglichst großer Schaden angerichtet werden. Die „Anführer“ hätten bei den Aktionen Kommandos gegeben, die auch befolgt worden seien. Das von der Polizei eingesetzte Tränengas hätte auf diese militanten Störer keinen Eindruck gemacht.

Andere Beobachter erwähnten, sie hätten unter Jugendlichen, die Steine auf die Polizisten warfen, viele Angestrunkene gesehen. Zum Polizeieinsatz waren die Meinungen sehr unterschiedlich. Ein Türke erklärte, die Polizeibeamten seien nicht zum Ort der Ausschreitungen vorgedrungen und davongelaufen, als

sie angegriffen wurden. Seiner Meinung nach habe die deutsche Polizei zu geringe Befugnisse, um gegen solche Gewalttäter vorgehen zu können. Ein anderer meinte, die Polizei habe sich zurückgehalten, um die Situation nicht eskalieren zu lassen, weil es sonst hätte Tote geben können. Am Abend seien die Ausschreitungen so außer Kontrolle geraten, daß ein Einschreiten schwer gewesen sei. Die Polizei hätte die Versammelten gleich am Anfang auseinander treiben müssen.

Mehrere Türken äußerten, daß sie sich nicht fürchteten, da die Randellierer es auf die Geschäfte der Wohlhabenden abgesehen hätten. Nach den Eindrücken unseres Mitarbeiters waren tatsächlich türkische Läden dort mehr geschont worden als deutsche. Ladenbesitzer und Gastwirte äußerten sich zuversichtlich, daß es nicht zu einer Wiederholung kommen würde, da die Polizei schärfere Maßnahmen ergreifen würde.

Dazu äußerte ein Geschäftsinhaber, er selber habe ähnliche Ereignisse Ende der siebziger Jahre in der Türkei miterlebt, bevor dort das Militär die Macht übernahm. Der Mann, der selbst bis zum Morgen in seinem Kreuzberger Gemüseladen ausgeharrt hatte, sagte, wer die Herrschaft der Militärs in der Türkei beklage, solle sich nicht wundern, wenn sich in Deutschland Anarchie breitmache.

Am Görlitzer Bahnhof ist unter anderem die Kneipe Wiener Eck, da sind rechte Türken und Moslems interviewt worden, überhaupt ist nur das recht türkische Spektrum zu Wort gekommen!

45. Ausländische Familien sind meist „intakt“

Michael Kraus, (S.T.E.R.N.): Nun werden wir wahrscheinlich dafür verantwortlich gemacht, daß wir die Leute nicht schnell genug umgesetzt haben.

Kontor, Oranienstr.: Wenn der Scheck von der Versicherung kommt, machen wir woanders wieder auf.

Lummer: Mitnichten ist es so, daß soziale Probleme eine Rolle spielen. Ich sage im Gegenteil, eher sind diese alternativen Projekte vom Staat zu sehr gefördert worden.

Zoo-Handlung: Det war'n nicht unsere Punks.

Türkischer Bürger: Ich habe ja Arbeit, aber wer keine Arbeit hat, was soll der machen?

Orhan Akbilyk, Jugenddrogenberatung: Wenn nicht bald politische Rechte gewährt werden, von Regierungsseite das Zusammenleben als positives Anliegen definiert wird und Bildungs- und Ausbildungschancen verbessert werden,

Wohnen & Leben: Aus Erzählungen eines kurdischen Jugendlichen habe ich entnommen, wie glücklich er war, aus der Zaungastrolche als Ausländer rauskommen zu sein. Er hat es empfunden wie die Befreiung von einer Behinderung.

Fran Sommer, Stattbau: Wir brauchen bauliche Erneuerung und Schaffung von Arbeitsgelegenheiten. Nach Abschluß der Sanierungsarbeiten in früher instandbesetzten Häusern stehen viele Jugendliche vor dem Nichts.

Gemeinsame Erklärung von Kreuzberger AL, SEW und Friedensinitiative

4.5. Wahrheit

Tausende Menschen beteiligten sich am 1. Mai an einem Kiezfest unter dem Motto „Weder grauer noch weißer Kreis - Wohnen für 'nen kleinen Preis“ auf dem Lausitzer Platz in Kreuzberg. Dieses Kiezfest war von den Veranstaltern AL Kreuzberg, Friedensinitiative Kreuzberg und SEW Kreuzberg als Auftaktveranstaltung für die stadtweite Kampagne „Berlin stimmt ab - Mietpreisbindung als Dauerrecht“ geplant. Die Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Festes beteiligte sich an der Mieterabstimmung und brachte ihre Ablehnung gegenüber dem Versuch des CDU/FDP-Senats, die Mietpreisbindung aufzuheben, zum Ausdruck.

des Boykottbüros im Mehringhof erklärten, als Versuch der Regierenden in dieser Stadt, Mieterbewegung und Volkszählungsboykottbewegung zu kriminalisieren. Dies ist eine offenkundige Provokation.

Als Fortsetzung dieses provokatorischen Verhaltens der Regierenden ist auch der massive Polizeieinsatz während und vor allem nach Abschluß des Mieterfestes auf dem Lausitzer Platz zu werten.

Das rücksichtslose Befahren des Platzes unmittelbar nach Abschluß des Festes durch sogenannte Polizei „wannen“, als sich noch Tausende Besucherinnen und Besucher - darunter viele Kinder - auf dem Platz befanden, hat zur Aufheizung der Situation ausschlaggebend beigetragen.

Auch der zu diesem Zeitpunkt erfolgte Tränengaseinsatz trug maßgeblich zur Eskalation der folgenden Ereignisse bei. Die Veranstalter des Festes werden sich durch diese Politik der Provokation und Kriminalisierungsversuche nicht einschüchtern lassen.

Wir werden weiterhin unsere Kräfte dafür einsetzen, die Mieterabstimmung gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung sowie den Boykott der Volkszählung zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Vorwürfe im Zusammenhang mit den Kreuzberger Unruhen zurückgewiesen

Ausländerbeauftragte: Zahlen über Arbeitslosigkeit „frei erfunden“

Den Äußerungen des Kreuzberger Jugendstadtrats König (SPD), daß die Zahl der arbeitslosen türkischen Jugendlichen „vermutlich schon bei 70 Prozent“ liege und der Hintergrund der Unruhen am vergangenen Wochenende auch im „zunehmenden kulturellen Verfall der ausländischen Familien“ zu suchen sei, hat die Ausländerbeauftragte des Senats, Barbara John, entschieden widersprochen. Die Zahl über die Arbeitslosigkeit sei frei erfunden, sagte Frau John. Nach ihren Informationen lebten derzeit 26 500 junge Türken im Alter zwischen 15 und 25 Jahren in der Stadt, davon seien am 30. 6. 1986 insgesamt 11 600 als Beschäftigte registriert worden. 2300 seien Schüler von der 10. Klasse an und 2600 Auszubildende gewesen. Das ergebe schon eine Zahl von 16 500.

„SO-36-Rabatt“ gebe, liege die Arbeitslosigkeit in diesem Kreis bei maximal 25 Prozent. Ferner erklärte Frau John, sie sei immer wieder überrascht, wie diese Familien auch unter schwierigen sozialen Bedingungen zusammenhielten. Gerade die türkische Familie sei in auffällender Weise intakt.

Die Staatsanwaltschaft hat gestern beim Schöffengericht die erste Anklage im Zusammenhang mit den Kreuzberger Krawallen erhoben. Sie richtet sich nach Auskunft eines Justizsprechers gegen einen in Untersuchungshaft sitzenden Mann, der in ein Geschäft eingedrungen und Waren gestohlen haben soll.

Das Bischöfliche Ordinariat hat sich gegen Vorwürfe gewehrt, die im Zusammenhang mit den Unruhen gegen die von den Missionarinnen der Nächstenliebe betriebene Suppenküche in der Wrangelstraße gerichtet waren. Bezirksbürgermeister Krüger (CDU) hatte gesagt, daß mit der Suppenküche soziale Randgruppen nach Kreuzberg gelockt würden. Die behauptete Bogwirkung gebe es nicht, maximal 20 Prozent der Besucher kämen nicht aus Kreuzberg, heißt es in einer Pressemitteilung.

„Soziale Probleme ungelöst“

Kreuzberger Pfarrer: Es bedurfte nur eines Funkens

CDU-Politik für Kreuzberg und seine Einwohner Wahrheit 5.5.

Senat: Nach Kreuzberg fließen viele Millionen

BM 5.5.87

Bist du nicht willig, brauche ich Gewalt! Kreuzberg braucht entschiedene Maßnahmen gegen sozialen Verfall

Wahrheit 5.5.87

Vorschläge der SEW liegen seit langem auf dem Tisch

Die Kreuzberger CDU will mehr „gefestigte Mieter“ nach SO 36 locken

Konsequenz aus den Krawallen — SPD-Sozialstadtrat widerspricht

Mehr „gefestigte Mieter“ und weniger „sozial Gefährdete“ im Kreuzberger Stadtteil SO 36 — mit dieser Anregung versuchte gestern die Kreuzberger CDU vor Journalisten erste Konsequenzen aus den Kreuzberger Krawallen zu ziehen. Nach den Vorstellungen des CDU-Abgeordneten Wolfgang Kliem, der den Wahlkreis Wrangelstraße, Moritzplatz im Abgeordnetenhaus vertritt, sollte in Kreuzberg auf die Fehlbelegungsabgabe für gutverdienende Mieter von Sozialwohnungen verzichtet werden. Auch der CDU-Abgeordnete Otto-Wilhelm Pöppelmeier vom Nachbarwahlkreis Graefestraße, Reichenberger Straße, Urbanhafen fordert eine solche Ausnahmeregelung für Kreuzberg.

Damit sollen mehr gutverdienende Bürger, die beispielsweise aus Westdeutschland nach Berlin ziehen, nach Kreuzberg gelockt werden. Gleichzeitig werde ein weiterer Fortzug dieser Bevölkerungsgruppe aus Kreuzberg gestoppt, argumentiert die Kreuzberger CDU. Im Gegenzug sollen dafür in Kreuzberg lebende Sozialhilfeempfänger nach den Vorstellungen der Christdemokraten in andere Bezirke ziehen, wenn sie dies wünschen. Man müsse hier mit den Wohnungsbaugesellschaften sprechen, damit diese solche Wünsche der Sozialhilfeempfänger unterstützen.

Wichtig wäre nach Einschätzung von Kliem auch eine rasche Modernisierung der alten Häuser im Gebiet Oranienstraße/Heinrichplatz. Aus diesem Viertel sei am 1. Mai ein großer Teil der Randalierer gekommen. Kliem bemängelte, daß junge Leute aus Westdeutschland dort noch in den teils heruntergekommenen Wohnungen „billig zur Miete wohnen“.

Bezirksbürgermeister Wolfgang Krüger übe auch scharfe Kritik an der katholischen St.-Mariengemeinde an der Wrangelstraße, die dort eine „Suppenküche“ für arme Leute betreibt. „Wenn sie satt sind, treten sie auf Straßenland und nun, Staat, mach mal weiter! Das ist Sozialpolitik des 19. Jahrhunderts“, meinte Krüger. Durch die „Suppenküche“ würden „soziale Randgruppen“ nach Kreuzberg gelockt, lautete die einhellige Kritik der

Franke fordert „Ersatzdienst“

Als „geradezu abenteuerlich“ hat die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Marianne Brinckmeier, die Forderung des Berliner Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Franke, bezeichnet, wonach angesichts der Kreuzberger Krawalle auch in Berlin ein Ersatzdienst nach bundesdeutschem Modell eingeführt werden soll. Mit einem „unbedachten Vorschlag“ provozieren Franke soziale Auseinandersetzungen, sagte Frau Brinckmeier. TSP 6.5

Franke hatte erklärt, falls die Kreuzberger „Randgruppen“ überhaupt zu integrieren seien, „dann nur über einen entsprechenden Arbeits-einsatz. Mit einer solchen Maßnahme würde man sehr schnell die Langeweile, die Trunksucht und die Sucht nach Betäubungsmitteln und Krawallen beseitigen“, so Franke wörtlich in einer Presseerklärung. (Tsp)



Schon bald im »plünderungsfähigen Alter«? Foto: Ralph Rieth



Senator Kewenig will mehr Härte.



Das ist CDU/FDP-Politik in der Kreuzberger Praxis: Obdachlosigkeit und schlechte Wohnverhältnisse

Fotos: Homann (5), Privat

Fortsetzung von Seite 1: Innensenator verstärkt Polizei

In Kreuzberg regt sich die Sehnsucht nach Selbstjustiz

BM 6.5.87

»Das Fest der Zukurzgekommenen«?

Die SPD-Fraktion lud Augenzeugen und Kreuzberger zu einer Anhörung über die lange Nacht vom 1. Mai ins Rathaus. Dr.

7.5.87

Es paßt schön in die Debatte um die Volkszählung, daß jetzt alle betroffen nach Sozialdaten aus Kreuzberg rufen. Was Pfarrer, Kiezbewohner, Sachverständige gestern vor der SPD-Fraktion zu berichten hatten, gibt mehr als genug Material her. Zum Teil ist es schon seit Jahren bekannt. Aber, so formulierte es IBA-Mann Fuderholz, das sei so wie mit Stalin. Der habe auch immer gewußt, daß ihm Hitler nichts Gutes wolle und sei dann doch überrascht gewesen, als die Wehrmacht in der Sowjetunion einmarschierte.

Bevor man Polizei und Sozialarbeiter in Kreuzberg einmarschieren läßt, mahnte Fahrenholz, sei ein Blick ins Archiv nützlich. Schon in den siebziger Jahren sei etwa der dringende Kita-Mangel im Kiez bekannt gewesen. Nun seien die Kinder von damals 12 und schon im plünderungsfähigen Alter. Niemand rede — von dem aktuellen Konflikt an der »2. O.« abgesehen — über die desolaten Schul- und Ausbildungssituation in Kreuzberg. Da könne man heute sehen, was die jungen Wähler morgen möglicherweise an Vernachlässigung zu be-

klagen hätten.

Fuderholz verwies auf eine repräsentative IBA-Studie von 1985, die 20.000 Leute in SO 36 nach ihren Lebensumständen befragte. Nur zwei Beispiele: Das durchschnittliche Haushaltseinkommen war damals in Berlin 2.400 Mark. In SO 36 war es 1.900 Mark. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen eines Haushaltbewohners betrug seinerzeit in Berlin 1.400, in SO 36 684 Mark.

Pfarrer und Fest-Organisatoren kritisierten das massive Polizeiaufgebot rund um den Lausitzer Platz. Es sei höchste Zeit, nicht mehr Polizei in den Kiez zu schicken, sondern die Beamten zu schulen: »psychologisch und menschlich« (Pfarrer Pünder, SJ). Die Pfarrerin Mukuraninda beschrieb, daß Polizei »auch bei den gutmütigsten Bürgern« wirkt wie eine »Provokation«. Die Polizei habe einerseits, so ein Augenzeuge, daneben gestanden, als ein Supermarkt geplündert wurde, und andererseits, so eine der Festorganisatorinnen, sei auf dem gesamten Platz kein zuständiger Beamter zu finden gewesen, mit dem man über einen friedvollen Abbau des Fests hätte reden können.

Was Fuderholz als »Fest der Zukurzgekommenen« bezeichnete, sahen fast alle so. Sie berichteten, daß bei dem Zusammenbruch von Bolle geklatscht worden sei, wie »ganz normale« Bürger geplündert hätten — alte Leute oft auch billige Grundnahrungsmittel wie Mehl und Zucker —, wie sie ihre Kinder zum Gratisverkauf losgeschickt hätten und »Freude und klammheimliche Freude« (so ein Gemeindegemitarbeiter) zutage gekommen sei.

Pfarrer Pünder wies darauf hin, daß nur ein Teil der Bevölkerung jetzt nach Härte ruft. Dies seien vor allem die Mittelalten. Die ganz jungen und die Alten würden sich in erstaunlich hohem Maß solidarisieren. Ihnen sei es auch ein Herzensanliegen, daß die »Kreuzberger Mischung« auch in sozialer Hinsicht erhalten bleibe. Zwei Pfarrer betonten, wie kraß in Kreuzberg 36 die Träume von freiem, selbstbestimmtem Leben mit massiven staatlichen Eingriffen zusammenprallen.

Jugendstadtrat König (SPD) versprach, sich dafür einzusetzen,

daß das Spezifische am Kreuzberger Leben jetzt nicht zerschlagen werde. Sozialhilfeseizwäre eine Mangelverwaltung, doch müßten kurzfristig wesentlich mehr Sozialarbeiter nach Kreuzberg. Die kurzfristige Beschäftigung junger Leute in Selbsthilfeprojekten und ABM-Maßnahmen müßte zugunsten von massiver Arbeitsplatzbeschaffung aufgegeben werden. Eine soziale Stadtentwicklungsgesellschaft analog zur IBA werde jetzt gebraucht.

Ganz konkret beschrieb die Sozialarbeiterin für Stadtbau, Sommer, die Bedürfnisse der Jungen, die Bedürfnisse der Alten werden, die noch etwa ein Jahr lang damit beschäftigt seien, ihre ehemals besetzten Häuser zu renovieren? Welche Perspektive könne man ihnen dann geben? »Richtige Arbeit, sowohl »sinnvoll«, wie es von den Leuten verlangt werde, als auch dauerhaft und regulär, müsse geschaffen werden. Man solle nicht von den Kreuzbergern verlangen, daß sie ihre »Buntheit« aufgeben. Frau Sommer schlug eine Beschäfti-

gungsbüro vor, die als Arbeitsagentur fungieren könnte.

»Nichts ist befriedet«, erklärte Pfarrerin Mukuraninda. »Hinter den Wänden brodel es.« Daß in Kreuzberg das »soziale Pulverfaß« am 1. Mai in die Luft ging, sei in vielerlei Hinsicht erklärbar: Nebenbei bei Springer — und schließlich sei auch die Kochstraße Kreuzberg — sei pompös gefeiert worden; was man in der Boulevardpresse detailliert hätte nachlesen können. Dem neuen, lang erwarteten Schwimmbad sehe man die Sparsamkeit »an jeder Kachel an«. Der Winter sei lang und hart gewesen. »Mich wundert«, faßte die Pfarrerin ihre Bilanz der langen Nacht zusammen.

Soziale Probleme als Ursachen benannt

„Gewalttaten nicht aus Not“, Erlins Sozialsenator vor soziale Ursachen in Kreuzberg

Krawalle in Kreuzberg: Soziale Probleme als Ursache

Von den schwersten Krawallen seit Jahren wurde Kreuzberg 36 in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai erschüttert. Bis in die frühen Morgenstunden tobte die Straßenschlacht, mit Tränengasnebel, Steinhagel, brennenden Barrikaden, geplünderten Läden und demolierten Autos. Die Bilanz dieser Nacht ist erschreckend: 53 Festnahmen, ein Drittel davon Jugendliche, 24 Haftbefehle, 12 Leute sind noch in Haft. 36 Geschäfte wurden geplündert, ebensovie-

Brände gelegt. Der Gesamtschaden wird auf 10- bis 15 Millionen Mark geschätzt. Allein 196 verletzte Polizisten wurden gezählt, die Zahl der verletzten Normalbürger, die oft genug keine ärztliche Hilfe erhielten, dürfte noch weit höher liegen. Die Kreuzberger AL verurteilte in einer ersten Stellungnahme den »hektischen Polizeieinsatz«, der an einer »Eskalation der Gewalt« schuld sei. Sie bekundete ihre Solidarität mit den geschädigten Kleingewerbetreibenden.

Der Senat feiert sein 750-Jahr-Berlin mit Schampus im ICC. Die Feststimmung will er sich nicht vermiesen lassen. Man glaubt, mit polizeilicher Gewalt Ruhe halten zu können, mehr Kontrollen, mehr Polizeipräsenz sind ungekündigt. Maschinenlesbare Personalausweise, Volkszählung, Datenerfassung prägen das Bild Berlins, wie es die regierende CDU im Kopf hat. Erleichtert zeigen sich die Regierungsparteien, daß es »nur« Kreuzberg getroffen hat. »Wenn so etwas auf dem Kuddamm losgeht, werden wir das zu verhindern wissen«, drohte FDP-Ex-Justizminister Oxfort.

teln, schlug fehl. Erst als Steine flogen und Barrikaden brannten zog sich die Polizei zurück und überließ den Kiez sich selbst. Sie tauchte wieder auf, um angetrunkene Mitläufer, wie der Einsatzleiter selbst zugab, festzunehmen und willkürlich Anwesende aufzugreifen und zu verprügeln. Folgerichtig forderte SPD-Chef Walter Momper den Rücktritt von Innensenator Kewenig. Der, recht schweigsam geworden, be-

stimmte sich nicht auf die Krawalle ein. 10% der Leute Sozialhilfeempfänger. Das Pro-Kopf-Einkommen der Deutschen in SO 36 beträgt 690,-Mark, das der Ausländer 440,- Mark. Der harte Winter steckt den Menschen noch in den Knochen. Viele hatten lediglich die Wahl zwischen Hungern oder Frieren. Die Fluktuation in SO 36 ist hoch, 24% der Bewohner ziehen jedes Jahr weg. Dazu kommt, daß die Folgen einer jahrzehntelangen verfehlten Sanierungspolitik noch nicht ausgestanden sind, wie es selbst der Regierende Diepgen zugibt: Während Altbauten abgerissen wurden oder vergammelten, Betonklötze wie das NKZ hochgezogen wurden, wurden die Leute, die hier wohnten, ins Märkische Viertel umgesiedelt. Die Ausländer, die nachzogen, ließ man allein in überfüllten Schulklassen ohne Aussicht auf spätere Berufsausbildung, in einer Umgebung mit viel zuwenig Spielplätzen, Kindertagesstätten, Grünflächen. Kinder, die aufgewachsen sind in einer von gewalttätigen Umgangsformen und Abriß geprägten Atmosphäre.

Sonder-BVV
 • Zu den Krawallen findet eine Sondersitzung der BVV statt.
 • Ort: Sitzungssaal der BVV, Rathaus Kreuzberg, Yorckstr. 4-11
 • Zeit: Montag, 11. Mai, 17 Uhr
 • Die Sitzung ist öffentlich.

schränkte sich bisher darauf, mehr Polizei in Kreuzberg anzukündigen.

Das kann jedoch keine Lösung der sozialen Konflikte sein. Eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik, die nicht nur auf die reicheren zwei Drittel der Gesellschaft Rücksicht nimmt, muß her. Jetzt zeigen sich die Folgen der jahrelangen Dauerarbeitslosigkeit. Die Hälfte aller kreuzberger Jugendli-

Mer sozialen Explosivstoff sät...
 Fink: Senat nicht schuld an...
 Verhältnissen in Kreuzberg...
 CDU-Geschrei nach Polizei bringt keine Lösung...
 für Vandalismus und Chaos...
 gibt es keine soziale Entschuldigungs...



Die zwei Gesichter Kreuzbergs: Hier die schöne Fassade, dort der trostlose Hinterhof

FOTOS: KLAUS MEHNER (2)/DPA

Welf 7-587

Blick hinter die Fassade bei den Straßenschlachten in Kreuzberg

Korrespondenz aus Berlin (West)

Neues Deutschland
DDR 4.5.

Berlin (West) (ADN). Verbitte- rung, Empörung und Protest bestimmten am Wochenende die Atmosphäre in Kreuzberg in Berlin (West) nach den schweren Unruhen und dem brutalen Vorgehen von Polizeikommandos gegen Bewohner dieses Stadtbezirkes in der Nacht zum Sonnabend. Ein Aufgebot von 400 mit Schlagstöcken, Tränengas und Wasserwerfern ausgerüsteten Polizisten hatte rund um den Lausitzer Platz praktisch einen Ausnahmezustand geschaffen. Ganze Straßenzüge boten noch am Tag darauf ein Bild der Verwüstung: ausgebrannte Fahrzeuge und Geschäfte, mit Glassplittern übersäte Gehwege, fassungslose Passanten.

Bei dem massiven Einsatz erlitten nach Angaben des Arbeitersamariterbundes mindestens 42 Menschen zum Teil schwere Verletzungen. Mehr als 50 Personen wurden bei der bis in die Morgenstunden des Sonnabends andauernden Polizeiaktion festgenommen, die Ausmaße von Straßenschlachten annahm. Ein Augenzeuge berichtete: „So etwas Schreckliches habe ich hier noch nie gesehen.“

Rollkommandos waren nach einer Mai-Feier auf dem Lausitzer Platz in Aktion getreten. Dieses traditionelle Fest war zugleich Auftakt für eine Protestkampagne gegen die vom Senat angekündigte Aufhebung der Mietpreisbindung in Berlin (West) gewesen. Am Morgen desselben Tages hatte ein großes Polizeiaufgebot im Büro einer Selbsthilfeorganisation in Kreuzberg Stimmzettel für diese Aktion beschlagnahmt. Wie Anwohner mitteilten, wurden dabei Türen eingetreten und das Unterste nach oben gekehrt. Auf ihre Kritik

habe die Polizei nur noch rücksichtslos / reagiert. Andere Augenzeugen schilderten, wie Polizisten Tränengasbehälter in einen Laden und durch die Scheiben einer Gaststätte warfen, wo zahlreiche Menschen vor der verätzten Luft in den Straßen und den Flammen Schutz gesucht hatten, die in Geschäften und in einem Supermarkt wüteten. Über 30 Notrufe gingen bei der Feuerwehr ein. Pressefotografen wurde von Beamten Gewalt angedroht, als sie das Geschehen fotografieren wollten.

In einer gemeinsamen Erklärung der Veranstalter des Mai-Festes verurteilten die Alternative Liste, die SEW und die Friedensinitiative des Bezirkes Kreuzberg den Polizeieinsatz als „Fortsetzung des provokativen Verhaltens der Regierenden“ von Berlin (West). Die Teilnehmer des Festes hätten friedlich gefeiert und mit Unterschriften ihrem Protest gegen die geplante Abschaffung der Mietpreisbindung Ausdruck gegeben. Der AL-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Wolfgang Wieland, sagte, die provokative Durchsuchung des Mehringhotels und der Tränengaseinsatz der Polizei seien Auslöser der Auseinandersetzungen gewesen. Die Vorfälle ließen nur die Schlussfolgerung zu, daß sich hinter den zur 750-Jahr-Feier blankgeputzten Fassaden ein hohes Maß an sozialen Spannungen angesiedelt hat.

Für die kommenden Jahre ergeben sich aus der Entscheidung des Senats Mietsteigerungsraten von durchschnittlich 75 Prozent. Eine 60-Quadratmeter-Altbauwohnung kostet dann 1000 DM. Laut einer Studie des Berliner Mietervereins könnten 200 000 Haushalte die nach Aufhebung

der Preisbindung zu erwartenden Mieterhöhungen nicht verkraften. Die hohen Mieten, die seit 1980 bereits um die Hälfte gestiegen waren, seien mitverantwortlich dafür, daß die Zahl der Obdachlosen auf jetzt über 10 000 geschätzt wird. Darunter seien immer mehr Frauen mit Kindern und Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren. Obdachlosigkeit wachse im Gleichschritt mit Arbeitslosigkeit, von der im April über 107 000 Einwohner von Berlin (West) betroffen waren.

Wie aus einer Untersuchung des Bezirksamtes Spandau über Ju-

gendearbeitslosigkeit und Jugendhilfe hervorgeht, waren im vergangenen Jahr in Berlin (West) mindestens 35 000 Jugendliche arbeitslos. Ende September 1986 habe die allgemeine Arbeitslosigkeit bei 9,9 Prozent, in der Altersgruppe der 20- bis 25jährigen bei 11,6 Prozent gelegen. Die Jugendarbeitslosigkeit nehme immer mehr die Gestalt von Berufsanfängsarbeitslosigkeit an, da die Jugendlichen immer größere Schwierigkeiten haben, im Erwerbs- und Berufsleben Fuß zu fassen.

Wahrheit 5.5.87



Ein friedliches Fest auf dem Lausitzer Platz am 1. Mai, aber mit klaren, gegen die Politik des Senats gerichteten Forderungen paßte offensichtlich einigen nicht in das Konzept

Foto: Homann

Soziale Lage Ursache für die Plünderungen

SPD-Anhörung zu Kreuzberger Krawallen

„Polizei bei uns ist auch für die gutmütigsten Bürger eine Provokation.“ Das sagte gestern die Pfarrerin Mukurarinda aus der Kreuzberger Thomas-Gemeinde über die gewalttätigen Ausschreitungen in der Nacht zum 2. Mai. Auf einer Anhörung der SPD-Fraktion im Rathaus Schöneberg teilte die Pfarrerin mit, daß ältere Leute aus ihrem eigenen Seniorenkreis an den Plünderungen beteiligt gewesen seien. Die große Armut in SO 36 lassen viele die Angst, erwischt zu werden, vergessen. Der extrem lange Winter habe die sozialen Probleme ganz kraß zum Vorschein gebracht. **VB: 6.5.87**

Jo. Mit einer Suppenküche in der Wrangelstraße sei es nicht getan, hat Kreuzbergs Bürgermeister Krüger gestern gesagt. Er hat damit Anschuldigungen evangelischer Pfarrer zurückgewiesen, die in den „ungelösten sozialen Ungerechtigkeiten in SO 36“ die Ursache für die Greuelthaten vom 1. Mai sehen. Zweifelloh hat Krüger recht.

Denn, unser soziales Netz, auf das wir alle so stolz sind, mag so dick und so dicht sein wie es will. Es kann niemanden retten, der partout nicht leben will. Alkoholismus und Drogensucht sind schwer heilbare Krankheiten. Und Lebensüberdrüssigen, Asozialen und professionellen Kriminellen ist mit dem Hinweis auf viele tausend Rentner und deren oft sehr bescheidenes Dasein nicht geholfen. Hier könnte die Kirche möglicherweise mehr tun als der Staat, wenn auch nicht mit Geld.

A propos Geld: Daran kann es in Kreuzberg nicht liegen. Der Senat zählt nämlich, wie wir an anderer Stelle berichten, jährlich viele Millionen an Jugendliche, Familien, Kitas, Jugendwohnprojekte, Drogentherapie, Ausländerobjekte, Frauenobjekte, Selbsthilfegruppen, Seniorenprojekte, für allgemeine Sozialarbeit, nicht zu sprechen von den Beträgen für kulturelle Aktivitäten in Kreuzberg.

Freilich heißt das nicht, die Augen vor individueller Not und Armut zu verschließen, die es allerdings nicht nur in Kreuzberg gibt. Aber kriminelle Gewaltakte, Brandstiftung und Plünderung mit der angeblich „ungelösten sozialen Frage“ erklären wollen, heißt die Dinge auf den Kopf stellen. (Berichte auf den Seiten 1, 2 und 8)

Kreuzberg, Oranienstraße: In der kleinen Zoohandlung nahe der Ecke zur Adalbertstraße flattern nicht nur die Wellensittiche in ihren Käfigen, sondern auch die Nervender 58jährigen Angestellten, als ich sie auf das Loch in der Ladenscheibe anspreche. Sie kennt die Hausbesitzerzeit, wohnt selbst in der Mariannenstraße, aber was in der Nacht von Freitag auf Samstag passiert ist, „... det war schierer Vandalismus. Sachen Se mir doch mal, wat die erreichen wollen, wenn se uns kleinen Leuten Steine in de Läden schmeißen?“. Noch immer versuchend, in dem Geschehen zumindest eine innere Logik zu entdecken, kommt gleich die nächste Frage: „Warum randalieren die nich' ander Stelle, wodio sinn, gegen die se was haben?“. Und dann, ganz unvermittelt, die Erklärung, wer-se sind: „Wissen Se, det warn ja gar nicht unsre Punker, wa, die ham ne große Fresse und schmeißn och mal'n Steen, abasowat, nee, det machen die nich. Soll ick Ihn was sagn: Wenn die rinnkamen in den Laden und ham jesagt, ick brauch mal'n paar Groschn, ick bring se wieda zurück, — konnten Se sich immu druff verlassen.“

Doch das Loch in der Scheibe ist gar nichts gegen die Angst, als vor der Wohnung in der Mariannenstraße der Bagger und das Feuerwehrauto brannten und nacheinander die inneren Fensterscheiben zersprangen. „Noch zwee Jahre bis zur Rente, dann will ick hier wegziehn.“

Noch immer kann niemand so richtig fassen, was wirklich los war, doch als ich gestern nachmittag mit den Inhabern oder Angestellten in kleinen Läden in der Oranienstraße sprach, da waren sich von der 58jährigen Angestellten in



Foto: Christian Schulz

einem der letzten Läden in der Originalausstattung der 50er Jahre bis zum Jungunternehmer im schrillen »Klondike« fast alle einig: Kreuzberg ist die Spielwiese, wenn man mal die Sau rauslassen will. Klaus Mondel, der vor zweieinhalb Jahren den Schmuck- und Kleiderladen aufgemacht hat, schob die ganze Nacht Wache vor seinen Scheiben. Irgendwann gegen 1.30 Uhr war es dann soweit: ein Typ sprang gegen die Scheibe, um sie einzutreten, doch die Scheibe federte nur. »No hab i den mitm Freund glei zammgeschlage, der ischä Viertelstund im Dreck gläge, der war total bsoffe. Als i dann spätmidtem Kerleschwätz hab, erzählt er, er sel grad aus Karlsruhe komme.«

Auch finster entschlossen, den erst fünf Jahre alten Laden zu verteidigen, ward der Inhaber von Fahrrad Stolpe. Alarmiert vom Hausmeister, der über dem Laden wohnt und gehört hatte, wie ein Stein eingeschlagen war, setzte sich der Chef mit Helm und Knüppel in den Laden. Im Schaufenster hing ein 1.500 Markteures Fahrrad. »Draußen standen einige Jugendliche mit echt gierigen Blicken, doch es hat sich keiner getraut«, schildert ein Mitarbeiter den nächtlichen Machtkampf. Um die Lüsterneheit zu bremsen, wurden die teuersten Räder aus dem Laden genommen, und über das Wochenende zusätzlich die Scheiben verhängt.

Nichts mehr zu verhängen gab es in der Filiale der Otto-Boehnick-Kette. Der Laden war total ausgeplündert, die Filialeleiterin, eine resolute ältere Frau, tat gestern zum ersten Mal, was »ick seit 54, seit ick im Westen bin, noch nie jemacht

zur sozialen Lage in Kreuzberg: Etwa 40 bis 50 Prozent der deutschen und etwa 70 Prozent der ausländischen Jugendlichen seien ohne Arbeit und Ausbildung. Fast dreiviertel der in den Kindertagesstätten betreuten Kinder kämen aus zerrütteten Familienverhältnissen. Drogengenuß, Krankheit, Kindermißhandlungen, Schulprobleme und Generationskonflikte seien in Kreuzberg besonders gravierend.

König forderte unkonventionelle Konzepte, um Arbeitsplätze zu schaffen, eine Erhöhung der Sozialhilfesätze und mehr Stellen für Sozialarbeiter als Sofortmaßnahmen. Der Stadtrat wies darauf hin, daß von den 140 000 Kreuzbergern rund 40 000 jünger als 25 Jahre sind. »Damit ist unser Bezirk das jüngste Ballungsgebiet Westeuropas.«

Der Kreuzberger Jugendstadtrat Günter König (SPD) hatte einige Daten und Fakten

»Det warn nich unsre Punker« die Scheiben klirrten

Die Besitzer kleiner Läden in der Kreuzberger Oranienstraße sind noch immer fassungslos, warum bei ihnen

habe«. Auf Anraten der taz rief sie beim Finanzsenator an, um ihren persönlichen Verlust — einige Kleidungsstücke und andere persönliche Gegenstände — in Höhe von 350 Mark zur Erstattung anzumelden. Als sich unter der veröffentlichten Nummer niemand meldet, sieht sie ihre Skepsis sogleich bestätigt: »Seense, die erzählen doch bloß rum.« Als ich ihr die Nummer des Pressesprechers gebe, meldet sie sich mit einem kategorischen »Ich bin eine Jeschtidige.« Als ihr Pressesprecher Heinze die Prozeduren erläutert und sie mitschreiben will, ist sie plötzlich überrascht: »Mensch, ick hab hier ja noch'n Bleistift gefunden.« Immer noch mißtrauisch, ob das alles zu einem guten Ende kommt, ist sie doch mit ihrem eigenen Auftreten zufrieden: »Man muß denen barock und mißtrauisch kommen, normalerweise kriegen ja nur die Geld in den Arsch gebissen, die aus Westdeutschland nach Berlin kommen.«

Hans-Jürgen Kusto, Inhaber des schicken Kleidergeschäfts am Heinrichplatz, war früher dank guter Kontakte zur Hausbesetzer-Szene immer verschont geblieben. Daß auch dieses Mal bei ihm die Scheiben heil blieben, hält er für schieren Zufall. »Wissen Se, da vorm Laden stand so kleiner Piepl, so 16, 17, und schmeißt dem Türken da drüben die Scheibe ein. Der hatte noch nicht mal was in der Auslage, ick den frage, 'Wat soll den...', dastorngt der von... piepst bloß sein.«

Niemand... »Kontor«, ein Einrichtungsladen für die BAT-IIa-Schickeria und andere, die für das Besondere etwas mehr zahlen können. Auf einem Kärtchen an der Eingangstür wird den »Lieben Kunden« mitgeteilt: »Hier wurde ganze Arbeit geleistet. Der Laden ist völlig zerstört und ge-

plündert, eine Wiedereröffnung an diesem Ort steht noch nicht fest... Schaden, denn wir haben zehn Jahre lang an Kreuzberg gehangen.«

Christoph Albrecht

SO 36 – Berlins ^werste Adresse für ^{3.5.} Kummer und Chaos

In einer Sonder Sitzung debattiert heute das Berliner Abgeordnetenhaus über die Krawalle im Problembezirk Kreuzberg. Kreuzberg, das ist soziales Pulverfaß, Magnet für Randgruppen, ein bisschen Orient und Montmartre – aber auch ein Stück neues Berlin.

Von DIETER DOSE

Ein Foto aus der schlimmen Plünderer-Nacht in Kreuzberg: Als der Fotograf dieses Foto schoß, rief eine Junge Frau ins Bolle-Geschäft hinein:

Bring noch 'ne Kiste

BZ 4.5.87

Schnaps mit raus!

Chaoten richteten Millionen-Schaden in Kreuzberg an

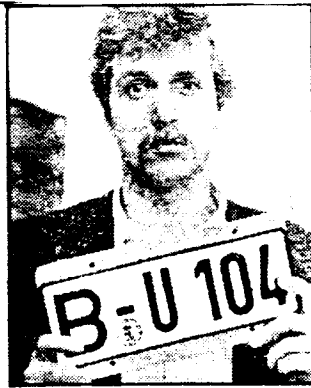
BM 3.5.87



Geplündert und verwüstet: Ein Supermarkt nach der heißen Kreuzberger Nacht



Plünderer schleppen Kartons und Taschen mit Lebensmitteln aus der verwüsteten Bolle-Filiale. Polizei ist nicht am Ort.



Frank Hintze hat nur noch das Nummernschild

Chaoten haben meine Existenz vernichtet: Wer hilft mir jetzt?

- Der Tischler fertigte Verlust-Liste an, ging ins Rathaus - Schöneberg
- Die Hilfe läßt auf sich warten



Ausgebrannt: Das goldfarbene Oldsmobile Cutlass von Frank Hintze

Berlin, 6. Mai KoN
Der 36-jährige Frank Hintze ist verzweifelt: Bei den Kreuzberg-Krawallen brannte sein Auto aus. Wenn ich das Sch-

den nicht sofort ersetzt bekomme, bin ich am Ende.
Hintze ist selbständiger Tischler, hatte Werkzeug im Auto. Er fertigte eine Liste mit allen Ge-

genständen an, die in seinem Auto verbrannten, wandte sich an die Behörden um Hilfe.
Hintze: Zuerst war ich im Rathaus Schöneberg. Dort konnte

man mir nicht helfen. Die Versicherung zahlt aber frühestens in drei Wochen. Ich besitze nur noch 10 Mark, wie soll ich davon leben?

Das war in meinem Auto drin. Jetzt ist alles verbrannt

- | | |
|--|---|
| 1 Smoking Jacke 450 Mark, 1 Jacket 70 Mark, 2 Polaree Hüter 20 Mark, 1 Sonnenbrille 320 Mark, 1 Sonnenbrille (gold) 450 Mark, 1 Autoradio 850 Mark, 1 Verstärker 350 Mark, 2 Boxen 170 Mark, 1 Boxenhalter 470 Mark, 13 Kassetten 325 Mark, 2 Schachtein Zigaretten 7,20 Mark, 1 Feuerzug 2 Mark, 1 Kassettentaster 75 Mark, 1 Volt Prüfer 10 Mark, 1 Falk-Stadtplan 7 Mark, 1 Ledertapeten 25 Mark, 1 Bekratzer 3 Mark, 1 Scheibenreiniger 10 Mark, 1 Ordner Finanzamt (Unkosten), 1 Kassettenbild mit Kassettenabohren 20 Mark, 3 Liter Motoröl 21 Mark, 2 Liter Getriebeöl 14 Mark, 2 Kodakfilme 42 Mark, 1 Karton Möbellecke 300 Mark, 1 Arbeitsanzug 120 Mark, 1 Zusatzrückspiegel 40 Mark, 4 Gummimatten 60 Mark, 1 Adler auf Motorhaube 350 Mark, 1 Krawattenkasten 180 Mark, 1 Satz Ringgeschlüssel 70 Mark, 1 Satz Mautschlüssel 60 Mark, 5 Schraubenzieher 40 Mark, 1 Hammer 12 Mark, Ersatzsch- | 1 Uchmaschine (Ersatz) 170 Mark, div. Auto-pflegemittel 70 Mark, 1 Kreissege 140 Mark, 3 Zangen 80 Mark, 1 Radkreuz 15 Mark, 1 Verbandskasten 45 Mark, 1 Warn-dreieck 25 Mark, 2 Besatzbe-nister 40 Mark, Diesel im Wert von 60 Mark, 1 Lammfelldecke 350 Mark, 1 Kopfhörer 30 Mark, 1 Zoom (Fotoapparat) 700 Mark, 1 Tasche für Sees 25 Mark, 1 Werkzeugkasten 25 Mark, 1 Rolle Kabel 20 Mark, 6 Stachlösen 57 Mark, 1 Satz Dichtungen für Motor 600 Mark, 5 Kettlennen 180 Mark, 1 Autolampe 17 Mark und ein Auto Marke Oldsmobile, Wert 8000 Mark. |
|--|---|

Geschäftsleute haben keine Hoffnung, daß sich in Kreuzberg etwas ändert

Eine Woche nach den Kreuzberger Krawallen herrscht Resignation im Kiez. Geschäftsleute haben nach den bürgerkriegsähnlichen Straßenschlachten keine Hoffnung, daß sich in ihrem Stadtteil etwas ändert. Einer zieht die Konsequenzen und gibt auf.

Es ist der 43-jährige Eisenwarenhändler Wolfgang Hebold, dessen Schaufensterscheiben an der Mantuffel-/Ecke Skalitzer Straße zu Bruch gingen. Anschließend plünderten Chaoten seinen Laden gegenüber der ausgebrannten Bolle-Filiale.

„Hier hilft nur noch Selbsthilfe. Wenn ich an diese Nacht zurückdenke, kann ich nur sagen, daß der einzelne Polizist keine Chance gehabt hätte. Um bis zu meiner Geschäftsaufgabe ruhig schlafen zu können, habe ich eine Versicherung gegen Vandalismus abgeschlossen“, sagt Hebold. Und erin-

nert sich an seine Lehrzeit, „als unser Kreuzberg noch ein Arbeiterbezirk war, in dem es herzlich zugeht, bevor die Subkultur hier einzog“.

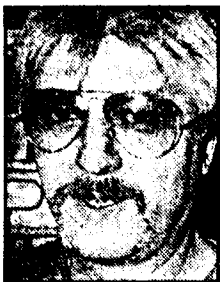
„... aber sie kannten keine Gnade“

Ruth Kistner (54) hat einen kleinen Obst- und Gemüseladen in der Oranienstraße. Sie mußte in der Schrecken Nacht ohnmächtig zusehen, wie vor ihrem Wohnzimmerfenster eine Baubude angezündet wurde. „Ich habe ihnen noch zugerufen, daß hier Behinderte und Kinder leben. Aber sie kannten keine Gnade.“ Kurz danach platzten ihre Fensterscheiben. Die Farbe schmolz durch die Hitze zusammen. „Zustände wie in Irland. Ich hätte zu gern einen unserer Volksvertreter gesehen. Wenn wir hier in Kreuzberg abgeschrieben sind,

dann sollen sie uns auch die Sozialabgaben erlassen“, empört sich die Geschäftsfrau.

Blaß wirkt Carina Schyma, die 27-jährige Juwelierin, der sie den Laden am Heinrichplatz ausgeplündert haben. „Sie sind mit Plastiktiten rausgelaufen, und die Polizei war ohnmächtig.“ Ihre vor zwei Jahren gegründete Existenz ist gefährdet, wenn die die Lieferanten ihr nicht langfristige Abzahlungsbedingungen für neue Ware einräumen.

Drogist Gerhard Heinz (62) aus der Wiener Straße, dessen Scheiben zu Bruch gingen, Nagellacke und Sonnenbrillen gestohlen wurden: „Wir warten bis zum nächsten Mal.“ An Polizeischutz glauben wir hier nicht mehr. Präsent sind sie immer bei falsch geparkten Autos. Vielleicht sollte man den Menschen in Kreuzberg wirklich mehr soziale Hilfe leisten.“ M.J.



Gibt auf: Einzelhändler Wolfgang Hebold (43) hat die Nase voll.



Empört: Ruth Kistner (54) fühlt sich von den Politikern im Stich gelassen.



Vom Ruin bedroht: Juwelierin Corina Schyma (27) bangt um ihre Existenz.



Wartet aufs nächste Mal: Drogist Gerhard Heinz (62).

Kreuzberger erhielten bereits 159 000 Mark

Für die Schäden bei den Kreuzberger Krawallen am 1. und 2. Mai hat der Senat bereits in 19 Fällen 159 000 Mark gezahlt. Das bestätigte Finanzsenator Günter Rexrodt gestern in der Fragestunde des Abgeordnetenhauses.

Allerdings müsse das Land Berlin damit rechnen, noch weitaus höher zur Kasse gebeten zu werden: In weiteren 48 Anträgen sei die Schadenshöhe mit insgesamt 675 000 Mark angegeben. Der Finanzsenator betonte, daß bisher allen hilfesuchenden Gewerbetreibenden Unterstützung in Aussicht gestellt worden sei. Bei seinen Auskünften bezog sich Rexrodt auf Zahlen vom 12. Mai. Bis dahin hätten bereits 15 Antragsteller für abschließende Zahlungen insgesamt 129 000 Mark erhalten.

In vier weiteren Fällen seien zur Überbrückung wirtschaftlicher Schwierigkeiten Abschlagzahlungen geleistet worden. Ein Beispiel: Einer Tiefbaufirma, die 86 000 Mark geltend gemacht habe, seien 30 000 Mark vorab überwiesen worden. Nach Schätzung der Indu-

Plünderer, Feuer Es war wie im Krieg

Bild 4.5.87

Kreuzberg 36 Stunden nach den schrecklichen Krawallen. In den Straßen, wo die Schlacht tobte, riecht es noch immer nach Brand. Aus den Trümmern des geplünderten und ausgebrannten Bolle-Ladens an der Ecke Skalitzer-/Wiener Straße steigen noch schwache Rauchschwaden.

Wenige Meter weiter die Reste einer umgestürzten Notrufsäule der Polizei. Drähte hängen aus der zerschlagenen, gußeisernen Säule. Gegenüber der Görlicher U-Bahn. Ein kleines Häuschen mit technischen Geräten ist ausgebrannt, es stinkt nach verschmorten Kabeln. Die vielen hundert quadratischen Fensterscheiben des Bahnhofs sind zersplittert – ein Steinhaagel der Chaoten hat den Hochbahnhof der Linie 1 verwüstet. Unten auf der Straße eine Verkehrsampel mit toten Augen.

Straßenbelag geschmolzen

An der Ecke Oranien-/ Skalitzer Straße stehen drei ausgebrannte Wagen von Anwohnern. Passanten bleiben kopfschüttelnd stehen, kleine Kinder spielen in den Wracks.

Oranienstraße. Von den vielen kleinen Geschäften (überwiegend türkisch) sind die Schaufensterscheiben zertrümmert, die Auslagen geplündert. Zwei Polizisten in olivgrünen Arbeitsanzügen vernageln die Fensterhöhlen notdürftig mit Spanplatten. Die Asphaltdecke der Straße ist aufgerissen. Alle 50 bis 60 Meter klafft ein Loch – es sieht aus wie nach einem Bombenangriff. Durch die brennenden Barrikaden der Chaoten war der Straßenbelag geschmolzen. Am Straßenrand ausgebrannte und verbogene Fahrgestelle von Bau- und Gerüstwagen. Es riecht nach verbranntem Gummi.

Passanten müssen Slalom laufen, die Bürgersteige sind aufgerissen. Überall fehlen die kleinen

Pflastersteine – die Wurfgeschosse der Chaoten.

Das gleiche Bild in der Adalbertstraße und der Skalitzer Straße. Am Straßenrand ausgebrannte Personwagen, Baufahrzeuge und Baumaschinen. In der Skalitzer ist der Asphalt in voller Breite verbrannt. Vier Telefonzellen sind ausgebrannt, zerschlagen. In den meist fünfgeschossigen Häusern sieht man türkische Bewohner verängstigt aus dem Fenster schauen. Mannschaftswagen der Polizei drehen immer wieder ihre Runden durch das verwüstete Viertel.

„Es war die Hölle“, sagt eine alte Frau in der Skalitzer Straße, „das war Krieg.“

Eine Frau in der Oranienstraße: „Ich habe vom Fenster aus alles beobachtet, die Chaoten haben gehaust wie Wandalen – und stundenlang war kein Polizist zu sehen.“

Sektorkorken knallten

Eine andere Frau traute sich nach dem Krawall nicht mehr aus ihrer Wohnung, ging Sonnabend nicht zur Arbeit. „Die Nacht werde ich nie vergessen.“

Nach dem Straßenfest am Luisenpark (BILD-Berlin berichtete) drehten die Chaoten durch, lieferten der Polizei bis in die frühen Morgenstunden eine blutige, erbitterte Schlacht. 35 Läden und Wohnhäuser standen in Flammen, Brände flackerten an Kreuzungen und Plätzen auf. Die Randalierer errichteten zehn Barrikaden aus Müllcontainern, Autos, Ständen des Straßenfestes, zünde-

ten sie an. Und es wurde geplündert. 36 Läden wurden gestürmt, darunter eine Apotheke, ein Möbelgeschäft, ein Juweliergeschäft, ein Discounter, türkische Läden. Viele Bürger standen auf der Straße, lachten, bedienten sich sogar selbst, schoben prallvolle Einkaufswagen mit Schnaps.

Sektorkorken knallten vor Hoffmanns Getränkegroßhandel, halbleere Likörfaschen lagen auf der Straße.

„Selbstbedienung“

„Jetzt herrscht Selbstbedienung in Kreuzberg“, sagte ein Augen-

zeuge. Ein paar Jugendliche schlugen die Scheiben eines Miederwarenladens ein, räumten in knapp zehn Minuten die Regale mit Büstenhaltern, Blusen leer. Aus einem Sanitärgeschäft, einem Eisenwarenladen schleppten Kreuzberger Waschbecken, Armaturen, Werkzeuge weg. Ein Ladenbe-

sitzer in der Skalitzer Straße: „Mein Laden ist verwüstet, alles gestohlen. Ich hab's satt! Nichts wie raus aus Kreuzberg!“

Ein Tabakwarenhändler: „Sie haben alles zerschlagen. Ich habe nicht gewagt, was zu unternehmen, weil weit und breit kein Polizist zu sehen war...“



Es dauerte Minuten

Augenzeugen der Krawalle befragt

„Das waren ganz normale Bürger, die da geplündert haben. Ich habe Nachbarn gesehen, die Kaffee aus dem Supermarkt schleppten, sogar Nachbarn, die gut verdienen“, sagte Siegfried Mewes, Gastwirt und Augenzeuge der Unruhen, dem VOLKSBLATT.

BV 5.5

Herbert Bernd, Besitzer eines beschädigten Spielsalons an der Oranienstraße: „Die Steine flogen in unseren Scheiben, in einer Minute war alles vorbei. Wir haben insgesamt drei Eimer mit Steinen am anderen Tag wieder herausgetragen. Die Polizei kam aber erst um halb ein Uhr nachts.“

Zwei „Autonome“: „Also, wir wollten schon was machen nach der Durchscheidung des Boykott-Büros. Daß da plötz-

lich 40jährige Familienpapiere Steine warfen und Kinder in den Supermärkten Sachen rausschleppten, das hat uns aber auch überrascht.“

Ein türkischer Anwohner: „Da waren Deutsche dabei, aber auch viele Türken, die in den Geschäften plünderten. Ich habe ja Arbeit, aber wer keine Arbeit hat, was soll der machen?“

Ein Arbeiter, Anwohner: „Also, so was kann ich nicht verstehen. Leute, die anderer Leute Auto anzünden. Ich habe eine Oma gesehen, die konnte kaum noch kriechen, aber trug die Schnapsflaschen aus dem Supermarkt.“ Eine ältere Anwohnerin: „Da hat die Polizei mit Schuld, wenn sie immer gleich Tränengas schmeißen, auch auf Kinder.“

BD/dra



Mit Leisten, Pappe und Papier dichtet der Inhaber dieses Lokals an der Oranienstraße die von Krawallmachern zerstörten Fenster ab. Fotos: Asti

115-

Juwelierin saß weinend in ihrem geplünderten Laden, draußen prahlten Chaoten mit der Tat



Das Juwelier-Geschäft Schyma: Essiggitter und Scheiben wurden zerstört



Existenz ist zerstört: Die 27-jährige Juwelierin Carina Schyma, ihr 41-jähriger Freund Hans-Jürgen Skühne im ausgeplünderten Geschäft. Die Chaoten hatten die Essiggitter aufgebremst



Katrin Krause: Ihr Citroën wurde gesteckt; Karl Langhardt: Er flüchtete aus seiner Wohnung; Karl Henn vom 'Bierhimmel': Er war Krieg; Manuela Timm von der BVG: Kam nicht durch; Horst Wagner, BVG: Das ist Randalischaus; Herbert Berndt, Spielhalle: Kein Verstandes

Aus Angst vor Branddrohung der Randalierer flüchtete Frau auf die Skalitzer Straße: Wir suchten die Papiere, es war wie im Krieg

Berlin, 4. Mai
 „Wir saßen gerade vor dem Fernseher. Da brach es und kam auf der Straße. Wir sahen, wie im Haus nebenan „Bolle“ in Flammen aufging. An unserer Tür klopfte es. Rund 20 junge Leute, die meisten betrunken, standen vor der Tür, riefen „aus“ oder wollten sie verschauern? Hier brennt's doch auch gleich!“
 Das sagt die 78-jährige Eila Neumann aus der Skalitzer Straße. Eila Neumann: Wir waren völlig durcheinander, suchten die Papiere, steckten sie in eine Tasche – wie im Krieg – zogen die Mäntel über, flüchteten auf die Straße.
 Eila Neumann: Dort sahen wir, wie die Randalierer immer wieder Kartons mit Sprayflaschen, die sie

wohl aus Läden geplündert hatten, ins Feuer warfen, sich über den Explosionstoll freuten. Dann steckten sie den Verteilerkasten an.
 Eila Neumann: Ein Chaot hatte einen Besen aus der Spielhalle und das Schild entzogen, rannte hinter ihn her. Der Mann tat uns so leid, er hat ein sein Leben.
 Der 53-jährige Karl Henn vom Lokal „Bierhimmel“ in der Oranienstraße: Direkt vor dem Lokal wurde von den verummten Gestalten ein Liv in Brand gesteckt.
 Henn: Wir ließen sofort die Türgitter herunter, damit die Randalierer nicht zu uns hereinkommen konnten. 15 Gäste waren im Lokal, sie hatten alle Angst. Ich gab Freibier aus.
 Der 37-jährige Ömer Sönmez vom

Lokal „White Horse“: Durch die Hitze von „Bolle“ gingen bei uns zwei Chaoten zu Bruch. Wir haben den Chaoten, die bei uns eindringen wollten, gedroht. Daraufhin verzogen sie sich.
 Die Krawallmacher zerstörten dann den U-Bahnhof Görlitzer Bahnhof, stochten Zeitungstische in Brand, rissen Zigarettenautomaten aus der Vorräumung, plünderten das Geld und die Zigaretten. In der Zugabfertigung rissen sie Elektrikabel aus der Wand. Der Bahnhof war damit unbereikbaar, der Zugverkehr wurde eingestellt.
 Die 21-jährige Zugabfertigerin Manuela Timm wollte morgens um 7 Uhr zum Dienst. Doch die Frau kam nicht durch die Polizeisperrn: Was hier passiert ist, dafür habe ich kein Verständnis.

Der 42-jährige Verkaufschaffner Horst Wagner vom Görlitzer Bahnhof: Für mich ist das hier unbegreiflich – einer Vandalismus.
 Der 60-jährige Karl Langhardt aus der Weidenstraße: Der Spielmarkt im Erdgeschoss wurde gegen 21 Uhr geplündert. Nach Mitternacht brannte alles. Im ganzen Haus zerplatzten Feuerscheiben.
 Der 24-jährige Nachbar Michael M.: Wir mußten total entkommen, wie die Plünderer stundenlang alles aus einem Supermarkt hielten.
 Das gleiche bei „plus“ am Oranienmarkt. Mit gefüllten Einkaufstüten liefen die Chaoten davon.
 Die 27-jährige Juwelierin Carina Schyma sitzt weinend in ihrem geplünderten Laden. Die Chaoten hatten die Stahlgitter vor dem Schaufenster aufgebremst, die

Scheiben zertrümmert. Uhren und Schmuck sind verschwunden.
 Vor dem Geschäft tummeln sich noch einige Verummte, erzählen von ihren „Taten“. Da war ich auch drin, habe nichts mitgebracht.
 Der 58-jährige Herbert Berndt steht vor den Trümmern seiner Spielhalle. Berndt: In einer Minute waren alle Scheiben kaputt. Scheiben alles geplündert.
 In der Nacht zum Sonntag fliegen im Heinrichplatz wieder Steine gegen ein Polizeiauto und einen BVG-Bus. Es wurde aber nichts beschädigt. Rund 180 bis 200 Chaoten hatten sich dann am Oranienplatz versammelt. Die Polizei nahm noch Schußgefahr – und Vollzugsgefahr – zwei Personen fest. Rund 1000 Besen wurden jetzt im Einsatz, stocherten vor allem die Geschäfte.

Das haben wir noch nie erlebt: Wir Feuerwehrleute spürten die furchtbare Ohnmacht, anderen Menschen nicht helfen zu können!



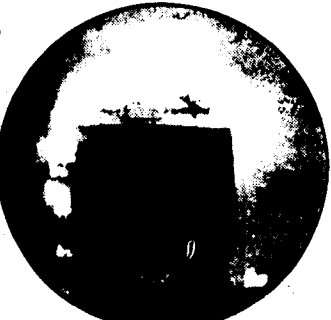
Nachts bei den Krawallen verletzt: Brandmeister Wolfgang M.



Nachts bei den Krawallen verletzt: Brandmeister Michael E.



Sie zerschnitten die Schläuche mit der Motorsäge... Sie ließen uns nicht durch... Sie steckten einen



Im heißen Feuerschein des Löschfahrzeug der Weiche Kreuzberg. Gerade ist der Tank expediert.

Feuerwagen in Brand... Sie warfen mit Steinen nach uns... Sie behinderten uns beim Rettungseinsatz!



EIN IN BRAND gesetzter Feuerwagen. Die Mannschaft konnte sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. (Bild: dpa)

Den eigenen Seniorenkreis beim Plündern beobachtet 7.5.87

Augenzeugen berichten über die Ereignisse in der Kreuzberger Krawallnacht – Anhörung der SPD-Fraktion 7/87

„Wir sollten uns gegenseitig Mut machen“ 9.5.87

Kreuzberger Bezirksamt informiert Gewerbetreibende über Ausgleich für Krawallschäden – Appell zum Bleiben

„Ich kann einpacken, wenn Bolle nicht wiederkommt“

Kleine Gewerbetreibende in Kreuzberg fürchten um ihre Kundschaft

„Wir hoffen, daß man uns helfen wird, sonst wissen wir nicht, was wir tun sollen“, beschreibt Alfons Stelof seine prekäre Lage. Er betreibt zusammen mit seinem jüngeren Bruder Bernhard seit 30 Jahren einen Tabakladen am Heinrichplatz in Kreuzberg und gehört zu denen, die es bei den Krawallen Anfang Mai schwer getroffen hat: Allein auf 3500 Mark schätzen die Brüder Stelof den Wert der Tabak- und Rauchwaren, die ihnen aus den zertrümmerten Auslagen geplündert wurden. Wie sie hoffen jetzt Dutzende kleiner Gewerbetreibende im Kreuzberger Kiez auf die vom Senat zugesagte schnelle und unbürokratische Hilfe.

Auf 15 bis 20 Millionen Mark beziffert der Senat inzwischen den Gesamtschaden. Bis heute, 14 Tage nach der Kreuz-

Heinze. Voll ersetzt werden nur Verluste bis zu 10 000 Mark, darüber hinaus gibt es lediglich 75 Prozent.

Was aber ist mit den Schäden, die sich nicht in Mark und Pfennig ausdrücken lassen? Da ist zum Beispiel Wolfgang Hebold. Er ist Inhaber eines Eisenwarengeschäfts an der Skalitzer Straße. Seit die Bolle-Filiale nebenan in der Krawallnacht in Flammen aufgegangen ist, fehlt ihm die Laufkundschaft: „Ich kann hier einpacken, wenn der Bolle nicht wiederkommt“, befürchtet Hebold.

Da ist auch das Einrichtungshaus „Kontor“ in der Nähe des Oranienplatzes. War, müßte es eigentlich heißen, denn seit dem 2. Mai ist der geplünderte Laden vernagelt. 100 000 Mark beträgt der entstandene Schaden, erzählt Martin Wallroth, einer der Teilhaber. Zwar besteht eine Betriebsausfall- und Vandalismus-Versicherung. Doch die zahlt nicht bei „inneren Unruhen“.

Was den jungen Unternehmer besonders wütend macht, ist die Unterscheidung in „große“ und „kleine“ Läden in Teilen der „Szene“: Das „Kontor“ galt als „Schicki-Micki-Laden“, den man im Zweifelsfall „plattmachen“ kann.

In Kreuzberg ist derweil ein heftiger Streit darüber entstanden, wer denn jetzt den Geschädigten helfen darf. Anlaß ist eine Aktion, die von Baustadtrat Werner Orlowsky, dem Mieterladen Dresdener Straße und dem Verein „Kotti“ ins Leben gerufen wurde. Unter seinem offiziellen Briefkopf hatte Orlowsky Ende letzter Woche den betroffenen Gewerbetreibenden kostenlos Rechtsberatung und Überbrückungsdarlehen durch diese Initiative angeboten. Grund genug für den Kreuzberger Bürgermeister Wolfgang Krüger, von „Etikettenschwindel“ und „Täuschung der Betroffenen“ zu



Den Umsatzrückgang durch die fehlende Laufkundschaft wird Wolfgang Hebold missen lassen.

berger Nacht, sind etwa 100 000 Mark vom Finanzsenator an die Betroffenen ausbezahlt worden, so die Auskunft seines Sprechers, Wolfgang

sprechen. Für die heftige Reaktion Krügers, der jetzt den Vorgang vom Rechtsamt prüfen läßt, hat Orlowsky indes kein

Verständnis: „In einer solchen Situation muß jeder helfen, der helfen kann.“

MANFRED A. KOTZ

Es geht um die Entschädigung für die Kreuzberger Krawall-Opfer. Schwere Vorwürfe vom Bezirksamt:

„Baustadtrat versprach auf Behörden-Briefen Hilfe, die gar nicht gegeben werden kann“

Schadenersatz nach der Kreuzberger Nacht

Brief an Rexrodt genügt

Eine großzügige und schnelle Regelung der Sachschäden, die durch die Auseinandersetzungen in Kreuzberg entstanden sind hat gestern Finanzsenator Rexrodt versprochen. TAZ 5.5.87



Ende eines „Schicki-Micki-Ladens“?

(Fotos: Kotz)

Zieht um zum Kurfürstendamm

Auch „Bürger von nebenan“ bei Plünderungen

Versicherer: Keine Schadenserregulierung bei Landfriedensbruch

Privatleute, denen durch die Krawallnacht unter anderem an Geschäften und an Autos Schäden entstanden sind, können nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Versicherkaufler nicht mit einer Schadenserregulierung durch ihre Privatversicherung rechnen.

„Unbürokratische Soforthilfe für betroffene Geschäftsleute vereinbart“

Geschädigte Kreuzberger Ladenbesitzer

Parteienstreit

Auf ein Schreiben des Kreuzberger Baustadtrats Orlowsky (AL-nah) an geschädigte Ladenbesitzer hat Bezirksbürgermeister Krüger (CDU) mit dem Vorwurf reagiert, Orlowsky würde auf Amisbriefbögen Versprechungen machen, die das Bezirksamt Kreuzberg nicht einhalten könne. 14.5. 1987

Orlowsky hatte die Ladeninhaber zu einem Treffen für Dienstagabend eingeladen und ihnen Hilfe bei Entschädigungsschreiben, Beratung durch Rechtsanwältin und kurzfristige Kredite angeboten. Darin sieht die CDU Versprechungen, die das Bezirksamt nicht halten könne. Außerdem werde der Eindruck vermittelt, die Hilfsangebote des Senats seien unzureichend.

Hintergrund der Auseinandersetzung ist offensichtlich eine Rangelei zwischen Orlowsky und dem Wirtschaftstadtrat Peter (CDU), der bereits am vergangenen Freitag zu einem „Geschädigten-Treffen“ eingeladen hatte, wegen des Termins um 14 Uhr allerdings nur wenig Resonanz fand. Orlowsky, früher Drogist in der Dresdner Straße, der von daher über gute Kontakte zur Geschäftswelt rund um die Oranienstraße verfügt, machte daraufhin am Montag eine eigene Tour durch den Kiez. Dabei stellte er fest, daß

sein Kollege Peter keineswegs den großen Rundgang bei den Opfern der Ausschreitungen gemacht hatte, zu dem er sich aus dem Rathaus verabschiedet hatte.

Sokames zu der Orlowsky-Einladung in den Mieterladen Dresdener Straße, der allerdings auch nur knapp zehn Ladeninhaber folgten. Auch wenn einige bereits ablehnende Schreiben ihrer Versicherungen hatten, die mit dem Argument „Innere Unruhen“ die Zahlung verweigerten, war weniger fehlendes Geld das Problem, sondern die Angst, „wann es wieder losgeht“. Nur wenige wollen vielleicht Überbrückungskredite in Anspruch nehmen, für die Netzwerk einige tausend Mark bereitgestellt hat.

Als erste Hilfsmaßnahme gegen die Angst soll ein Plakat der Gewerbetreibenden produziert werden, in dem sie auf die Folgen für den Kiez hinweisen, wenn ihre Läden weiter als Aggressionsobjekt benutzt werden. Cal

Die AL fordert derweil, daß Sondermittel des Bezirks und des Senats bereitgestellt werden, um den teilweise vom Ruin bedrohten kleinen Gewerbebetrieben unbürokratisch Schäden zu ersetzen. Für spontane Hilfen ist beim Netzwerk ein Spendenkonto eingerichtet worden, auf das die AL bereits 8.000 Mark überwiesen hat. Gesundheitsstadträtin Dathé forderte

mehr Sozialarbeiter für Kreuzberg. Derzeit plagt der Senat die Umsetzung von 40 Sozialarbeitern aus Kreuzberg in die weniger konfliktträchtigen Außenbezirke. Außerdem soll der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen zu einer »Soziale-Brennpunkte-Tournee« nach Kreuzberg eingeladen werden. Schließlich hätte im letzten Jahr auch eine »Schandflecken-Tournee« durch den Kiez stattgefunden, damit zur 750-Jahrfeier auch kein Fleckchen von der Schönensanierung ausgenommen bliebe. Es müsse dafür gesorgt werden, daß zukünftig der Berliner Bär als Wappentier nicht durch den Pfau ausgetauscht werde.

Martin Wollenberg

Spendenkonto Netzwerk e.V., Sparkasse Bln., BLZ 100 500 00, Kto.-Nr. 61 00 9958 -47-

Quittung für verfehlte Sozialpolitik

In Berlin-Kreuzberg rächte sich die Mißachtung sozialer Probleme durch den Senat / Berlins Innensenator Kewenig gesteht Polizeifehler ein / Heftige Kritik der SPD an Polizeieinsatz / Autonome üben Selbstkritik / ÖTV über Angriffe auf Arbeitnehmereigentum empört

Aus Berlin Brigitte Fehrie

„Mit Geduld sind die Zustände in Kreuzberg auf die Dauer nicht zu ertragen“, sagte gestern auf einer Pressekonferenz die Kreuzberger Gesundheitsstadträtin Brunhilde Date (AL) zu der Straßenschlacht und den Plünderungen in der Nacht zum 2. Mai. Diese Meinung teilen Kreuzberger Pfarrer, Mitarbeiter von Mieterläden, Sozialarbeiter und die Kreuzberger Alternative Liste.

Jahrelang habe der „Kudamm-Senat“ versucht, die brennenden sozialen Probleme des Stadtteils herunterzuspielen und zu ignorieren. Jetzt werde ihm die Quittung präsentiert, meinte der Kreuzberger Bezirks-Verordnete Volker Härtig (AL).

Auch der Pfarrer der Kreuzberger LiebfraueNGemeinde, Kliesch, benannte die ungelösten sozialen Probleme und die Ohnmacht der Politiker als Hauptursache für das Maß an Gewalt und Zerstörung, das sich in dieser Nacht entladen hatte.



Türkenjunge, ausgebranntes Auto in Kreuzberg*: „Macht doch keinen Scheiß“

Wo keine Polizei war, wurden Läden geplündert

Berliner Innensenator kritisiert Organisationsfehler

Sozial oder kriminell?

Parlamentarische Ursachenforschung / Sondersitzung des Abgeordnetenhauses
Launige Rücktrittsforderungen an Kewenig

Unmut auf Kreuzberger Bürgerversammlung:

„Wenn nötig, verteidige ich mich mit meiner Axt“

Finanzsenator zieht Bilanz in Kreuzberg

20 Millionen DM Schaden nach Krawall-Nacht

KREUZBERG
„Bleibt ruhig, bildet bloß keine Bürgerwehr! Und bitte, laßt Kreuzberg nicht zum Getto werden – das wäre das Schlimmste, was passieren könnte.“ Mit eindringlichen Mahnungen versuchte Berlins Innensenator Wilhelm Kewenig am Dienstagabend in der Gaststätte „Zum Eisernen Gustav“ am Mehringplatz, die Bürger zu beschwichtigen. Der Ortsverband Oranienplatz der CDU Kreuzberg hatte die Parteibasis geladen. Thema: die Krawalle Anfang Mai. Fast 150 Geschädigte, Gewerbetreibende und Bürger aus dem Kiez, saßen dichtgedrängt um die T-förmig zusammengeschobenen Tische, wild entschlossen, ihre Chance zu nutzen, den Verantwortlichen schonungslos den Marsch zu blasen.

Um es vorwegzunehmen: Kewenig hatte keinen leichten Stand. Und Wolfgang Klem, CDU-Mitglied des Abgeordnetenhauses, mußte als Gesprächsführer während der dreistündigen Debatte manchen erhitzten Parteifreund mit lautstarkem Ordnungsruf zur Raison bringen. Was die Gemüter kaum nachhaltig beruhigte.

„Wie viele Wasserwerfer hat Berlin eigentlich? Warum wurden die dieser Diktatur der kommunistischen Basis nicht entgegengesetzt?“



Lautstarke Ordnungsrufe: Wolfgang Klem (Mda/CDU). Foto: BM

„Ich habe Beamte gesehen, die rauchten auf der Straße ganz gemütlich Zigaretten, andere geisterten wie irre um sich selbst herum – vollkommen ziellos.“

Jeder hatte eigene Meinungen, Aggressionen und Vorschläge mitgebracht. Jeder versuchte, dem Innensenator klarzumachen, was Polizei und Senat, Bezirksamt und wieder die Polizei falsch gemacht hatten.

„Diese Kristallnacht ist dadurch entstanden, daß der Senat Hunder-

te Millionen Mark am Gewerbe vorbei in obskure Kiezprojekte nach Kreuzberg steckt. Wenn das nicht aufhört, haben wir bald den nächsten 1. Mai.“ Dietrich Bloedorn machte deutlich, daß er für die Notgemeinschaft der Gewerbetreibenden insgesamt spreche: „Wenn wir abwandern, dann bleiben euch nur noch die Alternativen. Und dann gute Nacht, Kreuzberg!“

Forderungen nach „Bürgerwehr“ und „Selbstjustiz“, nach Schließung alternativer Kiezprojekte und -läden steigerten sich bis zum Ruf nach Einschränkung der Demokratie: „Für manche ist die nicht angebracht!“

Versuche der Ausländerbeauftragten Barbara John, des Bezirksbürgermeisters Wolfgang Krüger, des Abgeordneten Klem, an die Vernunft zu appellieren, wirkten „eher ein wenig hilflos“. Das jedenfalls bemängelten viele der Bürger. Kewenig: „Gegen Gewalt gibt es eben keine Patentrezepte.“

Im Gesicht hochrot vor Zorn, die Fäuste entschlossen geballt, steigerte ein Kreuzberger sich zu dem Schwur: „Wenn die Polizei uns nicht schützt, schützen wir uns selbst. Unter meiner Theke liegt jetzt eine geschliffene Axt. Wenn nötig, werde ich damit meine Familie, mein Eigentum und mich vor den Chaoten verteidigen!“ Gle-



26 Festnahmen bei Protest gegen die Volkszählung auf dem Kurfürstendamm

TSP Joachimstaler Platz blockiert — Flugblätter beschlagnahmt

Bei der nicht angemeldeten Aktion von etwa 200 Gegnern der Volkszählung auf dem Kurfürstendamm am Sonnabendabend wurden nach Auskunft der Polizei 26 Personen festgenommen. 25 von ihnen seien nach Überprüfung der Personalien wieder freigelassen worden. Gegen einen Festgenommenen lag ein Haftbefehl vor, wie die Justizverwaltung bestätigte.

Kewenig sucht neuen Streit

Flugblattverteiler der Vobo-Initiativen vor Mehringhof festgenommen / Statistisches Landesamt »sehr unglücklich« über Wochenenderei TAZ 5.5.87 über 100 Sammelstellen

Demonstration verlegt

Polizei: Gefahren für die öffentliche Sicherheit

Die von der Berliner „Friedenskoordination“ für heute geplante Kundgebung zum „Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg“ ist von der Polizei vom Breitscheidplatz auf den Fehrbelliner Platz verlegt worden. „Um einen wirkungsvollen Schutz der Kundgebung zu gewährleisten, war die Verlegung wegen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderlich“, teilte die Polizei gestern dazu mit. Der Veranstalter hat gegen die Verlegung eine einstweilige Verfügung beim Verwaltungsgericht beantragt.

Demoverbot durchbrochen

700 gegen die KWU

Ungeachtet des vom Staatsschutz verhängten Demonstrationsverbotes haben gestern rund 700 Leute auf dem Kudamm gegen die KWU und die Deutsche Bank demonstriert.

Abendschau

Chaoten funkten dazwischen

Kaum zu glauben, was sich Linksradikale alles einfallen lassen, um die Volkszählung zu verhindern. In Kreuzberg und Neukölln funkten Chaoten gestern 10 Minuten in die „Abendschau“ rein, riefen zum Volkzählungsboykott auf. ● Weiter Seite 3.

FR 10.5.87

SCHÜTZGELDEN unter Polizeischutz: Eigentlich sollten die ehemaligen polizeilichen Absperrungen dem politischen Tageskampf ein für alle Zeiten entzogen sein. Olav Menzel hatte sie zur „Skulptur für den Joachimstaler Platz“ in Berlin verschweißt. Doch die rauhe Wirklichkeit holte sie wieder ein. Als Demonstranten offizielles Informationsmaterial zur Volkszählung zerrissen und von der Skulptur herab auf den Kurfürstendamm schleuderten, riegelten Polizisten das Objekt ab. Bild: AP



Mit Tränengas, Feuerlöschern (unser Bild) und Schlagstöcken ging am Sonnabend die Polizei brutal gegen Flugblattverteiler und Demonstranten vor, die zum Boykott der Volkszählung aufriefen. 25 Personen wurden vorübergehend festgenommen, eine dem Haftrichter vorgeführt Wahrheit 11.5.87 Foto: Homann



Polizeibrenneisen haben Flammen, die Demonstranten entzündet haben

Erneut Krawall in Berlin von Boykotteuren

-49-

Aktionsraum Ku'damm

Polizei, Touristen, Volkszählungsboykotteure und Journalisten eröffnen mit gemeinsamer Aktion die VoBo-Woche / Pulverwolken, Knüppelerei und 26 Festnahmen

TAZ 11.5.87

TAZ 11.5.87



Ganz im Sinne Olaf Metzels wurde seine Skulptur auf dem Joachimsthaler Platz aktuell genutzt als Objekt und Subjekt des Streites zweier politischer Lager. Wie sagte Sartre noch so schön? Der Sieger geht leer aus. Q. Foto: Langrock

Polizisten Umstehende festnehmen wollten, eskalierte das Geschehen: Die fünf Beamten wurden eingekreist und abgedrängt, die Uniformierten zogen die Knüppel und schlugen um sich.

Die brutale Festnahme eines Jugendlichen, den die Turnschuhtruppe mit verdrehten Armen über das U-Bahngitter kippte und in den Schacht zu stürzen drohte, war Auslöser dafür, den Ku'damm zu blockieren. Bierflaschen flogen, trafen jedoch statt des angezielten Polizeiwagens einen Passanten am Kopf, der mit einer blutenden Kopfwunde die Flucht ergriff. Der Ver-

kehr brach zusammen, in der City blieben Autofahrer im Stau stecken. Vergebens versuchten sichtlich nervöse Einsatzleiter, ihre jungen Polizisten zu formieren, um die »Störer« und Neugierigen Richtung Lietzenburger Straße abzudrängen. Die wechselnden Polizeiformationen — mal in Ketten, mal im Quadrat oder im Dreieck aufgestellt — sorgten für reichlich Diskussionsstoff über Strategie und Taktik unter den Anwesenden. Festzustellen war, daß hunderte von Polizisten vor allem sich selber im Wege standen.

Punks und Demonstranten in schwarzen Lederjacken gaben Interviews am Fließband, die Fernsichtteams drehten und drehten. Vergebens versuchte einer der Polizisten, über Lautsprecher deeskalierende Worte an die Anwesenden zu richten: »Liebe Berliner und Berlinbesucher....«, setzte er an — »Wir sind die Antiberliner«, wurde er niedergebrüllt.

Die Touristen, die mit gebührendem Sicherheitsabstand die Staub- und Rauchwolken bestaunten und die Polizeiformationen ablichteten, waren mit der Darbietung sichtlich zufrieden. »Das gefällt denen«, stellte der zwei Meter lange Würstverkäufer fest, der mit seinem um den Bauch hängenden Laden großen Umsatz machte. »Jetzt habbe mer was erlăbt, des isch jo wie im Tatort«, meinte eine badi-sche Touristin älteren Jahrgangs.

Wieviele Polizisten am Samstagabend im Einsatz waren, war gestern von der Polizei nicht zu erfahren. Laut der Nachrichtenagentur ap hat die Polizei 25 Personen wieder erkannt, die »auch schon an den blutigen Krawallen in Kreuzberg beteiligt waren«. Videoteams der Polizei hatten am Samstag das Geschehen gefilmt und sofort vor Ort die Filme angesehen, um »Störer« festnehmen zu können. Die Polizei gibt an, es hätten »etwa 200 Personen an den Aktionen teilgenommen«. 26 wurden festgenommen, einer soll dem Haftrichter vorgeführt werden. Den Festgenommenen wird Brandstiftung und Sachbeschädigung vorgeworfen.

Als die Akteure und Schaulustigen längst abgezogen waren und die Stadtreinigung die letzten Spuren der Aktion beseitigte, kurvten Wannen mit Blaulicht und Sirenen immer noch mit hoher Geschwindigkeit durch die Innenstadt. Nachts um 2 Uhr wurden in der Oranienstraße drei Punks von Zivilpolizisten festgenommen. Sie sollen einen Baustoffcontainer und eine Plastikplane unter einem Bauwagen angezündet haben.

Myriam Moderow

Begonnen hatte es ganz harmlos. Zur Freude der schaulustigen Touristen sowie dutzender Fotografen, Reporter und Kamerteams kletterten gegen 18 Uhr eine Handvoll VoBo-Aktivistinnen auf die Barrikaden-Skulptur gegenüber dem Café Kranzler. Tüten und Kartons mit offizieller Volkszählungs-Werbung wurden nach oben geschleudert und wenig später unter Beifall und Jubelrufen zerfetzt und als Konfetti in die Menge geworfen. Als »Rache« für die Vobo-Beschlagnahmeaktionen der Polizei hatten VoBo-Gruppen zu dieser Recycling-Aktion aufgerufen. Ein Transparent, »das Volk zählt nicht«, wurde gehißt und unzählige Male auf Zelluloid gebannt.

Die Aktion auf der Randal-Skulptur, die an die Ku'damm-Scherbendemo von 1981 erinnern soll, hätte ganz friedlich zu Ende gehen können. Doch als die Untenstehenden begannen, die zerfetzten Volkszählungs-Broschüren anzuzünden und kleine Feuerchen aufzackelten, rückten mehrere Hundertschaften Polizei an. Allen voraus das Sondereinsatzkommando,

die »Turnschuhtruppe«, das Neugierige und Aktivistinnen gleichermaßen drängte und schubste und so Bewegung in die Aktion brachte. Polizisten mit Feuerlöschern besprühten die Flämmchen mit Trockenspray und hüllten das Szenario in hellblaue Staubwolken. Die Stimmung stieg, jedes neue Flämmchen wurde mit Gejohle begrüßt. Journalisten, Fotografen, Neugierige und Polizisten stürmten zu den »Tatorten« und brachten Hektik in die Menge. Als übereifrige Jungpo-



VERHÄRTETE FRONTEN: Zu dieser ungewöhnlichen Begegnung zwischen einem Punker und einem Polizisten kam es am Wochenende während einer nicht genehmigten Demonstration gegen die Volkszählung auf dem Berliner Kurfürstendamm. Hunderte von Demonstranten legten zeitweise den Verkehr völlig lahm und verbrannten Informationsmaterial zur Volkszählung. Die Polizei nahm 26. Personen fest. (Siehe auch Seite 4) FR 11.5.87 (Bild: dpa)

Demonstration gegen die Volkszählung

Fahrzeug-Verkehr in der City lahmgelegt

BR 10.5.87

In Kreuzberg fehlen noch mehr als die Hälfte der Zähler

Bankrotterklärung

Den schieren Bankrott der Volkszählung in Kreuzberg gab jetzt das dortige Amt für Volkszählung zu. Alle Zähler, die Widerspruch eingelegt hatten, wurden jetzt mit dem sofortigen Vollzug zwangsverpflichtet.



Foto: Ali Paczensky/ap

Die Chaoten von Kreuzberg waren auch bei den Kudamm- Krawallen wieder dabei

Berlin: Volkszähler vom Rad gerissen

Vormittags hatte Volkszähler Detlef R. (29) in Reinickendorf Fragebögen verteilt. Nachmittags wurde er in der Thurgauer Straße von sechs Männern wiedererkannt, vom Rad gerissen. Mit Prellungen, blutenden Knien und einer zerrissenen Hose mußte Detlef R. zum Arzt. Auch in anderen Städten schlug Volkszählern teilweise blinder Haß entgegen. 6.5.82
© Weiter Seite 6.5.82

Neue Taktik für SO 36

Randale in der Oranienstraße / 69 Leute festgenommen / Mindestens sechs Wohnungen durchsucht / Kewenig: Erfolgreiche Polizeiaktion



11.5.82

Mit Feuer, Pulverwolken, Knüppeln und Kanakule ist am Samstagabend in Berlin die bundesweite Aktionswoche gegen die Volkszählung eröffnet worden. 26 Demonstranten wurden festgenommen, einer wird dem Haftrichter vorgeführt. Auf dem Kudamm hatte eine Recycling-Aktion ganz friedlich begonnen: Zur Freude der Touristen und Kamerateams wurde offizielle Volkszählungswerbung kiloweise zerfetzt und wie Konfetti in die Menge geworfen. Als kleine Feuerchen entfacht wurden, griff die Polizei ein, löschte, knüppelte und nahm willkürlich fest. Der Autoverkehr in der Innenstadt brach zusammen.

Foto: Paul Langrock

Die Polizeimaßnahmen nach der 1. Mai-Randale waren von der Pol.-führung anfangs noch nicht strategisch verarbeitet. So konnte es nur passieren, daß die eigentlich völlig harmlose Volkszählungsboykottaktion am 10.5. polizeilich überreagiert wurde. In ZDF und Ard kam in den Abendnachrichten bis 22 Uhr "Krawalle am Kudamm" noch im gengen für den Senat mit seiner 750-jährfeier-heile Welt, Touristenfreudepolitik war's 'ne Ohrfeige. Nach den Demoverboten (8. Mai, KWU 14. Mai) folgten jetzt am Kudamm massive Polizeipräsenzen mit präventiver differenzierter, eher zurückhaltender Vorgehensweise. Deshalb z.B. konnte die verbotene KWU-Demo laufen und bei der Vobo-demo am 16.5 im Innenstadtbereich relativ viele Scheiben kaputtgehen, mit dem polizeistategischen Erfolg, daß bei der brisanten militanten Stimmung, im Innenstadtbereich (bei über 8000 Leuten) nichts unkontrollierbar ausuferte (Antitourismus-effekt). Dafür wird im Ghetto, in Kreuzberg SO 36 maximal aggressive pauschalvorgehende Polizeipräsenz gezeigt. Z.B. in der Nacht vom 16.5. zum 17.5. werden an der offenen Baugrube (Oranien/Manteuffel) entlangspazierende Leute einfach von einer plötzlich absitzenden Polizeieinheit in die ca 3m abfallende Grube hinuntergeprügelt, -gestoßen. Oder per Panzerwagen-megaphon wird gebrüllt "die Ratten verlassen das sinkende Schiff". In geschlossene Räume wird mit CS gas geschossen Wasserwerfer hineingespült (Cafe Grano SO 36, Discovormals Sleinte). Randale im Ghetto wird provoziert, wohl demnächst noch weiter, um z.B. am "Dauerbrenner" Kinderbauern betrachtet, die Lust auf Militanz zu verbrauchen.

Nacht der Polizei in Kreuzberg

Polizei räumt bei Punk-Konzert „SO 36“ mit Tränengas und begibt sich auf die Jagd nach Kreuzberger „Ratten“ / Über 70 vorläufige Festnahmen von der Polizei bestätigt / Rache für die „Mai-Nacht“?

FAZ 11.5

Aus Berlin Brigitte Fohrie

70 Festnahmen sind die Bilanz eines massiven, teilweise gespenstischen Polizeieinsatzes in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag im Berliner Stadtteil Kreuzberg. Am Rande eines Punk-Konzertes sei, so die offizielle Darstellung, ein Bauwagen in Brand gesteckt worden. Als die Feuerwehr beim Löschen behindert worden sei, habe die Polizei gegen 12.00 Uhr nachts eingegriffen. Die Auseinandersetzungen, an denen sich 200 bis 300 Leute beteiligt hätten, hätten Stunden gedauert. Beamte seien mit Steinen beworfen worden. Man sei mit Wasserwerfern und Tränengas vorgegangen. 600

Polizeibeamte waren in Einsatz. Augenzeugen berichteten, die Polizei habe das „SO 36“, in dem das Konzert stattfand, mit Tränengas geräumt. Der ganze Straßenzug sei dann abgeriegelt worden. Die Polizei fuhr mit Räumpanzerwagen und Wasserwerfern auf. Was sich dann abspielte, war ein Katz- und Mausspiel mit gänzlich ungleicher Rollenverteilung. Nur wenige Menschen seien noch auf den Straßen gewesen. Vereinzelt seien Barrikaden gebaut und angezündet worden. Die Polizei habe gezielt einzelne Leute mit Wasserwerfern durch die Straßen getrieben, mit Schlagstöcken verprügelt und festgenommen. Ein Augenzeuge berichtete, auf dem Ora-

nienplatz, habe ein Beamter vom Außenlautsprecher eines Panzerfahrzeuges ausgedroht, „von der Schußwaffe Gebrauch“ zu machen. Als die Leute weggerannt seien, habe die Stimme gelacht und gerufen: „Die Ratten verlassen das sinkende Schiff.“ Die Polizei habe bis fünf Uhr morgens Leute auf den Straßen verhaftet. Bis zum Morgen waren es 70 Personen, größtenteils Jugendliche.

Bis auf die Zahl der Festnahmen wollte die Polizei die Vorfälle in dieser Nacht nicht bestätigen. Das Verlaufsprotokollende gegen drei Uhr, hieß es lapidar. Festnahmen in dieser Höhe hat es in den letzten Jahren in Berlin nicht mehr gegeben. Selbst in der Nacht vom 1.

Mai waren es insgesamt nur 26 Leute. Die Taktik der Polizei war es gewesen, „beweisfähige Festnahmen“ zu machen. Damit hat sich auch Landespolizeidirektor Kittlaus nach der Mai-Nacht für die geringe Zahl an Festnahmen gerechtfertigt.

Offensichtlich hat die Polizei in der Nacht zum Sonntag in Kreuzberg ihre Taktik völlig verändert. „Abgreifen“, was zu kriegen ist, hieß die Strategie. „Rache für die Mai-Nacht“, vermuten die einen. Wahrscheinlicher ist, daß zu dem von der Polizei massenhaft gesammelten Foto- und Videomaterial der letzten Wochen die passenden lebendigen Exemplare gesucht wurden.



Im Berliner Bezirk Kreuzberg ist es in der Nacht zum Sonntag zu schweren Ausschreitungen gekommen. Nach Angaben der Polizei hatten etwa 250 sogenannte Punker zahlreiche Autos und Bauwagen in Brand gesteckt, Hindernisse auf der Fahrbahn aufgebaut und Schaufenster eingeschlagen. Die Polizisten wurden mit einem Steinhagel

empfangen. Die Auseinandersetzungen, in deren Verlauf vier Beamte verletzt und siebzig Randalierer festgenommen wurden, dauerten bis in die frühen Morgenstunden. Schon am Samstagnachmittag war es bei einer Anti-Volkszählungs-Demonstration, zu der die Alternative Liste (AL) und andere linke Gruppierungen aufgerufen

und an der etwa achttausend Menschen teilgenommen hatten, zu Ausschreitungen gekommen. Dabei waren Scheiben eingeworfen, Bauwagen angezündet und Steine, Bierflaschen sowie Farbbeutel auf Polizeibeamte geworfen worden. Die Polizei war mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vorgegangen. (Rt.) FAZ 11.5. Foto AP

Frage des Tages **Demos am Kudamm:**
Darf man sie verbieten?

Freitag 1. Mai, Leusitzer Platz

Ich habe mir gerade die Schärmützel an der Skalitzer Str. angeguckt. Kennt man ja alles. Gehe zurück zum Platz, treffe unterwegs Leute, wir tauschen Einschätzungen aus. Ich halte es für übertrieben, daß die Bullen den Platz räumen könnten. Ecke Eisenbahnstr. herrscht Feststimmung. Alles grinst, mehr oder weniger bierselig, viele Leute mit Kindern eint unterwegs.

Dann geht alles ganz schnell. Wir kommen gerade noch in den 'Zahlenteufel', da fahren die Bullen schon vor, mit quietschenden Reifen über den Gehweg, fahren alles, Tische, Stühle, Fahrräder platt. Ich kann's nicht glauben. Der gesamte Platz füllt sich mit Tränengas. Eine Frau bringt ihre Freundin im Büro in Sicherheit, die Bullen haben sie aus ihrem Versteck gezogen und verprügelt. Sie steht unter Schock und traut sich nicht mehr raus. Kurs darauf sehen wir einen Mann rein, der eine Tränengasgranate ins Gesicht gekriegt hat und blind, völlig orientierungslos durch die Gegend wandert. Ein Freund, der mit seinem Auto ins Krankenhaus fahren will, kommt gerade bis in den Hausflur - und mit blutigem Kopf zurück. Das Büro wird zum Krankenlager, - zur 'Augenspülstation'.

Die Bullen verschänzen sich derweil genau vor dem Büro, mit restlichen Teilen der Bühne. Drinnen diskutieren Leute über die ganze "Aktion"... Früher war alles besser, damals, '68, als die Leute noch vor Stachelndrähten gevögelt haben ... Mir fallen fast die Ohren ab. Kommt'n Typ rein, eh geil äh, Scheiß Staat, bla..., kann ich genausowenig hören. Will raus! - Als dann noch eine Tränengasgranate durchs Schaufenster fliegt und in meinem Gesicht nur noch alles brennt, ist der Abend für mich gelaufen.

Anke

alle Kirchen, alle Küchen, alle Aktenschränke...

rauch und stills über der Stadt, durchsetzt vom Jamern der sirenen und von den selven der plänkler, verwilderung und plünderung, kollaps der kreisläufe, im rundfunk pathetik und an den straßenecken palaver um lebensmittelvorräte und versachdrung... der pöbel regiert die strasse, ohne anlaß, ohne forderungen. jede metastase der werengesellschaft wird zum objekt der aufständischen zerstörung. die aneignung der stadt verändert den urbanen raum vom ordnungsfaktor zum revolutionären spielplatz. noch tags später deuten die zeichen des nächtlichen aufzuehrs auf die negativen der öffentlichen ordnung: die zerstörung von ampelanlagen ermöglicht die rückkehr des strassenverkehrs zum anarchischen spiel; die ideologische ordnung der lichtzeichen, die politische organisation des verkehres ist der gewaltherrschaft der blöckien, aber auch dem unmittelbar sozialen gewichen. symbolhaft dies für die wirkliche KATASTROPHE der nacht vom 1. zum 2. mai, die die katastrophe des politischen war. der subversive gehalt der ereignisse, die praktische kritik aller ideologie und der politik selbst liegt in der aufhebung einer wesentlichen trennung: nicht ziele oder forderungen bestimmten das szenario, sondern die handlung selbst, der prozess der aneignung. wenn einige genossen dabei den zweiten schritt vor dem ersten machen und sich objekten von eindeutig sekundärer bedeutung zuwenden, so soll und muß das scharf kritisiert werden, ungeachtet dessen, daß gerade diese kritik die rückkehr des politischen bedeutet. die reaktionen der bourgeoisie von senat bis alternativ zeigen unterchiedslos bestürzung; die lächerlichen versuche der politischen rekonstruktion können uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß der gesellschaft der wares und ihren repräsentanten etwas entgegengesetzt wurde. unmittelbar sozial, sind die handlungen der nacht vom 1. zum 2. mai weder formal noch inhaltlich integrierbar. das spiel heißt zerstörung der politik und es ist das spiel der aufständischen massen. der potlesch marschliert... von blofeld

XIII

750 JAHRE SIND GENUG!
AM 1. MAI HABEN DIE BULLEN UNSER STRAS-
SENFEST AUF DEM LAUSEPLATZ
BRUTAL ANGEGRIFFEN
UND MIT GAS
GRANATEN
AUFGELOST.



IN DEN FOLGENDEN
STUNDEN ERLEBTE SIE DIE HEFTIG-
STE STRASSENSCHMACHT DER LETZTEN JAHRE:
- IMMER WIEDER WURDEN SIE ANGEGRIFFEN UND
VERTRIEBEN - DER KIEZ STUNDENLANG BULLENFREI
- BARRIKADEN BRANNTE LICHTERLOH
- DIE REGALE MEHRERER SUPERMÄRKTE
WURDEN AUSGERÄUMT.

WAR
WAS SICH HIER SPONTAN AUSBRÜCKTE
DER LANG AUFGESTÄUTE HASS UND
WUT VIELER DARÜBER
- DASS SIE IMMER WENIGER ZU
FRESSEN HABEN UND DIE
BONZEN IM ICC PRASSEN,
- DASS WIR IMMER NOCH IN DEN
LETZTEN LÖCHERN HAUSEN MÜSSEN, VOR
- DASS WIR DAS GANZE LEBEN LANG, VOR
HAUSBESITZERN, SOZIALAMTSARSCHEN, CHEES-UND
BULLEN BUCKELN UND KRIECHEN SOLLEN,



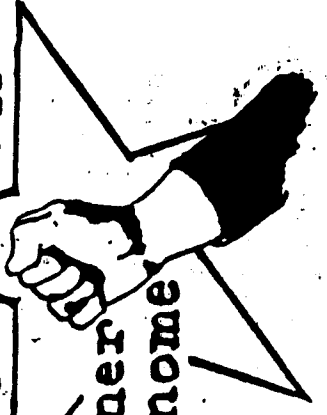
...DASS DIE BULLEN AM MORGEN DAS VOLKSZÄHLUNGSBOY-
KOTT INFORMATIONS BÜRO DEMOVIERT HATTEN.
DIE POLYMER AUF DER STRASSE FÜHRTE DARZU, DASS DIE
BUNDENLANGE ZEIT WIE HASEN RENNEN MUSSTEN.



GEGEN MORGEN SCHLUGEN
DIE BULLEN MIT WASSER-
WERFERN, RÄUMUNGS-
PANZERN UND SEK-
SCHLAGERTRUPPS ZU.
VIELE WURDEN ZUSAM-
MENGESCHLAGEN UND
TEILWEISE SCHWER
VERLETZT. 47 SIND
FESTGENOMMEN WORDEN.

ZEUGEN VON VERHAFTUNGEN
SCHUSS (TEL. 692 22 27) MELDEN.
KÜMMERT EUCH UM DIE BEFANGENEN!

DER LANG ANGESTÄUTE HASS UND DER ALK AUS
DEN SUPERMÄRKTEHABEN DARZU GEFÜHRT,
DASS AB MITTERNACHT EINIGE BLIND UM SICH
BESCHLAGEN HABEN. WIR FINDEN ES BESCHIS-
SEN, WENN KLEINE LÄDEN PLATT GEMACHT
WERDEN, LEUTE HIER AUS DEM KIEZ ZU SCHA-
SEN KÖNNEN UND MIT FEUER LEICHT-
UMGESANGEN WIRD! WIR FORDERN
DARAUFGU ACHTEN, DASS SÜETWAS
KUNFT UNTERBLEIBT!



WIR WOLLEN MIT DEN BERLINER
MENSCHEN HIER IM
KIEZ ZUSAMMEN
KÄMPFEN, FÜR EIN FREIES
UND SELBSTBESTIMMTES LEBEN!



ZUM 1. MAI IN KREUZBERG:

WENN WIR FEIERN; HABEN „DIE DA OBEN“ NICHTS ZU LACHEN

Am ersten Mai, dem internationalen Kampftag der proletarischen Klasse, haben die Leute aus dem Kiez von 36 sich die Straße zurückerobert, die Auseinandersetzungen zwischen den Bullen und uns haben beim Straßenfest am Lausitzerplatz angefangen, als sich eine Demonstration gegen die Durchsuchung des Mehringhofes (Volkszählungsboykottbüro) bilden wollte. Die Bullen versuchten brutal aber erfolglos, mit Knüppeln und Tränengas die Leute auf dem Straßenfest auseinander und von der Straße zu treiben.

Lang aufgostauter Haß und unbändige Lebenslust entfesselten ungeahnte Kräfte. Stundenlang bullenfreie Gebiete, die Sachen wurden aus den Supermärkten geschleppt, alle nahmen sich, was sie brauchten. (Der leere Bolle wurde nicht mehr gebraucht.)

Es war ein großes, tolles Fest für uns alle.

Und weil das Ganze unter der gemeinsamen Zielsetzung stand, die Bullen rauszuschmeißen, wir hütten uns unser Fest nicht in den Arsch machen, waren auch neue Sachen unter uns möglich. Durch das Durchbrechen der Alltagsnormalität sind alle mit nem ganz andrem Selbstbewußtsein durch die Straßen gelaufen. Gemeinsam am Bretterzaun reißen, fördert ja auch die Lust, zu gucken, mit wem du das machst. Die Isolierung von einzelnen Familien war im aufgeregten Schnattern an der Straßenecke durchbrochen. Alle wollten dasselbe, mit diesem neuen Selbstbewußtsein, einfach du selbst sein, den Bullen eins vor den Bug knallen. „Das ist unsere 750-Jahr-Feier“, klar. Die ganze alltägliche Kacke. Aldi-fraß futtern müssen, isoliert in den letzten Löchern zu hocken und dafür auch noch Miete abdrücken müssen und das ganze Leben lang vor Hausbesitzern, Sozialamtsärtschen und Chets buckeln und kriechen sollen und die sich darüber aufgostaute Wut – all das läßt sich nur überwinden wenn wir merken, daß es andren genauso geht und wir uns unser Lebensgefühl und unsere Befreiung gemeinsam zurückerobern und erkämpfen müssen. Neben der starken Power auf der Straße waren wir auch ganz schön geschockt über den Haß, den einige völlig ziellos rausgelassen haben, als die Bullen vertrieben waren.

Zu ein paar ätzenden Sachen wollen wir noch was sagen:

- unser Kampf richtet sich gegen Banken, Konzerne und die großen Filialketten wie Bolle, Kaisers, Plus etc, und nicht gegen kleine Läden, bei denen leider von Bullen und Arschlöchern viel kaputt gemacht worden ist.
- nur im äußersten Notfall können Privat-Autos als Barrikaden verwendet werden, ansonsten: Pfoten weg!
- wir betrachten Feuerwehr und Rettungsdienst als für alle wichtige Einrichtungen, z.B. wenn Feuer droht, auf Wohnhäuser überzugreifen. Sie sind für uns grundsätzlich kein Angriffsziel. Wenn die Feuerwehr für die Bullen die Barrikaden löscht, müssen wir sie daran hindern, weil es dann darum geht, daß die durchkommen um uns anzugreifen.

- Mit Feuer umzugehen und Steine zu schmeißen ist ne verantwortliche Sache. Es ist mehrmals vorgekommen, daß Leute beim Schmeißen aus den hinteren Reihen bzw. über die Straße die eigenen Leute getroffen haben. Unsere Aktionen haben nur ne Stärke, wenn wir kollektiv und gemeinsam vorgehen und nicht, wenn einzelne Typen ihr Streetfighter-Ding durchziehen und den Rambo spielen.

Wir finden es wichtig, daß sich alle mit diesen Sachen auseinandersetzen und dafür sorgen, daß sie in Zukunft nicht mehr passieren.

Es sind über 50 Leute festgenommen worden, mittlerweile gibt es ungefähr 24 Haftbefehle. Solidarität mit den Gefangenen!

- macht Gedächtnisprotokolle, wenn ihr Festnahmen beobachtet habt und meldet das dem Ermittlungsausschuß, **Telephon: 692 22 22!**

- achtet drauf, wann die Prozesse sind, die termine werden bekanntgegeben. Dann können wir uns darauf vorbereiten und überlegen, was wir dazu machen wollen.

Der Aik aus den Supermärkten hat den Bullen die Abräumarbeit erleichtert und auch zu Knalltütenaktionen und Verletzungen geführt. Es geht uns nicht um moralische Appelle, sondern um praktischen Selbstschutz. Deshalb wird der Aik das nächste Mal zerdeppert und nicht gesoffen.

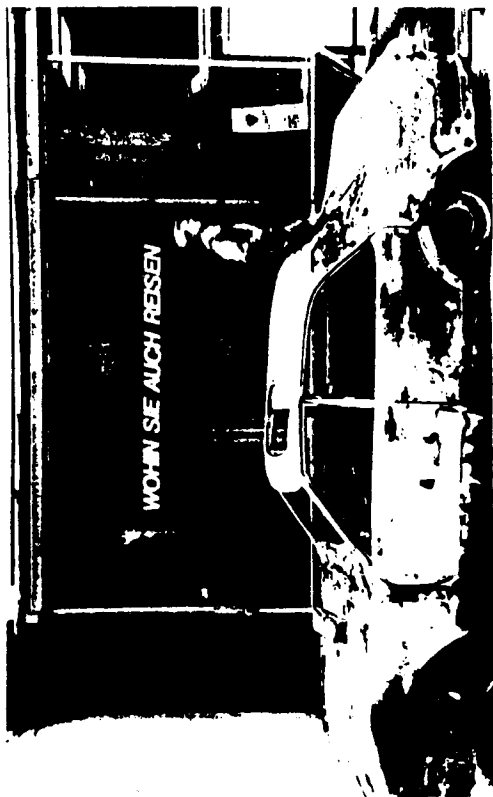
Die vom West-Berliner Senat initiierte Hetzkampagne, die uns als „Anti-Berliner“ diffamieren soll, zielt darauf, die immer größer werdenden Gegensätze zwischen uns und den Bonzen zu überdecken. In diesem Zusammenhang sehen wir auch die 750-Jahr-Feier. Es soll ein positives Bild von West-Berlin vorgegaukelt werden: Die Scheiße soll verdeckt und bunt angemalt werden.

Gegen dieses unmenschliche System von Ausbeutung und Unterdrückung setzen wir Autonome und Antimperialisten/innen unseren Kampf für ein befreites und selbstbestimmtes Leben.

Die Ketten der Isolation müssen auf allen Ebenen gebrochen werden. Wir kämpfen zusammen mit den Menschen in der sogenannten „3. Welt“, in Nicaragua, Palästina und überall.

Es geht uns darum zu sehen, wie wir hier in der Metropole für uns eine Perspektive entwickeln können, wie wir aus unseren Bedingungen hier mit dem Ziel, Weltrevolution, zu einer starken antikapitalistischen, antipatriarchalen, antiimperialistischen Kraft werden.

Dies geschieht nicht an einem Tag, sondern ist ne Sache, die wir organisieren müssen, um eines Tages die Scherben dieses Systems zusammenfügen zu können.

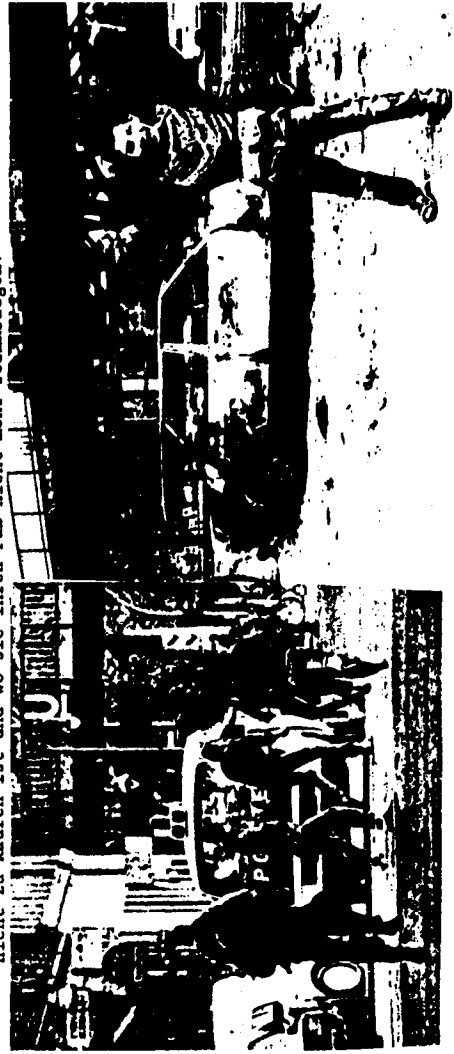


Die in der Nacht von Freitag, dem 1. Mai, auf Samstag entstandene spontane Konfrontation war in ihrer Entschlossenheit für uns überraschend und eine starke Erfahrung. In der Revolte dieser Nacht hat sich ansatzweise die Vereinzelung, die Fremdbestimmung und der Konkurrenzkampf der Menschen aufgehoben. Gegen ihre Unterdrückungsmechanismen, Menschen zu spalten in junge und alte, in Ausländer und Deutsche, hat sich der Klassenhaß gegen sie gerichtet. Bis in die frühen Morgenstunden waren ganz viele Menschen auf den Straßen: Alte und junge, Ausländer, Leute aus der Szene und viele, die damit 'normalerweise' nicht viel zu tun haben. Wir fühlten uns sicher, hatten ein Zusammengehörigkeitsgefühl und daraus eine Stärke, die es den Bullen unmöglich machte, für Stunden auch nur einen Fuß in manche Straßen zu setzen. In größtenteils gezielten Aktionen, Plünderung vom verhassten Bolle, von Real, dem Edellanden Kontor, usw., Aneignung von Geld aus Telefonzellen und Zigarettenautomaten, von U-Bahnfahrkarten, holten wir uns das, was uns sowieso gehört. An den Ereignissen der Nacht vom 1. zum 2. Mai wird der Bruch mit der Ohnmacht durch den Angriff auf die Machtstrukturen des Staates - ohne das mystifizieren zu wollen - sichtbar. In dieser Konfrontation hat sich ein klares Verhältnis gegen den Staat ausgedrückt. So ist unser Ansicht nach auch einer der sogenannten 'Ausgangspunkte' zu sehen: nicht 'weil die Bullen unser Fest kaputt gemacht haben', nicht ein Sich-Wehren gegen Bullenübergrieffe, sondern ein selbstbestimmter Angriff gegen Bullen, die auf einem Fest im Kiez nichts zu suchen haben. Was dann folgte war keine organisierte Aktion, sondern entwickelte als Revolte eine Eigendynamik, in der sich der ganze Haß und die Wut auf den kapitalistischen Normalzustand entluden.

Klar ist, daß bei einem solchen Ausbruch auch Scheiße passiert:

- z.B. das Anstecken der beiden Bau-Container in der Oranienstr. direkt an einem Wohnhaus,
- daß viele Leute so viel gesoffen haben, daß sie den Überblick verloren haben und später Freiwild für die Bullen wurden,
- daß es Bürgerwehrrfaschos vereinzelt möglich war, Leute am Rande des Geschehens anzugreifen.

Das ist jedoch für uns kein Grund, die Relationen aus den Augen zu verlieren und die Erfahrungen und Konfrontationen dieser Nacht in Frage zu stellen. Für uns kann es an einem solchen Punkt nicht darum gehen, Leute zu denunzieren und als Arschlöcher zu bezeichnen, sondern nur daraus zu lernen, unsere Strukturen so zu verbessern, daß perspektivisch solche Sachen nicht mehr möglich sind. In Bezug auf die Erfahrungen dieser Nacht heißt das, daß es notwendig ist, Schweineteile, die es in Kreuzberg genug gibt (DeReWe, Mixdorf, GSG, Fachhohnpepen und -lnden, Sklavenhändler, usw.), gezielt anzugreifen, Alk zu zerstören und mit Feuer genauer umzugehen, wobei nämlich nur dann auch klar wird, daß die Feuerwehr als Teil der Aufstandsbeimpfung in einer solchen Situation da nichts mehr zu suchen hat.



Was am 1. Mai offen geworden ist, die Mut vieler Menschen, ihre Verzweiflung, ihr Haß, das ist nichts Schlechtes, sondern etwas, was uns selbst nahe ist, Triebfeder und Voraussetzung unseres eigenen Kampfes. Kreuzberg ist kein Getto. Kreuzberg steht für eine politische Struktur, für Ansätze einer Perspektive gegen dieses System aus einer Geschichte von Kämpfen heraus, für Strukturen, die die Kämpfe, den Widerstand, die Anschläge der letzten Zeit auch möglich gemacht haben. Und das ist es, was sie bedroht: daß das 'Modell Kreuzberg', das Brechen und Integrieren einer politische Bewegung, gescheitert ist. Das bedroht sie: das Moment der Befreiung, das in der Revolte am 1. Mai lag, das Gefühl davon, was wir erreichen können, wenn wir zusammen kämpfen, unsere Möglichkeiten und Gelegenheiten gemeinsam nutzen; daß wir es geschafft haben, die Bullen aus dem Kiez rauszuschmeißen, über Stunden einen 'rechtsfreien' Raum zu schaffen. Wie in Wackersdorf 1986 haben wir mit vielen Menschen gemeinsam gekämpft. Und es war wichtig, diese Erfahrung hier im Kiez zu machen.

Die in faschistischer Tradition abgehaltene 750-Jahrfeier ist nur Ausdruck für das, was die Schweine in und mit Berlin machen und zeigen wollen:

- Berlin als glitzerndes Aushängeschild der Überlegenheit des kapitalistischen Westens gegenüber den sozialistischen Ländern.
- Berlin als Forschungs- und Technologiezentrum, als Ort, wo durch verstärkten Einsatz von Forschung und Technologie die Umstrukturierung vorangetrieben und die imperialistische Herrschaft gesichert werden soll.
- Berlin als Modell dafür, daß die Befriedung, die Ruhe in den Metropolen, möglich und machbar ist: 'Kreuzberg' sollte ein Beispiel dafür sein, daß es möglich ist, den Widerstand, jede Perspektive gegen dieses System zu brechen, zu integrieren. Dieser Angriff läuft ganz konkret im Kiez, mit Schicki-Läden, bunten Fassaden, sanierten (Selbsthilfe-)Häusern, BKA plant - IBA baut, Sozialarbeitern, Selbsthilfe- und Alternativprojekten. Die Befriedung Kreuzbergs, zu zeigen, daß sie dafür eine Strategie entwickelt haben, war ein ganz zentraler Punkt in ihrem Konzept - durchgeführt den stauenden Touristen und den Schweinen bei ihren Besuchen. Und klar wollten sie u.a. mit dem 'weißen Kreis', den höheren Mieten, der verschärften Ausbeutung, den Gewinn daraus abrocken. Und das ist, was ihnen vorgebrochen ist, wo sie sehen, das es so nicht geht. Deshalb ist es in dieser Situation, wo die Befriedung Kreuzbergs und die 'neue Attraktivität' dieses Stadtteils aller Welt demonstriert werden sollte, gerade richtig gewesen, daß die Konfrontation hier gelaufen ist, hier die Bullen rausgeflogen sind. Daß sie den Aufstand in Kreuzberg nun als blindes Umsichschlagen 'sozial Benachteiligter' erscheinen lassen wollen, wobei sich sich sowas durch noch mehr Knete, noch mehr Sozialarbeiter und feste Arbeitsstellen anstatt ARM zukünftig verhindern lasse, soll verschleiern, daß es hier einen Widerstand gibt, der nicht zu kaufen ist und wo sie ihren Fuß nicht mehr reinkriegen.

So bestimmt sich unser Verhältnis zu dieser Nacht aus den Erfahrungen und Kämpfen, die wir gemacht haben; auf das letzte Jahr bezogen: die Mobilisierung gegen den NATO-Angriff auf Libyen, dann für viele die Erfahrungen in Wackersdorf und die Dezember-Demo in Hamburg zur Hafensstraße. Allen diesen Punkten war gemeinsam ein Zusammenkommen vieler Menschen, die sich nicht haben spalten lassen und die aus unterschiedlichen Erfahrungen und subjektiven Möglichkeiten heraus gemeinsam zum Angriff gekommen sind. Das Zusammenwirken dieser Kämpfe mit den Angriffen von Guerilla und Militanten hier im Zentrum ihrer Macht und den Befreiungskämpfen weltweit eröffnet die Perspektive, die das Gebäude ihrer Macht zum Einsturz bringen wird.

der Imperialismus verfügt über keine positive, produktive Perspektive mehr, er ist nur noch die von Zerstörung. das ist der Kern der Erfahrung, die die Wurzel der neuen militärischen allen Lebensbereiche ist. materiell in der ökonomischen Lebensgrundlage, in Rüstung und atomaren Kriegsplänen, die der natürlichen und sozialen Lebensbedingungen, und in der Person selbst, wo Entfremdung und Erdrückung in massenhafte Deformierung und Abtöten von individuellem Reichtum des Denkens, Fühlens, der persönlichen Struktur umgeschlagen ist. die meisten verzweifeln daran, soweit hat der Imperialismus in den Zentren seine Herrschaft perfektioniert und systematisiert, daß sie die Kraft zum Widerstand nicht mehr finden. steilanstiegende Selbstmorde, Flucht in Krankheit, Suizid, Pillen, Drogen, das ist die Reaktion auf die Wirklichkeit aus der langen Geschichte von Niederlagen, Ertragen und Leiden, aus der Entpolitisierung, in der die äußere Gewalt nicht mehr als die Ursache gesehen werden kann, aber aus dieser Dimension des Elends kommt jetzt auch die existenzielle tiefe der Kämpfe und der Hab. das ist nicht mehr die spontane, kurze Wut, die ist in den ganzen Jahren verbrannt. das ist der Boden, aus dem sich jetzt im Zentrum die revolutionäre Front entwickelt. denn wenn die Entwicklung des Systems letztlich auf Zerstörung und Vernichtung zurückgeführt erlebt wird, trägt der Widerstand - bewußt oder auch nicht - das Moment in sich, daß es jetzt gegen und um das Ganze geht, innerhalb konkreter Einzelkämpfe und über sie hinaus. die Einheit des revolutionären Kampfes wird möglich und notwendig, eine Aktionslinie für jeden, der diesen Kampf will, auf der Bruch mit dem Staat, Revolte, militante Kämpfe überall zur Politik - zur Strategie des Angriffs auf das imperialistische Zentrum zusammenkommen können und die aus ihrer Praxis zwingend macht, daß sie darin zusammenkommen.

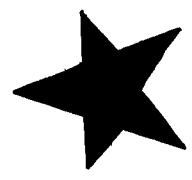
schreibt den Gefangenen - schafft Öffentlichkeit

Gemeinsam im Kampf um Befreiung die revolutionäre Front organisieren

Es gibt in Kreuzberg viele Menschen, die sich - bewußt oder unbewußt - gegen dieses System entschieden haben, die hier in Kreuzberg leben wollen, die nicht saniert werden wollen und nicht das Gefühl haben, im letzten Loch zu leben, die keinen Arbeitsplatz haben wollen, sich trotzdem nicht ausgegrenzt fühlen, die vielleicht auf Drogen sind, perspektivlos, aber nicht einfach 'verlendet', weil 'der Staat' sich nicht genug um sie kümmert, sondern die diese Realität hier nicht mehr wollen und auch für die Schweine nicht mehr greifbar sind, nicht durch ABM, nicht durch den Sozialarbeiter im Rücken - weil sie erfahren haben, daß Ausbeutung, Verelendung, Zerstörung das einzige ist, was das imperialistische System ihnen zu bieten hat. Es ist an uns zu vermitteln, daß wir von diesem Staat nichts einklagen wollen, sondern daß wir ihn zerschlagen wollen. Es geht nicht darum, um bessere Lebensbedingungen zu buhlen, sondern darum, eine revolutionäre Praxis zu entwickeln.



Arbeitslosigkeit, Drogen, Existenzangst, usw. - d.h. die ganze Entfremdung in der kapitalistischen Gesellschaft - kann nur über den Angriff, über den eine Vorstellung von befreitem Leben materiell wird, gebrochen werden. Dabei ist klar, daß spontane Aktionen, Revolten, Aufstände, usw. Reaktionen auf die Krise des kapitalistischen Staates sind, in ihnen lassen sich aber auch die Suche und der Wille nach Veränderung, nach revolutionärer Perspektive wiederfinden. Das sind, ausgehend von uns selbst, wichtige Ansatzpunkte. Für uns sind die Ereignisse am 1. Mai nicht Perspektive, sondern eine Möglichkeit und Mobilisierung. Nicht etwas, was sich einfach fortsetzen oder wiederholen läßt, oder etwas, dem wir nachträglich einen wahnsinnig revolutionären Mantel überstülpen wollen, sondern eben Aufstand, Revolte - aber auch etwas, dessen politische Dimension wir für uns erkennen und anwenden müssen: gleichzeitig ein Schlag gegen die Befriedungsstrategie der Schweine und eine Mobilisierung für uns aus der gemeinsamen Erfahrung heraus. Und das Beides jetzt zu diesem Zeitpunkt: wo sie hier die Ruhe vorführen wollen, zu Beginn ihrer 750-Jahrfeier, wo hier Sicherheitsstufe 1 herrscht, eine Reihe von Anschlägen (Spur, Hafemeister, Magnetbahn, Deutsche Bank, usw.) gelaufen sind, wo die Schweine reihenweise antanzen, sie die Volkszählung, den 'weiblichen Kreis', usw. gegen uns durchsetzen wollen. Wenn wir das richtig für uns anwenden, gegen ihre Projekte, für unsere Strukturen, in unserem Alltag, in unserem Kampf um Befreiung, dann kann das ein wichtiger Schritt sein, hier wieder die Initiative in die Hand zu bekommen, die Konfrontation selbst zu bestimmen. Die Schweine können sich immer nur auf das einstellen, was sie kennen - wir können einen Schritt voraus sein.



alternative Tagung Montag eine Selbstkritik von "Autonomie" - so nennt sie sich militärisch, aber unorganisierte Geg-ner der herrschenden Ordnung. In der Erklärung heißt es: Wir finden es beschämend, wenn kleine Läden plattgemacht werden, Leute aus dem Kiez umgeschoben werden und mit Feuer leichtsinnig umgegangen wird! Wir fordern alle auf, darauf zu achten, daß so etwas in Zukunft unterbleibt.

/ Autonomie über Selbstkritik / ÖTV über Angriffe auf Arbeitnehmerigentum

Die planlosen Zerstörungen sind auch in der "autonomen Szene" Ber-lin auf Kritik gestoßen. Vor allem die Plünderung kleiner Läden und die Zerstörung von Privatautos wurden verurteilt.

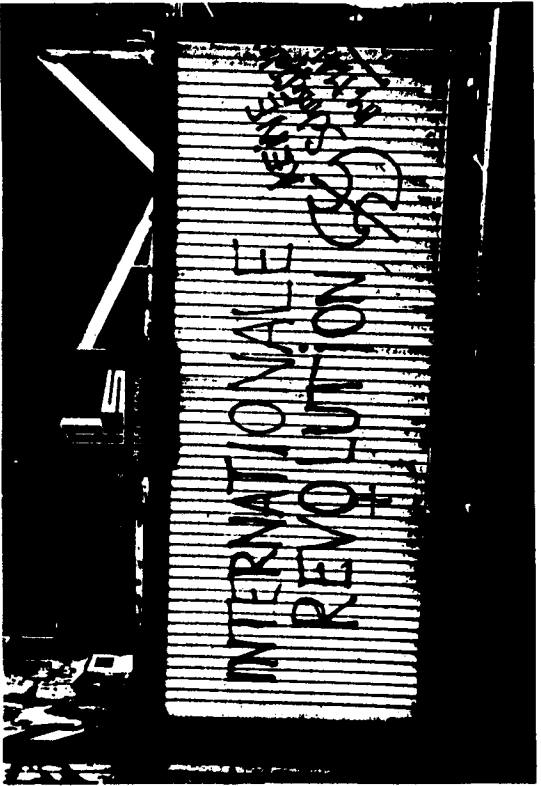
Nach dem schweren Krawallen in Kreuzberg

Doch immer mit dem Vorbehalt, die Polizei nicht gegen die Kiezbewohner innen richtet.

Sogenannte Autonome Gruppen üben unterdessen eine ungewöhnliche Selbstkritik wegen der Ausschreitungen.

Berliner "Autonome" üben Selbstkritik

Wir finden es falsch und bedenklich, wie jetzt Teile der Autonomen Kritik üben und zu disziplinieren versuchen und sich darin von den Medien funktionalisieren lassen. Einige wenige zu Bruch gegangene kleine Läden werden in den Mittelpunkt der Einschätzungen gestellt und es wird gebetsmühlenartig Selbstkritik geübt. Nichts gegen Selbstkritik, aber wenn dabei die Relationen verloren gehen und in den Hintergrund und zur Nebensache gerät, was das Starke und auch Neue am 1. Mai für uns war, dann meinen wir, daß dahinter eine falsche Vorstellung von Kämpfen und revolutionärer Entwicklung steckt. Wir wundern uns über das Erschrecken von einigen Autonomen, was Mobilisierung und Aktionen von Kiezbewohnern in dieser Nacht angeht; wird doch sonst immer verkündet, daß sich der Widerstand aus dem Alltag heraus zusammen mit den Menschen im Kiez entwickeln muß. Offensichtlich hat die Klasse selbstständig und ohne Anleitung beschlossen, an diesen Leuten vorbeizumarschieren. Wir finden die opfermüde Haltung schlimm, die in einigen Diskussionen und Flugblättern zum Ausdruck gekommen ist. Viele von uns wohnen bewußt in 36 und haben nicht das Gefühl, im letzten Loch oder im verelendeten Getto zu hausen. Diese Armutsschleife reduziert den Widerstand auf bloße "action", auf Kämpfe um Umverteilung und Anteilnahme an der kapitalistischen Alltagschleife; letztendlich ist das sozialarbeiterisch, reformistisch. Diese Politik sehen wir im Zusammenhang mit dem offensichtlichen Spaltungs- und Abgrenzungsstrategien, wie sie z.B. im Frankfurter Autonomienpapier (auszugsweise im Schwarzen Faden) zum Ausdruck kommen, in dem alles denunziert wird, was sich an Zusammenkämpfen im letzten Jahr entwickelt hat.



Die für "Berlins" Anwesenheit im Jahr 1987 besonders thüringische Zusammenstöße Weit 4.5.

Mehrere Tücken äußerten, daß sie sich nicht fürchteten, da die Randalierer es auf die Wohnabenden abgesehen haben. Nach den Eindrücken unserer Mitarbeiter waren tatsächlich türkische Läden dort mehr geschont worden als deutsche. TSP 10.5.

Vier Stunden lang ein „rechtsfreier Raum“

Die Pfarrerin der evangelischen Thomas-Gemeinde, Mükürarinda, sagte zu den Krawallen: "Mich wundert es, daß das so viele Leute wundert." Sie selbst habe Frauen aus ihrem Seniorenkreis bei Plünderungen beobachtet. TSP 7.5.

Die in Kreuzberg tätige Staatsanwaltschaft hat sich gestern mit Entschiedenheit gegen Behauptungen gewandt, wonach "Putschbürger" militärisch bewaffnete Hausbesetzer zur Vorbereitung von Schwerverbrechen mit Mißbrauch worden seien. Ehemalige Bewohner, mit denen bei der Sanierung zusammengearbeitet wurde, hätten an den Gewalttätigkeiten nicht teilgenommen.

Die Schiener appellieren an die Kreuzberger Versammlungen, die in Kreuzberg eingeschlossene Verbände und dem Schließen von Arbeitsgruppen zu unterstützen. Nur so könne der "No Abuse-Misstände" vieler Jugendlicher entgegengegriffen werden.

Bürgermeister Wolfgang Krüger: Durch solche Aktionen werden die guten Ansätze zu Konfliktlösungen in Kreuzberg zerstört. Bz 2.5.

Kein Zweifel, dies sind die schwersten und rücksichtslosesten Ausschreitungen gewesen an der Spree seit einem Vierteljahrhundert. Weit 5.5.

Mopo 5.5. Nicht zu vergessen seien die Baunahabmen der IBA, durch die hunderte von Millionen DM nach Kreuzberg geflossen seien.

Leider kann man die Kreuzberger Krawallnacht nicht als kommunale Marginalie "750-tun". Die Stadt feiert ihr 750-Jubiläum. Es soll ein Stadtfest der Heiterkeit und des Friedens sein. Dazu darf es der Sicherheit freie Berlin braucht und gesunde Schlagzeilen, auch und gerade wenn prominente Königin die britische Reagan wie die Präsidenten unter uns wei- und Mitterrand unter uns wei-

Watts 3.5.

Dabei waren es keineswegs nur Claqueurs, die sich betrieblen. Von der Oma bis zum Enkel, so ein Zeuge, schleppen Kreuzberger Schnaps, Ankerkraut und Lebensmittel reichlich hinweg aus dem Bolle-Markt, bevor er unter allgemeinem Geheule bis auf die Grundmauern ausbrannt.

STARZ 6

Der Bezirksbürgermeister Wolfgang Krüger (CDU) aber gibt unumwunden zu, daß es auch Anwohner waren, die sich an den Plünderungen beteiligten, daß die Plünderung ja auch etwas war, was zur Selbstverteidigung beitragen sollte.

Einerseits gab es da eine in diesem Ausmaß nie beobachtete Allianz zwischen schwarzem Block und bürgerlicher Unzufriedenheit. Deutsche und Türken fraternisierten beim Einschwenken von Diebstahl, Inneinsatz, Krawall und bürgerlich aussehendem "Herrn" die Staatschützen, und Damen mit mecker Wollgang Krüger beschränkte die Anwohner Selbstverteidigung. Minderer treiben; die evangelische Pastoren Irma Mükürarinda beobachtete sogar Mitglieder ihres Seniorenkreises beim Beutemachen.

SPREML 4.5. 20

Als absolut schwachsinntig wissen Männer und der Kreuzberger SPD-Geld und Bundesratsabgeordnete Senatsrat Wilhelm Kewenig von die Ausschreitungen seien auf die Schwere und die Berliner Autonomie kein Raum mit der Polizei - weichen die soziale Lücke abgefallen. Die Westsysteme Lüge zusammen mit sich. Ab dem spärliche zusammen mit sich. Ab dem spärliche zusammen mit sich. Nach dem "autonomen Gruppen" FR 5.5.

Mopo 4.5. Plünderungen am 1. Mai hätten nicht nur Anwohner sondern auch einen Geschick erholt. Die Leute aber Anwohner sondern auch einen Geschick erholt.

Eine Spont-Aktion im Anschluß an ein Krawall war das nicht. Am Morgen hatte die Polizei in Sachen Vollzeitschulungstaktik den was vielen Seiten bearbeiteten Maßstab aufgehoben und die offenen Räume, was zu Recht umstritten ist sich selbst überlassen. Wer aber auf der anderen Seite binnen Stunden ein solches Faßel einen Anlaß gewartet haben. So schnell besteln auch Randalierer nicht.

TSP 3.5.

SfB: Ihr als Autonomie sagt, ihr hättet nicht die kleinen Läden geplündert - am Sonntag abend im Mehringhof kam das ja nicht so ganz raus, also da haben auch andere Leute gesagt, wir waren so besoffen, wir wußten nicht mehr so recht was los war, wir konnten nicht mehr so recht unterscheiden...

Au: Also, ich glaub' das haste in 'nen falschen Rachen gekriegt, weil aus unserem politischen Selbstverständnis ganz klar is, das wir keine kleinen Leute schädigen wollen und daß das auch nicht passiert, und wat am 1. Mai in dem Exzeß gelooft is, ich kann mir nich' vorstellen, daß Autonomie, die die sich selber als Autonomie begreifen, selber im Suff sowat gebracht haben...

SfB: Warum Plünderung von Balle?

Au: Ja zum einen gehört er zu den großen Konzernen, also zu Staat und Kapital, was wir ja bekämpfen und angreifen und zudem isse gut wenn du auch nix zu fressen hast, wie's ja hier auch abläuft zum Beispiel in den Altersheimen oder bei unseren türkischen Mitbewohnern oder auch anderen, daß sie sich ihre Lebensmittel da umsonst holen können, das ist doch viel besser als wenn 'se das so individuell und isoliert klauen müssen...

SfB: Wie sieht denn jetzt eure Hilfe für diese kleinen geplünderten Ladenbesitzer aus?

Au: Wir stellen uns det so vor, daß wir das, was der Senat nicht bezahlt (z.B. 'ne Renovierung von so 'nem Laden) übernehmen und zwar nich', weil wir uns da irgendwelche Leute rausuchen wollen, die wir in ihrer Kleinhändlerexistenz unterstützen wollen sondern weil uns det wichtig ist, daß die hierbleiben, u.a. gegen die großen Konzerne, weil uns das wichtig ist, daß die für sich 'ne Möglichkeit sehen hier weiter zu existieren und da wollen wir sie unterstützen was das vom Senat nicht übernommen wird. Aber wichtiger als der Punkt, wat wir jetzt mit den kleinen Läden machen, ist der, daß wir aus dem 1. Mai lernen, daß wir die Auseinandersetzung mit den Leuten, die hier leben, viel intensiver führen; deshalb auch unser Vorschlag in nächster Zeit sowas wie 'n Kiezrat wieder zu beleben und so'n Forum zu kriegen, wo wir zum Beispiel über weißen Kreis, steigende Vernichtung von Lebensqualität durch Schicki-Micki-Sierung und so weiter reden können und uns überlegen, wie wir dagegen vorgehen können gemeinsam mit diesen Leuten...
Düddel... düdel .. dümel i..

Einleitung zum 2. Teil

SfB: Die Kreuzberger Autonomie lassen keinen Zweifel daran, daß sie sich an den gewalttätigen Auseinandersetzungen am letzten Wochenende aktiv beteiligt haben. Politiker, Kirchenvertreter u.v.a. dieser Stadt fragen sich, warum tun sie das, was steckt an Denken dahinter? ... Der Sf-Beat hat Autonomie nach ihrem Selbstverständnis und ihrem Verhältnis zur Gewalt gefragt.

SfB: In der Nacht zum 2. Mai sah man rohe Gewalt, ab 1 Uhr nachts war die spätestens unzugänglich und sie hätte noch mehr eskalieren können - wollt ihr die Gewalt? Au: Ich denk mir, daß du das in den falschen Zusammenhang stellst, weil nich' irgendwelche Autonomie 'den Tiger los gelassen haben' sondern des ist eben das Produkt von 'ner Jahrelangen, ach Jahrzehntelangen Mithandlung von Leuten und da brauch sich keener wundern, wenn diese Leute mal völlig austillen und da Sechen passieren, die von uns auch sicher keener jewollt hat und die auch 'nich' zu unserem politischen Selbstverständnis jöhören, mit anderen Worten, da sind nich' irgendwie die Menschen dran Schuld, die geplündert haben, sondern die Verhältnisse, die so 'ne Menschen hervorgebracht haben. Unser Ziel is' eben Strukturen zu schaffen, wo sich so'n Kiez selber verwaltet, unabhängiger wird, sich nich' einpressen läßt in irgendwelche IBA-Vorstellungen oder Sozialtechnologenvorstellungen, die irgendwie nix and'res druff haben als 'n soziales Elend besser verwalteten zu wollen.

SfB: Was rechtfertigt eure Gewalt?

Au: Es ist natürlich klar, daß von uns keine Gewalt a u s geht sondern nur Widerstand. Ich würde diesen Begriff Gewalt ablehnen, weil ich will 'se nich', mir 'se aber aufgezwungen - seit Jahren und ewig von diesem Staat, von diesem wirtschaftssystem über seine Institutionen Sozi, Arbeitsamt, Heime und Unterdrückung durch permanente Polizeipräsenz, durch Bürgerwehren, die aufgepuscht werden - daß is' einfach 'ne Gewalt gegen die wir uns zur Wehr setzen. Wir wehren uns und leisten Widerstand und zum ersten Mal am Freitag hat dieser Widerstand auch breitere Teile dieses Kiezses ergriffen, zum ersten Mal haben die sich wirklich (alliet wat sich über Jahre aufgestaut hat) gewehrt, erstmal gegen den Polizeiübergriff bei dem fest und det war der auslösende Faktor, daß dann die Bullen aus'm Kiez zurückgetrieben worden sind und des' is' det entscheidende, daß die Leute bewußter werden, daß man sich auch wehren kann gegen den Alltagsterror.

SfB: Also was heißt denn überhaupt Alltagsterror?

Au: Alltagsterror heißt, daß hier selber 'n sozialdemokratischer Sozialheini festgestallt hat, det weit über die Hälfte von den deutschen Jugendlichen und weit über 70 % von den ausländischen Jugendlichen keine Möglichkeit kriegen entweder zu lernen, was se lernen wollen oder auf ne andre Art das Gels zu verdienen, um selber ihre minimalen Bedürfnisse wie z. B. nen eignen Wohnraum finanzieren zu können und das is auch die Begründung, warum in so ner Exzesnacht wie am 1. Mai diese Leute dann nicht mehr unterscheiden können, wo Sie sich eben ihr Zeug herholen.

Die Gewalt, die siehste wenn de hier nachts über die Straße läufst und fast an jeder Ecke über völlig besoffene Leute stolperst, die siehste in der Gewalt, die untereinander herrscht, wenn wir das schaffen würden, daß die Gewalt, die sich hier in Kneipen manchmal austobt, wenn die gegen die Leute gerichtet würde, die die Gewalt verursachen, det wär hervorragend, da hätte hier der ganze Dieger- und Bullenscheiß nix mehr zu lachen in dieser Stadt, wenn die Leute sich nich gegenseitig in die Fresse hauen würden, sondern endlich mal den Leuten, woher ihre Aggressionen kommen. (Es wär auch ganz besond- ders hervorragend wenn die autonomen Szena-Macker ihre sexistische Sprache dahingehend ändern könnten, daß sich auch türkische Mitbewohnerinnen, Besetzerinnen, usw. angesprochen fühlen dürfen die Überwältigun) Glaub' ihr nicht, daß die Leute Angst vor euch haben, wenn die auch Steine schmeißen sehn und Feuerbarrikaden errichten sehn?

Au: Ich glaub schon, daß viele Leute Angst vor der Gewalt haben, det sind aber in der Mehrzahl Leute, die vom Kiez nix wissen und woanders leben und über Springer auch ne Meinung gemacht bekommen. Ich denk, det wir hier so integriert sind in Strukturen dieses Kiezses und in der Nachbarschaft, det is wie früher in den besetzten Häusern, wo die Nachbarn 'n ganz anderes Bild von den Hausbesetzern hatten als die Bürgers in irgend nem anderen Stadtteil. Du wirst kaum in diesem Kiez nen Kneipenwirt finden, der bei irgendwelcher Rendite unter seinen Gästen bereit wä die Bullen zu holen, weil jeder Kneipenwirt hier nach ganz kurzer Zeit spitz gekriegt hat, daß die Bullen entweder gar nich kommen oder nach 20 min. mit ner Hundertschaft die ganze Kneipe auseinandernehmen. Ich find, das ist symptomatisch für Gewalt und wie der Staat damit umgeht hier in diesem Kiez, in Charlottenburg wird det sicherlich anders sein.

SfB: Fühlt ihr auch nicht verantwortlich für die Gewalt, die dann womöglich in die Luft geht?

Au: Ich hab doch keine Verantwortung dafür zu tragen, daß ich im Kapitalismus leben muß-ich hab nur die Verantwortung ihm abzuschaffen und det kann ich nur mit den Leuten drumum indem ich politisches Bewußtsein ertrecke und das zu ner handlungsfähigen Einheit zusammenschmiede.

Nachspann: I.H. fragte Kreuzberger Autonomie ein politisches Dokument im SfBeat und eine Meldung im SfBeat:

Die Staatsanwaltschaft vom LG Berlin hat heute die 1. Anklage im Zusammenhang mit den Ausschreitungen in Kreuzberg am vergangenen Wochenende vor dem Schöffengericht erhoben. Der Beschuldigte sei in den Abendstunden des 1. Mai festgenommen worden, ihm werde Diebstahl in einem besondere, schweren Fall zur Last gelegt. Der Mann soll in ein Geschäft eingedrungen sein und Waren entwendet haben teilte Platzpressesprecher M.N. mit.

DIE ENTFESSELTEN LEIDENSCHAFTEN ATTAKIEREN DIE WELT DER FAHADEN

Die Krawalle in Kreuzberg vom 4. auf den zweiten Mai hatte weder POLITISCHE Ursachen noch war sie eine POLITISCHE AKTION. Nur in der Reaktion der bürgerlichen Gesellschaft liegt eine politische Tragweite. Das Zusammenwirken verschiedenster Menschen, Cliquen und Gruppen, die sonst kaum miteinander zu tun haben, war in dieser Nacht eine soziale Reaktion auf die Welt des Scheins. Die zugetünchten Geburtstagsfassaden wurden von denen unter ihnen zugekleisterten Menschen bloßgestellt.

Am Nachmittag des 1. Mai begann die politische Szene zögernd eine Demonstration, in deren Verlauf es ihr überraschenderweise gelang die Polizei zu vertreiben. Danach verlor sie die Kontrolle über das Geschehen und war bloß noch Mitbeteiligter an einem Aufstand. Autos wurden angezündet und kleine Läden geplündert. Der Charakter der Krawalle entzog sich den moralischen Zwängen der politischen Szene. Die kollektive Aktion verschiedenster Gruppen der Bewohner/innen Kreuzbergs entwickelte eine Eigendynamik.

Lustvoll wurden Ampeln und Telefone zerstört, Autos abgeackelt, Spraydosen und Werbeplakate auf bereits brennende Barrikaden geschmissen. Sicher, die Armut und Isolation der Akteure begrenzte das Geschehen; es gab auch viele Plünderungen zur persönlichen Bereicherung.

Die Warenwelt wurde angegriffen und vieles, was sie offensichtlich repräsentiert, wurde von den Handwerkern des Negativen zerstört: aus Blumenkübeln zur Stadtverschönerung und Gerüsten zur behutsamen Stadtsanierung wurden Barrikaden, aus Pflastersteinen Musikinstrumente.

In den folgenden Tagen übernahm die politische Szene die Verantwortung für den Aufstand. Diese lächerliche und überhebliche Reaktion verdeutlicht ihre Rolle in Kreuzberg. Ihre politischen Wolkuckuckusheim zwingt sie zur Verurteilung einiger Aktionen (Plünderung kleiner Läden, Brandsetzung von Autos, überküssiger Alkoholgenuß) die noch nicht einmal von ihr selber begangen wurden. Sich selbst teilt sie sich dann ihre Spielweise für das nächste Mal zu: Bolle und Bullen.

Kreuzberg ist längst ein exemplarisches Projekt für andere Großstädte. Unruhige Viertel sollen mit Sozialarbeit und "behutsamer Stadterneuerung" befriedet werden, statt die Widersprüche mit Polizeigewalt zu verschärfen. Auch die politische Szene hat in Kreuzberg ihre Nische. WENN aber dermaßen lang aufgestauter Hass und unterdrückte Wut in der Form eines solchen Aufstandes explodieren, begnügen sich die Menschen nicht mit der von der Herrschaft tolerierten Randalie; und AUCH NICHT mit der von einer einflußarmen politischen Szene propagierten. ES KNALLT SOLANGE BIS DIE LUFT RAUS IST!

Die Möglichkeit die soziale Unruhe jetzt zu eskalieren ist offensichtlich. Die Herrschaften werden versuchen ihre Strategien zu restaurieren und den Aufstand für sich zu vereinnahmen (Die AL und die Kirchen haben bereits damit begonnen) Weiter

werden sie nach einem Angriffspunkt suchen und die politische Szene entblüdet sich hier nicht, sich auf Präsentierteller zu stellen. Dennoch könnte sie für eine Eskalation der Unruhe eine entscheidende Bedeutung bekommen. Nur müßte sie die am 1. Mai auf der Straße zerstörten Mythen auch bei sich selbst zerstören. Sie müßte sich mit den Illusionen ihrer Inhalte und ihren heillosigen toten Beziehungen auseinandersetzen. Die Symptome jeder POLITIK-Hierarchie Konkurrenz Ideologie und MACHT finden ihren Ausdruck auch in dieser Szene. Die Entwicklung der Aufhebung der Politik verläuft mit dem Entstehen eines sozialen Raums.

"DIE REFORM DES BEWUSSTSEINS BESTEHT NUR DARIN, DASS MAN DIE WELT IHR BEWUSSTSEIN INNE WERDEN LÄSST, DASS MAN SIE AUS DEM TRAUM ÜBER SICH SELBST AUFWECKT, DASS MAN IHR IHRE EIGENEN AKTIONEN ERKLÄRT." Marx

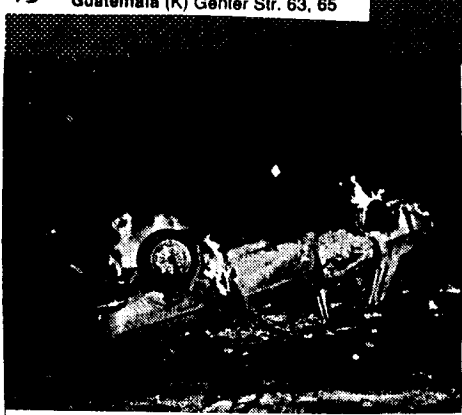
NIE WIEDER LÖSCHPAPIER!

1 Berlin 27, Tegel, Heiligensee

- 1 ATE-Teves GmbH, 27 Berlinerstr. 6 B
- 2 Thyssen Industrie AG, 27 Miraustr. 30
- 3 Clouth Gummiwerke AG
1 Berlin 26, Wittenau
- 4 cite foch, hermsdorferstr.-
nimrod- oranienburgerstr. 1/26
- 5 Zahnradfabrik Friedrichshafen,
26 Wilhelmsruher Damm 231

1 Berlin 20, Hakenfelde, Spandau, Staaken

- 6 .sperrgebiet, radelandstr.
pionierstr. 1/20
- 7 Magirus Deutz AG, 20 Nonnendammallee 22
- 8 Orenstein&Koppel AG Brunshüttler Damm 20A P
- 9 Dynamit Nobel GmbH 1-20 Brunshüttlerdamm 82 P
- 10 alexander barracks
hohenzollernring - schön-
walder allee - streitstr.
- 11 ghostfighting city, charlotten-
burger chaussee, teltower havel
chaussee in ruhleben 1/20
- 12 wavell - brooks barracks
schmidt - knobelsdorfstr.
seeburgerstr, seecktstr. 1/20
- 13 smooth barracks
wilhelmstr. 1/20
- 14 sperrgebiet mertensstr. streit-
str. mit gleisanschluß
1 Berlin 65, Wedding
- 15 Guatemala (K) Genler Str. 63, 65



1 Berlin 51, Reinickendorf

- 16 quartier napoleon, hohenzollern-
kanal, k. schumacherdamm 1/51
- 17 cite pasteur, k. schumacherd.
ecke k. schumacherbrücke 1/51
- 18 franz. sperrgebiet, milit.genützt
- 19 Varta Batterie AG, 51 Bichborndamm 103
- 19 cite guynemer, seidelstr.
flughafen tegel 1/51
- 20 cite berthezne, kurt schu-
macherdamm, ecke scharnweberstr.
1/51
- 21 Mauser Waldeck AG, 51 Alt Reinickendorf 28 B
- 22 Argus GmbH, 51 Flottenstr. 28 .

1 Berlin 13, Plötzensee, Siemensstadt

- 23 schießplatz, bernauerstr. 1/13
- 24 Siemens AG, 13 Nonnendammallee 101. P
- 25 El Salvador (K) Saatwinkler Damm 42-43, 13

1 Berlin 21, Moabit

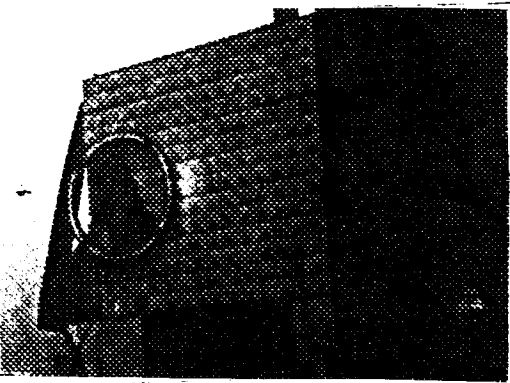
- 26 AEG-Telefunken AG 1-21 Sickinkenstr. 20 P
- 27 Klöckner Humboldt Deutz (KHD), 21 Quitzowstr. 51
- 28 Julius Peters KG, 21 Stromstr. 39
- 29 nixdorf-computer 1-21 Kaiserin Auguste Str.14 P
- 30 KWU huttenstr.12 18 21

1 Berlin 10, Charlottenburg

- 31 KWU salzufer 6 1/10
- 32 Daimler Benz AG, 10 Salzufer 1-5
- 33 Rodenstock, 10 Goslarer Platz 8
- 34 Heinrich-Hertz-Institut, Marchstr. /
Einsteinufer
Institut für Luft- und Raumfahrt der tu marchstr.
Fraunhofer gesellschaft, Fraunhoferstr./marchstr.
physikalisch-technische Bundesanstalt abbestr.2
1 Berlin 12, Charlottenburg
- 38 Industrie- und Handelskammer, Har-
denbergstr. 16
- 39 Börse, Hardenbergstr. 16
- 40 British Centre, Hardenbergstr. 20
- 41 amerika haus
hardenbergstr. 1/12
- 42 Bundesverwaltungsgericht, Harden-
bergstr. 31 (gegenüber A-Haus)
- 43 Zentrum für technologische Zusammenarbeit der 11
Hardenbergstr. 28
- 44 Friedrich-Ebert-Stiftung, im selben
Haus
- 45 Kalle, 12 Steinplatz 1
- 46 Albert Roussel, Cassel-Riedel, im sel-
ben Haus
Beides Chemie-Firmen
- 47 IVG 1-12 Steinplatz 2 B
- 48 Fulbright-Kommission, Steinplatz 2
- 49 Wissenschaftszentrum, im selben Haus
- 50 Deutscher Akademischer Austausch-
dienst, im selben Haus
- 51 Konrad-Adenauer-Stiftung, Knese-
beckstr. 20



- 52 bbc, reuter, dpa, upi, savignyplatz
- 53 Britisches Konsulat, Uhlandstr. 7/8
- 54 Sperry Rand/Univac bismarkstr.45
- 55 Matra-Werke GmbH, 12 Bismarkstr. 76-77 B+V
- 56 Hellige, 12 Bismarkstr. 98 B
- 57 VM Deutschland GmbH 1-12 Bismarkstr. 107 R/V
- 58 Bergmann Elektrizitäts-Werke AG,
12 Wilmerdorferstr. 39
- 59 deutsche stiftung für entwicklungshilfe
(dse).budapesterstr.1
- 60 Berliner Wirtschaftsförderung, Buda-
pester Str.1
- 61 vdi-technologiezentrum budapesterstr.40



1 Berlin 19, Westend, Eichkamp

- 62 teufelsberg radaranlage
nähe teufelssee chaussee
- 63 ..wohngbiet, olympiastadion
waldbühne 1/19
- 64 MTU (Motoren und Turbinen Union), B
19 Theodor Heuss Platz 8
- 65 MAN (Maschinenfabrik Augsburg-Mannheim) B
- 66 Honduras (K) Wundtstr. 68-80, 19
- 67 institut für humangenetik, heubnerweg 6 1/19

1 Berlin 30, Tiergarten

- 68 british airways, europacenter
- 69 Rank Xerox, 30 Europa Center
- 70 Philippinen (K) Europa Center, 30
- 71 Grünzweig + Hartmann, 30 Lietzenburgerstr. 46
- 72 pressehaus, kurfürstenstr. 72
- 73 Honeywell GmbH 1-30 Kurfürstenstr. 84 B
- 74 US-Handelskammer, Kurfürstenstr. 114, 6. Etage
- 75 Honeywell Bull AG, 30 Keithstr. 2
- 76 Südafrika (K) Rankestr. 34, 30
- 77 Nixdorf Computer AG, 30 Wichmannstr. 5-6
- 78 Rheinmetall Berlin AG, 30 Viktoria Luise Platz 7
- 79 Zeiss, Carl, 30 Bayrischer Platz 1
- 80 Philips GmbH, 30 Martin Luther Str. 3 B
- 81 alliierter kontrollrat kleistpark 1/30
- 82 Dynamit Nobel AG, 30 Lützowstr. 102
- 83 statistisches bundesamt kurfürstenstr. 87 1/30

1 Berlin 15, Halensee

- 84 Raytheon International, 15 Kurfürstenstr. 26a
- 85 VAW Leichtmetall GmbH, 15 Q-Damm 42 B
- 86 Türkei (K) Kurfürstendamm 140/1 Johann-Georg-Str. 11, 31
- 87 Leitz Ernst GmbH, 15 Kurfürstendamm 170
- 88 Internationales Institut für wissenschaftlichen Austausch, Kudamm 184
- 89 Texas Instruments, 15 Kudamm 195 B
- 90 Mercedes, Kudamm/Knesebeckstr.
- 91 Nixdorf Computer AG 1-15 Joachimstaler Str. 17 B
- 92 IBM Deutschland, 15 Ernst Reuter Platz 2 B
- 93 Tektronix GmbH, 15 Ernst Reuter Platz 3-5 B
- 94 Rohde & Schwarz Handels GmbH, B 15 Ernst Reuter Platz 10
- 95 Irland (K) Ernst-Reuter-Platz 10, 10

1 Berlin 31, Wilmersdorf

- 96 VDO Vertriebsgesellschaft mbH, 31 Georg Wilhelm Str. 23
- 97 Chile (K) Bundesplatz 12, 31
- 98 statistisches landesamt fehrbelliner platz 1 1/31

1 Berlin 62, Schöneberg

- 99 Wandel und Goltermann, 62 Leberstr. 63
- 100 Messer Griesheim, 62 Binemstr. 9
- 101 Motorenwerke Mannheim AG, 62 Binemstr. 9
- 102 Fernmeldeamt 1 Winterfeldstr.

1 Berlin 61, Kreuzberg

- 103 Telephonbau und Normalzeit, 61 Anhalterstr. 1
- 104 nixdorf-computer 1-61 Prinzenstr. 85 P

1 Berlin 36, Kreuzberg

- 105 Westinghouse Cooper Hewitt, 36 Schlesische Str. 26

1 Berlin 44, Neukölln

- 106 Auergesellschaft mbH, 44 Thiemannstr. 1-11.
- 107 Laborat Gesellschaft für Laborchemikalien, 44 Nobelstr. 36-44

1 Berlin 42, Tempelhof, Mariendorf

- 108 ITT (Inernational Telephon + Telegraph Cor.) 42 Golditzstr. 34
- 109 SEL 1-42 Golditzstr. 34 P + B 42 Lorenzweg 5
- 110 Quante 1-42 Röblingstr. 14A B
- 111 tempelhof central airport tempelhofer damm, columbiadamm
- 112 Sonnenschein Accumulatorenfabrik, 42 Ordensmeisterstr. 31
- 113 Krupp, Friedrich GmbH, Gottlieb Dunkel Str. 50-5
- 114 Rheinhold & Mahla GmbH, 42 Oberlandstr. 94
- 115 Phillips GmbH 1-42 Willsteinstr. 67 P

1 Berlin 33, Grunewald, Schmargendorf

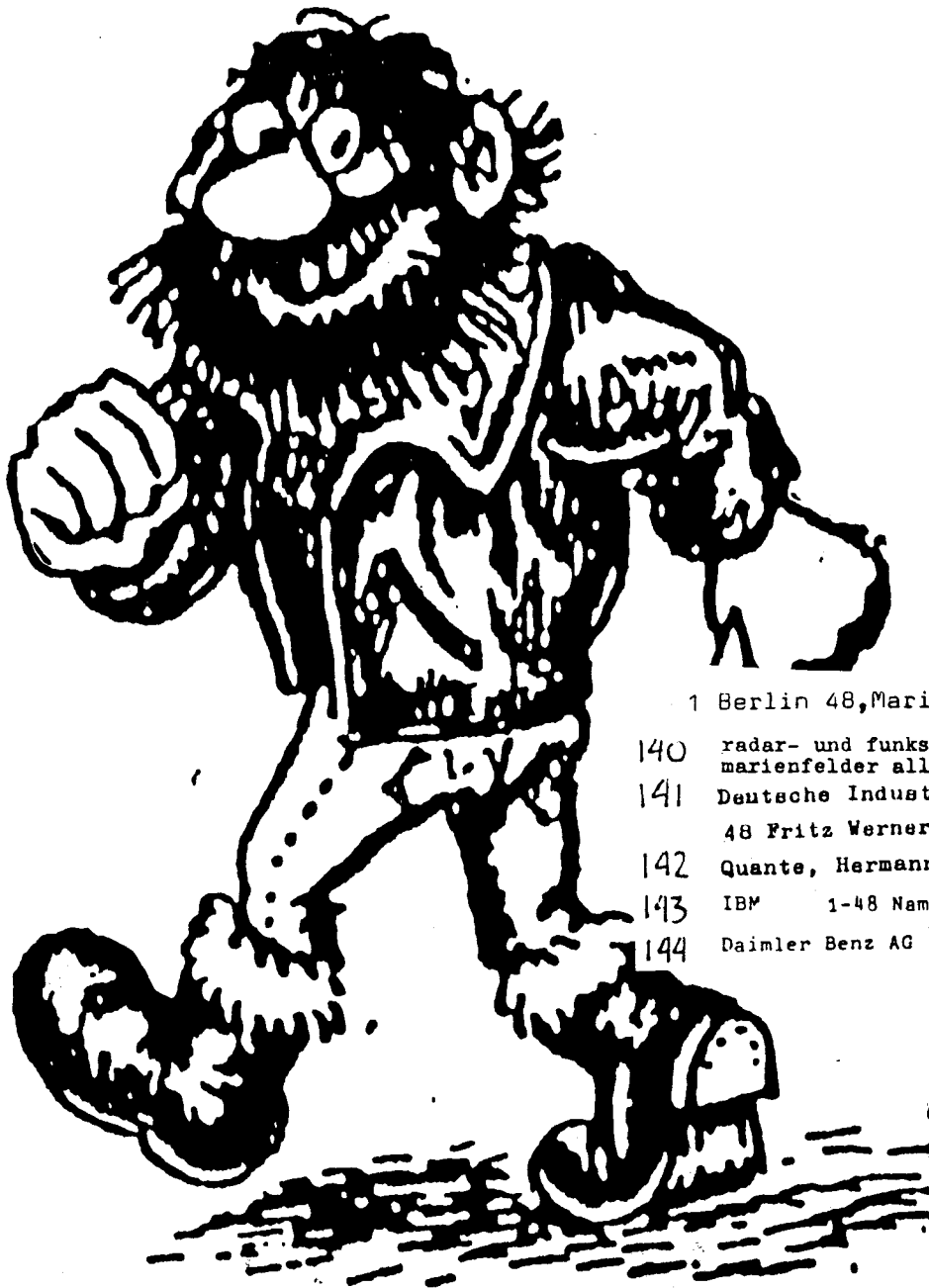
- 116 afn, zwischen pacelliallee und archivstr.
- 117 munidepot, grunewald hüttenweg sprengplatz, ca. 150m vom munidepot im grunewald .amerik. funkstation 1/33
- 119 grunewald
- 120 turner barracks, zwischen onkel toms str. und hüttenweg
- 121 alliierte kommandantur thielallee ecke kaiserwertherstr. 1/33
- 122 ARD-Telefunken, 33 Hohenzollerndamm 150-152
- 123 Bosch, Robert GmbH, 33 Forckenbeckstr. 13 P
- 124 harnack house, brümmstr.
- 125 Amerika, Vereinigte Staaten von (K) Clayallee 170, 33
- 126 amerik. wohnsiedl. Truman-hall argentinische allee, clayallee 1/37 1/33
- 127 us headquarter, clayallee 170 saargemünderstr. 1/33
- 128 schießplatz, havelchaussee kronprinzessinnenweg 1/33

1 Berlin 22, Gatow, Kladow

- 129 montgomery barracks, sakrower landstr. grenzt an die ddr 1/22
- 130 milit. flughafen gatow ritterfelddamm und kladowerdamm 1/22

1 Berlin 39, Wannsee

- 131 schießplatz "rose range" in der nähe von drei linden grenzübergang



1 Berlin 37, Zehlendorf

- 132 mc nair barracks
goerzallee - platz d.4. Juli
munidepot grenzt an dahlemer
weg; ein teil der barracks
ist auf der anderen seite
der goerzallee, am stich-
kanal 1/37
- 133 sperrgebiet beeskower damm
- 134 sperrgebiet dahlemer weg

1 Berlin 45, Lichterfelde

- 135 sperrgebiet, versorgungsla-
ger, dahlemer weg 1/45
- 136 roosevelt barracks, garde-
schützenstr. tietzenstr.
- 137 doughboy city,
osdorferstr. s-bahnhof
lichterfelde süd 1/45
- 138 .amerikan. milit.bahnhof
lichterfelde west. zwischen
dahlemer weg, drakestr. und
parallel zu unter den eichen
1/45
- 139 andrew barracks
finkensteinstr.- baselerstr.
kleines aussenlager zwischen
finkensteinstr. - kornmesser
str. 1/45

1 Berlin 48, Marienfelde

- 140 radar- und funkstation
marienfelder allee
- 141 Deutsche Industrieanlagen GmbH (DIAG),
48 Fritz Werner Str.58 P
- 142 Quante, Hermann GmbH, 48 Großbeerenstr. 134
- 143 IBM 1-48 Namitzer Damm P
- 144 Daimler Benz AG 1-48 Daimlerstr.123 P

1 Berlin 47, Britz, Buckow, Rudow

- 145 Brown, Boverie & Cie (BBC), P
- 146 47 Gradestr. 45/71,

147 infopavillon 750 jahrfeier berlin
breitscheidplatz 1/30

148 deutsche bank(zentrale), otto suhr allee 6

149 ZSA, flottenstr. 1/65 1/10

150 einwohnermeldeamt, friedrichstr.219 1/61

Liebe KreuzbergerInnen! Liebe Kreuzberger!

Viele von Ihnen haben als Zeuge aus nächster Nähe die erschreckenden Ereignisse in der Nacht zum 2. Mai in Kreuzberg miterlebt.

Wir alle stehen heute noch unter dem Eindruck dieser schrecklichen Ausschreitungen. Vieles, was in den letzten Jahren in Kreuzberg aufgebaut und erarbeitet wurde, ist zerstört worden.

Wir stellen fest: Dieser Bezirk kann nicht kaputt gemacht werden, wenn wir alle es nicht wollen.

Künftig wird die Polizei Hab und Gut der friedlichen Bürger besser vor Gewalttätern und Gewaltpredigern schützen müssen, die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung nicht nur ablehnen, sondern alles, was ihnen in die Quere kommt, zerschlagen wollen. Die Stärke unserer Gesellschaft besteht darin, daß ihre Probleme im Streit der Meinungen friedlich zu lösen sind.

Lassen Sie sich nicht den Unsinn einreden, daß die Verhältnisse durch Zerstörung und Gewalttätigkeit verbessert werden können. Wer das glaubt oder gar Leichtgläubigen predigt, der spielt mit dem Feuer und zerstört seine eigenen Lebensgrundlagen.

Wir wissen, daß gerade die anständigen Kreuzberger in unserem Bezirk für friedliche und stabile Verhältnisse eintreten. Helfen Sie dabei, das soziale Klima im Bezirk gerade jetzt weiter positiv zu beeinflussen, indem Sie sich nicht nur von jeder gewalttätigen Handlung fernhalten, sondern sich auch erkennbar entschieden davon distanzieren. Zerstören kann schließlich jeder Dummkopf; dazu gehört gar nichts. Etwas aufzubauen, wiederherzustellen oder gar eine eigene Existenz zu gründen, dazu gehört Mühe, Können und Reife. Viele Aussteiger, die sich gerade in unserem Bezirk konzentriert haben, lassen dieses vermissen.

Gehen Sie nicht den Radikalen von links und rechts auf den Leim. Jede Form der Rechtfertigung des Straßenterrors und der Plünderungen ist Wasser auf Ihre Mühlen.

Der Senat und das Bezirksamt Kreuzberg werden dort, wo Schaden entstanden ist, schnell und unbürokratisch helfen. In Kreuzberg zu leben ist auch nach dieser Terrornacht kein verlorenes Spiel, wenn Sie weiter gute verantwortliche Nachbarschaft besonders gegenüber jungen Familien, behinderten und älteren Mitbürgern üben. Ihre Kreuzberger CDU, der Bezirksbürgermeister, die der CDU angehörenden Bezirksstadträte sowie die CDU-Fraktion stehen Ihnen mit Rat und Tat zur Seite. Vertrauen Sie uns. Wir setzen auf Sie und Ihre Mitarbeit.

Berliner CDU

Kreisverband Kreuzberg

Gneisenaustraße 66, 1000 Berlin 61, Telefon 991 96 96

Der Bezirksbürgermeister

von Berlin-Kreuzberg
Liebe KreuzbergerInnen!
Liebe Kreuzberger!

Noch immer stehen wir alle unter dem Eindruck der entsetzlichen Vorgänge vom 1. Mai in unserem Bezirk. Der Schaden, sowohl im materiellen als auch im ideellen Sinne wird so schnell nicht zu heilen sein. Ich darf Ihnen versichern, daß das Bezirksamt Kreuzberg gemeinsam mit dem Senat von Berlin allen Betroffenen umgehend und unbürokratisch helfen wird.

Ich möchte mich auf diesem Wege aber auch bei allen Bürgern bedanken, die durch ihre Besonnenheit eine weitere Verschärfung der Situation verhindert haben. Ich weiß, daß dieses nicht immer einfach ist. Der Senat hat versichert, daß es zu einer Wiederholung derartiger Auseinandersetzungen in Kreuzberg nicht kommen wird. Wir werden uns auch noch mehr als bisher, mit bestehenden Konfliktfeldern auseinandersetzen haben und Lösungsvorschläge erarbeiten. Hier ist die Unterstützung aller notwendig.

Wir sollten nun nicht in Resignation verfallen. Was wir brauchen ist Mut. Die Demokratie darf sich selbst aufgeben. Ich persönlich darf Ihnen versichern, daß ich für Sie immer als Gesprächspartner zur Verfügung stehe. Bemühen wir uns, die Fehler, die gemacht worden sind, gemeinsam zu korrigieren.

Sie dürfen auf mich vertrauen. Ich habe Vertrauen zu den Kreuzberger Bürgern.

Antifaschistische Mitteilungen • Mai 1987

Herausgeber: Volksfront Westberlin • Unkostenbeitrag 0,80 DM
Bezugsadresse: GNN-Verlag, Heimstraße 8, 1000 - 62, tel. 7824163

1. Mai-Nacht in Kreuzberg

Volksfront
FÜR ANTIFASCHISTISCHE MITTEILUNGEN UND KAMPF

Provokationen der Polizei
entschlossen zurückgewiesen

Das "Volksblatt Berlin" vom Sonntag schreibt: "Krawallmacher", "militante Störer", "600 Mitläufer"; Kewenig sagt: "Anti-Berliner"; "Blitz" und "BZ" schreiben von "Chaotem" und "Randallierern". "Übersicht" zeigt sich die bürgerliche Presse und die Polizeiführung über die "Gewalttätigkeiten" in Kreuzberg in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai 87. Wer dabei gewesen ist, weiß es besser: Es handelte



Gegen 12.30 Uhr begannen die Krawalle auf dem Lausitzer Platz: Chaoten schleuderten Steine gegen ein Polizeiauto

Fest auf dem Lausitzer Platz zu umstellen. Nach der Provokation von Polizei und Staatsanwaltschaft in den Morgenstunden des 1. Mai (U) gegen die VOBG-Boykottinitiative im Mehrzweckhof (Einbruch und Überfall) war klar, daß eine Besetzung Kreuzbergs durch die Polizei nur heißen konnte: Konfrontation. Das wußten auch die im Senat Verantwortlichen. Die Polizei hat sich nicht - wie die veröffentlichte Meinung der Herrschenden in den Medien lautet - zurückgehalten. Nachdem einer der umgeworfenen Bauwagen in der Skalitzer Straße beiseite geschleift war, sah es so aus, als würden die Polizeieinheiten abziehen. Sie stiegen schon wieder in

Herzlichen
Ihr

Wolfgang Krüger
Bezirksbürgermeister

Die Ereignisse vom 1. Mai 36 haben gezeigt, daß unser Widerstand gegen den kapitalistischen Alltag nicht isoliert dasteht, sondern, daß viele Leute eine riesige Portion Haß in sich tragen. Was sich da in brennenden Barrakaden und Plünderungen ausdrückt hat, war eine Stimmung von Wut auf die allseits unbeliebten Bullen. Anleiding zu den Kämpfen stellte sich eine Verbundenheit zwischen Leuten her, die sonst nicht vorhanden ist, und genau darin lag die Stärke der Aktion.

An das, was darin zum Ausdruck kam, wollen wir in der Demo gegen KWU und Deutsche Bank anknüpfen und es zielgerichtet gegen die Institutionen der Herrschenden wenden.

UNSERE VERWICKLUNGEN DER LETZTEN ZEIT

Die Anti-AKW-Bewegung ist beim Antreten gegen die Bauzäune, bei der Beschränkung auf einen Punkt, an ihre Grenzen gestoßen. Seitdem versucht ein Teil der Bewegung den Kampf weiterzuentwickeln, indem die verantwortlichen Konzerne angegriffen und der Kampf in die Städte getragen wird. Auch die breite Mobilisierung gegen die Bombardierung Libyens war nur ein kurzes Aufbäumen. In der Verbindung mit dem Widerstand gegen die AusländerInnen-Kontrollen brachten wir jedoch konkreten Antimperialismus mit den Verhältnissen hier zusammen. Trotzdem hat sich daraus keine längerfristige Perspektive entwickelt.

ENT-WICKLUNGEN(?)

Wir meinen, daß wir uns nur dann eine revolutionäre Perspektive geben können, wenn wir den Kampf aus unserer eigenen Lebenswirklichkeit heraus gegen die herrschenden Bedingungen führen. Weltweit im imperialistischen System, sind die Rahmenbedingungen, denen das Leben untergeordnet werden soll, nach dergleichen Schablone angelegt: Kapitalistische Ausbeutung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, Zwang zur Lohnarbeit, Vereinzelung, Konkurrenz... In den verschiedenen Regionen Kampf gegen den imperialistischen Normalzustand heißt für uns nicht nur direkte Aneignungsaktionen, Hausbesetzungen etc. oder bloß moralische Solidarität mit Kämpfen in den Drei Kontinenten. Praktische Solidarität mit den Kämpfern der Schwarzen in Südafrika, mit denen der PalästinenserInnen in den Lagern im Libanon etc. und Widerstand im Kiez sind für uns nicht zu trennen. Die eigene Situation hier kann nicht isoliert von weltweiten Zusammenhängen gesehen werden.

65.1.

Die wilde Anomalie

ZUR DEMO GEGEN KWU UND DEUTSCHE BANK AM 14.5.



Wir sind gerade erst dabei solche Herrschaftsverhältnisse zu entschlüsseln und nur in Ansätzen gelingt es uns, sie zu überwinden und dem ein Leben entgegenzusetzen, auf das Begriffe wie „Soldatentät“ oder „Selbstbestimmung“ zutreffen würden. Klar, läßt sich dagegen nicht auf einer Demo anrennen, aber der Kampf um Befreiung gegen die Normalität ist untrennbar mit der Aufhebung solcher Spaltmechanismen verbunden. Dieses System zwingt uns oft, genug ein Verhalten auf, wodurch wir uns auf die eine oder andere Weise gegenseitig fertig machen: z.B. Konkurrenz zieht sich von der Malochie über unser Verhalten in der Szene bis in unsere Beziehungen rein.

KWU

Die Demo gegen KWU und Deutsche Bank sehen wir vor diesem Hintergrund. Jenseits der Tatsache, daß die KWU Atomanlagen produziert, wollen wir sie angreifen als einen normalen Konzern in dieser Stadt. Die KWU steht für die Spaltung der ArbeiterInnen in relativ garantierte, „gut“ bezahlte, die überwiegend in den KWU-eigenen Werken arbeiten, und in Entgarantierte, die eher bei den 700 Zulieferfirmen schuften. Doch es geht nicht darum, die „guten“ gegen die „schlechten“ Bedingungen auszuspielen, das will das Kapital, sondern darum, ein System zu bekämpfen, das uns Leben nur im Tausch gegen Lohnarbeit ermöglichen will.

750 JAHRE HERRSCHAFT

Über all diese Spaltungslinien und elementaren Herrschaftsverhältnisse hinweg versuchen die Herrschenden die Bevölkerung zu mobilisieren und sie zur Identifikation mit „Berlin“ zu bringen. Die Widersprüche des Berliner Alltags sollen in ein patriotisches „Wir Berliner“ verwandelt werden. Dies verknüpfen sie mit der Drohung gegen die „Anti-Berliner“, Leute wie wir, die ihre Feste (manchmal) so feiern, daß die Regierenden mix zu lachen haben. Das Bewußtsein von Ausbeutung und den beschissenen Lebensverhältnissen soll aus den Köpfen gestrichen werden. Stattdessen werden Identifikationsmuster geboten. Liberalität wird großgeschrieben. Fast alle gesellschaftlichen Gruppen dürfen sich beteiligen, wenn es gilt, diese Stadt zu feiern, an der herrschenden Klasse sich zu erfreuen und nebenbei den Fortschritt der Technologie zu bejubeln, mit der gerade die Unterdrückung der Menschen zementiert werden soll. In den Kontexten über den Einsatz neuer Technologien und deren sozialen Konsequenzen, sowie über zukünftige Eliten kommt ihr strategisches Interesse zum Ausdruck, die Regierbarkeit und Ausbeutbarkeit der Metropole

DEUTSCHE BANK

Wenn die Deutsche Bank zu ihrer Aktionärsversammlung dieses Jahr nach Berlin kommt, dann steht das auch auf dem Hintergrund des 750-Jahr-Spektakels.

Die Deutsche Bank ist für uns ein widerwärtiges Symbol von Macht und Unterdrückung.

Sie steht für die ungebrochene Kontinuität der BRD mit Nazi-Deutschland, wo dieselben Mordstrategen ihre Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik auf die ganze Welt ausgedehnt haben.

Wo der IWF und die Weltbank ihr blutiges Geschäft verrichten, hat auch die Deutsche Bank ihre Finger im Spiel. Sie ist dafür verantwortlich, wenn in den Ländern der 3 Kontinente ganze Regionen gegen den Widerstand der dortigen Klasse kapitalistisch durchdrungen werden.

Wie vor 50 Jahren ist sie auch heute Mittelgutmärtern an elischen Rüstungsfirmen und hat sich über die Umstrukturierung von Daimler Benz mit der MTU, Dormier und der AEG den größten Rüstungs- und Elektronikkonzern der BRD geschaffen.

Wenn die Deutsche Bank, wie im Fall der AEG, ganze Konzerne umbaut, wirkt sie quasi als Schaltzentrale des BRD-Kapitals.

An den monumentalen Bankgebäuden wird am offensichtlichsten, wer den Profit verwaltet, den das Kapital aus der heraus- und unbezahlten Arbeit der Klasse bezieht. So steht die Deutsche Bank, wie jede andere Bank auch, für das Geld, was uns geklaut wird, und was zugleich das Mittel ist, mit dem wir immer wieder zum Arbeit gezwungen werden. Denn ohne Geld ist in dieser Warengesellschaft mix zu kriegen (außer halt am 1. Mai)

So, wie wir das, was in der 1. Mai-Randale zum Ausdruck kam, mit dieser Demo angegreifen wollen, sehen wir auch eine engere, halbtägige Verbindung zu den kommenden Demos und Aktionen gegen die Volkszählung und den Reagan-Besuch.

W. Christians, Ernst-Reuter-Platz 13
V.i.S.d.P.

Gewisse Dinge sollten Sie einfach tun, bevor Ihnen das Wasser bis zum Halse steht!

ES LEBE DER ERSTE MAI !

Der Ausbruch der Widersprüche hat seine eigene Dynamik

Gegen Distanzierungen - für bewußtes Eingreifen !

Die Ursachen der in der 1.Mai-Nacht entstandenen spontanen Revolte waren in den letzten Tagen überall Gegenstand der Diskussionen. Die Presse überbot sich gegenseitig vor Schilderungen des "Problembezirk Kreuzberg". Waren es bisher immer die "Chaoten", die isoliert von der Bevölkerung ihre "Krawalle" machten, so sollen diesmal die "besonderen sozialen Verhältnisse" in K36 Ursache der "Ausschreitungen" sein.

Von seiner Sozialstruktur ist Kreuzberg36 keine Ausnahme, sondern ein typisches Beispiel für die soziale Entwicklung in den Metropolen. Lohnarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, soziale Verelendung allgemein und die damit verbundene (empfundene) Perspektivlosigkeit der Menschen sind Erscheinungen, die auch in anderen Bezirken West-Berlins und überall in den imperialistischen Metropolen Tatsachen sind. Weil der Imperialismus auf die Ruhe in den Metropolen angewiesen ist, versuchen die HERRschenden, diese Widersprüche in den Griff zu kriegen.

Dazu gehören neben der alltäglichen Manipulation und Verdummung durch ihre Medien auch Integrations- und Befriedungsstrategien (politisch: z.B. Funktion der Grünen; sozial: präventive Sozialplanung (IBA, Stattdau), der Plan der Ansiedelung "anderer Bevölkerungsschichten" in K36 als neutralisierender Faktor ist ja nicht neu, Schicki-Kneipen u.-läden) Wo diese Schiene nicht mehr greift, setzt die offene Repression an. K36 sollte dafür herhalten, zu zeigen, daß es möglich ist, den revolutionären Widerstand zu isolieren, zu spalten u. letztendlich zu integrieren. Den Erfolg dieses Projektes wollten sie gerade zur 750-Jahrfeier vorexerzieren.

Die CDU spricht nach der 1.Mai-Nacht von der "besonderen Zusammensetzung verschiedener Problemgruppen" in Kreuzberg. Gemeint sind damit vor allem die Menschen, deren Loyalität zum Staat gebrochen ist bis hin zu denen, die sich bewußt im Widerspruch und im Widerstand gegen die HERRschende Klasse begreifen. Eine Frage des Bewußtseins also, und nicht bloß der schlechten sozialen Bedingungen, wie es auch die AL rumerzählt. Sie versuchen zu verschleiern, daß es hier im Kiez politische Strukturen gibt, Ansätze revolutionärer Politik und damit einen Widerstand, wo ihre Befriedungs- und Integrationsstrategien nicht mehr greifen. Das ist es, was ihnen Angst macht.

Die auftretenden Widersprüche kriegen immer mehr Menschen hier zu spüren. Jeden Winter stellt sich für zunehmend mehr Menschen die Alternative: entweder hungern oder frieren, während sich die Bonzen im ICC die Bäuche vollfressen. Die anstehende Aufhebung der Mietpreisbindung und die Volkszählung tragen jetzt aktuell zur Verschärfung der Situation bei, in der sich viele bedroht und den Machenschaften der HERRschenden ausgeliefert fühlen. Der Widerspruch zwischen dem Projekt der 750-Jahrfeier und dem Angriff auf die eigene Existenz wurde für viele unmittelbar erfahrbar. Die angestaute Wut, der Frust und die wachsende Bereitschaft zum Widerstand kamen am 1.Mai zum Ausdruck.

Das Lause-Fest hatte einen politischen Charakter, der vielen klar war, wo sie auch dahinter standen. Als die Bullen eine Spontan-Demo gegen die Durchsuchung des VOBO-Büros im Mehringhof und für Solidarität mit dem Kinderbauernhof verhinderten und ihre Provos gegen das Fest starteten, wurde das von vielen als Angriff auf sie, auf das, was sich mit dem Fest für sie ausdrückte, verstanden.

Es kam erstmals dazu, daß sich viele, die wir bisher nur als passive Zuschauer/innen kannten, aktiv an der Zurückschlagung der Bullen beteiligten. Die Bullen versuchten anfangs den Widerstand mit brutaler Gewalt zu unterdrücken, waren aber der geballten Wut, dem offensiven Vorgehen und der massiven Beteiligung nicht gewachsen. Sie waren der Situation trotz starker Präsenz nicht gewachsen, es gab insgesamt 77 demolierte Bullenfahrzeuge, meistens Wannen, was darauf schließen läßt, daß weit mehr als 250 oder 400 Bullen (wie der Senat behauptet) von Anfang an in Einsatz waren.

Warum sie sich dann für mehrere Stunden zurückzogen, ob aus Kopf- und Hilflosigkeit angesichts des massiven Widerstands, oder ob dem ein Konzept zugrundelag, das können wir nicht mit letzter Sicherheit sagen. Wir denken aber, daß ihnen in dieser Situation der politische Preis für einen total massiven Einsatz zu hoch war, da sie nicht mehr kalkulieren konnten, welche Stufe die Eskalation dann erreichen würde.

Die Erfahrung, daß es möglich ist, die staatliche Macht zurückzudrängen, die Situation, die dadurch entstand, war ausschlaggebend für die folgenden Ereignisse. Wir finden es wichtig, auf diese Situation differenziert einzugehen, die Beweggründe der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die sich am Geschehen beteiligten, herauszustellen.

Es war möglich, in dieser Situation eine Menge gezielter Aktionen zu machen, wie Angriffe auf Schweinefirmen, kollektive Enteignungsaktionen u.s.w. Klar ist aber auch, daß all das, was in den Köpfen und Herzen der Menschen steckt, positives und negatives, hervorbrechen mußte. Es gab Plünderungen, die ihrem Wesen nach individualistisch, egoistisch bestimmt waren, Gewaltausbrüche, die auch gegeneinander gerichtet waren, Angriffe auf Frauen durch Typen und Typengangs. Sexismus und die damit verbundene Gewalt gegen Frauen gehört zur gesellschaftlichen Realität hier. Daß

sich die ganze Scheiße in solch einer Situation wie der 1. Mai-Nacht noch verstärkt, weil Typen meinen, daß jetzt in diesem "Freiraum" alles erlaubt ist, ist Tatsache. Wir kennen das ja von anderen "besonderen" Anlässen her wie z. B. Sylvester. Von Frauen aus Brixton wissen wir, mit welcher Scheiße sie innerhalb der riots konfrontiert sind. Vergewaltigungen sind da keine Seltenheit und nur die Spitze des Eisbergs. Frauen kämpfen hier für die Befreiung von Patriarchat und Imperialismus. In diesem Kampf gibt es nicht einfach 'nen qualitativen Sprung dadurch, daß viele Frauen und Typen auf der Straße sind, die Straße verteidigen, gute Aktionen machen u.s.w. Da kann Frau nicht so einfach von "Zusammenkämpfen" sprechen, da gehört mehr dazu. Für Frauen stellt sich hier die Frage des Kampfes, des Wofür und Wogegen nochmal anders. Es kommt darauf an, Frauenwiderstand zu entwickeln, einen Organisations- und Einflußgrad zu erreichen, der u. a. eben auch den Verlauf der Revolte bestimmen kann.

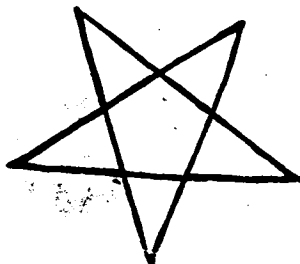
In der 1. Mai-Nacht ergoß sich alles, was alltäglich da ist an Sexismus,, Gewalt, materiellen Wünschen, Wut, Frust in konzentrierter Form auf die Straße. Das ist ein gesellschaftlicher Zustand, für den die HERRschende Klasse verantwortlich ist. Unsere Verantwortung als politische Kraft liegt darin, uns unserer Rolle dadrin bewußt zu werden, die Ereignisse zu beeinflussen, positive Sachen aufzugreifen (Wille der Menschen zur Veränderung der kapitalistischen Alltagsscheiße, vorhandene Gewaltbereitschaft gegen Bullen u. Staat, Bereitschaft zum Verstoß gegen die "Unantastbarkeit" des Privateigentums) und negativen Sachen entgegenzuwirken (Sexismus, Konkurrenzdenken, Gewalt gegeneinander u.s.w.).

Es nützt nichts, sich von den negativen Sachen, die passiert sind, zu distanzieren, denn was passiert ist, ist Ausdruck des gesellschaftlichen Zustands hier und der Subjektivität der Menschen, die daraus entsteht. Wenn hier einige Autonome diejenigen, die aus ihrer Subjektivität heraus kleine Läden plündern, als Arschlöcher bezeichnen, dann drückt das ein Nichtbegreifen der Lage der Menschen und eine Bezugslosigkeit zur Situation der unterdrückten Klasse hier aus.

Es ist sinnlos, sich von einem gesellschaftlichen Zustand zu distanzieren, es kommt darauf an, ihn zu verändern. Da liegt auch unsere politische Verantwortung, Strukturen aufzubauen, den Widerstand organisieren.

Es geht hier nicht darum, die Menschen zu bewußtlosen Produkten ihrer Umwelt zu erklären und ihre Taten kritiklos hinzunehmen, bei Gewalt von Typen gegen Frauen wird das ganz klar - es geht aber darum, sich klar zu machen, was hier los ist, wie die Menschen drauf sind und aufbauend auf dieses Wissen einzugreifen.

FÜR REVOLUTIONÄRE KONTINUITÄT DURCH DEN AUFBAU REVOLUTIONÄRER STRUKTUREN !



Zu den Gefangenen: Es ist unsere Aufgabe, uns um die Gefangenen des 1. Mai zu kümmern. Wir finden es falsch, daß sich Leute auf einer VV von den Gefangenen distanzieren und sie als besoffene Idioten bezeichnen, die selbst dran schuld seien.

SOLIDARITÄT MIT DEN GEFANGENEN !

Protokoll der VV vom 10.5.87 zum Reagenbesuch

Thema: Aktionen am 11. und 12.6. und Aktionswoche

Problemstellung: 1) Bündnispolitik mit Frieko?, wenn ja wie?

- 2) Demo am 12.6. ja oder/und dezentrale Aktionen?
- 3) Demoverlaufsplanung (Spalier, Samlungsort, Selbstschutz etc.)

65.4.

Zu 1)

Der Zustand den ich 'seh', war was sagen wir den etablierten polit. Organisationen wie SEW, AL, Aktion Sühnezeichen etc., welche sich in der Frieko (Friedenskoordinationsplän, organisieren, über unsere eigenen Vorstellungen zum Ablauf, Inhalt der Aktionen gegen den Reagenbesuch? Dabei wurde z.B. auf den Haig-Besuch vom Sept. 81 zurückgegriffen. Eine relativ große Demo mit 50000-80000 Teilnehmern, am Kudamm, lief von Anfang bis zum Ende zum Winterfeldplatz. Bei der Kundgebung konnten die Autonomen, entimp. Gruppen einen Redebeitrag halten währenddessen sich die Leute aus der Demo, welche die Aktionsform direkte Polizeikonfrontation einzukalkulieren im Kopf hatten, sich "zum Sturm" in Richtung Schöneberger Rathaus formieren und losgehen. Dieses Nebeneinander, sich nicht behindernder Vorgehensweisen zweier unterschiedlicher Aktionsformen, sollte wieder möglich sein. Also Konsens bei einer Demo am 11.6. (wenn Reagen am 12.6. vorrätig kommt, will Frieko am Vorabend demonstrieren) läuft der Schwarze Block nicht vorne sondern inmitten des Demozuges, "den Ablauf von Anfang bis zur Abschlußkundgebung zu 'sichernden' und kriegt seine Redebeiträge garantiert, lautsprecherwagen etc. Ob das so läuft liegt nun am Friekotrreffen am 11.5.

Zu 2)

- Bei der Demo am 12.6. bereiteten taktische Momente vielen Leuten Probleme
- a) keine langfristige bekannte Terminplanung über den Ablauf des Reagenbesuchs
 - b) 20 000 P-Beräte und Alliertpersonal im Einsatz
 - c) Unsicherheit über eigene 'Personalstärke (schwäche). Im Verlauf der Diskussion wurden Demo und dezentrale Aktionen immer wieder gegenseitig ausgespielt. Der 11.6.82 mit dem Keesel Nollendorferplatz und die Al mit ihrer Initiative Reagen direkt beim Schloß aufzusuchen gaben z.B. Denkanstöße mit folgenden Ideen:
 1. Demoaufzug am 12.6. zum Kurfürstendamm wurde als günstig erachtet (Innenstadt, Freitag-wochenendverkehr, Einkaufs- und Tourismuszentrum) Da zentraler Sammelpunkt schwer möglich und sinnlos erschien der Gedanke sich zwischen Gedächtniskirche und Adenauerplatz zu sammeln quasi auch für polizeiliche Absperrung einer wichtigen Verkehrsader sorgen.
 2. Zur weiteren Bindung von P-Kräften und inhaltlichen Schwerpunktsetzung wiederholte Veröffentlichung der 40-Punkte-Liste der Demo vom 11.6.82 (Computerfirmen an Mateprojekte beteiligte Institutionen etc.) und fortgesetzten Zielsetzung für die Demo vom 12.6.87
 3. Ankündigung Reagen überall in der Stadt zu empfangen wo es möglich ist (um herauszufinden ob er überhaupt noch lebt) Sich dazu dezentral 'operierenden' Gruppen mit untereinander vernetzter Mundpropaganda organisieren.Als Problem wurde weiterhin gesehen den Auswärtigen Sympties, wessis eigene Umgangsformen, erwartungshaltungen und klare Vorgehensweisen unsererseits zu vermitteln. Deshalb auch Demo (für Leute mit mangelnder Ortskenntnis? Schreiberling/ mit vorheriger Aktionswoche (Baginn vermutlich am 2.6.) mit Kiezklubchen, feten, Schlafplatz koordinieren etc. zur Einstimmung.

Zu 3) Die Demoverlaufsplanung

Zu 3)

Die spekulations über den Demo, ablauf und dessen Planung zum 11.6. (bzw. 12.6.) waren die dominierende Diskussions Elemente des Abends.

Hamburg-Hafenstr-demo militant 'erfolgreich' gegen Spalier im Bündnis mit den etablierten pol. Organisationen wurde als positiv hervorgehoben um auf die Demo hin zu parallelisieren. Dagegen/dazu kam die Erinnerung Häuserkampfdemo Berlin mit der Forderung kein Spalier sonst stoppt die Demo mit der folge zweieinhalbstündigen herumstehens. Irland-Demo Berlin- militant entschlossen mit Seilen verbundenen längsketten anden Demorändern und geschlossen durchgehaltenen Sitzstreik am Ernst reuter Platz zur Rückgabe von ein-kassierten Leuten.

Helme und sonstiger Selbstschutz mitbringen ja oder nein und bedeutet dies Aufgabe von möglichem militäntem Vorgehen w/gegen Polizeieingriffe wie z.B. in Hamburg- Hafenstr-demo wo Pol. gegen Sch warzen Block vorging und gemeinsam mit Helme, auf kein Spalier gleich verwentwörtlich für unkalkulierbare Ausschreitungen, unplanbarem Demosablauf zu sein und damit auch nicht bündnisfähig mit der Frieko? Das waren einige unter vielen Fragestellungen die Teilweise wie für Vv's üblich destruktiv anplissend in Selbstdarstellungen sich hineinsteigernd aus/vorgetragen wurden, bis ein Punkt erreicht war, wo gesagt wurde, es ist nicht klar ob die Frieko überhaupt will, offenkhalten für die nächste VV am 17.5. 20 Uhr im Mehringhof und dann vielleicht klären versuchen/wenn's noch notwendig ist.

Ergebnisse vom (Frieko) Bündnistreffen

Für die gemeinsame Großdemo vom 11.6. oder 12.6. mit dem Bündnis (AL, Jusos, SEW, Friedensgruppen) wurde folgendes vereinbart:

- es gibt einen revolutionären Block, der in der Mitte der Demo läuft. Es wird noch abgestimmt, welche Gruppen davor und dahinterlaufen.
- das Bündnis wird gemeinsam ein Sullen-spalier nicht dürfen und versuchen dies vorher bereits politisch durchzusetzen.
- die Demo bleibt in der Innenstadt (Kudammnähe). Die genaue Demoroute wird später noch gemeinsam festgelegt und abgesprochen.
- Vertreterinnen des Revolutionären Blocks werden sich an der Demoleitung beteiligen und einen Redebeitrag bei der Abschlußkundgebung halten.

Für den Besuchstag 12.6. (mit der Annahme der Bündnisdemo am 11.6)

Das Bündnis strabt an, gemeinsam zu einem Aktionstag aufzurufen, folgendes ist vorgesehen:
- Gemeinsame Bestimmung eines eingegrenzten Aktions-, Demonstrationsgebiets in der Innenstadt

- alle Gruppen sollen dabei ihre widerstandsformen praktizieren!

Verhalten vor und am 11. und 12. Juni

Wir gehen davon aus, daß es - wie schon vor dem 11.6.82 - die Festnahmen im Vorfeld der Demo geben wird. Nach dem ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) könnt ihr 24 Stunden festgehalten werden, da nach müßt ihr nem Richter vorgeführt werden. Bei einer vorläufigen Festnahme könnt ihr bis zum Ende des auf die Festnahme folgenden Tages, also max. 48 Stunden, drinbleiben, ohne vor nem Richter zu kommen. Ihr habt das Recht, jemanden von eurer Freiheitsberaubung zu benachrichtigen. Laßt sie auf den Wachen nicht zur Ruhe kommen!

Wenn ihr entlassen werdet, meldet euch beim Ermittlungsausschuß, Telefon 092 22 22 (vom EA gibt es auch ein Demo Info!)

Strategische Überlegungen

vor der Demo

- NEHMT SELBSTSCHUTZ MIT!
- kein Alkohol oder andere Drogen vor (und während) der Demo
- laßt Fahrräder und Hunde zuhause! Auch Kinder solltet ihr lieber nicht mitnehmen - niemand kann für ihre Sicherheit bei Bullenknüppelungen garantieren
- Macht mit Bekannten/Freunden Treffpunkte vor und nach der Demo aus; hinterlaßt unterschriebene Prozeßvollmachungen und eure Anwalts-Teil-Nr.
- Nehmt keine Notiz- und Adressbücher mit - der Staatsschutz wartet schon drauf
- verwirrt die Bullenkontrollen, indem ihr verdächtige Gegenstände wie Melonen, Bananen etc. in Plastik-tüten mitbringt

während der Demo

- BILDET KETTEN! Darin sollten nur Leute laufen, die sich kennen; am besten in den Ketten davor, dahinter auch Bekannte. Reißt euch selbst am Riemen und vermeidet überflüssige Besuche in anderen Reihen. Sorgt dafür, daß zwischen den Ketten keine Leute rumspringen
- macht euch schon vorher Gedanken, was ihr auf der Demo wollt; schaut euch vorher die Demoroute an
- die Durchsage der Lautsprecherwagen und Megaphone basieren auf Meldungen aus der gesamten Demo; nehmt sie ernst, vergesst dabei aber nicht, selbst mitzudenken
- wenn die Demo stehenbleibt: Bleibt eng zusammen!
- bei Aktionen aus der Demo heraus (z. B. klirrende Scheiben): **Priorität ist, die Demo geschlossen durchzuziehen!** Geht ruhig weiter, schürzt euch und Leute, die was gemacht haben, vor Bullenangriffen.
- Vorsicht vor Provokationen!
- bei Bullenpaarier: Wir laufen kein Spalier! Macht möglichst breite Ketten, drängt die Bullen ab
- bei Bullenangriffen: Bleibt ruhig! Panik nützt nur den Bullen - stehenbleiben und Ketten gegen die Bullenangriffe bilden! Wir wollen Prügeleien vermeiden; wenn sie nicht zu umgehen sind, werden wir nicht die Opferflamme spielen!
- achtet auf die Leute, mit denen ihr zusammen seid, z. B. auch wenn sie kurz die Demo verlassen müssen (Telefon, Toilette ...)

Bei Auflösung der Demo (z. B. nach massiven Bulleneinsatz)

- wenn Barrikaden gebaut werden: sie sollten nicht uns, sondern die Bullen behindern - achtet beim Bauen darauf! Schmeißt nicht blindlings Straßenschilder um, sondern denkt mit. Zur Not müssen auch Privat-PKW's quergestellt werden (nehmt möglichst die Bonzenschleudern). Menschen gehen vor Eigentum!
- bei Tranengas-einsatz: Patronen zurückwerfen (mit Handschuhen!); keine Panik, sondern ruhig bleiben und aus der Wolke rausgehen. Es ist möglich, daß CS eingesetzt wird!
- wenn Steine fliegen: Wer schmeißt, soll auch nach vorne gehen! In letzter Zeit gab es viele Verletzte, weil Steine aus den hinteren Reihen geworfen wurden. Wer sowas macht, sollte zumindest darauf angesprochen werden.

Nach der Demo

Unser Ziel ist es, die City möglichst lange besetzt zu halten. Die Bullen wollen uns genau da raus haben. Versucht also, möglichst im City-Bereich zu bleiben. Dort gibt es auch einen größeren Schutz durch Touristen und Journalist! Bleibt nicht, bis ihr die Letzten seid - wir wollen keinen Endkampf durch den hunderte von Leuten am 12.6. nicht mehr auf die Straße gehen können/wollen wegen Knast oder Verletzung. Denkt daran, daß wir am nächsten Tag auch fit sein müssen.

Paßt auf, nicht alleine in Seitenstraßen zu landen. Es werden verstärkt zivile Greiftrupps eingesetzt, die einzelne Leute abgreifen!

Wir wollen die Demo auf jeden Fall in der Innenstadt durchsetzen. Informiert euch über etwaige Verbote, überlegt euch Parallelaktionen, v.a. für den 12.6., an dem der Kudamm mit großer Wahrscheinlichkeit eine Bullenfestung sein wird. Reagen kommt gegen Mittag und bewegt sich hauptsächlich zwischen Tiergarten und Flughafen Tempelhof.

Voraussichtliche Demoroute: Wilmersdorfer-/Ecke Kantstr., Kaiser-Friedr.-Str., Lewishamstr., Adenauerplatz, Kudamm, Tauentzien, Kleiststr., Abschlußkundgebung zwischen Wittenbergplatz und Urania

High Mr. President

Die Höinkel laden alle Rebellinnen, Chaoten, Pyromanen, Jumperinnen und Jobber, Gelegenheitsdiebe und Plünderinnen, Outlaws, Girls and Boys, Lesben, Schwule und Heteros, die unverbesserlichen Erotischen zur Woche des Höinkel-Rausches in Dead-Wall-City ein. Höinkel sind Büchsenöffner im Supermarkt des Lebens. Nicht bereit zu warten, bis die Menschheit sich ändert, lebt der Höinkel, als sei der Tag gekommen. Sie erwarten den Präsidenten der Vereinigten Staaten, wir seine Gegner, die erklärten Feinde des Alltags, der Arbeit, der Ordnung und des Löschpapiers. Während sie ihn mit Beethoven, Bürgermeistergeschwätz und langweiligen Sight-Seen-Tours eindecken, werden wir mit einem Trommelfeuer die Gemüter wecken, den Alltag erotisieren, der Stadt den Geschmack von Freiheit und Abenteuer auf die Straßen brennen. Höinkel ist die Verweigerung, sich zum Opfer machen zu lassen. Her mit dem ganzen Leben - lassen wir uns unsere Kampfform und Lust, den Zeitpunkt und den Ort, die Dauer und den Anfang nicht von ihrem Rahmenplan bestimmen. Wir fangen eine Woche vorher an und hören überhaupt nicht mehr auf. Wir tauchen überall da auf, wo niemand mit uns gerechnet hat. Scheiß auf die Rumkugel - her mit der ganzen Bäckerei.

Höinkel-Rausch vom 5.6. - 00

Infos zur

Demo zum Reaganbesuch, 12. 6.



VERHINDERT den CARP-WELTKONGRESS
2.-9.8,berlin

KEINEN FUBBREit der FASCHISTISCHEN
MOONSektel

in Bär~~l~~in + Aktionstage